

Das Israelbild in Tageszeitungen der DDR.

Inauguraldissertation

zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

vorgelegt von

Oren Osterer

aus

München

München, 2014

Erstgutachter: Prof. Dr. Michael Brenner

Zweitgutachter: Hans Günter Hockerts

Datum der mündlichen Prüfung: 1. Februar 2013

Inhalt

Vorwort.....	6
I. Prolog	7
1. Fragestellung und Zielsetzung.....	12
2. Zum Aufbau, zur Methodik und zu den Forschungsquellen	15
3. Forschungsstreit und Forschungsstand: Antisemitismus und Antizionismus.....	18
3.1. Judenhass: Inhalt, Funktion und Struktur.....	21
3.2. Eine Theorie über die Aufnahme von Antisemitismus in den Marxismus-Leninismus	23
3.3. Rahmenbedingungen für die Ausprägung des Antizionismus in der DDR.....	26
II. Rahmenbedingungen für das Israelbild in DDR-Tageszeitungen.....	29
1. Tageszeitungen in der DDR	29
1.1. Die Monopolstellung der SED	30
1.2. Klassischer und differenzierter Ansatz	32
1.3. Die außenpolitische Großwetterlage und der ADN als entscheidende Faktoren in der außenpolitischen Berichterstattung der DDR-Tageszeitungen	34
2. Wiedergutmachung an Israel?.....	36
2.1. Die grundlegende Haltung ostdeutscher Verweigerung.....	36
2.2. Erste Kontakte zwischen der SED und Vertretern des Jischuws	38
2.3. Die Alliierten als Vermittler.....	40
2.4. Der Fall Merker	43
2.5. Letzte Anstrengungen in Moskau.....	47
2.6. Gründe und Bedeutung der nie gelösten Wiedergutmachungsfrage.....	48
3. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Israel bis 1953	51
3.1. Von der Oktoberrevolution bis zum Zweiten Weltkrieg.....	51
3.2. Die prozionistische Politik der Sowjetunion.....	52
3.3. Der Bruch mit dem Staat Israel.....	55
III. Die Analysen	57
1. Die Gründung des Staates Israel.....	57
1.1. Die Kontroverse um die New Historians.....	58
1.3. Die Berichterstattung über den Teilungsplan für Palästina und den Bürgerkrieg zwischen Juden und Arabern	61
1.4. Die Berichterstattung über die Gründung Israels und den Beginn des ersten arabisch-israelischen Krieges	65
1.5. Fazit: Keine breite Euphorie angesichts der Staatsgründung Israels.....	73
2. Der Eichmann-Prozess.....	75
2.1. Die Verhaftung Eichmanns in den DDR-Zeitungen	78

2.2. Die Sonderkorrespondenten.....	80
2.3. Die Vorbereitung der Agitation.....	86
2.4. Über die Empörung der israelischen Gesellschaft	88
2.5. Komplizen des Verschweigens: Adenauer und Ben-Gurion.....	91
2.6. Die Unzulänglichkeiten der israelischen Justiz	93
2.7. An der Causa Eichmann gescheitert.....	95
3. Der Sechstagekrieg	97
3.1. Das agitatorische Vorspiel.....	99
3.2. Die Berichterstattung während der sechs Kriegstage	100
3.3. Westdeutsche Mitschuld.....	103
3.4. Die Abwehr des Antisemitismusvorwurfs.....	106
3.5. Unterstützung durch die KP Israel	109
3.6. Deutliche antisemitische Motive während des Sechstagekrieges	111
4. Das Olympia-Attentat von München 1972.....	114
4.1. Die Haltung der SED gegenüber Israel vor dem Olympia-Attentat.....	117
4.2. Die Vorbereitungen der SED auf die Olympiade in München.....	122
4.3. Der Anschlag in den DDR-Zeitungen.....	124
4.4. Die Verurteilung des Anschlags	126
4.5. Die Verwässerung der Identitäten von Opfern und Tätern	127
4.6. Wiedergabe der internationalen Empörung	128
4.7. Als hätte es keinen Anschlag gegeben	131
5. Frieden mit Ägypten	135
5.1. Die sozialistische Friedensformel für den Nahen Osten	135
5.2. Der Reifeprozess der PLO, die ägyptischen Separatpläne und ‚die Front der Standhaftigkeit‘.....	136
5.3. Die Ziele des Imperialismus und Schlussfolgerungen für die DDR	138
5.4. Ostdeutsch-israelische Kontakte in den 1970er Jahren.....	140
5.5. Camp David: dem Frieden keinen Schritt näher	142
5.6. Behauptetes Komplott des Imperialismus und Zionismus gegen die arabischen Völker.....	148
5.7. Der Vorwurf der ‚Verewigung‘ der Okkupation	153
5.8. Das Israelbild im Angesicht von Camp David	156
6. Die Phase der ersten Intifada	158
6.1. Das Verhältnis der SED zu Israel vor Beginn der Intifada	159
6.2. Das Israelbild nach Beginn der Intifada.....	164
6.3. Israels ‚Eiserne Faust‘.....	166
6.4. Die israelische Opposition	172

6.5. Wahlen in Israel: Ausdruck politischer Heterogenität?	176
6.6. Die Ausrufung des Staates Palästina.....	178
6.7. Das Ende der antiimperialistischen Sicht auf Israel.....	182
IV. Abschlussbetrachtungen.....	184
1. Das Israelbild in Tageszeitungen der DDR	185
2. Antisemitischer Antizionismus?.....	189
Abkürzungsverzeichnis.....	197
Archive & Quellen	198
Literaturverzeichnis.....	200

Vorwort

Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um eine überarbeitete Fassung meiner im Oktober 2012 an der Ludwig-Maximilians-Universität München eingereichten Dissertation. In meinem Masterstudium an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn widmete ich mich den Medien- und Politischen Wissenschaften und den vielfältigen Schnittmengen dieser beiden Bereiche. Die Wahl für eine Promotion in Geschichte hatte zur Konsequenz, dass ich, parallel zur Aufnahme meiner Recherchen, das Hauptstudium der Geschichtswissenschaft absolvieren musste. Hierbei sollte ich vor allem den Umgang mit Originaldokumenten und deren Interpretation lernen. Es war der renommierte israelische Historiker Benny Morris, bei dem ich ein Semester lernen und schreiben durfte, der mir die Freude an dieser Art der wissenschaftlichen Arbeit vermittelte. Mit meiner Dissertation wollte ich einerseits das Spektrum meiner Studien erweitern, andererseits war ich nicht bereit, meinen Fokus auf den politisch-medialen Bereich gänzlich aufzugeben. Der Leser wird schnell zu der Überzeugung gelangen, dass hier kein klassischer Text der Geschichtswissenschaft vorliegt, ebenso wenig handelt es sich um eine rein medienwissenschaftliche oder politikwissenschaftliche Studie. Mein Ziel war, diese drei Ansätze miteinander zu verbinden. Angesichts dessen gilt mein besonderer Dank meinem Betreuer und Doktorvater, Michael Brenner, der mir genau diese Freiheit und Flexibilität zugestand und mich stets dazu ermutigte, meine verschiedenen akademischen Einflüsse geltend zu machen. Ich bin mir sicher, dass er, als Professor für Geschichte, an manchen Stellen meiner Dissertation mindestens ebensolche Flexibilität an den Tag legen musste, um beispielsweise die sehr detaillierte Wiedergabe von Zeitungszitaten zu „ertragen“.

Ich kann heute nicht genau sagen, was mich antrieb, die DDR, ein Staat und ein System, mit dem ich mich zuvor nicht wirklich auseinandergesetzt hatte, zum Objekt meiner Untersuchung zu machen. Wie es der Zufall aber wollte, bot Hans Günter Hockerts genau zum richtigen Zeitpunkt ein intensives Seminar und eine ebenso informative Vorlesung über die DDR an. Beide Veranstaltungen bestärkten mich in meiner Wahl der DDR. Die ehrliche und um die Qualität bemühte Betreuung meiner Dissertation ging weit über das Maß hinaus, das ich von meinem Zweitbetreuer erwartet hatte.

Ebenso wie ich mich in das (außen-)politische Denken und Handeln der DDR einarbeiten musste, war die Beschäftigung mit dem Medien- und Pressesystem der DDR Neuland für mich. Deshalb bin ich ebenso glücklich und dankbar, dass der Michael Meyen, einer der führenden Forscher auf dem Gebiet des DDR-Pressewesens, sich stets bereit erklärte, meine offenen Frage zu erläutern. Er war es auch, der mir meine erste wissenschaftliche Veröffentlichung ermöglichte, zu einem Zeitpunkt, als von dieser Dissertation noch kein Wort geschrieben war.

Neben den oben erwähnten Experten gab es eine Hand voll Personen, denen mein Vertrauen galt und die mich auf manche Unklarheiten im Text hinwiesen. Genannt seien an dieser Stelle vor allem Alfred Goldenberg, Ron Lehrer und Doris Lösel. Die noch verbliebenen Fehler und Unschärfen sind alleinig mir, dem Autor, anzulasten. Ich möchte meinen Eltern dafür danken, dass sie mich bei meinem Plan, eine Promotion anzustreben, stets unterstützten. Ich hoffe, Euch ein bisschen Stolz gemacht zu haben.

Und ich möchte meiner Frau danken für zu viele Sachen, als dass der Platz hier ausreichend wäre. Ich gebe mir Mühe, sie jeden Tag meine Dankbarkeit spüren zu lassen.

Oren Osterer

München, im September 2013

I. Prolog

Zwischen der DDR und dem Staat Israel wurden nie diplomatische Beziehungen aufgenommen. Im Gegenteil: Das Verhältnis zwischen beiden Staaten, deren jeweilige Entstehungsgeschichten eng mit der Nazi-Barbarei und dem Zweiten Weltkrieg verknüpft waren, litt stets unter extremen Spannungen, die sich auf deutlich divergierende Interessenlagen zurückführen lassen. Bis auf einige wenige Ausnahmen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft, die sich vor allem auf das letzte Jahrzehnt der Existenz der DDR beschränkten, fand ein ständiger Austausch lediglich zwischen der SED und ihrer kommunistischen Bruderpartei in Israel statt.

Mit dem im Jahre 2010 veröffentlichten Buch *Die DDR und die Juden*¹ hat Detlef Joseph, von 1961 bis 1991 Juraprofessor an der Ost-Berliner Humboldt-Universität, den Versuch unternommen, die „krausen Gedanken“ zu entlarven, die „benötigt werden, um der DDR Antisemitismus anzudichten.“² Joseph bemängelt, dass jegliche Kritik am Zionismus „von bestimmten ‚Gralshütern‘ undifferenziert sofort den Stempel Antisemitismus aufgedrückt“³ bekäme. Es habe in der DDR lediglich an der nötigen Differenzierung zwischen den verschiedenen Ausformungen des Zionismus gemangelt. Joseph gehört auch zu den Verteidigern der These vom DDR-Antifaschismus. Dieser habe nicht verordnet werden müssen, sondern habe in der Bevölkerung auf „Kenntnis und Erkenntnis“⁴ gegründet. Im Vergleich zu Westdeutschland hätten in der DDR deutlich weniger ehemalige NSDAP-Mitglieder führende Funktionen in Politik und Gesellschaft eingenommen. Dies lässt sich natürlich auch auf die Größenverhältnisse der beiden deutschen Staaten zurückführen. Die DDR bot andererseits unvorbelasteten ehemaligen NSDAP-Mitgliedern mit der 1948 durch die sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) gegründete Partei NDPD eine neue politische Heimat. Das Aufkommen von rechtsextremen Vorfällen in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung müsse auf die ungebrochene Tradition in der BRD zurückgeführt werden, wo rechtsextremistisches Gedankengut „seit Jahrzehnten nicht bekämpft worden ist.“⁵

Als Vertreter der von Joseph erwähnten „Gralshüter“ muss vor allem Michael Wolffsohn genannt werden. Ihm geht es um die Aufdeckung der „antifaschistischen Legende“. Die Juden seien für die DDR ein „Instrument zur Selbstdarstellung – nicht zuletzt auf Kosten der Juden und der vermeintlich faschistischen BRD“ gewesen.⁶ Die DDR habe ihren Antisemitismus hinter der Fassade des Antizionismus versteckt, Ost-Berlin habe Israel als einen „Unstaat – so etwas wie ein Staat jüdischer Nazis“ und als einen „Lakai des ‚US-Imperialismus‘“⁷ behandelt. Letztlich sei auch die Zusammenarbeit mit Israels Feinden, darunter vor allem Ägypten, Syrien,

¹ Detlef Joseph / Renate Kirchner: *Die DDR und die Juden. Eine kritische Untersuchung*. Berlin: Das Neue Berlin 2010. Renate Kirchner hat zum eigentlich Text des Buches nicht beigetragen. Sie fertigte eine im Buch enthaltene Auflistung von DDR-Literatur über den Holocaust an.

² Ebd., S. 8.

³ Ebd., S. 93.

⁴ Detlef Joseph: *Hammer, Zirkel, Hakenkreuz. Wie antifaschistisch war die DDR?* Berlin: Edition Ost 2006, S. 9.

⁵ Ebd., S. 278. Jürgen Danyel erklärt dagegen, dass die Begründung vielmehr in einem reziproken „Transformationsprozess“ zwischen den rechten Szenen in beiden Teilen Deutschlands zu suchen sei. Für die DDR gelte, dass spätestens ab Mitte der 1980er gesellschaftliche „Transformationsprozesse“ (Stagnation, Erosion, Zerfall, Umbruch) eingesetzt hätten. Zugleich seien „ideologische Axiome“ des ostdeutschen Antifaschismus erschüttert worden. Beides zusammen habe den Rechtstrend unter Jugendlichen in der Endphase der DDR und in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung begünstigt. Vgl. Jürgen Danyel: Spätfolgen? Der ostdeutsche Rechtsextremismus als Hypothek der DDR-Vergangenheitspolitik. In: Jan C. Behrends / Thomas Lindenberger / Patrick G. Poutrus (Hrsg.): *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*. Berlin: Metropol 2003, S. 23–40.

⁶ Michael Wolffsohn: *Die Deutschland Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden*. München: Ed. Ferenczy bei Bruckmann 1995, S. 12–13. Mertens bezeichnet den Antifaschismus der DDR als „beharrliche Lebenslüge“. (Lothar Mertens: *Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die Jüdischen Gemeindefürsorge in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat*. Hildesheim: Olms 1997, S. 313.)

⁷ Ebd., S. 177.

Libyen und der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO), Ausdruck eines antisemitischen Antizionismus gewesen.⁸

Andere Forscher haben differenziertere Erklärungen für den offiziellen Antizionismus der DDR entwickelt. Die ostdeutsche Wissenschaftlerin Angelika Timm, deren wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Israel in die Zeiten der DDR zurückreicht, meint, dass der hoffnungsvolle Beginn in den Beziehungen zwischen der DDR und Israel „sehr bald durch außenpolitische Interessen überlagert“⁹ worden sei. Die Führungspersonen in der SBZ hätten, getreu der Devise Moskaus, den jungen Staat Israel unterstützt, nicht zuletzt weil aus „dem antifaschistischen Credo [...] Sympathien und Verpflichtungen“¹⁰ gegenüber Juden geboten gewesen wären. In diesem Fahrwasser seien zunächst auch die Verhandlungen über eine Wiedergutmachung an den Staat Israel vielversprechend verlaufen. Mit Beginn des Kalten Krieges sei die moralische Unterstützung „einer ideologisch begründeten Parteinahme“¹¹ gewichen, bei der Israel zunächst noch auf Seiten des sozialistischen Lagers verortet worden sei. Doch schon im Jahr 1948, dem Jahr der Staatsgründung Israels, habe die sowjetische Unterstützung für den jüdischen Staat gebröckelt. Die ungelöste Frage der Wiedergutmachung sowie die sich allmählich verändernden Interessen der Sowjets im Nahen Osten, sorgten nach Ansicht Timms dafür, dass spätestens ab dem Suez-Krieg von 1956 das Verhältnis zwischen Israel und der DDR von erheblichen Spannungen geprägt war. Ab diesem Zeitpunkt habe Israel endgültig als Handlanger des Imperialismus gegolten.¹²

Von nun an wurden die westdeutschen Wiedergutmachungszahlungen von Ost-Berlin als Rüstungsgeschäfte bezeichnet. Dies war, wie auch der Hinweis auf geheime Rüstungsabkommen zwischen Bonn und Jerusalem, nicht ganz aus der Luft gegriffen. Die SED versuchte mit Hilfe ihrer agitatorischen Arbeit den politischen Druck auf die arabischen Länder zu erhöhen, damit diese ihre Beziehungen zu Bonn abbrechen, oder zumindest abwarten und mit Ost-Berlin diplomatische Beziehungen aufnehmen würden. Bis Ende der 1960er Jahre blieben diese Bemühungen allerdings erfolglos. Selbst als die Bundesrepublik sich entschloss, volle diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen, woran der Besuch Walter Ulbrichts in Ägypten im Frühjahr 1965 wohl nicht völlig schuldlos war, wagten es die arabischen Staaten noch nicht, volle diplomatische Beziehungen mit der DDR einzugehen.¹³ Primär war Kairo an dem Besuch Ulbrichts interessiert, um Druck auf Westdeutschland auszuüben, nachdem geheime Rüstungsgeschäfte zwischen Bonn und Jerusalem offiziell bestätigt wurden.¹⁴ Die Hallstein-Doktrin, die jedem Staat den Abbruch der Beziehungen von Seiten Westdeutschlands im Falle der Anerkennung der DDR androhte, wirkte offenbar noch abschreckend genug, um den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik in der arabischen Welt aufrechtzuerhalten.¹⁵

Die schnelle und entschiedene Parteinahme der DDR für Ägypten im Suez-Krieg 1956 blieb aber nicht ohne jegliche positive Resonanz aus der arabischen Welt. Aufgrund ihrer Forderung nach sofortigem Rückzug der britischen, französischen und israelischen Truppe aus dem Sinai, der Lieferung eines Feldlazaretts und der

⁸ Ebd., S. 249ff.

⁹ Angelika Timm: *Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel*. Bonn: Bouvier 1997, S. 81.

¹⁰ Ebd., S. 84.

¹¹ Ebd., S. 87.

¹² Ebd., S. 141.

¹³ Allerdings unterzeichneten Ägypten und die DDR bereits wenige Tage vor der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens, das die westdeutsche Wiedergutmachung an Israel regelte, ein Handels- und Zahlungsabkommen, auf dessen Grundlage 1954 in Kairo eine Vertretung des ostdeutschen Ministeriums für Außen- und Innerdeutschen Handel eröffnet wurde. Die Anerkennung der DDR war damit durch den wichtigsten arabischen Staat vollzogen worden. Vgl. ebd., S. 250–251.

¹⁴ Vgl. Stefan Meining: *Kommunistische Judenpolitik. Die DDR, die Juden und Israel*. Münster: Lit 2002, S. 284.

¹⁵ Vgl. Jutta Illichmann: *Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990*. Frankfurt am Main: Peter Lang 1997, S. 200ff.

Durchführung einer „Hilfsaktion für Ägypten“¹⁶ wurde die DDR in Kreisen der Arabischen Liga gepriesen und, im Gegensatz zu Westdeutschland, als vorbildlich bewertet. Dabei habe die DDR die antisemitischen Vorbehalte in der arabischen Welt für sich zu nutzen gewusst, wodurch allerdings eine „merkwürdige Situation“¹⁷ entstand: „Während Ostberlin in der politischen Auseinandersetzung mit Bonn versuchte, die Bundesrepublik als antisemitischen Neonazistaat zu diffamieren, unterstützte die DDR in Nahost die radikalsten Feinde des jüdischen Staates.“¹⁸ All dies führte dazu, dass im Jahr 1956 der vorläufig letzte offizielle Kontakt zwischen Israel und der DDR stattfand, bei dem es um die Gretchenfrage der Wiedergutmachung ging. Der Historiker Stefan Meining stellt fest, dass sich in der „Chronik der Beziehungen DDR-Israel“ des Ost-Berliner Außenministeriums, für die Jahre von 1956 bis 1971 kein Eintrag über Kontakte mit dem jüdischen Staat findet.¹⁹

Bis Ende der 1980er Jahre wurde Israel in Ost-Berlin als imperialistische Speerspitze im Nahen Osten wahrgenommen. Diese Haltung fand im Sechstagekrieg von 1967 (Sechstagekrieg) ihre vermeintlich ultimative Bestätigung. Im Zuge des überwältigenden Triumphes der israelischen Streitkräfte wurde die antizionistische Agitation verschärft und Israel als integraler Teil der „US-Globalstrategie“²⁰ identifiziert. Als Konsequenz der Niederlage im Sechstagekrieg forderten Ägypten und Syrien Rüstungshilfe aus der DDR, die teilweise noch im Juni abgewickelt wurde.²¹

Anfang der 1970er Jahre gelang der DDR der lang ersehnte diplomatische Durchbruch. Im Dezember 1972 wurde der Grundlagenvertrag mit Westdeutschland unterzeichnet, der als Eintrittskarte in die Vereinten Nationen im Folgejahr und als Ausgangspunkt für die breite Anerkennung der DDR, auch durch westliche Staaten, zu verstehen ist. Bereits 1969/1970 erkannten die meisten Staaten Afrikas und der arabischen Welt die DDR an. Ausschlaggebend für den Umschwung der arabischen Staaten sei letztlich das Bonner Abrücken von der Hallstein-Doktrin gewesen.²² Gegenüber Israel aber änderte sich die politische und propagandistische Linie der DDR nicht. Auch wenn die Frage der Wiedergutmachung aus der DDR von internationalen Akteuren, vor allem westlichen Staaten und jüdischen Überlebendenverbänden, immer wieder in Gesprächen mit Vertretern Ost-Berlins aufgeworfen wurde, weigerte sich die DDR, den Staat Israel überhaupt als Gesprächspartner in dieser Frage zu akzeptieren. Lediglich die nichtstaatlichen Kontakte zur Kommunistischen Partei Israel, sowie zu einigen antifaschistischen Organisationen in Israel, wurden gepflegt.²³

Manche Autoren meinen, dass die 1970er Jahre den Höhepunkt des ostdeutschen Antizionismus darstellen. So sei die DDR ab dieser Zeit bemüht gewesen, die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) zu einem international anerkannten und gleichwertigen Verhandlungspartner aufzuwerten, was ganz im Sinne des Wandels der sowjetischen Politik gegenüber der PLO stand. Teil dieser Politik war die militärische Unterstützung der von Arafat angeführten Palästinensischen Befreiungsorganisation auch wenn diese unter gewissen Vorbehalten erfolgte.²⁴ Der ostdeutsche Teilstaat gehörte zu den Vorreitern bei der Unterstützung der UN-Resolution, die 1975 den Zionismus zu einer Form des Rassismus erklärte. Die DDR beging seit den 1970er

¹⁶ Meining: *Kommunistische Judenpolitik*, S. 261–262.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ebd., S. 247, 259

²⁰ Ebd., S. 298.

²¹ Dabei war die DDR nur in sehr begrenztem Maße in der Lage, schweres Kriegsgerät zu liefern. Vgl. ebd., S. 298ff.

²² Vgl. ebd., S. 304–305.

²³ Illichmann: *Die DDR und die Juden*, S. 219ff. Besonders in den 1970ern und 1980ern war der Kontakt zur KP Israel ausgeprägt. Die KP Israel und antifaschistische Organisationen schlossen sich der Ansicht an, die Existenz der DDR sei selber die beste Form der Wiedergutmachung.

²⁴ Vgl. Meining: *Kommunistische Judenpolitik*, S. 307ff.

Jahren jährlich die „Woche der Solidarität mit dem antiimperialistischen Kampf der arabischen Völker“ und die „Woche der Solidarität mit der PLO“ sowie den „Tag der Solidarität mit den Opfern der israelischen Aggression“.²⁵ Nach dem Sechstagekrieg habe sich die DDR zum „entschiedensten Feind Israels in der sozialistischen Welt“²⁶ entwickelt, was zuweilen auch mit offenen antisemitischen Anfeindungen einhergegangen sei. Schließlich erkannte die DDR den unabhängigen Staat Palästina an, als dieser im November 1988 durch die PLO auf einer Tagung in Algier ausgerufen wurde. Selbst die Sowjetunion unternahm diesen Schritt erst im Januar 1990.²⁷

Da die DDR in den frühen 1970er Jahren ihre diplomatische Anerkennung international weitestgehend durchgesetzt hatte, liegt die Vermutung nahe, dass hinter dem weitergeführten Antizionismus mehr als nur das Streben nach vollwertigen diplomatischen Beziehungen zur arabischen Welt steckte.²⁸ Damit ist noch nicht belegt, dass Antisemitismus das leitende Motiv war. Die anhaltende Systemkonkurrenz zur Bundesrepublik, die sich vermutlich auch in der gegensätzlichen Haltung beider deutscher Staaten gegenüber Israel ausdrückte, war aller Wahrscheinlichkeit nach ein grundlegender Faktor im Antizionismus Ost-Berlins über die 1970er Jahre hinaus. Außerdem war die SED überzeugt, dass die sozialistische Staatengemeinschaft das Friedenslager ausmachte, wogegen alle mit dem Imperialismus verbundenen Staaten eine friedliche Entwicklung regionaler und überregionaler Konflikte blockieren würden. Letztlich war die DDR nach ihrer völkerrechtlichen Anerkennung weiter daran interessiert, die wirtschaftlichen Beziehungen mit der arabischen Welt auszubauen, wozu eine israelfeindliche Haltung nach wie vor dienlich erschien.²⁹

Bis weit in die 1980er Jahre gab es keine Perspektive für eine Konsolidierung der zwischenstaatlichen Beziehungen, weder auf politischer noch auf wirtschaftlicher Ebene. Erst im Herbst 1987 erwog Ost-Berlin, das explizite Handelsverbot mit Israel von 1976 zu lockern. Hintergrund war nicht etwa der Wunsch nach Verbesserung der Beziehungen zu Israel, sondern vornehmlich die Hoffnung auf eine Intensivierung von Geschäftskontakten zu (jüdisch-)amerikanischen Unternehmern. Eine deutliche Öffnung vollzog die DDR in der Forschung und im Archivwesen, besonders in Zusammenhang mit dem Holocaust. Am 50. Jahrestag der Reichspogromnacht vom 9. November 1938 erhielten zwei führende Mitarbeiter der staatlichen Erinnerungs- und Forschungsstätte in Israel, Yad Vashem, Einsicht in die Aktenbestände der DDR. Dennoch blieben die Schritte der DDR in den meisten Bereichen halbherzig und kamen verspätet, so dass es vor der Wiedervereinigung nicht mehr gelang, volle zwischenstaatliche Beziehungen auf Augenhöhe einzurichten.³⁰

Lothar Mertens ist einer der wenigen Historiker, die sich ausgiebiger mit dem Israelbild in Zeitungen der DDR beschäftigt haben. In seinem Buch *Davidstern unter Hammer und Zirkel* benennt er ein ganzes Kapitel nach dem verzerrten Israeldild in der DDR³¹, für das er vereinzelt die Israelberichterstattung in DDR-Zeitungen

²⁵ Vgl. Thomas Haury: „Das ist Völkermord!“ Das „antifaschistische Deutschland“ im Kampf gegen den „imperialistischen Brückenkopf Israel“ und gegen die deutsche Vergangenheit. In: Matthias Brosch / Michael Elm (Hrsg.): *Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung*. Berlin: Metropolis 2007, S. 285–300, hier S. 286.

²⁶ Meinung: *Kommunistische Judenpolitik*, S. 305.

²⁷ Vgl. Lothar Mertens: Antizionismus. Feindschaft gegen Israel als neue Form des Antisemitismus. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): *Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils*. München: DTV 1995, S. 89–100, hier S. 97.

²⁸ Während des Oktober-Krieges 1973 lieferte die DDR Rüstungsgüter an Syrien. Eine genaue Aufzählung laut einem Schreiben Honeckers an Assad findet sich in Stefan Meinung: *Kommunistische Judenpolitik*, S. 328. Ebenso konnte Meinung herausfinden, dass NVA-Soldaten an der Seite Syriens in den Krieg eingreifen sollten. Vgl. Stefan Meinung: Geheimoperation Aleppo. http://www.poolalarm.de/kindersuchdienst/raf/Beteiligung_der_DDR%20am_Yom-Kippur-Krieg_1973_Israels_mit_den_arabischen_Staaten.pdf (Zugriff am 23.11.2011).

²⁹ Vgl. Meinung: *Kommunistische Judenpolitik*, S. 329ff.

³⁰ Vgl. ebd., S. 351ff.

³¹ Vgl. Mertens: *Davidstern und Hammer und Zirkel*, S. 313ff.

heranzieht. Bereits Anfang der 1990er Jahre bezog sich Mertens in einer kürzeren Studie zum „staatlich propagierten Antizionismus“ unter anderem auf Zeitungsartikel aus der DDR.³² Eine Untersuchung zu *Israel in den Medien der DDR* hat auch Angelika Timm angefertigt.³³ Darin gibt sie allgemein zu bedenken, dass in den sozialistischen Staaten „ein monolithisches Perzeptionsmuster“ vorgeherrscht habe, was dazu geführt habe, dass das Israelbild in der DDR „deckungsgleich mit der Darstellung zionistischer Gesellschaftsprogrammatik und israelischer Politik in der UdSSR“ gewesen sei.³⁴ Allerdings räumt sie ein, dass in der Betrachtung des Israelbildes in der DDR „spezifische Momente“³⁵ zu beachten seien – die Systemkonkurrenz der beiden deutschen Staaten und die Frage der Wiedergutmachung. Allgemein habe sich das Israelbild vor dem Hintergrund des Kalten Krieges entwickelt und „unterlag durchaus gewissen Zeit- und situationsabhängigen Wandlungen.“³⁶

Heiko Hannemann untersuchte in seiner überarbeiteten Magisterarbeit das Israelbild im *Neuen Deutschland* in den 1980er Jahren, wobei er sich auf die Jahre 1982 und 1988 konzentriert.³⁷ Er kommt zu dem Ergebnis, dass das *Neue Deutschland* eine Form des „Schuldabwehr-Antisemitismus“³⁸ als Instrument nutzte, um so die Last der Vergangenheit der DDR-Bürger zu nehmen und ihnen gleichzeitig die Identität von Bürgern eines antifaschistischen Staates zu ermöglichen. Das *Neue Deutschland* habe es so geschafft, dass eine „moralische Generalamnestie der ostdeutschen Bevölkerung und zugleich das Fortbestehen antisemitischer Stereotypen im Kleide des Antt Zionismus“³⁹ gestattet wurde. Ausdrücklich nimmt Hannemann Abstand von einer Bewertung der gesamten 1980er Jahre und von dem singulären Gebrauch des Begriffes Antisemitismus. Sein Vorschlag ist, von Antisemitismen zu sprechen, womit er es ablehnt, dem *Neuen Deutschland* ein vollständiges antisemitisches Weltbild zu attestieren.⁴⁰

Die Zeitungen der DDR waren der Anleitung und Kontrolle durch die Agitationsabteilung des Zentralkomitees der SED unterworfen, die es ihnen nahezu unmöglich machten, eigene Standpunkte zu politischen und gesellschaftsrelevanten Themen zu vertreten. Dabei handelte es sich nicht um eine strikte Vorzensur, sondern um ‚Empfehlungen‘ für die Berichterstattung – Empfehlungen, die als bindend gedacht waren und so von den Redaktionen verstanden wurden. Damit konnte die SED sicherstellen, dass sich keine Zeitungen, auch nicht die täglich erscheinenden Organe der Blockparteien, vom gewünschten Tenor entfernten. Besonders bedeutsam für die Berichterstattung über Israel war, dass in der DDR nur der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst (ADN) ein ausgebreitetes Netz ständiger Auslandskorrespondenten unterhielt.⁴¹ Der ADN war eine Institution des ostdeutschen Staates und die einzige zugelassene Nachrichtenagentur in der DDR. Selbst das *Neue Deutschland*, das als Zentralorgan der SED als einzige Tageszeitung eigene Korrespondenten in ausgewählten Ländern unterhalten durfte, musste die Erlaubnis einholen, um eigene Journalisten zu Großereignissen zu schicken, wie es beispielsweise beim Eichmann-Prozess 1961 in Jerusalem der Fall war.

Angesichts der Agitationsbürokratie lässt sich aus dem Tenor der Berichterstattung mehrerer DDR-Zeitungen ein Israelbild nachzeichnen, das als Gradmesser für den Antizionismus der DDR gewertet werden kann, da es letztlich immer auf der politischen Interessenlage der SED basierte. Die Agitation war bis Mitte der 1950er Jahre

³² Lothar Mertens: Staatlich propagierter Antizionismus. Das Israelbild der DDR. In: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 1 (1992), S. 139–153.

³³ Angelika Timm: Israel in den Medien der DDR. In: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 1 (1992), S. 154–173.

³⁴ Ebd., S. 154–155.

³⁵ Ebd.

³⁶ Ebd.

³⁷ Hannemann, Raiko: Antisemitischer Antizionismus von links? Nahost-Berichterstattung im „Neuen Deutschland“ in den 1980er Jahren. <http://edoc.hu-berlin.de/master/hannemann-raiko-2008-03-27/PDF/hannemann.pdf> (Zugriff 19.10.2013)

³⁸ Ebd. S. 132.

³⁹ Ebd. S. 133.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Für die Israelberichterstattung waren erstrangig Korrespondenten in den arabischen Nachbarländern zuständig.

ausgereift und behielt ihre Effektivität bis zur Wende bei. Aufgabe der Redaktionen war vor allem, ADN-Meldungen über das Geschehen in und um Israel zu kürzen, zusammenzufassen und abzudrucken.

Wenn der Antizionismus der DDR, wie einige Forscher meinen, einer antisemitischen Weltanschauung entsprungen war, wenn Politbüro, ZK, und damit die Agitationsbürokratie, den Antizionismus als Blitzableiter ihrer antisemitischen Einstellung nutzten, so muss sich das auch im Israelbild der DDR-Zeitungen rekonstruieren lassen.

1. Fragestellung und Zielsetzung

Bisher lässt sich keine Studie finden, die das Israelbild der DDR systematisch, in mehreren Tageszeitungen und über die gesamte Existenz der DDR umfassend untersucht. Für die meisten Analysen des Israelbildes in der DDR spielen die Medien allgemein eine komplementäre, und die Tageszeitungen nur eine untergeordnete Rolle.¹ Die hier vorgenommene Untersuchung des Israelbildes in mehreren Tageszeitungen der DDR schließt eine Forschungslücke, die einen Beitrag zur Erkenntnis über die Wahrnehmung Israels in einem spezifischen, durch die SED kontrollierten Gesellschaftsbereich der DDR, leistet. Ebenso gibt die Arbeit Aufschluss über die (außen-)politische Interessenlage der DDR, die sich im Tenor des Israelbildes widerspiegeln muss. Letztlich wird dem Disput, ob beim offiziellen Antizionismus der DDR auch antisemitische Motive eine Rolle gespielt haben, eine weitere Dimension zugeführt. Die Frage nach antisemitischen Motiven betrifft auch die Diskussion um den Wahrheitsgehalt der tragenden Ideologie des SED-Staates: Wenn der DDR Antisemitismus nachgewiesen werden kann, kommt der Glaube an einen aufrichtigen Antifaschismus des ostdeutschen Staates nicht unbeschadet davon.

Die vorliegende Arbeit untersucht das Israelbild in vier Tageszeitungen der DDR, repräsentativ für die seit den 1950er Jahren in der DDR erschienenen 39 (ab 1963 38) Tageszeitungen.² Zum einen wird die Israel-Berichterstattung der beiden auflagenstärksten Tageszeitungen, das *Neue Deutschland* und die *Junge Welt*, die als Zentralorgane der Staatspartei Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) beziehungsweise der Massenorganisation Freien Deutschen Jugend (FDJ) fungierten, inhaltsanalytisch aufbereitet. Zum anderen sind die Zentralorgane zweier Blockparteien in der DDR Christlich Demokratische Union (CDU) und Liberaldemokratische Partei Deutschlands (LDPD), die *Neue Zeit* und *Der Morgen*, Gegenstand der Untersuchung.³

Mit der Zusammenführung von KPD und SPD zur SED am 23. April 1946 in der Ostzone erschien das *Neue Deutschland* als Zentralorgan der neuen Partei zum ersten Mal und löste mit einem „Manifests an das Deutsche Volk“⁴ die *Deutsche Volkszeitung* (KP) und *Das Volk* (SPD) ab, die beide seit Juni beziehungsweise Juli 1945 erschienen waren. Ebenfalls Mitte 1945 wurden die anderen beiden Parteiorgane, die *Neue Zeit* (CDU) und *Der*

¹ Siehe beispielsweise Angelika Timm: Israel in den Medien der DDR. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 1 (1992), S. 154–173; Lothar Mertens: *Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die Jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat*. Hildesheim: Olms 1997.

² Vgl. Gunter Holzweißig: Massenmedien in der DDR. In: Jürgen Wilke (Hrsg.): *Mediengeschichte der Bundesrepublik*. Bonn: Böhlau 1999, S. 573–601, hier S. 579.

³ Die hier untersuchten Zeitungsausgaben sind im Zentrum für Berlin-Studien (ZBS) in der Zentral- und Landesbibliothek Berlin auf Mikrofilm einsehbar und können praktischerweise und kostenfrei als digitale Formate gescannt werden. Das ZBS war laut Auskunft der Mitarbeiter zum Zeitpunkt der Sichtung der Zeitungen für die vorliegende Arbeit bemüht, eine Möglichkeit zur online Einsicht in die Zeitungen zu schaffen. Der aktuelle Stand ist hier einsehbar: <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/> (Zugriff am 19.10.2013).

⁴ Vgl. Burghard Cissla / Dirk Külow: *Zwischen den Zeilen. Geschichte der Zeitung „Neues Deutschland“*. Berlin: Das Neue Berlin 2009, S. 19.

Morgen (LDPD) zugelassen, sowie seit Februar 1947 die *Junge Welt* als Zentralorgan des FDJ. Die *Junge Welt* erschien bis März 1952 wöchentlich, erst danach täglich.⁵

Da es schlichtweg nicht möglich ist, alle Ausgaben der genannten Zeitungen aus 40 Jahren DDR-Geschichte zu untersuchen, wird der vorherrschende Tenor zu sechs spezifischen historischen Ereignissen, die Israel betrafen, herausgearbeitet. Bei der Auswahl dieser sechs Ereignisse soll ein breites Spektrum israelischer Geschichte abgedeckt werden, das über die klassische Periodisierung israelischer Geschichte anhand seiner Kriege hinausgeht. Letzteres hätte nämlich zur Folge gehabt, dass nur kriegerische Aspekte des Israelbildes Eingang in die Untersuchung gefunden hätten. Angesichts der Verortung der DDR im Ostblock, der wiederum spätestens seit Mitte der 1950er Jahre in ausgesprochener Feindschaft zu Israel stand, wäre die Aussagekraft der Inhaltsanalysen dementsprechend begrenzt geblieben. Es sollte klar sein, dass, in Zeiten des Krieges, der Ostblock, einschließlich der DDR, sich hinter den Feinden des Staates Israel positionierte. Die Analyse der Berichterstattung während des Sechstagekrieges von 1967 steht exemplarisch für die Kriegsberichterstattung. Dem vorangestellt ist die Analyse der Tageszeitungen in der entscheidenden Phase der israelischen Staatsgründung zwischen dem UN-Teilungsbeschluss für Palästina Ende November 1947 und Ende Mai 1948, als die Invasion der arabischen Armeen in den kurz zuvor gegründeten israelischen Staat bereits in vollem Zuge war.

Durch die Analyse der Berichterstattung über den 1961 in Jerusalem stattfindenden Eichmann-Prozess wird die DDR-Agitation bezüglich des Holocausts betrachtet. Der Eichmann-Prozess eröffnete der DDR die Möglichkeit, mit Hilfe eines in Israel stattfindenden Ereignisses, Westdeutschland als nach wie vor faschistischen Staat zu diffamieren. Bei der Untersuchung der Berichterstattung über das Attentat auf die israelische Olympiamannschaft 1972 in München zeigt sich verstärkt die Sichtweise auf die als Klassenfeind wahrgenommene Bundesrepublik. In diesen beiden Kapiteln lässt sich die ostdeutsche Sicht auf Westdeutschland, dargestellt im Kaleidoskop eines auf Israel bezogenen Ereignisses, nicht ignorieren – das Israelbild bleibt natürlich im Mittelpunkt der Betrachtung.

Die Betrachtung der Annäherung zwischen den ursprünglichen Erzfeinden Israel und Ägypten im Zuge des Friedensprozesses von Camp David, die 1979 in der Unterzeichnung des Friedensvertrages ihren Höhepunkt fand, stellt den Gegensatz zur Sicht auf den Sechstagekrieg dar. Letztlich bot sich an, die Erste Intifada, das massenhafte Aufbegehren der Palästinenser im Westjordanland und im Gaza-Streifen ab Dezember 1987, heranzuziehen, da sie zeitgleich zum Zusammenbruch der DDR stattfand.

Schon die Ereignisse selbst werfen konkrete Fragen für die Untersuchung auf, so zum Beispiel, ob die Feindschaft der DDR zum Staat Israel in den Ursprüngen der beiden Staaten (Israel als Staat der jüdischen Überlebenden des Holocaust, die DDR als Staat der kommunistischen Überlebenden der NS-Herrschaft und der Sieger über den Faschismus) selbst begründet lag, was in der Ablehnung des jüdischen Staatswesens bereits 1947/1948 in den Zeitungen erkennbar sein müsste. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass bis zur formellen Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 das Territorium als Sowjetisch besetzte Zone (SBZ) bezeichnet wurde. Zu diesem Zeitpunkt war die Zeitungslandschaft der späteren DDR bereits vollständig ausgeprägt. Da aber die Agitationsbürokratie der SED noch nicht perfektioniert war, und da die Vorzensur der SMAD für die Presse in der SBZ bereits am 17. April 1947 abgeschafft worden war, kann vermutet werden, dass die Zeitungen während der Gründungsphase Israels noch relativ unabhängig berichten konnten. Ebenso lässt sich fragen, wie in den DDR-Zeitungen das Dilemma gelöst wurde, dass es gerade der Staat Israel war, der

⁵ Gunter Holzweißig: Die Presse als Herrschaftsinstrument der SED. In: *Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen. SED-Staat und die Frage der Verantwortung. Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, hrsg. vom Deutschen Bundestag. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1995, Bd. II/3. S. 1689–1722, hier S. 1690.

als feindlich wahrgenommen und dem eine Allianz mit Westdeutschland vorgeworfen wurde, und der nun mit dem Prozess gegen Eichmann eine ideale Vorlage lieferte, den angeblich herrschenden Antifaschismus in Westdeutschland intensiv zu thematisieren.. Die Untersuchung des Sechstagekrieges vermag Aufschlüsse über die Berichterstattung in einer Extremsituation zu liefern und als Beispiel für das Israelbild in DDR-Zeitungen in kriegerischen Zeiten zu dienen. Es ist fraglich, ob sich der Tenor der Israelberichterstattung beim Oktoberkrieg 1973 oder der Libanon-Invasion Anfang der 1980er Jahre entscheidend anders gestaltete als 1967. Beim Attentat auf die israelische Olympia-Mannschaft steht die Frage im Raum, wie die DDR-Zeitungen reagierten, als unerwartet unschuldige Israelis Opfer brutalen arabisch-palästinensischen Terrors (dazu noch auf westdeutschem Boden) wurden. Ebenso stellt sich fast von selbst die Frage, ob der Friedensschluss zwischen Israel und Ägypten, der größte und wohl wichtigste arabische Staat, der in den 1960ern Jahren noch als hoffnungsvoller Ausgangspunkt für die Anerkennung der DDR in der ‚Dritten Welt‘ gehandelt wurde, positiv auf das Israelbild auswirkte. Bei der Untersuchung zur Intifada ab 1987 muss schließlich betrachtet werden, ob der nahende Zusammenbruch der DDR und die Entspannung der Beziehungen zu Israel Einfluss auf das Israelbild hatten. Selbstverständlich handelt es sich hierbei nur um einige Fragestellungen, die im Folgenden durch die Arbeit aufgeworfen werden.

Dies sind einige der Aspekte, die bereits vor der Fertigstellung der Inhaltsanalysen antizipiert wurden. Diese sollen aber keineswegs die Analysen beschränken. Die Offenheit für weitere Aspekte des Israelbildes, die an dieser Stelle noch nicht antizipiert werden können, ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit. Mit Hilfe dieser offen gehaltenen Vorgehensweise will die Arbeit das Israelbild in Tageszeitungen der DDR als einen Bereich beleuchten, der bisher zwar immer wieder peripher Erwähnung fand, aber selbst noch nicht im Zentrum einer eigenständigen und so umfassenden Studie stand.

Im Gegensatz zu dieser explorativen Vorgehensweise verfolgt die Arbeit auch einen heuristischen Ansatz. Vor dem Hintergrund einer ausführlichen theoriegeleiteten Diskussion über den Antisemitismus und seinem Verhältnis zum Antizionismus sollen die einzelnen Komponenten des Israelbildes in einen größeren Zusammenhang gebracht werden, um einen Beitrag zur andauernden Kontroverse bezüglich des antisemitischen Gehaltes des offiziellen Antizionismus der DDR zu leisten.

Dem Autor ist durchaus bewusst, dass sich die Frage nach antisemitischen Motiven im Antizionismus der DDR nicht in der Inhaltsanalyse von Zeitungen erschöpfen kann. Vielmehr handelt es sich hierbei um ein Mosaikstück: Zusammen mit ähnlich angelegten Studien, die andere Teilbereiche des durch die SED-Bürokratie kontrollierten öffentlichen Lebens in der DDR untersuchen, vermag die vorliegende Studie die Diskussion um Antisemitismus in der DDR einen Schritt weiter zu bringen.⁶ Deswegen hegt die Arbeit die Hoffnung, Anstöße und Anregungen für weitere Forschung bezüglich des antisemitischen Gehalts im DDR-Antizionismus zu geben. Dennoch wird mit der Betrachtung der Presse beansprucht, einen zentralen Parameter für die offizielle Haltung der DDR zu untersuchen. Immerhin dienten die Zeitungen nicht nur gegenüber der eigenen Bevölkerung zur Darstellung der offiziellen Haltung der SED und damit der DDR. Eine weitere wichtige Dimension bestand in dem Bewusstsein der SED, dass die DDR-Zeitungen im Ausland gelesen und dort als offizielle Standpunkte Ost-Berlins verstanden wurden.⁷

⁶ Zeitgleich zu dieser Studie arbeitet Raiko Hannemann in Berlin an seiner Dissertation zum Thema des Antizionismus in der DDR-Wissenschaft. Aus persönlichen Gesprächen ist dem Autor bekannt, dass Hannemann ebenfalls versucht, möglichen Antisemitismus aufzudecken.

⁷ Meyen und Fiedler meinen gar, dass die Hauptadressaten der DDR-Zeitungen im Ausland saßen. Vgl. Michael Meyen / Anke Fiedler: Totalitäre Vernichtung der politischen Öffentlichkeit? Tageszeitungen und Kommunikationsstrukturen in der DDR. In: Stefan Zahlmann (Hrsg.): *Wie im Westen, nur anders. Medien in der DDR*. Berlin: Panama 2010, S. 35–59, hier S. 50–51.

Eine weitere wichtige Einschränkung zur Aussagekraft über antisemitische Motive liegt in der Problematik, die der Begriff Antisemitismus generell aufwirft. Es scheint, dass die Anzahl an Vorstellungen, was genau unter Antisemitismus zu verstehen sei, unüberschaubar ist. Auf der anderen Seite darf dies kein Grund sein, sich im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit dieser Frage zu entziehen oder sich zu weigern, einen eigenen, wissenschaftlich fundierten Standpunkt zu einem solch kontroversen Thema zu beziehen.

2. Zum Aufbau, zur Methodik und zu den Forschungsquellen

Die Studie fasst eingangs den Forschungsstand wissenschaftlicher Disziplinen zusammen, die für ihre eigene Fragestellung und Zielsetzung relevant sind. Als erstes steht dabei der Zusammenhang zwischen Antizionismus und Antisemitismus im Mittelpunkt, der in Geschichtswissenschaft, Soziologie, Politologie und anderen Forschungsbereichen kontrovers diskutiert wird. Die wichtigsten Forschungen, die sich explizit mit dem Antizionismus der DDR beschäftigt haben, werden samt ihren Positionen vorgestellt. Gleichzeitig wird hier die Theorie Thomas Haurys über das Zusammenspiel von Antizionismus und Antisemitismus erörtert, auf die sich bei der vorliegenden Untersuchung des Israelbildes in den DDR-Zeitungen bezogen wird.

Es folgen Abhandlungen zu drei historischen Determinanten, die für das Israelbild in Tageszeitungen der DDR grundlegend waren und ohne die das Zustandekommen des Israelbildes letztlich nicht befriedigend erklärt werden kann. Zunächst wird hier ein Überblick zum Agitationsapparat der SED gegeben. Dabei werden sowohl die allgemeinen Rahmenbedingungen des Journalismus in der DDR, als auch die besonderen Bedingungen der außenpolitischen Berichterstattung erkennbar. Hier geht es vor allem um die inhaltliche Anleitung und Kontrolle, die durch die SED auf alle Zeitungen in der DDR ausgeübt wurden.

Daran schließt sich die Darstellung der Weigerung der SED an, zu einer Lösung im Streit um Wiedergutmachungszahlungen mit dem Staat Israel zu gelangen. Das Scheitern in dieser hochsensiblen Frage wird allgemein als das wichtigste Hindernis für diplomatische Beziehungen zwischen der DDR und Israel angesehen. Es erklärt, weshalb das Verhältnis der beiden Staaten zueinander bis zuletzt gestört blieb. Die Wiedergutmachungsproblematik war eine spezifisch deutsche Angelegenheit, unabhängig von der allgemeinen Politik des Ostblocks gegenüber Israel.¹ Diese Spezifik wird besonders am Geheimprozess der SED gegen Paul Merker deutlich, der in Kapitel II.2.4. dargestellt wird. Die Frage der Wiedergutmachung wurde in der DDR nicht öffentlich diskutiert, und selbst als Westdeutschland im September 1952 ein Wiedergutmachungsabkommen mit Israel unterzeichnete, brauchte die SED noch bis November, um das „imperialistisch-kapitalistische“ Abkommen öffentlich zu kritisieren.² Damit erklärt sich auch, warum die Wiedergutmachungsfrage keine Grundlage für ein eigenes Analysekapitel dieser Arbeit darstellt.

Als dritte Determinante folgt die historiographische Darstellung der übergeordneten Nahost-Politik der Sowjetunion, deren geostrategischen Interessen sich keiner der Ostblockstaaten, und damit auch nicht die DDR, entziehen konnte. Ingrid Muth beschreibt „die Festigung und [den] Ausbau der Beziehungen auf allen Gebieten zur Sowjetunion als Garantiemacht für die Existenz der DDR“³ als einen der wichtigsten Eckpfeiler der DDR-Außenpolitik. Hierbei werden sowohl die historischen Ursprünge der sowjetischen Politik gegenüber dem

¹ So muss beispielsweise beachtet werden, dass die anderen Ostblockstaaten bis zum Sechstagekrieg sehr wohl diplomatische Beziehungen mit Israel unterhielten. Nur Rumänien hielt diese über den Juni 1967 hinaus aufrecht.

² Vgl. Angelika Tim: *Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel*. Bonn: Bouvier 1997, S. 132.

³ Ingrid Muth: *Die DDR-Außenpolitik 1949–1972. Inhalte, Strukturen, Mechanismen*. Berlin: Ch. Links 2000, S. 49. Obwohl die Studie von Ingrid Muth nur den Zeitraum bis 1972 betrachtet, hat die ostdeutsche Orientierung an der Sowjetunion bis zur Mitte der 1980er Jahre zweifelsohne Gültigkeit. Erst die Perestroika hat Dissonanzen im Verhältnis zur UdSSR aufkommen lassen.

Zionismus, als auch die tatkräftige Unterstützung der Sowjetunion für den jungen Staat Israel, bis hin zum ersten diplomatischen Bruch 1953, skizzenhaft dargestellt.

Diese drei Determinanten bilden nicht nur einen inhaltlichen Bezugsrahmen der Arbeit, sondern auch eine historische Zäsur im Verhältnis der DDR zu Israel. Anleitung und Kontrolle von DDR-Zeitungen konnte sich erst Anfang bis Mitte der 1950er Jahre verfestigen, was mit dem völligen Erliegen der Verhandlungen über Wiedergutmachung und der deutlichen Verschlechterung im Verhältnis der Sowjetunion zu Israel zusammenfiel. Letztlich entspricht diese Phase auch der staatlichen Konsolidierung der DDR. Dementsprechend muss die Inhaltsanalyse zur Gründungsphase des Staates Israel unter anderen Vorzeichen betrachtet werden als die übrigen Analysen.

Die zweite historische Zäsur stellt der Durchbruch der internationalen Anerkennung der DDR Anfang der 1970er Jahre dar, manifestiert im Grundlagenvertrag mit Westdeutschland und der Aufnahme in die UN. Damit war es der DDR gelungen, die eigene völkerrechtliche Anerkennung außerhalb des Warschauer Paktes durch Drittstaaten zu erreichen und die seit Mitte der 1950er Jahre geltende Bonner Hallstein-Doktrin endgültig zu brechen.⁴ Auch wenn die Olympischen Spiele von München im Jahre 1972 streng genommen in die Phase vor dem Einsetzen der internationalen Anerkennung der DDR stattfanden,⁵ so war das Klima doch deutlich von der Ost-West-Entspannung geprägt, die unter anderem zum Grundlagenvertrag führte. Aufschluss darüber, ob sich das Israelbild nach der Durchsetzung der internationalen Anerkennung der DDR grundlegend veränderte, können demzufolge die letzten drei Inhaltsanalysen geben.

Für die Inhaltsanalyse der Artikel zu den sechs historischen Ereignissen war zunächst die Sichtung aller relevanten Zeitungsausgaben nötig. Thematisch zutreffende Artikel, Meldungen und Beiträge wurden entsprechend ihrer Hauptaussagen kategorisiert. Dabei zeigte sich, dass es eine ganze Reihe von Artikeln gab, die durchaus den Staat Israel behandelten, deren Hauptaugenmerk allerdings in anderen Zusammenhängen zu suchen ist. So fanden sich beispielsweise hinsichtlich des Sechstagekrieges zahlreiche Meldungen über Solidaritätsbekundungen der DDR für die arabischen Staaten. Wenn in solchen Artikeln keine neuen Aspekte des Israelbildes sichtbar wurden, wurde ihnen keine weitere Beachtung geschenkt. Nach der Kategorisierung und Aussortierung nicht relevanter Artikel wurden die prägnantesten Aspekte der Berichterstattung aufgelistet und das zu dem Zeitpunkt herrschende Israelbild bestimmt.

Aber auch Meldungen oder Artikel, die durch die Kategorisierung sehr wohl entscheidende Aspekte des Israelbildes beinhalteten, mögen nicht explizit aufgeführt sein. Vielmehr wird der Tenor in den Zeitungen anhand prägnanter Beispiele dargestellt. Häufig wurden ohnehin identische (ADN-)Meldungen in den Zeitungen aufbereitet.⁶ Jedem Ereignis ist eine knappe historiographische Darstellung, und da, wo es aufgrund der Aktenlage möglich war, die Haltung der SBZ/DDR gegenüber Israel, dem Nahen Osten und/oder zum spezifischen Ereignis vorangestellt. Diese historiographische Aufbereitung der Ereignisse basiert auf einschlägiger Sekundärliteratur. Deutlich mehr Platz allerdings wird der Haltung der SBZ/DDR eingeräumt, die sich aus der Sichtung der relevanten, bei der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der

⁴ Auch Muth definiert „eine scharfe Auseinandersetzung auf nationaler wie internationaler Ebene mit der Politik der Bundesrepublik, insbesondere mit dem Alleinvertretungsanspruch und der Hallstein-Doktrin“ sowie „eine über die Möglichkeiten der DDR teilweise hinausgehende Politik gegenüber den Entwicklungsländern, um die Hallstein-Doktrin an den schwächsten Stellen zu brechen“ als Hauptaktivitäten zur Verfolgung der wichtigsten außenpolitischen Interessen der DDR vor ihrem internationalen Durchbruch. Vgl. ebd., S. 51.

⁵ So konnte die Mannschaft der DDR bei den Olympischen Spielen 1972 erstmals mit eigener Flagge und eigener Nationalhymne auftreten. Vgl. Cornelia Landes: Noch nie hat man's gesehen: 5 Freunde untern besten Zehn! In: Michael Meyen / Anke Fiedler (Hrsg.): *Fiktionen für das Volk. DDR-Zeitungen als PR-Instrument*. Berlin: Lit 2011, S. 215–244, hier S. 218.

⁶ Über 90% der rund 1.400 gesichteten Veröffentlichungen nutzten zumindest teilweise ADN-Material.

Deutschen Demokratischen Republik (SAPMO) im Bundearchiv (BArch) in Berlin Lichterfelde gelagerten SED-Akten ergibt. Damit standen Unterlagen des Politbüros, des Zentralkomitees sowie führender Funktionäre der SED zur Verfügung. Die Darstellung der Ereignisse ist zweitrangig gegenüber der Haltung der SED. Demnach beschäftigt sich der Hauptteil der Arbeit im begrenzten Maße mit Sekundärliteratur und weitaus mehr mit Originaldokumenten – die Akten der SED und den jeweiligen Zeitungsausgaben.

Grundsätzlich waren (außen-)politische Interessen der SED entscheidend für die Berichterstattung der Zeitungen. Eine unabhängige Sicht auf aktuelle weltpolitische Entwicklungen zu liefern, war für die Berichterstattung der DDR-Zeitungen größtenteils nicht möglich, da die DDR-Medien zunächst dem politischen System verpflichtet waren und eine gewünschte Wahrnehmung der Wirklichkeit von eben diesem vorgegeben wurde. So ist auch für die Inhaltsanalyse ein ‚Wahrheitscheck‘ der Berichterstattung von geringerer Bedeutung. Die durch die DDR-Zeitungen vermittelte Wirklichkeit steht hingegen im Fokus.

Erwähnt sei an dieser Stelle, dass sich aus der Arbeit mit den Akten der SED einige bisher unterbeleuchtete Aspekte aufgetan haben, die die vorliegende Studie nur streift, die aber für weitere Forschungen von großem Interesse sein könnten. So wird in den Analysen ab dem Sechstagekrieg die Beziehungen der SED zur KP Israel nur knapp besprochen, wobei hierzu noch umfangreiche Aktenbestände im SAPMO lagern. Die zahlreichen Delegationsbesuche von Vertretern der SED in Israel, als auch andersherum, können in der vorliegenden Arbeit nur ansatzweise diskutiert werden. Bis zum Untergang der DDR fanden solche Delegationsbesuche statt. Die Recherchen zum Eichmann-Prozess geben Anlass für eine vertiefte Untersuchung der Auswahlmechanismen für die Entsendung von Sonderkorrespondenten ins Ausland.

Neben den untersuchten Zeitungsausgaben war die Biographische Datenbank der Bundesstiftung Aufarbeitung eine weitere wichtige Quelle.⁷ Hier lassen sich online die biographischen Eckdaten und Werdegänge wichtiger DDR-Persönlichkeiten abrufen. Alle entsprechenden Angaben in der Arbeit stammen von dort. Wo dies nicht der Fall ist, werden die alternativen beziehungsweise weiteren genutzten Quellen in den Fußnoten vermerkt. Abschließend werden die Befunde aus den Inhaltsanalysen zusammenfassend dargestellt.

⁷ Wer war wer in der DDR – biographische Online Datenbank, <http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html>

3. Forschungstreit und Forschungsstand: Antisemitismus und Antizionismus

Man kann demnach sehr gut antisemitisch sein und zugleich den Staat Israel unterstützen. Man kann sehr gut auch antizionistisch sein, ohne antisemitisch zu sein. Man kann jüdisch sein, antizionistisch und natürlich antisemitisch, ja man kann sogar Jude, antizionistisch und antisemitisch zugleich sein.¹

Die Gründung des Staates Israel wird gemeinhin „als ‚Antwort‘ auf das, was der Antisemitismus im 20. Jahrhundert angerichtet hat“², verstanden. Es trifft zwar zu, dass bereits vor der Vernichtung des europäischen Judentums durch NS-Deutschland die Errichtung eines jüdischen Nationalstaates konkrete Formen annahm.³ Nichtsdestotrotz kann die Bedeutung des Völkermordes an den Juden für die Gründung des Staates Israel nicht bestritten werden.

Normativ verbirgt sich hinter Antizionismus die Bekämpfung (der Idee) eines jüdischen Staates. Ursprünglich bezeichnete der Antizionismus eine innerjüdische Haltung, die im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert aus unterschiedlichen Motiven von (ultra-)orthodoxen, liberalen und sozialistischen jüdischen Gruppierungen eingenommen wurde.⁴ Für weite Teile der Orthodoxie glich der Versuch, einen jüdischen Nationalstaat auszurufen, einem Sakrileg – nur einem göttlichen Eingriff sei es vorbehalten, die jüdische Diaspora aufzuheben. Als Zeichen einer voranschreitenden Säkularisierung wurde der Zionismus in orthodoxen Kreisen zuweilen als die größte Gefahr für das Judentum wahrgenommen. Ab 1912 repräsentierte die Agudat Israel den orthodoxen Antizionismus.

Unter liberalen Juden galt der Zionismus als reine Utopie und daher zur Lösung der sich im 19. Jahrhundert vor allem in Osteuropa zuspitzenden ‚Judenfrage‘ ungeeignet. Ihr Vertrauen galt der Emanzipation und der gesellschaftlichen und rechtlichen Gleichstellung der Juden in ihren Heimatländern. Einige liberal eingestellte Juden forderten anstelle einer vollständigen Assimilation eine kulturelle Autonomie.

Eine dritte antizionistische Bewegung war von sozialistisch-kommunistischen Motiven geprägt. Die in der Partei ‚Allgemeiner jüdischer Arbeiterbund‘ (Bund) organisierten Juden, die im Übrigen die erste sozialdemokratische Partei Russlands bildeten, bewerteten das jüdische Nationalstreben als separatistisch, was angesichts ihrer eigenen revolutionären Zielsetzungen nicht überrascht. Mit der Überwindung der Klassengegensätze würde in ihren Augen auch die ‚Judenfrage‘ gelöst werden. Die Oktober-Revolution nahmen sie als Etappensieg wahr.

Schließlich sollten an dieser Stelle noch die Territorialisten erwähnt werden, die zwar einen jüdischen Staat befürworteten, allerdings auf die Ansiedlung in Palästina (Zion) keinen besonderen Wert legten. Man mag sie eher als Pragmatiker denn als vollwertige Antizionisten bezeichnen.⁵

Diese frühen Formen des Antizionismus waren sicherlich frei von antijüdischen Motiven. Mehrheitlich bestätigten die jüdischen Antizionisten die Existenz eines jüdischen Volkes⁶ und waren der Auffassung, die Bekämpfung des Zionismus läge im jüdischen Interesse. Die ersten geäußerten antizionistischen Positionen von nichtjüdischer Seite weisen dagegen sehr wohl eine antisemitische Grundhaltung auf. Juden wurden das

¹ Moshe Zuckermann: Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik. Kritische Überlegungen zu geladenen Begriffen. In: Gerald Lamprecht (Hrsg.): *Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik*. Graz: Clio 2007, S. 13–30, hier. S. 22.

² Ebd., S. 14.

³ Der ehemalige israelische Botschafter in Deutschland, Avi Primor, bezeichnet das jüdische Gemeinwesen in Palästina ab Mitte der 1920er Jahre als „Staat im Werden“, eine kaum mehr wegzudenkende Realität“. (Avi Primor: *Europa, Israel und der Nabe Osten*. Düsseldorf: Suhrkamp 2000, S. 11.)

⁴ Vgl. Shulamit Volkov: *Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays*. München: C.H. Beck 2000, S. 78.

⁵ David N. Myers: Can there be a Principled Anti-Zionism? On the Nexus between Anti-Historicism and Anti-Zionism in Modern Jewish Thought. In: Jeffrey Herf (Hrsg.): *Anti-Semitism and Anti-Zionism in Historical Perspective. Convergence and Divergence*. London: Routledge 2006, S. 20–37, hier S. 23ff; Michael Brenner: *Geschichte des Zionismus*. 3. durchgesehene und aktualisierte Auflage. München: C.H. Beck 2008, S. 19–20; Volkov: *Antisemitismus als kultureller Code*, S. 79; Zuckermann: *Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik*, S. 17–18.

⁶ Abgesehen von dem ohnehin hohen Grad an Konstruktion, den der Begriff ‚Volk‘ aufweist, ist bis heute umstritten, inwiefern die Gesamtheit der Juden tatsächlich als Volk bezeichnet werden kann. Zuletzt sorgte der israelische Historiker Shlomo Sand mit seinem Buch von der *Erfindung des jüdischen Volkes* für Aufsehen in der Debatte. Shlomo Sand: *Die Erfindung des jüdischen Volkes. Israels Gründungsmythos auf dem Prüfstand*. Berlin: Propyläen 2011.

Recht und/oder die Fähigkeit zu einem eigenen Staat aus ethnisch-rassischen und/oder kulturellen Gründen abgesprochen. Oder aber man sah in der Unterstützung des Zionismus eine einfache Lösung der ‚Judenfrage‘: Der Zionismus stellte einen scheinbar humanen Weg dar, sich der Juden zu entledigen, die als störend für das eigene Umfeld empfunden wurden.⁷

Der Begriff des Antizionismus hat sich spätestens mit der Gründung des Staates Israel 1948 von seinen etymologischen Wurzeln gelöst, er globalisierte sich von einer innerjüdischen Haltung zunächst auf die arabischen und wenig später auf die Staaten des Ostblocks und Südamerikas. Mit Israels überwältigendem Sieg im Sechstagekrieg von 1967 verschärfte sich der Antizionismus in weiten Teilen der politischen Linken. Für die vorliegende Arbeit spielt der ursprüngliche Antizionismus also keine Rolle. Hier geht es um das Zusammenspiel des Antizionismus nach 1948 mit dem sogenannten modernen und sekundären Antisemitismus.

Seit der Gründung Israels wird über das Spannungsfeld zwischen Antizionismus und Antisemitismus kontrovers und zuweilen hitzig diskutiert.⁸ Für die einen ist der „Vorwurf des antisemitischen Gehalts des Antizionismus [...] kaum zu entkräften.“⁹ Es sei auffällig, dass, anders als gewöhnlicher Fremdenhass und Rassismus, Antisemitismus und Antizionismus selbst unter den gebildeten Schichten vorkämen und auch dort „potentially annihilationist character“¹⁰ besäßen. Analog zum herbeigesehnten Genozid des Antisemitismus könne man vom Wunsch nach Politozid des Antizionismus sprechen.¹¹ Schon als Antwort auf die Kehrtwende der Linken im Zuge des Sechstagekriegs 1967, schrieb Léon Poliakov, „daß nicht mehr unterscheidbar ist, ob die national-emotional aufgeladenen Metaphern [...] nun von ‚rechten‘ deutschen Nationalsozialisten auf ‚die Juden‘ oder von ‚linken‘ deutschen Befreiungsnationalisten auf ‚den Zionismus‘ gemünzt sind.“¹² Für Robert Wistrich, ist der Antizionismus „the most dangerous and effective form of anti-Semitism in our time“ und „virtually identical to the methods, arguments, and techniques of racist anti-Semitism.“¹³ In seinen schärfsten Formen weise der Antizionismus „unmistakable analogies to European anti-Semitism immediately preceding the Holocaust“¹⁴ auf.

Andere Autoren bemängeln, dass die Gleichsetzung von Antisemitismus und Antizionismus dem Staat Israel lediglich dazu diene, „sich gegen jegliche Kritik an seinem politischen Handeln zu immunisieren.“¹⁵ Moshe Zuckermann, selbst Israeli und Professor für europäische Geschichte, klagt die „ideologisch

⁷ Volkov: *Antisemitismus als kultureller Code*, S. 78.

⁸ Zuletzt entfachte die Zweiten Intifada ab Ende des Jahres 2000 die Diskussion erneut. Unter dem Stichwort Neuer Antisemitismus wurden vermehrte Übergriffe gegen jüdische Personen und Einrichtung außerhalb Israels durch Täter aus dem islamistischen Milieu diskutiert, sowie ein vermeintlicher Wandel in der öffentlichen Stimmung, der Motive des klassischen Antisemitismus wieder salonfähig mache. Vgl. Peter Ullrich: *Die Linke, Israel und Palästina*. Berlin: Dietz 2008, S. 41–42; Gerald Lamprecht: Antisemitismus und Israelkritik – Einleitung. In: Ders. (Hrsg.): *Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik*. S. 9–12, hier S. 9; Brian Klug: The Collective Jew: Israel and the New Antisemitism. In: Christina von Braun / Eva-Maria Ziege (Hrsg.): „Das ‚bewegliche‘ Vorurteil“. *Aspekte des internationalen Antisemitismus*. Würzburg: Königshausen & Neumann 2004, S. 221–204, hier S. 222. Für Europa und die USA muss gelten, dass schon seit dem Sechstagekrieg 1967 eine Feindschaft gegen Israel virulent wurde, die einen damaligen Neuen Antisemitismus hat aufkommen lassen. Radikale Linke waren aktiv an Terror gegen Israel und Juden in den 1970er Jahren beteiligt. Als bekanntestes Beispiel gilt die Flugzeugentführung einer Air France Maschine im Sommer 1976 nach Entebbe, bei der an der Entführung beteiligte Deutsche, Wilfried Böse, zwischen jüdischen und nichtjüdischen Passagieren, ungeachtet ihrer Nationalität, selektierte, was angesichts der Selektion von Juden in Vernichtungs- und Konzentrationslagern der Nazis bittere Erinnerungen hervorrief. Vgl. zur Radikalisierung der (deutschen) Linken Holger Schmidt: *Antizionismus, Israelkritik und „Judenknax“: Antisemitismus in der deutschen Linken nach 1945*. Bonn: Bouvier 2010, S. 54ff; Timo Stein: *Zwischen Antisemitismus und Israelkritik. Antizionismus in der deutschen Linken*. Wiesbaden: VS 2011, S. 49.

⁹ Thomas Haury / Léon Poliakov / : *Vom Antizionismus zum Antisemitismus*. Freiburg: ça ira 2006, S. 151.

¹⁰ Elhanan Yakira: *Post-Zionism, Post-Holocaust. Three Essays on Denial, Forgetting and the Delegitimation of Israel*. Cambridge: Cambridge University Press 2010, S. 316ff.

¹¹ Vgl. ebd., S. 313.

¹² Haury / Poliakov: *Vom Antisemitismus zum Antizionismus*, S. 154.

¹³ Robert Wistrich: Anti-Zionism and Anti-Semitism. <http://www.icpa.org/phases/phases-wistrich-f04.htm> (Zugriff am 08.09.2013).

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Hajo Meyer: *Die Wiederkehr des Bösen? Texte zu Antisemitismus und Antizionismus*. Berlin: Frank & Timme 2012, S. 67.

fanatisierten Israel-Solidarisierer“ an, die seiner Ansicht nach, „keine kleinere Pest [sind] als die, die Israel aus antisemitischen Beweggründen angreifen.“¹⁶ Zuckermann wirft ihnen vor, einer „Antisemitismuseuphorie“ zu frönen, „die den Begriff inzwischen fast vollends entleert hat.“¹⁷ In Sorge um den Kampf gegen wahren Antisemitismus wird gewarnt: „when we use the word [Antisemitismus] too lightly, it starts to lose its meaning. If it loses its meaning, we cannot speak out effectively against the real thing.“¹⁸ Es wird daher vor „der absichtlichen Vermengung von Antisemitismus und Antizionismus“¹⁹ gewarnt.

Tony Judt geht so weit zu meinen, dass „Israels Anspruch, für Juden überall zu sprechen“²⁰, ein wichtiger Grund für die Gewalt gegen Juden weltweit sei. Zusammen mit dem Vorwurf, jüdische Organisationen würden sich nicht klar genug von der israelischen Politik distanzieren, muss festgestellt werden, dass israelsolidarischen Juden hier die Schuld am Antisemitismus zugeschoben wird, also eine Art der Täter-Opfer-Umkehr vorgenommen wird. Eine solche Technik der Täter-Opfer-Umkehr gehört auch zu den gängigen Operationen des sogenannten sekundären Antisemitismus, bei dem es vor allem darum geht, „die Deutschen“ historisch zu entlasten und den Juden eine Mitschuld an den Verbrechen der Nazis und heutigen Gewaltakten gegen Juden und den Staat Israel zu geben.

Ein weiteres Argument für den deutlichen Unterschied zwischen Antizionismus und Antisemitismus liege in der tiefen Überzeugung des „klassischen, rassistisch begründeten Antisemitismus, dass das Jude-sein eine dem Menschen anhaftende Eigenschaft ist, die per definitionem nicht geändert werden kann. [...] Ein Antizionist dagegen kritisiert und missbilligt die Taten des Staates Israel“.²¹ Darüber hinaus belege die Tatsache, dass „viele Juden – gerade im Ausland – durchaus keine Zionisten sind [...]“, dass Antizionismus nicht mit Antisemitismus gleichgesetzt werden darf.²² Beide Argumente gehören zu den wenigen erwähnenswerten Ansichten, die Hajo Meyer in seiner polemischen Haltung vertritt. Dies bedingt aber noch nicht automatisch ihre Richtigkeit. Natürlich ist der rassistische Antisemitismus darin begründet, dass unveränderliche Parameter (Blut, Rasse) den Maßstab seiner Definition vom ‚niederen Menschen‘ (dem Juden) vorgeben. Aber die rassistische Ausprägung ist bei weitem nicht die einzige Form, die der Antisemitismus annehmen kann und in der Vergangenheit auch angenommen hat, denn „Motivation, Charakter und Gestalt des Antisemitismus haben sich im Laufe der Zeit geändert“²³, wie Walter Laqueur zutreffend feststellt. In der Tat müssen dem Antisemitismus „eine bemerkenswerte Langlebigkeit und eine bemerkenswerte Wandelbarkeit“²⁴ attestiert werden. So schrecklich sie auch war, die jüdische Leidensgeschichte im Holocaust darf nicht dazu führen, Antisemitismus ausschließlich als ein rassistisch-biologisches Phänomen zu verstehen.

Der Behauptung, die meisten Juden verstünden sich nicht als Zionisten, muss entgegnet werden, dass es Antisemiten immer egal ist, ob ‚alle Juden‘ dem von ihnen entworfenen Judenbild entsprechen oder nicht. Der Jude repräsentierte „im Verlauf der Geschichte für die einen den Kapitalismus, für die anderen den Kommunismus, für die einen den Reichtum, für die anderen die Armut“²⁵, und zuweilen auch alles gleichzeitig. Dabei war die Mehrheit der Juden zu keiner Zeit explizit kommunistisch oder explizit kapitalistisch eingestellt. Wie noch darzustellen ist, handelt es sich beim Antisemitismus vielmehr um eine

¹⁶ Zuckermann: Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik, S. 23.

¹⁷ Ebd.,

¹⁸ Klug: *The Collective Jew*, S. 239.

¹⁹ Detlef Joseph / Renate Kirchner: *Die DDR und die Juden. Eine kritische Untersuchung*. Berlin: Das Neue Berlin 2010, S. 107.

²⁰ Tony Judt: Zur Unterscheidung zwischen Antisemitismus und Antizionismus. In: Doron Rabinovici / Ulrich Speck / Natan Sznaider (Hrsg.): *Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2004, S. 44–51, hier S. 50.

²¹ Meyer: *Die Wiederkehr des Bösen?* S. 76.

²² Ebd.

²³ Walter Laqueur / Klaus-Dieter Schmidt: *Gesichter des Antisemitismus. Von den Anfängen bis heute*. Berlin: Propyläen 2008, S. 11.

²⁴ Christina von Braun: Einleitung. In: Dies. / Eva-Maria Ziege (Hrsg.): *„Das ‚bewegliche‘ Vorurteil“*, S. 11–42, hier S. 11.

²⁵ Vgl. ebd., S. 19.

Projektionsfläche für Ängste und Unsicherheiten der Antisemiten selbst, unabhängig vom Wahrheitsgehalt der den Juden unterstellten Eigenschaften.

Während eine Einigkeit darin besteht, dass nicht jede Kritik an Israel als antizionistisch oder gar antisemitisch betrachtet werden kann, und dass der Antisemitismus sich aber eben zuweilen doch des Antizionismus bedient, ist die Debatte vornehmlich von dogmatischen Positionen geprägt. Daher leidet sie grundsätzlich unter dem Fehlen eines „präzise[n] ideologietheoretische[n] Begriff[es] des Antisemitismus als Ausgangspunkt, Maßstab oder heuristisches Mittel der Analyse“²⁶. Für den wissenschaftlichen Anspruch der vorliegenden Studie ist daher von zentraler Bedeutung, dass eine Definition des Antisemitismus herausgearbeitet wird, von der aus eine Bewertung des antisemitischen Gehaltes der Antizionismus in den Zeitungen der DDR erfolgen kann.

3.1. Judenhass: Inhalt, Funktion und Struktur

Wolfgang Benz, langjähriger Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin, beschreibt Antisemitismus als „das älteste soziale, kulturelle, religiöse, politische Vorurteil der Menschheit“, das sich „in ausgrenzenden und stigmatisierenden Stereotypen“²⁷ äußere. Antisemitismus ein „Prototyp des sozialen und politischen Ressentiments und darum auch ein Indikator für den Zustand der Gesellschaft.“²⁸ Benz unterscheidet vier verschiedene Phänomene der Judenfeindschaft: christlichen Antijudaismus, anthropologisch und biologistisch argumentierenden (Rassen-)Antisemitismus, sekundären Antisemitismus und den antisemitischen Antizionismus. Ebenso müsse zwischen latentem und manifestem Antisemitismus unterschieden werden.²⁹

Moderner Antisemitismus wird als „eine neue jüdenfeindliche Bewegung, die sich in ihrem Selbstverständnis deutlich von der älteren, christlich geprägten Judenfeindschaft abgrenzte“ begriffen, und als „Selbstbezeichnung derjenigen, die sich als Judenfeinde eines neuen Typs verstanden.“³⁰ Grundlage des christlichen Antijudaismus, der sich in etlichen Übergriffen gegen und Vertreibung von Juden ausdrückte, war die als notwendig empfundene Abgrenzung von den Juden durch das Aufkommen einer „Konkurrenzsituation“, die in der „Gemeinsamkeit der Vergangenheit“ fußte.³¹ Zentraler Vorwurf gegenüber den Juden war die „Anschuldigung des Christusmordes“³².

Der moderne Antisemitismus, der mit dem Aufkommen der bürgerlichen Gesellschaft im 19. Jahrhundert aufkam, war eine Reaktion auf die durch den Einzug der Moderne ausgelösten gesellschaftlichen Umbrüche. Angesichts der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Herausforderungen wurde Frust in Hass und Wut gegen Juden kanalisiert. Die Juden waren als Sündenböcke besonders geeignet, weil ihnen bereits über Jahrhunderte diese Rolle zugewiesen worden war. Lediglich die konkreten Inhalte des Judenhasses bedurften einer Anpassung. Hierbei spricht man von der Aktualisierung des Antisemitismus.

Einige hartnäckige antijüdische Ressentiments überstanden den Übergang vom Antijudaismus zum Antisemitismus derweil unbeschadet, so zum Beispiel das Vorurteil vom ‚geldgierigen Juden‘.³³ Auch der Glaube an eine jüdische Weltverschwörung war bereits im Antijudaismus angelegt. Wie noch zu zeigen sein

²⁶ Thomas Haury: *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR*. Hamburg: HIS 2002, S. 13

²⁷ Wolfgang Benz: *Was ist Antisemitismus?* München: C.H. Beck 2004, S. 7.

²⁸ Ebd., S. 25.

²⁹ Ebd., S. 19ff.

³⁰ Reinhard Rürup: Antisemitismus und moderne Gesellschaft. Antijüdisches Denken und antijüdische Agitation im 19. und frühen 20. Jahrhundert. In: Braun / Ziege (Hrsg.): *„Das ‚bewegliche‘ Vorurteil“*, S. 81–100, hier S. 81.

³¹ Christhard Hoffmann: Das Judentum als Antithese. Zur Tradition eines kulturellen Wertungsmusters. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): *Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils*. München: DTV 1995, S. 25–46, hier S. 26.

³² Werner Bergmann: Antisemitismus. Erscheinungen und Motive der Judenfeindschaft. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): *Der Hass gegen die Juden. Dimensionen und Formen des Antisemitismus*. Berlin: Metropol 2008, S. 9–22, hier S. 10.

³³ Ebd., S. 12. Weitere Argumente für die Kontinuität beim Übergang vom Antijudaismus zum Antisemitismus, trotz inhaltlicher Aktualisierung, beschreiben Laqueur / Schmidt, *Gesichter des Antisemitismus*, S. 14.

wird, basierten die Argumente Ostberlins gegen eine Wiedergutmachung an Israel zumindest teilweise auf diesen, offenbar extrem resistenten Vorurteilen.³⁴

Die Funktion des Judenhasses besteht immer in einem „dualen Schematismus“, wobei das ‚Jüdische‘ „durchweg als Gegenbild oder Antithese zum eigenen Ideal und Selbstbild“³⁵ erscheint. Antisemitismus zielt auf eine Aufwertung der eigenen Gruppe durch Abwertung des ‚Jüdischen‘, denn „[w]as ‚christlicher Glaube‘, ‚säkulare Kultur‘ oder ‚Deutschtum‘ letztlich bedeuten, ist positiv viel schwerer zu bestimmen, als in der antithetischen Abgrenzung vom ‚jüdischen Gesetz‘, der ‚jüdischen Theokratie‘ oder dem ‚jüdischen Wesen‘ überhaupt.“³⁶ Antisemitismus hat demnach „weder mit Jüdinnen oder Juden noch mit deren konkreten Handlungen als Personen zu tun, sondern er dient den Antisemiten dazu, sich selbst als Gruppe zu finden.“³⁷

Klaus Holz hat in seiner Habilitationsschrift eindrucksvoll beschrieben, wie die funktionale Ebene des modernen Antisemitismus in erster Linie nationalidentitätsbildend wirkt.³⁸ Der Aufbau eines „national[e]n“ Selbstverständnisses wesentlich durch die Abgrenzung von denen, die als Juden vorgestellt werden“³⁹, sei so charakteristisch, dass Holz den Begriff nationaler Antisemitismus synonym für modernen Antisemitismus verwendet. Auch andere Forscher verstehen die im 19. Jahrhundert aufkommenden sozialen und kulturellen Fragen im Kern als nationale Fragen, die sich mit fortschreitender Säkularisierung weiter verschärft hätten.⁴⁰

Neben Inhalt und Funktion weist der Antisemitismus eine Grundstruktur auf, für die Thomas Haury drei Strukturmerkmale herausgearbeitet hat: „Personifizierung, Manichäismus und die Konstruktion identitärer Kollektive.“⁴¹ Die Personifizierung erklärt sich zwangsläufig mit dem Objekt des Antisemitismus: Keine überindividuellen, strukturellen Verhältnisse werden zur Klärung von Missständen herangezogen, sondern immer wieder die Juden als Schuldige und Verursacher identifiziert. Dies führe unweigerlich zur „Konstruktion eines nahezu omnipotenten Feindes, der, verdeckt agierend, in allen entscheidenden Bereichen der Gesellschaft die wichtigen Schaltstellen besetzt hat.“⁴² Der Manichäismus bestehe wiederum aus drei Komponenten: „eine radikale Zweiteilung der Welt in Gut und Böse, die Stilisierung des Feindes zum existentiell bedrohlichen, wesenhaft Bösen, sowie ein eschatologischer Grundzug.“⁴³ Der Manichäismus führt augenscheinlich zu einer säkularen Heilslehre, deren befreiender Endzustand nur durch die Bezwingung des Feindes (sprich: ‚der Juden‘) erreicht werden könne. Das dritte Strukturmerkmal, die Konstruktion identitärer Kollektive, erklärt sich schon ansatzweise aus den Erkenntnissen Holz’ und verbindet sich, so Haury, inhaltlich mit dem Manichäismus:

Sowohl der Feind, ‚die Juden‘, als auch die Eigengruppe [...] werden vorgestellt als sich konträr gegenüberstehende, subjektiv handelnde, kollektive Entitäten mit bestimmten Wesenseigenschaften. [...] Personifizierung, dichotome Weltsicht und Wesensbehauptung tendieren ihrer inneren Dynamik nach dazu, die Juden als ‚totalen Feind‘ zu konstruieren, mit dem der existentielle Kampf geführt werden muß. [...] Diese Denkstruktur gravitiert (ideo)logisch zur existentiellen Alternative und zu eschatologischen Lösungs- und Erlösungsvorstellungen.⁴⁴

Der moderne Antisemitismus muss also als kollektives Deutungsmuster gesamt- und übergesellschaftlicher Zusammenhänge und nicht als eine Aneinanderreihung einzelner Vorurteile, Ressentiments oder

³⁴ Bergmann: Antisemitismus, S. 15–16.

³⁵ Hoffmann: Das Judentum als Antithese, S. 25.

³⁶ Ebd., S. 36.

³⁷ Lamprecht, Antisemitismus und Israelkritik, S. 12.

³⁸ Klaus Holz: *Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung*. Hamburg: HIS 2001.

³⁹ Ebd., S. 11ff.

⁴⁰ Vgl. Rürup: Antisemitismus und moderne Gesellschaft, S. 81.

⁴¹ Haury: Antisemitismus von links, S. 106ff.

⁴² Ebd.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Ebd., S. 109.

Stereotypen verstanden werden. Der Rückgriff auf die drei Ebenen Inhalt, Funktion und Grundstruktur ermöglicht eine Analyse von Antisemitismus in Form einer Weltanschauung.

Zu Recht wird Kritik dahingehend geübt, dass sozialwissenschaftliche Antisemitismusbegriffe „tendenziell die Struktur über den Inhalt stellen und so Juden stereotypisierende und diskriminierende Phänomene nicht erfassen, weil sie in ihrer dem Begriff entsprechenden Struktur nicht als antisemitisch eingestuft werden.“⁴⁵ Der Kritik zufolge müssten alle „Strukturen, Handlungen, Äußerungen, Einstellungen, Diskursbeiträge, Weltbilder und Ideologien usw. [...] die Jüdinnen und Juden aufgrund ihrer Gruppenzuordnung diskriminieren sowie Abneigung oder Feindschaft ihnen gegenüber ausdrücken“⁴⁶ als Antisemitismus bewertet werden. Ein zentrales Anliegen der vorliegenden Arbeit ist aber eben eine Bewertung möglicher antisemitischer Motive hinter dem Antizionismus in den DDR-Zeitungen vorzunehmen. Demnach darf es nicht lediglich um einzelne antisemitische Textstellen gehen, vielmehr muss einer möglichen, sich im Israelbild manifestierten antisemitischen Weltanschauung nachgegangen werden. Die berechtigte Kritik am Modell des Dreiklangs aus Inhalt, Funktion und Struktur muss zur Kenntnis genommen werden. Entscheidend hierbei ist aber, dass das Aufzeigen einzelner antisemitischer Textstellen der Bewertung einer möglichen antisemitischen Grundmotivation hinter dem Antizionismus in den DDR-Zeitungen deutlich weniger dienlich wäre.

Sollte die Inhaltsanalyse zeigen, dass der Antizionismus in den DDR-Zeitungen antisemitisch motiviert war, lassen sich zwei logische Rückschlüsse ziehen: Erstens musste die übergeordnete kommunistische Machtideologie in der Lage gewesen sein, den Antisemitismus zu adaptieren. Zweitens mussten sich die Inhalte, gemäß der spezifischen politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und historischen Gegebenheiten der DDR, aktualisiert haben.

3.2. Eine Theorie über die Aufnahme von Antisemitismus in den Marxismus-Leninismus

Aus einer ideologisch-theoretischen Sicht erscheint der Marxismus-Leninismus immun gegen antisemitische Einflüsse, immerhin sollten Rasse und Religion keine Rolle im Klassenkampf spielen. Angestrebt war eine weltweite Vereinigung aller Proletarier über völkische, nationale, religiöse und rassische Grenzen hinweg. Gerade die Phase der spätstalinistischen Säuberungen in Osteuropa Ende der 1940er bis zu Stalins Tod im März 1953 hat aber gezeigt, dass Antisemitismus in der kommunistischen Machtpraxis durchaus zum Zuge kam.⁴⁷ Nach Ansicht Thomas Haurys lässt sich dies über funktionale und strukturelle Affinitäten zwischen Marxismus-Leninismus und Antisemitismus erklären.⁴⁸

Die funktionalen und strukturellen Affinitäten seien durch das Wirken Lenins aufgekommen. Zwar habe bereits Marx „völlig kritiklos die zeitgenössischen judenfeindlichen Stereotype“ übernommen, eine antisemitische Weltanschauung sei ihm aber fremd gewesen, da sein Denken „weder die grundlegenden Strukturprinzipien [...] noch die für den modernen Antisemitismus zentrale Komplementärfunktion für den Nationalismus“⁴⁹ aufwies. Bei Lenin dagegen ließe sich „nicht die geringste Spur“⁵⁰ von antisemitischen Stereotypen finden, da er sich „eindeutig gegen Antisemitismus und Diskriminierung und für die

⁴⁵ Ullrich: *Die Linke, Israel und Palästina*, S. 39.

⁴⁶ Ebd.,

⁴⁷ Siehe dazu auch Kapitel 2.4.

⁴⁸ In seinem Gutachten zur vorliegenden Arbeit betonte Hans Günter Hockerts, dass der Begriff der ‚Affinität‘, also eine durch Ähnlichkeit bedingte Anziehung, wohlmöglich zu weit gehe und die ebenso strukturell bedingte Gegensätzlichkeit von Marxismus-Leninismus und Antisemitismus vernachlässige. Er schlägt daher den Begriff der ‚Analogie‘ vor, für den gelte, dass Dinge miteinander verbunden sind, wenn sie sich in nur einem Merkmal ähnlich sind, selbst wenn dies für alle restlichen Merkmale nicht zutrifft. Für den weiteren Verlauf der Arbeit wird weiterhin die Rede von Affinitäten sein, da sich hier an das Konstrukt Thomas Haurys als heuristisches Ausgangsmotiv angelehnt wird.

⁴⁹ Haury: *Antisemitismus von links*, S. 229.

⁵⁰ Ebd., S. 248.

Emanzipation der Juden“⁵¹ ausgesprochen habe. Wie auch beim Antisemitismus sei Lenins Weltbild aber von einem „strikten Manichäismus“ geprägt gewesen – das Weltgeschehen könne nur unter der Prämisse des Klassenkampfes begriffen und bewertet werden und erschöpfe sich vollends darin.⁵² Jeder klassenlose Ansatz zur Klärung oder Lösung gesellschaftlicher oder globaler Phänomene sei dementsprechend kategorisch abgelehnt worden.

Darüber hinaus habe Lenin im Zuge des Ersten Weltkriegs sein dichotomes Weltbild zunehmend personifizierend aufgeladen. Der „absolute Feind“ sei nicht mehr abstrakt durch „das Kapital“ umschrieben, sondern mit Begriffen wie „Spekulanten“, „Bankiers“, „Finanzkönige“ und „Monopolisten“ vermenschlicht worden. Die Personifizierung des Feindes habe letztlich der Konstruktion der eigenen, positiv bewerteten Identität der Wir-Gruppe (Proletariat, Werktätige) gedient, womit eine – wenn auch vermutlich unbeabsichtigte – funktionale Affinität zum Antisemitismus geschaffen wurde. Mit der Machtübernahme der Bolschewiki und dem Ausbleiben einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage hätten Qualität und Quantität der personifiziert-manichäischen Erklärungsmuster nur zugenommen.⁵³

Haury warnt zwar davor, Lenins Denken „mit dem spätstalinistischen Antizionismus oder mit Antisemitismus“ gleichzusetzen, weist aber ebenso deutlich darauf hin, dass die strukturellen „Affinitäten der Leninschen Ideologie zum antisemitischen Denken [...] offene Türen und eine Ausgangsbasis [schufen], die eine Amalgamierung mit antisemitischen Denkmustern ermöglichte.“⁵⁴ Auch Bergmann attestiert dem marxistisch-leninistischen Denken eine „Strukturähnlichkeit [...] mit der ideologischen Grundstruktur des Antisemitismus.“⁵⁵

Im internationalen System habe der Marxismus-Leninismus ideologisch den Antimperialismus angenommen, unter der Prämisse, dass „der Kapitalismus im höchsten Stadium seiner Entwicklung (Monokapitalismus) zum Imperialismus geworden sei, der durch gewaltsame Expansion gekennzeichnet ist.“⁵⁶ Den Imperialisten, die „zum gemeinsamen Feind aller Völker, zum Feind der gesamten Menschheit“⁵⁷ erklärt wurden, seien die nationalen Befreiungsbewegungen der ‚Völker der Dritten Welt‘ entgegengestellt worden. Deren Befreiungskampf sei wiederum als sozialistische Revolution verstanden worden, was sie zu unterstützungswürdigen Partnern machte. Der hierdurch vollzogene „Aufmerksamkeitsschwenk [...] von der sozialen zur nationalen Befreiung“⁵⁸ ist offensichtlich. Ebenso wird deutlich, wie der durch den Marxismus-Leninismus begründete Antimperialismus „in seinem binären Denken, das [...] in Gut und Böse sortiert, in seinem Willen, den Kampf um Unabhängigkeit als Revolution mitzuverstehen [...], schließlich in seiner Tendenz, Politik und Ökonomie zu personalisieren – zahlreiche strukturelle Affinitäten mit dem antisemitischen Weltbild“⁵⁹ aufwies.

Daraus schließt Haury, durchaus gewisser Radikalität folgend, dass die Betrachtung der Situation im Nahen Osten durch den Antimperialismus,

nahezu **zwangsläufig** zur Produktion von antisemitischen Stereotypen [führte]. Denn innerhalb der manichäischen antiimperialistischen Weltsicht musste, dem mit den USA und der BRD eng verbundenen Israel, der Part des imperialistischen Bösen zugeschrieben werden. [...] Als imperialistisches Gebilde musste Israel genuin aggressiv sein.

⁵¹ Ebd., S. 222.

⁵² Dieses und die folgenden Zitate: ebd., S. 230ff

⁵³ Ebd., S. 232ff.

⁵⁴ Ebd., S. 252.

⁵⁵ Werner Bergmann: Auschwitz zum Trotz. Formen und Funktionen des Antisemitismus in Europa nach 1945. In: Braun / Ziege (Hrsg.): „Das ‚bewegliche‘ Vorurteil“, S. 117–141, hier S. 121.

⁵⁶ Ullrich: *Die Linke, Israel und Palästina*, S. 42.

⁵⁷ Haury: *Antisemitismus von links*, S. 251.

⁵⁸ Ullrich: *Die Linke, Israel und Palästina*, S. 42.

⁵⁹ Poliakov / Haury 2006: *Vom Antizionismus zum Antisemitismus*, S. 140. Es soll hier darauf hingewiesen werden, dass es sich hierbei um ein Zitat von Thomas Haury handelt, das aus einem Kommentar zur Neuauflage eines 1967 veröffentlichten Text Poliakovs aus dem Jahr 2006 stammt. Auch wenn es in erster Linie um die westeuropäische Linke geht, gelten die Feststellungen zum Antimperialismus allgemein für die marxistisch-leninistische Ideologie.

[...] Die manichäische Grundkonstruktion des antiimperialistischen Weltbildes diabolisierte **zwangsläufig** Israel und den Zionismus zum absolut Bösen.⁶⁰

Die „alte“ Verknüpfung Juden-Kapitalismus mutierte zu der neuen Verbindung Zionisten-Imperialisten.⁶¹ Dabei könne kein Zweifel daran bestehen, dass Jude gemeint und auch verstanden wurde, wenn der Imperialismus-Vorwurf gegen den Zionismus vorgebracht wurde. Der Begriff Zionist habe „als Ersatzbegriff und Tarnmetapher“ für eine „implizit [...] rassistisch-ethnische Definition des bedrohlichen Gegenpols des ‚werk tätigen Volkes‘“⁶² fungiert:

Zionism‘ is a catchword universally associated with Jews, but without explicitly mentioning Jews. The maneuver was initiated by the USSR, which heaped on Zionism all that it wished to heap on the Jews but could hardly do so because anti-Semitism had become illegitimate.⁶³

Besonders die Tatsache, dass die explizite Nennung der Juden als Feinde, nach dem Holocaust, einer Selbstdiskreditierung geglichen hätte, führt zu einer weiteren Spielart des Antisemitismus, die für die Arbeit von zentraler Bedeutung ist, dem sogenannten sekundären Antisemitismus. Der sekundäre Antisemitismus, gemeinhin auch als ‚Antisemitismus nach Auschwitz‘ bezeichnet, muss dem Völkermord an den europäischen Juden Rechnung tragen. Dabei steht immer eine Entlastung der eigenen Identität im Zentrum. Dies kann in der Art geschehen, dass der Holocaust geleugnet wird, was auf die DDR und den Ostblock nicht zutrifft. Stattdessen wurde den Juden eine Mitschuld am Holocaust und, über die Politik des Staates Israel, eine ganz eigene Form der Täterschaft zugeschrieben, die in letzter Konsequenz mit der Schuld des an den Juden begangenen Völkermordes aufgerechnet worden sei.⁶⁴ In dieser Hinsicht betrachtet Haury den spätstalinistischen Antizionismus als eine „prototypische Form“ des Antisemitismus, da hierbei man nicht einmal „die vom Faschismus ermordeten ‚jüdischen Werktätigen‘“ verleugnet werden mussten und „gegen die ‚Zionisten‘ vorgegangen“ werden konnte.⁶⁵

Die Darstellung von Juden als Tätern – sowohl als Mitschuldige am Holocaust als auch als zionistische Imperialisten – habe, laut Holz, nicht der Entlastung der Nationalsozialisten gedient, sondern der Konstruktion einer „zionistisch-nazistisch-imperialistischen“⁶⁶ Verschwörung. Entsprechend hätten die ‚schlechten Juden‘ (jüdische Kapitalisten und Zionisten), mitsamt den Imperialisten und den Faschisten in Westdeutschland, entlarvt und bekämpft werden müssen. ‚Gute Juden‘ seien, neben den während des Holocaust ermordeten ‚werk tätigen Juden‘, auch diejenigen Juden gewesen, die dem Sozialismus zugewandt waren und von denen einige bemerkenswerte Karrieren in den kommunistischen Parteien, so auch in der SED, machten. Es lässt sich weiter vermuten, dass die Beziehungen der SED zur Kommunistischen Partei Israels auch „die Anschuldigungen gegen die ‚schlechten Juden‘“ unterstreichen, und den „Vorwurf des Antisemitismus“ entkräften sollten.⁶⁷

Angesichts der Affinitäten auf funktionaler und struktureller Ebene lasse sich der Antizionismus der spätstalinistischen Ära als Antisemitismus begreifen, wobei die inhaltliche Aktualisierung mit Hilfe der

⁶⁰ Thomas Haury: „Das ist Völkermord!“ Das „antifaschistische Deutschland“ im Kampf gegen den „imperialistischen Brückenkopf Israel“ und gegen die deutsche Vergangenheit. In: Matthias Brosch / Michael Elm (Hrsg.): *Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung*. Berlin: Metropol 2007 S. 289-290. (Hervorhebung O.O.) Im Sinne der Zwangsläufigkeit muss Antisemitismus auch im Israelbild der DDR-Tageszeitungen wiedererkennbar sein.

⁶¹ Haury: *Antisemitismus von links*, S. 442.

⁶² Ebd. Holz verwendet anstelle des Begriffs „Tarnmetapher“ das Konzept der „Camouflage“. Vgl. Holz: *Nationaler Antisemitismus*, S. 440ff.

⁶³ Anita Shapira: Israeli Perceptions of Anti-Semitism and Anti-Zionism. In: Herf (Hrsg.): *Anti-Semitism and Anti-Zionism in Historical Perspective*, S. 228–249, hier S. 233.

⁶⁴ Vgl. Bergmann: Auschwitz zum Trotz, S. 117.

⁶⁵ Haury: *Antisemitismus von links*, S. 463.

⁶⁶ Holz: *Nationaler Antisemitismus*, S. 471.

⁶⁷ Ebd. Das Zitat soll nicht irreführen: Holz bezieht sich hier nicht auf die Beziehungen der SED zur KP Israels, sondern auf die Verwendung von Aussagen jüdischer Personen gegen Slansky und seine Mitangeklagten. Natürlich gab es darüber hinaus wichtige ideologische Übereinstimmungen zwischen der KP Israels und der SED.

Tarnung erfolgte. Deutlich habe sich dies in den spätstalinistischen Schauprozessen und Säuberungswellen im Ostblock gezeigt, für die der Prager Slansky-Prozess als prominentestes Beispiel gelten muss. Für die DDR gilt dies besonders in Bezug auf den Geheimprozess gegen den Nichtjuden Paul Merker. Hier wurde dem Mitglied des SED Politbüros unter anderem vorgeworfen, ein Agent des Zionismus gewesen zu sein.⁶⁸ Grundsätzlich spielte bei den Schauprozessen in Osteuropa, sowie auch beim Geheimprozess gegen Merker, der sekundäre Antisemitismus eine tragende Rolle, der den ‚schlechten Juden‘ eine Mitschuld am Holocaust zusprach und den Zionismus als eine globale Agentur des Imperialismus meinte zu entlarven. Die Behauptung der Affinität zwischen Marxismus-Leninismus und Antisemitismus beansprucht Geltung über die Zeit des spätstalinistischen Antizionismus hinaus.⁶⁹

Für die vorliegende Arbeit ist daher von Interesse, neben der allgemeinen Herausarbeitung des Israelbildes, ob sich die „Zwangsläufigkeit“ der Übernahme und Aktualisierung des Antisemitismus auch im Israelbild in den Tageszeitungen der DDR nachweisen lässt. Welche der untersuchten Ereignisse produzierten anhand der Theorie des Dreiklangs aus Inhalt, Funktion und Struktur ein antisemitisches Israelbild? Und bei welchen Ereignissen lässt sich dies nicht feststellen? Sollte das Israelbild nicht in allen untersuchten Fällen Antisemitismus aufweisen, muss konsequenterweise auch von der Annahme einer „Zwangsläufigkeit“ Abstand genommen werden. In diesem Fall gilt es zu versuchen, ein differenzierteres Erklärungsmuster für das Auftreten von Antisemitismus beim Israelbild anzuführen.

3.3. Rahmenbedingungen für die Ausprägung des Antizionismus in der DDR

Der Antizionismus der DDR wird häufig mit interessengetriebenen Aspekten (Kalter Krieg, arabisches Öl, Geopolitik und Ökonomie) begründet.⁷⁰ Es seien in der DDR in Bezug auf Israel und den Zionismus zwar „bestimmte Unterlassungen und Einseitigkeiten hinsichtlich der geschichtlichen Tatsachen festzustellen“, diese gingen aber ursächlich auf die „vom Kalten Krieg geprägte ideologische Praxis auf beiden Seiten“⁷¹ zurück. Auch die Lage der jüdischen Gemeinden in der DDR sei Indiz dafür, dass in der DDR kein Antisemitismus auszumachen gewesen sei. Wahr ist, dass, mit Ausnahme der Phase der Übernahme der spätstalinistischen Säuberungen in der DDR die jüdischen Gemeinden dort im Vergleich zu anderen Religionsgemeinschaften nicht übermäßig unterdrückt waren. Die Haltung gegenüber Israel könne dementsprechend nicht „verallgemeinernd für die Haltung zu Juden und Judentum“⁷² gestanden haben. Andere Forscher geben zu bedenken, dass die „machtpolitischen Realitäten“ alleine nicht „die Wortwahl, die Argumentationsweise, den Ton und die Heftigkeit der antiisraelischen Propaganda der DDR“ erklären könnten.⁷³ Zwar habe es „offen antisemitische Angriffe [...] aus nahe liegenden historischen Gründen“ nur selten gegeben.⁷⁴ Dennoch habe die

offizielle Haltung der SED-Führung zu Zionismus, Judenfrage und Israel sowie deren Widerspiegelung in den Medien [...] das Weiterexistieren eines latent vorhandenen bzw. ungenügend aufgearbeiteten und bewältigten Antisemitismus [ermöglicht]; sie leistete durch Ausprägung neuer Feindbilder mit jüdischem Vorzeichen dem Entstehen neuer antisemitischer Komplexe Vorschub.⁷⁵

⁶⁸ Siehe Kapitel 2.4.

⁶⁹ Thomas Haury untersucht beispielsweise das Israelbild in DDR-Zeitungen während des Libanonkrieges. Vgl. Haury: „Das ist Völkermord!“

⁷⁰ Vgl. Shapira: *Israeli Perceptions of Anti-Semitism and Anti-Zionism*, S. 237.

⁷¹ Joseph / Kirchner: *Die DDR und die Juden*, 93ff.

⁷² Wilfride Otto: Antizionismus – überstülptes Feindbild und antisemitische Haltung. In: Mario Keßler (Hrsg.): *Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert*. Bonn: Pahl-Rugenstein 1993, S. 95–119, hier S. 95.

⁷³ Haury: „Das ist Völkermord!“, S. 288.

⁷⁴ Laqueur / Schmidt, *Gesichter des Antisemitismus*, S. 200.

⁷⁵ Angelika Timm: Die DDR, die Shoah und der offizielle Antizionismus. In: Keßler (Hrsg.): *Arbeiterbewegung und Antisemitismus*, S. 65–76, hier S. 75.

Besonders der Zionismus sei zum Synonym geworden für „religiös-nationalistische Exklusivität, Proimperialismus, Aggressivität und Expansivität. Nicht selten verbarg sich hinter dem Mantel des Antizionismus alter und neuer Antisemitismus.“⁷⁶

Die politischen Karrieren von Jude in der DDR seien weniger Indizien gegen einen (sekundären) Antisemitismus in der DDR, als vielmehr für die Assimilierung in das sozialistische Weltbild: „Wie in den zwanziger Jahren [des 20. Jahrhunderts] fühlten sich jüdische Kommunisten als Patrioten einer Weltanschauung, die die Menschheit zum Objekt ihrer Idealisierung erhob.“⁷⁷ Dazu gehörten auch die Abkehr vom Judentum in jungen Jahren und der Versuch, die jüdische Herkunft möglichst zu verheimlichen. Der Aufstand vom 13. Juni 1953 habe sie in ihrer Assimilation bestärkt. Die Mehrzahl der Juden, die angesichts der Säuberungen in der DDR blieben und dem „Zionismus-Verdacht gerade entronnen waren, flüchteten sich in den Schutzraum der Partei und in Verhaltensweisen der Überanpassung. [...] Die Loyalität der Stigmatisierten schien grenzenlos.“⁷⁸ Im Sinne des sekundären Antisemitismus galten sie, wie schon erwähnt, als ‚gute Juden‘ – über Dimension und Motivation des Antizionismus würden damit wenige bis gar keine Anhaltspunkte geliefert.

Um zu einer fundierten Bewertung der eigentlichen Motivlage des Antizionismus in DDR-Zeitungen zu gelangen, wird zu Recht verlangt, neben den herrschenden ideologischen Prämissen, den Antizionismus der DDR auch unter Berücksichtigung der politischen Gegebenheiten zu untersuchen.⁷⁹ Damit werden zwei Betrachtungsebenen zusammengeführt: eine allgemeine, ideologische, sozialistisch-antikapitalistische Ebene, die im Marxismus-Leninismus fußt und ihre globale Dimension im Antiimperialismus erfährt (wie zuvor dargestellt); und eine spezifisch ostdeutsche Ebene, die besonders historische und politische Gegebenheiten der SED als Staatspartei sowie der DDR als deutschem Teilstaat in Betracht zieht.

Es darf von daher nicht verwundern, dass Haury strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen dem Weltbild der SED und dem des Antisemitismus sieht, da seine Analyse auf der allgemein-ideologischen Betrachtungsebene basiert. So sei auch für die SED Israel reflexartig, automatisch und zwangsläufig den ‚bösen Imperialisten‘ zugeordnet worden. Hierbei stelle die DDR im Vergleich zu den anderen sozialistischen Staaten keine Ausnahme dar.

Die (nationale) Funktion des Antisemitismus in der DDR hat dagegen eine spezielle Rolle für die DDR gespielt, die sich vermutlich in dieser Form in keinem anderen Staat unter den Volksdemokratien fand. Die SED stand vor der Herausforderung, eine nationale Identität zu schaffen, die dem Spannungsverhältnis zwischen der NS-Vergangenheit großer Teile der eigenen Bevölkerung und dem nationalen Selbstverständnis als unschuldiger Teil Deutschlands standhalten musste. Die ständige Agitation gegen die Bundesrepublik im Westen als faschistischer Staat sowie die Dementierung jeglicher Schuld am Holocaust, die sich auch in der Weigerung ausdrückte, Wiedergutmachung an Israel und Juden im Ausland zu leisten, zielten auf die Neubegründung einer solchen Nationalidentität ab. Vor allem aber sei eine Täter-Opfer-Umkehr vollzogen worden: Israel wurde als brutal, aggressiv und phasenweise den Nazis vergleichbar dargestellt, um der eigenen Identität als unschuldiges, verantwortungsvolles und besseres Deutschland zu dienen. Haury spricht dabei von einer „doppelte[n] Intention: Nicht nur wird das Täterkollektiv entlastet, sondern gleichzeitig die Opfergruppe per se, die Juden, belastet.“⁸⁰ Im Ergebnis sei daraus ein imperialistisch-zionistisches Bündnis gestrickt, die DDR aber auf Seiten der wahren Opfer des Nationalsozialismus und der Sieger über selbigen verortet worden. Die Weigerung, Wiedergutmachung zu leisten und die Täter-Opfer-Umkehr in Bezug auf Israel belegten, dass der Antizionismus in der DDR „ein

⁷⁶ Ebd., S. 71.

⁷⁷ Karin Hartewig: Die Loyalitätsfalle. Jüdische Kommunisten in der DDR. In: Moshe Zuckermann (Hrsg.): *Zwischen Politik und Kultur – Juden in der DDR*. Göttingen: Wallstein 2002, S. 48–62, hier S. 59.

⁷⁸ Ebd., S. 58.

⁷⁹ Haury: „Das ist Völkermord!“, S. 288.

⁸⁰ Ebd., S. 297.

von deutschem Nationalismus und seinen Begründungsschwierigkeiten nach 1945 gespeister und geprägter, antizionistisch verkleideter ‚sekundärer Antisemitismus‘⁸¹ gewesen sei.

Wenn der Antizionismus der DDR tatsächlich von sekundärem Antisemitismus motiviert gewesen ist, dann muss sich dies im Israelbild der DDR-Zeitungen widerspiegeln. Denn mit Hilfe der Presse hat die SED ihr nationales Legitimationsbedürfnis nicht nur nach außen, sondern auch innen gegenüber der eigenen Bevölkerung zu befriedigen versucht. Und dafür spielte die Entlastung von der Vergangenheit großer Teile der DDR-Bevölkerung eine zentrale Rolle.

Zusammenfassend: In dem Versuch, eine Bewertung eines möglichen sekundären Antisemitismus beim Israelbild in den DDR-Zeitungen vorzunehmen, orientiert sich die vorliegende Arbeit an Thomas Haury, demzufolge Antisemitismus aus dem Dreiklang von (antijüdischem) Inhalt, (nationaler) Funktion und (manichäischer) Grundstruktur besteht. Nur wenn der Dreiklang im Israelbild widerhallt, kann im Fazit von antisemitischen Motiven gesprochen werden. Sollte sich Antisemitismus in diesem Sinne nicht auffinden lassen, muss zumindest die von Haury behauptete „Zwangsläufigkeit“ der Produktion antisemitischer Motive in Frage gestellt werden.

⁸¹ Haury: *Antisemitismus von links*, S. 465.

II. Rahmenbedingungen für das Israelbild in DDR-Tageszeitungen

1. Tageszeitungen in der DDR

Nach dem Zweiten Weltkrieg hielten die Sowjets alle Stricke in der SBZ in der Hand. Erst nach und nach übertrugen sie den, von ihnen bevorzugten und großen Teils selbst mitaufgebauten deutschen Behörden mehr Verantwortung. Als mit dem SMAD-Befehl Nr. 90 vom 17. April 1947 die strikte Pressezensur durch allgemeingültigen Richtlinien ersetzt und die inhaltliche Anweisung ostdeutschen Stellen übertragen wurde, war die SED längst schon davon überzeugt, dass die ‚Presse neuen Typus‘ bei der Übergangsperiode zur Vollendung der sozialistischen Revolution eine zentrale Rolle spielen müsse. Zum einen waren dafür schon 1948 Volkskorrespondenten, die sich bereits in der Parteipresse der KPdSU unter Beweis gestellt hatten, in der SED-Presse eingesetzt worden. Zum anderen wurde ab 1955 die journalistische Kaderausbildung unter der Leitung des Verbandes der deutschen Presse (VDP) an der Fakultät für Journalistik der Karl-Marx Universität Leipzig systematisch begonnen.¹ All diese Bemühungen waren die konsequente Umsetzungen des Willens der SED, „bei der Übernahme der stalinistisch geprägten sowjetischen Medienstrukturen Lenins Forderungen zum Dogma“² zu erheben: Die Presse habe als „kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator des Sozialismus“ zu agieren.³

Eine Woche vor dem SMAD-Befehl war eine Beschlussvorlage über Presseangelegenheiten für das Zentralsekretariat der SED (ZS) bereits ausgearbeitet.⁴ Otto Meier, SED-Vorstandsmitglied und innerhalb des ZS verantwortlich für die Abteilung Werbung, Presse und Rundfunk, unterschrieb den Entwurf, nachdem er ihn an wenigen Stellen handschriftlich redigiert hatte.⁵ Auf einer Konferenz der SED-Chefredakteure und in einer „Reihe Einzelbesprechungen“ sei die Notwendigkeit für „einige praktische Maßnahmen zur Verbesserung der Pressearbeit“ deutlich geworden.⁶ Die noch mangelnde „Leitung und Kontrolle der Zeitungen“ habe „ernstere politische Schwächen und Fehler im Inhalt“ offenbart. Die Abteilung Werbung, Presse und Rundfunk wurde beauftragt, entsprechende Richtlinien für die „Zuständigkeiten und Rechte der Redaktionen und Verlage“ zu erarbeiten. Die Abteilung selbst werde zur „zentralen Pressestelle für ganz Deutschland“ ausgebaut. Um Letzteres zu verwirklichen, sollte die Abteilung ein Netz von Berichterstattern in Gesamtdeutschland ausbreiten. Zusammen mit dem Chefredakteur vom *Neuen Deutschland* werde das Korrespondentennetzwerk die Berichterstattung für alle SED-Zeitungen übernehmen und dem zentralen Presseamt zur Verfügung stellen. „[B]isher war die Berichterstattung eine Nebenarbeit der jeweiligen Zeitungsredaktion“, die nun ausgelagert

¹ Ab 1959 übernahm der Nachfolger des VDP, der Verband der Deutschen Journalisten (VDJ), die Ausbildung. Vgl. Kurt Koszyk: Presse unter alliierter Besatzung. In: Jürgen Wilke (Hrsg.): *Mediengeschichte der Bundesrepublik*. Bonn: Böhlau 1999, S. 31–57, hier S. 47ff. Vgl. auch Gunter Holzweißig: *DDR-Presse unter Parteikontrolle. Kommentierte Dokumentation*. Bonn: Gesamtdeutsches Institut 1991, S. 67ff.

² Gunter Holzweißig: Medienlenkung in der SBZ/DDR. Zur Tätigkeit der ZK-Abteilung Agitation und der Agitationskommission beim Politbüro der SED. In: *Publizistik* 39,1 (1994), S. 58–72, hier S. 58.

³ Gunter Holzweißig: Die Presse als Herrschaftsinstrument der SED. In: *Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen. SED–Staat und die Frage der Verantwortung. Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED–Diktatur in Deutschland“*, hrsg. von Deutscher Bundestag. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1995, Bd. II/3, S. 1689–1722, hier S. 1694.

⁴ Meier an Zentralsekretariat. Vorschlag für einen Beschluss des Zentralsekretariats über Presseangelegenheiten. 10.04.1947. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/9.02/64, Bl. 64–65. Das Zentralsekretariat war der Vorgänger des Zentralkomitees.

⁵ Vgl. Holzweißig: Die Presse als Herrschaftsinstrument der SED, S. 1695. Die Abteilung für Werbung, Presse und Rundfunk ging später in der Abteilung für Agitation auf.

⁶ Dieses und die folgenden Zitate: Meier an Zentralsekretariat. Vorschlag für einen Beschluss des Zentralsekretariats über Presseangelegenheiten. 10.04.1947. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/9.02/64, Bl. 64–65.

werde. Die Zentralisierung der Berichterstattung war zunächst auf die SED-Organen beschränkt. Sie war aber ein Vorgeschmack auf das, was auf die Presseerzeugnisse der Blockparteien in der DDR noch zukam.

Mit der Gründung des Amtes für Information im September 1949, das bis 1963 mehrere Umstrukturierungen durchlief und dann endgültig die Bezeichnung Presseamt erhielt, kam zunehmend auch die Presse der Blockparteien unter die direkte Kontrolle der SED. Kontrolle und Anleitung der (nicht SED-)Presse blieben bis zum Ende der DDR die zentralen Aufgaben des Presseamtes, es fungierte als das „zentrale weisungsberechtigte staatliche Organ zur Informierung der Öffentlichkeit.“⁷ Kurt Blecha, der als Wehrmachtsoldat in sowjetische Kriegsgefangenschaft geriet, sich dort dem Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) anschloss und nach seiner Rückkehr im Jahre 1945 eine journalistische Karriere begann, wurde 1953 stellvertretender- und 1958 Leiter des Presseamtes. Bis zur Wende blieb Blecha die zentrale Figur der Anleitung der Blockpartei- und der Massenorganisationen.

Gunter Holzweißig, Mitarbeiter und Referatsleiter im Gesamtdeutschen Institut, beschäftigte sich bereits Anfang der 1970er Jahre mit der Medienpolitik der DDR.⁸ Er verortet die „Zentralisierung und Zementierung der Medienpolitik“⁹ der SED in die 1950er Jahre. Es wird deutlich, dass die später so effektiv ablaufenden Lenkungsmechanismen Ende der 1940er Jahre erst „eingeübt“ werden mussten und die inhaltliche Kontrolle der Zeitungen noch nicht reibungslos verlief.¹⁰ Dies muss besonders für die Analyse des Israelbildes in der Phase der Staatsgründung 1947/1948 im Hinterkopf behalten werden.

1.1. Die Monopolstellung der SED

Die Zeitungslandschaft in der DDR blieb über 40 Jahre nahezu unverändert. Einige wenige unabhängige Zeitungen, die nach dem Ende des Krieges gegründet worden und von denen die meisten den Sowjets gegenüber hörig waren,¹¹ mussten ihr Erscheinen spätestens in den frühen 1950er Jahren einstellen. Der gravierendste Einschnitt in das Pressewesen der DDR war sicherlich die Einstellung der *Täglichen Rundschau* im Jahre 1955, die von den Sowjets bereits als Frontzeitung eingesetzt worden war und bis dahin die höchste Auflage vorzuweisen hatte. Von da an übernahm die SED „eine markt- und meinungsbeherrschende Rolle.“¹² Von den nach Abschaffung der *Täglichen Rundschau* verbliebenen 39 (ab 1963 38) Tageszeitungen in der DDR, müssen das *Neue Deutschland*, die *Berliner Zeitung* und die Boulevardzeitung *BZ am Abend* sowie die Organe der beiden Massenorganisationen die *Junge Welt* (FDJ) und die *Tribüne* (FDGB), als auch das Organ des Deutschen Turn- und Sportbundes (DTSB) das *Deutsche Sportecho* und 15 (ab 1963 14) weitere Bezirkszeitungen der unmittelbar unter Kontrolle der SED stehenden Tagespresse zugeordnet werden. Die restlichen 18 lizenzierten Tageszeitungen entstammten den Blockparteien, darunter deren vier Zentralorgane.¹³

Abgesehen von der augenscheinlichen quantitativen Schieflage, dass die SED alleine so viele Zeitungen täglich herausgab, wie die vier Blockpartei- und die Massenorganisationen zusammen, verschaffte sich die Staatspartei der DDR auch durch den stetig steigenden Anteil ihrer Parteipresse am gesamten Zeitungsmarkt eine monopolartige Stellung. So

⁷ Daniela Grobe: *Journalismus und Journalistik unter Parteidiktat. Die Nachricht in der journalistischen Methodik der DDR. Ein informationspolitisches Beispiel*. Egelsbach: Hänsel-Hohenhausen 1995, S. 18.

⁸ Vgl. die Homepage von Holzweißig <http://www.dasjahrbuch.de/g.holzweissig.htm> (Zugriff am 1.10.2012).

⁹ Vgl. Holzweißig: *Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR*. Köln: Böhlau 2002, S. 87ff.

¹⁰ So konnten die Zeitungen auch auf Informationen von westlichen Nachrichtenagenturen zurückgreifen. Allerdings wurden diese wohl durch die Sowjets ausgewählt. Ab 1949 sind westliche Agenturen als Informationsquellen zumindest offiziell verschwunden. Vgl. Michael Minholz / Uwe Stirnberg: *Der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst (ADN). Gute Nachrichten für die SED*. München: Saur 1995, S. 210.

¹¹ Vgl. Koszyk: *Presse unter alliierter Besatzung*, S. 33.

¹² Holzweißig: *Die Presse als Herrschaftsinstrument der SED*, S. 1691.

¹³ Vgl. Gunter Holzweißig: *Massenmedien in der DDR*. In: Wilke (Hrsg.): *Mediengeschichte der Bundesrepublik*, S. 573–601, hier S. 579.

wuchs die Gesamtauflage aller Tageszeitungen in der DDR von Mitte der fünfziger Jahre um fast 150 Prozent auf 9,7 Millionen Exemplare im Jahre 1988, im selben Zeitraum aber sank der Anteil der Auflagen der Blockparteizeitungen von 20 auf unter neun Prozent.¹⁴ Bereits 1960 war mit einem Anteil der Blockparteizeitungen von nur knapp über zehn Prozent an der damaligen Zeitungsgesamtauflage von ca. sechs Millionen die Entwicklung eines quantitativen Vorsprungs der SED-Presse weitestgehend abgeschlossen.¹⁵

Ebenso beherrschte die SED eine herausragende Stellung in den Bereichen der Produktionsmittel und des Vertriebes. Über 90 Prozent der Papier- und Druckkontingente lagen bei der in Parteihand befindlichen Zentrag (Zentrale Druckerei-, Einkaufs und Revisionsgesellschaft) und nur auf der Vertriebsliste des staatlich geführten Postzeitungsvertriebes verzeichnete periodische Publikationen durften erscheinen.¹⁶

Ohne Frage aber wog das inhaltliche Monopol der SED am schwersten. Angeführt von Ulbricht beziehungsweise Honecker als „General-Chefredakteure“¹⁷ nahmen die ZK-Sekretäre für Agitation nahezu täglichen Einfluss auf Inhalt und Gestaltung aller SED-Organen, während das Presseamt dafür sorgte, dass auch die Blockparteipresse auf Linie blieb. In der Abteilung Lektorat/Lizenzen beim Presseamt wurde darüber hinaus kontrolliert, ob die inhaltlichen und formellen Vorgaben von den Blockparteizeitungen eingehalten worden sind. Bei Verstößen gegen die Anweisung aus der Agitationsabteilung im ZK der SED drohten den verantwortlichen Journalisten und ihren (Chef-)Redakteuren Disziplinarmaßnahmen, die bis hin zum Berufsverbot reichen konnten. Während der stalinistischen Phase der DDR, die mit dem Tode Stalins im März 1953 ihrem Ende entgegenging, fielen auch linientreue Journalisten den Parteisäuberungen zum Opfer. Diese früh statuierten Exempel sorgten unter anderem dafür, dass sich in späteren Phasen DDR-Journalisten keine groben Verstöße mehr gegen die vorgegebene Grundlinie leisteten.¹⁸

Die inhaltliche Anleitung fand ihren organisatorischen Höhepunkt unter Hans Modrow, der 1971 die Nachfolge von Werner Lamberz an der Spitze der Agitationsabteilung antrat. Nachdem die in den 1950er und 1960er Jahre zur Verbreitung der Anweisungen aus der Agitationsabteilung verwendeten Rundschreiben und Druckschriften durch die deutlich schnelleren Fernschreiben-Telegramme abgelöst wurden,¹⁹ die später wiederum durch den Griff zum Telefonhörer ersetzt wurden, führte Modrow zusätzlich die wöchentlichen Donnerstags-Argus ein:²⁰ Jede Woche empfangen dort die Chefredakteure der SED-Presse (und die Verantwortlichen des Rundfunk und Fernsehens), die Organe der beiden Massenorganisationen FDGB und FDJ und die Leitungsebenen des ADN und des Presseamtes die Anweisungen für die nächsten Tage. In der Runde wurde durchaus auch Kritik anhand einer Nachzensur geübt. Die Aufgabe des Presseamtes bestand darin, die erhaltenen Anweisungen an die Blockparteizeitungen weiterzuleiten.²¹ Die Chefredakteure der Blockparteizeitungen trafen sich im Anschluss an die Donnerstags-Argus in einer eigenen Runde im Presseamt und empfangen so die Anweisungen.

¹⁴ Vgl. Holzweißig: Die schärfste Waffe der Partei, S. 92.

¹⁵ Vgl. Michael Meyen: „Nanu, schon wieder kein Papier da?“. SED-Presse in der frühen DDR. In: *Deutschland Archiv* 34,1 (2001), S. 93–101, hier S. 94.

¹⁶ Grobe: *Journalismus und Journalistik unter Parteidiktat*, S. 22; Stefan Pannen: *Die Weiterleiter. Funktion und Selbstverständnis ostdeutscher Journalisten*. Köln: Wissenschaft und Politik 1992, S. 24.

¹⁷ Holzweißig: *Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur*. Bonn: Bouvier 1997, S. 51ff.

¹⁸ Holzweißig: Massenmedien in der DDR, S. 575–576.

¹⁹ Rüdiger Müller: Von der Anweisung zum Artikel. Fallstudien zum Umgang mit den Argumentationshinweisen der Abteilung Agitation. In: Michael Meyen / Anke Fiedler (Hrsg.): *Fiktionen für das Volk. DDR-Zeitungen als PR-Instrument*. Berlin: Lit 2011, S. 59–84, hier S. 61.

²⁰ Entgegen den Vorschriften führte ab 1978 ein Teilnehmer an den Argus unter dem Pseudonym Ulrich Bürger Protokoll. Daraus entsteht ein guter Einblick in die Vorschriften und deren Formulierungen. Zahlreiche Protokolle von der Zeit ab 1981 sind veröffentlicht in Ulrich Bürger: *Das sagen wir natürlich so nicht! Donnerstags-Argus bei Herrn Geggel*. Berlin: Dietz 1990.

²¹ Vgl. Gunter Holzweißig: Das Presseamt des DDR-Ministerrats. Agitationsinstrument der SED. In: *Deutschland Archiv* 25,5 (1992), S. 503–512, hier S. 508.

Angesichts der vorteilhaften Stellung der SED im Hinblick auf Auflage und Produktionsmittel sowie durch die SED gesteuerte inhaltliche Linie aller Zeitungen in der DDR lässt sich zu Recht von einem Pressemonopol der Staatspartei sprechen.²² Eine Vorzensur war in der Tat nicht nötig, um die von der SED gewollte Linie in der Tagespresse der DDR durchzusetzen.

1.2. Klassischer und differenzierter Ansatz

Lange Zeit herrschte die Auffassung vor, die gesamte DDR-Presse sei ein Aggregat aus den Vorgaben der Agitationsabteilung des ZK der SED gewesen. Besonders intensiv beschäftigte sich Holzweißig mit den vermeintlich „perfekt funktionierenden Lenkungsmechanismen.“²³ Folglich, so die Annahme, habe sich ein Pressesystem entwickelt, welches durch die faktische Gleichschaltung der einzelnen Redaktionen genau das wiedergab, was die Verantwortlichen bei der SED zur Veröffentlichung freigegeben hatten. Weitere Inhaltsanalysen der Blockparteipresse scheinen diesen Befund zu bestätigen. So kommt auch Impekoven zum Ergebnis eines „Nachrichtenmonopols“²⁴ der SED, das sich über die Presse der Blockparteien erstreckt habe. Ohne Zweifel haben Vertreter dieser klassischen Sichtweise einen großen Beitrag zum Verständnis der Abläufe von Anleitung und Kontrolle der DDR-Medien im Allgemeinen und der DDR-Presse im Besonderen geliefert. Ihre Ausführungen zeigen, wie die SED versuchte, ein strenges Medienmonopol durchzusetzen, um die Funktion der Medien als „Herrschaftsmittel der Machtelite“²⁵ und „schärfsten Waffe der Partei“²⁶ zu garantieren. Dabei bleibt unterm Strich, dass „DDR-Medien keinem Zensor, sondern vielmehr subtilen, jedoch perfekt funktionierenden Lenkungsmechanismen unterworfen waren“²⁷, die die in Artikel 27 der DDR-Verfassung förmlich garantierte Pressefreiheit ad absurdum führten.

Wenn trotz dieser Monopolstellung der SED Freiräume für journalistisches Handeln entstanden, so werden diese als „Pannen in der Medienlenkung oder gewollt und kontrolliert, um punktuell Pluralismus vorzutäuschen“²⁸, erklärt. Es sind aber genau diese, immer wieder beobachtbaren Freiräume, die andere Ansätze zur Wirksamkeit der SED-Agitation auf die DDR-Presse hervorgebracht haben.

In seinem gemeinsam mit Wolfgang Schweiger 2008 veröffentlichten Artikel „Sattsam bekannte Uniformität?“²⁹ versucht der Kommunikationswissenschaftler Michael Meyen, dem Widerspruch der DDR-Presse zwischen gelenkter ideologischer Ausrichtung auf der einen Seite und dem Anspruch der Volksbeziehungsweise Massenverbundenheit³⁰ andererseits auf den Grund zu gehen. Knackpunkt ist, dass obwohl inhaltliche Monotonie in der Zeitungslandschaft auch für die DDR-Gesellschaft unattraktiv gewesen sein muss,

²² Vgl. Grobe: *Journalismus und Journalistik unter Parteidiktat*, S. 23–24.

²³ Holzweißig: *Die schärfste Waffe der Partei*, S. 119.

²⁴ Holger Impekoven: „Gewinnt alle christlichen Mitbürger zur Mitarbeit“. Die CDU-Presse in der SBZ und DDR. In: Ders. / Victoria Plank (Hrsg.): *Feigenblätter. Studien zur Presselenkung im Dritten Reich und der DDR*. Münster: Scriptorium 2004, S. 119–240, hier S. 240.

²⁵ Rainer Geißler: Die Massenmedien der DDR im Überblick. Vom Kampf der Agitatoren mit einem widerspenstigen Publikum. In: Hannes Haas (Hrsg.): *Mediensysteme. Struktur und Organisation der Massenmedien in den deutschsprachigen Demokratien*. Wien: Braumüller 1987, S. 96–105, hier S. 96.

²⁶ So der Titel der ersten Pressekonferenz des SED-Parteivorstandes im Februar 1950, vgl. Holzweißig: *Die schärfste Waffe der Partei*, S. 87. Zu den insgesamt vier zentralen Pressekonferenzen bis 1964 vgl. Elisabeth Löckenhoff: Zur Anleitung und Kontrolle der SED-Presse. In: *Publizistik* 11 (1966), S. 299–309.

²⁷ Holzweißig: *Die schärfste Waffe der Partei*, S. 119.

²⁸ Holzweißig: Die Presse als Herrschaftsinstrument der SED, S. 1717.

²⁹ Michael Meyen / Wolfgang Schweiger: „Sattsam bekannte Uniformität?“. Eine Inhaltsanalyse der DDR-Tageszeitungen *Neues Deutschland* und *Junge Welt* (1960 bis 1989). In: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 56,1 (2008), S. 82–100.

³⁰ Zur Massenverbundenheit vgl. Ellen Bos: Das Prinzip „Massenverbundenheit“ der Presse in der DDR. Rekonstruktionsversuch der Entwicklungen von 1949 bis 1985. In: Elisabeth Löckenhoff / Rolf Gesrick / Arnolf Kutsch (Hrsg.): *Publizistik und Journalismus in der DDR. Acht Beiträge zum Gedenken an Elisabeth Löckenhoff*. München: Saur 1988, S. 151–172.

die Tagespresse dennoch „[a]us dem Alltag der DDR [...] nicht wegzudenken“³¹ gewesen sei. DDR-Bürger ignorierten also das Angebot an Zeitungen nicht, trotz der angeblichen Monotonie. Ganz im Gegenteil: Das *Neue Deutschland* und die *Junge Welt* erreichten beide eine Auflage jenseits der Millionengrenze, und die Zeitungsdichte lag Ende der achtziger Jahre mit 60 Prozent doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik.³²

Als Grund für diese beachtliche Entwicklung des Zeitungsabsatzes sei zunächst zu nennen, dass sich die Bedürfnisse der DDR-Bürger nicht von denen anderer Industriestaaten unterschieden haben: Allgemeines Orientierungsbedürfnis und Lokalinformationen wurden auch in der DDR benötigt, um sich in der direkten Umgebung zurechtzufinden (Orientierungsfunktion der Medien). Die SED-Presse besaß über die in ihren Bezirkszeitungen erschienenen Lokalteile auch hier eine Monopolstellung und konnte in dieser Hinsicht gerade auf dem Land von den Blockparteizeitungen nicht ersetzt werden.³³ Schließlich muss der Druck auf DDR-Bürger beachtet werden – in Diskussionsrunden oder Schulungen, bei der Arbeit oder auf dem Amt sowie selbst in privatem Rahmen – die offizielle Linie der SED zu kennen und wiedergeben zu können. Beide Aspekte erklären zusätzlich, warum gerade die SED-Bezirkszeitungen zum DDR-Haushalt gehörten und die Absatzzahlen der SED-Presse im Vergleich zu den Zeitungen der kleineren Blockparteien enorm hoch waren.³⁴ Hier klingt bereits an, dass die Lektüre des Politikeils in DDR-Zeitungen vermutlich als lästige Verpflichtung empfunden wurde. Bestätigt wurde dies durch eine Umfrage des Institut für Meinungsforschung beim ZK der SED im Jahr 1970 – nicht einmal ein Drittel der Befragten gaben der DDR-Presse das Prädikat „überwiegend überzeugend“, mehr als die Hälfte gab zu diesem Punkt gar keine Auskunft. Es ist aber anzunehmen, dass keine Antwort in vielen Fällen das Ergebnis ausgeprägter Vorsicht auf Seiten des Befragten war. Trotz zugesicherter Anonymität wollte sich wohl niemand durch die Zuschreibung negativer Eigenschaften für die DDR-Presse Probleme einhandeln.³⁵ Auch im letzten Jahrzehnt der DDR überwogen die negativen Bewertungen der Medien in der DDR, so dass ausgeschlossen werden kann, dass „die einheimischen Medien zu irgendeinem Zeitpunkt in der DDR-Geschichte glaubwürdiger waren.“³⁶

Wenn die SED also bereits zwanzig Jahre vor dem Ende der DDR über das katastrophale Ansehen der eigenen Medienlandschaft unterrichtet war (neben der fehlenden Überzeugung wurden mangelnde Aktualität und Gründlichkeit kritisiert), stellt sich die Frage, warum die inhaltliche Anleitung bis zum Ende aufrechterhalten worden war. Um eine Antwort auf diese Frage zu bekommen, haben Meyen und Fiedler³⁷ einen wichtigen Paradigmenwechsel vollzogen. Sie lehnen den Begriff der Propaganda für die DDR-Presse ab, da er empirisch sehr unklar und von vornherein negativ besetzt sei. Ebenso sei problematisch, dass der Begriff Propaganda weder eine klare Abgrenzung zur PR noch zur Werbung aufweise. Stattdessen habe es sich im Falle der

³¹ Meyen / Schweiger: Sattsam bekannte Uniformität?“ S. 85–86.

³² Ebd., S. 86.

³³ Vgl. Michael Meyen: Zeitungsleseland DDR? Zeitungsleseland DDR? In: Schneider-Kempf, Barbara (Hrsg.): „Über den Tag hinaus“. 1. Berliner Zeitungskonferenz, 10. und 11. November 2005. 400 Jahre Zeitung. Berlin: Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz 2008, S. 109–131, hier S. 116–117.

³⁴ Vgl. ebd., S. 120ff.; Meyen: „Nanu, schon wieder kein Papier da?“, S. 94ff.; Meyen: Zeitungsleseland DDR?

³⁵ Vgl. Meyen: „Nanu, schon wieder kein Papier da?“, S. 123.

³⁶ Meyen: Alltägliche Mediennutzung in der DDR. Rezeption und Wertschätzung der Ost- und Westmedien in unterschiedlichen Kohorten. In: Annegret Schüle / Thomas Ahbe / Rainer Gries (Hrsg.): *Die DDR aus generationsgeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2006, S. 247–270, hier 258. Für eine umfassende Studie zum Thema Mediennutzung und Medienakzeptanz in der DDR siehe Michael Meyen: *Denver Clan und Neues Deutschland. Mediennutzung in der DDR*. Berlin: Ch. Links 2003.

³⁷ Vgl. Michael Meyen / Anke Fiedler: Totalitäre Vernichtung der politischen Öffentlichkeit? Tageszeitungen und Kommunikationsstrukturen in der DDR. In: Stefan Zahlmann (Hrsg.): *Wie im Westen, nur anders. Medien in der DDR*. Berlin: Panama 2010, S. 35–59.

Anleitungen der DDR-Presse um „politische PR“ gehandelt, die „die Interessen der Herrschenden unterstützen [sollte] – in der Auseinandersetzung mit dem Westen und im Kampf um die Köpfe der eigenen Bürger.“³⁸ Aus dieser Perspektive erkennt man nun, dass die Ansprechpartner der Politikberichterstattung der DDR-Zeitungen nicht ausschließlich die eigenen Bürger waren, denen ohnehin die freie Entfaltung und Äußerung der eigenen politischen Meinung untersagt war. Die Adressaten der politischen PR seien ebenso im Westen zu suchen: Politiker, Botschafter, Diplomaten, Unternehmer und Künstler, die „die ostdeutsche Presse so gelesen [haben], wie sie gedacht war (als offizielles Statement der SED), und versucht, aus den Zeitungen auf die Position und die Ziele der DDR-Führung zu schließen.“³⁹

1.3. Die außenpolitische Großwetterlage und der ADN als entscheidende Faktoren in der außenpolitischen Berichterstattung der DDR-Tageszeitungen

Für die vorliegende Studie ist ein weiterer differenzierterer Ansatz wichtig, der davon ausgeht, dass „die DDR-Presse auch mit Blick auf die historischen Abläufe nicht so monolithisch gewesen sein [dürfte], wie [...] die sehr stabile Grundstruktur der Presselandschaft, die sich seit den 1950er Jahren kaum noch änderte, erwarten lässt.“⁴⁰ Anke Fiedler konkretisiert diese „historischen Abläufe“, indem sie erläutert,

dass sich die Veränderungen der politischen Interessen, die an die jeweilige außen- beziehungsweise innenpolitische Situation gekoppelt waren, in den Inhalten der Zeitungen widerspiegeln. Die Berichterstattung wurde angepasst an den Grad der internationalen Anerkennung der DDR, die wirtschaftlichen Ziele oder die Krisen, die es zu bewältigen galt.⁴¹

Anhand der von ihr ausgemachten Phasen muss das Israelbild in der DDR-Presse bis zum Beginn der achtziger Jahre deutlich negativ gewesen sein, denn hier sei es der SED vor allem darum gegangen, die innere Stabilität, die Abgrenzung zum Westen und die internationale Anerkennung (vor allem auch im arabischen und nordafrikanischen Raum) zu erreichen sowie die Solidarität mit der Sowjetunion unter Beweis zu stellen. Ebenso ist zu vermuten, dass das Israelbild in den 1980er Jahren freundlicher wurde. Dies legen nicht nur die eingangs dargestellten historiographischen Erkenntnisse über das Verhältnis der DDR zu Israel nahe. Auch die durch Fiedler genannten politischen Schlüsselereignisse ab 1981 (Finanzkrise im Ostblock, Einsetzung Gorbatschows als Generalsekretär der KPdSU, Honeckers Staatsbesuch in der Bundesrepublik) scheinen eine allgemeinen Entspannung des Israelbildes begünstigt zu haben.⁴²

Auch in der vorliegenden Studie rückt die Frage nach den außenpolitischen Gegebenheiten und Interessen der SED samt deren Einfluss auf das Israelbild in den Mittelpunkt. Dabei bedarf es durchaus mehr als nur den Blick auf Presse-Anweisungen aus der Agitationsabteilung. Denn diese sind selbst nur ein Produkt der außenpolitischen Positionierungen des SED-Staates. So kommt beispielsweise auch die Studie von Erlinghagen über die Berichterstattung zu China in der DDR-Presse ganz ohne einen Blick auf die konkreten Presse-Anweisungen aus, ohne dabei einer analytischen Schwäche zu erliegen.⁴³

³⁸ Ebd., S. 45.

³⁹ Ebd., S. 50. Sicherlich hatten auch in der DDR die jeweiligen Leserzielgruppe bedingten Einfluss auf die Zeitungen, so waren in der *Jungen Welt* Themen häufig ‚jugendlich-frech‘ aufbereitet worden, während die *Neue Zeit* deutlich mehr über christliche Themen informierte.

⁴⁰ Meyen / Schweiger: Sattsam bekannte Uniformität?, S. 86.

⁴¹ Anke Fiedler: Wenn aus Freunden plötzlich Feinde werden. DDR-Presse im Spiegel der politischen Großwetterlage. In: Meyen / Fiedler (Hrsg.): *Fiktionen für das Volk*, S. 135–163, hier S. 161.

⁴² Ebd., S. 136 ff.

⁴³ Beda Erlinghagen: *Von „wildgewordenem Kleinbürgertum“ und „Weltherrschaftsplänen“: Die Volksrepublik China im Spiegel der DDR-Presse (1966–1976). Eine kritische Studie*. Köln: Papyrossa 2009.

Vertreter eines differenzierteren Ansatzes zu den DDR-Medien stützen ihre Erkenntnisse weitestgehend auf Inhaltsanalysen innenpolitischer Themen. Dies ist in dieser Arbeit offensichtlich anders. Über außenpolitische Themen wurde in der DDR vornehmlich durch den ADN berichtet, der nachweislich die „[z]entrale Quelle“⁴⁴ für das *Neue Deutschland* und die *Junge Welt* war. Sein weltweites Korrespondentennetz und die direkte Anbindung an die Presse-Vorgaben durch die Agitationsabteilung sicherte den Machthabern eine Berichterstattung auf Parteilinie zu.⁴⁵ Tatsächlich sind über 90 Prozent der hier untersuchten Artikeln und Beiträge zumindest auch durch ADN-Material angereichert. Somit lässt sich bereits hier festhalten, dass Freiräume in außenpolitischen Themen weitaus weniger zur Verfügung standen als es bei innenpolitischen Themen der Fall gewesen sein mag, schlicht deshalb, weil die Redaktionen gar nicht die Ressourcen hatten und haben durften, um von ‚da draußen‘ zu berichten.

Der ADN wurde am 10. Oktober 1946 in Form einer GmbH gegründet und 1953 in eine Staatsagentur umgewandelt. In den 1960er Jahren konnte er sich als internationale Agentur etablieren. Im Mai 1992 wurde der ADN an den Deutschen Depeschen Dienst verkauft. Im Dienste der DDR war der ADN nicht nur für die Versorgung der Medien mit Meldungen verantwortlich, seine Korrespondenten im Ausland wurden als Botschafter der DDR angesehen. Als „zentrales publizistisches Dienstleistungsunternehmen“ und als Institution, die, neben dem *Neuen Deutschland* und dem staatlichen Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen), die Erlaubnis hatte, Korrespondenten im Ausland zu unterhalten, nahm der ADN gerade in der außenpolitischen Berichterstattung der DDR-Medien eine zentrale, wenn nicht gar existentielle Rolle ein. Aber auch für die Inlandsberichterstattung spielte er eine entscheidende Rolle. Die Funktion des ADN galt besonders der politischen Nachrichtenverwertung.⁴⁶

Die Einordnung des ADN in das System der Anleitung und Kontrolle der DDR-Medien fällt nicht leicht. Klar ist, dass der ADN eine Sonderstellung einnahm, da er weder Presse-Anweisungen formuliert noch selbige empfangen hat. Vielmehr muss man den ADN als journalistischen Transmissionsriemen zwischen der Agitationsabteilung des ZK der SED und dem Presseamt auf der einen und den Medien auf der anderen Seite betrachten. Der ADN hat die agitatorischen Anweisungen aus der ZK-Abteilung empfangen, er saß mit am Tisch bei den Donnerstags-Argus. Allerdings liefen im ADN die „relevanten Informationskanäle“⁴⁷ zusammen. Damit besaß der ADN ein „enormes selektives Potential“⁴⁸, so dass man bei den Meldungen, die aus dem ADN stammten, ohne Probleme von „regierungsamtlicher Nachrichtengebung“⁴⁹ sprechen kann. Parallel wurden unerwünschte und nicht zur Veröffentlichung gedachte Informationen beim ADN archiviert. Diese Informationen gingen nur an die höchsten Entscheider und konnten bei Bedarf von ihnen abgerufen werden. Vermutlich gab es nicht viele Institution in der DDR, die über Entwicklungen im Ausland so gut informiert waren wie der ADN.⁵⁰

Es wird vermutet, dass die Konzentration der Informationen beim ADN, gepaart mit den ihm überlassenen journalistischen Aufgaben, eine Selektionskompetenz in den Räumen der Nachrichtenagentur entstehen ließ, auf die selbst die Agitationsbürokratie wenig bis gar keinen Zugriff hatte.⁵¹ Zum einen also muss der ADN als

⁴⁴ Michael Meyen: Vorn im Gleichschritt, hinten ausgeschwärmt. Bausteine für eine Geschichte der Tagespresse in der DDR. In: Astrid Blome / Holger Büning (Hrsg.): *Presse und Geschichte. Leistungen und Perspektiven der historischen Presseforschung*. Bremen: Edition Lumière 2008, S. 393–412, hier S. 405.

⁴⁵ Die bis dato ausführlichste Behandlung des ADN liefern Minholz / Stirnberg: *Der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst*.

⁴⁶ Ebd., S. 1–2, S. 202ff.

⁴⁷ Ebd., S. 213.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Ebd., S. 207ff.

⁵¹ Ebd., S. 213–214.

Empfänger der Presse-Anweisungen auf einer der Agitationsabteilung untergeordneten Ebene eingestuft werden, andererseits waren in ihm Wissen und damit Kompetenzen angesiedelt, die ihn in einen Akteur verwandelten, der eine eigene Art der Informationspolitik machen konnte. Von daher erklärt sich wohl auch, dass die SED sicherstellte, dass die Mitarbeiter des ADN der Parteilinie gegenüber treu waren.

Abschließend soll festgehalten werden, dass Vertreter der klassischen Vorstellung der DDR-Medien analytisch zu kurz griffen, da ihr Fokus auf die Abläufe der Anleitung durch die Agitationsabteilung begrenzt war und die Auswirkungen auf den journalistischen Output weitestgehend ausgeblendet oder als selbsterklärend dargestellt wurden. Vertreter des differenzierten Ansatzes haben dagegen mit Hilfe quantitativer und qualitativer Inhaltsanalysen und dem erweiterten Blick auf relevante Dokumente einen wichtigen Schritt vollzogen, der ein ganzes Arsenal an Fragen bezüglich der DDR-Presse offen gelegt.

2. Wiedergutmachung an Israel?

Nach dem Holocaust war eines der dringlichsten Anliegen der jüdischen Welt und der israelischen Regierung, eine Einigung in der Frage der Wiedergutmachung mit dem besetzten Deutschland zu erzielen. Es ist unerlässlich, die ablehnende Haltung Ostdeutschlands in der Wiedergutmachungsfrage zu erörtern, denn „Dreh- und Angelpunkt der Nichtbeziehungen [zwischen Israel und der DDR] waren die von Israel eingeforderten und von der DDR stets abgelehnten Wiedergutmachungsforderungen.“¹ Ebenso ergeben sich erst vor dem Hintergrund der Wiedergutmachungsfrage einige Rückschlüsse in den Inhaltsanalysen, da die DDR-Presse in ihrer Berichterstattung über Israel immer wieder die westdeutschen Wiedergutmachungszahlungen als schmutziges Geschäft zwischen zwei imperialistischen Staaten diffamierte.

Wie begründete also die SBZ/DDR ihre Weigerung gegenüber Israel, und wie ging sie vor dem Hintergrund ihrer repressiven Herrschaftsform mit Personen um, die sowohl die Rückerstattung von privaten Vermögen an Juden als auch eine Wiedergutmachungsleistung an Israel offen befürworteten? Auf der anderen Seite: Wie sahen die israelischen Forderungen gegenüber Ostdeutschland aus, wie wurden sie an die DDR herangetragen und inwieweit konnte sich der zionistische Staat überhaupt Hoffnungen auf eine Übereinkunft mit dem sozialistischen Deutschland machen?

2.1. Die grundlegende Haltung ostdeutscher Verweigerung

In der DDR wurde keine Wiedergutmachung im Sinne von (Rück-)Erstattung privater Vermögenswerte, die unter dem NS-Regime entzogen wurden, geleistet. Anerkannte Opfer des Faschismus erhielten ausschließlich Zuwendungen im Rahmen der Sozialfürsorge.² Auch lehnte der ostdeutsche Staat bis zu seiner ersten frei gewählten Regierung im März 1990 Wiedergutmachung an Israel grundsätzlich ab. Dabei spielten ideologische, wirtschaftliche und globalpolitische Gründe eine Rolle. Die bis in die 1950er Jahre geführten Verhandlungen mit der israelischen Seite waren von Beginn an zum Scheitern verurteilt.

Zum grundlegenden Selbstverständnis der DDR gehörte die Leugnung jeglicher Verantwortung für die NS-Vergangenheit. Der hierauf basierende antifaschistische Gründungsmythos der DDR diente dazu, die eigene Existenz als ‚besseres Deutschland‘ zur eigentlichen Wiedergutmachung gegenüber allen Opfern des NS-Faschismus hoch zu stilisieren. Konsequenterweise betonte die DDR in einem Memorandum an die israelische Regierung im Dezember 1955, sie habe „alles in ihren Kräften Stehende getan, um den deutschen Faschismus

¹ Stefan Meining: *Kommunistische Judenpolitik. Die DDR, die Juden und Israel*. Münster: Lit 2002, S. 247.

² Einen allgemeinen Überblick zur Wiedergutmachung für NS-Verfolgte innerhalb der DDR gibt Constantin Goschler: *Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte*. In: Harald Schmid / Justyna Krzymianowska / Peter Reichel (Hrsg.): *Politische Erinnerung. Geschichte und kollektive Identität*. Würzburg: Königshausen & Neumann 2007, S. 108–122.

mit seinen Wurzeln zu vernichten“³. So sei auch die Grundlage für Antisemitismus vollends beseitigt worden. Dieses sogenannte Moskauer Memorandum nennt auch die anderen grundsätzlichen Eckpunkte ostdeutscher Weigerung, Wiedergutmachungszahlungen an den Staat Israel zu leisten. Zum einen würden NS-Opfern in der DDR selbst „in großzügiger Weise“ unterstützt, und zweitens habe die DDR alle die ihr von den Alliierten während der Potsdamer Konferenz auferlegten „Reparationsleistungen zur Wiedergutmachung des von dem deutschen Faschismus angerichteten Schadens erfüllt“.⁴ Jene Grundpfeiler ostdeutscher Weigerung „bildeten bis Anfang 1989 den Kern offizieller und inoffizieller Stellungnahmen ostdeutscher Politiker zur Wiedergutmachungsproblematik.“⁵

Die gepriesene Großzügigkeit ostdeutscher Unterstützung für NS-Opfer war weitestgehend Augenwischerei. Zwar war die DDR als „explizit antifaschistischer Staat [...] dem Gedanken der Wiedergutmachung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus verpflichtet“⁶, jedoch weigerte sie sich, vom NS-Regime entzogenes Privatvermögen zurückzuerstatten oder in irgendeiner Weise zu entschädigen. Schließlich hätte eine solche Restitutionspraktik, die der Wiederherstellung privater Vermögenswerte entsprach, dem Kern des gesellschaftspolitischen Ideals einer sozialistischen Umwälzung widersprochen, wie die Gegner von Restitution durchaus schlüssig betonten. Daneben, so teilte die Abteilung Justiz im Zentralsekretariat der SED bereits Mitte Mai 1948 Walter Ulbricht mit, würde die Rückführung privater Vermögen „unseren Etat außerordentlich belasten.“⁷ Und letztlich könne „die Sozialisierung [nicht] vor dem jüdischen Kapital halt machen und [...] jüdischen Kapitalisten Sondervergünstigungen gegenüber allen anderen Kapitalisten“⁸ eingeräumt werden. Neben den sozialpolitischen Bedenken und Bedenken der „wirtschaftlichen Belastbarkeit“⁹ bedienten die Argumente zumindest teilweise das alte antisemitische Ressentiment der Gleichsetzung von Juden und Kapitalismus.¹⁰ Mit außenpolitisch motivierten Bedenken, Wiedergutmachungszahlungen könnten den künftige Beziehungen zu den arabischen Staaten schaden, wurde in der SBZ und frühesten DDR noch nicht argumentiert. Trotz einiger früher Überlegungen der SED-Mitglieder Paul Merker und Leo Zuckermann, jüdisches Privatvermögen zurückzuerstatten, setzten sich die Wiedergutmachungsgegner innerhalb der SED durch. Mit der Verabschiedung der zwei Tage später zu Gesetz werdenden Anordnung zur Sicherung der rechtlichen

³ Zitiert nach Angelika Timm: *Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel*. Bonn: Bouvier 1997, S. 137.

⁴ Ebd.

⁵ Angelika Timm: Das dritte Drittel. Die DDR und die Wiedergutmachungsanforderungen Israels und der Claims Conference. In: Constantin Goshler / Jürgen Lillteicher (Hrsg.): *„Arisierung“ und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989*. Göttingen: Wallstein 2002, S. 215–239, hier S. 221.

⁶ Jan Philipp Spannuth: *Rückerstattung Ost. Der Umgang der DDR mit dem „arisierten“ Eigentum der Juden und die Rückerstattung im wiedervereinigten Deutschland*. Freiburg: Klartext 2007, S. 66.

⁷ Zitiert nach Lothar Mertens: *Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die Jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat*. Hildesheim: Olms 1997, S. 223–224.

⁸ Ebd.

⁹ Ralf Kessler: Interne Wiedergutmachungsdebatten im Osten Deutschlands – die Geschichte eines Mißerfolgs. In: Goshler / Lillteicher (Hrsg.): *„Arisierung“ und Restitution*. S. 197–213, hier S. 205.

¹⁰ In den Debatten über Restitution wurden Juden von Restitutionsgegnern in Ostdeutschland prinzipiell mit Kapitalisten gleichgesetzt. Da im Sozialismus die Wurzeln des Faschismus im Kapitalismus zu verorten sind, konnten Juden gar keine eigene Opfergruppe darstellen. Zwar war der antisemitische Unterton zurückhaltender als der von den Gegnern einer Wiedergutmachung in der Bundesrepublik, auffällig sind aber, dass die ‚reaktionären‘ Gegner im Westen dieselben Argumente gegen Restitution und Entschädigung hervorbrachten wie die ‚Fortschrittlichen‘ in der SBZ/DDR. Vgl. Thomas Haury: *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR*. Hamburg: HIS 2002, S. 329–330.

Gleichstellung der anerkannten Verfolgten des Naziregimes (VdN-Anordnung) vom 5. Oktober 1949 wurde jegliche Rückführung privater Vermögenswerte unterbunden.¹¹

Ebenso wenig erfolgte eine gedankliche Verknüpfung der Wiedergutmachungsfrage mit dem jüdischen Bestreben nach einem eigenen Staat im britischen Mandatsgebiet Palästina. Deutlich enttäuscht informierte Zuckermann Merker Ende April 1948 über eines der zentralen Gegenargumente der ostdeutschen Justizabteilung. Dort hieß es: „Wenn wir einen Kollektivanspruch eines jüdischen Staates anerkennen, dann erkennen wir auch die Ansprüche der Monopole und Trustherren an.“¹² Auch hier wird die Gleichsetzung von jüdischen und kapitalistischen Interessen deutlich.

Im Gegensatz zum fadenscheinigen Argument der großzügigen Unterstützung für NS-Opfer kam die DDR tatsächlich die ihr im Potsdamer Abkommen aufgelasteten Reparationszahlungen vollständig nach. Sie hatte guten Grund, unentwegt auf ihre immensen finanziellen und materiellen Leistungen an die Sowjetunion und Polen als das zentrale Element ihrer Wiedergutmachung hin.¹³ Realistische Schätzungen beziffern den von der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1953 geleisteten Reparationsbetrag, hauptsächlich in Form von Abfuhr von Produktionsmitteln und auferlegten Besatzungskosten, auf 53 bis 55 Milliarden Mark. Im Schnitt stellte dies eine Belastung von über 25% des Bruttosozialproduktes der DDR dar und war im Vergleich zu anderen Ländern, die Kriegsreparationen zahlten, deutlich höher.¹⁴ In der Abwehr von Wiedergutmachungsforderungen von jüdischer und israelischer Seite argumentierte Ost-Berlin mit dem Verständnis von Wiedergutmachung, das seinen historischen Ursprung im Versailler Vertrag von 1919 hatte und das Wiedergutmachen ausschließlich im Zusammenhang von Reparationen von Kriegsschäden verstand. Eine moralisch-ethische Perspektive auf Wiedergutmachungsansprüche wurde damit strikt abgelehnt.

Das ‚Moskauer Memorandum‘ formulierte also die zentralen ideologischen sowie wirtschaftlichen und rechtlichen Aspekte der Wiedergutmachung seitens der DDR, die demnach weder die Restitution privater Vermögen noch eine Entschädigungsleistung an den jüdischen Staat zuließen. Doch wie kam es zu dem Memorandum, welche Forderungen stellte Israel an die DDR und wie gestaltete sich der zwischenstaatliche Dialog über Wiedergutmachung bis zum Dezember 1955?

2.2. Erste Kontakte zwischen der SED und Vertretern des Jischuws¹⁵

In der SBZ/DDR wurden die Kommunisten als Hauptopfer des NS-Regimes angesehen, während den Juden als ‚rassisch Verfolgte‘ nur die Rolle eines Nebenopfers zugesprochen wurde. Diese Unterscheidung setzte sich phasenweise auch in materieller Benachteiligung für Letztere durch.¹⁶ Da sich die Verantwortlichen in der SBZ

¹¹ Einen praktischen Überblick über die Debatten, die zur VdN-Anordnung führten liefert Kessler: *Interne Wiedergutmachungsdebatten im Osten Deutschlands*.

¹² Zitiert nach Mertens: *Davidstern unter Hammer und Zirkel*, S. 222.

¹³ Vgl. Constantin Goshler: *Zwei Wege der Wiedergutmachung? Der Umgang mit NS-Verfolgten in West- und Ostdeutschland im Vergleich*. In: Hans Günter Hockerts / Christiane Kuller (Hrsg.): *Nach der Verfolgung. Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in Deutschland?* Göttingen: Wallstein 2003, S. 115–137, hier S. 116.

¹⁴ Vgl. Jörg Fisch: *Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg*. München: C.H. Beck 1992, S. 196. Zur Problematik bei der Errechnung eines exakten Betrages siehe ebd., S. 184ff.

¹⁵ Als Jischuw wird allgemein die jüdische Gemeinschaft in Palästina bezeichnet, die sich vor der formellen Ausrufung des Staates Israel zunehmend zu einem Proto-Staat entwickelte, mit einer politischen Führung und weitgehenden, von der Mandatsmacht zugesprochenen Kompetenzen in sozialen, kulturellen sowie wirtschaftlichen und innenpolitischen Belangen.

¹⁶ Zur Einteilung in „Kämpfer“ gegen und „Opfer“ des Faschismus vgl. Constantin Goshler: *Nicht bezahlt? Die Wiedergutmachung für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung in der SBZ/DDR*. In: Christoph Buchheim (Hrsg.): *Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR*. Baden-Baden: Nomos 1995, S. 169–191, hier S. 172–173; ders.: *Paternalismus und Verweigerung. Die DDR*

selbst als die Hauptopfer des NS-Regimes verstanden, verwundert es nicht, dass die Entnazifizierung in den Nachkriegsjahren im Osten Deutschlands entschieden vorangetrieben wurde als in den Westzonen. 1948 wurden im Osten Deutschlands doppelt so viele ehemalige NSDAP-Mitglieder verurteilt (ca. 13.000) als im Westen – obwohl der westliche Teil Deutschlands eine deutlich höhere Bevölkerungsanzahl umfasste.¹⁷ Im Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) vom 11. Juni 1945 wurde das deutsche Volk zwar mitverantwortlich gemacht für die technische Ausrottung von Menschen durch das NS-Regime, jedoch blieben Juden als Opfergruppe völlig unerwähnt.¹⁸ Nichtsdestotrotz nährten das Schuldeingeständnis der KPD und die konsequente Entnazifizierung Hoffnungen in Israel, man könne mit Ostdeutschland zumindest eine vorläufige Übereinkunft in Fragen der Wiedergutmachung erzielen. Im Fokus der Israelis stand aber sicher eine Einigung mit Gesamtdeutschland, da es zu diesem Zeitpunkt nicht möglich war, die Teilung und deren Beständigkeit vorauszusehen.

Im April 1948 kam es zu einem Treffen zwischen dem SED Co-Vorsitzenden Otto Grotewohl und dem späteren israelischen Konsul in München, Chaim Jachil. Grotewohl lehnte die Rückführung ‚arisierter‘ Eigentums ab, sprach sich aber für die Gründung eines jüdischen Staates aus und stellte eine kollektive Entschädigungszahlung an diesen in Aussicht. So sah es auch Leo Zuckermann, der Ende desselben Monats in der *Weltbühne* schrieb, dass nach Palästina ausgewanderte Juden ebenfalls einen Anspruch auf Wiedergutmachung hätten. Dieser könne nach der Errichtung eines jüdischen Staates und in Form von Reparationen an diesen abgegolten werden.¹⁹

Jachil notierte erst Ende 1952 die Details dieses Treffens, was darauf schließen lässt, dass er ohne Anweisung seiner Vorgesetzten in der Jewish Agency²⁰ handelte. Die historiographische Aufarbeitung dieses Treffens erweckt eher den Anschein, als habe das Gespräch mit Grotewohl auf Initiative von Julius Mayer, dem damaligen Vertreter der jüdischen Gemeinden in der SBZ, stattgefunden, der seine Privatwohnung für die Zusammenkunft zur Verfügung stellte.²¹ Ob Grotewohls Äußerungen offiziellen Charakter besaßen, ist ebenso unklar.

Offiziell gestand Wilhelm Pieck in seiner Funktion als erster Präsident der DDR die Schuld der Deutschen an den am jüdischen Volk begangenen Verbrechen Ende Oktober 1949 ein. Allerdings waren seine Worte nicht an die Regierung Israels gerichtet, sondern an die dortige Kommunistische Partei. In dieser Phase der staatlichen Teilung Deutschlands, deren anhaltende Dauer nach wie vor nicht abzusehen war, bestanden innerhalb der SED wohl einzelne ernsthafte Bestrebungen, Wiedergutmachungszahlungen an den Staat Israel zu leisten. Jedoch setzten sich die Restitutionsgegner auch beim ‚Territorialprinzip‘ durch, das in der VdN-Anordnung

und die Wiedergutmachung für jüdische Verfolgte des Nationalsozialismus. In: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 2 (1993), S. 93–117, hier S. 96.

¹⁷ Vgl. Mario Keßler: *Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967*. Berlin: Akademie 1995, S. 31.

¹⁸ Der Aufruf ist einsehbar unter http://www.kaz-online.de/pdf/312/312_7.pdf (Zugriff am 17.1.2012).

¹⁹ Angelika Timm: Der Streit um Restitution und Wiedergutmachung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. In: *Babylon* 10–11 (1992), S. 125–138, hier S. 128.

²⁰ Die Jewish Agency fungierte bis zur Ausrufung des Staates Israel als Proto-Regierung der jüdischen Gemeinschaft in Palästina, die sich spätestens seit den 1930er Jahren bereits quasi-staatlich organisiert hatte.

²¹ Vgl. Angelika Timm: *Jewish Claims Against East Germany. Moral Obligations and Pragmatic Policy*. Budapest: Central European University Press 1997, S. 87–88; dies.: *Hammer, Zirkel, Davidstern*, S. 85; dies.: Das dritte Drittel, S. 218. Meyer floh im Zuge der Verhaftung Paul Merkers mit seiner Familie im Januar 1953 aus der DDR. Vgl. Jeffrey Herf: *Divided Memory. The Nazi Past in the Two Germany*. Cambridge: Harvard University Press 1997, S. 132.

verankert war und vorsah, dass ausschließlich NS-Opfer, die ihren Wohnort in der DDR hatten, unterstützt werden sollten.²²

Im Jahr darauf verfolgte weder Israel noch die DDR ein gradliniges Vorgehen in der Frage der Wiedergutmachung, unkoordiniertes und widersprüchliches Verhalten charakterisierten die Phase direkt nach der Gründung der DDR. Zum einen wurde ein ‚Herr Mendelsohn‘ als Gesandter des israelischen Wirtschafts- und Finanzministeriums im April nach Ost-Berlin geschickt, um dort mit der Gegenseite in Verhandlungen zu treten.²³ Allerdings hatten kurz zuvor israelische Stellen noch einen von der DDR bevollmächtigten Repräsentanten mit dem Argument abgewiesen, es gäbe keine Verhandlungen zwischen den Staaten. In der DDR wiederum wurde Mendelsohn aufgefordert, ein Memorandum mit den israelischen Vorschlägen und Forderungen zu entwerfen. Als er dies wenig später vorlegen wollte, wurde er von den Verantwortlichen im ostdeutschen Finanzministerium nicht mehr empfangen.

Eine der Hauptgründe für das unkoordinierte Vorgehen auf beiden Seiten lag sicherlich darin, dass die israelische Seite sich weigerte, Verhandlungen zu führen ohne ein öffentliches Bekenntnis der DDR zu ihrer Schuld, und andererseits die SED zunächst die volle Anerkennung der DDR durch Israel verlangte, bevor sie zu einer Geste und ernsthaften Verhandlungen bereit war.²⁴ Es entstand eine klassische Deadlock-Situation zwischen beiden Staaten, die bis zu Beginn des Jahres 1951 andauerte, als Israel versuchte, mit Hilfe internationalen Drucks die DDR zum Einlenken zu bewegen.

2.3. Die Alliierten als Vermittler

Die Sackgasse, in die sich die beiden Staaten in der Frage der Wiedergutmachung manövriert hatten, schien manchen Personen aber nicht unumkehrbar. Am 1. Juli 1950 legte Hendrik George van Dam, der wenig später zum ersten Generalsekretär des am 19. Juli 1950 gegründeten²⁵ Zentralrats der Juden in Deutschland berufen wurde, dem israelischen Finanzministerium ein Gutachten vor, in dem er Wiedergutmachungszahlungen aus beiden Teilen Deutschlands an Israel als durchaus möglich bewertete.²⁶ Allerdings gab er zu bedenken, dass in der DDR

ausschließlich der Reparationsanspruch des jüdischen Volkes Aussicht auf Berücksichtigung haben [dürfte]. Individuelle Ansprüche von Berechtigten, die in Israel wohnhaft sind, sind in diesen Reparationsanspruch zu transformieren. [...] Die Erfolgsaussichten erscheinen nicht ungünstig, wenn die Ansprüche durch eine geeignete Mission der Regierung vorgetragen werden.²⁷

Entscheidend sei, „daß nicht ein Teil von Deutschland der ausschließliche Rechtsnachfolger des früheren Reiches sein kann.“²⁸ Zu einer erneuten Initiative seitens Israels kam es trotz der positiven Einschätzungen van Dams vorerst jedoch nicht.

²² Constantin Goshler: *Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945*. Göttingen: Wallstein 2008, S. 362.

²³ Meining: *Kommunistische Judenpolitik*, S. 247–248.

²⁴ Vgl. Timm: *Hammer, Zirkel, Davidstern*, S. 92–93, 128–129; dies.: *Jewish Claims Against East Germany*, S. 88–89.

²⁵ Stephan J. Kramer: *Wagnis Zukunft. 60 Jahre Zentralrat der Juden in Deutschland*. Berlin: Hentrich & Hentrich 2011, S. 7.

²⁶ Mit der Person Hendrik George van Dams und ihrer Rolle für das jüdische Leben in Deutschland nach 1945 befasst Andrea Sinn: *Die Anfänge des Zentralrats der Juden und der Jüdischen Allgemeinen. Hendrik G. van Dam und Karl Marx als Repräsentanten jüdischen Lebens in Deutschland nach 1945*. München: Unveröffentlichte Univ.-Diss., Ludwig-Maximilians-Universität 2012, S. 303ff.

²⁷ Hendrik G. van Dam: Gutachten des Generalsekretärs des Zentralrats der Juden in Deutschland für das israelische Finanzministerium vom 1. Juli 1950. In: *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, hrsg. vom Bundesministerium des Inneren. München: Oldenbourg 1997, II. Reihe, Bd. 3, S.853ff.

²⁸ Ebd.

Am 16. Januar und 12. März 1951 wandte sich der jüdische Staat an die vier Besatzungsmächte, um seinen Forderungen gegenüber beiden deutschen Staaten Nachdruck zu verleihen.²⁹ Israel forderte eine Gesamtsumme von 1,5 Milliarden Dollar als Entschädigung und Hilfestellung für die Eingliederung europäischer Juden in Israel. Die westlichen Besatzungsmächte reagierten verhalten positiv auf den israelischen Vorstoß und befürworteten direkte Verhandlung mit der Bundesrepublik. Diese begannen im März 1952, wofür Bundeskanzler Adenauer mit seiner historischen Erklärung vor dem deutschen Bundestag am 27. September 1951, in der er im Namen des deutschen Volkes die Verantwortung und die Pflicht zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung für die von den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen übernahm,³⁰ eine wichtige Grundvoraussetzung schaffte. Die Verhandlungen führten ein halbes Jahr nach ihrer Aufnahme zum Luxemburger Abkommen. Darin verpflichtete sich die Bundesrepublik zur Zahlung von drei Milliarden D-Mark an Israel – was nicht ganz der Hälfte der ursprünglich geforderten 1,5 Milliarden Dollar entsprach³¹ – und weiteren 450 Millionen D-Mark an die Claims Conference. Die Parteien einigten sich darauf, dass damit zwei Drittel der Ansprüche befriedigt würden, ein weiteres Drittel müsse von der DDR getragen werden.³²

Anders als die westlichen Alliierten reagierte die Sowjetunion vorerst gar nicht auf die israelische Initiative vom Frühjahr 1951. Im Oktober 1951 legten die Sowjets ihre Position fest,³³ teilten diese allerdings erst im März 1952 dem Gesandten Israels in Moskau, Shmuel Eliashiv, mit. Aus Sicht des Kremls sei die Wiedergutmachung eine Frage, „which can be discussed at the signing of the peace treaty with Germany“³⁴. Damit war die Frage der Wiedergutmachung aus der DDR an einen förmlichen Friedensvertrag mit Deutschland geknüpft.

Einen Monat nach der offiziellen Antwort Moskaus drückte Israels Außenminister Moshe Sharett seine Enttäuschung über die sowjetische Haltung in einem Gespräch mit Moskaus Gesandten in Israel, Pavel Ershov, aus.³⁵ Israel hoffe, so Sharett laut Ershovs Bericht, „that the Soviet government will reconsider its position, and will make recommendations to the government of East Germany“³⁶. Wenige Tage später fasste Arye Levavi, Mitarbeiter im israelischen Außenministerium, die israelische Position zur Wiedergutmachungsfrage in Bezug auf die DDR zusammen.³⁷ Demnach sei vor allem zu bemängeln, dass die DDR, anders als Westdeutschland, keinerlei Verantwortung zeige. Sie nehme eine solch destruktive Haltung zur Wiedergutmachung ein, „that there was no point in approaching it as long as it did not radically change its line.“³⁸

Fünf Tage nach der Unterzeichnung des Wiedergutmachungsabkommen mit der Bundesrepublik im September 1952 und ein halbes Jahr nach der abweisenden Erklärung der Sowjetunion versuchte die israelische

²⁹ Die in diesem Zusammenhang wichtigere Note vom 12. März ist abgedruckt in *Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik*, hrsg. von Rolf Vogel, München: Saur 1987, S. 33ff.

³⁰ Ebd., S. 45ff.

³¹ Der für die 1950er Jahre festgesetzt Wechselkurs zum Dollar betrug stets rund 4,20 DM. 1951 betrug das Bruttoinlandsprodukt Westdeutschlands 119,6 Milliarden D-Mark, das der DDR 35,1 Milliarden Mark. Vgl. http://www.historicum.net/fileadmin/sxw/Themen/Internationale_Geschichte/Statistiken/bip_1938-1969.pdf (Zugriff am 30.12.2013).

³² Vgl. Timm: Das dritte Drittel, S. 216–217. Die Claims Conference war ein Zusammenschluss aus 24 jüdischen Organisationen, die Ansprüche von außerhalb des ehemaligen Deutschen Reichs und Israels lebenden Juden vertraten.

³³ Vgl. M.G. Gribanov and S.T. Bazarov to A.Ia. Vyshinskii, 27 October 1951. In: Eytan Bentsur (Hrsg.): *Documents on Israeli-Soviet Relations. 1941–1953*, Part II: May 1949–1953. London: Frank Cass 2000, S. 749ff.

³⁴ Sh. Eliashiv to the Israeli Ministry of Foreign Affairs, 25 March 1952. In: Bentsur (Hrsg.): *Documents on Israeli-Soviet Relations*, Part II, S. 794.

³⁵ P.I. Ershov to the USSR Ministry of Foreign Affairs, 24 April 1952. In: Bentsur (Hrsg.): *Documents on Israeli-Soviet Relations*, Part II, S. 801.

³⁶ Ebd.

³⁷ A. Levavi to Z. Argaman, 27 April 1952. In: Bentsur (Hrsg.): *Documents on Israeli-Soviet Relations*, Part II, S. 801–802.

³⁸ Ebd.

Gesandtschaft in Moskau erneut, die Sowjets zum Einwirken auf die DDR zu bewegen.³⁹ Neben den bereits früher vorgebrachten Argumenten wurde betont, dass

[t]he mass slaughter of the Jews of Europe and the plunder of Jewish property by the Nazi authorities far surpass even the most appalling military disasters. For most of these crimes there can be no possible reparation. However, the Jewish people are still suffering from some consequences of these destructions which can be significantly righted by economic measures.

Darüber hinaus kritisierte Israel die Handhabung der Restitution in der DDR im Allgemeinen und besonders die Tatsache der Verstaatlichung von Vermögenswerten von im Ausland lebenden Opfern des Nationalsozialismus. Israel bat die UdSSR darum, ihren „considerable influence on the government of the German Democratic Republic“ geltend zu machen.

Aber auch diese israelische Initiative blieb größtenteils erfolglos. Neu an der sowjetischen Haltung war lediglich die Ermunterung des stellvertretenden Außenministers der Sowjetunion, Georg Pushkins, direkte Kontakte mit der DDR aufzunehmen, immerhin sei diese ein souveräner Staat. Ein weiteres positives Signal sandte der Vizepräsident der DDR-Volkskammer und Vorsitzende der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, Ernst Goldenbaum. Auf einer Pressekonferenz in Bonn im selben Monat sagte er, die Regierung der DDR sei bereit, in Verhandlungen mit Israel zu treten, sollte eine entsprechende Bitte an sie herangetragen werden. Jedoch gab die Führung in Ost-Berlin zügig zu verstehen, Goldenbaum sei nicht autorisiert gewesen, eine solche „inoffizielle Einladung“ an Israel auszusprechen.⁴⁰

Ermuntert durch den sowjetischen Vorschlag, mit der DDR direkt zu verhandeln, wandte sich Shmuel Eliashiv am 1. Oktober 1952 bei der Eröffnung einer chinesischen Kulturausstellung in Moskau an Rudolf Appelt, DDR-Botschafter in Moskau, und sprach ihn auf die ausstehende Lösung der Wiedergutmachungszahlungen an. Appelt erbat daraufhin Anweisung sowohl von seinen Vorgesetzten in Ost-Berlin, als auch von sowjetischer Seite. Am 4. November erhielt er eine vom ostdeutschen Außenminister Georg Dertinger entworfene und Ministerpräsident Grotewohl abgesegnete Erklärung, die der sowjetischen Haltung entsprach: Erst Friedensvertrag mit Deutschland, dann Verhandlungen über Wiedergutmachung.⁴¹

Damit waren die Aussichten auf direkte Verhandlungen mit der DDR innerhalb weniger Wochen wieder begraben worden. Gleich darauf begann die SED mit ihrer öffentlichen Kampagne gegen das Luxemburger Abkommen. Einer Einschätzung des DDR-Außenministeriums nach könne formal-juristisch der Staat Israel keinerlei Forderungen für NS-Verbrechen stellen, da er erst nach den Verbrechen seine Souveränität erlangt hatte. Selbst wenn Israel legitime Ansprüche anzumelden hätte, müssten diese aus den westlichen Zonen befriedigt werden, da Israel zum „westlichen Reparationskreis“ gehöre. Und ohnehin würden Zahlungen an Israel nur dem internationalen Kapitalismus zu Gute kommen – ein Umstand, den die DDR natürlich nicht unterstützen könne. Die DDR intensivierte ihrer Diffamierungskampagne gegen das Luxemburger Abkommen nochmals während des Sinai-Krieges von 1956, dem Eichmann-Prozess und dem Sechstagekrieges.⁴²

Als Ausgleich für den drohenden internationalen Imageverlust der DDR gegenüber der Bundesrepublik, die im Gegensatz zu Ost-Berlin ihre Schuld am Holocaust offen eingestand, nahmen ostdeutsche Bemühen um Anerkennung in der arabischen Welt jetzt Fahrt auf. Immerhin konnte mit der Weigerung wirtschaftlicher Unterstützung für den jüdischen Staat bei den Feinden Israels gepunktet werden. Zudem änderte sich die Wahrnehmung der Sowjetunion auf die arabischen Staaten. Immer weniger wurden sie als Handlanger des

³⁹ Note of the Israeli Legation in the USSR to the USSR Ministry of Foreign Affairs, 15 September 1952. In: Bentsur (Hrsg.): *Documents on Israeli-Soviet Relations*, Part II, S. 832–833.

⁴⁰ Vgl. Timm: *Hammer, Zirkel, Davidstern*, S. 129–130.

⁴¹ Vgl. Bentsur (Hrsg.): *Documents on Israeli-Soviet Relations*, Part II, S. 795, Anm. 2.

⁴² Vgl. Timm: *Hammer, Zirkel, Davidstern*, S. 131ff.; dies.: *Jewish Claims Against East Germany*, S. 92–93.

westlichen Imperialismus, sondern vielmehr als Opfer dessen reaktionärer Speerspitze im Nahen Osten, sprich Israel, wahrgenommen. Gleichzeitig erhoffte sich das kommunistische Lager, dass die arabischen Staaten ebenfalls den Weg des Sozialismus eintreten würden und sah sie deshalb als unterstützungswürdig an. Die bis zum Zusammenbruch des Ostblocks bestehenden strategischen Allianzen im Nahen Osten hatten sich nun weitestgehend ausgebildet. Damit bestand von nun an auch für die DDR das Bündnis mit den arabischen Staaten gegen den Imperialismus und seinen ‚Komplizen‘ Israel.

2.4. Der Fall Merker

Bereits Ende der 1940er Jahre hatte es in der Sowjetunion antisemitische Säuberungskampagnen gegeben. Anfang der 1950er Jahre setzte dann eine Welle weiterer Säuberungen mit antisemitischem Bodensatz ein, die den gesamten sowjetischen Machtbereich erfasste.⁴³ Der Slansky-Prozess Ende 1952 in Prag und die Aufdeckung der angeblichen Ärzte-Verschwörung⁴⁴ Anfang 1953 in der Sowjetunion lösten auch in der DDR eine antizionistische und antisemitische Kampagne aus, die nach stalinistischen Mustern ablief.

Am 20. November 1952 begann in Prag der Prozess gegen den ehemaligen Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Rudolf Slansky, und dreizehn weitere Führungspersonen aus Partei und Staat, darunter Evzen Löbl, der bis zuletzt bilaterale Wirtschaftsverhandlungen mit Israel führte. Ihnen wurden Verrat sowie Spionage und Kollaboration für beziehungsweise mit dem Zionismus und den Imperialismus vorgeworfen. Staatsanwaltschaft und Medien hoben die jüdische Herkunft von elf der Angeklagten hervor. Innerhalb einer Woche wurden elf der vierzehn Angeklagten (darunter acht Juden) zum Tode verurteilt, die Restlichen erhielten lebenslange Haftstrafen, wurden Ende der 1950er Jahre jedoch wieder freigelassen und schließlich 1963 völlig rehabilitiert. Vier Tage vor der Vollstreckung der Todesurteile, am 3. Dezember 1952, wurde Paul Merker, führendes Mitglied der SED, von der Stasi verhaftet. Er war in den erzwungenen Geständnissen von Angeklagten im Slansky-Prozess als vermeintlicher Agent des Imperialismus belastet worden.⁴⁵

In Israel rief der Slansky-Prozess wegen seiner deutlich antisemitischen Färbung allgemeine Empörung hervor. Innenpolitisch löste das Verfahren einen Streit über den Sowjetsozialismus innerhalb der linksradikalen Opposition aus. Schließlich spaltete sich das Lager in weiterhin prosovietische Kräfte und eine der Sowjetunion gegenüber zunehmend kritischen Linken.⁴⁶ Darüber hinaus ist anzunehmen, dass die israelische Führung darüber verwundert war, dass gerade die Tschechoslowakei sich eines solchen antizionistischen Prozesses hingab. Immerhin war die Tschechoslowakei Israels Hauptlieferant für die im Unabhängigkeitskrieg 1948–49 so dringend benötigten Waffen gewesen.

Beim Slansky-Prozess und der Zerschlagung der angeblichen Ärzteverschwörung gegen den Kreml handelte es sich primär um eine im Stalinismus klassische Säuberung von Partei und Sicherheitsapparat, die „a confluence of foreign policy objectives with perceived internal political imperatives“⁴⁷ darstellten. Darüber hinaus markierte

⁴³ Käppner spricht für die Phase 1949–1953 von den „schwarzen Jahren“. (Joachim Käppner: *Erstarrte Geschichte: Judenverfolgung und Judenvernichtung im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspropaganda der DDR*. Hamburg: Ergebnisse 1999, S. 71ff.)

⁴⁴ Zur Kampagne gegen die jüdischen Ärzte siehe Jonathan Brent / Vladimir Pavlovich Naumov: *Stalin's Last Crime. The Plot against the Jewish Doctors, 1948–1953*. New York: Harper Collins 2003.

⁴⁵ Vgl. Jeffrey Herf: East German Communists and the Jewish Question: The Case of Paul Merker. In: *Journal of Contemporary History* 29,4 (1994), S. 627–661, hier S. 636. Der Slansky-Prozess war der erste der stalinistischen Parteisäuberungen, in dem explizit der Vorwurf des Zionismus erhoben wurde. Vgl. Haury: *Antisemitismus von links*, S. 334ff.

⁴⁶ Helaine Blumenthal: *Communism on Trial: The Slansky Affair and Anti-Semitism in Post-WWII Europe*. <http://iseccees.berkeley.edu/bps/publications/2009-08-Blumenthal.pdf> (Zugriff am 12.10.2011), S. 21ff.

⁴⁷ Brent / Naumov: *Stalin's last Crime*, S. 133.

der Slansky-Prozess für die Tschechoslowakei überhaupt erst „the triumph of Stalinism“⁴⁸. Die antisemitischen und antizionistischen Motive im Prozess wurden durch Israel zunehmende Westorientierung vermutlich begünstigt.

Das Zusammenspiel von außen- und innenpolitischen Aspekten trifft auch auf die Säuberungen in der DDR zu, wie sich am Fall Paul Merker aufzeigen lässt. Merker war aufgrund seiner Mitgliedschaften in ZK und Politbüro eine einflussreiche Persönlichkeit, galt der SED-Spitze aber wegen seiner Exiljahre im Westen als kosmopolitisch eingestellt, und damit als verdächtig. Seine prominente Stellung innerhalb der „kommunistischen Minderheitentradition“⁴⁹, die dem jüdischen Leid während der NS-Zeit hohe Bedeutung zusprach, diente als Aufhänger, sich seiner zu entledigen. Merkers Artikel zur Wiedergutmachung an den Juden, bereits ab 1942 im mexikanischen Exil geschrieben und veröffentlicht im kommunistischen Exil-Organ *Freies Deutschland*, waren die einzigen von einem führenden KPD-Mitglied verfassten Texte, in denen der Nationalsozialismus anhand der jüdischen Thematik behandelt wurde. Für Merker war die Einstellung zum Antisemitismus Maßstab für den Grad einer progressiven Haltung der Kommunisten, sie sollten die Juden beim Aufbau ihres eigenen Nationalstaates unterstützen. Zudem sollten Juden, ungeachtet ihrer politischen Einstellung und ihres Aufenthaltsort, ihre durch die Nazis entzogenen Vermögenswerte zurückerhalten.⁵⁰

Für Mario Keßler spielt die Tatsache, dass Merker selbst Nichtjude war, eine wichtige Rolle im antisemitischen Prozess gegen ihn. Denn dadurch „fiel es gegebenenfalls leichter, den Vorwurf des Antisemitismus zurückzuweisen“, was für den ‚antifaschistischen‘ Ulbricht im Nachkriegsdeutschland eine unerlässliche Voraussetzung gewesen sein muss. Anzunehmen ist, dass „[e]in Jude [...] als ‚deutscher Slánský‘ Ulbricht weit mehr geschadet als genützt“⁵¹ hätte. Diese These kann aber nur sehr eingeschränkt gelten, da neben Merker auch zahlreiche Juden verdächtigt, jüdische Angestellte in der Verwaltung entlassen und Verbote für das kulturelle Leben der jüdischen Gemeinden erlassen wurden. Ebenso wurde die finanzielle Unterstützung für die jüdischen Gemeinden gestoppt und ihre Büros durchsucht.⁵²

Bereits 1950 wurde Paul Merker im Zuge der sogenannten Field-Erklärung⁵³ der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) aus der SED ausgeschlossen und verlor alle seine politischen Posten. Auch wenn antijüdische Motive hier noch unerwähnt blieben, wurden neben Merker ausschließlich Juden beschuldigt, Kontakte mit dem Agenten Field unterhalten zu haben. Die Befragungen der ZPKK drehten sich zudem auch um Kontakte mit Juden während des Krieges.⁵⁴ Dennoch gilt:

Had the Merker case ended there, it would have remained [...] only an espionage case linked to the rapid reversal of alliances and loyalties entailed in the shift from the anti-Hitler coalition of the second world war to the Cold War. Or, given Merker's

⁴⁸ Blumenthal: *Communism on Trial*, S. 34.

⁴⁹ Zur Minderheitentradition unter Kommunisten vgl. Jeffrey Herf: Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MfS-Archiven. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 42,4 (1994), S. 635–667; Haury: *Antisemitismus von links*, S. 298ff.

⁵⁰ Vgl. Jeffrey Herf: *Divided Memory. The Nazi Past in the Two Germany*. Cambridge: Harvard University Press 1997, S. 48ff. Zentrale Textpassagen sowie eine Beschreibung über Merkers Kontakte zu Juden ab 1914, als er als Soldat im Ersten Weltkrieg in Mannheim-Sandhofen in der Luftschiffabteilung diente, finden sich in Wolfgang Kießling: Paul Merker und der „Sozialismus der dummen Kerls.“ In: Mario Keßler (Hrsg.): *Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert*. Bonn: Pahl-Rugenstein 1994, S. 87–93, hier S.91ff.

⁵¹ Keßler: *Die SED und die Juden*, S. 89.

⁵² Vgl. Haury: *Antisemitismus von links*, S. 12. Noch ausführlicher bei ebd., S. 399ff.

⁵³ Eigentlich „Erklärung des Zentralkomitees und der Zentralen Parteikontrollkommission der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu den Verbindungen ehemaliger deutscher politischer Emigranten zu dem Leiter des Unitarian Service Committee Noel H. Field“

⁵⁴ Vgl. Haury: *Antisemitismus von links*, S. 343ff.; Meining: *Kommunistische Judenpolitik*. S. 131ff.; Herf: *Divided Memory*, S. 114ff.

two years in the United States, six years in France and four in Mexico, it would have been another example of the suspicion and paranoia which greeted so many communists who had fled to the West during the Nazi era.⁵⁵

Die DDR-Führung zog einen Monat nach Beginn des Slansky-Prozesses ihre eigenen ‚Lehren‘, die als Grundlage für den Geheimprozess gegen den „zionistischen und imperialistischen Agenten“⁵⁶ Paul Merker dienten. Darin kam ein überhöhtes antizionistisches Motiv zum Vorschein, das unter anderem in der Feststellung Ausdruck fand, dass die „zionistische Bewegung [...] nichts gemein mit Zielen der Humanität und wahrhafter Menschlichkeit“ habe. In Prag seien nicht nur die „Zionisten als eine Agentur des amerikanischen Imperialismus entlarvt“ worden, zugleich habe sich auch „die feindliche Rolle des Agenten Paul Merker in der deutschen Emigrationsgruppe in Mexiko von 1942 bis 1946“ verdeutlicht. Die von Merker mitherausgegebene Zeitschrift *Freies Deutschland* „entwickelte sich immer mehr zu einem Publikationsorgan zionistischer Auffassungen [und der] Verteidigung der Interessen zionistischer Monopolkapitalisten“. Es bestehe „kein Zweifel mehr, daß Merker ein Subjekt der USA-Finanzoligarchie ist, der die Entschädigung der jüdischen Vermögen nur forderte, um dem USA-Finanzkapital das Eindringen in Deutschland zu ermöglichen“. Merker wurde auch zur Last gelegt, dass er „die Finanzierung der Auswanderung jüdischer Kapitalisten nach Israel“ gefordert hatte. Neben Merker wurde der jüdische Chefredakteur der *Berliner Zeitung*, Erich Jungmann, beschuldigt, „auf der gleichen Linie wie die von dem Agenten Merker vertretenen Auffassungen“ zu liegen. Als Fazit wurde festgehalten, dass die Aktivitäten Merkers und Jungmanns „kein Ausdruck eines Kampfes gegen den Antisemitismus [sind], sie sind nichts anderes als eine Verherrlichung des Zionismus.“ Die Befragungen Merkers während der Untersuchungshaft waren deutlich antisemitisch geprägt.⁵⁷

Angesicht des offenen Antisemitismus im Prager Slansky-Prozess, der sich „bis zur Pogromstimmung steigerte“⁵⁸ und in dessen Verlauf das wichtigste Pamphlet des modernen Antisemitismus, die „Protokolle der Weisen von Zion“, neu aufgelegt und als Beweise aufgeführt worden waren, verwundert es nicht, dass auch die Vorwürfe gegen Merker deutliche antisemitische Konnotationen besaßen.⁵⁹ Noch deutlicher allerdings war der vorherrschende Antizionismus, der in den „Lehren aus dem Slansky-Prozess“ Ausdruck fand. Merkers Einstellung bezüglich der Wiedergutmachung gegenüber Juden und seine Forderung nach aktiver Unterstützung für den Staat Israel wurden ins Extreme ausgelegt, um ihm den Ausverkauf „deutschen Volkseigentums“ zugunsten „jüdischer Großkapitalisten“ vorwerfen zu können. Damit verknüpfte die SED den „von Stalin inszenierte[n] Schauprozess in Prag [...] mit der aus der Wiedergutmachungsproblematik resultierenden deutschen Spezifik“⁶⁰. Anders noch als während des Zweiten Weltkrieges, als Kontakte mit dem Westen und besonders mit Juden im Westen zuweilen auch den Sowjets nützlich erschienen, waren nun im Kalten Krieg „sympathies for Jews [...] a political liability“⁶¹.

⁵⁵ Herf: Antisemitismus in der SED, S. 635.

⁵⁶ Dieses und die folgenden Zitate: „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky“. In: *Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats*, hrsg. von Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Berlin: Dietz 1954, Bd. 4, S. 199–219.

⁵⁷ So wurde Merker unter anderem als „Judenknecht“, „König der Juden“ und als „von den Juden gekauft“ beleidigt. Vgl. Meinung: *Kommunistische Judenpolitik*. S. 172. Weitere Beschuldigte waren Leo Zuckermann und Alexander Abusch, beides ebenfalls jüdische Mexikoemigranten. Vgl. Haury: *Antisemitismus von links* S. 392.

⁵⁸ Keßler: *Die SED und die Juden*, S. 85.

⁵⁹ Vgl. Meinung: *Kommunistische Judenpolitik*, S. 159.

⁶⁰ Timm: Das dritte Drittel, S. 219–220.

⁶¹ Herf: *Divided Memory*, S. 108. Kämpner weist darauf hin, dass die SED mit der Verknüpfung der Wiedergutmachungsthematik versuchte, dem außenpolitischen Druck entgegenzuwirken, der aufgrund des wenige Monate zuvor unterzeichneten Luxemburger Abkommens entstanden war. Vgl. Kämpner: *Erstarrte Geschichte*, S. 73–74.

Wohl nur aufgrund von Stalins Tod im März 1953 kam es nicht mehr zu einem öffentlichen Schauprozess gegen Merker.⁶² Ein geheim tagendes Gericht verurteilte Merker am 30. März 1955, nach nur zweitägiger Verhandlung (und mehr als zweijähriger Untersuchungshaft), zu insgesamt acht Jahren Haft. Nach zehn Monaten wurde Merker freigelassen und erneut in die SED aufgenommen – politisch entscheidende Posten blieben ihm aber künftig verwehrt.⁶³

Nach seiner Freilassung änderten sich Merkers Position zur Wiedergutmachung erheblich, wenn auch nicht generell gegenüber Juden. Er war nun der Ansicht, dass vor dem Hintergrund des Abkommens zwischen Westdeutschland und Israel, welches „das gesamte Vermögen der ehemals in Deutschland lebenden Juden der Regierung Israels ausliefert“, die ostdeutsche Ablehnung von Verhandlungen mit Israel richtig und die „Frage der Wiedergutmachung [...] als erledigt zu betrachten“⁶⁴ seien. Wohl in der Hoffnung auf die Wiederbesetzung eines politisch bedeutsamen Postens übernahm Merker auch die Rolle als Belastungszeuge im Prozess gegen seinen früheren Vertrauten, Walter Janka.⁶⁵ Eine öffentliche Rehabilitierung oder gar die Erlaubnis, politische Ämter auszufüllen, blieben Merker versagt.

Neben Merker wurden in den „Lehren aus dem Slansky-Prozess“ weitere Personen derselben Vergehen beschuldigt, die meisten unter ihnen Juden. Viele von ihnen flohen daraufhin nach Westdeutschland. Insgesamt verließ im Zuge der Beschuldigungen ein Viertel der Mitglieder jüdischer Gemeinden die DDR, darunter auch drei der acht Vorsitzenden jüdischer Gemeinden in Ostdeutschland.⁶⁶ Im Februar 1953 wurde zudem die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) zwangsweise aufgelöst, die letzte verbliebene Massenorganisation, die die Interessen von jüdischen Holocaust-Überlebenden zumindest formal vertrat.⁶⁷ Sie wurde ersetzt durch das direkt der SED unterstehende Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, „in dem jüdische Mitglieder eine deutlich geringere Rolle spielten als in der Vorgängerorganisation“⁶⁸. Damit war jeglicher Rückhalt für Wiedergutmachung in Form von Rückerstattungen gebrochen, die Erwägung von individuellen Wiedergutmachungsbestrebungen und Zahlungen an Israel waren künftig in der DDR tabuisiert.⁶⁹

Wege für eine ostdeutsche-israelische Einigung schienen zu Beginn der 1950er Jahre völlig versperrt. Die DDR hatte Jerusalem eine deutliche Absage bezüglich Wiedergutmachungszahlungen im Verlauf des Jahres 1952 erteilt. In den Ostblockstaaten nahmen die antisemitischen Kampagnen und Schauprozesse an Fahrt auf. In der DDR wurde Paul Merker als Agent des Zionismus angeklagt und verurteilt. Letztlich war Ost-Berlin darum bemüht, Sympathien im arabischen Raum zu ergattern.

⁶² Vgl. Haury: *Antisemitismus von links*, S. 387ff.

⁶³ Jeffrey Herf: East German Communists and the Jewish Question: The Case of Paul Merker. In: *Journal of Contemporary History* 29,4 (1994), S. 627–661, hier S. 636ff. Zur Urteilsbegründung vgl. Haury: *Antisemitismus von links*, S. 424–423.

⁶⁴ Paul Merker. An die Zentrale Parteikontrollkommission des ZK der SED: Stellungnahme zur Judenfrage, 1.6.1956. In: Herf: *Antisemitismus in der SED*, S. 662.

⁶⁵ Vgl. Meinung: *Kommunistische Judenpolitik*, S. 174ff. Janka hatte 1948 die Staatsgründung Israels im Neuen Deutschland euphorisch begrüßt.

⁶⁶ Vgl. Haury: *Antisemitismus von links*, S. 399ff.; Herf: *Divided Memory*, S. 132.

⁶⁷ Vgl. Christoph Hölscher: *NS-Verfolgte im „antifaschistischen Staat“. Vereinnahmung und Ausgrenzung in der ostdeutschen Wiedergutmachung (1945–1989)*. Berlin: Metropol 2002, S. 168.

⁶⁸ Goschler: *Schuld und Schulden*, S. 378.

⁶⁹ Mertens: *Davidstern unter Hammer und Zirkel*, S. 245.

2.5. Letzte Anstrengungen in Moskau

Niemand auf israelischer Seite konnte zu Beginn der 1950er Jahre ahnen, dass sich zu Beginn des Jahres 1954 eine weitere Gelegenheit bieten würde, mit ostdeutschen Vertretern in Kontakt zu treten. Es würde bis 1990 das letzte Treffen bleiben, bei dem Vertreter aus Ost-Berlin und Jerusalem die Frage der Wiedergutmachung erörtern.

Nicht zuletzt durch die antisemitisch geprägte Säuberungskampagne in der DDR stand für Israel ein direkter Kontakt mit ostdeutschen Stellen zunächst außer Frage. Das israelische Außenministerium ergriff erst wieder die Initiative, als die sowjetische Teilnahme an der Viermächtekonferenz in Berlin im Januar 1954 feststand. Die in diesem Zusammenhang vorherrschende Ansicht, ein wiedervereinigtes Deutschland sei ein realistisches Ergebnis der Konferenz, löste in Israel reichlich Sorge um das bestehende Wiedergutmachungsabkommen mit der Bundesrepublik aus. Immerhin wäre ein wieder zusammengeführtes Deutschland völkerrechtlich nicht mehr an das Luxemburger Abkommen gebunden. Als ersten Schritt wies Israel die vier Siegermächte in schriftlicher Form auf die ausstehenden Verpflichtungen der DDR hin. Aber selbst die westlichen Alliierten reagierten dieses Mal äußerst ablehnend auf Israels Forderungen.⁷⁰

Das Scheitern der Berliner Konferenz vermochte in Israel kein Aufatmen zu bewirken. Denn um auch weiterhin nicht unvorbereitet von einer deutschen Wiedervereinigung überrascht zu werden, erschien es Israel wichtig, „durch ständiges Wiederholen der bekannten Forderungen [...] die Bedeutung des Wiedergutmachungsabkommen für Israel“⁷¹ zu unterstreichen. In diesem Zusammenhang war auf israelischer Seite Chaim Jachil besonders aktiv. Mittlerweile war er zum stellvertretenden Leiter der israelischen Handelsmission in Köln aufgestiegen. Er teilte die innerhalb der israelischen Regierung vorherrschende Meinung, die DDR sei nur mit Hilfe sowjetischen Drucks zu bewegen.

Wie schon 1952 war es wieder der Israel gegenüber positiv gestimmte ostdeutsche Botschafter in Moskau, Rudolf Appelt, der sich auf ein privates Treffen mit seinem israelischen Kollegen, Shmuel Eliashiv, einließ. Unter welchen Umständen dieses Treffen am 15. März 1954 genau zustande kam, wird aus der Literatur nicht ersichtlich. Ebenfalls nicht endgültig nachvollziehbar bleibt, ob sich Appelt tatsächlich bei seinen Vorgesetzten für Israels Position einsetzte, wie er, zumindest laut israelischen Akten, zugesagt hatte.⁷² Appelt habe sich aber eine Annullierung des Luxemburger Abkommens im Falle einer deutschen Wiedervereinigung nicht vorstellen können, ebenso hat er offenbar Kritik an der sowjetischen Politik im Nahen Osten geäußert.⁷³

Eine Teilnahme Appelts auch an den folgenden Unterredungen wäre sicherlich für den weiteren Verlauf vorteilhaft gewesen, jedoch verstarb er im Juli 1955, einen Monat vor dem nächsten Treffen. Die große Zeitspanne zwischen dem Treffen im März 1954 und dem darauf folgenden im August 1955 lässt jedoch ohnehin vermuten, dass die Verantwortlichen in der DDR kein großer Wert mehr auf eine Einigung in der Wiedergutmachungsfrage legten.

Wenige Wochen vor dem August-Treffen wurde der Vertreter der DDR in Moskau, Karl Seitz, auf einem Empfang in der polnischen Botschaft vom Geschäftsträger der israelischen Botschaft in der Sowjetunion um ein Treffen bezüglich der Wiedergutmachung gebeten. Zuvor hatte die Sowjetunion gegenüber Israel erneut abgelehnt, Druck auf die DDR auszuüben. Der stellvertretende sowjetische Außenminister ließ den israelischen Emissär, Josef Avidar, wissen, dass Israel um einen direkten Kontakt mit Ost-Berlin nicht umhin komme. Daraufhin kam es zu einem entsprechenden Auftrag des israelischen Außenministeriums an seine Vertretung

⁷⁰ Vgl. Meining: *Kommunistische Judenpolitik* S. 251–252.

⁷¹ Ebd., S. 253.

⁷² Vgl. ebd., S. 254.

⁷³ Vgl. Timm: *Hammer, Zirkel, Davidstern*, S. 134–135.

in Moskau. Diese israelische Initiative des Jahres 1955 entstand vornehmlich aus der Befürchtung, mit der Festigung der Aufteilung Deutschlands, materialisiert im Beitritt Westdeutschlands zur NATO und der DDR zum Warschauer Pakt im Mai, könnten sich neue Interessen durchsetzen.⁷⁴

Im Vorfeld des Treffens wurde Seitz vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) der DDR mit antizionistischem Material versorgt. Ebenso wurde in den Materialien gegen die bundesdeutsche Wiedergutmachung argumentiert und der Kritik an den Forderungen Israels gegenüber der DDR Raum gegeben. Hieraus wird deutlich, dass die DDR von vornherein dem Treffen keine faire Chance einräumen wollte.⁷⁵

Während der 45 minütigen Unterhaltung am 3. August 1955 war Seitz laut israelischen Akten freundlich geblieben. Der israelische Botschafter Eliashiv überreichte ein Memorandum, in dem erneut vermerkt wurde, dass die DDR noch ein Drittel der Schuld gegenüber Israel zu tragen habe. Mündlich fügte er hinzu, dass es sich bei Leistungen an Israel nicht um Reparationen in klassischer Form, sondern um einen „Beitrag für das große Unglück, das durch den Faschismus über die jüdische Bevölkerung gebracht wurde“ handeln müsse.⁷⁶ Israels Strategie bestand demnach darin, die zu zahlenden Wiedergutmachungsleistungen außerhalb des klassischen Verständnisses von Reparationen zu definieren. Der Holocaust bedürfe einer eigenen Kategorisierung und entsprechender Behandlung. Als Antwort erhielt die israelische Seite das Memorandum vom 28. Dezember 1955.⁷⁷ Darin wurden direkte Verhandlungen zwischen den beiden Staaten abgelehnt. Eliashiv, bemüht darum die positive Atmosphäre der Gespräche aufrecht zu erhalten, entgegnete dem neuen DDR-Botschafter in Moskau, Johannes König, Israel schätze die ostdeutschen Bemühungen gegen ein Wiederaufleben des Faschismus und die Hilfeleistungen für Opfer des Faschismus innerhalb der DDR. Jedoch sei mit allen innenpolitischen Maßnahmen und Unterstützung für Verfolgte des Nazi-Regimes die Eingliederung aus Europa geflohener Juden in Israel nicht abgedeckt.

Ein letztes Mal sollten die Israelis 1956 versuchen, eine Einigung mit der DDR zu erreichen. Im April übergab der israelische Botschafter in Moskau, Avidar, seinem ostdeutschen Kollegen eine weitere israelische Note, in der betont wurde, dass die bereits von der DDR gezahlten Reparationen und innenpolitischen Maßnahmen nichts zu tun hätten mit „the damage caused by the Nazi regime to the Jews, who were its primary victims“⁷⁸. Nach Konsultationen mit Georgijewitsch Lapin, dem Ansprechpartner Königs im sowjetischen Außenministerium, wurde der ostdeutsche Botschaftsrat Rossmeisl beauftragt, einem Vertreter der israelischen Botschaft eine weitere schriftliche Erklärung zu überreichen, die im Grunde den Inhalt des Dezember-Memorandums vom Vorjahr bekräftigte. Mit dieser als Begegnung endeten die offiziellen Kontakte zwischen den beiden Staaten für mehrere Jahrzehnte.

2.6. Gründe und Bedeutung der nie gelösten Wiedergutmachungsfrage

Bis Mitte der 1950er Jahre war Israel darum bemüht, in direkten Verhandlungen mit der DDR eine Einigung über Wiedergutmachungszahlungen zu erzielen. Dafür wählte der jüdische Staat sowohl direkte Kanäle nach Ost-Berlin, als auch den Umweg über die Alliierten. Vor allem die Sowjetunion wurde von israelischer Seite zunehmend als unerlässlicher Faktor bezüglich einer Änderung der ostdeutschen Haltung identifiziert. Trotz der frühen positiven Signale aus der SBZ und den bilateralen Gesprächen waren die Erfolgsaussichten aufgrund

⁷⁴ Vgl. Meining: *Kommunistische Judenpolitik*, S. 256.

⁷⁵ Vgl. Timm: *Hammer, Zirkel, Davidstern*, S. 135–136.

⁷⁶ Vgl. ebd., S. 136.

⁷⁷ Vgl. hierzu FN 3.

⁷⁸ Timm: *Jewish Claims Against East Germany*, S. 95.

sozialpolitischer, ökonomischer und wenig später auch globalpolitischer Interessen der DDR zu jeder Zeit äußerst gering. Die VdN-Anordnung vom Oktober 1949 war die konsequente gesetzliche Umsetzung der Vorbehalte der überlegenen Restitutionsgegner. In ihr äußerten sich vor allem die gesellschaftspolitischen Aspekte innerhalb der Vorstellungen einer sozialistischen Gesellschaft auf deutschem Boden, die gegen Wiedergutmachungsleistungen für Israel sprachen.

Die DDR betrachtete alle die an sie im Potsdamer Abkommen gestellten Forderungen mit den Reparationszahlungen an die Sowjetunion und Polen für erfüllt. Israel dagegen betonte die Notwendigkeit, den Holocaust unabhängig von zwischenstaatlichen Kriegen zu betrachten und den aus Europa geflohenen Juden eine eigene Art der Wiedergutmachung zukommen zu lassen. Diese unterschiedlichen Auffassungen bezüglich der Rechtmäßigkeit israelischer Forderungen spiegelten im Grunde nur die verschiedenen Ansichten über die nationalsozialistische Vernichtungspolitik wieder. Für die Gründung Israels wurde unter anderem mit der Notwendigkeit argumentiert, einen sicheren Zufluchtsort für die seit Jahrhunderten verfolgten Juden zu schaffen. Diese Verfolgungen hätten im Holocaust, in dem die Juden aus israelischer Sicht das Hauptopfer darstellten, ihren Höhepunkt gefunden. Für die DDR dagegen waren die Juden nur Nebenopfer. Hauptopfer der Nazis seien die Kommunisten gewesen, an denen es nun lag, im ostdeutschen Staat ein neues, vom Faschismus und Kapitalismus befreites Deutschland zu führen und dadurch eine echte Wiedergutmachung für alle Opfer des NS-Regimes zu leisten. Die Rückführung materieller Werte von ehemals verfolgten Juden außerhalb des DDR-Staatsgebietes sowie der sich zunehmend am Westen orientierende jüdische Staat hatten in dieser Verständnis von Wiedergutmachung keinen Platz.

Das Luxemburger Abkommen zwischen Jerusalem und Bonn vom September 1952 verhärtete die ablehnende Haltung Ostdeutschlands. Andererseits musste der antisemitische Kurs der spätstalinistischen Säuberungen in Israel für Ernüchterung gesorgt haben. Der Fall Merker zeigte die Verknüpfung von stalinistischen Säuberungen, der antisemitischen Wahrnehmung von Wiedergutmachungsforderungen und der Haltung zum Zionismus und zu Israel in der Führung der DDR.

So blieb die Angelegenheit ostdeutscher Wiedergutmachung bis zum Ende der DDR ungeklärt. Da sich ab Mitte der 1950er Jahre die Teilung Deutschlands als stabil erwies, sah Israel vorerst keinen Anlass mehr, sich ernsthafte Sorgen um das Wiedergutmachungsabkommen mit Westdeutschland machen zu müssen. Die Forderungen gegenüber der DDR wurden in vollem Umfang aufrechterhalten, womöglich wissend, dass die DDR diesen in absehbarer Zeit nicht nachkommen würde.⁷⁹ Denn auch die globalpolitische Ausrichtung wurde zunehmend zementiert: Ägypten und die Sowjetunion unterschrieben 1955 ein umfangreiches Waffenlieferungsabkommen, die DDR wurde Mitglied im Warschauer Pakt während die Bundesrepublik der NATO beitrug. Es entstand eine geopolitische Dynamik, die der DDR auf Kosten der Anerkennung Israels, und damit auch auf Kosten der Sympathie großer Teile der Juden weltweit, die volle Anerkennung in der arabischen Welt in Aussicht stellte – dafür war die Weigerung eigener Wiedergutmachungszahlungen an Israel realpolitisches und die Verunglimpfung der westdeutschen Zahlungen propagandistisches Instrument.

Die zunehmende Annäherung der DDR an die arabischen Staaten hatte zur Folge, dass zwischen den Regierungen in Ost-Berlin und Jerusalem bis weit in die 1980er Jahre keine offiziellen Kontakte mehr existierten. Eine Wiederaufnahme von Verhandlungen um Wiedergutmachung im Zuge der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages mit der Bundesrepublik, der Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten

⁷⁹ Ein Vorschlag der Sowjetunion für einen gesamtdeutschen Friedensvertrag 1958 löste erneute Überlegungen für eine Wiedervereinigung aus. Die SED-Führung bereitete sich daraufhin vor, mögliche Ansprüche aus dem Ausland nach einem Friedensvertrag abwehren zu können. Zu erneuten Kontakten mit Israel kam es im Zuge dieser sowjetischen Initiative offensichtlich nicht. Vgl. Spannuth: Rückerstattung Ost, S. 152ff.

Nationen und dem Beginn diplomatischer Beziehungen mit den USA zu Beginn der 1970er Jahre – gemeinhin als ‚Anerkennungswelle‘ bezeichnet – blieb auf die Claims Conference als Verhandlungspartner beschränkt. Die DDR lehnte Israel als Verhandlungspartner ab.⁸⁰

Erst Anfang 1990 kam es zu erneuten Verhandlungen zwischen der DDR und Israel. Diese resultierten zwar in einem umfangreichen Schuldbekenntnis der DDR, ausgedrückt in der Volkskammererklärung vom 12. April 1990, in der es unter anderem hieß:

Das erste frei gewählte Parlament der DDR bekennt sich im Namen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zur Mitverantwortung für Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder. [...] Wir erklären, alles uns mögliche zur Heilung der seelischen und körperlichen Leiden der Überlebenden beitragen zu wollen und für eine gerechte Entschädigung materieller Verluste einzutreten.⁸¹

Es folgten Gespräche in Berlin und Kopenhagen, einem erfolgreichen Abschluss aber kam die deutsche Wiedervereinigung zuvor.

Das Ausbleiben jeglicher Wiedergutmachungszahlungen der DDR an Israel war der Ausgangspunkt für die nie zustande gekommenen diplomatischen Beziehungen und für die feindliche Haltung der beiden Staaten zueinander. Insofern ist dieser Umstand zentral für die gesamte Studie. Deutlich wird dies in der DDR-Berichterstattung über den Eichmann-Prozess und über den Sechstagekrieg. In beiden Fällen spielte die westdeutsche Wiedergutmachung eine wichtige Rolle. Es war das geeignete Instrument, um auf der einen Seite den Klassengegner im Westen als Kriegstreiber zu diffamieren und gleichzeitig den Staat Israel im Lager des Imperialismus zu verorten.

⁸⁰ Vgl. Timm: *Jewish Claims Against East Germany*, S. 101ff.; Timm: Das dritte Drittel, S. 221ff.; Goschler: *Schuld und Schulden*, S. 403ff.; Spannuth: Rückerstattung Ost, S. 156ff. Erwähnt werden muss allerdings, dass die Claims Conference versuchte, die israelischen Ansprüche mit zu vertreten.

⁸¹ Gemeinsame Erklärung aller Fraktionen der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR vom 12.04.1990. In: *Deutschland Archiv* 5 (1990), S. 794–795.

3. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Israel bis 1953

3.1. Von der Oktoberrevolution bis zum Zweiten Weltkrieg

Die Oktoberrevolution in Russland ging einher mit der Abwendung der Kommunisten von der zaristischen Expansionspolitik im Nahen Osten, deren Ursprung auf Peter den Großen zurückging und immer auch eine militärische Komponente besaß. Die Kommunisten versuchten dagegen zu Beginn ihrer Herrschaft, die Revolution mit rein friedlichen Maßnahmen in den Nahen Osten zu exportieren.¹ Ihre Entschlossenheit, das zaristisch-expansionistische Erbe abzulegen, stellten sie bereits 1918 unter Beweis, indem sie alle russischen Soldaten aus dem Iran abgezogen und die unter dem Zaren getroffenen Geheimabkommen für ungültig erklärten. Unter der Vorgabe Lenins, wonach selbst bourgeoise Bewegungen unterstützt werden müssten, vorausgesetzt sie verfolgten antiimperialistische Ziele, wurden die nationalen Bewegungen in der Türkei und im Iran in den 1920er Jahren enge Verbündete. Die Sowjets ignorierten dabei wohlwissend die Unterdrückung von Kommunisten in diesen Staaten.²

Aufgrund der damals unter Kommunisten vorherrschenden antiislamischen Grundhaltung gelang es ihnen jedoch zunächst nicht, sozialistische Ideen tief in den islamisch-arabischen Raum hinein zu tragen. Erst durch den Hitler-Stalin-Pakt von 1939, der die mit Deutschland verbündeten Araber politisch enger an die Sowjetunion rückte, konnten kommunistische Bewegungen kurzzeitig im Nahen Osten an Bedeutung gewinnen.³ Kurz vor dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion bröckelten jedoch bereits die Beziehungen zum Iran und der Türkei, wo die nationalistischen Bestrebungen, ebenso wie im arabischen Raum, die Kommunisten zurückdrängten. Für die Zeit bis 1941 kann man daher schließen, dass „Soviet policy in the Middle East had made next to no progress.“⁴

Nach dem Zweiten Weltkrieg gerieten die Türkei und der Iran rasch unter westlichen Einfluss. Dagegen offenbarten sich für die Sowjetunion Möglichkeiten des Revolutionsexports in den Nahen Osten. Bei den Arabern stieß man auf antiwestliche Stimmung und antiimperialistischen Nationalismus. Dennoch verfolgte Moskau in den Nachkriegsjahren eine prozionistische Politik, die ihrer bisherigen Haltung widersprach und eine echte Kehrtwende gegenüber der jüdischen Nationalbewegung darstellte. Diese hatten ihren Ursprung in der Reaktion der Juden auf die erfolglosen Bemühungen des zaristischen Russland, Juden zu russifizieren, und die darauf einsetzenden Repressionen und Pogrome. Diese formierten sich vor allem in zionistischen Gruppierungen und im sogenannten Bund.⁵

Die Zionisten waren zunächst geduldet, da ihre Interessen außerhalb Russlands lagen und sie daher nicht als direkte Gefahr für die zaristische Herrschaft im Inneren wahrgenommen wurden. Dagegen stieß die Forderung der Bundisten nach einem jüdisch-autonomen Gebiet innerhalb des russischen Reichs auf heftigen Widerstand. Zu territorialen Kompromissen gegenüber den Juden war Russland nicht bereit. 1898 wurde der Bund eine autonome Organisation innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Russlands unter der Führung Lenins und gesellte sich damit zur Opposition gegen die zaristische Herrschaft. Unter Bundisten wie Zionisten hatte sich das Bewusstsein über eine subjektive jüdische Volksidentität herausgebildet. Beide bejahten die Existenz eines jüdischen Volkes. Lenin hatte diese zu beachten, als er eine proletarische Revolution und die daraus zwangsläufig entstehende Assimilation der Juden als einzige Lösung der ‚Judenfrage‘ insgesamt bewertete. Stalin übernahm zunächst Lenins Ansichten, später entwickelte er

¹ George Lenczowski: Evolution of Soviet Policy toward the Middle East. In: *The Journal of Politics* 20,1 (1958), S. 162–186, hier S. 162ff.

² Vgl. Erica Schoenberger / Stephen Reich: Soviet Policy in the Middle East. In: *MERIP Reports* (1975), S. 3–28.

³ Ebd., S. 7.

⁴ Geoffrey Wheeler: Russia and the Middle East. In: *Political Quarterly* 28,2 (1957), S. 127–136, hier S. 130.

⁵ Nadav Safran: The Soviet Union and Israel: 1947–1969. In: Ivo John Lederer / Wayne S. Vucinich (Hrsg.): *The Soviet Union and the Middle East. The Post-World War II Era. Papers from a Conference Held at Stanford University, 1969*. Stanford: Hoover Institute Press 1974, S. 157–176, hier S. 158.

einen ausgeprägten Antisemitismus.⁶

Nach den ersten Jahren kommunistischer Herrschaft ließ die Zurückhaltung gegenüber den jüdisch-nationalen Bestrebungen nach. Zionistische Organisationen wurden für illegal erklärt und ihre führenden Aktivisten verhaftet. Auch der Bund wurde im Laufe der 1920er Jahre unter Zwang aufgelöst.⁷ Die Sowjets unterstützten zudem die arabischen Unruhen von 1929 und 1936–39 in Palästina, und die dortige kommunistische Partei stellte sich gegen ‚anglo-zionistische Pläne‘ für Palästina. Im Laufe der 1930er Jahre wurden am Zionismus nicht nur bürgerliche und nationalistische Bestrebungen kritisiert, ihm wurde zunehmend vorgeworfen, als Werkzeug des Westens zu agieren. Nach den stalinistischen Säuberungen der 1930er Jahre, die deutliche antisemitische Tendenzen aufwiesen, schien letztlich der Hitler-Stalin-Pakt das Schicksal der sowjetischen Juden besiegelt zu haben.⁸ Als nach dem Krieg die Unterstützung der zionistischen Bestrebungen für geeignet erklärt wurden, dem westlichen Einfluss im Nahen Osten einen empfindlichen Rückschlag zu versetzen, begann Moskau mit einer dezidiert prozionistischen Politik.

3.2. Die prozionistische Politik der Sowjetunion

Mit dem Angriff Hitlers auf die Sowjetunion wurden Juden und der Zionismus von Moskau als natürliche Verbündete gegen den deutschen Faschismus betrachtet. Im April 1942 wurde das Jüdische Antifaschistische Komitee gegründet und jüdisch-kommunistische Gruppen in Palästina sprachen sich für eine Unterstützung der Sowjetunion in ihrem Kampf gegen den Faschismus aus. Damit war der Weg für jüdisch-sowjetische Gespräche über die Zukunft Palästinas geebnet.

Noch während der Zweite Weltkrieg tobte, versuchten hochrangige Vertreter des Jischuws, sowjetische Politiker von dem Nutzen eines jüdischen Staates für Moskau zu überzeugen. Im Oktober 1941 traf David Ben-Gurion den sowjetischen Botschafter in London, Ivan Maiskii, der zwei Jahre später Palästina besuchte. Ben-Gurion gab in seinem Report an die Jewish Agency an, dass die positive Resonanz des sowjetischen Vertreters „a revelation“⁹ für ihn war. Die Zionisten waren auch in den folgenden Jahren erfolgreich mit ihrer Überzeugungsarbeit. So ordnete schließlich Anatolii Timofeev, Leiter der UN-Abteilung im sowjetischen Außenministerium, seine UN-Delegation einen Monat vor der entscheidenden Abstimmung über die Teilung Palästinas an: „Jewish opinion must be consulted on all important questions concerning Palestine.“¹⁰

Bereits Anfang des Jahres ging es den Sowjets in Palästina vor allem darum, das Ende des britischen Mandats und den Rückzug aller britischen Truppen zu erwirken.¹¹ Für dieses Ziel entpuppte sich die Unterstützung der Zionisten als „the only workable solution“¹² und als das einzige Erfolg versprechende Mittel, den

⁶ Walid Sharif: Soviet Marxism and Zionism. In: *Journal of Palestine Studies* 6,3 (1977), S. 77–97, hier S. 78ff.

⁷ Ironischerweise wurde 1934 jedoch seine zentrale Forderung umgesetzt: Die Region Birobidshan wurde zum jüdisch-autonomen Gebiet erklärt, was als eine de facto Anerkennung der Juden als Volk aufgefasst werden muss. In Birobidshan siedelten allerdings nur relativ wenige Juden. Keßler beziffert ihre Zahl auf 8.200 (bei über 2,7 Millionen Sowjetrussen) bis Ende 1933. Vgl. Mario Keßler: Stalinismus und Antisemitismus. Die ungelöste jüdische Frage in der Sowjetunion (1917–1953). In: Ders. (Hrsg.): *Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert*. Bonn: Pahl-Rugenstein 1993, S. 47–55, hier S. 48.

⁸ Ivo John Lederer: Historical Introduction. In: Ders. / Vucinich (Hrsg.): *The Soviet Union and the Middle East*, S. 1–10, hier S. 9.

⁹ Zitiert nach Matityahu Mintz: Ben-Gurion and the Soviet Union's Involvement in the Effort to Establish a Jewish State in Palestine. In: *Journal of Israeli History* 26,1 (2007), S. 67–78, hier S. 70. Die Leitthese des Artikel, die Sowjetunion hätte die Gründung Israel unterstützt, um Osteuropa ‚judenrein‘ zu machen, hält historischen Untersuchungen nur schwer stand. Zu kurz waren die osteuropäischen Tore für jüdische Emigration nach Israel offen. Vielmehr deuten alle verfügbaren sowjetischen Quellen darauf hin, dass auch die temporäre Erlaubnis für Juden aus Osteuropa nach Palästina/Israel auszuwandern den Druck auf die Briten aufrechterhalten sollte.

¹⁰ Memorandum by A. Timofeev, 23 October 1947. In: Eytan Bentsur (Hrsg.): *Documents on Israeli-Soviet Relations. 1941–1953*, Part II: May 1949–1953. London: Frank Cass 2000, S. 234.

¹¹ Vgl. B.E. Shtein to A.Ia. Vyshinskii, 6 March 1947, in: Bentsur (Hrsg.) *Documents on Israeli-Soviet Relations. 1941–1953*, Part II, S. 169ff.; I.V. Samylovski to Ia.A. Malik, 14 March 1947. In: Bentsur (Hrsg.) *Documents on Israeli-Soviet Relations. 1941–1953*, Part II, S. 172.

¹² A.A. Gromyko's Speech at the Second Session of the UN General Assembly, 26 November 1947. In: Bentsur (Hrsg.) *Documents*

amerikanischen Einfluss im Nahen Osten zurückzudrängen.¹³ Im September bestätigte Außenminister Molotov, dass es sich bei der prozionistischen Haltung der Sowjetunion um „tactical considerations“ handele, denn „the creation of an independent Jewish state better conveys our position.“¹⁴ Auch den zionistischen Vertretern war bewusst, dass die wohlwollende sowjetische Haltung keine selbstlosen Zwecke verfolgte. Im Washingtoner Büro der Zionist Organisation of America wurden die diplomatischen Erfolge der Zionisten bei der Überzeugung der Sowjets darauf zurückgeführt, dass deren Einstellung und Interesse zufällig mit den Zielen des Zionismus einherginge.¹⁵

Auf der Sondersitzung der UN-Vollversammlung am 14. Mai 1947, genau ein Jahr vor der Ausrufung des Staates Israel, kritisierte der sowjetische UN-Delegierte und Vize-Außenminister, Andrej Gromyko, die Unfähigkeit der Briten, in ihrer Funktion als Mandatsherren eine Lösung für Palästina zu finden. Nicht zuletzt aus dem Holocaust und dem Versagen der europäischen Staaten, die Juden zu beschützen, entspringe „the Jews’ right for their own state.“¹⁶ Es war das erste Mal, dass sich die UdSSR offen für die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina aussprach. Konsequenterweise stimmte die Sowjetunion im November 1947 für die Teilung Palästinas und gehörte zu den ersten Staaten, die Israel völkerrechtlich anerkannten. Historiker sind sich weitestgehend darüber einig, dass die wichtigste Motivation für die Unterstützung der zionistischen Ziele nicht in einer Sympathie für den Zionismus als solchen lag, sondern im Bestreben, den westlichen Einfluss im Nahen Osten einzudämmen. Andere Motive, die Moskaus Unterstützung für die Zionisten ebenfalls begünstigten, sollen nicht unerwähnt bleiben.

Im Dezember 1947 erörterten der designierte israelische Außenminister, Moshe Sharett, und Arkadi Sobolev die möglichen Reaktionen Moskaus, sollte sich die beschlossene Teilung nicht durchführen lassen.¹⁷ Sobolev, Zweiter Sekretär für Sicherheit und Politische Angelegenheiten im sowjetischen Außenministerium, unterstrich das Recht der UN, in diesem Falle internationale Truppen in das Gebiet zu senden. Moskau sei durchaus bereit, für eine UN-Mission eigene Truppenkontingente bereitzustellen. Angesichts des tobenden Bürgerkriegs zwischen Juden und Arabern in Palästina und der expliziten Kriegsdrohungen der arabischen Staaten kann davon ausgegangen werden, dass die Sowjets die Bereitstellung von Truppen ernsthaft in Betracht zogen. Die immense amerikanische Demobilisierung nach dem Zweiten Weltkrieg ließ dagegen die eine amerikanische Truppenverlegung nach Palästina recht unwahrscheinlich werden.¹⁸ Die Teilung Palästinas mag demnach nicht nur ein geeignetes Mittel gewesen sein, den westlichen Einfluss dort zurückzudrängen. Manche Historiker sehen in der sowjetischen Zustimmung zum UN-Teilungsplan gar den bewussten Versuch Moskaus, die Stimmung in Palästina anzuheizen und die Gegensätze zwischen Juden und Arabern zu schüren:

By increasing the chaos in the Middle East, and perhaps frustrating both Britain and the United States, the Soviet Union might be able to step into the temporary vacuum or at the least to exploit the fertile political conditions which chaos generally creates.¹⁹

Die Tatsache, dass der UN-Teilungsbeschluss von der Sowjetunion und den USA unterstützt wurde,²⁰ kam

on *Israeli-Soviet Relations. 1941–1953*, Part II, S. 242ff.

¹³ Vgl. Peter Brod: *Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR. Voraussetzungen und Entwicklungen bis 1956*. Baden-Baden: Nomos 1980, S. 65.

¹⁴ V.M. Molotov to A.Ia. Vyshinskii, 30 September 1947. In: Bentsur (Hrsg.): *Documents on Israeli-Soviet Relations*, Part II, S. 227.

¹⁵ Vgl. D.R. Wahl to M. Grossman, 29 April 1947. In: Bentsur (Hrsg.): *Documents on Israeli-Soviet Relations*, Part II, S. 187–188.

¹⁶ Für die gesamte Rede Gromykos s.: A.A. Gromyko’s Speech at the First Special Session of the UN General Assembly, 14 May 1947. In: Bentsur (Hrsg.): *Documents on Israeli-Soviet Relations*, Part II S. 189ff.

¹⁷ Meeting: M. Shertok – A.A. Sobolev, 26 December 1947. In: Bentsur (Hrsg.): *Documents on Israeli-Soviet Relations*, Part II, S. 253ff.

¹⁸ Auch wenn Truman im März 1948 erneut eine verstärkte Einberufung zum Wehrdienst anordnete, so war diese nur für den Fall einer kriegesischen Auseinandersetzung in Europa gedacht. Vgl. Michael J. Cohen: *Palestine and the Great Powers. 1945–1948*. Princeton: Princeton University Press 1982, S. 345ff.

¹⁹ Arnold Krammer: Soviet Motives in the Partition of Palestine, 1947–48. In: *Journal of Palestine Studies* 2,2 (1973), S. 102–119, hier S. 118.

²⁰ Auf amerikanischer Seite allerdings musste sich Präsident Truman gegen hartnäckige Gegner im State Department durchsetzen.

der Sowjetunion ebenfalls entgegen. Sie konnte im Vorfeld davon ausgehen, dass sich die arabische Wut über die beschlossene Teilung vor allem gegen die USA richten, sie selber aber weitestgehend verschont werde. In der Tat konnte Andrei Vyshinskii, stellvertretender sowjetischer Außenminister und Mitglied der UN-Delegation, berichten, dass die Araber „directed their criticism mainly at the Americans.“²¹ Und dem in Washington erschienenen *Arab News Bulletin* vom 6. Dezember 1947 ist zu entnehmen, dass „the attitude of Russia is more comprehensible than that of the United States, because the Russians have nothing to lose in the Middle East.“²² Zusätzlich gab die ab Ende Februar 1948 bezüglich des Teilungsplans schwankende amerikanische Position der Sowjetunion die Möglichkeit, den Kommunismus als standhaft in der Palästinafrage (und der Weltpolitik allgemein) zu präsentieren, während die westliche Führungsmacht als unentschlossen und unzuverlässig kritisiert werden konnte.

Die sowjetische Unterstützung für die Zionisten ging über den Tag der Gründung Israels und diplomatische Hilfe hinaus. Besonders entscheidend waren Waffenlieferungen.²³ Auch wenn es sich um Lieferungen aus der Tschechoslowakei handelte, ist es nahezu undenkbar, dass diese ohne das Wissen und die Zustimmung Moskaus abgewickelt werden konnten.²⁴

Die Waffenlieferungen der Skoda-Werke setzten bereits im Januar 1948 ein und machten bis zur israelischen Staatsgründung mehr als 60 Prozent der gesamten Waffenkäufe aus Europa aus. Ende Mai 1948 wurde mit den Tschechen über die Lieferung von Kampffjets, Panzern und schwerem Geschütz verhandelt. Noch 1950 machte das Vertragsvolumen mit dem Ostblockstaat ein Viertel der für den israelischen Waffenimport veranschlagten Summe militärischer Importe aus. Israelis wurden in der ČSSR an den entsprechenden Waffen ausgebildet. Die Kooperation dauerte bis ins Jahr 1951 an und wurde wohl hauptsächlich aufgrund der sich abzeichnenden Westorientierung Israels abgebrochen. Es erscheint daher zutreffend, dass der Kreml für allem Israels neutral Haltung in den Jahren 1949 – 1950 mit den Waffenlieferungen belohnte und seine Unterstützung fallen ließ, als klar wurde, dass Israel sich dem Westen verpflichtet fühlte.²⁵

Ein weiterer Bereich verlor mit Israels Westorientierung stetig sowjetische Unterstützung: die Emigration von Juden aus Osteuropa nach Israel, die sogenannte Aliyah.²⁶ Gespräche zwischen israelischen und sowjetischen Diplomaten drehten sich stets um die Frage, ob die Unterstützung der Sowjets in Bezug auf Aliyah nachgelassen hatte und es dadurch zur israelischen Distanzierung vom kommunistischen Block gekommen sei, oder ob es genau diese zunehmende politische Distanz von Seiten Israels war, die die Sowjets veranlasste, nun restriktiver mit der Frage jüdischer Auswanderung aus Osteuropa umzugehen.

2,5 Millionen Juden lebten 1948 noch hinter dem ‚Eisernen Vorhang‘, 80 Prozent davon in der UdSSR selbst. Nicht nur waren sich alle Strömungen innerhalb des Zionismus darüber einig, dass der jüdische Staat nur dann einer wäre, wenn er eine jüdische Bevölkerungsmehrheit besäße und in der Lage sei, diese auch abzusichern. Ihnen war auch gemein, was sie als *raison d’être* dieses Staates betrachteten: die Zusammenführung möglichst aller Teile der jüdischen Diaspora. Verständlicherweise betrachteten sie den Ostblock als „the largest and most promising reservoir of potential aliyah.“²⁷

Gefangen zwischen der Notwendigkeit osteuropäischer Aliyah und dem politischen Bestreben, das gesamte Spektrum des amerikanischen Judentums hinter den Staat Israel zu formieren, war Israel bemüht, in der

Vgl. Cohen: *Palestine and the Great Powers*, S. 345ff.

²¹ A.Ia. Vyshinskii to V.M. Molotov, 15 October 1947. In: Bentsur (Hrsg.): *Documents on Israeli-Soviet relations*, Part II, S. 228.

²² Zitiert nach Krammer: *The Forgotten Friendship. Israel and the Soviet Bloc, 1947–53*. Urbana University of Illinois Press 1974, S. 41.

²³ Uri Bialer: *The Czech-Israeli Arms Deal Revisited*. In: *The Journal of Strategic Studies* 8,3 (1985), S. 307–315..

²⁴ Vgl. ebd., S. 311.

²⁵ Vgl. ebd., S. 308ff..

²⁶ Einwanderung besaß für den Staat Israel, sobald er sich im ersten israelisch-arabischen Krieg 1948–1949 militärisch absichern konnte, allerhöchste Priorität. Die Sowjetunion hatte bereits 1944 die illegale jüdische Einwanderung nach Palästina aus den sozialistischen Ländern des Ostblocks unterstützt. Sowjetischen Juden aber war die Ausreise nach Israel zu keiner Zeit erlaubt.

²⁷ Uri Bialer: *Between East and West: Israel's Foreign Policy Orientation 1948–1956*. Cambridge: Cambridge University Press 1990, S. 59. Den Begriff „reservoir“ nutzte Shertok in den hochrangigen Gesprächen mit Vyshinskii, vgl. hierzu M. Yuval to D. Ben-Gurion, 26 October 1947. In: Bentsur (Hrsg.): *Documents on Israeli-Soviet Relations*, Part II, S. 229–232.

internationalen Politik einen Weg des „non-alignment“ zu verfolgen. Es war das Gebot der israelischen Geburtsstunde, sich politisch, wirtschaftlich und militärisch weder an den Westen noch an das kommunistische Lager zu binden. Immerhin hatten ja beide, in den jeweiligen Blöcken führende Staaten die Gründung Israels in der UN-Vollversammlung unterstützt.²⁸

3.3. Der Bruch mit dem Staat Israel

Mit der politischen und diplomatischen Unterstützung der Amerikaner durch Israel im Konflikt um Korea 1950 musste selbst der israelische Gesandte in Moskau, Shmuel Eliashiv, eingestehen: „we are in fact not maintaining it [non-alignment] properly, since we are strongly inclined to the West.“²⁹ Im Oktober 1952 berichtete auch Alexander Abramov, Mitarbeiter an der sowjetischen Vertretung in Israel, der jüdische Staat „has chosen a course which is incompatible with normal diplomatic relations.“³⁰ Positive Anreize von Seiten der Sowjetunion für eine Umkehr in der globalen Orientierung Israels blieben jedoch nach der anfänglichen Unterstützung für den jüdischen Staat völlig aus.

Tatsächlich brach die Sowjetunion am 11. Februar 1953 die diplomatischen Beziehungen mit Israel ab. Als Grund nannte Moskau die Explosion einer Bombe auf dem Grundstück seiner Vertretung in Tel Aviv zwei Tage zuvor. Dieser Angriff sei, so die Sowjets, durch die gezielte antikomunistische und antisowjetische Kampagne in den israelischen Medien motiviert worden. Offizielle israelische Entschuldigungen und Zusagen, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, konnten die Sowjets nicht davon abhalten, alle diplomatischen Kontakte abubrechen. Während für die UdSSR das Attentat „the absence of the most basic conditions for normal diplomatic activity“³¹ verdeutlicht habe, waren die Israelis nach ihren verzweifelten Bemühungen um den Erhalt der diplomatischen Beziehungen überzeugt, dass es sich beim Abbruch der Beziehungen um die kalkulierte Absicht handelte, die Kontakte zwischen Israel und dem sowjetischen Judentum zum Erliegen zu bringen.

Obwohl die diplomatischen Beziehungen bereits im Juni 1953 wieder aufgenommen wurden, blieb das Verhältnis zwischen Israel und der Sowjetunion nachhaltig gestört. Die Westorientierung Israels war nicht mehr aufzuhalten und bis zum Zusammenbruch der UdSSR ein stabiler Faktor im politischen Geschehen des Nahen Ostens. Die sowjetisch-israelischen Beziehungen erreichten nie wieder das Niveau, auf welchem sie sich bis Anfang der 1950er Jahre bewegten. 1955 unterzeichneten Moskau und Kairo ein Abkommen, das bis ins Jahr 1973 den Ägyptern mehr als drei Milliarden US-Dollar an sowjetischer Militärhilfe zusicherte³² und damit dem größten arabischen Staat ermöglichte, Israel militärisch immer wieder herauszufordern.

Durch die Betrachtungen der frühen Politik der Sowjetunion gegenüber dem Zionismus und dem Staat Israel wird deutlich, wie der durch die UdSSR vorgegebene außenpolitische Rahmen im Nahen Osten für die DDR abgesteckt war. Daraus ergab sich ab Beginn der 1950er Jahre ein kritischer Umgang mit und wenig später eine Feindschaft zum jüdischen Staat. Auffällig ist, dass zur gleichen Zeit auch die letzten Kontakte zwischen Israel und der DDR bezüglich einer möglichen Wiedergutmachungsleistung zum Erliegen kamen. Ebenso wurde Paul Merker nur wenige Wochen vor dem Abbruch der Beziehungen der UdSSR zu Israel von der Stasi verhaftet. Es scheint plausibel, dass die zunehmende Westorientierung Israels nicht nur die Abkehr der Sowjetunion vom jüdischen Staat begründete, sondern im Falle der DDR den

²⁸ Vgl. hierzu vor allem Bialer: *Between East and West*. In kürzerer Form Avi Shlaim: *Israel between East and West*. 1948–56. In: *International Journal of Middle East Studies* 36,4 (2004), S. 657–673.

²⁹ P.I. Ershov to the USSR Ministry of Foreign Affairs, 7 September 1950. In: Bentsur (Hrsg.): *Documents on Israeli-Soviet Relations*, Part II, S. 805–806.

³⁰ A.N. Abramov to the USSR Ministry of Foreign Affairs, 19 October 1952. In: Bentsur (Hrsg.): *Documents on Israeli-Soviet Relations*, Part II, S. 840.

³¹ Note from the USSR Government to the Israeli Legation in Moscow, 9 February 1953. In: Bentsur (Hrsg.): *Documents on Israeli-Soviet Relations*, Part II, S. 883.

³² Vgl. Stefan Meining: *Kommunistische Judenpolitik. Die DDR, die Juden und Israel*. Münster: Lit 2002, S. 258, 264.

Gegner von Wiedergutmachung an Israel Aufwind und den antizionistischen Argumenten im Geheimprozess gegen Merker besonderes Gewicht verlieh. Zunächst aber hat die Sowjetunion die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina nicht nur befürwortet, sondern tatkräftig unterstützt, vor allem diplomatisch und mit der Erlaubnis für Rüstungslieferungen aus Tschechien.

III. Die Analysen

1. Die Gründung des Staates Israel

Für die jüdische wie für die deutsche Geschichte begann nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine neue Ära. In jener Phase, in der der Jischuw einen diplomatischen Kampf in der UN und wenig später einen kriegerischen gegen seine arabischen Nachbarn im Inneren und Äußeren führte, um seine staatliche Unabhängigkeit durchzusetzen und abzusichern, wurde in Europas Mitte um die Einheit der deutschen Nation gerungen. Beide deutsche Staaten waren mit dem Neuaufbau konfrontiert. Während Israel politisch, moralisch und territorial gestärkt aus seiner kriegerischen Anfangsphase hervorging, musste sich die DDR, im Gegensatz zur Bundesrepublik, noch zwei Jahrzehnte intensiv um eine breite internationale Anerkennung bemühen.

Am 14. Mai 1948 erklärte David Ben-Gurion, Israels erster Ministerpräsident, die Unabhängigkeit des jüdischen Staates auf Grundlage einer durch die UN-Vollversammlung am 29. November 1947 beschlossenen Teilungsresolution, die vorsah, das Mandatsgebiet Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat aufzuteilen. Dieser UN-Teilungsplan wurde von der Exekutiven der Jewish Agency, der faktischen Regierung des Jischuws, angenommen, von den arabischen Staaten sowie den Arabern in Palästina unter Androhung von Gewalt abgelehnt. Im Anschluss an die Verabschiedung der UN-Resolution begann der über sechs Monate währende Bürgerkrieg zwischen Juden und Arabern innerhalb Palästinas. Mit der Ausrufung des Staates Israel starteten die arabischen Länder Syrien, der Libanon, Jordanien, Ägypten und der Irak, unterstützt durch weitere Kontingente aus Saudi-Arabien und Jemen, eine Invasion Palästinas, mit dem erklärten Ziel, den gerade errichteten jüdischen Staat zu zerstören.

Weder das gewaltsame Aufbegehren der palästinensischen Araber noch der Angriff der arabischen Staaten konnten die Gründung des Staates Israel verhindern oder ungeschehen machen. Im Gegenteil: Israel konnte Teile des, dem arabischen Staat zugesprochene Territorium unter seine Kontrolle bringen, was eine erhebliche Vergrößerung des israelischen Staatsterritoriums bedeutete.

Im Zuge des Krieges wurden etwa 730.000 palästinensische Araber zu Flüchtlingen. Selbst die als Resultat des Krieges von Jordanien besetzte Westbank und der durch Ägypten eingenommene Gaza-Streifen, die beide ursprünglich von der UN zur Schaffung eines arabischen Staates vorgesehen waren, wurden nicht in die Unabhängigkeit entlassen. Sie verblieben unter arabischer Fremdherrschaft bis zum Sechstagekrieg 1967, als Israel die Kontrolle auch über diese Gebiete erringen konnte.

Der Vorschlag zur Aufteilung Palästinas unter Juden und Arabern war 1947 keinesfalls eine neue Idee. Bereits ein Jahrzehnt zuvor hatte die durch die Mandatsmacht Großbritannien eingesetzte Peel-Commission für eine solche Lösung plädiert, da „[p]artition seems to offer at least a chance of ultimate peace. We can see none in any other plan.“¹ Die Peel-Commission war beauftragt worden, eine Lösung für die komplexe Situation in Palästina, die immer wieder in gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Juden und Arabern eskalierte, zu finden. Die Jewish Agency nahm den Report der Peel-Commission nur ungern an, stimmte aber dem Konzept der Teilung Palästinas prinzipiell zu. Die Araber Palästinas lehnten die Vorschläge der Peel-Commission im Gesamten ab, so wie auch alle anderen Versuche der Briten, einen Kompromiss zu finden. Selbst als die Briten angesichts der ausweglosen Lage in Palästina ihr Mandat im Februar 1947 der UN übertrugen, boykottierten die Araber die Zusammenarbeit mit dem United Nations Special Committee on Palestine (UNSCOP). UNSCOP war von der UN im April 1947 mit einer Lösungsfindung für Palästina beauftragt worden. Wie schon die Peel-Commission kam UNSCOP zu dem Schluss, nur eine Teilung Palästinas ermögliche die Beilegung des

¹ Palestine Royal Commission: *Report of the Palestine Royal Commission*. London 1937, Chapter XX. <http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/History/peel1.html> (Zugriff am 20.11.2011)

Konfliktes zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen.² Der durch die Mehrheit der UNSCOP-Mitglieder beschlossene Teilungsentwurf lieferte die Grundlage für den letztlich beschlossenen UN-Teilungsplan.³ Als historisch belegt gilt, dass eine Teilung Palästinas von allen Beteiligten, ausgenommen den arabischen Akteuren, als die einzige machbare Lösung empfunden wurde.

1.1. Die Kontroverse um die New Historians

Bis weit in die 1980er Jahre hinein herrschte in der israelischen Geschichtswissenschaft Konsens darüber, wie es zum Krieg von 1948 und zur Flucht der arabischen Massen aus Palästina gekommen war. Deren einzige Ursache wurde in der Kompromisslosigkeit der palästinensischen Araber und der arabischen Staaten gesehen. Hätten diese den UN-Teilungsplan angenommen und auf einen Krieg verzichtet, wäre es nicht zur ‚Nakba‘ gekommen.⁴ Gewaltsame Vertreibungen von Arabern aus Palästina durch israelische Militärkräfte seien nur in Einzelfällen und in militärischer Notlage vorgekommen. Diese Sicht auf die Vorgänge um die israelische Unabhängigkeit wurde zum Eckpfeiler der zionistischen Geschichtsschreibung.

Als in den 1980ern die Sperrfrist von bedeutenden Dokumenten in israelischen Staatsarchiven auslief, entstand eine neue Schule von israelischen Historikern, deren Vertreter als New Historians bezeichnet werden. Sie forderten die Positionen der zionistischen Geschichtsschreibung heraus und erklärten zentrale Aspekte dieser zu reinen Gründungsmythen. Aus ihrer Sicht könne die Schuld für die arabische Flucht aus Palästina nicht nur der Gegenseite zur Last gelegt werden. Israel hätte durch bewusste und gewaltsame Vertreibung eine erhebliche Mitverantwortung zu tragen, wenn nicht gar die Hauptschuld auf sich geladen. Auch unterzogen die New Historians die arabische Invasion Palästinas von 1948 einer Neubewertung.

Es war vornehmlich der israelische Historiker Benny Morris, der ab den 1980er Jahren die Gründe für den arabischen Exodus aus Palästina unter weitaus komplexeren Gesichtspunkten beschrieb.⁵ Für Morris war die Flucht der arabischen Palästinenser in erster Linie ein Resultat des Krieges. Daneben sieht er in der völlig mangelhaften Organisation der arabischen Palästinenser einen weiteren Grund für die Flüchtlingswelle, da man dort nicht adäquat auf den Kampf vorbereitet gewesen sei, voreilig das Land verlassen und die arabische Gemeinschaft in Palästina somit führungslos ihrem Schicksal überlassen habe. Zusätzlich sei die Flucht durch Vertreibungen an manchen Orten und Androhung von Räumungen durch arabische Truppen selbst angetrieben worden. Auch die gewaltsamen israelischen Übergriffe auf manche arabische Orte hätten die Bewohner angrenzender arabischer Dörfer in Panik versetzt, die wiederum daraufhin geflüchtet seien. Letztlich sieht Morris auch eine Teilschuld bei den arabischen Staaten, deren Politik gegenüber den palästinensischen Arabern unklar und gegenüber Israel kompromisslos war und gegenüber den arabischen Flüchtlingen aus Palästina bis heute recht gleichgültig ist. Trotz seiner Differenzierungen kommt Morris zu dem Schluss, dass die Aktenlage den Jischuw eher be- als entlaste:

² Vgl. Benny Morris: *1948: a History of the First Arab-Israeli War*. New Haven: Yale University Press 2008, S. 50.

³ Zur gesamten UNSCOP-Mission vgl. ebd., S. 37ff.

⁴ Der Begriff ‚Nakba‘ bedeutet auf Arabisch ‚Katastrophe‘ und beschreibt die Sicht der Araber auf die Geschehnisse im Zuge des ersten israelisch-arabischen Krieges, vor allem den Verlust der Heimat für die palästinensischen Araber und deren massenhaftes Unterkommen in Flüchtlingslagern. Allgemein wird er auch als Bezeichnung für den Krieg überhaupt genutzt. Im Gegensatz dazu wird der Krieg in Israel als ‚Milchemet Hatzmaut‘, Unabhängigkeitskrieg, bezeichnet.

⁵ Vgl. Morris, Benny: *The Birth of the Palestinian Refugee Problem*. Cambridge: Cambridge University Press 1987. Ders.: *The Birth of the Palestinian Refugee Problem Revisited*. Cambridge: Cambridge University Press 2006.

[T]he newly opened material generally tends to reinforce the version of events of those who would stress the Yishu's and Israel's part in the propulsion of the Palestinian Arabs out of the areas that became the State of Israel rather than of those who would reduce Israeli responsibility for what happened.⁶

Andere Vertreter der New Historians bemängeln, Morris' Kritik am israelischen Vorgehen gehe angesichts der Beweislast nicht weit genug, und dass sein multikausaler Ansatz die Schuld Israels an der palästinensischen Flüchtlingswelle vernebele. Im Kern geht es bei der Auseinandersetzung um die Frage, ob die Vertreibung der arabischen Palästinenser durch jüdische Streitkräfte systematisch und planmäßig durchgeführt wurde, was Morris verneint, manche der New Historians jedoch bejahen.⁷ Die Kontroverse um die arabische Flucht aus Palästina in der Zeit der israelischen Staatsgründung weist also mindestens zwei Konfliktlinien auf: Zum einen lassen sich die deutlichen Unterschiede zwischen der klassisch-zionistischen Geschichtsschreibung und den Erkenntnissen der New Historians erkennen. Zweitens herrscht innerhalb der New Historians keine Einigkeit darüber, ob eine planmäßige Vertreibung der Araber aus Palästina stattfand.

Eine zweite entscheidende Revision der israelischen Geschichtsschreibung durch die New Historians erfuhr die Bewertung der Invasion der arabischen Staaten in Palästina, die wenige Stunden nach der Ausrufung des Staates Israel den ersten israelisch-arabischen Krieg auslöste. Hierbei herrscht wenig Dissens. Die New Historians hätten belegen können, dass der Krieg komplexer verlief, als von der zionistischen Geschichtsschreibung behauptet. Die arabische Koalition hat mitnichten eine einheitliche Front aufstellen können, unter den arabischen Staaten gab es kein Einvernehmen über Strategie und Ziele und nicht zuletzt hat ihre Unfähigkeit zur diplomatischen und militärischen Koordinierung zur Niederlage beigetragen. Noch dramatischer an der klassischen zionistischen Perspektive nagt die Erkenntnis, dass Israel den Arabern militärisch überlegen war.⁸ Morris meint gar, dass den arabischen Führern bewusst gewesen sein müsste, dass sie, mit Ausnahme der Arabischen Legion Jordanien, einem militärischen Konflikt mit dem Staat Israel nicht gewachsen wären. Da sie aber im Vorfeld und aus internen machtpolitischen Gründen ihre eigene Bevölkerung gegen einen jüdischen Staat aufgehetzt hätten, war zumindest eine Alibi-Invasion unausweichlich, um moralisch vor dem eigenen Volk bestehen zu können.⁹ Nur im Zusammenspiel dieser Faktoren lasse sich der überwältigende Triumph der israelischen Streitkräfte erklären. Mit einem an ein Wunder grenzendes Ereignis habe dies folglich nichts zu tun. Die revisionistischen Positionen stießen auf erbitterten Widerstand. Besonders hervorgetan hat sich dabei Efraim Karsh, der in mehreren Büchern die Positionen der New Historians scharf angriff. Er kritisiert, die New Historians „have turned the saga of Israel's birth upside down, with aggressors transformed into hapless victims and vice versa.“¹⁰ Ebenso bemängelt er, dass die revisionistischen Positionen völlig die in den 1920er Jahren

⁶ Benny Morris: Revisiting the Palestinian Exodus of 1948. In: Eugene L. Rogan / Avi Shlaim (Hrsg.): *The War for Palestine. Rewriting the History of 1948*. New York: Cambridge University Press 2007, S. 37–56, hier S. 37–38. Zu den Gründen für das Versagen der palästinensischen Araber siehe: Rashid Khalidi *The Palestinians and 1948: the underlying causes of failure*. In: Rogan / Shlaim (Hrsg.): *The war for Palestine*, S. 12–36.

⁷ Vgl. z.B. Ilan Pappé: *The making of the Arab-Israeli conflict. 1947–1951*. London: Tauris 2008, S. 94. Im Mittelpunkt der Frage, ob eine systematische Vertreibung der Araber aus Palästina gegeben hat steht der sogenannte „Plan D“, der die Sicherung von jüdischen Ortschaften vorsah. Umstritten ist, in wie weit hier auch die Vertreibung geplant wurde. Ungeachtet dessen wurde bisher kein Beleg vorgebracht, dass der Plan als solcher überhaupt befehligt wurde.

⁸ Vgl. Avi Shlaim: Israel and the Arab coalition in 1948. In: In: Ders. / Eugene L. Rogan (Hrsg.): *The War for Palestine. Rewriting the History of 1948*. New York: Cambridge University Press 2007, S. 79–103, S. 80. Shlaim gibt die Anzahl der in Palästina eingesetzten arabischen Streitkräfte zzgl. der ortsansässigen Kämpfer mit weniger als 25.000 an. Die israelische Armee dagegen konnte bereits zu Beginn des Krieges 35.000 Soldaten aufweisen. Bis Mitte Juli sei die Anzahl bereits auf 65.000 angewachsen. Die durch die arabischen Staaten entsandten Truppen bezeichnet Shlaim als „expeditionary force“. (Ebd., S. 81.)

⁹ Vgl. Morris: *1948*, S. 181 ff.

¹⁰ Efraim Karsh: *Palestine Betrayed*. New Haven: Yale University Press 2010, S. 4.

beginnenden, explizit vorgetragenen Vernichtungsdrohungen der Araber gegenüber dem Jischuw ignorierten ebenso wie die im Laufe der 1930er gewaltsamen Versuche, dieses Ziel zu erreichen. Darüber hinaus würden die wiederholten Versuche der Juden Palästinas, eine friedliche Koexistenz zu erreichen, nahezu gänzlich ausgeblendet. Grundsätzlich, so Karsh, seien selektive Auswahl, Voreingenommenheit und Verzerrung einschlägiger historischer Dokumente die Merkmale der Vorgehensweise der New Historians, „who had predicated their professional careers on rewriting Israel’s history in an image of their own choosing so as to cast it in the role of the regional villain. [...] It is a deliberate attempt at historical distortion.“¹¹ Morris zufolge, der den harten Kern der New Historians verlassen zu haben scheint und zunehmend als Vermittler zwischen den Positionen wahrgenommen werden kann, haben beide Seite ihre historische Richtigkeit. Zwar hätte sich eine Mehrheit innerhalb der zionistischen Führung ab 1942 endgültig darauf verständigt, dass ein Verzicht auf Teile Palästinas unumgänglich sei. Andererseits hielte man es für ebenso erforderlich, die arabische Bevölkerung innerhalb des jüdischen Territoriums – auch unter Einsatz von Druckmitteln – möglichst gering zu halten. Diejenigen unter den palästinensischen Arabern, die weder freiwillig noch unter Druck das Land verlassen würden, müssten als gleichberechtigte Bürger anerkannt werden.¹²

Einigkeit herrscht in der Ansicht, dass die Haganah bis April 1948 vornehmlich defensiv eingestellt war. Der taktische Umschwung, hin zu einer offensiven Vorgehensweise, setzte zwischen Mitte März und Anfang April 1948 ein. Allgemein gilt der Beginn von Operation Nachschon, mit dem Ziel, die Blockade Westjerusalem zu durchbrechen, als Wendepunkt. Zehn Tage später war die Verbindung zwischen Tel Aviv und Westjerusalem zur Versorgung der dortigen jüdischen Bevölkerung wiederhergestellt.¹³

In die Phase der jüdischen Offensive ab April 1948 fielen auch die schwersten Verbrechen zionistischer Kämpfer, allen voran der Überfall der Irgun und der Stern-Gruppe auf Deir Yassin, welches laut Morris zum Synonym für die Nakba wurde.¹⁴ wurde. Karsh sieht die Zerstörung Deir Yassins und die Tötung von über 100 Arabern in dem, an der westlichen Zufahrt nach Jerusalem gelegenen arabischen Dorf, als einen weiteren Schlag gegen die arabischen Bestrebungen, Israel zu zerstören.¹⁵ Vor allem aber stellen die Geschehnisse um Deir Yassin für ihn das beste Beispiel dafür dar, wie es der arabischen Seite gelungen ist, falsche Anschuldigungen von Massakern, die von Juden begangen worden seien, zu verbreiten, was lediglich dazu geführt habe, dass die Panik unter der arabischen Bevölkerung in Palästina verbreitet und deren Flucht damit beschleunigen wurde.¹⁶ Unstrittig ist, dass die Jewish Agency sich mehrmals für die Vorfälle entschuldigte, ihr Bedauern ausdrückte und das Vorgehen der zionistischen Untergrundgruppierungen scharf verurteilte.¹⁷ Deir Yassin dient den New Historians und der arabisch-palästinensischen Geschichtsschreibung als das Paradebeispiel für die Brutalität der zionistischen Streitkräfte und den politische Willen der Zionisten, die Araber aus Palästina zu vertreiben.

Natürlich können sich auch Meinungen wie die Karshs nicht gänzlich den durch die New Historians vorgebrachten Einsichten entziehen. Auch Karsh sieht im Vorgehen der arabischen Staaten keine Unterstützung für die Araber Palästinas, sondern ein „scramble for Palestine“¹⁸. Besonders Jordanien habe Möglichkeit für territoriale Expansion wahrnehmen wollen. Die zwei Jahrzehnte andauernde Besetzung von Teilen Palästinas

¹¹ Ebd., S. xviii.

¹² Vgl. Benny Morris: *Righteous Victims: a history of the Zionist-Arab conflict, 1981–2001*. New York: Vintage 1999, S. 167ff.

¹³ Vgl. Karsh: *Palestine Betrayed*, S. 120ff.; Morris: *1948*, S. 130ff.

¹⁴ Vgl. Benny Morris: The Historiography of Deir Yassin. In: *Journal of Israeli History* 24,1 (2005), S. 79–107, hier S. 79. Dieser Artikel gibt eine gute Übersicht zur historiographischen Genese und den Hauptkontroversen rund um Deir Yassin.

¹⁵ Vgl. Karsh: *Palestine Betrayed*, S. 122.

¹⁶ Vgl. ebd., S. 241.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 156, 171, 156, 185–186, 203.

¹⁸ Ebd., S. 190ff.

durch Jordanien und Ägypten im Anschluss an den israelisch-arabischen Krieg von 1948/1949 sei die konsequente Umsetzung einer Politik gewesen, die nur nach außen vorgab, sich am Wohle der Brüder in Palästina zu orientieren. Dies führt Karsh dann wieder zu der Ansicht, dass das gewaltsame und kriegerische Vorgehen der arabischen Staaten im Grunde ein Betrug der eigenen Leute gewesen sei.¹⁹

Den New Historians muss in jedem Fall zu Gute gehalten werden, dass sie die Erklärungsmuster für die frühe Durchsetzungsfähigkeit des jungen Staates Israel entmythologisiert haben und somit eine fundierte historiographische Basis geschaffen haben. Dabei kann allerdings nicht übersehen werden, wie einige ihrer Vertreter in ihrer Kritik am jüdischen Staat über das Ziel hinauseilten. Dem scheint einer der Begründer und prominentesten Vertreter der New Historians, Benny Morris, mittlerweile entgegenzuwirken. Es hat seine Gründe, dass Morris in den zentralen Streitpunkten oftmals beide Positionen miteinander auf einen bisher nicht vorstellbaren Grad vereinen kann, zumindest was sein wissenschaftliches Wirken seit 2006, dem Erscheinungsjahr von *The birth of the Palestinian refugee problem revisited*, betrifft. Für das Abrücken von einigen der von ihm zuvor eingenommenen Positionen, wurde Morris von dem harten Kern der New Historians zuweilen scharf kritisiert.

1.3. Die Berichterstattung über den Teilungsplan für Palästina und den Bürgerkrieg zwischen Juden und Arabern

Der anschwellende Konflikt um Palästina nahm keinen zentralen Platz in der Berichterstattung der DDR-Zeitungen ein. Besonders fällt dies anhand der Analyse der *Jungen Welt* auf. Auch wenn das FDJ-Organ Ende der 1940er Jahre nur wöchentlich erschien, ist die Tatsache, dass nur vier Kurzmeldungen zum Konflikt in Palästina zwischen November 1947 und Ende Mai 1948 veröffentlicht wurden, ein deutliches Anzeichen für die geringe Priorität des Konflikts. Der UN-Teilungsbeschluss wurde in der *Jungen Welt* in der Rubrik Schlagzeilen der Woche lediglich mit einem knappen Zitat eines Mitglieds des Amerikanisch-Jüdischen Kongresses, Dr. Abba Hillel Silver, kommentiert, in dem er seine Zufriedenheit mit der Entscheidung ausdrückte.²⁰ Den Bürgerkrieg umging die *Junge Welt* fast völlig, da das Thema Palästina im FDJ-Organ erst beinahe fünf Monate später wieder aufgegriffen wurde. Da hieß es dann, eine friedliche Beilegung des Konfliktes zwischen Juden und Arabern in Palästina bedürfe lediglich einem gemeinsamen Vorgehen gegen „den Unruhe stiftenden Imperialismus.“²¹

Zwei Tage vor der Ausrufung des Staates Israel zitierte die *Junge Welt* einen sowjetischen UN-Vertreter, der die Abkehr der USA vom Teilungsplan als „die Ursache für die gegenwärtige Lage in Palästina“ verantwortlich machte.²² Die Interessen des Imperialismus, so das Zitat weiter, „stehen im Widerspruch zu den wahren Lebensinteressen des jüdischen und arabischen Volkes.“ Außerdem wurden in der Meldung jüdische Proteste gegen England wiedergegeben, „das Eindringen regulärer [arabischer] Truppen in Palästina“ unterstützt zu haben. Die provisorische jüdische Regierung sei nicht bereit, einen Waffenstillstand zu akzeptieren, „dessen Bedingungen die jüdische Unabhängigkeit verletzen.“ Schließlich wurden die USA und Großbritannien im FDJ-Blatt Ende Mai nochmals beschuldigt, mit dem Abrücken vom UN-Teilungsplan für die missliche Lage verantwortlich zu sein. Großbritannien sei im Sicherheitsrat vorgeworfen worden, die Araber mit Waffen und Geldern zu beliefern.²³ Auch wenn die *Junge Welt* nur wenig über den Konflikt in Palästina berichtete, wurden

¹⁹ Vgl. ebd., S. 5–6.

²⁰ Schlagzeilen der Woche. In: *Junge Welt*, 10.12.1947, S. 3.

²¹ Querschnitt durch die Woche. In: *Junge Welt*, 05.05.1948, S. 6.

²² Querschnitt durch die Woche. In: *Junge Welt* 12.05.1948, S. 6.

²³ Querschnitt durch die Woche. In: *Junge Welt*, 25.05.1948, S. 6.

die Schuldigen eindeutig identifiziert: Die USA und Großbritannien hätten mit ihren imperialistischen Zielen, dem späten Abrücken vom Teilungsplan und der Unterstützung der Araber einen Krieg überhaupt erst ermöglicht. Weder der Jischuw noch der Staat Israel wurden in der *Jungen Welt* thematisiert

Während die *Junge Welt* mit ihrer nahezu nichtexistenten Berichterstattung ein extremes Beispiel darstellt, berichteten auch die anderen Zeitungen nur nachrangig über Palästina. Besonders fällt dies für die Periode im November und Dezember 1947 auf, als der UN-Teilungsplan vorgestellt und angenommen wurde und die Kämpfe zwischen Zionisten und Arabern in Palästina an Schärfe zunahmen.

Im Großen und Ganzen beschränkte sich die Berichterstattung der Parteiorgane auf durch Agentur gestützte tagesaktuelle Entwicklungen, denen es ohne geographische Kenntnisse der Region unmöglich war zu folgen. Auch mangelte es der Berichterstattung an analytischer Tiefe. Nur vereinzelt wurde versucht, Hintergründe und mögliche Implikationen des Konfliktes darzustellen.

Das *Neue Deutschland* und die *Neue Zeit* begannen ihre Berichterstattung Mitte November 1947, als das Ende des britischen Mandates auf spätestens den 1. August festgesetzt wurde. Zwei Monate danach, so der UN-Zeitplan, sollten ein jüdischer und ein arabischer Staat in die Unabhängigkeit entlassen werden. Während die *Neue Zeit* den Beschluss auf „eine vollständige Übereinstimmung“ zwischen der Sowjetunion und den USA zurückführte,²⁴ war davon im *Neuen Deutschland* zu keiner Zeit zu lesen.²⁵

Offenbar hatte das *Neue Deutschland* einen Aktualitätsvorsprung gegenüber den anderen Zeitungen. Als einzige Zeitung brachte sie am 26. November die Meldung, dass der Palästina-Ausschuss dem Teilungsplan bereits zugestimmt hätte und dieser nun zur Abstimmung der Vollversammlung vorliege.²⁶ Eine wichtige Information, die in der *Neuen Zeit* fehlte. Da sich beide Zeitungen an diesem Tag auf Agenturmeldungen des ADN stützten, muss vermutet werden, dass das *Neue Deutschland* entweder einen späteren Redaktionsschluss hatte, die ADN-Meldungen dort früher eintrafen oder das SED-Organ zusätzliche Quellen besaß, die nicht benannt wurden. Unwahrscheinlich ist, dass die *Neue Zeit* diese zentrale Information einfach aus ihrer Berichterstattung strich.

Als Ende November auch *Der Morgen* begann über Palästina zu berichten, schloss er sich zunächst der Meinung an, bei dem Teilungsplan handele es sich im Grunde um eine sowjetisch-amerikanischen Übereinkunft.²⁷ Neben dem weiteren Vorgehen in der UN, informierte das LDPD-Blatt noch über ein britisches Militärgericht, dass zwei jüdische Jugendliche, denen ein Bombenanschlag auf einen britischen Truppentransport Mitte August vorgeworfen worden sei, zu lebenslänglichen Haftstrafen verurteilt habe. Da keine andere Zeitung diese Information veröffentlichte, kann auch hier eine unbenannte Quelle, neben dem ADN, als Urheber nicht ausgeschlossen werden. Das LDPD-Organ war auch die einzige Zeitung, die die zionistische Lobbyarbeit und den amerikanischen Druck auf UN Mitgliedsstaaten thematisierte, ohne die eigentlich beteiligten Akteure beim Namen zu nennen. Es sei klar, dass „wohl auch hinter den Kulissen ein so starker Druck auf einzelne kleine Staaten ausgeübt worden [war], daß sie sich zu einer positiven Stimmenabgabe entschlossen hatten.“²⁸ Dieser Artikel mit dem Titel „Doppelstaat Palästina“ war in der Tat einer von wenigen, die versuchten, tiefgründige Erklärungen für den Konflikt zu liefern.

Abgesehen von kleinen Randnotizen in der *Neuen Zeit*, widmeten sich die drei Parteiorgane dem Geschehen erst wieder wenige Tage nach der entscheidenden Abstimmung in der UN-Vollversammlung. Dabei kann man ihnen nicht vorwerfen, nicht schnellstmöglich berichtet zu haben: Die UN-Abstimmung in New York fand an einem

²⁴ 1. August 1948 Palästina-Stichtag. In: *Neue Zeit*, 19.11.1947, S. 1.

²⁵ Teilung Palästinas beschlossen. In: *Neues Deutschland*, 19.11.1947, S. 1.

²⁶ Palästinaplan angenommen. In: *Neues Deutschland*, 26.11.1947, S. 1.

²⁷ Dramatische Palästina-Entscheidung. In: *Der Morgen*, 27.11.1947, S. 1.

²⁸ M.: Doppelstaat Palästina. In: *Der Morgen*, 02.12.1947, S. 1.

Samstagabend statt und konnte aufgrund der Zeitverschiebung keinen Eingang mehr in die Sonntagsausgaben finden. Da keines der drei Parteiorgane in einer Montagsausgabe erschien, konnte erst am Dienstag, dem 2. Dezember 1947, über die Annahme des Teilungsplanes und die ersten Reaktionen berichtet werden. In allen Ausgaben dieses Tages wurde die kompromisslose Ablehnung der Araber hervorgehoben. So habe das Arabische Hohe Komitee²⁹ laut dem *Neuen Deutschland* beschlossen, neben einem dreitägigen Generalstreik auch „alle Juden zu boykottieren und jede Zusammenarbeit mit der Palästina-Kommission der UN zu unterlassen.“³⁰ Weiter hieß es, bei Demonstrationen sei zum heiligen Krieg gegen Juden aufgerufen und das Feuer auf einen jüdischen Bus in Jerusalem eröffnet worden.³¹ In dem bereits zuvor erwähnten Artikel „Doppelstaat Palästina“ wurde versucht, das Gewaltpotential des kategorischen ‚Neins‘ der Araber abzuschätzen. Die Araber seien nicht einfach nur enttäuscht von der Teilung Palästinas durch die UN-Vollversammlung, sondern „

drohen auch damit, daß sie den Spruch nicht anerkennen werden. Die Liga der arabischen Nationen hat angeblich schon Truppen mobilisiert, Ägypten, der Libanon, Syrien und Transjordanien sollen aufmarschbereit sein.³²

Sollten die Araber ihre Drohungen ernst meinen, dann sei ein Bürgerkrieg unvermeidlich, der Kräfte zu mobilisieren drohe, „die weit über das Land hinausgreifen.“³³ Allgemein scheint in „Doppelstaat Palästina“ das militärische Potential in der Region überschätzt worden zu sein,³⁴ an modernen Waffen und den nötigen Soldaten, so war im Beitrag zu lesen, „fehlt es ja heute nirgends“³⁵. Die *Neue Zeit* zog die Konsequenzen aus dem drohenden Bürgerkriegsszenario und vermeldete mit großer Sicherheit, dass „ohne Gewaltanwendung [...], nach der bisherigen Haltung der Araber zu urteilen, kein Teilungsbeschluß verwirklicht werden“ könne, immerhin sei ein „[n]achgeben der aufs höchste gereizten Araber [...] wenig wahrscheinlich.“³⁶

Als der Bürgerkrieg in Palästina wenige Tage im Gange war, spekulierte die *Neue Zeit*, ob die gesamte arabische Welt in einen heiligen Krieg ziehen werde. Aufgrund des Fehlens eines von allen Arabern anerkannten religiösen Oberhauptes und wegen der Feindschaft zwischen König Ibn Saud von Saudi Arabien und den haschemitischen Herrschern in Transjordanien und Irak seien die „Aussichten eines Dihad [...] alles in allem zunächst recht begrenzt.“³⁷ Die Versuche, das Gewaltpotential im Zuge des Teilungsplanes zu bestimmen, gehören zu den wenigen erwähnenswerten Ansätzen, den Konflikt in Palästina in größeren Zusammenhängen zu sehen und über das Tagesgeschehen hinaus zu beleuchten.

Im weiteren Verlauf der Woche nach der UN-Entscheidung standen die Unruhen in Palästina und im arabischen Raum im Zentrum der Berichterstattung. Laut *Neuem Deutschland* herrschte an manchen Orten eine „Schlacht zwischen Arabern und Juden“³⁸, der innerhalb weniger Tage 20 Juden und 15 Arabern zum Opfer gefallen seien.³⁹ In weiten Teilen der arabischen Welt sei von Protestierenden gegen westliche Einrichtungen

²⁹ Das Arabische Hohe Komitee war die zentrale politische Vertretung der Araber Palästinas.

³⁰ Araber gegen UN-Beschluß. In: *Neues Deutschland*, 02.12.1947, S. 1.

³¹ Tatsächlich riefen die Gelehrten der Al-Azhar Universität in Kairo an diesem Tag zu einem weltweiten Dihad zur Verteidigung Palästinas auf. Vgl. Morris: 1948, S. 65.

³² M.: Doppelstaat Palästina. In: *Der Morgen*, 02.12.1947, S. 1.

³³ Ebd.

³⁴ Natürlich war der erste israelisch-arabische Krieg, wie jeder andere auch, ein grausamer Krieg. Der jüdische Staat hatte mit 6.000 gefallenen Soldaten den Verlust von etwa einem Prozent seiner Bevölkerung zu beklagen. Dennoch war es ein auf Israel/Palästina begrenzter Krieg, die Furcht vor einer Eskalation bis hin zum Eingriff der Supermächte war unbegründet.

³⁵ Ebd.

³⁶ Der Teilungsbeschluß. In: *Neue Zeit*, 02.12.1947, S. 2.

³⁷ K.: Dihad-Heiliger Krieg. In: *Neue Zeit*, 05.12.1947, S. 2.

³⁸ Schlacht zwischen Arabern und Juden. In: *Neues Deutschland*, 05.12.1947, S. 1.

³⁹ 35 Todesopfer in Palästina. In: *Neues Deutschland*, 05.12.1947, S. 1.

vorgegangen worden und die Arabische Liga hätte öffentlich zur Gewalt gegen Juden aufgerufen.⁴⁰ Anfang Dezember wurde die arabische Seite eindeutig als der Initiator der Gewalt dargestellt. Die *Neue Zeit* sprach von „arabische[m] Terror gegen die jüdische Bevölkerung.“⁴¹

Mit der fortschreitenden Schilderung der arabischen Gewalt nahm auch die Darstellung zionistischer Verteidigungsmaßnahmen zu. Besonders intensiv geschah dies in der *Neuen Zeit* und *Dem Morgen*. Beide bezogen sich auf eine ADN-Meldung über den ersten öffentlichen Einsatz der *Haganah*, die gemeinsam mit britischen Truppen Juden aus der Gefahrenzone in Jerusalem evakuiert hätte.⁴² Ebenso war beiden Zeitungen die Entschlossenheit der Jewish Agency zu entnehmen, den „Schutz ihrer Landsleute durch eigene Streitkräfte [zu] gewährleisten, wenn die britischen Regierungsbehörden keinen ausreichenden Schutz zusichern können.“⁴³ Die *Neue Zeit* vermerkte auf derselben Seite, die Jewish Agency sehe es als bewiesen an, dass, in Anbetracht der arabischen Gewalt im gesamten Land, die Briten sich „gleichgültig“ verhalten würden.⁴⁴ Man lasse sich auf jüdischer Seite nicht provozieren, da man nicht „denen in die Hände spielen [will], die eifrig bemüht seien, in Palästina die arabischen Massen aufzuwiegen.“⁴⁵ Als einzige Zeitung bezifferte *Der Morgen* die vermeintliche Truppenstärke der Haganah auf 80.000.⁴⁶

Neben den militärischen Maßnahmen der Zionisten fanden auch innerzionistische Konflikte kurze Erwähnung. Die Parteiorgane von SED und LDPD berichteten zeitgleich über von der Irgun geäußerte Vorbehalte gegenüber dem Teilungsplan.⁴⁷ Darüber hinaus habe sie sich geweigert, die Autorität der Jewish Agency anzuerkennen. So gab *Der Morgen* zu bedenken, dass

nicht einmal die Juden [...] restlos befriedigt [sind]. Die ‚Jüdische Agentur‘ hat zwar den Sieg gefeiert [...]. Aber die Geheimgesellschaft ‚Irgun‘ hat gegen die Zustimmung starke Vorbehalte gemacht und der Agentur [gemeint war die Jewish Agency] das Recht abgesprochen, im Namen der Juden zu sprechen.⁴⁸

Innerjüdische Unstimmigkeiten waren allerdings ein Randthema, über das lediglich an diesen wenigen Stellen berichtet wurde. Dies hatte auch zur Folge, dass man fortan jegliche Ausübung von Gewaltakten auf zionistischer Seite allgemein als „jüdische“ Angriffe bezeichnete. Eine Unterscheidung zwischen einzelnen bewaffneten zionistischen Gruppierungen fand nicht statt.

Auch während des restlichen Dezembers 1947 waren es vor allem die gewalttätigen Zusammenstöße zwischen Arabern und Zionisten, die den größten Raum in den DDR-Zeitungen in Anspruch nahmen. Daneben wurde nur die internationale Diplomatie, die sich in der UN, zwischen den arabischen Staaten und auch innerhalb Großbritanniens abspielte, thematisiert. Über den Jischuw als Gesellschaft wurde nichts geschrieben. Gleichzeitig verschwommen zunehmend die Grenzen zwischen Angreifern und Verteidigern. Auch die zionistische Seite wurde nun vermehrt als Initiator der Gewalt dargestellt und die frühere Bild von der arabischen Seite als Initiator der Gewalt wurde abgelöst durch ein kaum mehr durchschaubares Gemenge von Gewalt und Gegengewalt auf beiden Seiten. Ein gutes Beispiel ist die Übernahme einer ADN-Meldung durch

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Terror in Palästina. In: *Neue Zeit*, 04.12.1947, S. 2.

⁴² Unruhen in Palästina und Syrien. In: *Neue Zeit*, 03.12.1947, S. 2; Araber beraten Palästina-Aktionsplan. In: *Der Morgen*, 03.12.1947, S. 1.

⁴³ Juden wollen sich selbst schützen. In: *Neue Zeit*, 4.12.1947, S. 2; Juden wollen sich selbst schützen. In: *Der Morgen*, 4.12.1947, S. 2.

⁴⁴ Terror in Palästina. In: *Neue Zeit*, 04.12.1947, S. 2.

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Straßenschlachten in Jaffa, Tel Aviv und Ramle. In: *Der Morgen*, 05.12.1947, S. 1.

⁴⁷ Araber gegen UN-Beschluß. In: *Neues Deutschland*, S. 1; Arabische Staaten boykottieren UN-Entscheidung. In: *Der Morgen*, 02.12.1947, S. 2.

⁴⁸ M.: Doppelstaat Palästina. In: *Der Morgen*, 02.12.1947, S. 1.

die *Neue Zeit* und *Der Morgen* am 13. Dezember 1947.⁴⁹ Beide Zentralorgane berichteten zunächst über einen Bombenanschlag auf eine arabische Autobusgesellschaft in Haifa, bei der fünf Menschen getötet und weitere 30 verletzt wurden seien, sowie über einen ähnlichen Angriff auf die Hauptpolizeiwache der Stadt. In derselben Meldung wurde auch ein Überfall auf einen jüdischen Konvoi in der Nähe von Bethlehem erwähnt.

Kurz vor Jahreswechsel wurde erneut der Eindruck eines ausgeglichenen Aggressionspotentials vermittelt. Laut LDPD-Organ ist es unter anderem „im Niemandsland“ zwischen Tel Aviv und Jaffa „zu blutigen Zusammenstößen“ gekommen.⁵⁰ In ihrer jeweils letzten Ausgabe des Jahres übernahmen die *Neue Zeit* und *Der Morgen* die ADN-Meldung über einen Bombenanschlag auf arabische Arbeiter einer Ölraffinerie in Haifa, bei dem 70 Araber getötet und anschließend 47 jüdische Angestellte erschlagen worden seien.⁵¹

Wenn überhaupt auf den Jischuw als jüdisches Gesellschaftskollektiv eingegangen wurde, dann war es in Form von knappen Meldungen über jüdische Einwanderung nach Palästina. Am 4. Dezember informierten das *Neue Deutschland* und *Der Morgen* über die Entscheidung der amerikanischen Besatzungsbehörden, den in Deutschland lebenden, auf 600.000 geschätzte Juden, die Auswanderung nach Palästina zu gestatten.⁵² Nicht entscheidend mehr Publizität erhielt die illegale Einwanderung von Juden nach Palästina. *Der Morgen* berichtete über die erfolgreiche Durchbrechung der britischen Seeblockade durch jüdische Neuankömmlinge vor der Küste Palästinas.⁵³ Wenige Tage darauf vermutete das *Neue Deutschland*, dass der weitreichende Rückzug der Briten, weiteren jüdischen Flüchtlingsschiffen die Ankunft in Palästina ermöglichen wird.⁵⁴ Eine Annahme, die sich nicht bewahrheiten sollte, wie *Der Morgen* Ende Dezember berichten konnte.⁵⁵ So sei die „Giovanni Maria“ [...] mit 750 jüdischen Emigranten an Bord von Einheiten der britischen Kriegsmarine vor der palästinensischen Küste aufgebracht⁵⁶ worden.

Die DDR-Zeitungen waren nach dem Teilungsbeschluss offensichtlich nicht in der Lage, über die Gewalt in Palästina differenziert und analytisch zu berichten. Sicherlich war die Situation vor Ort für jeden Außenstehenden unübersichtlich. Umso schwerer wog, dass sich die Organe daran versuchten vor allem anhand von Agenturmeldungen tagesaktuell zu berichten, was zur Entschlüsselung der wirren Situation in keiner Weise beitrug. Hintergrundberichte wie „Doppelstaat Palästina“ im *Morgen* waren Ausnahmen – im *Neuen Deutschland* blieben Hintergrundinformationen gänzlich aus. Mit dem politischen Wesen, dem jüdischen Charakter oder der gesellschaftlichen Zusammensetzung des Jischuws beschäftigte sich im Zuge des UN-Teilungsplanes keines der Zentralorgane.

1.4. Die Berichterstattung über die Gründung Israels und den Beginn des ersten arabisch-israelischen Krieges

Anders als im Zusammenhang mit dem UN-Teilungsplan berichteten die Zentralorgane, mit Ausnahme der *Jungen Welt*, über die politischen und kriegesischen Entwicklungen nach Beginn der zionistischen Offensive im April 1948 und der Gründung des Staates Israel am 14. Mai häufiger. Die Schlagzahl der erscheinenden Artikel sowie die Versuche, Hintergründe verständlich zu vermitteln, nahmen erheblich zu. Mit der näher rückenden

⁴⁹ Bombenwürfe und Überfälle. In: *Neue Zeit*, 13.12.1947, S. 1; Fortsetzung des Kleinkriegs in Palästina. In: *Der Morgen*, 13.12.1947, S. 1.

⁵⁰ Blutiges Weihnachtsfest im heiligen Land. In: *Der Morgen*, 28.12.1947, S. 1.

⁵¹ Blutige Kämpfe in Haifa. In: *Neue Zeit*, 31.12.1947, S. 1; Schwere Kämpfe in Haifa. In: *Der Morgen*, 31.12.1947, S. 1.

⁵² Künftige Einwanderung nach Palästina. In: *Neues Deutschland*, 04.12.1947, S. 1; Palästina für deutsche Juden offen. In: *Der Morgen*, 04.12.1947, S. 2.

⁵³ Ohne Überschrift. In: *Der Morgen*, 05.12.1947, S. 1.

⁵⁴ Tel Aviv wird geräumt. In: *Neues Deutschland*, 09.12.1947, S. 2.

⁵⁵ Kurze Umschau in die Welt. In: *Der Morgen*, 30.12.1947, S. 2.

⁵⁶ Ebd.

Gründung Israels und der erwarteten Invasion der arabischen Staaten konnten die Fronten zwischen den kämpfenden Parteien spürbar deutlicher nachgezeichnet werden.

Walter Janka, der gemeinsam mit Paul Merker den Großteil seines Exils in den 1940er Jahren in Mexiko verbrachte und nach seiner Rückkehr 1947 dessen persönlicher Mitarbeiter wurde, schrieb am 18. April einen längeren Artikel für das *Neue Deutschland*, in dem er in erster Linie die anglo-amerikanische Imperialpolitik attackierte: „Zur Verschleierung der brutalen Ausplünderung und zur Rechtfertigung militärischer Intervention im Nahen Osten erfinden die amerikanischen ‚Ölsauger‘ das Märchen von einer ‚sowjetischen Bedrohung‘“⁵⁷. Eine solche „Irreführung der arabischen Völker“ sei erforderlich, um sie „in ein Bollwerk gegen die Sowjetunion zu verwandeln.“ Der Artikel war zugleich ein euphorisches Plädoyer für die Gründung eines jüdischen Staates. Der UN-Beschluss vom November sei „eine befreiende Tat für die nach Schutz und Zuflucht suchenden Juden“ und deswegen sowohl von den „in Palästina kämpfenden, aber auch [von den] über alle Länder verstreuten Juden“ begrüßt worden. Durch die Umsetzung der Teilung Palästinas solle die „Hoffnung des jüdischen Volkes auf eine nationale Heimstätte [...] endlich [...] Wirklichkeit werden.“ Nach dem millionenfachen Mord der Nazis an den Juden und den hunderttausenden umherirrenden jüdischen Flüchtlingen, führten sie nun „einen erbitterten und ständigen Kampf gegen verhetzte Araber und wurden ein Opfer der britisch-amerikanischen Intrigen“. Neben dem drohenden Verlust der Kontrolle über Palästina, das aufgrund der geostrategischen Lage so wichtig für den Transport von Erdöl sei, müssten die Imperialisten sich auch vor einem jüdischen Staat fürchten. Denn der werde „sich schnell zu einem kraftvollen Industrieland entwickeln“, dadurch die wirtschaftliche Expansion Amerikas im Mittelmeer eindämmen und zugleich die ganze arabische Welt gesellschaftlich und wirtschaftlich umwälzen. Daher erkläre sich die Unterstützung der „blutigen Kämpfe der arabischen Feudalherren“ gegen die Gründung eines jüdischen Staates durch die Imperialisten.⁵⁸ Die Darstellung Israels als Schutz gegen die imperialistischen Versuche, die Araber gegen die Sowjetunion in Stellung zu bringen, stand in kohärenter Verbindung zur zeitgenössischen Haltung Paul Merkers und seines politischen Umfelds sowie zur damaligen sowjetischen Nahostpolitik.

Zweifelsohne gehörte Janka zu jenen, die der Bildung eines jüdischen Staates äußerst positiv gegenüber standen. Nicht nur betrachtete er deren Unterstützung als moralische Pflicht der Weltgemeinschaft. Ebenso sah er in einem jüdischen Staat in Palästina die Möglichkeit, das Voranschreiten des Imperialismus in der Region aufzuhalten. Seine den Juden und Israel gegenüber offen ausgesprochene positive Haltung mag auch ein Grund für seine Verhaftung im Dezember 1956 und die Verurteilung zu fünf Jahren Zuchthaus im Juli 1957 gewesen sein. Janka wurde nach internationalen Protesten bereits 1960 wieder entlassen. Er blieb bis zum Ende der DDR ein Gegner der SED-Führungselite. Sein Artikel Mitte April war das deutlichste Bekenntnis zu einem jüdischen souveränen Staat in Palästina, das in den vier Wochen vor der Gründung Israels in den DDR-Zeitungen erschien.⁵⁹

Einen Monat nach Jankas Artikel, als die Gründung Israels bereits erfolgt und die arabische Invasion in vollem Gange war, bekräftigte ‚E.K.‘ im *Neuen Deutschland* die Ansicht, „daß hinter solcher negativen Haltung der Palästina-Araber nicht nur die Arabische Liga steckte, sondern der Mandatsherr, der seine eigenen Pläne verfolgte.“⁶⁰ Eine zentrale Rolle nehme dabei die Transjordanische Legion ein,

⁵⁷ Dieses und die folgenden Zitate: Walter Janka: Palästina und die Ölgeschäfte der Vereinigten Staaten. In: *Neues Deutschland*, 18.04.1948, S. 2.

⁵⁸ Ebd.,

⁵⁹ Bereits Ende Februar 1948 hatte Paul Merker die Verpflichtung der „demokratischen Kräfte Deutschlands“ zur „Sympathie und Hilfsbereitschaft“ gegenüber den Juden betont. Vgl. Angelika Timm: Der Streit um Restitution und Wiedergutmachung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. In: *Babylon* **JG**, 10–11 (1992), S. 125–138.

⁶⁰ Dies und die folgenden Zitate: E.K.: Und wieder dröhnen Kanonen. In: *Neues Deutschland*, 23.05.1948, S. 3.

von englischen Offizieren geführt und mit britischen Pfunden unterhalten. [...] Aber mußte nicht ein solches Verfahren die gleiche Wirkung haben, als wenn man den Teufel mit Beelzebub austreiben wollte? Mußte nicht der Einsatz dieser arabischen Truppen in einem von mehr als 700000 Juden bewohnten Lande wirken wie das rote Tuch auf den Stier?

Auch wenn England seinen Verpflichtungen zum Schutze der jüdischen Einwohner nicht nachkomme, wäre es dennoch falsch, allein England für die missliche Situation in Palästina verantwortlich zu machen. Die „Mitverschworenen saßen in Washington“. Zusammen hätten die „anglo-amerikanischen Inspiratoren des ewigen Krieges“ über zwei Jahrzehnte einen „künstlich [...] Gegensatz zwischen Juden und Arabern“ gezüchtet. Die Unterstützung und Aufstachelung der Araber gegen die Juden sei allerdings nicht das einzige imperialistische Ziel gewesen. Vielmehr hätten die Araber

gar nicht bemerkt, wie die Engländer es verhinderten, daß sich eine palästina-arabische Regierung bildete, dem Jüdischen Rat entsprechend [...]. Denn die englischen Pläne [...] wären von Anfang an gescheitert, wenn eine Art Regierungszentrale der Palästina-Araber mit der neuen Regierung von Tel Aviv zu einem Abkommen gekommen wäre.

Unterm Strich, so wurde hier zusammengefasst, bedeute dies, dass „Israel und die Arabische Liga, die beide mit englischen und amerikanischen Waffen gegeneinander zu Felde ziehen, [...] Folgen und Kosten zu gleichen Teilen tragen müssen.“⁶¹

Wie schon in der *Jungen Welt* behauptet, sei es den Imperialisten zunächst darum gegangen, eine Einigung zwischen Juden und Arabern zu verhindern, da eine solche den amerikanischen und britischen Interessen widersprochen hätte. Der Glaube an die fortschrittlichen Kräfte in beiden Lagern, denen eine friedliche Beilegung des Konfliktes ohne Einmischung des Imperialismus gelungen wäre, fand damit Eingang in das Zentralorgan der SED. Ende Mai berichteten das *Neue Deutschland* und *Der Morgen* über Beschuldigungen des sowjetischen UN-Delegierten, Andrei Gromyko, der einen britischen Resolutionsvorschlag für eine vierwöchige Waffenruhe als „zynisch und heuchlerisch“⁶² bezeichnet habe, da es den Briten nur darum ginge, den Sicherheitsrat in eine „Politik der Unterstützung der Araber und der Sabotierung des neuen jüdischen Staates einzuspannen und in Palästina ein halbkoloniales Regime aufrechtzuerhalten.“⁶³

Der Fokus auf den Systemgegensatz als Kriegsgrund in Palästina vernachlässigte die unmittelbaren Interessen der Juden und Araber in Palästina. Bereits bei der Gründung Israel setzte sich also die Ansicht durch, dass der Konflikt um Palästina ausschließlich ein Ergebnis imperialistischer Interessen und die Konfrontation zwischen den beiden nach Unabhängigkeit strebenden Völkern darauf zurückzuführen sei. Es war ein Ausblick auf die sich festigende logische Folgerung des antiimperialistischen Paradigmas der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht antisemitisch aufgeladen war, weil der jüdische Staat zunächst als Instrument gegen den Imperialismus wahrgenommen wurde. Wenige Jahre später änderte sich dies vollkommen – das antiimperialistische Deutungsmuster blieb bestehen, lediglich die Rollen Israels und der arabischen Völker wurden vertauscht.

Gleichwertige Sympathiebekundungen für den jüdischen Staat, wie im *Neuen Deutschland* abgedruckt, kamen in keiner anderen Zeitung vor. Die *Neue Zeit* und *Der Morgen* behielten eine weitgehende Neutralität gegenüber den zionistischen Bestrebungen. Auch zu den Vorwürfe, die imperialistische Politik Großbritanniens und der USA hätten den kriegesischen Zustand in Palästina erst begünstigt, hielt *Der Morgen* größtmöglichen Abstand. Im LDPD-Organ wurde nur ein einziges Mal dahingehend argumentiert: Der amerikanische Vorschlag für eine Treuhänderschaft in Palästina diene in Wahrheit dazu, die Gründung eines jüdischen Staates zu verhindern und

⁶¹ Ebd.

⁶² Die Tragödie Israels. In: *Neues Deutschland*, 30.05.1948, S. 1; Sowjetvorschläge zugunsten Palästinas. In: *Der Morgen*, 30.05.1948, S. 1.

⁶³ Ebd.

Palästina in einen „strategischen und militärischen Stützpunkt“ des Imperialismus zu verwandeln.⁶⁴ Dabei ging diese Einschätzung auf ein wörtliches Zitat des sowjetischen UN-Delegierten Andrei Gromyko zurück. Im Gegensatz dazu schloss sich die *Neue Zeit* im April 1948 mehrfach dieser Interpretation an. Denn

hätten nicht die Engländer während des ersten Weltkrieges den Juden in der berühmten Balfour-Erklärung eine ‚Heimstätte‘ in Palästina und zu gleicher Zeit den Arabern ein großarabisches Reich versprochen, [...] wohl niemals wäre ein Streit um das Heilige Land mit solcher Leidenschaft entbrannt.⁶⁵

Nachdem die Araber „ihre Drohungen wahrgemacht“ hatten, hätten die USA obendrein mit ihrer Abkehr von der Zustimmung zur Teilung Palästinas der Weltgemeinschaft den „größten Schock“ versetzt. Präsident Truman habe sich offenbar für die „von den Arabern abhängigen amerikanischen Oelinteressen“ und gegen „die jüdischen Stimmen bei der Präsidentschaftswahl“ entschieden.⁶⁶ Sowohl die UN-Palästina-Kommission als auch der sowjetische UN-Delegierte, Andrej Gromyko, hätten Großbritannien und die Araber beschuldigt, den Teilungsplan zu sabotieren.⁶⁷ Die plötzliche Ablehnung der Teilung Palästinas durch die USA sei, Gromyko zufolge, nur mit „strategische[n] und militärische[n] Erwägungen“⁶⁸ zu erklären. Er habe wenig später auch bemängelt, dass dabei „die legitimen Wünsche der Völker Palästinas außer Acht gelassen würden.“⁶⁹

Nach der Ausrufung des Staates Israel unterschieden sich die Deutungsmuster vom *Neuen Deutschland* und der *Neuen Zeit* bezüglich der imperialistischen Politik zunehmend. Das Zentralorgan der SED hielt zunächst daran fest, dass die USA und Großbritanniens weiterhin die gleichen Interessen verfolgten und dass es sich beim Imperialismus weitgehend um einen monotonen Block handle. Selbst die durch Großbritannien zunächst nicht erfolgte Anerkennung Israels sei „nur eine Frage der Zeit“, und deshalb kein Kriterium der Unterscheidung zum Vorgehen der USA, die den jüdischen Staat sehr zügig anerkannten.⁷⁰ Jedoch berichteten die *Neue Zeit* und *Der Morgen* über eine „Spaltung zwischen den USA und Großbritannien in der Palästinafrage.“⁷¹ Während die Amerikaner versucht hätten, eine UN-Resolution, die in Palästina einen „Friedensbruch“ anprangerte, durchzubringen, hätten sich die Briten geweigert, eine der beiden Seiten als „Friedensbrecher“ hinzustellen.⁷² Das englische Außenministerium habe verlauten lassen, dass es in der Tat „zu Differenzen zwischen der USA-Regierung und der Regierung Attlee“⁷³ kommen könnte. Demzufolge sei es Großbritannien derzeit auch nicht möglich, dem amerikanischen Wunsch nach einer internationalen Truppe zuzustimmen.⁷⁴ *Der Morgen* führte weiter aus, dass eine Anerkennung Israels durch Großbritannien eine „Verletzung der traditionellen britischen Politik in Palästina“⁷⁵ wäre. Erst einige Tage später berichtete auch das *Neue Deutschland* über Ungereimtheiten im anglo-amerikanischen Verhältnis, nachdem der US-Senat Londons Haltung in der Palästinafrage wiederholt „heftig kritisiert“ habe.⁷⁶

⁶⁴ Vgl. USA für Waffenstillstand. In: *Der Morgen*, 01.04.1948, S. 1.

⁶⁵ Dieses und die folgenden Zitate: -n.: Wird die UN das Problem lösen? In: *Neue Zeit*, 14.04.1948, S. 2.

⁶⁶ Im November 1948 standen die Wahlen an.

⁶⁷ UN-Streitkräfte für Palästina? In: *Neue Zeit*, 15.04.1948, S. 2.

⁶⁸ Ebd.

⁶⁹ Gromyko für Teilungsplan. In: *Neue Zeit*, 22.04.1948, S. 1.

⁷⁰ Was macht Großbritannien? In: *Neues Deutschland*, 16.05.1948, S. 1.

⁷¹ Britisch-amerikanische Gegensätze um Palästina. In: *Neue Zeit*, 21.05.1948, S. 1.

⁷² Ebd.

⁷³ Palästina-Verhandlungen in London. In: *Neue Zeit*, 23.05.1948, S. 1; Direkte Palästina-Verhandlung England-USA. In: *Der Morgen*, 23.05.1948, S. 1.

⁷⁴ England gegen militärisches Eingreifen. In: *Der Morgen*, 26.05.1948, S. 2,

⁷⁵ Ebd.

⁷⁶ Ohne Überschrift. In: *Neues Deutschland*, 27.05.1948, S. 1. Eine gleichwertige Meldung lautete: Neue USA-Angriffe gegen London. In: *Der Morgen*, 27.05.1948, S. 1.

Mit dem näher rückenden Ende des britischen Mandats über Palästina und der ungebrochenen Entschlossenheit der Zionisten, einen jüdischen Staat auszurufen, nahm die Darstellung des Jischuws zunehmend proto-staatliche Züge an. Dies drückte sich zum einen in der Berichterstattung über interne politische Entwicklungen, zum anderen in der Zunahme von Berichten über das Handeln der Jewish Agency auf internationalem Parkett, vor allem im Rahmen der UN.

Mitte April berichteten die *Neue Zeit* und *Der Morgen* über die Bildung eines vorläufigen jüdisch-zionistischen Regierungsrates, einem „jüdische[n] De-facto-Kabinett Palästinas“⁷⁷, so das CDU-Organ. Unter der Leitung Ben-Gurions sei über internationale Anleihen in Höhe von fünf Millionen Pfund Sterling beraten worden. *Der Morgen* berichtete über diese Beratungen mit zweiwöchiger Verspätung. In diesem Zusammenhang zitierte die Zeitung Ben-Gurion mit den Worten: „Wir sind entschlossen, uns bis zum Tode zu verteidigen und werden keinen Waffenstillstand annehmen, dessen Bedingungen unsere Unabhängigkeit verletzen.“⁷⁸ Bereits hier wurde Ben-Gurion als „Ministerpräsident und Verteidigungsminister“ bezeichnet. Wie auf derselben Seite noch vermeldet wurde, seien bereits zwei Tage zuvor erste jüdische Briefmarken in Umlauf gebracht worden.⁷⁹ Über Ben-Gurions Posten als Oberbefehlshaber der Haganah hatten die *Neue Zeit* und *Der Morgen* schon einen Tag zuvor informiert.⁸⁰ Das bis zuletzt die provisorische zionistische Regierung unerwähnt lassende *Neue Deutschland* berichtete am Tag der Ausrufung des Staates, dass eben dieses Gremium „nach einer neunstündigen Geheimsitzung“⁸¹ beschlossen habe, den jüdischen Staat in der Nacht zu proklamieren. Ähnliches wurde am selben Tag im *Morgen* veröffentlicht.⁸²

Anfang April berichtete die *Neue Zeit* über die Erklärung der Jewish Agency zum amerikanischen Plan für eine Treuhänderschaft über Palästina, in der es heißen haben soll, „daß die Juden und Araber kein Verfahren unterschreiben könnten, das zwei Völker, die ein Recht auf Unabhängigkeit hätten, unter Treuhänderschaft stellen wolle.“⁸³ Als Mitte April die UN einen Waffenstillstand in Palästina erzwang – nur die Sowjetunion und die Ukraine enthielten sich ihrer Stimme – habe die Jewish Agency zu verstehen gegeben, dass sie „unter keinen Umständen [den] Plan aufgeben [werde], [...] einen autonomen jüdischen Staat zu proklamieren.“⁸⁴

Mit zunehmender Betrachtung der politischen Ebene rückten die führenden zionistischen Akteure ebenfalls in den Vordergrund. Eine zentrale Rolle spielte dabei der UN-Vertreter der Jewish Agency und erste Außenminister Israels, Moshe Shertok (später Moshe Sharett). Wie die *Neue Zeit* berichtete, habe Shertok dem Vorsitzenden des Sicherheitsrates zwar eine Feuerpause angeboten, vorausgesetzt natürlich, dass auch die arabischen Angriffe aufhörten. Shertok habe betont, dass die Vorschläge der USA für eine zeitweilige Treuhänderschaft über Palästina „unverantwortliche Phantasterei“⁸⁵ seien. „Drei Jahrzehnte“, wurde Shertok weiter zitiert, „hätten die jüdischen Rechte nicht durchgesetzt werden können. Niemand könne jedoch diese Rechte ungültig machen.“⁸⁶

⁷⁷ Jüdischer Regierungsrat gebildet. In: *Neue Zeit*, 14.04.1948, S. 1; Vorläufige jüdische Regierung. In: *Der Morgen*, 14.04.1948, S. 1; Erste Sitzung des jüdischen Kabinetts. In: *Neue Zeit*, 20.04.1948, S. 1.

⁷⁸ Jüdischer Staat wird proklamiert. In: *Der Morgen*, 06.05.1948, S. 2.

⁷⁹ Ohne Überschrift. In: *Der Morgen*, 06.05.1948, S. 2.

⁸⁰ Ben Gurion übernimmt Oberbefehl. In: *Neue Zeit*, 05.05.1948, S. 1; Haganah meldet Einmarsch aus dem Libanon. In: *Der Morgen*, 05.05.1948, S. 2.

⁸¹ Jüdischer Staat proklamiert. In: *Neues Deutschland*, 14.05.1948, S. 1.

⁸² Araber planen Zivilverwaltung. In: *Der Morgen*, 14.05.1948, S. 2.

⁸³ Jewish Agency lehnt ab. In: *Neue Zeit*, 07.04.1948, S. 1.

⁸⁴ UN befiehlt Waffenruhe. In: *Neue Zeit*, 18.04.1948, S. 1.

⁸⁵ Arabische Invasion in Vorbereitung. In: *Neue Zeit*, 23.04.1948, S. 1.

⁸⁶ Ebd.

Vereinzelte wurde über Forderungen der Jewish Agency gegenüber der UN berichtet, was den Eindruck verstärkte, es handele sich hier um eine den anderen Staaten ebenbürtige Organisation. So berichtete die *Neue Zeit* Ende April über die Forderung Shertoks nach „entschlossene[n] Maßnahmen“, die von der UN „zur Verhinderung des Einmarsches regulärer Truppen“ der Araber zu treffen seien.⁸⁷ Die nahezu wortgleiche Meldung wurde im *Morgen* durch die Erklärung Shertoks ergänzt, „daß die palästinensischen Juden alle Vorbereitungen treffen, um der nächsten Phase des arabischen Ansturms mit eigenen Kräften zu begegnen.“⁸⁸ Dass die Jewish Agency den souveränen Mitgliedern der UN noch nicht wirklich auf Augenhöhe begegnen konnte, wurde immer dann in der Berichterstattung deutlich, wenn sich die Sowjetunion, stellvertretend für den Jischuw, in der Weltorganisation zu Wort meldete. Am Beschluss des UN-Sicherheitsrates für eine Waffenruhe in Palästina Mitte April bemängelte der sowjetische UN-Delegierte, Gromyko, dass die „begründeten Rechte der Juden auf Einwanderung“⁸⁹ nicht genügend berücksichtigt worden seien. Ebenso greife der Beschluss bezüglich der bereits in Palästina eingedrungenen arabischen Truppen zu kurz, da deren Rückzug nicht gefordert worden sei. Gromyko habe, wie *Der Morgen* berichtete, Änderungen gefordert, die „die von der Jewish Agency erhobene[n] Einwände berücksichtigen.“⁹⁰ Konsequenterweise habe Shertok die Dankbarkeit des gesamten jüdischen Volkes „für die feste Haltung der sowjetischen Delegation bei der UN zugunsten der Errichtung eines souveränen und unabhängigen jüdischen Staates zum Ausdruck.“⁹¹

In den sechs Wochen vor Ausrufung des Staates Israel war es aber vor allem die militärische Komponente, die den Jischuw als eine quasi-staatlichen Gemeinschaft erscheinen ließ. Wie die *Neue Zeit* informierte, müssten ab Ende April „auch die Mädchen zwischen 17 und 25 Jahren [...] sich bei den Dienststellen der Hagana melden“, was der allgemeinen „Mobilisierung der waffenfähigen jüdischen Bevölkerung“ diene.⁹² *Der Morgen* berichtete sogar über ein „militärische[s] Abkommen zwischen den beiden jüdischen Organisationen, Haganah und Irgun Zwai Leumi“⁹³, welches in Kraft getreten sei und die Koordination untereinander festlege. Das *Neue Deutschland* berichtete, dass die „Mobilmachung der Haganah, die [...] zur offiziellen Armee des jüdischen Staates erklärt werden soll, [...] unter strenger Geheimhaltung vor sich“⁹⁴ gehe. Darüber hinaus seien die Streitkräfte „mit sofortiger Wirkung in Alarmzustand versetzt worden.“ Das SED-Organ und *Der Morgen* vermeldete noch am Tag der Unabhängigkeitserklärung, dass die provisorische Regierung „die Einberufung aller waffenfähigen Juden angeordnet“⁹⁵ habe. Schließlich informierte die *Neue Zeit* über die Reaktion der Jewish Agency auf den Rückzug der Briten aus Jerusalem am 12. Mai 1948: man werde „sofort nach Abzug der Briten die strategischen Punkte der Stadt besetzen.“⁹⁶

Mit der Ausrufung des Staates Israel konzentrierten sich die Zeitungen in der SBZ sowohl auf Inhalt und Bedeutung der israelischen Unabhängigkeitserklärung als auch auf die völkerrechtliche Anerkennung durch andere Staaten. Anhand derselben Meldung informierten *Der Morgen* und die *Neue Zeit* darüber, dass „[d]er neue Staat allen jüdischen Einwanderern offenstehen und [...] allen Einwohnern ohne Ansehen der Rasse, der

⁸⁷ Jewish Agency fordert „entschlossene Maßnahmen“. In: *Neue Zeit*, 28.04.1948, S. 1.

⁸⁸ Jüdischer Appell an die UN. In: *Der Morgen*, 28.04.1948, S. 1.

⁸⁹ UN befiehlt Waffenruhe. In: *Neue Zeit*, 18.04.1948, S. 1.

⁹⁰ Waffenstillstand für Palästina befohlen. In: *Der Morgen*, 18.04.1948, S. 1.

⁹¹ Sowjetunion erkennt Israel an. In: *Neues Deutschland*, 19.05.1948, S. 1; Sowjetunion erkennt Israel an. In: *Neue Zeit*, 19.05.1948, S. 2.

⁹² Brennendes Palästina. In: *Neue Zeit*, 28.04.1948, S. 1.

⁹³ Ohne Überschrift. In: *Der Morgen*, 28.04.1948, S. 1.

⁹⁴ Mobilmachung in Palästina. In: *Neues Deutschland*, 13.05.1948, S. 1.

⁹⁵ Einberufung aller Waffenfähigen. In: *Neues Deutschland*, 14.05.1948, S. 1; Ohne Überschrift. In: *Der Morgen*, 14.05.1948, S. 2.

⁹⁶ Briten verlassen Palästina. In: *Neue Zeit*, 13.05.1948, S. 1.

Religion oder des Geschlechts volle Gleichheit gewähren“⁹⁷ werde. Ebenso zitierten beide Zeitungen aus der Gründungsurkunde, in der es hieß, Israel habe „auf Grund der natürlichen und historischen Rechte des jüdischen Volkes und auf Beschluß der Vollversammlung der UN“⁹⁸ seine Unabhängigkeit erklärt. Die *Neue Zeit* erwähnte explizit, dass „[d]en arabischen Bewohnern des jüdischen Staatsgebietes [...] in der Proklamation volle Bürgerrechte und Vertretungen in den staatlichen Einrichtungen zugesichert“⁹⁹ worden seien. Dagegen berichtete *Der Morgen* über die bestehende provisorische Regierungskoalition, die „eine Koalition der Linksparteien außer der Kommunisten sowie der Demokraten und orthodoxen Parteien“¹⁰⁰ darstelle. Im Gegensatz zu den Beiträgen in den Zentralorganen der beiden Blockparteizeitungen blieb eine Kommentierung der israelischen Unabhängigkeitserklärung im *Neuen Deutschland* aus, lediglich eine kurze Meldung über die „feierliche Sitzung“ und die Ernennung Ben-Gurions zum Ministerpräsidenten wurde abgedruckt.¹⁰¹

Das *Neue Deutschland* befasste sich stattdessen vor allem mit der internationalen Anerkennung Israels. Dabei wollte das SED-Blatt offensichtlich die Standhaftigkeit der Sowjetunion bei der Palästinalpolitik hervorheben. Während „die Anerkennung [Israels] durch die USA-Regierung in Kreisen der UN als eine Maßnahme bezeichnet [wird], die erneut zeige, daß die Palästinalpolitik der Vereinigten Staaten keinerlei Kontinuität aufweise“¹⁰², „drückt Außenminister Molotow die Hoffnung der Sowjetregierung aus, daß die Gründung eines souveränen Staates durch das jüdische Volk dazu dienen werde, den Frieden und die Sicherheit in Palästina und im Nahen Osten zu stärken.“¹⁰³ Wenige Tage später kommentierte die Zeitung, dass „der junge Staat Israel [...] die ganze Zwiespältigkeit der amerikanischen und von ihr beeinflussten westlichen Politik“¹⁰⁴ ertragen müsse. England „übertrumpfte den amerikanischen Standpunkt noch, indem es selbst eine eingeschränkte Anerkennung verweigerte. Alleine die Sowjetunion sagte ein klares Ja zu dem neuen Staat und hat inzwischen verständnisvolle Nachahmung in anderen Ländern gefunden.“¹⁰⁵ Fast wortgleich berichteten auch die anderen beiden Parteiorgane von der Anerkennung Israels durch die Sowjetunion.¹⁰⁶ Dabei lieferte die *Neue Zeit* eine eigene Begründung für die unbeständige Politik der USA.¹⁰⁷ Neben dem wahltaktischen Kalkül Präsident Trumans, sich die jüdischen Stimmen zu sichern, habe das Weiße Haus die Notwendigkeit verspürt, „der Sowjetunion mit der Anerkennung zuvorzukommen.“¹⁰⁸ Die Nachricht über die Anerkennung Israels durch die USA sei, nach dem ursprünglichen Abweichen der USA vom Teilungsplan, „wie eine Bombe in der Sitzung der UN-Vollversammlung“¹⁰⁹ eingeschlagen.

Als einzige Zeitung (neben der *Jungen Welt*) verhielt sich *Der Morgen* gegenüber den Anerkennungspraktiken der beiden Supermächte völlig neutral. Erst Ende Mai kommentierte das LDPD-Organ das diplomatische Vorgehen der USA.¹¹⁰ Präsident Truman hätte mit der „beschleunigten Anerkennung [...] die Kreise seiner eigenen

⁹⁷ Staat Israel proklamiert. In: *Neue Zeit*, 15.05.1948, S. 1; Ausrufung in Tel Aviv. In: *Der Morgen*, 15.05.1948, S. 1.

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ Staat Israel proklamiert. In: *Neue Zeit*, 15.05.1948, S. 1.

¹⁰⁰ Ausrufung in Tel Aviv. In: *Der Morgen* 15.05.1948, S. 1.

¹⁰¹ Staat Israel hat sich konstituiert. In: *Neues Deutschland*, 15.05.1948, S. 1.

¹⁰² USA erkennen „Staat Israel“ an. In: *Neues Deutschland*, 16.05.1948, S. 1; USA: Anerkennung Israels Sensation bei der UN. In: *Der Morgen*, 16.05.1948, S. 1.

¹⁰³ Sowjetunion erkennt Israel an. In: *Neues Deutschland*, 19.05.1948, S. 1.

¹⁰⁴ Die Woche im Ausland. In: *Neues Deutschland*, 23.05.1948, S. 2.

¹⁰⁵ Ebd.

¹⁰⁶ Sowjetunion erkennt Staat Israel an. In: *Neue Zeit*, 19.05.1948, S. 2; Israel auch durch Moskau anerkannt. In: *Der Morgen*, 19.05.1948, S. 2.

¹⁰⁷ Wirrwarr um Palästina. In: *Neue Zeit*, 16.05.1948, S. 1.

¹⁰⁸ Ebd.

¹⁰⁹ Ebd.

¹¹⁰ -r: Diplomatische Feuerwehr. In: *Der Morgen*, 28.05.1948, S.1.

Diplomatie erheblich gestört.¹¹¹ Auslöser für den Kommentar waren offenbar Berichte über die Aufhebung des amerikanischen Waffenembargos für den Nahen Osten und über eine „nicht unerhebliche[n] Anleihe“ für Israel. Eine gemeinsam mit der UdSSR abgestimmte internationale Linie bezüglich Palästina sei inzwischen „durch den Dilettantismus der Amerikaner“ in weite Ferne gerückt. Dies wurde im *Neuen Deutschland* bereits zuvor so kommentiert:

Nur aus innenpolitischen Gründen bequeme sich das State Department zu einer halben Anerkennung [Israels], nachdem es wenige Wochen vorher noch die Entwicklung in Palästina im halbkolonialen Zustande einer Treuhänderschaft zu hemmen versuchte [...]. Wie der wahre Schuldige an einem Verbrechen entfernte sich Großbritannien vom Schauplatz seiner Taten, nicht ohne vorher für ein kräftiges Schüren der arabisch-zionistischen Gegensätze gesorgt zu haben. Und schon beeilt sich Washington, seinem Beispiel zu folgen, indem es daran denkt, das Waffenembargo aufzuheben [...]. Die [amerikanische] Außenpolitik ist auf dem Wege, sich mit der historischen Verantwortung eines grenzenlosen Blutbades zu belasten, um hinterher sagen zu können, es sei unmöglich gewesen, die Teilung Palästinas und die Konstituierung zweier selbständiger Staaten zuzulassen.¹¹²

Die Ausrufung des Staates Israel gab Anlass für Berichte über erste personelle Entscheidungen und politische Verlautbarungen im jüdischen Staat. So berichtete die *Neue Zeit* über die Wahl Ben-Gurions zum ersten Ministerpräsidenten¹¹³ und seine Erklärung, die „das britische Weißbuch und die britischen Gesetze über die jüdische Einwanderung nach Palästina und die Abtretung von palästinensischen Gebietsteilen für null und nichtig“¹¹⁴ erklärt hätten. Die *Neue Zeit* konnte knapp eine Woche später verkünden, dass „jüdische Freiwillige aus der britischen Besatzungszone [...] Deutschland verlassen [haben], um in der Armee des Staates Israel zu dienen.“¹¹⁵ Insgesamt würden „[e]twa 70 Prozent der zur Zeit in Deutschland lebenden jüdischen DP's [...] nach Palästina“¹¹⁶ auswandern wollen, so die CDU-Zeitung mit Verweis auf eine Behauptung Chaim Hoffmans, Leiter des Verbindungsbüros der Jewish Agency in München.

Wenige Tage später war die Wahl Weizmanns zum provisorischen Staatspräsidenten dem *Neuen Deutschland* und *Dem Morgen* eine kurze Meldung wert.¹¹⁷ Einzig die LDPD-Zeitung berichtete auch über die Nominierung Abba Ebans zum UN-Vertreter Israels¹¹⁸ und über die Aufwertung des bisherigen Büroleiters der Jewish Agency in Washington, Elijah Epstein, zum dortigen Gesandten,¹¹⁹ sowie die Besetzung des Posten des Generalkonsuls in New York durch Arthur Louries, bisher ebenfalls Leiter des dortigen Büros der Jewish Agency.¹²⁰

Über ein Treffen zwischen dem amerikanischen und dem israelischen Präsidenten, Truman und Weizmann, in Washington, bei dem die Aufhebung des amerikanischen Waffenembargos in Aussicht gestellt wurde und Weizmann um einen Kredit in Höhe von 90 bis 100 Millionen Dollar gebeten habe, berichteten *Der Morgen* in einer Kurzmeldung und die *Neue Zeit* in einem etwas ausführlicheren Artikel.¹²¹ Die Anfrage für den Kredit sei „nicht vergeblich gewesen“ und werde „zur Rehabilitierung von verschleppten Juden“ genutzt werden.¹²²

¹¹¹ Dieses und die folgenden Zitate: Ebd.

¹¹² Die Woche im Ausland. In: *Neues Deutschland*, 23.05.1948, S. 2.

¹¹³ Vgl. Ben Gurion Ministerpräsident. In: *Neue Zeit*, 15.05.1948, S.: 1.

¹¹⁴ Annullierung britischer Gesetze. In: *Neue Zeit*, 15.5.1948, S. 1.

¹¹⁵ Freiwillige für Israel. In: *Neue Zeit*, 21.05.1948, S. 1.

¹¹⁶ Jüdische DPS wollen heim. In: *Neue Zeit*, 21.05.1948, S. 1.

¹¹⁷ Weizmann provisorischer Staatspräsident. In: *Neues Deutschland*, 19.05.1948, S. 1; Chaim Weizmann Staatspräsident. In: *Der Morgen*, 19.05.1948, S. 2.

¹¹⁸ Kurze Umschau in die Welt. In: *Der Morgen*, 22.05.1948, S. 2.

¹¹⁹ Israels Gesandter in Washington. In: *Der Morgen*, 21.05.1948, S. 2.

¹²⁰ Ohne Überschrift. In: *Der Morgen*, 30.05.1948, S. 1.

¹²¹ Unterredung Truman – Weizmann. In: *Der Morgen*, 26.05.1948, S. 1; Hoffnung auf amerikanische Waffen. In: *Neue Zeit*, 26.05.1948, S. 1.

¹²² Ebd.

Ebenso gab das CDU-Organ bekannt, Israel habe darüber hinaus Panzer, Panzerabwehrgeschütze und Flugzeuge von den USA erbeten. Obschon es hier um wichtige Anleihen und Rüstungsgüter für den jüdischen Staat ging, berichtete das *Neue Deutschland* über das Treffen der beiden höchsten Repräsentanten der USA und Israels gar nicht.

Auch wenn der Jischuw im Laufe des Aprils zunehmend als internationaler Akteur dargestellt wurde und trotz der Tatsache, dass mit der Gründung des Staates Israels vermehrt über die fortschreitende Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit anderen Staaten berichtet wurde, stand der kriegerrische Zustand in der Region nach wie vor im Mittelpunkt der Berichterstattung. Dabei fällt auf, dass für die Invasion der arabischen Staaten kein Beginn festgemacht wurde. Schon vor der Gründung des Staates Israel tauchten immer wieder Meldungen auf, nach denen eine Invasion, zumindest von Teilen der arabischen Staaten, bereits begonnen hätte. So basierte eine Information der *Neuen Zeit* von Ende April auf einer Reuters-Meldung, der zufolge „König Abdullah von Transjordanien dem Zionismus [...] den Krieg erklärt“ und seine Armee „Jericho besetzt und bereits die Außenbezirke von Jerusalem erreicht“¹²³ hätte. Auch *Der Morgen* verbreitete diese Information.¹²⁴ Ebenso wurde Anfang Mai eine vermeintlich aus der Haganah stammende Information verbreitet, nach der auch libanesishe Truppen die Grenze zu Palästina bereits überschritten hätten.¹²⁵

Bis Ende Mai 1948 konzentrierte sich die Berichterstattung auf die militärischen Entwicklungen in Jerusalem, Jaffa, Haifa und einigen weiteren Städten und Regionen sowie auf das Abschnüren der Verbindung zwischen Tel Aviv und Jerusalem durch arabische Einheiten. Die Auseinandersetzungen mit der Jordanischen Legion um die Heilige Stadt fanden ebenfalls besondere Beachtung. Letztlich wurde auch immer wieder über die Verabschiedung und den Bruch verschiedener Waffenstillstandsabkommen und Feuerpausen informiert. Während die israelischen Truppen zumeist noch als „jüdische Einheiten“ bezeichnet worden waren, setzte sich vermehrt auch die Bezeichnung Haganah durch. Auf arabischer Seite wurden vor allem „arabische Einheiten“, oder, besonders im Falle Jerusalems, die „jordanische Legion“ als Akteure benannt. Die tägliche Kriegsberichterstattung aus Palästina brachte keine neuen Aspekte in der Darstellung des jungen Staates Israel hervor.

1.5. Fazit: Keine breite Euphorie angesichts der Staatsgründung Israels

Allgemein muss festgehalten werden, dass im Umfeld der UN-Teilungsresolution Ende November 1947 die Situation in Palästina keinen prominenten Platz in den Zeitungen der SBZ einnahm. Wirkliche Bedeutung erhielt die Thematik erst mit der näher rückenden Gründung des jüdischen Staates im Mai 1948 und der antizipierten Invasion der arabischen Armeen. Die Anzahl der Artikel und deren prominente Platzierung nahmen deutlich zu. Ausgesprochen wenig berichtete die *Junge Welt*, selbst wenn man in Betracht zieht, dass das FDJ-Organ zu dieser Zeit nur wöchentlich erschien. Grundsätzlich orientierte sich die Berichterstattung an Agenturmeldungen zu tagesaktuellen Geschehnissen. Versuche, den Palästina-Konflikt und seine Implikationen tiefgründiger darzustellen, blieben die Ausnahme. Diese Art der Berichterstattung ließ zum einen nicht viel Raum für die Darstellung gesellschaftlicher, politischer oder wirtschaftlicher Aspekte des Jischuws. Zum andern muss dem Leser, der sich mit den Nationalbestrebungen der Juden sowie der Araber in Palästina nicht näher auskannte, und der keine genaueres Wissen der geographischen Gegebenheiten hatte, äußerst schwergefallen sein, der Berichterstattung zu folgen.

¹²³ Brennendes Palästina. In: *Neue Zeit*, 28.04.1948, S. 1.

¹²⁴ Transjordanische Truppen im Vormarsch. In: *Der Morgen*, 28.04.1948, S. 1.

¹²⁵ Haganah meldet Einmarsch aus dem Libanon. In: *Der Morgen*, 05.05.1948, S. 2.

Während zunächst die Schuld für die Eskalation den Arabern zugeschrieben und mit deren ablehnenden Haltung gegenüber dem UN-Teilungsplan begründet wurde, entstand bereits im Laufe des Dezembers 1947 der Eindruck eines undurchschaubaren Geflechts von Gewalt und Gegengewalt. Erst mit der absehbaren Gründung des Staates Israel und der bevorstehenden Invasion der arabischen Staaten, schienen die Zeitungen in der Lage gewesen zu sein, die Fronten klarer darzustellen.

In einigen zentralen Punkten waren die Zeitungen durchaus unterschiedlicher Meinung, eine Erkenntnis, die, aufgrund der sich fortan perfektionierenden Agitationsbürokratie der SED durchaus als bemerkenswert hervorgehoben werden sollte. Eine erste Diskrepanz bestand in der Wahrnehmung des Teilungsplanes, der laut der *Neuen Zeit* und dem *Morgen* Ausdruck der inhaltlichen Übereinstimmung der USA und der Sowjetunion gewesen sei. Dagegen sprach das *Neue Deutschland* von Anbeginn den USA die Rolle eines ‚imperialistischen Störenfriedes‘ zu. Ein weiterer Unterschied lag in der Beschreibung der Zukunftsperspektiven, die durch die Gründung eines jüdischen Staates erwartet wurden. Walter Janka hatte im *Neuen Deutschland* die Ansicht vertreten, dass ein jüdischer Staat sowohl Gerechtigkeit für die verfolgten Juden bedeuten, als auch die Völker des Nahen Osten schrittweise vom Imperialismus befreien werde. In keiner anderen Zeitung wurden solche positiven Erwartungen mit einem jüdischen Staat verbunden.

Dagegen waren sich ab Mai 1948 alle Zeitungen darin einig, dass der Konflikt erst durch die Interessen des Imperialismus, verkörpert durch die USA und Großbritannien, hervorgerufen wurde. Auch dafür hatte Janka im *Neuen Deutschland* deutliche Worte gefunden: Der Konflikt sei durch die Briten schon im Zuge des Ersten Weltkrieges bewusst angelegt worden, und die Amerikaner hätten mit ihrer inkonsequenten Politik die Lage dramatisch verschlimmert. Die Briten hätten die Infiltration arabischer Kämpfer aus den Nachbarländern nicht verhindert, obwohl sie dies konnten, und die Amerikaner hätten sich aus rein innenpolitischen Motiven schließlich doch für die Anerkennung Israels ausgesprochen. Hierbei muss die deutliche antiimperialistische Haltung beachtet werden, die offensichtlich schon vor der Gründung der DDR in den ostdeutschen Zeitungen vorherrschte. Antisemitisch waren sie zu diesem Zeitpunkt nicht, nicht zuletzt weil Israel noch als ‚gut‘ beziehungsweise als ‚nicht schädlich‘ angesehen wurde.

Die wenigen Beiträge, die den Jischuw oder den Staat Israel gesellschaftspolitisch darstellten, beschränkten sich auf diplomatisches Handeln in der UN und im Zusammenhang mit der Besetzung von politischen Posten. Intensiver war die Berichterstattung über militärische Aspekte des Konfliktes.

Es bleibt festzuhalten, dass eine Ablehnung des Staates Israel durch die SBZ/DDR in dieser Phase publizistisch nicht nachgewiesen werden kann. Ebenso wenig aber lässt sich von einer euphorischen Begrüßung des Staates Israel sprechen. Selbst die deutlichsten Plädoyers für einen jüdischen Staat standen vorrangig unter der Devise, den Imperialismus im Nahen Osten bekämpfen zu müssen.

2. Der Eichmann-Prozess

Ab Mitte der 1950er Jahre war jeglicher Kontakt zwischen den Regierungen der DDR und Israels erloschen. Für den Ostblock galt Israel als Handlanger des Imperialismus im Nahen Osten. Wenig war geblieben von der angeblichen Solidarität mit den Juden, die noch während der Phase der Staatsgründung Israels eine Rolle spielte. Zu Beginn der 1960er Jahre bot der ‚Fall Eichmann‘ der ganzen Welt die Gelegenheit, sich den Holocaust zu vergegenwärtigen. Der Prozess gegen den ehemaligen SS-Hauptsturmbannführer Otto Adolf Eichmann war für Israel und die Bundesrepublik ein historisches Großereignis. In Israel führte der Prozess zu einer öffentlichen Thematisierung des Holocaust, die es in dieser Form zuvor nicht gegeben hatte, nicht zuletzt weil die Israelis einen eigenen Kampf um die pure Existenz hinter sich gebracht hatten und den Überlebenden des Holocaust ein exponierter Platz in der frühen israelischen Geschichtsschreibung vorenthalten wurde. Selbst die Einweihung der Holocaust-Gedenkstätte *Yad Vashem* im Jahre 1953 sowie die gesetzliche Verankerung eines nationalen Holocaust-Gedenktages in Israel 1959 haben die öffentliche Wahrnehmung des Holocaust nicht in dem Ausmaß begünstigt, wie es der Eichmann-Prozess – Leslie Stein zufolge gar der wichtigste Faktor, der zu einem öffentlichen Bewusstsein über den Holocaust beitrug¹ – tat.

Daher verwundert es nicht, dass der Prozess gegen Eichmann für die Überlebenden und den Staat Israel „von kaum zu überschätzender Bedeutung“ war, denn er habe „das auch in Israel als notwendig angesehene Gespräch zwischen den Generationen“ angeregt und so „zu einem neuen Selbstbild Israels“ beitragen können.² Für Leslie Stein geht die Bedeutung für Israel sogar über die innere Debatte und den Bewusstseinsgewinn hinaus:

When in May 1967 Arab states converged on Israel's borders and openly declared their genocidal intentions, Israeli soldiers were resolved that they would not allow a second Holocaust to be visited upon them. Such determination [...] was derived first and foremost from the Eichmann trial.³

Der Eichmann-Prozess habe den zentralen historischen Schluss des Zionismus untermauert, dem zufolge nur ein starker jüdischer Staat garantiere, dass sich eine Katastrophe wie der Holocaust nicht nochmal wiederholt. Für Westdeutschland war der Prozess „Kristallisationspunkt“ und „Prüfstein“ im Umgang mit der NS-Vergangenheit.⁴ Die Darstellung der NS-Verbrechen, die durch die Aussagen von über 100 Zeugen und durch die Beweislast von über 1.500 vorgelegten Dokumenten⁵ im Prozess gegen Eichmann ans Tageslicht kamen, wirkten wie eine „Initialzündung“ und konnten bereits vor den 68ern das „kommunikative Beschweigen“ beenden.⁶ Vermutlich war es das Ziel der israelischen Staatsanwaltschaft und der Regierung des Staates Israel, „die Vernichtung der europäischen Juden in ihrer ganzen Monstrosität zu dokumentieren und so zu einer historischen und moralischen Verurteilung des Antisemitismus beizutragen.“⁷ Der Eichmann-Prozess, über den

¹ Vgl. Leslie Stein: *The Making of Modern Israel. 1948–1967*. Cambridge: Polity Press 2009, S. 231.

² Peter Krause: ‚Eichmann und wir‘. Die bundesdeutsche Öffentlichkeit und der Jerusalemer Eichmann-Prozess 1962. In: Jörg Osterloh / Clemens Vollnhals (Hrsg.): *NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011, S. 283–306, hier S. 284.

³ Stein: *The Making of Modern Israel*, S. 236.

⁴ Krause: ‚Eichmann und wir‘, S. 290. In seinem Beitrag stellt Krause die öffentliche Diskussion in der Bundesrepublik dar, darunter auch in Zeitungen. Unter anderem wurde öffentlich debattiert, ob der Prozess eine Chance oder eine Belastung für Westdeutschland sei, an welchem Ort Eichmann vor Gericht gestellt werden sollte, ob er Bürokrat oder Überzeugungstäter gewesen sei und wo die weiteren „Eichmänner“ verblieben waren.

⁵ Ebd. S. 288.

⁶ Ebd. S. 285.

⁷ Ebd. S. 288–289.

mehr als 600 ausländische Korrespondenten aus Jerusalem berichteten⁸, hievte den Holocaust ins kollektive Gedächtnis weit über Bonn und Jerusalem hinaus.

Auch innerhalb der DDR löste der anstehende Eichmann-Prozess erstmalig eine breite Beschäftigung mit dem Holocaust aus, wobei die Forschung natürlich der Parteilinie Folge leisten musste.⁹ Das Ziel der ostdeutschen Holocaustforschung war nicht etwa die Erforschung der Vernichtung des europäischen Judentums, da nach wie vor die Kommunisten als Hauptopfer des NS-Regimes galten. Es ging der SED in erster Linie darum, die Bundesrepublik zu diffamieren, gemäß der im Ostblock geltenden ‚Dimitroff-Formel‘, die besagt, dass der Faschismus „die offene, terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ sei.¹⁰ Daraus habe sich die in der DDR geltende „Gleichung“ ergeben: „Der Faschismus als Diktatur des Finanzkapitals, das Volk als dessen Opfer, Antifaschisten als dessen Avantgarde und Befreier und die DDR als Staat der Antifaschisten.“¹¹

Der Versuch, Westdeutschland in Misskredit zu bringen und die eigene Staatlichkeit als die Rettung vor dem weiter fortschreitenden bundesrepublikanischen Faschismus darzustellen, fand sich auch in der Berichterstattung zum Eichmann-Prozess wieder. Die Hauptstrategie der DDR-Zeitungen bestand darin, die vermeintliche Empörung der israelischen Gesellschaft angesichts des unterstellten Faschismus in Westdeutschland massiv darzustellen.

Eichmann, 1909 in Solingen geboren, wurde 1932 Mitglied der NSDAP und SS in Österreich, wo er noch als Kind mit seinen Eltern hingezogen war. Als die Partei dort verboten wurde, zog er nach Berlin und schloss sich dem Sicherheitsdienst (SD) der SS an. Im Juni 1935 wurde Eichmann ins Referat II-112 des SD versetzt, das sich ausschließlich mit ‚Judenangelegenheiten‘ befasste. Eichmanns Zuständigkeiten erweiterten sich zunehmend. Ab März 1938 organisierte er von Wien aus die Zwangsaussiedlung der Juden aus allen Teilen Österreichs, die offiziell als ‚freiwillige Auswanderung‘ bezeichnet wurde. Er wies an, alle Ämter und Dienststellen, die mit der Zwangsumsiedlung der Juden zu tun hatten, in dem durch ihn angeleiteten Referat zusammenzufassen. Das als ‚Wiener Modell‘ bekannt gewordene Verfahren verlief aus Sicht der NSDAP so erfolgreich, dass Eichmann zum Hauptsturmbannführer befördert und ab Sommer 1939 nach Prag versetzt wurde, um dort nach gleichem Schema mit den tschechischen Juden zu verfahren. Im Oktober wurde er zum Leiter des Referats IV D 4, das im März 1941 in Referat IV 4 umbenannt wurde. Mit der Änderung der Bezeichnung verschob sich auch der Fokus der Aufgaben: Vor dem Hintergrund des sich ausbreitenden Krieges und dem Verbot der Auswanderung für Juden wurde nun durch Eichmann die Koordination der Judenvernichtung betrieben. Als Eichmanns „Meisterstück“ galt die Deportation von 400.000 ungarischen Juden nach Auschwitz 1944, zu einem Zeitpunkt also, als die deutsche Niederlage bereits absehbar war.¹²

Eichmann war nicht nur Teilnehmer an der Wannsee-Konferenz, sondern auch Verfasser des Konferenz-Protokolls. Er arbeitete federführend an der Umsetzung der Deportationen der Juden in die Vernichtungs- und Konzentrationslager. Zu Recht gilt er als einer der wichtigsten „Schreibtischtäter“ des Holocaust. Insgesamt soll Eichmann für die Deportation von über drei Millionen Juden verantwortlich gewesen sein.¹³ Die Tatsache,

⁸ Vgl. Stein: *The Making of Modern Israel*, S. 235.

⁹ Vgl. Joachim Käppner: *Erstarrte Geschichte: Judenverfolgung und Judenvernichtung im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspromaganda der DDR*. Hamburg: Ergebnisse 1999.

¹⁰ Ebd. S. 16. Der Umfang der plötzlich erschienenen Schriften zum Holocaust war beachtlich, deren wissenschaftliche Aussagekraft allerdings beschränkt, da zu keiner Zeit zugelassen wurde, dass sie die staatlich verordneten Interpretationen über das NS-Regime konterkarierten. Vgl. ebd. S. 100.

¹¹ Ebd. S. 139.

¹² Krause: ‚Eichmann und wir‘, S. 285ff.

¹³ Meyer: *Rechtsfindung und Wahrheitssuche*, S. 124.

dass er, anders als zuvor die Angeklagten des Tribunals von Nürnberg und des Frankfurter Auschwitz-Prozesses, ganz alleine auf der Anklagebank saß, hat den Eindruck von ihm als Prototypen des NS-Täters sicherlich begünstigt.¹⁴

Nach dem Zweiten Weltkrieg geriet Eichmann unerkannt in amerikanische Kriegsgefangenschaft, konnte jedoch fliehen und lebte bis 1950 unter dem Namen Otto Henning in der Lüneburger Heide. Mit Hilfe katholischer Geistlicher konnte er sich über Italien, wo er den Namen Ricardo Klement annahm, schließlich nach Argentinien absetzen.¹⁵ Seine Frau und drei Kinder zogen nach. Gemeinsam lebten sie dort in recht bescheidenen Verhältnissen bis zum Beginn des Jahres 1960.¹⁶

Der in Frankfurt am Main tätige deutsch-jüdische Anwalt Fritz Bauer¹⁷ gab im Jahre 1957 den Mossad, Israels Auslandsgeheimdienst, mit ersten Hinweisen über den Aufenthaltsort Eichmanns. Ein Jude aus Buenos Aires, dessen Tochter die Bekanntschaft eines Jungen Namens Nicolas Eichmann gemacht hatte, war die Quelle. Nach einigen Fehlritten war sich der Mossad ab Ende 1959 sicher, Eichmann ausfindig gemacht zu haben.¹⁸ Im Mai 1960 schlug ein Mossad-Kommando zu, entführte Eichmann und flog ihn wenige Tage später, getarnt als Besatzungsmitglied einer Maschine der israelischen Fluglinie El-Al, von Argentinien nach Israel. Nach der Bekanntgabe der Gefangennahme Eichmanns durch Israels Premierminister Ben-Gurion am 23. Mai 1960, protestierte Argentinien gegen die Verletzung der eigenen Souveränität. Die UN entschied daraufhin, dass Israel Entschädigungszahlungen an Argentinien zu leisten habe. Im August 1960 erklärten beide Staaten die Angelegenheit für erledigt.¹⁹ Die Details über die Mossad-Operation blieben drei Jahrzehnte unklar, da den Beteiligten Verschwiegenheit verordnet wurde. Zvi Aharoni, einer der Mossad-Agenten, die Eichmann aus Argentinien nach Israel schafften, brach 1996 sein Schweigen und veröffentlichte seine Erinnerungen an die Aktion.²⁰

Ob Israel den Hauptsturmbannführer vor Gericht stellen durfte, war durchaus fraglich, da Israel zur Zeit der Verbrechen noch gar nicht existierte. Der jüdische Staat bestand aber darauf, über die an den Juden während der NS-Zeit verübten Verbrechen unter eigener Gerichtsbarkeit zu urteilen. Letztlich regte sich keine große Opposition in der internationalen Gemeinschaft und dem Staat Israel wurde ein „moralisches Recht“ für ein Verfahren zuerkannt.²¹ Mit der mehrmonatigen Untersuchung war eine speziell für den Fall gegründete israelische Polizeieinheit betraut, das „Büro 06“, bei der zeitweilig mehr als 50 Personen beschäftigt waren.²² Die Anklage gegen Eichmann umfasste 15 Punkte und wurde durch den israelischen Generalstaatsanwalt Gideon Hausner vertreten. Die dem Gericht vorsitzenden drei Richter hatten alle Deutschland 1933 verlassen. Zu Eichmanns Verteidigung wurde der Kölner Rechtsanwalt Robert Servatius auf Staatskosten entsandt. Beide Verteidigungsstrategien, zum einen die Leugnung der Zuständigkeit eines israelischen Gerichts als auch der

¹⁴ Vgl. Peter Krause: *Der Eichmann-Prozess in der deutschen Presse*. Frankfurt am Main: Campus 2002, S. 284.

¹⁵ Eine Version von Eichmanns Flucht über Italien nach Argentinien findet sich bei Uki Goni: *Odessa. Die wahre Geschichte. Fluchthilfe für NS-Kriegsverbrecher*. Berlin: Assoziation A 2006, S. 276ff.

¹⁶ Vgl. ebd.; Krause: „Eichmann und wir“, S. 287.

¹⁷ Für eine umfassende Biographie Fritz Bauers vgl. Imtrud Wojak: *Fritz Bauer 1903–1968 – eine Biographie*. München: C.H. Beck 2011. Zum Fall Eichmann vgl. ebd., S. 284ff.

¹⁸ Vgl. Stein: *The Making of Modern Israel*, S. 231ff.

¹⁹ Dennis Meyer: Rechtsfindung und Wahrheitssuche. Eichmann-Prozess. In: *Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten und Diskursgeschichte nach 1945*, hrsg. v. Torben Fischer / Matthias N. Lorenz. Bielefeld: Transcript 2009, S. 124–126, hier S. 124. Zur diplomatischen Krise zwischen Argentinien und Israel, im Zuge derer auch der UN-Sicherheitsrat aktiv wurde, vgl. Elmar Bauer: *Die völkerrechtswidrige Entführung*. Berlin: Duncker & Humblot 1968, S. 188–189.

²⁰ Zvi Aharoni / Wilhelm Dietl: *Der Jäger. Operation Eichmann. Was wirklich geschah*. Stuttgart: DVA 1996.

²¹ Meyer: Rechtsfindung und Wahrheitssuche, S. 124.

²² Stein: *The Making of Modern Israel*, S. 234.

Versuch, Eichmanns Taten in Bezug auf die damalige Gesetzeslage in NS-Deutschland für rechtskonform zu erklären, wurden vom Gericht abgewiesen. Dabei strengte das Urteil die durch den Nürnberger-Prozess geschaffene Präzedenz an, der zufolge eine neue Rechtsprechung für Verbrechen gegen die Menschlichkeit geschaffen werden musste und diese nachträglich in solch einem schwerwiegenden Fall Anwendung finden könnte. Eichmann wurde am 15. Dezember 1961 in allen Anklagepunkten schuldig gesprochen. Das Todesurteil wurde am 1. Juni 1962 vollstreckt, eine Revision und ein Gnadenersuch beim israelischen Präsidenten Itzhak Ben-Zvi waren erfolglos geblieben.²³

2.1. Die Verhaftung Eichmanns in den DDR-Zeitungen

Am 23. Mai 1960 gab Israels Premierminister Ben-Gurion in einer Ansprache an die Knesseth die Ergreifung Eichmanns bekannt. Von Beginn an war die Aufmerksamkeit der DDR-Zeitungen durchaus intensiv auf den Fall des ehemaligen SS-Hauptsturmbannführers gerichtet. So erschienen allein in den darauf folgenden zehn Tagen 29 Artikel. Die Hälfte dieser Artikel beschäftigte sich neben der Person Eichmanns mit dem Staat Israel im weiteren Sinne. So wurde über die Rede Ben-Gurions berichtet, die unter anderem das weitere strafrechtliche Prozedere darlegte. Ebenso wurde ein Bericht des israelischen Presseamtes thematisiert, der sich mit Eichmanns Verbleib in Westdeutschland bis 1950 und die letztlich zum Fahndungserfolg führenden israelischen Untersuchungen gegen ihn befasste.

Die Thematik rechtlicher Verfolgung von ehemaligen Nazigrößen kam ohne Zweifel schon vor Eichmanns Verhaftung in den DDR-Zeitungen vor. Zahlreiche Artikel prangerten vor allem an, ehemalige NS-Größen seien im westdeutschen Staat noch immer in hohen politischen Ämtern aktiv. Unmissverständlich wurde deren Absetzung und Verurteilung gefordert. Im Zentrum der Vorwürfe stand Hans Josef Maria Globke, Staatssekretär in Adenauers Kanzleramt.²⁴ Der Fall Eichmann wurde von der SED als Steilvorlage genutzt, um die laufende Kampagne gegen den Klassenfeind im Westen weiter zu verschärfen. „Eichmann war das Mittel zum Zweck“²⁵, um zu belegen, dass die Bundesrepublik nach wie vor ein faschistischer Staat sei.

Als einzige Zeitung ignorierte die *Junge Welt* die Verhaftung Eichmanns zunächst. Erst Gerüchte über einen westdeutschen Auslieferungsantrag brachten aber auch das FDJ-Organ dazu, über die Verhaftung zu informieren.²⁶ Danach wurde, wie in den anderen Zeitungen auch, der propagandistische Kampf gegen Westdeutschland zum zentralen Motiv der Berichterstattung. Dabei blieb der Staat Israel als Akteur in der *Jungen Welt* unbeachtet. Auch der Prozessbeginn im April 1961 änderte dies nicht, so dass ein Israelbild im Zusammenhang mit dem Eichmann-Prozess im FDJ-Organ nicht entstand. Dagegen gaben die anderen Zeitungen vermehrt Stimmen aus der israelischen Gesellschaft und der dortigen Presse wieder.

²³ Meyer Rechtsfindung und Wahrheitssuche, S. 124–125. Die deutsche Übersetzung der Urteilsbegründung findet sich bei Awner W. Less: *Schuldig. Das Urteil gegen Adolf Eichmann*. Frankfurt am Main: Athenäum 1987.

²⁴ Globke war einer der Mitverfasser des juristischen Kommentars zu den Nürnberger Rassengesetzen. 1963 eröffnete die DDR ein eigenes Verfahren gegen Globke, nachdem der hessische Generalstaatsanwalt, Fritz Bauer, sich vergebens darum bemüht hatte. Vgl. Detlef Joseph: *Hammer, Zirkel, Hakenkreuz. Wie antifaschistisch war die DDR?* Berlin: Edition Ost 2006, S. 77.

²⁵ Michael Wolffsohn: *Die Deutschland Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden*. München: Ed. Ferenczy bei Bruckmann 1995, S. 29.

²⁶ Bonn sorgt sich um: Mörder Eichmann. In: *Junge Welt*, 28./29.05.1960, S. 2. Einen Auslieferungsantrag stellte allerdings nur Argentinien, von wo aus Eichmann nach Israel gebracht wurde. Vgl. Hannah Arendt: *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht über die Banalität des Bösen*. München: Piper 2007, S. 9.

Die anderen drei Zeitungen berichteten über die Verhaftung Eichmanns frühestmöglich am 25. Mai. Während *Der Morgen* nur in einer Kurzmeldung seine Leser auf die Ergreifung hinwies,²⁷ war die Neuigkeit dem *Neuen Deutschland* und der *Neuen Zeit* eine ausführliche Berichterstattung wert. Laut der *Neuen Zeit* gab Ben-Gurion nicht nur bekannt, dass Eichmann verhaftet worden sei, sondern auch, dass er „in Kürze vor Gericht gestellt werde.“²⁸ Am Tag darauf schrieb die CDU-Zeitung, dass die Sonderkammer des Obersten israelischen Gerichtshofs, die den Fall Eichmann verhandeln werde, aus fünf Richtern bestehe. Eben diese Information wurde auch durch *Den Morgen* verbreitet.²⁹ Tatsächlich war das Gericht schließlich mit drei Richtern besetzt.³⁰

Der Auftakt-Artikel im *Neuen Deutschland* vom 25. Mai stammte, im Gegensatz zu denen aus *Dem Morgen* und der *Neuen Zeit*, nicht aus ADN-Quellen, sondern wurde offenbar in der eigenen Redaktion verfasst. Dies mag auch ein Grund für die falsche Behauptung gewesen sein, der zufolge sich das israelische Parlament in Tel Aviv befände.³¹ Ein weiterer falscher Eindruck entstand dahingehend, dass die Berichterstattung nahelegte, Eichmann sei in Israel festgenommen worden. Von Argentinien als Ort der Ergreifung wurde nirgends geschrieben. Am deutlichsten drückte dies die *Junge Welt* aus, deren erster Bericht der Adenauer-Regierung vorwarf, „den millionenfachen Judenvernichter Eichmann, der jetzt in Israel verhaftet wurde, den Kopf retten“³² zu wollen.

Neben den von Ben-Gurion vor der Knesseth gesprochenen Worten wurde auch von seinem öffentlichen Brief an den Vorsitzenden der israelischen Arbeiterpartei, Israel Galili, berichtet. Ben-Gurion habe darin klargestellt, dass eine Auslieferung Eichmanns an Westdeutschland nicht in Frage komme und Eichmann in keinem anderen Land vor Gericht gestellt werde.³³ Selbst wenn die *Neue Zeit* als einzige Zeitung den Brief an Galili nicht thematisierte, schlussfolgerte auch sie richtigerweise, dass Eichmann die Todesstrafe drohe, denn das israelische Gesetz sehe für den Großteil der ihm vorgeworfenen Verbrechen die Höchststrafe vor.³⁴

Die drei Parteiorgane stützten sich bei ihrer Meldung, Eichmann hätte noch bis 1950 unbehelligt in Westdeutschland gelebt, explizit auf Informationen des israelischen Presseamtes.³⁵ Darüber hinaus basierte die angebliche Verwunderung in Israel, dass Eichmann während seiner kurzen Haftzeit in amerikanischer Kriegsgefangenschaft in Österreich unerkannt blieb, laut der *Neuen Zeit* auf einer Meldung der DPA.³⁶ Die Berufung auf eine westliche Presseagentur, auf westliche Medien und in diesem Fall auch auf das israelische Presseamt war im Falle Eichmanns durchaus gängige Praxis der DDR-Zeitungen, wenn sie denn der eigenen Linie diene. Sie wurde während des Eichmann-Prozesses vor allem dahingehend genutzt, dass Artikel, die in

²⁷ Judenmörder verhaftet. In: *Der Morgen*, 25.05.1960, S. 2.

²⁸ Judenmörder Eichmann festgenommen. In: *Neue Zeit*, 25.05.1960, S. 1. In Wahrheit dauerte es fast noch ein Jahr, bis der Prozess gegen Eichmann Mitte April 1961 eröffnet wurde.

²⁹ Bonn will Judenmörder retten. In: *Neue Zeit*, 26.05.1960, S. 1. Judenmörder sucht Hilfe Bonns. In: *Der Morgen*, 26.05.1960, S. 2.

³⁰ Vgl. Arendt: *Eichmann in Jerusalem*, S. 69. Der Oberste israelische Gerichtshof kam allerdings erst im Zuge der durch die Verteidigung beantragten Revision des Todesurteils ins Spiel. Die Hauptverhandlung selbst fand vor dem Jerusalemer Bezirksgericht statt.

³¹ Judenschlächter Eichmann gefaßt. In: *Neues Deutschland*, 25.05. 1960, S. 2. Die Knesseth befand sich bereits damals im israelischen (westlichen) Teil Jerusalems.

³² Bonn sorgt sich um: Mörder Eichmann. In: *Junge Welt*, 28./29.05.1960, S. 2. (Hervorhebung O.O.)

³³ Eichmann – der Mann Bonns. In: *Neues Deutschland*, 28.05.1967, S. 2; Ben-Gurion lehnt ab. In: *Junge Welt*, 28./29.5.1960, S. 2; Judenmörder bis 1950 in Westdeutschland. In: *Der Morgen*, 28.5.1960, S. 2. Es ist gut möglich, dass der Inhalt von Ben-Gurions Brief der Grund für die Gerüchte um einen Auslieferungsantrag Westdeutschlands war.

³⁴ Bonn sorgt sich um: Mörder Eichmann. In: *Junge Welt*, 28./29.05.1960, S. 2; Judenmörder sucht Hilfe Bonns. In: *Der Morgen*; Bonn will Judenmörder retten. In: *Neue Zeit*, 26.05.1960, S. 1.

³⁵ Eichmann – der Mann Bonns. In: *Neues Deutschland*, 28.05.1967, S. 2; Judenmörder bis 1950 in Westdeutschland. In: *Der Morgen*, 28.5.1960, S. 2.

³⁶ Eichmann lebte bis 1950 in Westdeutschland. In: *Neue Zeit*, 28.05.1960, S. 1.

der israelischen Presse erschienen, immer wieder als Untermauerung für die eigene Position gegenüber der Bundesrepublik angeführt wurden.

Die strafrechtlichen israelischen Untersuchungen waren ebenfalls Bestandteil der Berichterstattung. In diesem Zusammenhang gab die *Neue Zeit* bekannt, dass eine „von der israelischen Regierung eingesetzte Sonderkommission [...] ihre Ermittlungsarbeit aufgenommen“³⁷ habe. Das SED-Organ wusste zusätzlich zu berichten, dass die mit dem Fall betrauten israelischen Beamten sich „in Kürze in mehrere europäischer Länder begeben [werden], um Einsicht in Dokumente über die Rolle dieses Nazis bei der Judenvernichtung zu nehmen.“³⁸

Damit war alles zum Staat Israel gesagt, was es im Zusammenhang mit der Verhaftung Eichmanns für die Zeitungen in der DDR zu sagen gab. Das Israelbild beschränkte sich demnach in dieser ersten Phase auf die Darstellung der zentralen Akteure und Entwicklungen. Deutlich wird bei der Lektüre der Ausgaben vom Mai 1960, dass sich der Ton gegenüber Westdeutschland verschärfte. Um nochmals deutlich Missverständnisse zu vermeiden: Zahlreiche Artikel über ehemalige Nazis im westdeutschen Apparat erschienen bereits vor Eichmanns Festnahme. Diese Kampagne gegen die Bundesrepublik wurde federführend durch Albert Norden, Chefpropagandist Ulbrichts konzipiert. Immer weitere führende Persönlichkeiten in Westdeutschland wurden als angebliche ehemalige NS-Größen entlarvt. Adenauer wurde als „SS-Vaterlandskanzler“³⁹ bezeichnet.

2.2. Die Sonderkorrespondenten

Der Agitationsapparat der DDR hatte bis zum Beginn der Hauptverhandlung gegen Eichmann fast ein Jahr Zeit, sich auf die Berichterstattung vorzubereiten, deren Ziel Albert Norden wenige Tage nach der Bekanntgabe der Verhaftung Eichmanns gegenüber Ulbricht klarstellte: Die Agitation werde darauf ausgerichtet, das international viel beachtete Geschehen um Eichmann „maximal gegen das Bonner Regime zuzuspitzen.“⁴⁰ So war es vor allem an Norden zu entscheiden, welche Journalisten eine Ausreisegenehmigung nach Israel erhalten würden, um aus Jerusalem über den Prozess zu berichten.

Norden war 1904 im Kreis Kattowitz in eine jüdische Familie geboren, sein Vater war Rabbiner und wirkte als solcher lange in Elberfeld. 1921 gab Norden die Rundbriefe der radikalsozialistischen jüdischen Jugend heraus und begann 1923 seine journalistische Arbeit als Volontär bei der KPD-Zeitung *Freiheit*. Ab 1928 machte er eine steile journalistische Karriere bei verschiedenen Regionalzeitungen der KPD, bevor er 1931 stellvertretender Chefredakteur des Zentralorgans der KPD, *Rote Fahne*, wurde. Die Zeit der NS-Herrschaft verbrachte Norden in Kopenhagen, Paris, Basel, Prag und Toulouse, bevor er über Mexiko in New York landete. Von dort gelangte er 1946 wieder nach Deutschland, wo er kurz darauf unter anderem Pressechef der Deutschen Wirtschaftskommission wurde. Im Zuge des Slansky-Prozesses geriet Norden als Jude unter Druck, konnte aber 1954 seine politische Karriere wieder aufnehmen. Von 1958 bis 1981 war er Mitglied im ZK und Politbüro der SED. Als Spitzenfunktionär war er in erster Linie für die Westarbeit und die Agitation zuständig. Von 1955 bis 1968 war er Leiter der Agitationskommission beim Politbüro der SED.

³⁷ Bonn will Judenmörder retten. In: *Neue Zeit*, 26.05.1960, S. 1.

³⁸ Ohne Überschrift. In: *Neues Deutschland*, 30.05.1960, S. 2.

³⁹ Die Schurken haben sich selbst entlarvt. In: *Junge Welt*, 24.5.1960, S. 1. Trotz des Datums erschien der Artikel, noch bevor die Zeitungen in der DDR über die Verhaftung Eichmanns berichteten.

⁴⁰ Zitiert nach Meinung: *Kommunistische Judenpolitik. Die DDR, die Juden und Israel*. Münster: Lit 2002, S. 267. Ab Oktober 1960 stand für Norden fest, dass sich die agitatorische Arbeit auf den Kanzleramtschef Globke konzentrieren solle. Vgl. ebd., S. 268.

Im Dezember 1960 wandte sich der Mitteldeutsche Verlag an das Kulturministerium mit dem Vorschlag, Joachim Chaim Schwarz eine umfangreiche „Reportage über die Eichmann–Angelegenheit schreiben zu lassen.“⁴¹ Schwarz selbst kam 1950 aus Israel, wohin seine Familie vor den Nazis geflohen war, in die DDR. Er wurde 1953 im Zuge der politischen Säuberungswelle wegen angeblicher Beziehungen zu zionistischen Kreisen und verschwiegener Mitgliedschaft in der israelischen Mapai-Partei⁴² und der Haganah aus der SED ausgeschlossen. Aber selbst danach ging Schwarz Reibungen mit der Partei und linientreuen Institutionen in der DDR nicht aus dem Weg, was sicherlich zur Ablehnung des Antrages beitrug.⁴³

Der Mitteldeutsche Verlag begründete die Nominierung Schwarz' gegenüber der Abteilung Literatur und Buchwesen im Kulturministerium vor allem damit, dass er in „politischer und literarischer Hinsicht gute Fortschritte“⁴⁴ mache, die in einer von ihm für den Verlag angefertigten Landesreportage über Israel deutlich geworden seien. Auch seine Hebräischkenntnisse, die er sich als Mitarbeiter der ersten Tageszeitung der israelischen Arbeiterbewegung, *Dawar*, und als Kriegskorrespondent der israelischen Armee angeeignet hatte, hätten überzeugt.⁴⁵ Unterstützung erhielt der Antrag durch den Stellvertretenden Leiter im Sektor Schöne Literatur der Abteilung Literatur und Buchwesen im Kulturministerium, Egon Rentzsch, der gegenüber seinem direkten Vorgesetzten, Bruno Haid, bescheinigte, dass Schwarz „sich in seinen bisherigen Publikationen (insbesondere in seinen Reportagen) stets bemüht [hat], aktuelle Probleme zu behandeln. Er vertritt immer einen parteilichen Standpunkt.“⁴⁶ Rentzsch schlug sogar vor, zu prüfen, ob Schwarz „nicht auch die Nachrichtenerstattung für unsere Presse mit übernehmen kann.“⁴⁷ Ungeachtet seines Einsatzes für Schwarz meinte aber auch Rentzsch, dass es in jedem Fall nötig sei, „dem Autor eine klare politische Aufgabenstellung mitzugeben.“⁴⁸ Haid vermerkte auf dem Schreiben handschriftlich, dass er grundsätzlich einverstanden sei, die Entscheidung aber beim Presseamt liege.

Vier Wochen später informierte Rentzsch den damaligen Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda, Horst Sindermann, über die Unterstützung des Antrags des Mitteldeutschen Verlages durch die Abteilung Literatur im Kulturministerium.⁴⁹ Wenige Tage später leitete Sindermann das Schreiben an Albert Norden weiter. Am Rande des Dokuments vermerkte Sindermann noch handschriftlich, dass er Rentzsch, vermutlich am Telefon, bereits „abgewimmelt“ habe, was die endgültige Ablehnung des Antrages durch Albert Norden in gewisser Weise vorwegnahm.

⁴¹ Anfrage des Mitteldeutschen Verlags beim Ministerium für Kultur Abt. Literatur und Buchwesen. 5.12.1960. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/9.02/21, Bl. 72.

⁴² Die Mapai war eine links-zionistische Partei, aus deren Mitte die heutige Arbeiterpartei Israels hervorging. Sie war zum damaligen Zeitpunkt die stärkste politische Kraft in Israel.

⁴³ Zur Person Joachim Schwarz siehe auch Karin Hartewig: *Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR*. Köln: Böhlau 2000, S.180ff.

⁴⁴ Anfrage des Mitteldeutschen Verlags beim Ministerium für Kultur Abt. Literatur und Buchwesen. 5.12.1960. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/9.02/21, Bl. 72.

⁴⁵ Anlage zum Antrag des Ministeriums für Kultur Abt. Literatur und Buchwesen an die Abt. Agitation. 13.1.1961. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/9.02/21, Bl. 74.

⁴⁶ Rentzsch an Haid. Stellungnahme zum Antrag des Mitteldeutschen Verlages auf Delegierung des Autors J.C. Schwarz zur Teilnahme am Eichmann-Prozess in Israel. 14.12.1960. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/9.02/21, Bl. 73.

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Rentzsch an Sindermann. 13.1.1961. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/9.02/21, Bl. 71.

Zwar sollte Schwarz 1963 tatsächlich einen Roman über Eichmann beim Mitteldeutschen Verlag veröffentlichen,⁵⁰ aber in Israel war er für seine Recherchen nicht gewesen. Es sei nicht im Interesse der DDR, so Norden in einer schriftlichen Begründung, „mehr Wind als notwendig“ um den Eichmann-Prozess zu machen.⁵¹ Offenbar war dies eine Reaktion auf Veröffentlichungen in der westdeutschen Presse, die der DDR genau dies vorwarfen. Denn wie Norden weiter schrieb, besagte „schon die Bourgeoisie-Presse“⁵², dass Eichmann in der DDR zu viel Aufmerksamkeit gewidmet werde. Und überhaupt seien zwei bis drei Journalisten vor Ort ausreichend.

Deutlich weniger bemüht als der Mitteldeutsche Verlag und der stellvertretende Sektorenleiter Rentzsch war die Redaktion der *BZ am Abend*. Am 8. Dezember 1960 ließ sie Norden wissen, dass man eine Einladung für den Eichmann-Prozess durch das israelische Presseamt erhalten hatte und man den Chefredakteuren Ernst Hansch für die Entsendung nach Jerusalem vorschlug.⁵³ Tatsächlich handelte es sich bei dem Schreiben des israelischen Presseamtes nicht um eine Einladung, sondern um eine Rückmeldung auf einen „Antrag auf Registrierung“, den die Redaktion zuvor gestellt haben musste.⁵⁴ Der Antrag wurde abgelehnt, weitere Versuche der *BZ am Abend* sind nicht aktenkundig. Verbunden mit der Ablehnung des Antrags hatte Albert Norden das Presseamt darauf hingewiesen, „daß ADN regelmäßig berichten muß.“⁵⁵

Als einzige Tageszeitung erhielt das *Neue Deutschland* eine Sondergenehmigung, einen Mann aus den eigenen Reihen nach Israel zu schicken. Als eigentlich schon vereinbart war, dass nur zwei Berichterstatter nach Israel geschickt würden, und dass es sich dabei um Gerhard Leo für den ADN und Kurt Goldstein für den Rundfunk handeln sollte, gab Walter Ulbricht gegenüber Hermann Axen⁵⁶, Cheferdakteur vom *Neuen Deutschland*, sein persönliches Einverständnis, Max Kahane für das SED-Zentralorgan zu entsenden. Die Erlaubnis durch Norden für drei Sonderkorrespondenten war damit nur noch Formsache.⁵⁷ Danach wurde die Grundsatzentscheidung getroffen, „keine weiteren Genossen zur Berichterstattung über den Prozeß nach Israel“ fahren zu lassen.⁵⁸ Alle betroffenen Stellen wurden auf Nordens Anweisung über den grundsätzlichen Beschluss informiert. Angeblich hatte die Wochenpost die „vorgesehene Fahrt des Gerichtsberichterstatters Hirsch“ schon zuvor selbst abgesagt.⁵⁹ Weitere Anträge blieben aus.

Auffällig ist, dass alle drei Journalisten, die schließlich aus Israel vom Eichmann-Prozess berichteten, jüdischer Herkunft waren, und dass es sich bei ihnen ausschließlich um Vertreter ostdeutscher Medien handelte, die direkt unter der Kontrolle der SED standen. Denn der ADN und auch der Rundfunk wurden, wie auch das SED-Organ, direkt durch die Abteilung Agitation angeleitet. Die Auswahl der zum Prozess gesandten Korrespondenten entsprach ohne Zweifel einem bedeutenden und frühzeitigen Eingriff in die

⁵⁰ Chaim Joachim Schwarz: *Die sechste Kolonne oder Der Henker will nicht hängen*. Halle/Saale: Mitteldeutscher Verlag 1963.

⁵¹ Norden an Sindermann. 19.1.1961. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/9.02/21, Bl. 70.

⁵² Ebd.

⁵³ Schwab an Norden. 8.12.1960. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/9.02/21, Bl. 77.

⁵⁴ David Landor, Direktor des Presseamtes der Regierung des Staates Israel. 25.11.1960. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/9.02/21, Bl. 78.

⁵⁵ Schwab an Norden. 8.12.1960. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/9.02/21.

⁵⁶ Hermann Axen war von 1962 bis 1989 Leiter der Außenpolitischen Kommission beim Politbüro des ZK der SED und ab 1966 als ZK-Sekretär verantwortlich für internationale Verbindungen.

⁵⁷ Agitationskommission an Norden. Berichterstattung über den Prozeß gegen Eichmann. 27.12.1960. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/9.02/21, Bl. 76.

⁵⁸ Agitationskommission an Norden. Berichterstattung über den Prozeß gegen Eichmann. 16.2.1961. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/9.02/21, Bl. 75.

⁵⁹ Ebd.

Berichterstattung. Die SED wählte die Option, die ihr die unmittelbarste Kontrolle über die Veröffentlichungen zum Eichmann-Prozess versprach.

Kurt Julius Goldstein hatte Mitte der 1930er Jahre eine kurze Zeit in Israel gelebt und dort als Bauarbeiter in der Nähe von Haifa gearbeitet. Nach seinem Einsatz im spanischen Bürgerkrieg wurde er 1939 in Frankreich als deutscher Spion verhaftet und 1942 ausgeliefert, unter anderem zusammen mit Hermann Axen. Er wurden für den Rest des Krieges von den Nazis in Auschwitz und Buchenwald interniert. Max Kahane hatte nach seiner Emigration nach Prag ebenfalls am spanischen Bürgerkrieg teilgenommen. Nachdem er mehrfach erfolgreich aus französischen Internierungslagern geflohen war, kehrte er im Juni 1945 zurück nach Berlin, wo er gleich als Journalist zu arbeiten begann. Als Berichterstatter nahm Kahane schon am Nürnberger Kriegsverbrecherprozess teil und war Mitbegründer des ADN im darauf folgenden Jahr. Zwischen 1948 und 1950 fungierte er als erster ADN-Korrespondent in Prag, womit er zu den allerersten ostdeutschen Auslandskorrespondenten gehörte. 1952 erfolgte seine Entlassung als stellvertretender Direktor beim ADN im Zuge der Säuberungswelle in der DDR. Er besucht bis 1953 eine SED-Parteihochschule. Fünf Jahre später wurde er zum Korrespondenten für das *Neue Deutschland* und Mitte der 1960er zu dessen Chefkomentator ernannt.⁶⁰ Gerhard Leo war aktiv in der französischen Résistance, nachdem er als zehnjähriger Junge mit seinen Eltern vor den Nazis nach Frankreich floh. Seine ersten journalistischen Schritte unternahm er vermutlich für den Untergrundsender *Bir Hakeim*, der deutschsprachige Sendungen von Mitgliedern des Nationalkomitees Freies Deutschland für den Westen produzierte. Seine Familie hatte sich schon vor seiner Geburt stark vom Judentum distanziert, so dass er als Kind getauft wurde. Bis spätestens 1959 war Leo Leiter der Hauptredaktion Gesamtdeutsche Fragen beim ADN, anschließend bis 1962 dessen Korrespondent bei der UNO in Genf. Sein Wechsel zum *Neuen Deutschland* brachte ihn nach Lateinamerika, wo er bis 1970 als Auslandskorrespondent des SED-Organs tätig war. Seine weiteren Stationen für das *Neue Deutschland* waren New York, Paris und Hanoi.⁶¹

Neben der rein journalistischen Tätigkeit waren die Sonderkorrespondenten auch damit beschäftigt, Lageberichte mit Hintergrundinformationen zu liefern, die über das hinausgingen, was letztlich in den Zeitungen abgedruckt wurde. Am 19. Mai 1961 erreichte den ADN ein vertraulicher Informationsbericht von dessen Sonderkorrespondenten Gerhard Leo, der eine Woche später dem ZK vorgelegt wurde.⁶² Der Bericht stützte sich im ersten Teil auf ein Gespräch mit Wolf Ehrlich und Shmuel Mikunis, beides führende Mitglieder der Kommunistischen Partei Israel, und erläuterte die Haltung der israelischen Bruderpartei zum Eichmann-Prozess: Die Verhaftung und der Prozess seien ohne „Kenntnis der innenpolitischen Lage in Israel“⁶³ völlig unverständlich. Die „enge Zusammenarbeit“ mit Bonn, „besonders das Abkommen über die Lieferung von israelischen Gewehren“, habe innerhalb der israelischen Gesellschaft starke Vorbehalte gegenüber Ben-Gurion und der Regierung hervorgerufen. „In erster Linie“, so der Bericht, „beabsichtige Ben Gurion mit dem Prozess das Prestige der Regierung als Repräsentant aller lebenden und ermordeten Juden wiederherzustellen, die Legitimität des Staates aus den Leiden der Vergangenheit zu begründen.“ So habe der israelische Geheimdienst zwar seit langem schon den Aufenthaltsort Eichmanns gekannt, aber erst in dieser „Situation entschloss sich

⁶⁰ Siehe auch Michael Minholz / Uwe Stirnberg: *Der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst (ADN). Gute Nachrichten für die SED*. München: Saur 1995, S. 281, 413.

⁶¹ Vgl. Heike Kleffner: Das Engagement eines Geretteten. <http://www.berlin-judentum.de/news/2003/03/abschiebung.htm> (Zugriff am 14.11.2011). Siehe auch Minholz / Stirnberg: *Der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst*, S. 417. Seine Memoiren aus der Zeit in der Résistance hielt Leo in einem Buch fest, siehe Gerhard Leo: *Frühzug nach Toulouse. Ein Deutscher in der französischen Résistance 1942–1944*. Berlin: Nation 1988.

⁶² Leo an ADN. Zur Information. 19.5.1961. SAPMO-BArch, DC/900/606. Eine weitere Abschrift findet sich unter DY/30/IV 2/20/363, Bl. 11–13.

⁶³ Dieses und die folgenden Zitate: ebd.

Ben Gurion, Eichmann festnehmen zu lassen.“ Neben der innenpolitischen Dimension hinter dem Prozess werde dieser auch genutzt, um Druck auf Westdeutschland auszuüben, damit „die für Israel wesentlichen, ablaufenden Reparationszahlungen erneuert werden.“ Als Teil einer Vereinbarung mit Adenauer sei die israelische Staatsanwaltschaft angewiesen worden, „bis auf weiteres in ihrer Vorbereitung bei der Behandlung der gesetzlichen Grundlage der Judenverfolgung den Namen Globke auszulassen.“ Die KP Israel, so Mikunis und Ehrlich gegenüber Leo, habe sich von Anbeginn gegen eine Zusammenarbeit mit Bonn und „für die Entlarvung aller Hintermänner Eichmanns, besonders Globkes“ ausgesprochen.⁶⁴

In einem zweiten Teil seines Berichts wertete Leo andere Quellen aus und berichtete über eigene Beobachtungen. So sei für den Prozess auch

die Frage der juedischen Kollaborateure Eichmanns [behindernd]. Wenn die Rolle der Palaestina-Aemter und der Zusammenarbeit der Judenraete in den Ghettos mit der Gestapo aufgerollt wuerde, kaeme es zu einer Verurteilung der reaktionaersten Aspekte der zionistischen Bewegung in der Nazizeit. Die Umgebung Ben Gurions ist aber von Repraesentanten dieser Politik durchsetzt.⁶⁵

Ein solcher Vorwurf ging weit über die schärfste Kritik hinaus, die letztlich Eingang in die Berichterstattung der Zeitungen erhielt. Wie noch darzustellen ist, hat nur das *Neue Deutschland* offene Kritik gegen die israelische Regierung im Rahmen des Eichmann-Prozesses geäußert. Diese Kritik beschränkte sich jedoch auf die Zusammenarbeit mit Bonn in Fragen bezüglich des Gerichtsprozesses sowie der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kooperation. Einen Schwenk in die Beziehungen zionistischer Kreise mit den Nationalsozialisten, wie Leo ihn in seinem Bericht tätigte, unternahm selbst das SED-Organ zu keinem Zeitpunkt.

Die von oben auferlegten Beschränkungen des Prozesses hätten auch zu „Widersprüchen im Kreise der Richter, der Staatsanwälte und der Regierung geführt“, wie ein „Gewährsmann und offizieller Vertreter einer westlichen Regierung“ gegenüber Leo angemerkt habe.⁶⁶ Der Richter Benjamin Halevy sei „besessen von dieser Frage der jüdischen Kollaborateure und er ist entschlossen, soviel davon im Prozess aufzudecken, wie nur eben möglich.“⁶⁷ Allerdings konnte Max Kahane bereits am 26. April, drei Wochen vor Leos Bericht, darüber informieren, dass die „Prozessführung den Händen des aufrechten Jerusalemer Richters Halevy“⁶⁸ entrissen worden sei. Ohne Zweifel gälte dies als weiterer Beleg dafür, dass israelische Regierungskreise Einfluss auf das Verfahren nähmen.

Auch Generalstaatsanwalt Hausner habe gegen die „Beschränkungen in der Beweisführung“⁶⁹ protestiert. Und schließlich sei es Ben-Gurion selbst, der innerhalb der Regierung, „die Ansicht geäußert habe, man solle endlich

⁶⁴ Der israelische Historiker Yeshayahu A. Jelinek glaubt, genug Belege dafür zu besitzen, dass es tatsächlich ein ‚Gentlemen’s Agreement‘ zwischen der Bundesrepublik und Israel gab. Demnach sei der Name Globke aus dem gesamten Verfahren herausgehalten worden, wofür Westdeutschland seine Waffenlieferungen an Israel forcierte. Vgl. Yeshayahu Jelinek: Adenauer – Ben Gurion – Sharett – Goldmann und die Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen. In: Hanns Jürgen Küsters (Hrsg.): *Adenauer, Israel und das Judentum*. Bonn: Bouvier 2004, S 15–26, hier 22ff.

⁶⁵ Leo an ADN. Zur Information. 19.5.1961. SAPMO-BArch, DC/900/606.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Ebd.

⁶⁸ Max Kahane: Warum Globkes Name nicht fällt. In: *Neues Deutschland*, 26.04.1961, S. 7.

⁶⁹ Dieses und die folgenden Zitate: Leo an ADN. Zur Information. 19.5.1961. SAPMO-BArch, DC/900/606. Leo lieferte am 4. Juni 1961 einen weiteren, deutlich kürzeren Bericht, in dem er davon ausging, dass die Verteidigung bei ihrer Strategie bleiben werde und er mitteilte, dass er die Prozesspause mit „Material sammeln für Artikel über das Land“ nutzen werde. Auch gedenke er, die Einladung der israelischen Regierungsstelle anzunehmen, gemeinsam mit „dem Kollegen von dpa“ nach Eilat zu fahren. Das Zentralorgan der KP

die Beschränkungen nach Westdeutschland hin aufgeben. Der sensationelle Erfolg würde beachtlich sein.“ Was genau Ben-Gurion sich davon erhofft habe, wenn man gegenüber Deutschland alle Zügel los ließe, führte Leo nicht näher aus. Ganz im Gegenteil zu der Kritik, die im *Neuen Deutschland* während des Prozesses an Ben-Gurion geäußert wurde, war es Leo zufolge eben nicht Ben-Gurion, der sich mit Westdeutschland arrangierte und dafür den Namen Globke unter den Tisch fallen ließ: „Es sei Arbeitsminister Josefthal gewesen, der immer wieder im Kabinett dafür gesorgt hätte, dass die Anweisung an Hausner aufrechterhalten bleibe“. Woher Leo diese Information hatte, bleibt unklar. Fest steht, dass sie der offiziellen Lesart der DDR diametral entgegenstand, der zufolge zwischen Ben-Gurion und Adenauer ein Geheimabkommen bestand, Hans Globke aus dem Verfahren herauszuhalten und dafür deutsche Hilfen an Israel fortzuführen. Dazu weiter unten mehr.

Auch Max Kahane sendete zwei Wochen nach Prozessbeginn, im April 1961, einen sehr ausführlichen Lagebericht an das *Neue Deutschland*, der am 25. April von Lothar Killmer⁷⁰ an das Büro Norden im ZK weitergeleitet wurde.⁷¹ Der Bericht deckte ein Themenspektrum ab, das weit über die Berichte Leos hinausging. Viel entscheidender aber ist, dass sich Kahane größtenteils auf seine eigenen Beobachtungen und Schlussfolgerungen verließ, die natürlich parteilich gefärbt waren, aber dennoch einen gewissen Grad an Offenheit erkennen lassen.

Laut Kahane sei der Prozess bisher „ohne wesentliche Überraschungen“⁷² verlaufen. Dennoch verspüre man unter den Israelis, deren Haltung „trotz Weltall, Kuba und Alger, durch ihn [den Prozess] bestimmt ist, eine allgemeine ‚Erregung‘.“⁷³ Diese Erregung in der israelischen Gesellschaft wurde zum Leitmotiv der Berichterstattung. Damit soll nicht angedeutet werden, dass die Darstellung der Israelis unbedingt zutreffend war, sondern lediglich, dass die Agitation zum Eichmann-Prozess offensichtlich die israelische Gesellschaft für die eigene Position instrumentalisierte.

Kahane sah auch in dem Zentralorgan der KP Israel, *Kol Ha'am*, einen Vorreiter im Kampf gegen die Beschränkungen in der Anklage, sowie auch die antifaschistische Widerstandsorganisation. Ebenso sei „bei israelischen Beamten ein Ausdruck des Unbehagens gegenüber der Beschränkung“⁷⁴ des Gerichtsverfahrens festzustellen gewesen. Auf der anderen Seite sei keine „fühlbare Anstrengung von der Anklageseite – Material zur Agitation gegen die UdSSR oder die arabischen Länder beizusteuern“ wahrzunehmen. Hatte die DDR etwa erwartet, dass die israelische Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen Eichmann nutzen würde, um gegen die Sowjetunion oder die arabischen Staaten zu polemisieren? Solche „Hetze“ entstamme der bürgerlichen Presse

Israel habe ihn auch gebeten, Artikel über Laos und die Algerienkonferenz zu schreiben. Vgl. Leo an ADN. Zur Information. 4.6.1961. SAPMO-BArch, DC/900/606

⁷⁰ Lothar Killmer war ein wichtiger Mitarbeiter der Außenpolitischen Redaktion. Killmer war der erste Überseekorrespondent vom *Neuen Deutschland*. Bereits 1958 war er bei der All-African Peoples Conference in Ghana anwesend und hielt seine dortigen Erlebnisse in dem Buch *Freiheitsstrommel von Accra* fest. Vgl. Young-Sun Hong: Kalter Krieg in der Ferne. Dekolonisierung, Hygienediskurs und der Kampf der DDR und der USA um die Dritte Welt. In: Uta A. Balbier / Christiane Rösch (Hrsg.): *Umworbener Klassenfeind. Das Verhältnis der DDR zur USA*. Berlin: Ch. Links 2006, S. 77–95, hier S. 78.

⁷¹ Kahane an *Neues Deutschland*. April 1961. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.028/78, Bl. 91–95; Killmer an Norden. 25.4.1961. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.028/78, Bl. 90.

⁷² Ebd.

⁷³ Am 12. April, dem zweiten Prozesstag, verbreitete sich die Nachricht von Juri Gagarin, dem ersten Menschen im Weltall. Natürlich waren die DDR-Zeitungen voll mit Ehrungen und Preisungen dieser „wissenschaftlichen Meisterleistung der Sowjetunion“. Am 13. April berichtet das *Neue Deutschland*, dass vor dem Gerichtssaal in Jerusalem „die Nachricht vom gelungenen Kosmosflug des ersten Menschen [...] auch hier lange Zeit wichtigstes Gesprächsthema“ gewesen sei. Vgl. Bonn befiehlt Eichmann Schweigen und verspricht ihm dafür Hilfe. In: *Neues Deutschland*, 13.4.1961, S. 7.

⁷⁴ Dieses und die folgenden Zitate: Kahane an *Neues Deutschland*. April 1961. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.028/78, Bl. 91–95.

und richte sich dort zuweilen auch gegen Ost-Berlin. Dennoch sei die DDR dort „mehrmals positiv aufgetreten.“

Die Anklagerede sei laut Kahane „stark und nützlich“, wenn auch in „einzelnen Punkten undeutlich und anfechtbar“ gewesen.⁷⁵ Sie habe vor allem die Annahme bestätigt, „daß Bonn geschont werden soll.“ Als Begründung führte Kahane die wirtschaftliche Abhängigkeit Israels von Westdeutschland an, die er anhand eines längeren Zitats aus der deutschsprachigen israelischen Tageszeitung *Jedioth Chadaschot* darstellt, das am 30. April fast wortgenau in einem seiner Artikel für das *Neue Deutschland* vorkommt.⁷⁶ Entgegen der Einschätzung Leos, sah Kahane Ben-Gurion sehr wohl gewillt, Westdeutschland zu schonen.⁷⁷ Für Ben-Gurion sei Adenauer „kein Nazi, sondern Demokrat“, der israelische Premierminister sei „ständig um die moralische Entlastung des bundesdeutschen Nazismus und Militarismus bemüht.“ Der Prozess biete Ben-Gurion nun die Gelegenheit, Westdeutschland einen „Persilschein“ auszustellen. Dazu diene auch die angebliche Haltung Ben-Gurions in Bezug auf die Wiedergutmachung: „Sowohl in Bonn wie auch in der DDR gibt es Antisemiten. Der Unterschied ist, daß die Ostdeutschen nicht nur getötet haben, sondern auch noch die jüdischen Vermögen einbehalten haben.“⁷⁸

Letztendlich hatte sich Kahanes Interpretation der Rolle Ben-Gurions gegenüber Leos Sichtweise durchgesetzt, wohl auch, weil sie besser begründet und passender für die Position der SED im Allgemeinen war. Während die Blockparteizeitungen sich jeglicher Kritik gegenüber der israelischen Regierung enthielten, hatte sich das *Neue Deutschland* mit fortschreitender Berichterstattung auf die angeblichen Absprachen zwischen Ben-Gurion und Adenauer fokussiert. Eine Entlastung Ben-Gurions anhand der Informationen des ADN-Korrespondenten Leo fand in keiner Zeitung statt.

2.3. Die Vorbereitung der Agitation

Neben der Entscheidung, welche Journalisten direkt aus Israel berichten sollten, wurden in Vorbereitung auf den Eichmann-Prozess propagandistische Formeln entworfen, die ihren Hauptniederschlag in den *Argumentationen des Büros des Präsidiums des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands* fanden. Bei diesen Argumentationen handelte es sich um vertrauliche Informationen für einen begrenzten Kreis, die dazu gedacht waren, die Parteilinie zu verbreiten.

In der Argumentation vom 10. Juni 1960⁷⁹ heißt, dass die „Komplicen Eichmanns in Bonn und anderenorts [...] verschiedenste Versuche, ihn nach Westdeutschland, nach Argentinien oder sonst auf irgendeine Art lebend oder tot in ihre Hand zu bekommen“ unternähmen. Bonner Kreise, „die selbst viel Dreck und Blut an den Händen haben, die Blutrichter, Gestapo-Leute, SS-Generäle usw. [...] tun alles, um den Prozess gegen Eichmann zu verhindern. Sie fürchten [...] unter die Räder [zu] kommen.“ Zentrale Bedeutung hatte die in der Argumentation vorgegebene Strategie für die Behandlung des Eichmann-Prozesses in der DDR:

⁷⁵ Dieses und die folgenden Zitate: Kahane an Neues Deutschland. April 1961. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.028/78, Bl. 91–95.

⁷⁶ Max Kahane: Warum nennt die Anklage nur tote Mörder? In: *Neues Deutschland*, 30.4.1961, S. 7.

⁷⁷ Die folgenden Zitate: Kahane an *Neues Deutschland*. April 1961. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.028/78.

⁷⁸ Die durch den „Staatsanwaltsgehilfen Bach“ getätigte Aussage vor „Ostjournalisten“, dass „weitere Namen [...] genannt werden“ und es bisher nur „reiner Zufall“ sei, dass der Name Globke bisher nicht fiel, erwähnte Kahane in seinem Bericht zwar, sprach ihr aber keine weitere Bedeutung zu. Dennoch bat er darum, der Gedenkstätte Yad Vashem entsprechendes Material zuzusenden, da man dort „an Durchführung einer Ausstellung interessiert [ist], die sich mit dem Doktor beschäftigt.“ Vgl. Kahane an *Neues Deutschland*. April 1961. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.028/78.

⁷⁹ Die folgenden Zitate: Argumentation des Büros des Präsidiums des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands, Nr. 28. 10. Juni 1960. SAPMO-BArch, DY/6/4017.

Der Fall des Judenmörders Eichmann sollte vor allem auch dazu benutzt werden, um ständig zu zeigen, dass in Westdeutschland heute die Komplizen Eichmanns am Ruder sind und dass die Lehren der Vergangenheit in Westdeutschland nicht gezogen wurden. Wie sie gezogen werden müssen, zeigt nur die Deutsche Demokratische Republik.

Hierin spiegelte sich erneut das Hauptziel der Berichterstattung.

Wer aber waren die Eichmann-Komplizen? Für die SED war dies vor allem Globke. In der Argumentation vom 30. September 1960 hieß es, Globke sei „der Vorgesetzte des Judenmörders Eichmann“ gewesen und „reif, endlich gerichtet zu werden“⁸⁰. Damit war die Stoßrichtung der SED-Agitation gegen Westdeutschland im Allgemeinen und gegen Globke im Besonderen vorgegeben. Schon Mitte August, also noch vor der September-Argumentation des Nationalrates, sah Albert Norden die „Möglichkeit zu wichtigen parlamentarischen Aktionen gegen das Adenauer-Regime“ im Zusammenhang mit der „Affäre Globke“.⁸¹ Dabei sollte sich „besonders auf die Parlamente Englands, Indiens und Israels“ konzentriert und versucht werden, „die französischen und italienischen Genossen zu entsprechenden Aktionen zu veranlassen.“⁸² Am selben Tag verfasste Norden ein Schreiben an Paula Acker, in dem er die Ausrichtung der Aktionen konkretisierte.⁸³ Acker war seit 1958 Mitarbeiterin in der Agitationskommission beim Politbüro und Leiterin des Sekretariats innerhalb des Nationalrates. Sie galt als enge Mitarbeiterin von Ulbricht und war bis Mitte der 1970er Jahre in die Diffamierungskampagnen gegen die Bundesrepublik verstärkt involviert. Norden bat sie bei den „Globke-Aktionen im Ausland“ mitzuhelfen und die ADN-Direktion zu beauftragen, „dass ihre Auslandskorrespondenten in London, Neu-Delhi [...] usw. aktiv werden, Interviews machen.“ Darüber hinaus war zu überlegen gewesen, ob es nicht möglich sei, „dass in Westdeutschland zu Globke von gewissen Sozialdemokraten parlamentarische Anfragen unternommen werden?“ Am Ende des Schreibens an Acker wurde Norden sehr deutlich. Wenn möglich, sollte „auch auf länderparlamentarischer Ebene jemand losschlagen [...] oder gleich mehrere.“ Paula Acker solle mit den gesamtdeutschen Verantwortlichen im Kulturbund und Kulturministerium sprechen, „und macht Ihnen Feuer unter der Sitzfläche!“ Norden hat die Mindestforderung vorgegeben, die von allen erhoben werden sollte: „Globke solange vom Amt suspendieren, bis eine Untersuchung die Vorwürfe gegen ihn klärt.“

Um den optimalen Ablauf der Agitation gewährleisten zu können, wurde bei Beginn des Eichmann-Prozesses eine spezielle „Agitationsgruppe zum Eichmann-Prozeß“ gegründet.⁸⁴ In ihr waren Vertreter des Fernsehfunks, des ADN und des Ausschusses für Deutsche Einheit sowie ein Vertreter vom *Neuen Deutschlands* und der Agitationskommission zusammengefasst. Für die Fokussierung der DDR-Agitation auf Westdeutschland im Zusammenhang mit dem in Jerusalem stattfindenden Prozess zeugte besonders eine Personalie innerhalb der Agitationsgruppe. Zum Verantwortlichen wurde Arne Rehan ernannt, seines Zeichens Leiter der Westabteilung im ZK und innerhalb der Westkommission beim Politbüro verantwortlich für die ‚Entlarvung des Charakters des Bonner Staates‘. Sein Vorgesetzter in der Westkommission war im Übrigen Albert Norden, der, wie Friedrich Karl Kaul, offizieller Beobachter der DDR beim Eichmann-Prozess, ebenfalls dem innersten Kreis der Mitglieder der Agitationsgruppe angehörte.⁸⁵ In dieser Funktion und als Leiter der allgemeinen

⁸⁰ Argumentation des Büros des Präsidiums des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands, Nr. 56. 30. September 1960. SAPMO-BArch, DY/6/4017.

⁸¹ Norden an Florin. 12.8.1960. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/9.02/106, Bl. 22.

⁸² Ebd.

⁸³ Alle folgenden Zitate mit Unterstreichungen im Original: Norden an Acker. 12.8.1960. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/9.02/106, Bl. 21.

⁸⁴ Über die Arbeitsweise der Agitationsgruppe zum Eichmannprozeß. 13.4.1961. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/9.02/105, Bl. 173.

⁸⁵ Vgl. auch: Kämpner: *Erstarrte Geschichte*, S. 99.

Agitationskommission kann Nordens Einfluss auf die Berichterstattung über den Prozess nicht überbewertet werden.

Die Agitationsgruppe sollte an jedem Prozesstag die tagesaktuelle Agitation beraten und jeden Donnerstag die übergeordnete Agitation sowie Maßnahmen bezüglich der Entwicklung des Eichmann-Prozesses besprechen. Zusätzlich war vorgesehen, einen Vertreter der Gruppe jeden Dienstag und Freitag an den allgemeinen Besprechungen der Agitationskommission teilnehmen zu lassen und vorbereitetes Material über den Prozess und damit zusammenhängende Themen den dort Anwesenden zu präsentieren.⁸⁶

2.4. Über die Empörung der israelischen Gesellschaft

Als der Prozess gegen Adolf Eichmann am 11. April 1961 begann, liefen die Bemühungen der DDR-Zeitungen bereits auf Hochtouren, die internationale Aufmerksamkeit, die der näher rückende Prozess auslöste, für sich zu nutzen und Westdeutschland als sicheren Hort ehemaliger Nazis darzustellen. Im Mittelpunkt der persönlichen Angriffe gegen die westdeutsche Regierung stand, wie durch die Agitation vorgegeben, Adenauers Staatssekretär, Hans Globke. In einer Vielzahl von Artikeln wurde die Kritik am westdeutschen Staat mit Stimmen der israelischen Gesellschaft und der dortigen Presse untermauert. Dabei berief man sich immer wieder auf die angebliche Empörung innerhalb der israelischen Gesellschaft. Diese sei ausgelöst worden durch die vermeintliche Einmischung Westdeutschlands in den Prozess, durch das Auftreten des Verteidigers Servatius und die bis zu dem Tage anhaltende Machtstellungen ehemaliger Nazis in der Bundesrepublik.

Die Stimmung in der israelischen Gesellschaft, die sich der Berichterstattung zufolge deutlich gegen Westdeutschland und Globke richtete, wurde von allen Zeitungen vermittelt. Große Aufmerksamkeit in diesem Zusammenhang erhielten zunächst Demonstrationen vor dem Jerusalemer Gerichtsgebäude am ersten Tag des Verfahrens. Das *Neue Deutschland* berichtete über eine Demonstration „mehrere[r] hundert Bürger Israels“, die „zur Stunde des Prozeßbeginns [...] große Fotografien von den Greueln [sic] in den faschistischen KZ mit sich [führten], die vielfach die Aufschrift ‚Eichmann, du wirst dafür bezahlen!‘ trugen.“⁸⁷ Zwei Tage später berichtete dieselbe Zeitung von einer „überfüllten internationalen Kundgebung des israelischen Verbandes für Widerstandskämpfer“, bei der „hunderte Jerusalemer Einwohner [...] Eichmanns Tod und die Bestrafung seines Hauptkomplizen, Adenauers Staatssekretär Hans Globke“ verlangt hätten.⁸⁸ Das SED-Zentralorgan hatte schon vor Prozessbeginn zu berichten gewusst, dass „[e]in großer Teil der öffentlichen Meinung des Landes Bonn mit den Naziverbrechern [identifiziert] und fordert, daß neben dem Massenmörder auch seine Hauptkomplizen, vor allem Globke, auf die Anklagebank gesetzt werden.“⁸⁹ Ende April gab das *Neue Deutschland* bekannt, dass eine Flugblattaktion gegen den „Judenmörder Globke“ unter den Einwohnern Jerusalems auf „große Zustimmung“ gestoßen sei.⁹⁰ Im Juni, nachdem Eichmann wenige Tage selbst in den Zeugenstand getreten war,⁹¹ sei Globke aufgrund der zweiten Erwähnung seines Namens durch Eichmann in „den Straßen Jerusalems [zum] Hauptgesprächsthema [geworden]. [...] Die Jerusalemer, von denen jeder fünfte die blaue Tätowierung von Auschwitz auf dem linken Arm trägt, sind zutiefst erregt. Der Eichmann-Prozeß ist zum Globke-Prozeß geworden.“⁹²

⁸⁶ Über die Arbeitsweise der Agitationsgruppe zum Eichmannprozeß. 13.4.1961. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/9.02/105.

⁸⁷ Servatius verteidigt Eichmanns Bonner Komplizen. In: *Neues Deutschland*, 12.4.1961, S. 1–2.

⁸⁸ Prozeß gegen Bonner Nazismus führen! In: *Neues Deutschland*, 14.4.1961, S. 1.

⁸⁹ Eichmann-Prozeß beginnt. In: *Neues Deutschland*, 11.04. 1961, S. 2.

⁹⁰ Augenzeuge für Zusammenarbeit Globke-Eichmann will aussagen. In: *Neues Deutschland*, 25.04.1961, S. 2.

⁹¹ Eichmann war von der Verteidigung als einziger Zeuge aufgerufen worden und saß vom 20. Juni bis zum 24. Juli 1961 im Zeugenstand.

⁹² Massenmörder Eichmann: „Ich führte die Befehle Globkes aus“. In: *Neues Deutschland*, 23.06.1961, S. 2.

Wenige Tage vor Prozessbeginn beobachtete *Der Morgen*, dass sich „[v]on Jerusalem aus [...] die Blicke unvermeidlich auf Bonn richten.“⁹³ Laut „Dr. Beermann“, Präsident des Bundes der israelischen Kämpfer gegen den Nazismus, so die *Neue Zeit*, sei die „größte Gefahr für den Prozess [...] der Druck, den die Adenauer-Regierung auf die israelische Justiz auszuüben versucht.“⁹⁴ Tausende Einwohner „der israelischen Hauptstadt Tel Aviv“ [sic] forderten auf einem Schweigemarsch „Adenauers Staatssekretär Dr. Globke neben Eichmann auf die Anklagebank zu setzen.“⁹⁵ Von demselben Schweigemarsch berichtete auch das SED-Blatt ausführlicher und informierte über Transparente, auf denen „gegen die Waffenlieferungen des israelischen Staates an die Bonner Regierung protestiert“ wurde.⁹⁶ In einer Resolution hätten die Mitglieder des Bundes der israelischen Widerstandskämpfer einstimmig „energische[n] Protest gegen die unerhörte Einmischung“ Bonns erhoben und „die sofortige Verhaftung Globkes als Hauptkomplizen Eichmanns“ gefordert.⁹⁷

Neben der Vermittlung einer aufgeheizten Stimmung gegen Globke sorgten nach Ansicht der DDR-Zeitungen auch die Auftritte des Eichmann-Verteidigers, Robert Servatius, für Empörung unter Israelis. Er sei, DDR-Zeitungsberichten zufolge, der Gesandte der Adenauer-Regierung und sollte in dieser Funktion sicherstellen, dass Namen von Schuldigen, die noch in Bonn hohe Positionen innehatten, von Eichmann nicht genannt würden. Besonders empörend unter israelischen Bürgern soll Servatius' Erklärung gewesen sein, „daß er mit diesem Prozeß eine Revision des gesamten Nürnberger Urteils gegen den Völkermord erreichen will.“⁹⁸ Die „antisemitische[n] Angriffe gegen das israelische Gericht“⁹⁹ (wobei offen blieb, welche Attacken gemeint waren und inwiefern es sich bei diesen tatsächlich um Antisemitismus handelte) hätten „in ganz Israel einen Sturm des Protestes ausgelöst.“¹⁰⁰ Noch weiter zugenommen habe die Empörung im Zusammenhang mit einer weiteren Erklärung Servatius, in der er „feststellen zu können glaubte, Eichmann werde keine Geheimnisse ausplaudern und keine Namen von Bonner Prominenten nennen.“¹⁰¹

Durch die Berichte in den Zeitungen entstand der Eindruck, dass die Mehrheit der Israelis gegen Westdeutschland eingestellt sei. Gerhard Leo berichtete vor der Eröffnung des Verfahrens auf einer ganzen Seite im *Morgen*, die als *Politische Beilage* am 11. April, dem Tag des Prozessbeginns, dem LDPD-Organ beilag.¹⁰² Auch er schrieb, dass ein „großer Teil der öffentlichen Meinung [in Israel] Bonn mit den Naziverbrechern“¹⁰³ identifiziere. Ebenso sah das Willy Werner in einem Kommentar in derselben Zeitung.¹⁰⁴ Nach seinen Beobachtung trat in „allen Gesprächen mit Bürgern Israels, gleich welcher Volksschicht, [...] in diesen Tagen das Merkmal immer stärker hervor: ‚Wir haben den Eindruck, daß sich in Westdeutschland seit 1945 nichts geändert hat.‘“¹⁰⁵ Werner, der selbst nicht in Israel war, ließ allerdings offen, wie er sich auf Gespräche mit Israelis berufen konnte. Laut Gerhard Leo, der es vor Ort sicherlich besser bewerten konnte, waren es vor allem die angeblichen „unverschämten Eingriffe der Bundesregierung in das schwebende Verfahren, [die] in Israel

⁹³ Auch Bonn ist angeklagt. In: *Der Morgen*, 09.04.1961, S. 2.

⁹⁴ Globke gehört neben Eichmann. In: *Neue Zeit*, 11.04.1961, S. 1.

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ Israel fordert: Globke neben Eichmann. In: *Neues Deutschland*, 10.04. 1961, S. 1.

⁹⁷ Ebd.

⁹⁸ Eichmann-Prozeß beginnt. In: *Neues Deutschland*, 11.04.1961, S. 2.

⁹⁹ Die Wahrheit soll verboten werden. In: *Neues Deutschland*, 13.04.1961, S. 7.

¹⁰⁰ Servatius-Ausfälle zurückgewiesen. In: *Der Morgen*, 13.04.1961, S. 2.

¹⁰¹ Nürnberger Gesetze sind Völkerrecht. In: *Der Morgen*, 18.04.1961 S. 2.

¹⁰² Gerhard Leo: Heute 9 Uhr in Jerusalem. In: *Der Morgen*, 11.04.1961, S. 3.

¹⁰³ Ebd.

¹⁰⁴ Willy Werner: Teufel und Beelzebub. In: *Der Morgen*, 22.04. 1961, S. 1.

¹⁰⁵ Ebd.

Menschen gegen die westdeutschen Machthaber aufgebracht [haben], die vorher eine ganz andere Stellung bezogen hatten.“¹⁰⁶

Das *Neue Deutschland* verkündete zwei Tage später dementsprechend, in Jerusalem riefen

neue Versuche der Bonner Regierung, den millionenfachen Judenmörder zum Schweigen über seine in Westdeutschland sitzenden Komplizen mit Globke an der Spitze zu veranlassen, wachsende Empörung hervor. Die Empörung der israelischen Öffentlichkeit ist umso größer, als das offizielle Bonn sich offenbar – als Gegenleistung – immer eindeutiger mit dem angeklagten faschistischen Verbrecher solidarisiert.¹⁰⁷

Selbst die Installation eines eigenen Senders, den die deutsche Regierungsdelegation aufgebaut habe, um „ihre Berichte an das Bundeskanzleramt per Funk und chiffriert durchgeben“ zu können,“ habe unter Israelis „Befremden“ ausgelöst, wie *Der Morgen* zu berichten wusste.¹⁰⁸

Die Empörung über die Einmischungsversuche Westdeutschlands, über ehemalige Nazis, die in Westdeutschland hohe Ämter bekleideten sowie über das Auftreten Servatius’ hätten laut dem *Neuen Deutschland* zu einer Sonderausgabe der damals größten israelischen Illustrierten, *Haolam Hazze*, geführt, die Gegenstand der Berichterstattung aller vier DDR-Zeitungen war. Chefredakteur Uri Awneri merkte dazu gegenüber Gerhard Leo an, dass in Israel die „Gefahr des Globkismus“ zunehmend erkannt werde und in der Deutschlandfrage ein „Prozeß des Umdenkens“ stattfinde.¹⁰⁹ *Der Morgen* gab Awneri mit den Worten wieder:

Die israelische Bevölkerung überprüft gegenwärtig ihre Stellung zu beiden deutschen Staaten [...] Noch vor kurzer Zeit glaubte ich, daß die Berichte aus der DDR über Kriegsverbrecher in hohen Positionen der Bundesrepublik aufgebauscht seien. Wie viele meiner Freunde habe ich aber meine Meinung geändert. Der Eichmann-Prozeß und die Urkunden aus der DDR beweisen uns, daß wir es mit einem ganzen System des Mordes zu tun haben.¹¹⁰

Die *Junge Welt*, die sich der Sonderausgabe als erste Zeitung widmete, zitiert aus dem dort erschienenen Kommentar Awneris: „Im Sinne der israelischen Gesetzlichkeit ist Adenauers Staatssekretär Globke ein Verbrecher gegen die Menschlichkeit und gegen das jüdische Volk, und es kann für ihn nur ein Urteil geben: das Todesurteil.“¹¹¹ Die *Neue Zeit* zitierte aus selben Kommentar, Awneri sei mittlerweile davon überzeugt, „daß Westdeutschland eine große Gefahr für den Weltfrieden darstellt.“¹¹²

Deutlich wurde also eine angebliche Haltung innerhalb der israelischen Gesellschaft transportiert, die sich scharf gegen Westdeutschland richtete. Dass dies mit dem Wunsch einer politischen Annäherung Israels an die DDR verbunden gewesen sein soll, wurde ebenfalls behauptet. Laut Gerhard Leos *Politischer Beilage* am 11. April im *Morgen* werde die „israelische bürgerliche Presse [...] durch Veröffentlichungen der Meinungen zum Prozeß aus den sozialistischen Länder“¹¹³ dem öffentlichen Zorn gerecht. Konkret wird erwähnt, dass die Erklärung des Nationalrats der Nationalen Front zum Beginn des Prozesses in großen Auszügen auf Seite eins israelischer Zeitungen veröffentlicht worden war.¹¹⁴ Die israelischen Widerstandskämpfer wendeten sich „energisch dagegen, daß der Bonner Regierung alle Informationen über Eichmanns Aussagen in der Voruntersuchung

¹⁰⁶ Gerhard Leo: Heute 9 Uhr in Jerusalem. In: *Der Morgen*, 11.04.1961, S. 3.

¹⁰⁷ Bonn befiehlt Eichmann Schweigen und verspricht ihm dafür Hilfe. In: *Neues Deutschland*, 13.4.1961, S. 7.

¹⁰⁸ Provokation in Jerusalem. In: *Der Morgen*, 12.4.1961, S. 1.

¹⁰⁹ Israel erkennt Gefahr des „Globkismus“. In: *Neues Deutschland*, 14.06.1961, S. 5.

¹¹⁰ Eichmann-Prozeß führte zum Umdenken. In: *Der Morgen*, 11.06.1961, S. 2.

¹¹¹ Globke verdient das Todesurteil. In: *Junge Welt*, 30.6.1961, S. 2.

¹¹² Globke spannt ein tödliches Netz von Gesetzen. In: *Neue Zeit*, 01.07.1961 S. 8.

¹¹³ Gerhard Leo: Heute 9 Uhr in Jerusalem. In: *Der Morgen*, 11.04.1961, S. 3.

¹¹⁴ In seiner Erklärung forderte der Nationalrat der Nationalen Front die „strengste Bestrafung des Massenmörders Eichmanns und seiner Komplizen und Hintermänner“. Die Zeitungen brachten die Erklärung auszugsweise alle am 08.04.1961.

zugingen, während jede Mithilfe des Vertreters der Opfer des Faschismus in der DDR, Prof. Kaul, brüsk abgelehnt wurde.“¹¹⁵ Das *Neue Deutschland* berichtete von einem „starken Echo“ auf die Rede Walter Ulbrichts, die er bei der Einweihung der Gedenkstätte in Sachsenhausen gehalten hatte: „Zahlreiche Zeitungen in Israel brachten am Montag Auszüge aus der Rede des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR.“¹¹⁶

Besonders in Bezug auf den Antisemitismus habe die DDR innerhalb der israelischen Gesellschaft an Glaubwürdigkeit gewonnen. Das SED-Zentralorgan zitierte Awneri aus seinem Gespräch mit dem ADN-Korrespondenten Leo. Er habe zwar „viele Vorbehalte gegenüber der Politik der DDR, aber auf dem hochwichtigen Gebiet des Kampfes gegen den Antisemitismus kann man eines nicht leugnen: da tut die Regierung der DDR ihre Pflicht.“¹¹⁷

2.5. Komplizen des Verschweigens: Adenauer und Ben-Gurion

Neben Max Kahane ließ das *Neue Deutschland* kurz vor Beginn des Prozesses einen Israeli zu Wort kommen: Ya'aqov Caspi beschrieb ebenfalls die Stimmung in der israelischen Gesellschaft, die „vor dem Prozeßbeginn [...] durch eine lebhafte Diskussion um einen Einmischungsversuch des Bonner Kanzlers“¹¹⁸ geprägt gewesen sei. Caspi bewertete die Kritik gegenüber Westdeutschland in den israelischen Zeitungen als Beweis für eine kritische Haltung gegenüber der Bundesrepublik innerhalb der israelischen Gesellschaft:

Diese Entgegnungen aller israelischen Zeitungen sind wichtig, da sie darauf hindeuten, daß die israelische Bevölkerung die frechen Erpressungsversuche der Bonner Machthaber nicht ohne weiteres hinzunehmen gewillt ist. Sie bedeuten aber leider nicht, daß es der Ben-Gurion-Regierung mit der Ablehnung der Adenauer-Erklärung ernst ist.

So werde die „Rolle Ben Gurions als Verbündeter Adenauers auch in diesem Prozeß, vor der anfangs nur seitens der Kommunistischen Partei Israels gewarnt wurde, [...] heute bereits von vielen konstatiert.“

Eine solch offene Kritik gegen die Regierung des jüdischen Staates wurde im Rahmen des Prozesses gegen Eichmann allerdings nur im *Neuen Deutschland* veröffentlicht. Sie scheint leicht verfrüht gewesen zu sein, denn nach diesem Artikel, der noch vor Prozessbeginn veröffentlicht wurde, trat Caspi als Autor nicht mehr auf. Neben Kahane stützte sich das SED-Organ vor allem auf israelische Stimmen, die der Verunglimpfung der israelischen Regierung in diesem sensiblen Punkt besondere Glaubwürdigkeit verleihen sollten. Damit wurde die Vermittlung einer tiefen Spaltung zwischen der Regierung und den Bürgern Israels zu einem zentralen Motiv des Israelbildes angesichts des Prozesses gegen Eichmann.

Ab Ende April konnte sich die scharfe Kritik gegenüber der israelischen Regierung auf eine Veröffentlichung in der *Pravda* berufen, die im *Neuen Deutschland* auszugsweise abgedruckt wurde. Laut dem Zentralorgan der KPdSU, hätten die „herrschenden Kreise Bonns [...] unter der israelischen herrschenden Oberschicht Verbündete gefunden. Es entstehe der Eindruck, daß die Regierung Israels den regierenden Kreisen

¹¹⁵ Gerhard Leo: Heute 9 Uhr in Jerusalem. In: *Der Morgen*, 11.04.1961, S. 3. Ende April konnte das *Neue Deutschland* verkünden, dass Eichmann belastendes Material, welches die DDR erstellt hatte, offiziell von der Anklagebehörde als Beweismaterial eingeführt worden war. Vgl. Dokumente aus der DDR offizielles Beweismaterial. In: *Neues Deutschland*, 28.04.1961, S. 5. Zuvor berichtete *Der Morgen* über die Übergabe des Materials an den israelischen Justizminister. Vgl. Eichmann-Dokumentation nach Jerusalem. In: *Der Morgen*, 13.04.1961, S. 2.

¹¹⁶ Augenzeuge für Zusammenarbeit Globke-Eichmann will aussagen. In: *Neues Deutschland*, 25.04.1961, S. 2. Wenige Tage vor der Veröffentlichung fand die Einweihungsfeier in Sachsenhausen statt.

¹¹⁷ Israel erkennt Gefahr des „Globkismus“. In: *Neues Deutschland*, 14.06.1961, S. 5.

¹¹⁸ Dieses und die folgenden Zitate: Ya'aqov Caspi: Adenauer mischt mit. In: *Neues Deutschland*, 08.04.1961, S. 7.

Westdeutschlands zuliebe mit den Revanchisten der Bundesrepublik zu einer Abmachung gekommen ist.“¹¹⁹ Mit dem *Pravda*-Artikel war der Weg auch für das *Neue Deutschland* frei, die heftigen Vorwürfe gegenüber dem Staat Israel und seiner willigen Zusammenarbeit mit Westdeutschland weiter zu verschärfen. Gleich einen Tag nach Veröffentlichung des *Pravda*-Artikels hatte Kahane im SED-Organ über Berichte in der Jerusalemer Presse informiert, denen zufolge ein „Vertreter der Anklage kategorisch erklärt [habe], Globkes Name werde auf keinen Fall genannt werden“¹²⁰, womit der Beweis für die schweren Vorwürfe geliefert sei. Um welche Presseorgane und um welchen Vertreter der Anklage es sich dabei handelte, ließ Kahane allerdings offen.

Bezugnehmend auf Eichmanns frühere Aussagen gegenüber der israelischen Polizei, denen zufolge die „Deportationen aus den besetzten Ländern der ‚gesetzlichen Basis‘ bedurften,“ fragte Kahane weiter, „[w]er hat ihm diese ‚gesetzliche Basis‘ geschaffen? Globke. Warum wurde nicht danach gefragt, warum wurde Eichmanns Aussage an diesem Punkt unterbrochen?“¹²¹ Es handelte sich hierbei um einen offenen Angriff gegen die israelische Regierung in Zusammenhang mit ihren vermeintlichen Eingriffen in den Prozess. Auf derselben Seite noch informierte das SED-Organ über einen Brief, den sieben Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Groß-Berlin an den israelischen Generalstaatsanwalt Hausner geschrieben hätten und in dem sie auch fragten: „Warum haben Sie diesen Namen nicht genannt? Wir schlagen Ihnen vor: Laden Sie den Dr. Globke als Zeugen! Auch er gehört auf die Anklagebank – aber laden Sie ihn zunächst als Zeugen.“¹²²

Keines der drei anderen Zentralorgane ging so weit, eine angebliche Zusammenarbeit zwischen Jerusalem und Bonn auf Kosten der Gerechtigkeit und zum Wohle ehemaliger NS-Größen anzuprangern. War es den Redaktionen der *Neuen Zeit*, des *Morgens* und der *Jungen Welt* in diesem Fall zu weit hergeholt oder zu heikel, eine direkte Deckung ehemaliger NS-Oberen durch Ben-Gurion auch nur anzudeuten? Endgültig lässt sich die Zurückhaltung nicht erklären. Sie stellt aber zugleich ein deutlichen Kontrast zu dem dar, was Peter Krause meint, wenn er in seiner Analyse der Berichterstattung der DDR zum Eichmann-Prozess behauptet, eine Reduzierung auf Zeitungen der SED würde eine Analyse der „offizielle[n] Linie in ihrer ganzen Schärfe“¹²³ ausreichend darstellen. Zumindest ignoriert eine solche Analyse die Nuancen und damit genau solche Unterschiede, die es unter den DDR-Zeitungen auch gegeben hat. Die Berichterstattung im *Neuen Deutschland* schien den SED-Agitationsapparat zufriedengestellt zu haben – eine direkte Aufforderung, noch schärfer gegen die israelische Regierung und ein vermeintliches Geheimabkommen mit der Bundesrepublik anzuschreiben, blieb aus. Gleichzeitig zeigt sich hier eindrucksvoll die Rolle vom *Neuen Deutschland* als Spitze im agitatorischen Kampf der ostdeutschen Tagespresse.

Ein weiterer Israeli, der schwere Vorwürfe gegen die israelische Regierung erhob, war der prominente israelische Kommunist Shmuel Mikunis. In einem Interview mit Max Kahane Anfang Juni 1961 – kurz bevor Eichmann selbst in den Zeugenstand trat – habe Mikunis zu Protokoll gegeben, dass das Komplott zwischen Bonn und Jerusalem „auch für das jüdische Volk ein wichtiges weiteres Ergebnis [zeige]. Regierungskreise bemühten sich, offiziell die Politik des Vergessens und Verschweigens gegenüber Westdeutschland zu betreiben.“¹²⁴ Insgesamt

¹¹⁹ Prozeß nicht zur Farce machen. In: *Neues Deutschland*, 29.4.1961, S. 5.

¹²⁰ Max Kahane: Warum nennt die Anklage nur tote Mörder? In: *Neues Deutschland*, 30.04.1961, S. 7.

¹²¹ Ebd.

¹²² Auch er gehört auf die Anklagebank. In: *Neues Deutschland*, 30.04.1961, S. 7.

¹²³ Krause: ‚Eichmann und wir‘, S. 209. Krause untersuchte lediglich das *Neue Deutschland* und die *Berliner Zeitung*, das Organ der SED-Bezirksleitung in Ost-Berlin. Der Vorzug seiner Studie liegt in der Erweiterung des zeitlichen Untersuchungszeitraums, da er sich nicht wie hier an bestimmten Etappen des Verfahrens orientiert.

¹²⁴ Dieses und die folgenden Zitate: Max Kahane: Eichmann-Prozeß – Schlag gegen Neonazismus. Exklusivinterview mit dem Ersten Sekretär des ZK der KP Israel, Genossen Samuel Mikunis. In: *Neues Deutschland*, 04.06.1961, S. 7. Bereits in seinem Informationsbericht von Mitte April bezog sich Kahane auf ein Gespräch mit Mikunis.

handele es sich um ein „Komplotz zwischen den Regierungen Bonns und Jerusalems, bei dem zur Stützung des verrotteten moralischen Ansehens Bonns in der Welt die nationalen israelischen Interessen verraten werden“. Neben dem Todesurteil für Eichmann erwarte das israelische Volk laut Mikunis auch „eine nachhaltige Verurteilung des Nazismus und seiner Fortsetzer in herrschenden Kreisen Westdeutschlands“. Denn ungeachtet „des Willens der hiesigen regierenden Kreise ist das Verfahren in eine Anklage nicht nur gegen Eichmann, sondern auch gegen seine noch immer in Westdeutschland einflußreichen Hintermänner verwandelt worden“.

Max Kahane hatte im *Neuen Deutschland* bereits Ende April in zwei ausführlicheren Artikeln bemerkt, dass der Eichmann-Prozess „[b]ekanntlich [...] von israelischer Seite durch einige auffallende Maßnahmen belastet [sei]. Sie weisen deutlich auf die Absicht hin, die Stimme des Antinazismus nicht zu Wort kommen zu lassen. Nur sie erklären die Gesetzesänderungen, die es einem Naziverteidiger ermöglichen sollten, hier aufzutreten.“¹²⁵ Weitere Elemente dieser „Konzessionen“ Ben-Gurions gegenüber Bonn seien, wie schon im Zusammenhang des Berichtes von Gerhard Leo im Mai 1961 erwähnt, anstelle von Richter Halevy, Moshe Landau den Vorsitz zu überlassen, und „ferner die Überweisung der Aussagematerialien Eichmanns an Bonn, die Gewährung extritorialer Rechte an den offiziellen Bonner Prozeßbeobachter und andere.“¹²⁶

Als Resümee der letzten Aprilwoche gab Kahane zu bedenken, dass „der Prozeß mit verblüffender Geschwindigkeit in ein kompromittierendes Zwielicht gesteuert“¹²⁷ werde. So habe die Anklage Meldungen in den israelischen Medien und im Ausland über willige Zeugen, die Globke schwer belasten würden, ignoriert, was „als Peinlichkeit für die Prozeßführung“ zu werten sei. Die nötigen Fragen bezüglich der Herkunft des ‚J‘ in den Pässe von Juden und über die Erweiterung von Eichmanns Büro für Judenangelegenheiten seien nicht gestellt worden, „weil [...] man sich Bonn verpflichtet fühlt.“ Aus demselben Grund habe der im Zeugenstand befindliche „Zionistenkongreßführer Cohen“ nur bereits verstorbene Verantwortliche für die Nürnberger Gesetze genannt. „Nach den Lebenden wurde er nicht gefragt.“ Insgesamt berge die „Verdrängung des Namens Globke“ die Gefahr „einer inneren Krise des gesamten Verfahrens.“

Der Blick auf die Beziehungen zwischen Bonn und Jerusalem sei, so Kahane weiter, dringend nötig, um das Verschweigen des Namens Globke und anderer noch lebender Verantwortlicher zu erklären. Obwohl „die Position eines jüdischen Staates gegenüber Bonn, gegenüber den Globke, Speidel und Konsorten klar sein“ sollte, „ruft der Premier Ben Gurion immer wieder dazu auf, endlich die Vergangenheit zu vergessen und sich auf die Realität der angeblichen Bonner Stärke zu orientieren. Gegen den Willen einer starken Opposition im Lande hat er von der westdeutschen Regierung ‚Entschädigungen‘ angenommen und ist später mit ihr in ein noch laufendes Waffenlieferungsgeschäft eingetreten. [...] Die Abhängigkeit, in die sich die israelische Regierung von Bonn gebracht hat“ sei der Grund für das „fragwürdige Vorgehen“ der israelischen Justiz.

2.6. Die Unzulänglichkeiten der israelischen Justiz

Aufgrund der angeblich bewussten Beeinflussung des Prozesses durch die israelische Regierung, besonders durch den Ministerpräsidenten Ben-Gurion, konnte das Urteil, auch wenn es der in den DDR-Zeitungen geforderten Todesstrafe entsprach, wahrer Gerechtigkeit eben nicht gerecht werden. Denn die ‚Hintermänner‘, ‚Kumpanen‘ und ‚Komplizen‘ Eichmanns, wie es an vielen Stellen in den DDR-Zeitungen hieß, seien unbestraft davon gekommen und noch immer in hohen Positionen im westdeutschen Staat verblieben. In den Augen Max

¹²⁵ Max Kahane: Warum Globkes Name nicht fällt. In: *Neues Deutschland*, 26.04.1961, S. 7.

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ Dies und die folgenden Zitate: Max Kahane: Warum nennt die Anklage nur tote Mörder? In: *Neues Deutschland*, 30.04.1961, S. 7.

Kahanes, und damit zumindest aus Sicht vom *Neuen Deutschland* und der SED, kamen der Staat Israel und seine Justizbehörden damit der historischen Verantwortung, die das Verfahren gegen Eichmann mit sich brachte, in keiner Weise nach. Die historische Dimension des Verfahrens machte Kahane bereits wenige Tage nach Prozessbeginn im SED-Organ deutlich.¹²⁸ Es handele sich bei Eichmanns Taten um Verbrechen, „die an der ganzen vom Nazismus verwundeten Menschheit begangen wurden.“¹²⁹ Die „Reduzierung“ des Verfahrens auf die „Verurteilung des Angeklagten Individuums“ würde letztlich darin resultieren, „daß Israel in der Weltmeinung eine Geltung vorenthalten bleibt, die es jetzt die Chance hat zu gewinnen.“¹³⁰ Diese Anspielung auf die Diskrepanz zwischen dem vermeintlichen Anspruch an die israelische Justiz und dem bereits früh im Verfahren auch in Ostdeutschland befürchteten Ausgang kann als Beleg dafür gewertet werden, dass die SED gewusst haben mag, dass das Jerusalem Gericht seine historische Aufgabe anders auslegen werde, als von Ost-Berlin erhofft.

Die Enttäuschung über die Unzulänglichkeit des Verfahrens wurde auch in den anderen Zeitungen nach der Urteilsverkündung deutlich ausgedrückt. Die *Neue Zeit*, *Der Morgen* und die *Junge Welt* übernahmen die vom ADN formulierte Formel, der zufolge das Urteil „diejenigen ungeschoren [ließ], die Eichmann die Befehle erteilten und ihm durch die Schaffung entsprechender Gesetze die Handhabe für den Massenmord an sechs Millionen jüdischen Bürgern lieferten.“¹³¹ Das *Neue Deutschland* wählte eine eigene Formulierung:

Der Spruch fällt nicht unerwartet, die Welt hatte ihn gefordert. Aber der Fall resümiert sich in diesem Urteil nicht. Es dämpft nicht unser Gefühl, und vollendet nicht, was die Gerechtigkeit verlangt. Es wäre verantwortungslos vor der Zukunft der Völker und ungerecht gegen die Opfer, mit der Überlieferung dieses einen Mannes an den Scharfrichter, die jedes menschliche Fassungsvermögen übersteigenden Verbrechen einer ganzen Verschwörerbande sühnen zu wollen. Hier wird nicht Rache gepredigt, sondern Schutz der menschlichen Gesellschaft verlangt vor der Wiederkehr eines Systems, dessen Repräsentanten in Bonn mit Eichmanns Verurteilung hoffen, endlich den Persilschein für die ganze Firma zu bekommen.¹³²

Die Hinweise auf Globkes Kapitalverbrechen und die überwiegende Stützung der Anklage auf Dokumente aus dem „faschistischen Außenamt“ seien das, „was die Menschen in der ganzen Welt“¹³³ revoltieren ließe. Hinter dem Vorhang eines Prozesses ‚auf der Suche nach historischer Wahrheit‘ – wie es offiziell hieß – grinste ihnen ungeniert die Heuchlerfratze des Bonner Hier und Heute entgegen“¹³⁴.

In der Analyse der Berichterstattung zur Verkündung des Urteils, zur Revision und Vollstreckung der Todesstrafe, fällt auf, dass die Zeitungen immer knapper berichteten. Es scheint so, als hätte der Fall Eichmann seine Attraktivität verloren. Natürlich erschienen weiter ausführlichere Artikel, die die Bundesrepublik allgemein und Globke besonders ins Visier nahmen. Zunehmend aber lösten sich diese Artikel vom Prozess in Jerusalem. Letztlich wurden die Ablehnung der Berufung, die Ablehnung des Gnadengesuchs durch den israelischen Präsidenten Ben-Zwi und die Hinrichtung Eichmanns nur noch in knappen Meldungen erwähnt.

¹²⁸ Max Kahane: Mit Eichmann steht Bonn vor Gericht. In: *Neues Deutschland*, 14.04.1961, S. 2.

¹²⁹ Ebd.

¹³⁰ Ebd.

¹³¹ Eichmann zum Tode verurteilt. In: *Neue Zeit*, 16.12.1961, S. 1; Eichmann zum Tode verurteilt. In: *Der Morgen*, 16.12.1961, S. 1; , Tod für Eichmann. In: *Junge Welt*, 16./17.12.1961, S. 1.

¹³² M.K.: Der Schoß aus dem das Kroch. In: *Neues Deutschland*, 18.12.1961, S. 2. M.K. könnte das Kürzel für Marion Kuhr sein, die gemeinsam mit ihrem Mann Uwe das ADN-Büro Syrien/VR Jemen leitete und ebenso für das *Neue Deutschland* schrieb. Vgl. Minholz / Störnberg: *Der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst*, S. 432.

¹³³ Ebd.

¹³⁴ Ebd.

2.7. An der Causa Eichmann gescheitert

Die Inhaltsanalyse der Berichterstattung zum Eichmann-Prozess hat zunächst gezeigt, dass die DDR-Zeitungen den Prozess nutzten, um ihre ohnehin bereits laufenden Kampagnen gegen vermeintlich ehemalige NS-Größen, die weiterhin hohe Positionen im westdeutschen Staat inne hatten, zu verschärfen. In diesem Sinne diente die Causa Eichmann der Verschärfung der Anschuldigungen vor allem gegen Kanzleramtschef Globke, aber auch gegen andere. Dementsprechend erhoben die DDR-Zeitungen den Anspruch, gemäß den Vorgaben durch den Agitationsapparat der SED, den Prozess und das Urteil gegen Eichmann für eine umfassende Abrechnung mit allen noch verbliebenen Nazi-Größen zu nutzen. Die Priorität, die der Eichmann-Prozess für die SED einnahm, lässt sich daran erkennen, dass für die agitatorische Wirkung eigens eine spezielle Kommission gegründet worden war, die schon in ihrer personellen Besetzung verriet, dass es vorrangiges Ziel war, mit Hilfe des Eichmann Falles die Bundesrepublik zu diffamieren – dabei war es durchaus auch Methode, Informationen internationaler Presseagenturen und israelischer Medien zu verwerten.

Ein zweiter Aspekt, der die Bedeutung des Prozesses im politischen Kalkül Ost-Berlins verdeutlicht, war die Entsendung der drei ausgewählten Sonderkorrespondenten für die Berichterstattung. Dabei äußerte Albert Norden lediglich Bedenken dahingehend, dass westdeutsche Medien der DDR vorwerfen könnten, dem Gerichtsverfahren zu viel Aufmerksamkeit zu schenken. Mit der Begründung, Bonn eine solche Vorlage im Meinungskampf nicht bieten zu können, stoppte Norden alle weiteren Anträge für die Entsendung von Korrespondenten nach Israel. Mit diesem kategorischen Stopp für weitere Anträge ersparte Norden sich so unnötige Papierarbeit – es scheint völlig abwegig, dass Journalisten, die nicht direkt unter der Anleitung der SED-Agitation gestanden haben, wie es bei Leo, Kahane und Goldstein der Fall war, unter irgendwelchen Umständen die Erlaubnis erhalten hätten, aus Israel zu berichten. Selbst eine Recherche-Reise von Joachim Chaim Schwarz nach Israel, um die Anfertigung einer Reportage über Eichmann zu beginnen, wurde, trotz der ausdrücklichen Unterstützung durch das Kulturministerium, untersagt. Durch die Auswahl der Sonderkorrespondenten sicherte sich die SED die unmittelbare Kontrolle über die Berichterstattung vor Ort.

Die viel beschworene Empörung der Israelis, angesichts der angeblichen Einmischungsversuche der Bundesrepublik in das Verfahren, des Verbleibs von ehemaligen zentralen NS-Personen im westdeutschen Staatsapparat und des Auftretens des Eichmann-Verteidigers Servatius, war das Hauptmotiv, mit dem die israelische Gesellschaft abgebildet wurde. Die Empörung wurde vor allem bei Prozessbeginn an zahlreichen Demonstrationen in Jerusalem und Tel Aviv veranschaulicht. Dabei entstand der Eindruck, als brächten die Israelis Westdeutschland mit dem weiter existierenden Faschismus unmittelbar in Verbindung. Uri Awneri und die von ihm herausgebrachte Illustrierte, *Haolam Haze*, kam dabei die Rolle eines Kronzeugen zu, die die abkehrende Haltung der Israelis gegenüber Westdeutschland veranschaulichten. Mit der Abkehr der israelischen Gesellschaft von der Bundesrepublik wurde eine Zuwendung zur DDR versucht zu belegen.

Der wirkliche Gegner der israelischen Gesellschaft, der ihrem Wunsch nach einer Distanzierung von Bonn und einer Annäherung an Ostdeutschland nicht nachkam, sei in der israelischen Regierung auszumachen. Diese tiefe Spaltung zwischen Regierenden und Regierten habe sich vorrangig in dem angeblich zwischen Ben-Gurion und Kanzler Adenauer insgeheim verabredeten Handel ausgedrückt, den Namen Globke aus dem Verfahren herauszuhalten und dafür Waffengeschäfte und Hilfeleistungen aufrechtzuerhalten. Diese Art der offenen Kritik gegenüber der israelischen Regierung, der zufolge ehemalige NS-Größen auf Kosten der Gerechtigkeit sowie zur Sicherung des eigenen wirtschaftlichen Überlebens verschont werden sollten, kam allerdings nur im *Neuen Deutschland* vor. Darin bestand zugleich das deutlichste Unterscheidungsmerkmal zwischen den Zeitungen: Das *Neue Deutschland* zeigte sich hier als Spitze der ostdeutschen Agitation. Der Vorwurf der geheimen Absprache

wurde darüber hinaus zumeist mit Hilfe israelischer Stimmen untermauert. Die DDR-Zeitungen gingen aber nie so weit, wie es die Lageberichte der Sonderkorrespondenten Leo und Kahane Mitte Mai 1961 möglich gemacht hätten. Die behauptete Verdrängung der Thematik zionistischer Kooperation mit den Nazis durch das aktive Eingreifen Ben-Gurions auf dem Prozess wurde zu keiner Zeit angesprochen. Damit wurde dieses Element ostdeutscher Wahrnehmung des israelischen Regierungschefs in Bezug auf den Eichmann-Prozess nicht der Öffentlichkeit vermittelt.

Die angebliche Absprache zwischen Ben-Gurion und Adenauer lieferte die Begründung für die durch die Zeitungen beklagte Unzulänglichkeit des Verfahrens und des Urteils. Mit der alleinigen Aburteilung Eichmanns konnte der Gerechtigkeit im Verständnis der DDR nicht gedient werden. Damit sei es die israelische Regierung selbst gewesen, die der historischen Aufgabe des Prozesses nicht gerecht wurde. Solange Eichmanns Hintermänner, allen voran Globke, nicht auch ihrer gerechten Strafe zugeführt würden, bleibe die Gerechtigkeit auf der Strecke. Dies sei auch das Empfinden der Mehrheit der Israelis gewesen. Damit bestätigten die Zeitungen implizit die Behauptung, die israelische Regierung sei fester Bestandteil der imperialistischen Strategie, die aus Rücksicht auf Eigeninteressen ehemalige NS-Verbrecher schützte und die Interessen der eigenen Bevölkerung verriete.

3. Der Sechstagekrieg¹

Von allen Kriegen, die Israel und seine arabischen Nachbarstaaten gegeneinander führten, hatte der Sechstagekrieg von 1967 die nachhaltigsten Konsequenzen. Sie sind selbst heute noch spürbar: im Ringen um die Westbank und die Golanhöhen, bei der Jerusalem-Frage und der Problematik der palästinensischen Flüchtlinge. Unter Historikern herrscht große Einigkeit darum, wie es zum Kriegsausbruch im Juni 1967 kommen konnte. Auch der Kriegsverlauf selber ist gut dokumentiert. Daran hat Michael Oren erheblichen Beitrag.²

Die Situation zwischen Israel und Syrien war von deutlich mehr Spannungen geprägt als zwischen Israel und seinen anderen arabischen Nachbarländern. Zu regelmäßigen militärischen Zusammenstößen kam es vor allem wegen dreier Konfliktpunkte: die Wasserversorgung durch den Jordanfluss und seine Quellströme, die Nutzung entmilitarisierter, aber landwirtschaftlich durchaus ergiebiger Grenzgebiete sowie zahlreiche Terror- und Sabotageaktionen der palästinensischen Fatah, die vornehmlich von syrischem Territorium aus operierte.³ Vor allem diese Fatah-Operationen, für die Syrien mitverantwortlich zeichnete, waren für Israel nicht hinnehmbar. Israel antwortete mit militärischen Operationen auf syrischem Territorium und in Teilen des von Jordanien besetzten Westjordanlands.⁴ Am 7. April 1967 eskalierte ein Feuerwechsel an der syrisch-israelischen Grenze. Es kam zum Luftgefecht. Die israelischen Piloten verfolgten ihre Kontrahenten zurück bis nach Damaskus, wo die Schmach der Luftwaffe der Bevölkerung der syrischen Hauptstadt vor Augen geführt wurde.⁵ Dies löste eine politische Dynamik aus, in deren Zuge Syrien einen Verteidigungspakt mit der Vereinigten Arabischen Republik (VAR)⁶ einging und die antiisraelische Hetze der arabischen Führer an Schärfe zunahm. Die Araber konnten sich durch die Sowjetunion bestärkt fühlen, da Moskau in öffentlichen Verlautbarungen stets nur die israelische (und vermeintlich dahinter stehende imperialistische) Politik für die Eskalation im Nahen Osten verantwortlich machte.⁷ Mit dem zunehmend aggressiven Auftreten Ägyptens schien ein vollwertiger Krieg immer unausweichlicher.

Unter der Führung Abdel Nassers intensivierte die Regierung in Kairo den militärischen Druck auf Israel. So zog Präsident Nasser das ägyptische Einverständnis für die UN-Blauhelm Präsenz im Sinai zurück und besetzte in der Nacht auf den 20. Mai 1967 alle ehemaligen UN-Posten mit eigenem Militär.⁸ Drei Tage später schloss Nasser die Straße von Tiran für israelische Schiffe und solche, die Israel belieferten. Dadurch war Israels

¹ Bereits 2011 durfte der Autor seine zentralen Erkenntnisse über die Berichterstattung der vier Zentralorgane während des Sechstagekrieges veröffentlichen. Vgl. Oren Osterer: Speerspitze vom Imperialismus und Weltreaktion. Das Israel-Bild während des Sechstagekrieges. In: Michael Meyen / Anke Fiedler (Hrsg.): *Fiktionen für das Volk. DDR-Zeitungen als PR-Instrument*. Berlin: Lit 2011, S. 195–214.

² Michael B. Oren: *Six Days of War. June 1967 and the Making of the Modern Middle East*. London: Penguin 2003.

³ Tom Segev: *1967. Israels zweite Geburt*. München: Siedler 2005, S. 235ff.

⁴ Nach einem Übergriff der Fatah kam es am 13. November 1966 zu einem größeren militärischen Einsatz Israels, bei dem Bewohner eines jordanischen Dorfes für ihre Unterstützung der Fatah-Terroristen bestraft werden sollten. Internationale Proteste, auch von den USA, waren die Folge. Vgl. Oren: *Six Days of War*, S. 33–34.

⁵ Ebd., S. 46–47.

⁶ Die Vereinigte Arabische Republik war ursprünglich ein Zusammenschluss zwischen Syrien und Ägypten aus dem Jahr 1958. Nachdem das Bündnis 1961 zusammenbrach, behielt der Staat Ägypten die Bezeichnung noch ein weiteres Jahrzehnt bei.

⁷ Günther Wagenlehner: *Eskalation im Nahen Osten. Die politische und psychologische Problematik eines Konflikts*. Stuttgart: Seewald 1968, S. 15ff.

⁸ Helmut Mejchler: *Sinai, 5. Juni 1967. Krisenherd Naber und Mittlerer Osten*. München: DTV 1998, S. 16ff.

Ölversorgung gekappt. Der Status quo ante⁹ war hergestellt, aus israelischer Sicht der Waffenstillstand von 1956 gebrochen.¹⁰

Nasser erklärte die anstehende Konfrontation mit Israel zur Entscheidung über Palästina, womit er auch das israelische Staatsgebiet meinte. Jordanien, im Inneren mit einer palästinensischen Bevölkerungsmehrheit konfrontiert, trat am 30. Mai 1967 dem Militärpakt der arabischen Bruderstaaten Syrien und der VAR bei.¹¹ Israel sah sich nun mit einem möglichen Dreifrontenkrieg konfrontiert und musste gar noch eine weitere Front innerhalb Jerusalems, wo sich israelische und jordanische Soldaten seit 1949 unmittelbar gegenüber standen, fürchten.

Auch Syrien sah in der Palästina-Frage den Schlüssel zur arabischen Einheit, ein Grund für die Unterstützung palästinensischen Terrors gegen Israel durch das dortige Baath-Regime. Syrien selbst konnte aber keine Alternative zu den Führungsbestrebungen Nassers vorbringen. Die ständigen Konfrontationen mit Israel, wie zum Beispiel am 7. April 1967, zeigten, dass Damaskus zu schwach war, um die arabische Welt im Kampf gegen den jüdischen Staat anzuführen. So musste auch der syrische Herrscher Assad Nasser als Anführer der arabischen Massen bei der Befreiung Palästinas anerkennen.

Für Israel glich die Palästina-Frage, wie sie von arabischer Seite in den 1960er Jahren aufgeworfen wurde, einer Bedrohung der eigenen Existenz. Je drastischer die Eskalation voranschritt, desto mehr wuchs das Bewusstsein darüber, dass der anbahnende Krieg nicht um Wasser, Agrarfläche oder gegen den palästinensischen Terror geführt werden würde. Da sich die USA bis zuletzt weigerten, Israel eindeutige Unterstützung zuzusagen, fühlte sich Israel den Vernichtungsbestrebungen der Araber alleine ausgesetzt.¹² Das Streben nach Selbstbehauptung zwei Jahrzehnte nach dem Holocaust und das Ziel, die Bewahrung des militärischen Prestiges, das sich Israel im ersten israelisch-arabischen Krieg 1948/1949 und während des Suez-Krieges von 1956 erkämpft hatte, haben die Entscheidung zum Präventivschlag zutiefst beeinflusst.

Der israelische Premierminister Levi Eschkol, der immer wieder und auch äußerst naiv versuchte, die Streitigkeiten mit Syrien und Ägypten auf diplomatischem Wege zu lösen, wählte die einzige ihm verbliebene Option einer Kabinettsumstrukturierung. Am 1. Juni 1967 kam so ein Kabinett der nationalen Einheit zustande, in dem nun oppositionelle Parteien von links und rechts eingebunden waren. Strategischer Höhepunkt war die Berufung Moshe Dayans zum Verteidigungsminister, was ein entscheidendes Signal für die israelische Gesellschaft war, die sich bereits mit Nachdruck auf einen unmittelbar bevorstehenden Krieg einstellte.¹³ In seiner Neubesetzung war die Regierungsmannschaft von der Unausweichlichkeit eines Krieges noch stärker überzeugt. Am Morgen des 5. Juni 1967 schlug die israelische Luftwaffe zu. Die Weltgemeinschaft und vor allem die arabischen Staaten waren vom israelischen Überraschungsangriff derart unvorbereitet getroffen worden, dass nahezu die gesamte Luftwaffe Syriens und Ägyptens noch am Boden zerstört werden konnte. Der Sechstagekrieg war bereits nach wenigen Stunden entschieden.

⁹ Bestandteil des Waffenstillstandsabkommens von 1956, das den damaligen Suez-Krieg beendete, war die Überwachung der Grenze zwischen Sinai und Israel durch UN-Blauhelme Soldaten sowie die ägyptische Zusage, Schiffen zur Belieferung Israels freie Durchfahrt zu gewähren.

¹⁰ 1956 kämpfte Israel in der Suez-Krise an der Seite Frankreichs und Englands für die freie Schifffahrt durch die Straße von Tiran. Teile des Waffenstillstandsabkommens waren sowohl die Stationierung von UN-Truppen im Grenzgebiet, als auch die Zusage der freien Schifffahrt durch den Suez-Kanal.

¹¹ Wagenlehner: *Eskalation im Nahen Osten*, S. 29.

¹² Vgl. Oren: *Six Days of War*, S. 107ff, 139ff; Segev: *1967*, S. 392ff.

¹³ Es gehört zu den Stärken der Betrachtungen Tom Segevs, überhaupt die gesellschaftspsychologischen Entwicklungen in den Wochen vor Ausbruch des Sechstagekrieges in Israel in historisch wertvoller Weise herausgestellt zu haben. Vgl. Tom Segev: *1967*.

3.1. Das agitatorische Vorspiel

Anders als die Luftwaffen Syriens und Ägyptens waren die DDR-Zeitungen auf den Krieg gut vorbereitet worden. Bereits am 24. Mai, keine zwei Wochen vor Ausbruch des Krieges, versandte Werner Lamberz, Leiter der ZK Abteilung für Agitation, eine Presseanweisung über die „Neue[n] gefährliche[n] Spannungen durch imperialistische Verschwörungen in Nah-Ost.“¹⁴ Darin forderte er, den „Hauptstoß der Argumentation [...] gegen die USA, gegen die reaktionären Kreise Israels und gegen die Bonner Regierung“¹⁵ zu richten. Immerhin, so Lamberz weiter, handele es sich bei den Provokationen um ein „imperialistisches Komplott Washington-Bonn-Tel-Aviv“¹⁶. Es gelte vor allem nachzuweisen, dass Israel für die Globalstrategie der USA ausgenutzt werde.

Mit demselben Fernschreibe-Telegramm wurde eine Chronologie der Geschehnisse des laufenden Monats verbreitet, die jegliche Eskalationsschritte von arabischer Seite ignorierte und so den Anschein erweckte, als würden Provokationen ausschließlich von Israel ausgehen. Dank dieser selektiven Auswahl fiel es Lamberz leicht zu behaupten, die militärischen Vorbereitungen der arabischen Staaten seien lediglich „Maßnahmen von Verteidigungscharakter [und] sowohl vom moralischen wie auch vom völkerrechtlichen Standpunkt begründet.“¹⁷ Die israelische Regierung dagegen nehme „erneut die ihrem Staat [...] zugedachte Rolle als imperialistischer Militärstützpunkt, der den Frieden im Nahen und Mittleren Osten bedroht und gegen den sozialen Fortschritt in diesem Raum mißbraucht wird“¹⁸, ein. Die Instrumentalisierung durch und Abhängigkeit Israels vom Imperialismus zeige sich auch darin, dass Israel eine solche Politik ohne die wirtschaftliche und militärische Hilfe Westdeutschlands gar nicht verfolgen könne. Damit wurde bereits der Tenor der Berichterstattung über den wenige Tage später beginnenden Krieg festgelegt: Israel als imperialistisches Instrument der USA und die politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung Westdeutschlands für den jüdischen Staat zu entlarven.

Die Wahrnehmung Israels als ein Instrument der Imperialisten im Nahen Osten war keineswegs neu. Spätestens mit der Suez-Krise 1956 begannen die Ostblockstaaten diese Sicht auf den israelisch-arabischen Konflikt einzunehmen.¹⁹ Auch in den Jahren unmittelbar vor dem Sechstagekrieg nahm die DDR Israel nahezu ausschließlich im Zusammenhang mit dessen angeblicher Rolle innerhalb der imperialistischen Strategie wahr. Walter Ulbrichts Besuch in Ägypten in der letzten Februar Woche 1965, ausgelöst durch das Bekanntwerden geheimer westdeutscher Waffenlieferungen an Israel, endete am 1. März mit einer von ihm und Präsident Nasser gemeinsam unterzeichnete Erklärung.²⁰ In ihr hieß es unter anderem, dass beide „die aggressiven Pläne des Imperialismus, nach denen Israel als gegen die Rechte des arabischen Volkes und dessen Kampf für Befreiung und Fortschritt gerichtete Speerspitze geschaffen wurde“²¹, verurteilten. Besonders aussagekräftig war der im

¹⁴ Lamberz. Presseanweisung. Neue gefährliche Spannungen durch imperialistische Verschwörungen in Nah-Ost. 24.5.1967. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/9.02/54.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Vgl. Angelika Timm: *Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel*. Bonn: Bouvier 1997, S. 143–144.

²⁰ Hoffnungen, die VAR würde die DDR völkerrechtlich anerkennen, waren bereits im Vorfeld enttäuscht worden. Vgl. Scholz – Vermerk über ein Gespräch zwischen Dr. Weiss und Riad am 21.7.1965. 22.7.1965. SAPMO-BArch, DY/30/3666, Bl. 22–23. Allerdings versprach Nasser gegenüber dem Sonderbeauftragten, die VAR werde die DDR anerkennen, „sobald die militärische und moralische Position der VAR wieder gefestigt“ sei. Siehe dazu: Weiss. Unterredung mit Nasser. 22.7.1965. SAPMO-BArch, DY/30/3666, Bl. 50.

²¹ Dokumente zur Haltung der DDR gegenüber der aggressiven Politik des Staates Israel, zum ökonomisch-militärischen Komplott Bonn – Tel Aviv und zur Palästinafrage. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/9.02/55, S. 20.

April 1965 veröffentlichte *Informationsdienst* der Abteilung Agitation des ZK.²² Schon in der Überschrift wurde Israels Rolle als „imperialistischer Brückenkopf im Nahen Osten“ festgemacht. Eingehend wurden hier Entstehung und Charakter des jüdischen Staates, seine Beziehungen mit dem Imperialismus sowie die Zusammenarbeit mit Westdeutschland und das Verhältnis zu den arabischen Staaten behandelt. Während im Ersten Weltkrieg die Briten die Zionisten unterstützt hätten, so war dem *Informationsdienst* zu entnehmen, sei es im Zweiten Weltkrieg zur Verbindung mit dem amerikanischen Imperialismus gekommen. Egal wer von den imperialistischen Mächten gerade jüdische Interessen in Palästina vertreten habe, stets sei die Einwanderung der Juden nach Palästina einhergegangen „mit der brutalen und rücksichtslosen Vertreibung der Araber.“

Die Imperialisten „spitzten“ das Verhältnis zwischen den beiden Bevölkerungsgruppe so zu, dass die UNO nicht, wie angeblich von den Sowjets gewollt, einen binationalen Staat beschließen konnte, sondern sich für die Teilung Palästinas aussprechen musste.

Ohne jedoch die von den Vereinten Nationen vorgesehene Herstellung eines Mindestmaß an friedlichen Verhältnissen in Palästina abzuwarten und vor Ablauf der vorgesehenen Vorbereitungszeit wurde am 14. Mai 1948 von reaktionären zionistischen Kreisen der Staat Israel gegründet. Unmittelbar nach der Gründung [...] kam es zum offenen Kriegsausbruch [...]. Die arabische Bevölkerung wurde während und nach dem Kriege zum größten Teil vertrieben.

Von Anbeginn also hätten die „herrschenden Kreise Israels ihre Politik untrennbar mit den imperialistischen Hauptmächten, vor allem den USA und Westdeutschland, verbunden.“ So sei Israel ihr „Hauptinstrument“ zur Durchsetzung imperialistischer Politik in der Region, eine Politik, die sich „in erster Linie gegen die Lebensinteressen des israelischen Volkes selbst“ richte.

Da der *Informationsdienst* direkt aus der Abteilung Agitation des ZK stammt, muss sein Inhalt als Richtschnur für die allgemeine Linie der Presselenkung bezüglich Israels zu dieser Zeit angesehen werden. In der Tat behielten die Kernaussagen des *Informationsdienstes* vom April 1965 ihre Gültigkeit, als zwei Jahre später der Sechstagekrieg begann.

3.2. Die Berichterstattung während der sechs Kriegstage

Ohne Zweifel war das Israelbild während des Sechstagekrieges primär geprägt von der allgemeinen Orientierung am Ost-West Konflikt, vom konstruierten Gegensatz der progressiven und reaktionären Kräfte sowie dem Kampf gegen den Imperialismus. Darin bestand das Leitmotiv der gesamten Berichterstattung. Dass die „herrschenden Kreise Israels [...] eine offene militärische Aggression“²³ begonnen hatten und Israel deshalb als alleiniger Aggressor zu gelten hatte, wurde den Redaktionen bereits wenige Stunden nach Bekanntwerden der Kampfhandlungen mitgeteilt. Die Zeitungen wurden angehalten zu beweisen, wie der „Kettenhund der USA, Westdeutschland und Großbritannien“ zur „imperialistischen Speerspitze im Nahen Osten“ hochgerüstet wurde.²⁴ So überschrieb das *Neue Deutschland* am 7. Juni 1967 drei Leitartikel zum Krieg mit „Arabische Armeen im Abwehrkampf gegen Aggressor Israel“, „Sowjetregierung verurteilt israelische Aggression“ und „Bevölkerung der DDR über Aggression empört“. Bei der *Jungen Welt* war bereits einen Tag zuvor auf der Titelseite über die „Israelische Aggression gegen Araber“ zu lesen. Und während die *Neue Zeit* in einer Überschrift die Welt am 8. Juni aufrief, sie solle die „Aggressoren in die Schranken weisen“, titelte *Der Morgen*

²² Alle folgenden Zitate: Informationsdienst der Abteilung Agitation des ZK der SED. Die Rolle Israels als imperialistischer Brückenkopf im Nahen Osten. April 1965. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/9.02/17. Die Agitationsabteilung gab den als „Parteinterne Material“ deklarierten *Informationsdienst* monatlich heraus. Darin wurden die Argumentationen zu aktuellen Themen aufbereitet.

²³ Lamberz. Presseanweisung. Zur imperialistischen Aggression gegen arabische Staaten. 5.6.1967. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/9.02/54

²⁴ Ebd.

bereits 24 Stunden vorher, dass die „Aggressoren am Pranger“ stehen. Eindeutig wurde Israel in allen Zeitungen, so wie in den Presseanweisungen vorgegeben, als der alleinige Aggressor dargestellt.

Der Hauptgrund für Israels Aggressivität läge in der „abenteuerliche[n] Politik im Dienste des Imperialismus“²⁵, wie die DDR-Regierung verlauten ließ. Alle Zeitungen folgten der Bitte, diese Erklärung „an die Spitze der Ausgaben“²⁶ zu stellen. In derselben Ausgabe veröffentlichte das *Neue Deutschland* noch eine eigene Dokumentation, in der die vermeintlichen Aufgaben Israels innerhalb der imperialistischen Globalstrategie aufgezählt wurden.²⁷ Israel müsse demnach

als allzeit bereiter, gefügiger und einsatzfähiger ‚Flugzeugträger‘ dienen [...], von den Grenzen her ständig die arabischen Anliegerstaaten bedrohen – und zwar durch eine überdimensionierte, hochmodern ausgerüstete Armee [...], durch diese Bedrohung auch die arabischen Staaten zu ungewöhnlichen Rüstungslasten zwingen und ihre wirtschaftliche Entwicklung mit besonderen Bleigewichten belasten [und] als Speerspitze der Globalstrategen einsatzfähig und verfügbar sein, da einige arabische Länder wie die VAR und Syrien bei der entschlossenen Beseitigung des entsetzlichen Kolonialerbes auf den nichtkapitalistischen Weg gingen.

In der *Neuen Zeit* wurde dazu die Haltung der Deutsch-Arabischen Gesellschaft wiedergegeben, nach deren Ansicht der „Ueberfall [...] Ausdruck der expansionistischen und neokolonialistischen Ziele des Imperialismus“²⁸ sei. Heinz Schindler bezeichnete Israel im LDPD-Organ als „Stoßtruppe, die ein direktes amerikanisches Eingreifen wie in Vietnam unnötig macht.“²⁹ Bei Heinz Schindler handelte es sich allerdings nicht um ein Redaktionsmitglied des *Morgens*. In der Tat war Schindler nicht mal LDPD-Mitglied, sondern Genosse in der SED. Zurzeit des Sechstagekrieges war er als ADN-Korrespondent in Moskau eingesetzt.³⁰

Im *Morgen* erschien am darauf folgenden Tag ein Artikel mit dem Titel „Ein Kapitel Zionismus“, in dem Autor Willy Werner schlussfolgerte, dass es gar „geschichtsnotorisch [ist], daß es [...] Theodor Herzl [...] um die Jahrhundertwende gelang, die imperialistischen Großmächte Deutschland, Großbritannien und auch das zaristische Rußland für die Idee der Gründung eines ‚Judenstaates‘ zu gewinnen.“³¹ Weiter schrieb Werner, dass die deutschen, englischen und russischen Imperialisten „hellhörig“ gegenüber den Zielen des Zionismus wurden, „sobald von der Nahtstelle zwischen Afrika und Asien [...] als potentiellies Gründungsgebiet des zionistischen Staates die Rede war. Die Zionisten reagierten sehr rasch darauf und legten sich nunmehr [...] auf Palästina als ‚Kolonisationsland‘ fest.“³² In diesem Sinne hätten die Zionisten Palästina als Siedlungsgebiet lediglich deshalb auserkoren, weil die strategische Lage die Unterstützung imperialistischer Mächte zu gewährleisten versprach. Eine historische Verbindung der Juden mit dem Land Palästina habe bei der Entscheidung der Zionisten für Palästina keine Rolle gespielt. Nur durch den Ersten Weltkrieg sei das „imperialistische Gesellschaftsspiel um unverhohlenen eigensüchtige und ausgeprägt antiarabisch-antihumanistische Ziele“³³ unterbrochen worden. Werner hatte die Gründung Israels bereits zuvor mit einem „Piratenakt“ verglichen.³⁴ Die Ansicht, schon die Gründung Israels sei ein Vergehen des Imperialismus

²⁵ Erklärung des Ministerrats der DDR zur Aggression Israels vom 7.6.1967. In: *Neues Deutschland*, 08.06.1967, S. 1.

²⁶ Lamberz. Presseanweisung. 7.6.1967, 17.15 Uhr. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/9.02/55.

²⁷ Speerspitze der Globalstrategen. ND-Dokumentation. In: *Neues Deutschland*, 08.06.1967, S. 7.

²⁸ Räuberischer Akt verurteilt. In: *Neue Zeit*, 10.06.1967, S. 2. Die Erklärung der Deutsch-Arabischen Gesellschaft wurde am selben Tag auch im *Morgen* und in der *Jungen Welt* sowie einen Tag später im *Neuen Deutschland* veröffentlicht.

²⁹ Heinz Schindler: Moskau und der Nahostkonflikt. In: *Der Morgen*, 11.06.1967, S. 1.

³⁰ Vgl. Michael Minholz / Uwe Störnberg: *Der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst (ADN). Gute Nachrichten für die SED*. München: Saur 1995, S. 424.

³¹ Willy Werner: Ein Kapitel Zionismus. In: *Der Morgen*, 09.06.1967, S. 7.

³² Ebd.

³³ Ebd.

³⁴ Willy Werner: Wie entstand der Staat Israel? Eine Kurzdokumentation. In: *Der Morgen*, 07.06.1967, S. 3.

gewesen, wurde auch durch die anderen Zeitungen verbreitet, ohne dass es dahingehend konkrete Anweisungen aus der Agitationsabteilung gegeben hat. Allerdings betonte die SED ihre Haltung, dass Israel „kein jüdischer, sondern ein imperialistischer Staat“ sei und „[b]ereits die Gründung des Staates Israel ein antiarabisches Unternehmen [war], organisiert von der jüdischen Großbourgeoisie und verbunden mit der Vertreibung von rund 1,5 Millionen Arabern.“³⁵ Trotz der deutlich einseitigen Darstellung der israelischen Gründungsgeschichte und der negativen Bewertung des Charakters des jüdischen Staates forderte die DDR nicht die Beseitigung des Staates Israel. Das Quellenstudium ergibt, dass die DDR das Existenzrecht Israels zu keinem Zeitpunkt bestritt, sondern einen Politikwechsel Israels anstrebte.

Wie die *Neue Zeit* berichtete, sei es die Politik der fortschrittlichen arabischen Länder gewesen, die „den Erdölmonopolen nicht gefiel“³⁶, und deshalb Israel zur Aggression motiviert hätten. So zitierte das *Neue Deutschland* Ulbricht schon zu Beginn des Krieges mit den Worten, die israelischen Angriffe würden auch darauf abzielen, „die Erdölreichtümer im Interesse der imperialistischen Expansions- und Machtpolitik weiter auszuplündern, und ihren rechtmäßigen Eigentümern [...] vorzuenthalten.“³⁷ Im Hintergrund der israelischen Aggression ständen demzufolge „die Interessen der westlichen Erdölmonopole.“³⁸ Auch der DDR-Ministerrat sah in der Sicherung der „Erdölprofite“ einen Hauptgrund für den Ausbruch des Krieges an.³⁹

Die ausführlichste Veröffentlichung zum Kriegsbeginn und den angeblichen imperialistischen Machenschaften war eine vom ADN angefertigte Dokumentation, die in einer zweiten Presseanweisung vom 7. Juni 1967 mit der Bitte, sie im *Neuen Deutschland* „in vollem Umfang zu veröffentlichen“⁴⁰, angekündigt worden war. Sie erschien, nun als „ND-Dokumentation“ betitelt, zwei Tage später im SED-Zentralorgan und vier Tage später gekürzt in der *Neuen Zeit*.⁴¹

In ihr hieß es, dass der Krieg „durch die imperialistischen Mächte [...] im Bunde mit Israel seit Monaten planmäßig militärisch, politisch und psychologisch vorbereitet“ worden sei, „um die Positionen des Imperialismus in diesem erdölreichsten und strategisch wichtigen, am Schnittpunkt dreier Kontinente und an der Südflanke der Sowjetunion gelegenen Gebiete [...] auszubauen.“ Zwei chronologisch aufgebaute Abrisse beschrieben ausschließlich israelische Provokationen seit November 1966 und seit der Zeit der Verabschiedung des Wiedergutmachungsabkommens zwischen Westdeutschland und Israel bis zur Neuzusammensetzung des israelischen Kabinetts kurz vor Ausbruch des Krieges im Juni 1967.

Die Schlussfolgerung der Dokumentation besagte, dass bereits die Gründung des Staates Israel ein neokolonialistischer Akt gewesen war, der in eine „beispiellose Unterdrückung der arabischen Bevölkerung“ mündete. Dementsprechend sei die Instrumentalisierung Israels durch den Imperialismus schon auf die Staatsgründung selbst zurückzuführen. Denn „[d]ie Regierung der Entente benutzte den Zionismus [...] für ihre Expansionspläne im Nahen Osten“. Ebenso missbrauchte der Zionismus

das Streben der vom Hitlerfaschismus grausam verfolgten jüdischen Menschen [...] nach einem sicheren Zufluchtsort, um mit verstärkter Einwanderung nach Palästina die zionistische imperialistische Idee eines jüdischen Staates im Nahen Osten

³⁵ Paul Verner an die Sekretariate der Kreisleitungen. 7.6.1967. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/20/832, Bl.34. Paul Verner war Mitglied des Politbüros und 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin

³⁶ Bonns Blutschuld im Nahen Osten. In: *Neue Zeit*, 08.06.1967, S. 6.

³⁷ DDR entschlossen an der Seite der arabischen Staaten. In: *Neues Deutschland*, 06.06.1967, S. 2.

³⁸ Prawda: Bonn wußte vorher von der Aggression bescheid. In: *Neues Deutschland*, 11.06.1967, S. 7.

³⁹ Erklärung des Ministerrats der DDR zur Aggression Israels vom 7.6.1967. In: *Neues Deutschland*, 08.06.1967, S. 1.

⁴⁰ Lamberz. Presseanweisung. Zur israelischen Aggression. 7.6.1967. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/9.02/55.

⁴¹ Zur israelischen Aggression und ihren Hintergründen. In: *Neues Deutschland*, 09.06.1967, S. 5; Zur israelischen Aggression und ihren Hintergründen. In: *Neue Zeit*, 11.06.1967, S. 4. Die folgenden Zitate entstammen dieser Dokumentation.

zu realisieren. [...] Nicht nur Großbritannien und Frankreich, jetzt vor allem die USA [...] waren daran interessiert, mit Hilfe eines von ihnen geschaffenen jüdischen Staates eine Militärbastion für ihre Herrschaftsziele zu errichten.

Letztlich sei der Staat Israel nicht in der Lage, „die Lehren aus dem furchtbaren Schicksal von Millionen ermordeter und verfolgter europäischer Bürger jüdischer Herkunft zu ziehen und eine Politik des friedlichen Nebeneinanders und Zusammenlebens mit den arabischen Nachbarvölkern zu betreiben [...]“. Die Einseitigkeit der Dokumentation führte dazu, dass die Bedrohung für den Staat Israel durch die arabischen Staaten völlig verkannt wurde, was die grundsätzliche Haltung der DDR widerspiegelte. Im Gegensatz zur DDR und dem sozialistischen Lager zeige gerade Israel, dass es sich einem „friedlichen Nebeneinander[s] und Zusammenleben[s]“ verware.

3.3. Westdeutsche Mitschuld

Die konkrete Unterstützung Israels durch Westdeutschland, vor allem im Rahmen des Wiedergutmachungsabkommens, war seit dessen Unterzeichnung im September 1952 ständig Thema in den DDR-Zeitungen und fand seine Höhepunkte im Zuge der Verabschiedung des Abkommens sowie als beide Staaten die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen im Mai 1965 beschlossen.

Am 25. November 1952 (also erst mehr als zwei Monate nach Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens) kam es in einem ND-Artikel „Wiedergutmachung – für wen?“ zur ersten offiziell Stellungnahme zum Wiedergutmachungsabkommen seitens der SED.⁴² Demnach habe es sich nicht um eine Wiedergutmachung faschistischer Verbrechen gehandelt, sondern um „ein Geschäft zwischen Deutschen und israelischen Großkapitalisten.“ Alles in allem sei ein „abgekartete[s] imperialistische[s] Spiel unter dem Deckmantel der ‚Wiedergutmachung‘“ im Gange gewesen. Für Ost-Berlin stellte das Abkommen ein Symbol für die militärische Zusammenarbeit zweier vermeintlich imperialistischer Staaten auf Kosten der Araber und der Opfer der NS-Herrschaft dar. Das Abkommen habe nämlich „keineswegs [...] überlebenden Opfern des Faschismus ihr geraubtes Eigentum ersetzt [...] ihre Gesundheit wiederher[ge]stellt und eine gesicherte Existenz“ garantiert.

Auch der *Informationsdienst* der Agitationsabteilung vom April 1965 räumte der westdeutsch-israelischen Zusammenarbeit reichlich Platz ein.⁴³ Das Wiedergutmachungsabkommen wurde hier als „schmutziges Handelsgeschäft“ bezeichnet und diene vor allem zur Tarnung des westdeutschen Staates, dessen wahrer Charakter nach wie vor faschistisch sei. Mit Hilfe des Abkommen „ließen sich [die herrschenden Kreise Israels] als eifrige Propagandisten der Bonner ‚Demokratie‘ gut bezahlen“. Es müsse daher festgestellt werden, „daß die Regierung Israels ihr Gewissen und die Interessen des deutschen Volkes wie aller friedliebenden Völker an die Bonner Militaristen verkauft hat“. Jenseits der Polemik wurde durchaus realistisch die „lebenswichtige Bedeutung“ des Abkommens für Israels Wirtschaft und Militär hervorgehoben. So hätten etliche Betriebe und die Ausrüstung der israelischen Handels- und Kriegsflotte ohne das Abkommen nicht modernisiert werden können.

Neben dem Wiedergutmachungsabkommen existierte laut *Informationsdienst* noch ein, „in seiner Widerlichkeit kaum noch zu überbietendes Schachergeschäft“. Gemeint war ein angebliches Geheimabkommen zwischen Ben-Gurion und Adenauer im März 1960, in dem sich die israelische Seite bereit erklärt hätte, „[f]ür Waffenlieferungen in Höhe von 320 Millionen Westmark [...] alle Enthüllungen unterbleiben“ zu lassen, die

⁴² Der Artikel kam auszugsweise als Teil einer 42-seitigen Dokumentensammlung, die den Titel *Zur Haltung der DDR gegenüber der aggressiven Politik des Staates Israel, zum ökonomisch-militärischen Komplott Bonn – Tel Aviv und zur Palästinafrage* trug, vermutlich zu Beginn des Sechstagekrieges erneut in Umlauf. Er war der erste von 23 in der Sammlung enthaltenen offiziellen Verlautbarungen. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/9.02/55, S. 1–2. Die folgenden Zitate entstammen diesem Artikel.

⁴³ Dieses und die folgenden Zitate: Informationsdienst der Abteilung Agitation des ZK der SED. Die Rolle Israels als imperialistischer Brückenkopf im Nahen Osten. April 1965. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/9.02/17.

Personen der Bonner Regierung während des Eichmann-Prozesses hätten belasten können. Darüber hinaus seien bis kurz zuvor israelische Offiziere in Westdeutschland ausgebildet worden und nähmen auch aktuell an Atomkriegsmanövern der Bundeswehr teil, da Westdeutschland besonders an atomarer Zusammenarbeit mit Israel interessiert sei. Dabei käme dem Weizmann-Institut, das mit kräftiger westdeutscher Finanzhilfe errichtet worden sei, eine zentrale Rolle zu: „Die geheimen Arbeiten in diesem Institut dienen den Hitlergeneralen zur Vorbereitung der Produktion von Atomwaffen.“ Somit seien die israelischen Militaristen „die eifrigsten Helfershelfer“ des westdeutschen Militarismus geworden.

Als Israel und Westdeutschland im Mai 1965 volle diplomatische Beziehungen aufnahmen, erklärte die DDR-Regierung, es handele sich um die „Fortsetzung einer langjährigen offenen und geheimen Zusammenarbeit [...] auf militärischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet.“⁴⁴ Die völkerrechtliche Anerkennung Israels durch die Bundesrepublik sei eine „demonstrative Unterstützung der aggressiven Politik der israelischen Regierung“. Die diplomatischen Beziehungen waren in den Augen der SED ein „Komplott der Vorwärtsstrategen Europas mit den Vorwärtsstrategen des Nahen Ostens“, „eine Herausforderung der arabischen Staaten und aller antiimperialistischen, antikolonialistischen Kräfte“ und würden alleine „der imperialistischen Politik des Drucks und der Erpressung“ dienen. Es sei, so der Nationalrat der nationalen Front, eine „bodenlose Heuchelei“, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem Argument der „moralischen Wiedergutmachung“ zu rechtfertigen.⁴⁵ Immerhin kämen die „westdeutschen Milliardenbeträge [...] einzig und allein dem Staate Israel als imperialistischer Speerspitze, in dem zudem nur etwa 10 Prozent aller Juden leben“ zugute. Bonn erweise sich erneut „als Verbündeter und Teilhaber der imperialistischen Bastion Israel“⁴⁶.

Die Zusammenarbeit zwischen Israel und Westdeutschland war auch in der Berichterstattung während des Sechstagekrieges ein Dauerthema. Die *Neue Zeit* wusste von „Bonns Blutschuld“⁴⁷ zu berichten, denn die Aufrüstung Israels sei ein „Unternehmen, an dem sich vor allem Westdeutschlands Regierende mit Rüstungslieferungen in Höhe von über 600 Millionen Dollar beteiligten.“⁴⁸ Deshalb sei es nicht verwunderlich, „daß die Regierung in Bonn auch hier auf der Seite der Aggressoren steht [...]. Schließlich war sie es insbesondere, die [...] die israelische Regierung zu diesem Verbrechen ermunterte.“⁴⁹

Der Morgen kritisierte ebenfalls die militärische Unterstützung durch Westdeutschland, jedoch fiel der Ton ein wenig zurückhaltender aus. So war die Sprache von den umfangreichsten Waffenkontingenten „[n]ächst den USA“⁵⁰, und davon, dass „insbesondere [...] die USA und Großbritannien, aber auch in zunehmendem Maße Westdeutschland“⁵¹ für die umfangreichen Waffenlieferungen verantwortlichen gewesen seien. Die *Junge Welt* kritisierte die in Westdeutschland stattfindende „Werbung von Söldnern für die Beteiligung an der israelischen

⁴⁴ Dieses und die folgenden Zitate: Erklärung der Regierung der DDR zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der westdeutschen Bundesrepublik und Israel. 15. Mai 1965. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/9.02/55, S. 27.

⁴⁵ Argumentation des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Kommission für Agitation. Argumentation Nr. 16. 14.5.1965. SAPMO – BArch DY/30/ IV A 2/9.02/166.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Bonns Blutschuld im Nahen Osten. In: *Neue Zeit*, 08.06.1967, S. 6.

⁴⁸ Israel ist schuldig. *Neue Zeit* kommentiert. In: *Neue Zeit*, 10.6.1967, S. 2.

⁴⁹ DDR solidarisch. In: *Neue Zeit*, 07.06.1967, S. 1.

⁵⁰ Die Komplizen in Bonn. In: *Der Morgen*, 07.06.1967, S. 3.

⁵¹ Heinz Schindler: Moskau und der Nahostkonflikt. In: *Der Morgen*, 08.06.1967, S.1.

Aggression“⁵². Diese sei „mit Hilfe der Bonner Regierung erheblich verstärkt worden.“⁵³ Auch die anderen Zeitungen thematisierten diese Form der „Schützenhilfe“⁵⁴.

Das Zentralorgan der SED trat besonders bei der Verleumdung der westdeutsch-israelischen Zusammenarbeit hervor. Immerhin wurde dieser Anspruch in den Presseanweisungen der Agitationsabteilung als ein zentrales Element der Berichterstattung gefordert. Das *Neue Deutschland* meinte, die Durchführung der ‚araberfeindlichen Politik‘ Israels sei nur durch die „seit 1960 von Westdeutschland für rund 600 Millionen DM zusätzliche[n] Waffengeschenke aller Art“⁵⁵ ermöglicht worden. Alle Tatsachen bewiesen, dass Israel erst durch die „industrielle und militärische Hilfe zur Aggression befähigt und ermuntert“⁵⁶ worden sei. Das Wiedergutmachungsabkommen hätte den deutschen Monopolkapitalisten, „die Hitler an die Macht gebracht und für Auschwitz und Maidanek und Treblinka verantwortlichen waren“, ermöglicht, „einen Bruchteil ihrer Profite aus den Vernichtungslagern im Nahostgeschäft“ zu reinvestierten und „sich dabei noch von den herrschenden Kreisen Israels für ein Comeback in die Weltpolitik eine Art ‚Unbedenklichkeitsbescheinigung‘“ ausstellen zu lassen.⁵⁷ Offensichtlich waren die Leserfragen, auf die Lothar Killmer mit diesen Passagen antwortete, von der Agitationsabteilung selbst konstruiert worden. So hieß es in der Presseanweisung vom 7. Juni 1967, dass

konkret die Fragen beantwortet werden [müssen], die Bürger unserer Republik stellen: Z.B.: Wer setzt die Existenz Israels auf Spiel? Ist die Forderung der VAR hinsichtlich des Golfes von Akaba berechtigt? Wer trägt die Schuld an der Auslösung des Konflikts? Die Rassen- und Klassenfrage in dieser Auseinandersetzung u.a.⁵⁸

Zudem fällt auf, dass am folgenden Tag Teile der Antworten Killmers wörtlich in einen Artikel des LDPD-Organs übernommen worden waren.⁵⁹

Die westdeutsche Mitschuld am Krieg sei auch dadurch belegt, dass Bonn frühzeitig „vom Zeitpunkt der israelischen Aggression [...] unterrichtet“⁶⁰ gewesen sei. Das *Neue Deutschland* übersetzte wenige Tage später einen Artikel aus der *Pravda*, in der Selbiges behauptet worden war.⁶¹ Ebenso sah die *Junge Welt* Westdeutschland als „zu den ‚bestunterrichteten Zentralen der Welt‘ über die Aggression“⁶². Es sei „kein Zufall, daß ausgerechnet die imperialistische Bonner Regierung [...] ihre Pressehyänen anhält, besonders eifrig für den Aggressor die Trommel zu rühren“⁶³. Die westdeutsche „großbürgerliche Presse“⁶⁴ hätte gar im „Ton

⁵² Israelische Aggression gegen Araber. In: *Junge Welt*, 06.06.1967, S. 1.

⁵³ Meldelisten für Söldner. In: *Junge Welt*, 07.06.1967, S. 4.

⁵⁴ Arabische Armeen im Abwehrkampf gegen Aggressor Israel. In: *Neue Zeit*, 07.06.1967, S. 1. So wurde zum Beispiel im *Neuen Deutschland* konkret die Zahl von 110 Söldnern genannt, die nach Israel ausgeflogen werden würden. Vgl. Bundestag stellt sich hinter Tel Aviv. In: *Neues Deutschland*, 08.06.1967, S. 1.

⁵⁵ Wer ist der Aggressor? In: *Neues Deutschland*, 07.06.1967, S. 6.

⁵⁶ Lothar Killmer: Instrument der Globalstrategen. Antworten auf Leserfragen zur Lage im Nahen Osten. In: *Neues Deutschland*, 09.06.1967, S. 7.

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Lamberz. Presseanweisung. Zur israelischen Aggression. 7.6.1967. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/9.02/55.

⁵⁹ Hintergründe der Nahost-Aggression. In: *Der Morgen*, 10.06.1967, S. 2.

⁶⁰ Bonn kannte den Zeitpunkt des Überfalls. In: *Neues Deutschland*, 07.06.1967, S. 6.

⁶¹ Prawda: Bonn wußte vorher von der Aggression bescheid. In: *Neues Deutschland*, 11.06.1967, S. 7.

⁶² Israel mißachtet erneut UNO-Appell. In: *Junge Welt*, 09.06.1967, S. 2.

⁶³ Lothar Killmer: Anschlag auf den Fortschritt. Antworten auf Leserfragen zur Lage im Nahen Osten. In: *Neues Deutschland*, 10.06.1967, S. 4.

⁶⁴ Heinz Schindler: Moskau und der Nahostkonflikt. In: *Der Morgen*, 11.06.1967, S. 1.

nazistischer ‚Siegesmeldungen‘⁶⁵, ‚Goebbelscher Manier‘⁶⁶ und nach ‚Art der Kriegsberichterstattung im Völkischen Beobachter‘⁶⁷ über Israels Kriegserfolge berichtet.

Den Höhepunkt erreichten die Beschuldigung gegenüber der Bundesrepublik mit einer Dokumentation des *Neuen Deutschlands* über das ‚militärische Komplott Westdeutschland-Israel‘⁶⁸. Dieselbe Dokumentation erschien zweiteilig auch in der *Neuen Zeit* am 13. und 14. Juni 1967. Die Wiedergutmachung, so war darin zu lesen, hätte als ‚Nebelschleier‘ für ‚die schnelle ökonomische und militärische Stärkung Israels als Brückenkopf‘ gedient. Israels ‚Aggressionsarmee‘ sei ‚auf westdeutsche Rechnung‘ aufgebaut worden, und beide, Israel und Westdeutschland, würden gemeinsam nach Kernwaffen streben. Auch kurz vor den aktuellen Kampfhandlungen habe ‚die Kiesinger/Strauß-Regierung ihre Zusammenarbeit mit den herrschenden Kreisen Israels weiter verstärkt.‘ Bestandteile dessen seien auch die Lieferung von 20.000 Gasmasken für das israelische Militär und die Registrierung westdeutscher Freiwilliger in der israelischen Botschaft gewesen. Im Grunde fasste die Dokumentation die gesamte Haltung der DDR zur westdeutsch-israelischen Kooperation in ihrer ganzen agitatorischen Schärfe zusammen.

3.4. Die Abwehr des Antisemitismusvorwurfs

Wegen der Gleichsetzung des Staates Israel und seiner Entstehungsgeschichte mit dem Imperialismus und dem generell scharfen Ton, den die SED mit Hilfe der verschiedenen Zentralorgane gegenüber Israel anklingen ließ, sah sie sich, und mit ihr auch die Blockparteien, gezwungen, dem Vorwurf des Antisemitismus zu begegnen. Bereits nach der Ägypten-Reise Ulbrichts hatten die Verantwortlichen im Bereich der Agitation Wert darauf gelegt, dass ‚[u]nsere Haltung zu Israel [...] überhaupt nichts mit unserer Einstellung zu den Juden und mit dem Antisemitismus zu tun‘⁶⁹ habe. Immerhin beständen ja ‚brüderliche Beziehungen‘⁷⁰ zur Kommunistischen Partei Israels und zu israelischen Journalisten- und Juristen-Organisationen. Und schließlich sei in der DDR gewährleistet, ‚daß sich niemals wiederholt, was sich in der Kristallnacht und in den folgenden Jahren in Theresienstadt und Auschwitz abgespielt hat.‘⁷¹

In seinem Artikel ‚Ein Kapitel Zionismus‘ bemerkt Willy Werner, dass ‚nicht oft genug darauf hingewiesen werden kann, daß wir nicht die herrschenden zionistischen Kreise Israels gleichsetzen mit den etwas über 2 Millionen Einwohnern des Staates und schon gar nicht mit den etwa 13 Millionen Menschen jüdischer Herkunft auf der Erde.‘⁷² Die *Neue Zeit* berichtete gleich zu Beginn des Krieges von einer Sonntagsdiskussion im Deutschlandsender,⁷³ in der Paul Markowski⁷⁴ meinte, es sei ‚böswilligste und bösartigste‘ Verleumdung, wenn die ‚Judenhasser des Nazireiches‘ und heutigen Nazis in Westdeutschland versuchen würden, der DDR Antisemitismus ‚in die Schuhe zu schieben‘. Es müsse darauf hingewiesen werden, ‚daß man den Staat Israel

⁶⁵Springer hetzt zum Weltkrieg. In: *Neues Deutschland*, 07.06.1967, S. 6.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Springer-Presse will zweite Vietnamaggression. In: *Neues Deutschland*, 08.06.1967, S. 2.

⁶⁸ Das militärische Komplott Westdeutschland-Israel. ND-Dokumentation. In: *Neues Deutschland*, 11.06.1967, S. 6. Die folgenden Zitate entstammen dieser Dokumentation.

⁶⁹Argumentation des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Kommission für Agitation. Sondernummer. 8.4.1965. S. 5. SAPMO – BArch DY/30/ IV A 2/9.02/166.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ Ebd.

⁷² Willy Werner: Ein Kapitel Zionismus. In: *Der Morgen*, 09.06.1967, S. 7.

⁷³ Dieses und die folgenden Zitate: Unser Verhältnis zum Staat Israel. In: *Der Morgen*, 06.06.1967, S. 2.

⁷⁴ Paul Markowski war zum damaligen Zeitpunkt Leiter der ZK-Abteilung Internationale Verbindungen und Kandidat für das ZK, dessen Mitglied er 1971 wurde.

nicht identifizieren kann und darf mit den Menschen jüdischer Herkunft“. So sei er sich sicher, dass sich viele Juden „streng dagegen verwahren“, mit der israelischen Politik identifiziert zu werden.

Den leidenschaftlichsten Versuch, die DDR vor dem Vorwurf des Antisemitismus in Schutz zu nehmen, unternahm Gerhart Eisler in der *Jungen Welt*.⁷⁵ Eisler entstammte einer deutsch-jüdischen Familie und war im Dezember 1948, noch vor seiner Rückkehr in die SBZ, zum Professor für politische und soziale Fragen an die Universität Leipzig berufen. Ab 1949 war er Vorsitzender der Kommission für Massenagitation und Mitbegründer des Amtes für Information bei der Regierung, dessen Leitung er bis Ende 1952 übernahm. Das Verbot, diese Funktion weiter auszuüben, ausgesprochen im Zusammenhang mit der Field-Affäre⁷⁶, wurde 1956 wieder aufgehoben. Ab Ende März 1962 war Eisler Vorsitzender des Staatlichen Rundfunkkomitees und seit dem VII. SED-Parteitag im April 1967 Mitglied des ZK und der Agitationskommission. Im Übrigen war es Eisler, der Albert Norden im Oktober 1949 als Leiter der Hauptabteilung Presse im Amt für Information einsetzte und damit dem langjährigen Hauptagitator der DDR einen wichtigen Karriereschritt ermöglichte.

Vielleicht war es seine Herkunft, die Eisler dazu veranlasste, zunächst einzugestehen, dass es „da und dort noch einen versteckten Antisemitismus geben [mag], da sich reaktionäre Traditionen von heute auf morgen nicht vollkommen ausrotten lassen.“⁷⁷ Trotzdem konnte auch er sich nicht von der für die DDR allgemeingültigen Formel lösen: „In der DDR ist der Faschismus und damit auch der Antisemitismus bis zur Wurzel ausgerottet“⁷⁸. In jedem Fall würden Gesetz und Erziehung der Jugend in der DDR dem Antisemitismus entschieden entgegentreten. Eisler weiter:

Wenn wir also die herrschenden Kreise in Israel für ihre Politik brandmarken und ganz besonders jetzt, wo sie die arabischen Völker angegriffen haben, so hat das mit Antisemitismus überhaupt nichts zu tun. Wenn wir den westdeutschen Imperialismus brandmarken, sind wir deswegen gegen die Deutschen? [...] Und wenn wir die herrschenden Kreise Israels sowie ihre abenteuerliche Politik verurteilen, so sind wir doch nicht gegen das Volk Israels, das in seiner großen Mehrheit aus Arbeitern besteht und unter denen es auch eine Kommunistische Partei gibt, eine Bruderpartei.

Mit der abschließenden Feststellung, auch die arabischen Völker seien semitischer Abstammung, hatte er zwar Recht. Sein Schlussfolgerung allerdings, damit könne die DDR gar nicht antisemitisch sein, widerspricht der Definition von Antisemitismus als eine feindliche Haltung ausschließlich gegen Juden.

In der *Neuen Zeit* und im *Neuen Deutschland* fand keine explizite Abgrenzung der Kritik an Israel zum Antisemitismus statt, wie beispielsweise in *Der Morgen*. Aber auch in diesen beiden Zeitungen erschien die „Erklärung jüdischer Bürger der DDR“⁷⁹. Diese wurde durch die Abteilung Agitation bereits zwei Tage vor Veröffentlichung angekündigt⁸⁰ und entsprach dem Beschluss des Politbüros vom selben Tag, „Stellungnahmen von jüdischen Bürgern aus der DDR zu veröffentlichen, in denen sie ihre Empörung über die Israel-Aggression“⁸¹ ausdrücken würden. Der Beschluss des Politbüros in Kombination mit der ausdrücklichen Erwähnung der Herausgabe einer Erklärung jüdischer Bürger in den Presseanweisungen durch die Agitationsabteilung lässt darauf schließen, dass die Zeitungen den Abdruck als obligatorisch empfunden haben,

⁷⁵ Gerhart Eisler: Gegen wen ist unser Protest gerichtet? In: *Junge Welt*, 09.06.1967, S. 4.

⁷⁶ Siehe hierzu Kapitel II.2.4.

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ Diese Formel war die Standardformulierung, mit der die DDR für sich beanspruchte, den Nährboden für Rassismus, Antisemitismus und Faschismus völlig ausgetrocknet zu haben, während er in Westdeutschland sich ungehindert ausbreiten könne.

⁷⁹ Erklärung jüdischer Bürger der DDR. In: *Neues Deutschland*, 09.06.1967, S. 2; *Neue Zeit*, 11.06.1967, S. 2. Auszugsweise auch in *Junge Welt*, 09.06.1967, S. 4. Gekürzt und unter dem Titel „Israel verhängnisvoller Weg“ in *Der Morgen*, 10.06.1967, S. 2.

⁸⁰ Lamberz. Presseanweisung. Zur israelischen Aggression. 7.6.1967. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/9.02/55.

⁸¹ SED-Politbüro, Protokoll 7/67, 7.6.1967. Zitiert nach Michael Wolffsohn: *Die Deutschland Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden*. München: Ed. Ferenczy bei Bruckmann 1995, S. 254.

und dass die Erklärung unter gewissem SED-Druck zu Stande kam. Fest steht, dass Albert Norden sich bei Ulbricht beschwerte, dass einige Vorsitzende jüdischer Gemeinden nicht bereit waren, die Erklärung zu unterzeichnen.⁸²

In der Erklärung sprechen sich die zehn Unterzeichner gegen die „herrschenden Kreise“⁸³ Israels aus und prangern an, Israel spräche fälschlicherweise für alle Juden. Da jedoch „die erdrückende Mehrzahl der Juden außerhalb Israels lebt und dieses nicht als ihren Staat betrachtet,“ könne Israel dies gar nicht. Weiter hieß es: „Sympathien, die in der Welt den durch den Hitlerfaschismus und Antisemitismus geschundenen Juden entgegengebracht werden, sollen zur Tarnung imperialistischer Interessen mißbraucht werden.“ So sei die „Tragik der jüdischen Bevölkerung Israels, daß die Machthaber [...] eine Politik betreiben, die sich in den Dienst der strategischen Interessen imperialistischer Großmächte“ stelle.

Israel wird weiter vorgeworfen, „ein verhängnisvolles und unnatürliches Bündnis mit [...] den Nazimördern des jüdischen Volkes [...] in Bonn“ eingegangen zu sein, was eine „verächtliche Charakterlosigkeit“ bedeute. Die Variante, jüdische Stimmen zu nutzen, um die eigenen antisemitischen und antizionistischen Ressentiments zu untermauern und gleichzeitig genau diesen Vorwurf zu entschärfen, kann selbst als eine perfide Spielart des Antisemitismus und des Antizionismus wahrgenommen werden. In diesem Fall wiegt es besonders schwer, da die Erklärung höchst wahrscheinlich nicht gänzlich ohne Druck von den jüdischen Vertretern unterzeichnet worden war. Die SED produzierte so selbst die Entlastung ihrer eigenen Agitation. Hierin besteht wohl auch der Hauptunterschied zur Verwendung jüdischer ‚Kronzeugen‘, wie es die Zeitungen bereits während dem Eichmann-Prozess getan hatten, um eine angebliche neofaschistische-zionistische Koalition zwischen Westdeutschland und Israel zu behaupten.

In jedem Fall ist deutlich zu erkennen, dass eine Argumentationsebene der DDR den jüdischen Charakter des Staates Israel betraf. Indem Israel sein *raison d'être*, nämlich die Existenz als souveräner jüdischer Nationalstaat, abgesprochen wurde, sowohl aufgrund der Tatsache, dass die Mehrzahl der Juden außerhalb Israels lebten als auch aufgrund der Ansicht, es handele sich in Wirklichkeit um einen imperialistischen und keinen jüdischen Staat, konnte überhaupt nicht die Rede sein von Antisemitismus: Wenn das Objekt der Agitation nicht jüdischen Charakters ist, könne auch die Kritik nicht antisemitisch sein.

Eine zweite Strategie, dem Antisemitismusvorwurf entgegenzutreten, bestand darin, der Politik der israelischen Regierung zu unterstellen, sie richte sich in Wahrheit gegen die Interessen der Juden weltweit und der Mehrheit der Israelis. So hieß es in der Erklärung des Ministerrates, „[n]iemand gefährdet Leben und Schicksal der jüdischen Bevölkerung Israels mehr als die herrschenden Kreise in Tel Aviv“⁸⁴. Und das *Neue Deutschland* antwortete auf die Leserfrage, wer denn eigentlich die Existenz Israels auf Spiel setze mit „niemand anderes als die Regierung in Tel Aviv selbst und ihre Hintermänner und Finanziere in Washington, Bonn und London.“⁸⁵ Auch die jüdischen Bürger sahen in ihrer Erklärung „die Existenz Israels aufs Spiel“ gesetzt durch die israelische „Politik der Aggression“.⁸⁶ Sie erklärten sich „in tiefer Sorge um das Schicksal der Bevölkerung Israels [...]. Die imperialistische Politik richtet sich gegen deren Interessen, und sie selbst sind Opfer dieser Politik.“⁸⁷

⁸² Vgl. Jutta Illichmann: *Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990*. Frankfurt am Main: Peter Lang 1997, S. 211–212.

⁸³ Dieses und die folgenden Zitate: Erklärung jüdischer Bürger der DDR. In: *Neues Deutschland*, 09.06.1967, S. 2; *Neue Zeit*, 11.06.1967, S. 2. Auszugsweise auch in *Junge Welt*, 09.06.1967, S. 4. Gekürzt und unter dem Titel „Israel verhängnisvoller Weg“ in *Der Morgen*, 10.06.1967, S. 2.

⁸⁴ Erklärung des Ministerrats der DDR zur Aggression Israels vom 7.6.1967. In: *Neues Deutschland*, 08.06.1967, S. 1.

⁸⁵ Lothar Killmer: Instrument der Globalstrategen. Antworten auf Leserfragen zur Lage im Nahen Osten. In: *Neues Deutschland*, 09.06.1967, S. 7.

⁸⁶ Erklärung jüdischer Bürger der DDR. In: *Neues Deutschland*, 09.06.1967, S. 2.

⁸⁷ Ebd.

Rudolf Agsten, seit 1954 LDPD-Abgeordneter der Volkskammer und Vorsitzender der Fraktion und zu dieser Zeit sowohl Vizepräsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft als auch Präsidiumsmitglied im DDR-Friedensrat, betonte, dass sich die Solidarität mit den Araber nicht „gegen das jüdische Volk, dessen Interessen mit der Politik der Machthaber in Tel Aviv ebenso wenig zu tun haben wie die Interessen der westdeutschen Bevölkerung mit der revanchistischen Bonner Politik“⁸⁸, richte. Es sei ja bemerkenswert, so Agsten, dass „[a]usgerechnet das Bonner Regime, in dem ehemalige Judenmörder nach wie vor in hohen öffentlichen Ämtern tätig sind“, die israelische Aggressionspolitik so sehr unterstütze.⁸⁹ Bei der Haltung der DDR handele es sich „überhaupt nicht um eine ‚Rassenfrage‘, sondern um eine Klassenfrage.“⁹⁰

In der ND-Dokumentation „Speerspitze der Globalstrategen“ hieß es dementsprechend, dass „derartige imperialistische Aufgaben weder im Interesse der 2,2 Millionen Israelis liegen, noch das Geringste mit jenen 13 Millionen jüdischer Menschen zu tun haben, die außerhalb Israels leben.“⁹¹ Vielmehr seien es riskante Unternehmen, in denen die echten Gefahren für den Staat Israel lägen. Rolf Günther, ND-Korrespondent in Kairo, brachte diese Haltung bereits vor dem Beginn des Krieges auf den Punkt: „Angesichts des zu erwartenden Mehrfrontenkrieges nimmt ein Aggressionsversuch Israels nun noch mehr den Charakter eines Selbstmordversuches an.“⁹²

In der Logik der SED-Agitation war Kritik am Vorgehen des Staates Israel nicht nur nicht antisemitisch, sondern zielte auf den Schutz der Juden und Israelis. Während die ‚imperialistischen Kräfte‘ und Israel selbst eine im Grunde gegen Juden gerichtete Politik betrieben hätten und den Staat Israel gefährden würden, konnte sich die DDR mit Hilfe ihrer Agitation sogar als Vertreterin der Interessen der Juden weltweit aufspielen. Es darf durchaus bezweifelt werden, dass die DDR in der Lage war, ihre Position glaubhaft im internationalen Kontext durchzusetzen, trotz eines israelischen Partners auf israelischer Seite, der sie in dieser Haltung bestärkt: die KP Israels.

3.5. Unterstützung durch die KP Israel

Der Besuch Ulbrichts in Ägypten im Februar 1965 war Anlass für die KP Israel, eine vermeintlich dringend notwendige außenpolitische Neuorientierung Israels zu fordern. Der jüdische Staat, so der Leitartikel im Zentralorgan *Kol Ha'am* am 4. März 1965, begeben sich zunehmend in die Abhängigkeit der USA, was in einer grundsätzlichen Gefahr für Israels Sicherheit münde.⁹³ Israel werde durch den Imperialismus als ein Instrument in einem Krieg, der nicht der eigenen sei, benutzt.⁹⁴ Die Risiken eines erneuten imperialistischen Feldzuges seien unendliche größer als noch bei der Suez-Krise von 1956.⁹⁵ Israel müsse daher dem Imperialismus den Rücken kehren und unabhängig und neutral handeln.

An Ulbrichts Ägypten-Reise stießen lediglich Teile des Inhalts der gemeinsam mit Nasser abgegebenen Abschlusserklärung bei der KP Israel auf Unverständnis: „We can under no circumstances reconcile ourselves with the formula of the references to Israel“⁹⁶. Die Erklärung stehe in „stark contradiction to historical truth“

⁸⁸ Rudolf Agsten: Globalstrategie. In: *Der Morgen*, 08.06.1967, S. 1.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ Ebd.

⁹¹ Speerspitze der Globalstrategen. In: *Neues Deutschland*, 08.06.1967, S. 1.

⁹² Rolf Günther: Aggressoren erwartet Einheitsfront aller Araber. In: *Neues Deutschland*, 06.06.1967, S. 7.

⁹³ Vgl. Communist Party of Israel. Foreign Relations Department. Press Release. 8.3.1965. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/20/829, Bl. 70–72. (Hervorhebung im Original) Der Artikel wurde vier Tage nach Veröffentlichung als offizielle Pressemitteilung der KP Israel in Umlauf gebracht. In dieser Form erreichte er die DDR.

⁹⁴ Vgl. Ebd.

⁹⁵ Vgl. Ebd.

⁹⁶ Dieses und die folgenden Zitate ebd.

and to the simple facts.“ Es gäbe keinen Anlass, Israel als „arrow-head“ des Imperialismus zu bezeichnen und mit der Betonung der Rechte der Araber gleichzeitig in solch scharfer Weise Israel zu verleumden. Offensichtlich unterschätzte die KP Israel das Bedürfnis der DDR, Sympathien im arabischen Raum auf Kosten der Bundesrepublik zu ergattern und gegen die Hallstein-Doktrin vorzugehen. Unter den arabischen Staaten, so das Kalkül der DDR, versprach eine ausgeprägte Feindschaft gegen Israel großen politischen Nutzen zu bringen.

Mitte des Jahres 1965 spaltete sich der dogmatische und sowjettreue Flügel unter der Führung Meir Vilners von der KP Israel ab und gründete die kommunistische Rakach-Partei. In der KP Israel verblieben gemäßigte Kommunisten unter der Leitung von Moshe Sneh und Shmuel Mikunis, die nun auch eine explizit positive Bewertung des Zionismus vornahmen.⁹⁷ Neben Differenzen über Ansichten zum Zionismus herrschten unterschiedliche Standpunkte zum israelisch-arabischen Konflikt zwischen den beiden kommunistischen Parteien Israels. Zehn Tage vor Beginn des Sechstagekrieges beschuldigte Vilner die „Imperialisten“ und ihre „Mietlinge“, den Sturz der syrischen Regierung und die Schwächung der Befreiungsbewegung im arabischen Raum zu verfolgen.⁹⁸ Er appellierte an die Regierung Israels, eine friedliche Politik zu verfolgen, „anstatt für die Imperialisten die Kastanien aus dem Feuer zu holen.“⁹⁹ Israels Interesse läge nicht mit dem Imperialisten, „sondern mit den arabischen Völkern gegen die Imperialisten.“ Noch während des Sechstagekrieges gab Rakach der Regierung Eschkols die alleinige Schuld am Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch eine Reihe sozialistischer Staaten und der Sowjetunion.¹⁰⁰ Die Sicherheit des israelischen Volkes läge „in one front with the Arab peoples against the colonialists who are the enemy of both, the Israeli and Arab peoples.“¹⁰¹

Die KP Israel versuchte ihren gemäßigten Standpunkt gegenüber der SED zu verdeutlichen. So wurde der Sorge Ausdruck verliehen, dass die arabischen Staaten „Schritt für Schritt mit ihrer progressiven Entwicklung [...] ihre feindliche Haltung zum Staat Israel verstärken.“¹⁰² Vor lauter Idealisierung der arabischen Bewegung übersehe die Rakach diese Tatsachen. Es sei zwar richtig, dass die Großbourgeoisie in Israel herrsche, dies dürfe aber nicht zu dem Schluss führen, dass Israel kein Existenzrecht habe. Zu behaupten, die arabischen Staaten seien grundsätzlich antiimperialistisch und Israel grundsätzlich pro-imperialistisch wäre „schematisch und falsch [und] eine nicht zulässige Vereinfachung.“¹⁰³

Zwar bevorzugte die DDR gleich nach der Spaltung der KP Israel offiziell keine der beiden kommunistischen Parteien Israels. Inoffiziell aber hieß es: „Faktisch sollten wir die Verbindung über die KPdSU zur Gruppe Vilner Toubi aufrechterhalten *und sie unterstützen*.“¹⁰⁴ Die folgenden Monate bis zum Ausbruch des Sechstagekrieges bestätigten die DDR in ihrer Einschätzung gegenüber den beiden kommunistischen Parteien Israels. Die Positionen der Rakach entsprachen denen Ost-Berlins in erheblichem Maße. Vergeblich blieben die

⁹⁷ Die Differenzen innerhalb der KP Israel waren schon zu Beginn des Jahres offensichtlich geworden, wie die Genossen Esther Vilenska und Yaakov Silber bei einem Treffen mit dem Abteilungsleiter für Internationale Verbindungen im ZK der SED, Paul Markowski mitteilten. Vgl. Entwurf einer Information an alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros über ein Gespräch des Gen. Paul Markowski mit Genossen Vilenska und Silber am 24.8.1966. Ohne Datum. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/20/828, Bl. 29–40. Vgl. auch: Illichmann: *Die DDR und die Juden*, S. 207–208.

⁹⁸ Vilner. Erklärung im Namen des ZK der KP Israel. 26.5.1967. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/20/829, Bl. 237–239. Nach außen behielt auch die Rakach die Bezeichnung „Kommunistische Partei Israel“.

⁹⁹ Ebd.

¹⁰⁰ ZK der KP Israel. Statement of the Political Bureau of the Communist Party of Israel in the Breaking off of diplomatic relations by the Soviet Union, Czechoslovakia and Bulgaria with Israel. 11.6.1967. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/20/829, Bl. 256–257.

¹⁰¹ Ebd.

¹⁰² Entwurf einer Information an alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros über ein Gespräch des Gen. Paul Markowski mit Genossen Vilenska und Silber am 24.8.1966. Ohne Datum. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/20/828.

¹⁰³ Ebd.

¹⁰⁴ Ebd., Bl. 39. (Hervorhebung O.O.)

Versuche der KP Israel Ende des Jahrs 1966, die SED dazu zu bewegen, die Berichterstattung im *Neuen Deutschland* neutraler zu gestalten: Yaakov Silber beschwerte sich im Dezember 1966 beim ZK der SED, dass im Widerspruch zu einer im August von Paul Markowski persönlich getätigten Zusage, Artikel im SED-Zentralorgan erneut eine einseitig antiisraelische Sichtweise vermitteln würden.¹⁰⁵ Auch der israelische Genosse Beerman, Mitglied im ZK der KP Israel und Vorsitzender der Antinazikämpferorganisation, beschwerte sich bei Genossen Guttman, Ost-Berlins Verantwortlichem für die Beziehungen zu Ländern mit gespaltenen kommunistischen Parteien,¹⁰⁶ darüber, dass nur die Sicht der Araber in der *Pravda* und im *Neuen Deutschland* präsentiert würde.¹⁰⁷ Beerman zeigte sich im Namen der KP Israel besorgt um Gerüchte, denen zufolge die SED die Gruppe Vilner bevorzuge und den DDR-Zeitungen angewiesen worden seien, die Rakach zu favorisieren. Entspreche dies der Wahrheit, so sei es „für uns überraschend und unangenehm. Jede Favorisierung kann eine außergewöhnliche schädliche Wirkung haben.“

Mit seinen Versuchen, die SED dazu zu bewegen, die Gefahren durch die arabische Politik und den Terror der Fatah anzuerkennen, stieß Beerman offenbar auf taube Ohren. Ebenso lief sein Appell an Ost-Berlin, „alle Bemühungen zu unternehmen, die Gemüter der extremistische Kreise der arabischen Staaten [...] zu beruhigen“ und die gemeinsamen Interessen im Kampf gegen Neonazismus und Antisemitismus zu nutzen, um die Beziehungen zwischen den Regierungen „wärmer zu gestalten“, ins Leere. Vermutlich war es Paul Markowski, Leiter der Abteilung für Internationale Verbindungen, der mit seinen handschriftlichen Notizen auf dem Gesprächsprotokoll dem Begehren Bermans eine deutliche Abfuhr erteilte: Beermanns Appell „zeigt objektiv das Gesicht“ der KP Israel. In sarkastischem Ton vermerkte er noch: „Was sollen wir gegen USA, Westd. Tun? Nichts!“

Wenige Tage nach Beendigung des Krieges verfasste Vilner eine Pressemeldung für die Rakach, in der er die imperialistischen Motive hinter dem Krieg, deren Aussichtslosigkeit und die Parallelen zum Suez-Krieg von 1956 aufzeigte.¹⁰⁸ Ebenso griff er die Mikunis-Sneh Partei an, die mit ihrer Haltung zum Sechstagekrieg belegt hätte, dass sie keine kommunistische Partei mehr sei. Die einseitige Haltung der DDR im Sechstagekrieg konnte sich letztlich auf die Rakach-Partei und Meir Vilner persönlich stützen.

3.6. Deutliche antisemitische Motive während des Sechstagekrieges

Das Israelbild während des Sechstagekrieges war primär durch den Vorwurf des imperialistischen Platzhalters im Nahen Osten geprägt. Innerhalb diesen manichäischen Konstrukts, in dessen Rahmen Israel als der einzige Aggressor und Kriegstreiber im Interesse des Imperialismus dargestellt wurde, kam es zu einer nicht zu übersehende Aktualisierung antisemitischer Inhalte. Alleine das Aufspüren zahlreicher antisemitischer Formulierungen und Nazi-Vergleiche macht deutlich, dass hier auch strukturell und funktional eine Aktualisierung des Antisemitismus zum Vorschein kam.

Die SED konnte ihre Haltung zum Sechstagekrieg zumindest teilweise durch die Unterstützung der KP Israel, durch die Zustimmung zu ihrer Linie von Juden innerhalb der DDR sowie durch die Behauptung, der Staat Israel sei nicht repräsentativ für die Juden in der Welt, rechtfertigen und hatte damit ein mehrere Argument zu Händen, warum ihre Position zu Israel und dem Konflikt mit den Arabern unter keinen Umständen

¹⁰⁵ Vgl. Silber an das Zentralkomitee der SED. 19.12.1966. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/20/828, Bl. 44–45.

¹⁰⁶ Vgl. Helmut Eschwege: *Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden*. Berlin: Ch. Links 1991, S. 99.

¹⁰⁷ Guttman. Vermerk über eine Aussprache zwischen Guttman und Berman am 20.12.1966. 5.1.1967. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/20/828, Bl. 54–62. Die folgenden Zitate entstammen diesem Gesprächsprotokoll.

¹⁰⁸ Vilner. The Leaders of the Mikunis-Sneh Group have passed the Rubicon. Press Release for the Communist Party of Israel. 13.6.1967. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/20/829, Bl. 258–259.

antisemitisch motiviert war. Jedoch stellt sich die Frage, inwieweit die Verleumdung des jüdischen Charakters des Staates Israel schon als Antisemitismus zu werten ist.

Wenn in den Zeitungen die Hauptkritik gegen die angeblichen imperialistischen Ziele Israels gerichtet war, so kamen im Zuge des Sechstagekrieges auch deutliche antisemitische Argumentationen zum Vorschein. Mit der Darstellung Israels als auf Gewalt und Raub gegründetes Staatswesen wurde die Rechtmäßigkeit der Existenz des Staates heftig angegriffen, auch wenn sie nicht offen bestritten wurde. Unweigerlich erinnert die Beschreibung des jüdischen Staates als „Pfahl im Fleische der Araber“¹⁰⁹ sehr an die Beschreibung der Juden als Virus oder Tumor in der Gesellschaft, wie es der rassistisch bedingte Antisemitismus gerne ausdrückt.

Die Einseitigkeit der Berichterstattung zeigte sich besonders da, wo die Entwicklung hin zur militärischen Eskalation beschrieben wurde. Hier wurden einseitig israelische Provokationen im Vorfeld des Krieges detailliert aufgelistet, arabische aber völlig ausgelassen oder als legitime Maßnahmen der Selbstverteidigung gewertet. Dies war schon der Fall in den Presseanweisungen. So galt nicht nur der ‚Überfall‘ Israels als verachtenswert, die gesamte israelische Politik im Vorfeld des Krieges habe genau auf eine solche Eskalation abgezielt. Israel wurde so als Alleinschuldiger am Krieg präsentiert.

Besonders offensichtlich wurde die Dämonisierung Israels mit Hilfe der Gleichsetzung mit der Nazi Herrschaft und dem Hitlerfaschismus betrieben. Am 7. Juni 1967 bat die Agitationsabteilung in ihrer Abendanweisung um die Publikation einer Stellungnahme des Instituts für Völkerrecht der Humboldt-Universität zu Berlin „an hervorragender Stelle“¹¹⁰. Schon am nächsten Tag veröffentlichte die *Junge Welt* den Text, der sich mit dem „erneuten israelischen Friedensbruch“ und der Rechtmäßigkeit des arabischen Kampfes beschäftigte.¹¹¹

Einer der Verfasser der Erklärung war Peter Alfons Steiniger. Steiniger entstammte einer deutsch-jüdischen Berliner Familie und war 1933 wegen seiner Abstammung aus dem juristischen Dienst beim Amtsgericht Berlin-Wedding entlassen worden, woraufhin er seinen Austritt aus der jüdischen Gemeinde erklärte. 1946 kehrte er zurück nach Berlin, nachdem er als Zwangsarbeiter zur Organisation Todt einberufen worden war und daraufhin nach Schlesien floh. Im Jahr seiner Rückkehr wurde Steiniger zum Professor für öffentliches Recht und Rechtsphilosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin ernannt. Er war an der Ausfertigung der Verfassung der DDR und am Aufbau des Instituts für Völkerrecht an der Humboldt-Universität beteiligt. 1965 wurde er Vizepräsident der Gesellschaft für Völkerrecht in der DDR. Die anderen beiden Unterzeichner der Erklärung waren ebenfalls Professoren für Völkerrecht: Bernhard Graefrath und Edith Oeser.

Nicht nur, so die Erklärung des Instituts für Völkerrecht, dass Israel „das völkerrechtliche Verbot von Aggressionen und jeglicher Androhung und Anwendung von Gewalt offen mit Füßen getreten“ habe – als „Aggressorstaat verstößt Israel zugleich gegen die Prinzipien die in den Nürnberger und Tokioter Kriegsverbrecherprozessen maßgebend für die Urteilsfällung waren.“¹¹² In dieselbe Kerbe schlug die *Neue Zeit* am 11. Juni 1967 in einem Artikel, der die diplomatischen Entwicklungen um die Nahost-Krise im UN-Sicherheitsrat behandelte.¹¹³ Der Chefdelegierten der UdSSR, Prof. Federenko, wurde darin wörtlich zitiert. Er meinte, „daß die jetzige Aggression Israels faschistischen Charakter hat, und daß die für die Aggression Verantwortlichen auf die gleiche Anklagebank wie die vom Nürnberger Gericht verurteilten Naziverbrecher

¹⁰⁹ Israel ist schuldig. *Neue Zeit kommentiert*. In: *Neue Zeit*, 10.06.1967, S. 2.

¹¹⁰ Lamberz. Presseanweisung. 7.6.1967, 17.15 Uhr. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/9.02/55.

¹¹¹ Alfons Steiniger / Bernd Graefrath / Edith Oeser: Stellungnahme des Instituts für Völkerrecht der Humboldt-Universität zu Berlin zur Aggression Israels. In: *Junge Welt*, 08.06.1967, S. 6. Alle anderen Zeitungen brachten die Stellungnahme am Folgetag.

¹¹² Ebd.

¹¹³ Bomben auf Damaskus. In: *Neue Zeit*, 11.06.1967, S. 1–2.

gehören.“¹¹⁴ Federenko wurde so auch im *Morgen* wiedergegeben.¹¹⁵ Damit war die Dämonisierung Israels zur Perfektion getrieben worden und mit ihr die Vertauschung der Rollen: Die Opfer der Nazis sind jetzt selber wie Nazi-Täter. Und sie gehören wie die Nazis zum Tode verurteilt.

Der Vergleich Israels mit Hitler-Deutschland wurde inspiriert durch den ZK-Sekretär für Agitation Albert Norden. Albert Norden gilt als die bedeutendste Persönlichkeit innerhalb des Agitationsapparats. In einer persönlichen Mitteilung wandte er sich am 9. Juni 1967 an seinen Abteilungsleiter Werner Lamberz und forderte eine deutliche Verschärfung der Agitation.¹¹⁶ Bisher, so Norden, kämen die „Tatsachen viel zu kurz, die beweisen, dass es sich bei den Kriegsvorgängen um einen regelrechten militärischen Überfall seitens Israels handelt.“ Dies sei neben der „agitorische[n] Wirkung und der moralischen und historischen Beurteilung auch für die politischen Konsequenzen von grosser Bedeutung.“ Norden forderte explizit zum Vergleich mit Hitler-Deutschland auf. So müssten

alle mündlichen und schriftlichen Zeugnisse [gebracht werden], die unterstreichen, dass hier vo [sic] verfahren wurde, wie Hitler am 22. Juni 1941 die Sowjetunion bei Nacht und Nebel überfiel. [Es] kann und muss gerade an Hand der Tatsache des 5. Juni nachgewiesen werden, wie die israelischen Imperialisten Hitlers völkerrechtswidrige Taktiken und Überfallsmethoden imitieren.

Offensichtlich mussten die DDR-Zeitungen zum Vergleich zwischen Israel und Hitler-Deutschland durch den Agitationsapparat angespornt werden. Die Nazi-Vergleiche nahmen zum Ende des Krieges und nach Nordens Mitteilung an Lamberz in ihrer Anzahl merklich zu.

Das *Neue Deutschland* bediente sich einer spezifischen Semantik, die den Vergleich zwischen Israel und Nazi-Deutschland offensichtlich anbot. So seien laut einer Dokumentation des SED-Organs gegen die Araber in Israel „wiederholt blutige Pogrome inszeniert worden“ und viele von ihnen „müssen in sogenannten Sicherheitszonen, faktisch in Ghettos, leben.“¹¹⁷ Die antisemitischen Anspielungen blieben aber nicht nur auf Israel selbst beschränkt. Auch Westdeutschland und der Westen überhaupt waren Ziele antisemitischer Beleidigungen. Durch die Verwendung des Wortes „Blitzkrieg“ befände sich die Presse in Westdeutschland „[a]uf Goebbels Spuren“ und hätte „wieder einmal ihre enge geistige Verwandtschaft mit den braunen Verderbern“ bewiesen.¹¹⁸ Ebenso betätigte sich der Westen in seiner Unterstützung für Israel als „Brunnenvergifter“¹¹⁹ – für damalige Verhältnisse eine fast schon ausgestorbene, dafür aber umso offenere antisemitische Formulierung.

¹¹⁴ Ebd.

¹¹⁵ Aggression faschistischen Charakters. In: *Der Morgen*, 11.6.1967, S. 2.

¹¹⁶ Norden an Lamberz. 9.6.1967. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/2.028/49. Die folgenden Zitate entstammen dieser Anweisung.

¹¹⁷ Zur israelischen Aggression und ihren Hintergründen. In: *Neues Deutschland*, 09.06.1967, S. 5; *Neue Zeit*, 11.06.1967, S. 4.

¹¹⁸ Auf Goebbels' Spuren. In: *Neue Zeit*, 09.06.1967, S. 3.

¹¹⁹ Lothar Killmer: Instrument der Globalstrategen. Antworten auf Leserfragen zur Lage im Nahen Osten. In: *Neues Deutschland*, 09.06.1967, S. 7.

4. Das Olympia-Attentat von München 1972

Gegen 4 Uhr früh, am Morgen des 5. Septembers 1972, drangen acht, als Sportler getarnte, palästinensische Terroristen auf das Gelände des Olympischen Dorfes in München ein. Zehn Tage nachdem die Spiele eröffnet worden waren, von denen sich die Bundesrepublik eine „Rehabilitierung Deutschland als zivilisierte Gesellschaft“¹ erhoffte, nutzten die Terroristen „gravierende Sicherheitslücken“² am Zaun, der die Olympioniken eigentlich schützen sollte. Der Anblick von Sportlern, die nach durchzechten Nächten über den Zaun zurück in ihre Quartiere gelangten, sei bereits Gewohnheit geworden, so dass niemand Verdacht schöpfte. Kurz darauf verschafften sich die Terroristen, die der Terrorgruppe Schwarzer September³ angehörten, mit ihren in Sporttaschen versteauten Kalaschnikows Zugang zur Connollystraße 31, wo sie in Apartment 1, der Bleibe von sieben israelischen Sportlern, eindringen. Einem der Israelis, Tuvia Sokolovsky, gelang die Flucht durch ein Fenster, während sein Zimmernachbar, Josef Gutfreund, Kampfrichter beim Wettbewerb der Ringer, sich mit seinem Körpergewicht gegen die Tür stemmte und so das Eindringen der Terroristen um einige Sekunden verzögerte. Nachdem die Terroristen Gutfreund überwinden konnten nahmen sie ihn und die verbliebenen fünf Israelis als Geiseln. Dem Trainer der israelischen Ringer, Moshe Weinberger, wurde beim Versuch, einen der Terroristen zu überwältigen, in die rechte Wange geschossen. Dies hielt Weinberger aber nicht davon ab, wenig später einen neuen Versuch zu starten, einem der Terroristen die Kalaschnikow zu entreißen. Die Schüsse, die sich lösten und die Brust des Ringtrainers trafen, waren tödlich.⁴

In der Zwischenzeit konnten die Terroristen weitere sechs Israelis, die sich in einem anderen Apartment desselben Hauses befanden, als Geiseln nehmen. Einem weiteren Sportler, Gad Tsabari, gelang ebenfalls die Flucht. Josef Romano, israelischer Gewichtheber, der wegen eines Kreuzbandrisses auf Krücken angewiesen war, versuchte ebenfalls, sich einer der Waffen der Attentäter zu bemächtigen. Auch ihn trafen tödliche Schüsse. Anders als die Leiche von Weinberger, die vor die Tür der Connollystraße 31 abgelegt wurde, verblieb Romanos toter Körper auf dem Boden des Zimmers, in dem nun insgesamt neun israelische Sportlern als Geiseln gehalten wurden.

Gegen 5.30 Uhr waren die Verantwortlichen des Olympischen Organisationskomitees, der Stadt München, des Freistaats Bayern und der Bundesregierung über den Anschlag und die Forderungen der Terroristen informiert. Das Ultimatum der Attentäter: Bis 9 Uhr desselben Morgens sollten mehr als 230 Häftlinge aus israelischen Gefängnissen sowie Ulrike Meinhof und Andreas Bader, die führenden Köpfe der Bader-Meinhof Gruppe, freigelassen werden. Nach erfolgter Freilassung der Gefangenen sollten die Attentäter mitsamt ihrer Geiseln in drei Flugzeugen an einen sicheren Ort ausgeflogen werden. Letztlich würden die Geiseln auf arabischem Boden freigelassen werden. Sollten sich die Verantwortlichen weigern, auf die Forderungen einzugehen, drohten die Palästinenser mit der Erschießung weiterer Geiseln.⁵

¹Simon Reeve: *Ein Tag im September. Die Geschichte des Geiseldramas bei den Olympischen Spielen in München 1972*. München: Heyne 2006, S. 10.

²Matthias Dahlke: *Der Anschlag auf Olympia '72. Die politischen Reaktionen auf den internationalen Terrorismus in Deutschland*. München: Martin Meidenbauer 2006, S. 10.

³Erstmals trat die Terrorgruppe Schwarzer September im Zusammenhang mit der Ermordung des jordanischen Ministerpräsidenten, Wafsi Tell, am 28. November 1971 in Erscheinung. Wenige Wochen später führte die Gruppe ein Attentat mit tödlichem Ausgang gegen den jordanischen Botschafter in London, Zaid el-Rifai, aus. Die Bezeichnung, Schwarzer September, geht zurück auf die Bekämpfung palästinensischer Fedajin durch Jordaniens König Hussein im September 1970. Dabei starben mindestens 4.000 palästinensischer Kämpfer. Die eigentliche Schuld daran und an der allgemein miserablen Situation der Palästinenser gab der Schwarze September dem Staat Israel. Vgl. Reeve: *Ein Tag im September*, S. 43ff.

⁴Vgl. Aaron J. Klein: *Die Rächer. Wie der israelische Geheimdienst die Olympia-Mörder von München jagte*. München: Spiegel 2007, S. 56.

⁵Vgl. George Jonas: *Schwarzer September. Der Mossad im Einsatz*. München: Knaur 2006, S. 17.

In den Verhandlungen wurde schnell klar, dass Israel den Forderungen nicht nachkommen werde. Unter Zuhilfenahme arabischer Vermittler und dem persönlichen Einsatz des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher konnte das Ultimatum sukzessive auf 19 Uhr, schließlich sogar auf 21 Uhr verschoben und die Forderungen der Geiselnahme auf ungestörten Abflug mit den Geiseln nach Kairo reduziert werden. Während dies Erfolge deutscher Verhandlungstaktik zu sein schienen, verhielt sich der Krisenstab passiv und in Wahrheit bestimmten die Terroristen das Handeln. Mehrere Befreiungspläne wurden verworfen, nur um dann wieder in Betracht gezogen zu werden.⁶ In seiner detailreichen Studie kommt Matthias Dahlke daher zu dem Schluss, dass dem politischen Krisenstab „[v]orausschauendes Handeln [...] höchstens im Sinne von Unterlassungen“ zugesprochen werden könne, und dass „die viel zu späten persönlichen Anrufe des Kanzlers [Brandt] an das Ausland [zeigen], wie hilflos und unvorbereitet sich der Krisenstab in die Ecke hatte drängen lassen.“⁷ Dabei hätten „Zeitdruck und Informationsdefizite“ sowie „eine unübersichtliche Vielzahl von Entscheidungsträgern mit unzureichenden definierten Kompetenzen“ das Versagen des Krisenstabes begünstigt.⁸

Der Rettungsplan sah vor, die Terroristen zu täuschen. Sie würden mit den Geiseln in zwei Hubschraubern zum Flugplatz Fürstenfeldbruck gebracht, wo ein Flugzeug, scheinbar startbereit, auf sie warten sollte. Die Crew der Maschine sollte aus Polizeibeamten bestehen, die diejenigen Terroristen überwältigen sollten, die das Innere der Maschine inspizieren würden. Der Rest sollte von fünf Scharfschützen unschädlich gemacht werden. Gepanzerte Mannschaftswagen waren angedacht, um schließlich die Geiseln aus den Helikoptern zu befreien. Zvi Samir, ein hochrangiger israelischer Geheimdienstmitarbeiter, der mittlerweile zum Krisenstab gestoßen war, sei froh gewesen, dass überhaupt ein Plan existierte. Er sei aber von den Verantwortlichen des Freistaates Bayern weitestgehend ignoriert worden und habe Zweifel am Vorgehen gehegt.⁹

Die Zweifel des israelischen Experten waren gerechtfertigt. Die Rettungsaktion endete in einem Fiasko. Erst beschloss das für die Überwindung der Terroristen im Flugzeug vorgesehen Kommando, fünfzehn Minuten vor Ankunft der Hubschrauber mit den Terroristen und Geiseln, die Operation eigenmächtig abubrechen. Danach musste Georg Wolf, der Einsatzleiter der Rettungsaktion, bei Ankunft der Hubschrauber erstaunt feststellen, dass es sich nicht, wie es bisher hieß, um fünf, sondern um acht Geiselnahme handelte.¹⁰

Die Hubschrauber mit Geiseln und Geiselnahmern landeten kurz nach 22.30 Uhr auf dem Flugplatz Fürstenfeldbruck. Als zwei der Terroristen bei ihrer Inneninspektion des Flugzeuges erkannten, dass von Startbereitschaft keine Rede sein konnte, rannten sie zurück zu den Helikoptern. Auf halbem Weg erfolgte der erste Schuss aus dem Gewehr eines der deutschen Scharfschützen. Was folgte war ein blutiger Schusswechsel. Als erstes fiel einer der vom Flugzeug zurückkehrenden Terroristen den Schüssen zum Opfer; er wurde am Bein getroffen und ging zu Boden. Ein deutscher Scharfschütze, der im Tower des Flugfeldes positioniert war, wurde von einer Kugel am Kopf tödlich getroffen. Beide Seiten feuerten wild aufeinander, wobei nicht mehr zwischen Freund und Feind unterschieden werden konnte, da es den Terroristen gelungen war, die Lichtgiraffen des Flugplatzes zu treffen. 90 Minuten dauerte das Feuergefecht, bis gepanzerte Fahrzeuge auf das Flugfeld rollten. Im Angesicht ihrer ausweglosen Situation sprengten die Terroristen einen der Hubschrauber mit Hilfe von Handgranaten in die Luft, die Geiseln in dem zweiten Helikopter wurden aus nächster Nähe mit Schüssen

⁶ Vgl. Dahlke: *Der Anschlag auf Olympia '72*, S. 11ff.

⁷ Ebd., S. 20.

⁸ Ebd., S. 112.

⁹ Vgl. Klein: *Die Rächer*, S. 78ff.; Reeve: *Ein Tag im September*, S. 141ff.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 84ff.

durchsiebt. Drei Terroristen, die noch überlebt hatten, konnten gegen 1.30 Uhr von der Polizei festgenommen werden.¹¹

Besonders dramatisch war die von Regierungssprecher Conrad Ahlers bekanntgegebene Befreiung aller Geiseln, was zunächst für Erleichterung bei allen Angehörigen sorgte. Gegen 2.30 Uhr wurden sie mit der schrecklichen Nachricht, dass alle Geiseln umgekommen waren, aus ihren Freudefeiern gerissen. Die traurige Bilanz des Tages: elf tote israelische Olympioniken, fünf tote und drei verletzte Attentäter, sowie ein toter und mehrere verletzte deutsche Polizisten.¹²

Am 29. Oktober 1972 gab Deutschland den Forderungen der Entführer einer nach Ankara entführten Lufthansa-Maschine nach und ließ die festgenommenen Attentäter von München frei.¹³ Es existieren Hinweise darauf, dass die gesamte Aktion zwischen der Bonner Regierung und der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) abgesprochen, ja sogar von Westdeutschland mitfinanziert war.¹⁴

In Israel wurde entschieden, dass, neben der Bombardierung palästinensischer Lager in arabischen Nachbarländern, in denen verstärkte terroristische Aktivitäten vermutet wurden, das Massaker von München eine deutlich heftigere Antwort erfordere. Premierministerin Golda Meir entschied sich dafür, die mutmaßlichen Verantwortlichen für das Attentat von München und andere hochrangige Führer des Schwarzen Septembers durch den Mossad beseitigen zu lassen. Für die Durchführung der Exekutionen wurde ein Team von Spezialisten zusammengestellt, das in der Lage war, ohne Kontakt zum Mossad zu operieren und sich selbstständig mit allem Nötigen, von Waffen bis zu Urkunden, zu versorgen.¹⁵ Das Team wurde auf elf Zielpersonen angesetzt, die quer über Europa verteilt lebten.

Der Operation Zorn Gottes fiel Wael Sueitir als erstes zum Opfer. Sueitir war ein in Rom lebender palästinensischer Dichter und angestellter Übersetzer der libyschen Botschaft, der als inoffizieller Repräsentant der PLO fungierte und von Israel verdächtige wurde, verantwortlich für den Angriff auf eine El-Al-Maschine im Juli 1968 und ein Bombenattentat auf einen weiteren Flugzeug der israelischen Fluggesellschaft im August 1972 zu sein. Er wurde am Abend des 16. Oktobers 1972 vor seiner Wohnung in Rom hingerichtet.¹⁶ Sueitir folgte Mahmud Hamshari, oberster Repräsentant der PLO in Paris. Ihm wurde unter anderem eine führende Rolle beim Münchener Attentat zugeschrieben. Am 8. Dezember 1972 zündeten die israelischen Agenten eine zuvor in der Nähe von Hamsharis Telefon installierte Bombe mit Hilfe eines Fernsignals, dass sie bei einem Anruf durch den Hörer sandten. Zuvor waren sie sicher gegangen, dass sich weder seine Frau noch seine Tochter in der Wohnung befanden. Hamshari erlag seinen Verletzungen im Krankenhaus.¹⁷

Es folgten gezielte Tötungen von Personen, denen Israel eine direkte Verantwortung für den Anschlag zuschrieb, auf Zypern, in Athen, in Paris und eine durchaus aufwändige und unter Teilnahme israelischer Spezialkräfte durchgeführte Operation, bei der Israel mehrerer Zielpersonen in Beirut liquidierte.¹⁸ Aber palästinensische Terroristen führten ihre Terroraktionen gegen israelische Ziele weiter, auch wenn diese nicht immer von Erfolg gekrönt waren.¹⁹ Deutlich wurde die Tatsache, dass mehrere israelische Kommandos in Europa tätig waren, als im Juni 1973 ein einer dieser den marokkanischen Kellner Ahmed Bouchiki in

¹¹ Vgl. Reeve: *Ein Tag im September*, S. 157ff.

¹² Vgl. Dahlke: *Der Anschlag auf Olympia '72*, S. 20.

¹³ Vgl. ebd., S. 20ff.

¹⁴ Vgl. Klein: *Die Rächer*, S. 145.

¹⁵ Vgl. Jonas: *Schwarzer September*, S. 119f.

¹⁶ Vgl. Klein: *Die Rächer*, S. 134ff. Reeve: *Ein Tag im September*, S. 238–239; Jonas: *Schwarzer September*, S. 147ff.

¹⁷ Vgl. Klein: *Die Rächer*, S. 147ff. Reeve: *Ein Tag im September*, S. 240ff.

¹⁸ Vgl. Klein: *Die Rächer*, S. 176ff.; Reeve: *Ein Tag im September*, S. 255ff.; Jonas: *Schwarzer September*, S. 262ff.

¹⁹ Vgl. Jonas: *Schwarzer September*, S. 311–312.

Lillehammer tötete, allerdings hatte man ihn mit dem Hauptdrahtzieher hinter dem Anschlag auf die Olympiade, Ali Hassan Salameh, verwechselt. Der Fehlschlag führte zur Verhaftung israelischer Agenten.²⁰ Trotz des herben Rückschlags, der vor allem ein moralisches Problem aufwarf, hielten die israelischen Vergeltungsaktionen an. Am 22. Januar 1979 tötete eine Autobombe in Beirut Salameh.²¹

4.1. Die Haltung der SED gegenüber Israel vor dem Olympia-Attentat

Zu Beginn der 1970er Jahre stimme das ZK der SED grundsätzlich überein mit der sowjetischen Einschätzung „der erhöhten Aggression Israels im Nahen Osten.“²² Aufgrund des bisherigen Ausbleibens eines Beschlusses des UN-Sicherheitsrates gegen die erneute „Aggressionen“ Israels,²³ sei es „notwendig, daß beschleunigte Vorbereitungen getroffen werden, um von arabischer Seite wirkungsvolle militärische Maßnahmen gegen die israelischen Aggressoren durchzuführen.“ In diesem Zusammenhang gab Ulbricht gegenüber dem Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der UdSSR in der DDR, Abrassinow, seine Zustimmung bekannt, bei Bedarf eine „Beratung der Ersten Sekretäre nach Moskau“ einzuberufen, die über „Zweckmäßigkeit und den Zeitpunkt des Einsatzes von Freiwilligen aus sozialistischen Ländern“ konsultieren sollte.²⁴ Der direkte Zusammenhang von „wirkungsvollen militärischen Maßnahmen“ und dem „Einsatz von Freiwilligen aus sozialistischen Ländern“ lässt darauf schließen, dass hier der Einsatz von Soldaten aus dem Ostblock im Kampf gegen Israel vorgeschlagen wurde.

Seit Mitte der 1950er Jahre unterhielt die DDR Beziehungen zu Israel nur in Form von Kontakten zu den kommunistischen Parteien Israels. Im April 1970 erreichte Albert Norden die Bitte des führenden Mitgliedes der kommunistischen Rakach-Partei Israels, Tawfik Toubi, ihm eine Stellungnahme zur Haltung der DDR gegenüber Israel und dem Nahostkonflikt zu übersenden.²⁵ Hintergrund war die „reaktionäre Presse in Israel“, die behauptet hätte, „die DDR spräche Israel das Recht auf Existenz ab.“²⁶ Toubi glaubte den Berichten nicht, wollte sich seine Skepsis aber von offizieller Seite der DDR bestätigen lassen. Herrmann Axen, der von Norden gebeten wurde, diesbezüglich eine Stellungnahme in Auftrag zu geben, betraute Paul Markowski, Leiter der die Abteilung Internationale Verbindungen des ZK, mit der schriftlichen Ausarbeitung.

Mitte April erhielt Norden dann die Antwort direkt von Markowski zugesandt.²⁷ Darin wurde deutlich, dass sich die Position der SED zum Staat Israel seit dem Sechstagekrieg in keiner Weise geändert hatte. Die SED verurteile „aufs schärfste die israelische Aggression“ und brandmarkte „die fortgesetzten verbrecherischen Handlungen der herrschenden Kreise Israels“. Solange Israel sich weigere, die Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 22. November 1967, die „der geeignete Weg zur Lösung der infolge der israelischen Aggression entstandenen Lage“ sei, zu erfüllen und der Verantwortung gegenüber den „Palästina-Flüchtlingen“ gerecht zu werden, „betrachtet die DDR den Widerstandskampf der Bevölkerung in den besetzten Gebieten als rechtmäßig.“

²⁰ 2012 erschien die Geschichte von Sylvia Rafael, einer israelischen Agentin, die an der fehlgeschlagenen Exekution beteiligt gewesen war. Autor ist Moti Kfir, eine der Leitfiguren hinter der Operation Zorn Gottes. Moti Kfir / Ram Oren: *Sylvia Rafael. Mossad-Agentin*. Hamburg: Arche 2012.

²¹ Klein: *Die Rächer*, S. 245ff.; Reeve: *Ein Tag im September*, S. 294ff.

²² Dieses und die folgenden Zitate: Ulbricht an Abrassinow. 3.2.1970. SAPMO-BArch, DY/30/3666, Bl. 154. Nach dem Sechstagekrieg kam es zu erneuten Gefechten zwischen den arabischen Staaten und Israel. Der kriegerische Dauerzustand, der bis Mitte 1970 anhielt, wird als ‚Zermürbungskrieg‘ bezeichnet.

²³ Immer wieder kam es zu militärischen Konfrontationen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn.

²⁴ Ebd.

²⁵ Norden an Axen. 8.4.1970. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/20/827, Bl. 325–326.

²⁶ Ebd.

²⁷ Dieses und die folgenden Zitate: Markowski an Norden. 13.4.1970. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/20/827, Bl. 362–365.

Hinweise auf das „verbrecherische Komplott“ mit Westdeutschland durften ebenso wenig fehlen wie die Anmerkung zur „wüste[n] Hetze“ gegen die DDR, die die israelische Regierung angeblich betriebe. Auch versuche die Regierung in Israel, „zur Irreführung ihrer Bevölkerung und der Weltöffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als sei die nationale Existenz Israels in Gefahr. Niemand gefährdet jedoch die Existenz Israels mehr als die antinationale, aggressive, chauvinistische und araberfeindliche Politik“ Israels selbst, „die im Bunde mit dem Monopolkapital der USA, Westdeutschland und anderer imperialistischer Länder“ betrieben werde. Noch immer ignorierte Ost-Berlin die Politik der arabischen Staaten gegenüber Israel, noch immer wurde Israel als der alleinige Aggressor im Nahen Osten wahrgenommen und seine Politik als gegen die eigenen nationalen Interessen gerichtet dargestellt. Während das Existenzrecht Israels nicht explizit in Frage gestellt wurde, es aber auch nicht explizit bejaht wurde, gab man dem jüdischen Staat die alleinige Schuld an den Spannungen im Nahen und Mittleren Osten. Im Grunde bezog damit die DDR die Position, die auch durch die sowjettreue Rakach vertreten worden war.

Während die ostdeutschen Kontakte zu Israel weiterhin auf Beziehungen zur Rakach, und in seltenen Fällen zur KP Israel, begrenzt blieben, vertieften sich die Beziehungen zu den arabischen Staaten und der PLO. Es ist unübersehbar, wie die SED nach 1969, als die volle diplomatische Anerkennung durch fünf arabischen Staaten vollzogen wurde – darunter Ägypten, Syrien und der Irak – in politischen, wirtschaftlichen und propagandistischen Angelegenheiten bemüht war, sich mit den Arabern zu koordinieren.²⁸ Die 1969 und 1970 eröffneten DDR-Botschaften im arabischen Raum stellten die Schaltzentralen dieser Bemühungen dar, die auch die PLO mit einbezogen.

Ende Juli 1970 erfolgte die Unterzeichnung der „Vereinbarung zur Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit“ zwischen der SED und der Arabischen Sozialistischen Union (ASU), der bereits im März des darauf folgenden Jahres die Einigung auf ein zweites Zusatzprotokoll folgte.²⁹ Darin wurden unter anderem die engere Zusammenarbeit in Fragen der politisch-ideologischen Arbeit und gesellschaftswissenschaftlicher Institutionen vereinbart. Die SED zeigte sich bereit, besonders in theoretischen Fragen des Sozialismus unterstützend zu wirken. Ebenso sollten die bereits bestehenden Kooperationen von Institutionen der Ideologie, Propaganda und Agitation ausgebaut werden. Werner Lamberz, der der DDR-Delegation bei der feierlichen Unterzeichnung des zweiten Zusatzprotokolls in Kairo vorstand, hob in seiner Rede die Erfolge „particularly in the important area of ideological work“³⁰ hervor.

Im September 1970 beschlossen die ägyptische Gesellschaft für Freundschaft zwischen den Völkern der VAR und der DDR und die Deutsch-Arabische Gesellschaft (DAG) der DDR die Eckdaten ihrer Kooperation für die Jahre 1970–1971.³¹ Die Arbeitsvereinbarung sah unter anderem die gegenseitige Unterstützung durch politische Erklärungen vor und den Austausch von Drucksachen, Filmen, Literatur und anderen Informationsmitteln. Ebenfalls sollten Veranstaltungen zur Unterstützung der angestrebten „UNO-Mitgliedschaft der DDR“ durchgeführt oder eine Fotodokumentationen zum Thema „DDR – fest an der Seite der arabischen Völker“ und „Freies Land am Nil“ angefertigt werden. Die DAG verpflichtete sich, „maßgeblich“ an der Solidaritätswoche mit den arabischen Völkern teilzunehmen.

²⁸ 1970 folgten mit Algerien und Kuweit zwei weitere arabische Staaten, die die DDR völkerrechtliche anerkannten.

²⁹ 2. Zusatzprotokoll zur Vereinbarung zur Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der ASU und der SED. 31.3.1971. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.033/86, Bl. 10–12.

³⁰ Statement by the Head of the Delegation of the Central Committee of the Socialist Unity Party. 31.3.1971. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.033/86, Bl. 20–22.

³¹ Arbeitsvereinbarung zwischen der Gesellschaft für Freundschaft zwischen den Völkern der VAR und der DDR und der DAG für den Zeitraum 1970/1971. 13.9.1970. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.033/86, Bl. 23–25. Der Freundschaftsvertrag war am 4. Oktober 1969 unterzeichnet worden. Die folgenden Zitate entstammen dieser Arbeitsvereinbarung.

Auch auf parlamentarischer Ebene kam es zu weiteren Annäherungen. Auf Einladung des Präsidenten der Nationalversammlung der VAR, Mohamed Labib Shukeir, besuchte eine Delegation der DDR-Volkskammer Mitte Dezember 1970 Ägypten.³² Die Delegation wurde angeführt von Gerald Götting, dem Präsidenten der DDR-Volkskammer. Ihr gehörte jeweils ein Mitglied aller DDR-Parteien an. Beauftragt wurde die Delegation mit der „Festigung und Vertiefung der Freundschaft zwischen beiden Ländern, insbesondere zur Entwicklung der Zusammenarbeit“ der Parlamente, dem Austausch von „Erfahrungen über die Arbeitsweise der obersten Volksvertretungen“ in beiden Staaten und damit, sich Gedanken zu „Gemeinsamkeiten des antiimperialistischen Kampfes“ zu machen. In ihrem Reisebericht betonte die Delegation die „gemeinsamen Interessen des antiimperialistischen Kampfes“ und die positiven bilateralen Entwicklungen seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahr zuvor.

Der Delegationsbericht bestätigte die Würdigung der „Solidarität der Deutschen Demokratischen Republik im Kampf der arabischen Völker gegen die israelische Aggression“ durch die VAR. Israel wurde die Rolle des aggressiven Handlagers des Weltimperialismus im Nahen Osten zugeschrieben:

Die Aggression Israels, das unter Mißachtung eindeutiger Forderungen der UNO noch immer weite Gebiete der Vereinigten Arabischen Republik [...] völkerrechtswidrig besetzt hält³³ [...], verletzt nicht nur die Rechte und vitalen Interessen der arabischen Völker. Sie ist gegen den revolutionär-demokratischen Fortschritt in diesem Teil der Welt überhaupt gerichtet [...]. Sie stellt ein gefährliches Element derselben imperialistischen Globalstrategie dar, gegen deren europäische Variante die Staaten des Warschauer Vertrages den Kampf um die Gewährleistung der europäischen Sicherheit [...] führen.

So machte auch DDR-Delegationsleiter Götting vor der ägyptischen Nationalversammlung, „Israel, de[n] USA-Imperialismus und seine anderen Verbündeten dafür verantwortlich, daß im arabischen Raum nach wie vor eine gefährliche Lage besteht.“³⁴ Während die arabische Seite „Anstrengungen zu einer friedlichen Lösung“ unternommen hätte, so Götting weiter, „setzte Israel mit Unterstützung seiner imperialistischen Helfershelfer – hauptsächlich der USA und Westdeutschland – seine Aggressionspolitik [...] fort.“ Dies sei deutlich an Israels Weigerung zur Umsetzung der Sicherheitsresolution und der Fortsetzung der „völkerrechtswidrigen Terrorakte gegen die Bevölkerung“ der besetzten Gebiete zu erkennen. Israel entlarve sich als „Hauptstörfried im Nahen Osten.“ Die DDR fordere den „sofortigen und bedingungslosen Rückzug“ Israel.

Parallel zum Aufenthalt der DDR-Delegation in Ägypten vertieften sich die Beziehungen zwischen dem Verband der Deutschen Journalisten (VDJ) und dem Pressesyndikat der Vereinigten Arabischen Republik. Es wurde vereinbart, die Jahre 1971/1972 „zur weiteren Vertiefung [der] bestehenden freundschaftlichen Beziehungen“ zu nutzen.³⁵ Auch die Journalistenverbände sahen die Basis dafür im „Kampf gegen die Machenschaften des Imperialismus und Neokolonialismus“ und gegen die „aggressive Politik in Europa, im Nahen Osten.“³⁶ Gemeinsam betonten sie ihre Verurteilung der „Aggression Israels [...] und die Unterstützung, die der westeuropäische Imperialismus – Hauptgefahrenherd für den Frieden in Europa – dem Aggressor erweist.“³⁷ Im Oktober des darauf folgenden Jahres wurde die weitere Zusammenarbeit der beiden

³² Volkskammer der DDR. Bericht der Delegation der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik über Verlauf und Ergebnis ihres Besuches in der VAR. Dezember 1970. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.033/86, Bl. 40–43. Die folgenden Zitate entstammen diesem Bericht.

³³ Gemeint war der bis zum Abschluss des Friedensvertrages von Camp David von Israel besetzte Sinaihalbinsel.

³⁴ Dieses und die folgenden Zitate: Ansprache des Präsidenten der Volkskammer der DDR vor der Nationalversammlung der VAR. 13. Dezember 1970. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.033/86, Bl. 43–47.

³⁵ Vereinbarung zwischen dem VDJ und dem Pressesyndikat der Vereinigten Arabischen Republik. 14.12.1970. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.033/86, Bl. 36–39.

³⁶ Ebd.

³⁷ Ebd.

Journalistenverbände für die Jahre 1972/73 schriftlich fixiert.³⁸ Hierbei berief man sich nun explizit auf die Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 22. November 1967, „die den Abzug der israelischen Truppen aus allen besetzten arabischen Gebieten fordert“³⁹. Ebenfalls wurden „die berechtigten Forderungen der Deutschen Demokratischen Republik nach weltweiter Anerkennung sowie der Aufnahme in die UNO“ betont.⁴⁰ Als neuer Kooperationsbereich einigte man sich auf das „Gebiet des Militärjournalismus“.

Entsprechend der Vereinbarung hielten sich Vorstandsmitglieder des Pressesyndikats im März 1972 in der DDR auf.⁴¹ Höhepunkt war die Zusammenkunft mit dem Leiter des Presseamtes, Kurt Blecha.⁴² Blecha machte gegenüber seinen ägyptischen Gästen deutlich, dass die DDR „fest an der Seite der arabischen Völker [steht]. Sie sagt dies nicht nur, sondern praktiziert es auch.“⁴³ Dabei verwies er auf die Regierungserklärung vom 29. November des Vorjahres, in der Ulbricht die „Aggression“ Israels verurteilt und „den arabischen Völkern unsere Solidarität“ erwiesen habe.⁴⁴

Ein in den Akten des Büros von Werner Lamberz befindliches Memorandum vom März 1971 über die Beziehungen zwischen den Zentralorganen der SED und der ASU gibt weiter Aufschluss über die engen Beziehungen der Pressewesen beider Staaten.⁴⁵ Demnach hatten bereits über mehrere Jahre Beziehungen zwischen dem *Neuen Deutschland* und der *Al Gumburiya* bestanden, die „vor allem persönlicher Natur“ waren. Schon vor der Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages zwischen den Zeitungen im Januar 1969 habe die Zusammenarbeit „vom Informationsaustausch bis hin zur technischen Unterstützung“ gereicht. Unter Punkt fünf des Memorandums wurde vermerkt, dass die „vorrangige publizistische Arbeit [...] der Redaktion *Neues Deutschland* die kontinuierliche Berichterstattung über Probleme der VAR und über die Lage im Nahen Osten“ beinhalte. In den ersten eineinhalb Monaten des Jahres 1971 erschienen insgesamt neun Beiträge und Leitartikel zur Lage im Nahen Osten.

Im Oktober und November 1971 beschäftigte sich die SED, insbesondere die mit den Beziehungen zu den arabischen Staaten betrauten Stellen, intensiv mit der PLO. Anlass war der erste DDR-Besuch einer Delegation der Palästinensischen Widerstandsorganisation unter der Leitung Yasser Arafats vom 30. Oktober bis 2. November desselben Jahres.⁴⁶ Der Besuch fand auf Einladung des Afro-Asiatischen Solidaritätskomitees (AASK) der DDR statt. Im Vorfeld des Aufenthalts wurde ein Informationsmemorandum zur Lage in der PLO von der DDR-Botschaft in Damaskus angefertigt und dem DDR-Außenministerium und dem ZK der SED übermittelt.⁴⁷ Die Informationen beruhten auf einem Gespräch mit dem Leiter des Büros für Fedajin-Angelegenheiten in der Nationalleitung der syrischen Baath-Partei, Sami Atari.

³⁸ Vereinbarung zwischen dem VDJ der DDR und dem Pressesyndikat der Vereinigten Arabischen Republik für die Jahre 1972 und 1973. 30.10.1971. SAPMO-BArch, DC/9/237.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ VDJ. Abteilung Internationale Verbindungen. Aufenthaltsprogramm für die Herren Gamal und Lutfi. 9.3.1972. SAPMO-BArch DC/9/237.

⁴² Gesprächsgrundlage für eine Zusammenkunft des Leiters des Presseamtes mit dem Präsidenten und dem stellvertretenden Generalsekretär des Pressesyndikats der Arabischen Republik Ägypten am 18. März 1972. 17.3.1972. SAPMO-BArch, DC/9/237.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Zu den Beziehungen zwischen dem *Neuen Deutschland* und der *Al Gumburiya*. 22. März 1971. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.033/86, Bl. 106–109. Die folgenden Zitate entstammen diesem Dokument.

⁴⁶ Abteilung Internationale Beziehungen. Vorlage für das Sekretariat. Einladung einer Delegation der Palästinensischen Widerstandsbewegung unter Leitung des Vorsitzenden des Exekutivrates, Yassir Arafat. 21.10.1971. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/20/859, Bl. 46–47.

⁴⁷ Klösel an MfAA und ZK. 13.10.1971. Information zur gegenwärtigen Situation der palästinensischen Widerstandsbewegung. SAPMO-BArch, DY/30/ IV A 2/20/859, Bl. 40–43.

Atari habe darüber informiert, dass die PLO sich in einem Zustand der Umwälzung befände, woraus persönliche, finanzielle aber auch politisch-ideologische Differenzen erwachsen würden. Ein Attentatsversuch auf Arafat von einem Fatah-Führer sei Ausdruck dieser Meinungsverschiedenheiten. Die tiefgreifenden Veränderungen und Spaltungen innerhalb der Palästinensischen Befreiungsbewegung seien außerdem von den Geschehnissen im September des Jahres beeinflusst worden, als die PLO eine herbe Niederlage gegen König Husseins in Jordanien erlitten hatte und ihre dortige Operationsbasis aufgeben musste. Obwohl die Hauptaufgabe nun darin bestünde, „die Spaltung zu überwinden“, richte die PLO noch immer „den Hauptstoß ihres Kampfes gegen Israel“.⁴⁸

Die ZK-Abteilung Internationale Verbindungen entwarf einen Themenkatalog, der mit den PLO-Vertretern besprochen werden sollte, „um deren Stellung dazu in Erfahrung zu bringen.“⁴⁹ Neben der erwünschten Auskunft über die Schlagkraft der verschiedenen Kommando-Organisationen innerhalb der PLO, über die Konzepte zum Abbau der Spannungen mit Jordanien sowie über den allgemeinen Zustand der Organisation ging es im Katalog ebenfalls um die Vorstellungen von einem palästinensischen Staat und die Haltung zu Westdeutschland.

In den Gesprächen sei deutlich geworden, dass sich innerhalb der PLO „eine realistischeres Herangehen“ gegenüber dem Staate Israel abzeichne, trotz der anhaltenden Fokussierung „auf den bewaffneten Kampf“, der nach Ansicht der Befreiungsbewegung nach wie vor der einzige erfolgsversprechende Weg zur Gründung eines arabischen Staates auf palästinensischem Boden blieb.⁵⁰ In diesem Zusammenhang wurde hervorgehoben, dass Arafat weder in offiziellen Gesprächen noch im Verlaufe einer Pressekonferenz „die Existenz des Staates Israel in Frage gestellt noch die frühere These von der ‚Notwendigkeit der Beseitigung des Staates Israels‘ wiederholt“ habe. Die explizite Anerkennung Israels durch Arafat allerdings könne nur „schrittweise“ erfolgen. Grundsätzlich aber würden die palästinensischen Vertreter ihren eigenen Beitrag im Kampf gegen den Imperialismus „überschätzen“.

Als die PLO-Delegation Anfang November abreiste, setzte sich Paul Markowski mit dem *Neuen Deutschland* und dem ADN in Verbindung mit der Bitte, eine Pressemitteilung zu dem Besuch zu veröffentlichen.⁵¹ Darin wurde nochmals betont, wie sehr die DDR „die expansionistische Politik, die fortwährenden Provokationen und Terrormaßnahmen des vom USA-Imperialismus und den internationalen zionistischen Kreisen unterstützen israelischen Aggressors“ verurteilte und wie tief bewegt die PLO-Delegation „von der großen Solidarität und der Sympathie“ Ost-Berlins war.⁵²

Ende November erhielten alle Mitglieder und Kandidaten der Politbüros einen ausführlichen Bericht über den Aufenthalt der Delegation, in dem eine positive Bilanz gezogen wurde.⁵³ Die SED „konnte durch die Darlegung des Standpunktes der DDR zu den Problemen des Nahen Ostens zugleich ein Beitrag zu dem ideologischen Klärungsprozeß“ leisten. Trotz aller positiven Anzeichen dürften die neuen Ansichten innerhalb der PLO „nicht

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Abteilung Internationale Beziehungen. Fragenkatalog für die Gespräche mit der Delegation der Palästinensischen Widerstandsorganisation. 21.10.1971. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/20/859, Bl. 48–49.

⁵⁰ Abteilung Internationale Verbindungen. Information über das Gespräch der Vertreter des AASK mit der Delegation der Palästinensischen Widerstandsbewegung am 1.11.1971 im Gästehaus des Ministerrates am Thälmannplatz. 2.11.1971. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/20/859, Bl. 58–62. Die folgenden Zitate entstammen diesem Dokument.

⁵¹ Markowski an ADN und *Neues Deutschland*. Bitte um die Veröffentlichung einer Pressemitteilung. 2.11.1971. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/20/859, Bl. 65–67.

⁵² Ebd.

⁵³ Abteilung Internationale Verbindungen. Information Nr. 140/71 über den Aufenthalt einer Delegation der Befreiungsorganisation von Palästina unter Leitung des Vorsitzenden des Exekutivkomitees, Yasser Arafat, in der DDR. 30.11.1971. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/20/859, Bl. 78–64. Die folgenden Zitate entstammen diesem Dokument.

überbewertet werden.“ Dem AASK wurde vorerst der weitere Ausbau der Beziehungen zur PLO anvertraut. Der Kampf der Palästinenser werde von der DDR „in geeigneter Weiser politisch und materiell verstärkt unterstützt“ werden. Die Errichtung eines PLO-Büros in der DDR wurde zu diesem Zeitpunkt noch abgelehnt. Der mit Abstand ausführlichste Bericht zur PLO in den frühen 1970er Jahren wurde im Umfeld des PLO-Besuchs Ende November 1971 in der Abteilung Arabische Staaten des MfAA verfasst.⁵⁴ Auf knapp 20 Seiten wurde die Lage der PLO, ihre internen Streitigkeiten sowie die Haltung verschiedener arabischer Staaten zur Palästinensischen Befreiungsbewegung analysiert. Weiterhin wurde festgestellt, dass Israel, um Einfluss auf die Palästinenser zu erhalten, sich in erster Linie „der in den besetzten Gebieten verbliebenen Teile der palästinensischen Bourgeoisie“ bediene. Dies ziele darauf ab, „Voraussetzungen zu schaffen, [...] die Palästina-Gebiete als Teil des israelischen Staates zu erhalten.“ Schließlich, so der Bericht, müsse die PLO in ihrem Kampf „von den entsprechenden UNO-Resolutionen ausgehen [...]“. Das schließt ein die Achtung des Rechts des israelischen Volkes auf Selbstbestimmung sowie der Souveränität und territorialen Integrität aller im Nahen Osten existierenden Staaten.“ Dementsprechend stünde die PLO vor der Aufgabe, „eine Alternative zu entwickeln, ohne die Existenz eines anderen Staates (Israel, Jordanien) anzugreifen.“

Das MfAA betrachte die PLO „als eine in ihrem Wesen nach antiimperialistische nationale Befreiungsbewegung“, die es zu unterstützen galt. Die Beziehungen zur PLO sollten genutzt werden, „um die Position der DDR im arabischen Raum weiter zu festigen [und] besonders das Zusammenspiel BRD – Israel zu entlarven.“ So müsse versucht werden, „die Zusammenhänge zwischen dem Kampf um europäische Sicherheit und dem Kampf um eine politische Lösung des Nahostkonfliktes“ gegenüber der PLO deutlich auszuarbeiten. Die DDR solle sich vor allem auf die „durch wachsenden Realismus gekennzeichneten Teile“ der PLO konzentrieren und eine „Identifizierung [...] mit nationalistisch-extremistischen Forderungen bzw. terroristischen Methoden“ vermeiden.

Deutlicher konnte sich die Haltung der DDR im Nahen Osten bis zu den Olympischen Sommerspielen in München 1972 nicht entwickeln. Auch wenn sie innerhalb der engsten Führungsriege eine gemäßigt kritische Haltung gegenüber Israel einnahm und generell dessen Existenzrecht nicht anzweifelte oder gar leugnete, so stand sie doch entschieden auf der Seite der arabischen Staaten und der Palästinenser. Besonders schroff war nach wie vor der Ton, wenn es um Veröffentlichungen zum Nahen Osten und Israels Rolle darin ging.

Mittlerweile war die DDR von den wichtigsten arabischen Staaten völkerrechtlich anerkannt und erhoffte sich zu Recht die Aufnahme in die UNO, was 1973, im Gleichschritt mit der Bundesrepublik, erfolgte. Die Annäherung an die PLO fing mit dem ersten Besuch einer palästinensischen Delegation in der DDR an und sollte das Prestige Ostdeutschlands, auch in der arabischen Welt, weiter fördern. Es ist durchaus denkbar, dass die DDR sich von den gemäßigten Kräften in der PLO eine realistischere Politik und damit die Aussicht auf eine politische Lösung im Nahost-Konflikt erhoffte.

4.2. Die Vorbereitungen der SED auf die Olympiade in München

Die SED betrachtete die Olympischen Spiele als eine Möglichkeit der „Auseinandersetzung mit dem Imperialismus“⁵⁵. Eberhard Heinrich, hauptamtliches Mitglied der Agitationskommission im Range eines Abteilungsleiters, informierte die Mitglieder der Agitationskommission darüber, dass „die Erörterung der ideologischen Begleitumstände, die die Olympiade mit sich bringt,“⁵⁶ von zentraler Bedeutung sei. Die

⁵⁴ MfAA, Abteilung Arabische Staaten. Zur Lage in der Palästinensischen Widerstandsbewegung. 30.11.1971. SAPMO-BArch, DY/30/IV A 2/20/859, Bl. 104–121. Die folgenden Zitate entstammen diesem Dokument.

⁵⁵ Heinrich an Agitationskommission. Notizen zum Arbeitsplan der Agitationskommission. Januar 1972. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.106/10, Bl. 6–9.

⁵⁶ Ebd.

Agitationskommission beriet im Juni 1972 über „[p]ublizistische Probleme der Vorbereitung der Olympischen Spiele in München.“⁵⁷ Auch im Folgemonat wurde mindestens eine Montagsberatung der Agitationskommission für „Probleme der Berichterstattung bei den Olympischen Spielen“⁵⁸ verwendet.

Was genau in diesem Zusammenhang besprochen wurde, lässt sich aufgrund der Aktenlage nicht rekonstruieren. Allerdings darf vermutet werden, dass die Beratungen dieselben Themen behandelten wie eine Aussprache zwischen sowjetischen Vertretern und Verantwortlichen für den Bereich Sport in der DDR Mitte April.⁵⁹ Die sowjetische Delegation, die unter anderem aus Mitgliedern des Komitees für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der UdSSR bestand, wurde angeführt vom Botschaftsrat der UdSSR in der DDR, Juri Scharow. Von Seiten der DDR nahmen Rudolf Hellmann, Leiter der Abteilung Körperkultur und Sport des ZK, Günter Heinze vom Deutschen Turn- und Sportbund, Manfred Feist, Leiter der Abteilung für Auslandsinformationen des ZK und Karl Wildberger, stellvertretender Abteilungsleiter in der Westabteilung des ZK hinter Heinz Geggel, teil.⁶⁰

Nachdem die DDR-Vertreter den sowjetischen Genossen einen Überblick zu den allgemeinen Vorbereitungen auf die Olympiade verschafften, führten Hellmann, Feist und Wildberger aus, „daß die politisch-ideologische Auseinandersetzung mit dem [...] System in der BRD [...] im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen verstärkt weitergeführt wird.“ Im Zentrum der „ideologischen Auseinandersetzung“ würden unter anderem „die Verletzung der olympischen Regeln und der olympischen Idee [durch] die in der BRD stationierten offiziellen USA-Hetzsender ‚Radio Freies Berlin‘ und ‚Radio Liberty‘ [und der] nationalistische Mißbrauch der Spiele“ stehen.

Die sowjetischen Genossen interessierten sich besonders für die „politisch-ideologischen Vorbereitungen der Journalisten“. Genosse Wladimirov habe betont, „daß die Brandt/Scheel-Regierung mit Hilfe der Olympischen Spiele das Bild über die BRD in der Welt verändern wolle“. Um dies zu erschweren, sei „eine aktive gemeinsame Tätigkeit der sozialistischen Länder“ nötig. Dafür wurde von sowjetischer Seite vorgeschlagen, im Mai in Berlin eine „Beratung der Vizepräsidenten bzw. Hauptabteilungsleiter für Agitation und Propaganda der Sportleitungen“ einzuberufen, bei der das gemeinsame Vorgehen abgestimmt werden sollte.

Die sowjetischen Vertreter legten ihren ostdeutschen Gesprächspartner zehn Vorschläge für die inhaltliche Gestaltung der Konferenzen im Mai und Juni vor, darunter auch solche zu „Maßnahmen der Gegenpropaganda“ und zur „Arbeit mit den Massenmedien“.⁶¹ Deutlich wird, dass die sich SED um einen propagandistischen Missbrauch der Olympiade durch Bonn sorgte, so dass sie die Abstimmung in Fragen der Gegenpropaganda unter den sozialistischen Staaten sicherlich besonders begrüßte.

Allgemein muss angemerkt werden, dass Sport, und besonders die Olympischen Spiele, in der DDR eine doppelte politische Funktion erfüllten: um der DDR über Erfolge außenpolitische Geltung zu verschaffen und den eigenen Bürgern die Identifikation mit dem ostdeutschen Staat zu erleichtern. Besondere

⁵⁷ Heinrich an Agitationskommission. Arbeitsplan der Agitationskommission beim Politbüro für das 1. Halbjahr 1972. 7.2.1972. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.106/10, Bl. 23–28.

⁵⁸ Heinrich an Agitationskommission. Arbeitsplan der Agitationskommission für das 2. Halbjahr 1972. 13.7.1972. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.106/10, Bl. 96–101.

⁵⁹ Information über eine Aussprache mit sowjetischen Genossen zu politisch-ideologischen Problemen der Vorbereitung der Olympischen Spiele 1972 in München am 17. April 1972. 20.4.1972. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.036/32, Bl. 23–26. Die folgenden Zitate entstammen diesem Dokument.

⁶⁰ Michael B. Klein: *Das Institut für internationale Politik und Wirtschaft der DDR in seiner Gründungsphase 1971 bis 1974*. Berlin: Duncker & Humblot 1997, S. 50.

⁶¹ Abschrift der Vorschläge der Sportleitung der UdSSR für das weitere Auftreten vor und während der Olympischen Sommerspiele 1972 in München. 17.4.1972. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.036/32, Bl. 27.

kommunikationspolitische Herausforderungen stellten sich der SED natürlich auch aufgrund des Austragungsortes. Zum Zeitpunkt der Vergabe des Veranstaltungsortes durch das Internationale Olympische Komitee (IOC) an München im Jahr 1966 hatte Rudolf Hellmann bereits befürchtet, dass die Bundesrepublik die olympische Idee gegen die Bevölkerung der DDR und für ihren Alleinvertretungsanspruch ausnutzen werde. Dabei konnte die DDR ihren ersten Sieg bereits vier Jahre vor Beginn der Olympiade in München feiern, als ihr durch eine Abstimmung innerhalb des IOC zum ersten Mal gestattet worden war, in München als eigenständige Delegation mit eigener Fahne, Hymne und Emblem aufzutreten.⁶²

4.3. Der Anschlag in den DDR-Zeitungen

Am 6. September brachten die Zeitungen ausnahmslos das Attentat gegen die israelische Olympiamannschaft an erster Stelle, wobei das *Neue Deutschland* mit vier Artikeln den Geschehnissen die meiste Aufmerksamkeit einräumte. Zudem ist auffallend, dass sich das SED-Organ in seiner Berichterstattung nicht nur auf ADN-Meldungen, sondern auf Beiträge aus der eigenen Redaktion stützte. So wurden der Leitartikel⁶³, der Leitkommentar⁶⁴ und ein Lagebericht⁶⁵ des langjährigen Sportkorrespondenten Klaus Ullrich (eigentlich Klaus Ullrich Huhn), der aus München über die Olympiade berichtete, im eigenen Haus angefertigt. Ullrichs Lagebericht aus München war der einzige Beitrag in allen Zeitungen vom 6. September, in dem nicht eindeutig auf Terror im Zusammenhang mit dem Anschlag verwiesen wurde. Dem Autor zufolge handelte es sich um „brutale Mörder“, aber eben auch nur um eine „Tragödie“⁶⁶. Ebenso erwähnte er in seinem Bericht nicht, dass es sich bei den Opfern um israelische Sportler handelte. Er versuchte stattdessen, die Atmosphäre bei den Olympischen Spielen nach dem Attentat, die „mit einem Schlag gestört“ wurde, einzufangen. Über die Verfassung der israelischen Delegation schrieb er dabei jedoch kein Wort. Grotesk wirkt die Bebilderung im Zentrum des Artikels. Darauf sind zwei Teilnehmer der DDR zu sehen, die sich, wie die Bildunterschrift verriet, „Entspannung bei einer Schachpartie“ gönnten. Ullrich schaffte es tatsächlich als Korrespondent vor Ort in keinem seiner Beiträge die Identität der Täter und der Opfer zu erwähnen. Am 7. September schrieb Ullrich von den Opfern als eine „Schar Unschuldiger“⁶⁷.

Alle anderen Artikel, samt der anderen Beiträge aus dem *Neuen Deutschland*, die am ersten Berichtstag erschienen, waren sich in den meisten Aspekten einig. Das lag sicher auch daran, dass die *Neue Zeit*, *Der Morgen* und die *Junge Welt* sich ausschließlich auf ADN-Material stützten und auch das *Neue Deutschland* nicht völlig ohne dessen Material auskam. Überall war deutlich von Terror die Rede, was sich zumeist bereits in den Überschriften manifestierte. Weiterhin war die Rede von einem Überfall, einem, verabscheuungswürdigen Verbrechen, einem heimtückischen Anschlag, einem ungeheuerlichen Zwischenfall, oder auch von politischem Mord. Der 6. September war von einer deutlichen Verurteilung des Anschlags in allen DDR-Zeitungen geprägt.

Ebenso wurde am ersten Berichtstag die Identität der Opfer klar benannt. Das *Neue Deutschland* schrieb: „Bei dem Überfall war ein Mitglied der israelischen Mannschaft erschossen worden. [...] Neben einem weiteren Toten, einem israelischen Gewichtheber, seien auch drei durch Messerstiche schwer verletzte Terroristen aufgefunden worden.“⁶⁸ Die *Junge Welt* berichtete, dass es „bei dem Überfall einen Toten gegeben hat. Es handelt

⁶² Vgl. Cornelia Landes: Noch nie hat man's gesehen: 5 Freunde untern besten Zehn! In: Michael Meyen / Anke Fiedler (Hrsg.): *Fiktionen für das Volk. DDR-Zeitungen als PR-Instrument*. Berlin: Lit 2011, S. 215–244, hier S. 215ff.

⁶³ Terroranschlag im olympischen Dorf unterbrach die Spiele. In: *Neues Deutschland*, 6.9.1972, S. 1.

⁶⁴ Dr. K.: Zum terroristischen Überfall auf das olympische Dorf. Kommentare und Meinungen. In: *Neues Deutschland*, 06.09.1972, S. 2.

⁶⁵ Klaus Ullrich: Nichts war mehr so wie noch einen Tag zuvor. In: *Neues Deutschland*, 06.09.1972, S. 8.

⁶⁶ Dieses und die folgenden Zitate: Ebd.

⁶⁷ Klaus Ullrich: Die furchtbarste Nacht, die Olympia jemals erlebt. In: *Neues Deutschland*, 07.09.1972, S. 2.

⁶⁸ Terroranschlag im olympischen Dorf unterbrach die Spiele. In: *Neues Deutschland*, 06.09.1972, S. 1.

sich um den Trainer der israelischen Gewichtheber. [...] Inzwischen wurde bekannt, daß der Überfall einem zweiten Mitglied der israelischen Mannschaft das Leben gekostet hat.“⁶⁹ Ebenso gab die *Neue Zeit* bekannt, dass der „Trainer der israelische Gewichtheber erschossen“⁷⁰ worden war. *Der Morgen* hatte zwar über die Geiselnahme von israelischen Sportlern geschrieben, aber die Ermordung einiger Mannschaftsmitglieder fand keinen Eingang in die CDU-Zeitung.⁷¹

Sehr deutlich wandte sich Brigitte Zimmermann, stellvertretende Chefredakteurin der *Jungen Welt*, gegen den Überfall.⁷² Die „Abenteuerlichkeit und Abscheulichkeit“ des Verbrechens ließe selbst Sympathisanten der „arabischen Völker [...] fassungslos stehen“⁷³. Aller Kritik an Israel zum Trotz stelle sie die Frage, ob sich an Israels Politik etwas ändere, „wenn man im Morgengrauen über eine Handvoll wehrlose Sportler herfällt?“⁷⁴ Wie Zimmermann in einem Interview 2010 berichtete, hätten ihre Formulierungen im Sekretariat des FDJ für Unbehagen gesorgt. Persönliche Konsequenzen habe sie nicht erleiden müssen, da der 1. Sekretär des Zentralrats des FDJ, Günther Jahn, sie in Schutz genommen habe.⁷⁵

Bereits am Folgetag wurde deutlich, dass die DDR-Zeitungen begannen, den Überfall zu entpolitisieren. Zwar tauchte nun der Begriff des ‚Blutbads‘ auf, von Terror war aber nirgendwo mehr die Rede. Die Begriffe vermittelten nun den Eindruck eines tödlichen Dramas und weniger eines terroristischen Überfalls. Die Formel der ‚Geschehnisse von München und Fürstenfeldbruck‘ etablierte sich von nun an in den Zeitungen. Dagegen wurde die Identität der Opfer am zweiten Berichtstag noch klar benannt. Das *Neue Deutschland* identifizierte die Opfer als „die neun israelischen Geiseln“⁷⁶, und die *Junge Welt* gab an, dass „17 Personen getötet wurden, darunter alle israelischen Sportler.“⁷⁷ Der *Neuen Zeit* und dem *Morgen* schien es zu genügen, in einem chronologischen Ablauf zu erwähnen, dass die „mit Maschinenpistolen bewaffneten Eindringlinge das Quartier der israelischen Olympiamannschaft [überfallen] und die israelischen Sportler als Geiseln [nehmen].“⁷⁸ Ab dem 8. September traten Opfer und Täter in den DDR-Zeitungen nur noch identitätslos auf, ohne Hinweis auf Herkunft, Religion oder Staatsangehörigkeit.

Der Wandel der Begriffe und der Wandel im Umgang mit den Identitäten der Täter und der Opfer nahmen eine nahezu parallele Entwicklung an. Ab dem 8. September war nur noch von ‚Vorfällen‘, ‚Ereignissen‘ und ‚Geschehnissen‘ die Rede. Mögliche politische Hintergründe wurden nicht mehr diskutiert. Ein einziges Mal wurde noch das „Blutbad auf dem Bundeswehrflugplatz Fürstenfeldbruck“⁷⁹ erwähnt.

Auch wenn die Einordnung des Anschlags als Terrorismus zunächst eindeutig war, konnten durch das Studium von ausschließlich nur einer Zeitung wichtige Details einem Leser unbekannt bleiben. Beispielsweise berief sich ein Autor mit dem Kürzel „Dr. K.“ sich in seinem Beitrag vom 6. September im SED-Organ auf Informationen aus München, denen zufolge „der Anschlag von der Organisation ‚Schwarzer September‘ ausgeführt worden“⁸⁰

⁶⁹ Olympische Spiele wurden unterbrochen! In: *Junge Welt*, 06.09.1972, S. 1.

⁷⁰ Überfall auf das olympische Dorf. In: *Neue Zeit*, 6.9.1972, S. 1.

⁷¹ Zum terroristischen Überfall auf das Olympische Dorf. In: *Der Morgen*, 06.09.1972, S. 1.

⁷² Brigitte Zimmermann: Abscheuliches Verbrechen. In: *Junge Welt*, 06.09.1972, S. 1.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ Vgl. Brigitte Zimmermann: Zum Journalismus gehört ein Weltverbesserungswille. In: Michael Meyen / Anke Fiedler (Hrsg.): *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR*. Berlin: Panama 2010, S. 176–182, hier 179.

⁷⁶ Schatten über München. In: *Neues Deutschland*, 07.09.1972, S. 1.

⁷⁷ Schatten über München, der Olympiastadt. In: *Junge Welt*, 07.09.1972, S. 1.

⁷⁸ Schwarzer Himmel über München. In: *Neue Zeit*, 07.09.1972, S. 1; Chronologie des Verbrechens von München und des Blutbades in Fürstenfeldbruck. In: *Der Morgen*, 07.09.1972, S. 2.

⁷⁹ Warum wurden Warnungen stur beiseite geschoben? In: *Neues Deutschland*, 08.09.1972, S. 2.

⁸⁰ Dr. K.: Zum terroristischen Überfall auf das olympische Dorf. Kommentare und Meinungen. In: *Neues Deutschland*, 06.09.1972, S. 2.

sei. Es handelte sich hierbei um den einzigen Artikel, der den Name der Terrorgruppe erwähnt. *Der Morgen* informierte über „Angaben des bayrischen Innenministeriums“, denen zufolge es sich „um palästinensische Terroristen“ und um insgesamt „[f]ünf mit Maschinenpistolen bewaffnete Männer“ gehandelt habe.⁸¹ In der *Jungen Welt* las man dagegen über „[m]ehrere bewaffnete Terroristen, die sich als Anhänger einer extremistischen palästinensischen Organisation ausgaben“⁸². Die *Neue Zeit* machte keine Angaben zur Herkunft der Attentäter und sprach am 7. September von „Freischärlern“.⁸³

Klar ist, sollte die *Neue Zeit* für manche DDR-Bürger die einzige Informationsquelle gewesen sein, hätten diese nie erfahren, dass es sich bei den Terroristen um Palästinenser gehandelt hat. Fakt ist auch, dass für die Rekonstruktion aller zentralen Informationen anhand der DDR-Zeitungen nur der 6. September zur Verfügung stand. Ohne die Ausgaben der Zentralorgane dieses ersten Berichttages war ein umfassender Erkenntnisgewinn, vor allem zu den Tätern, ihrer Herkunft und Vorgehensweise, nicht möglich.

4.4. Die Verurteilung des Anschlags

Neben der zu Beginn deutlichen Identifizierung des Überfalls als einen terroristischen Akt und der Benennung der israelische Olympiamannschaft als Opfer wurde am 6. September in allen Zeitungen übereinstimmend berichtet, „[o]ffizielle Kreise in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik verurteilen dieses verabscheuungswürdige Verbrechen auf das allerschärfste“⁸⁴. Weiter war an einigen Stellen zu lesen, dass die DDR Terror „als Mittel zur Erreichung politischer Ziele entschieden“ ablehne.⁸⁵ Autor „Dr. K.“ informierte im *Neuen Deutschland*, dass in der DDR die Nachricht „mit Abscheu aufgenommen“ und „der Anschlag gegen die XX. Olympischen Spiele entschieden verurteilt“ worden sei.⁸⁶ Er machte auch deutlich, dass „Terrorakte, wie der in München verübte, selbstverständlich weder einer gerechten friedlichen Lösung dienen noch sonstwie dazu beitragen [können], daß die von Israel besetzten arabischen Gebiete geräumt werden.“⁸⁷

Obwohl die in den Tageszeitungen abgedruckten Worte eine deutliche Verurteilung solcher Terrorakte seitens der DDR suggerierten, wurde kein einziger Politiker der DDR-Führung mit gleichlautenden Wörtern zitiert. Lediglich der Mannschaftsleiter der DDR Olympiadelegation, Manfred Ewald, wurde im *Neuen Deutschland* und im *Morgen* dahingehend wiedergegeben,

„daß wir eine solche terroristische Aktion, daß wir einen solchen Mord auf das tiefste Verabscheuen [...] und wir drücken der Olympiamannschaft Israels unser Mitgefühl aus. Wir fühlen auch mit den Geiseln, die jetzt noch dort im olympischen Dorf [...] festgehalten werden. Wir verabscheuen derartige Taten.“⁸⁸

Für *Den Morgen* reichte es immerhin zu einer knappen Zusammenfassung dessen, was Ewalds gesagt hatte.⁸⁹ Es bleibt offen, warum genau sich niemand aus der Führungsriege der DDR für eine solche Erklärung entscheiden konnte. In Anbetracht des raschen Schweigens bezüglich der Identitäten der Täter und der Opfer lässt sich

⁸¹ Zum terroristischen Überfall auf das Olympische Dorf. In: *Der Morgen*, 06.09.1972, S. 1.

⁸² Olympische Spiele wurden unterbrochen! In: *Junge Welt*, 06.09.1972, S. 1.

⁸³ Schwarzer Himmel über München. In: *Neue Zeit*, 07.09.1972, S. 1.

⁸⁴ Terroranschlag im olympischen Dorf unterbrach die Spiele. In: *Neues Deutschland*, 06.09.1972, S. 1; Überfall auf das olympische Dorf. In: *Neue Zeit*, 06.09.1972, S. 1; Zum terroristischen Überfall auf das Olympische Dorf. In: *Der Morgen*, 06.09.1972, S. 1.

⁸⁵ Terroranschlag im olympischen Dorf unterbrach die Spiele. In: *Neues Deutschland*, 06.09.1972, S. 1; Zum terroristischen Überfall auf das Olympische Dorf. In: *Der Morgen*, 06.09.1972, S. 1.

⁸⁶ Dr. K.: Zum terroristischen Überfall auf das olympische Dorf. Kommentare und Meinungen. In: *Neues Deutschland*, 6.9.1972, S. 2.

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ Mannschaftsleiter Manfred Ewald: Alle DDR-Sportler sind wohlauf! In: *Neues Deutschland*, 06.09.1972, S. 8.

⁸⁹ Zum terroristischen Überfall auf das Olympische Dorf. In: *Der Morgen*, 06.09.1972, S. 1.

zumindest vermuten, dass die DDR selbst nach dieser brutalen Tat nicht in der Lage war, vom Mitgefühl für Israel zu sprechen, wie es Ewald offen tat.

Mit seinen klaren Worten war Ewald als Vertreter des DDR-Sports in München auch deutlich weiter gegangen als die offiziellen Stellen der UdSSR. Die TASS verbreitete eine Meldung, nach der das

Komitee für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der UdSSR, das Olympische Komitee der Sowjetunion und die sowjetische Delegation zu den 20. Olympischen Spielen [...] ihr tiefempfundenes Beileid angesichts des tragischen Vorfalles vom 5. September in München zum Ausdruck [bringen]. Die Sowjetischen Sportorganisationen und die Öffentlichkeit sind der Ansicht, daß Terrorakte mit dem Geist der Zusammenarbeit und Verständigung zwischen den Völkern, der der internationalen olympischen Bewegung zugrunde liegt, unvereinbar sind.⁹⁰

Während Ewald die Opfer klar benennt und Ihnen „unser Mitgefühl“ ausdrückt, konnte man bei der sowjetischen Erklärung auch den Eindruck gewinnen, es hätte sich um ein Attentat gehandelt, das wahllos gegen Sportlern der Olympiade, aber nicht gezielt gegen eine Delegation, verübt worden war.

4.5. Die Verwässerung der Identitäten von Opfern und Tätern

Neben der völligen Verschleierung von Opfern und Tätern und dem Ausbleiben jeglicher persönlicher Verurteilungen und Beileidsbekundungen von führenden Politikern der DDR erfolgte eine groteske Erweiterung des Opferkreises. Verständlich und sicher richtig ist, dass der olympische Gedanke als in Anbetracht des Anschlages ebenfalls als Opfer angesehen wurde, denn „[p]olitischer Mord an olympischer Stätte ist ein harter Schlag gegen diesen guten, edlen Sinn der Spiele.“⁹¹ Es sei aber darüber hinaus mit der „Untat [...] nicht zuletzt den mit uns freundschaftlich verbundenen arabischen Staaten schwerer Schaden zugefügt“ worden, wie Autor „Dr. K.“ weiter schrieb. Dabei blieb eine Beschreibung des angeblich den arabischen Staaten zugefügten Schadens aus.

Noch absurder wurde es, als die DDR selbst als Opfer des Attentats dargestellt wurde. Dies wurde vor allem im Zentralorgan der SED getan, wobei die anderen Zeitungen nicht gänzlich davon absahen. So seien in den „späten Abendstunden des Mittwochs [der Tag nach dem Anschlag] im olympischen Dorf gegen die DDR-Mannschaft Drohungen ausgesprochen“⁹² worden. Deswegen seien „verstärkte eigene Sicherungsmaßnahmen eingeleitet worden“, und es sei den DDR-Sportlern empfohlen worden, „sich von dem von bestimmten Kräften inszenierten Nervenkrieg nicht beeindrucken zu lassen.“⁹³ Die *Junge Welt* berichtete von einer telefonischen Drohung gegen das Haus, in dem Teile der DDR-Sportler untergebracht waren.⁹⁴

Die vermeintlich allgemeine Bedrohung des olympischen Friedens rechtfertigte nur drei Tage nach dem Attentat die angeblichen „antifaschistische Hetze von Revanchisten“⁹⁵ auf eine Stufe mit den kaltblütigen Morden an den israelischen Sportlern zu stellen:

Das Blutbad auf dem Bundeswehrflugplatz Fürstenfeldbruck sowie die Drohungen, die im olympischen Dorf gegen die DDR-Mannschaft ausgesprochen wurden, rufen erneut eine Reihe von Aktivitäten in München in Erinnerung, die von Beginn der Olympischen Spiele an eine Bedrohung des olympischen Friedens darstellten.⁹⁶

Die Vollendung dieser Verdrehung der Opferrolle vollbrachte Klaus Erbstößer am 12. September schließlich in der *Neuen Zeit*. In seiner Bilanz zu den Olympischen Spielen gab er zu bedenken, dass die

⁹⁰ Die Welt ist empört. In: *Junge Welt*, 07.09.1972, S. 8.

⁹¹ Dr. K.: Zum terroristischen Überfall auf das olympische Dorf. Kommentare und Meinungen. In: *Neues Deutschland*, 06.09.1972, S. 2.

⁹² Verstärkter Schutz für DDR-Sportler. In: *Neues Deutschland*, 08.09.1972, S. 1.

⁹³ Ebd.

⁹⁴ Anschläge wurden angedroht. In: *Junge Welt*, 08.09.1972, S. 6; Mangelhafte Schutzmaßnahmen. In: *Neue Zeit*, 08.09.1972, S. 8.

⁹⁵ Antifaschistische Hetze von Revanchisten im Olympiadorf. In: *Neues Deutschland*, 08.09.1972, S. 8.

⁹⁶ Ebd.

tragischen Ereignisse im olympischen Dorf und in Fürstfeldbruck die Spiele empfindlich beeinflusst [haben], und es fehlte auch nicht an Versuchen – vor allen Dingen von der Springer-Presse – die Olympischen Spiele politisch zu mißbrauchen. Es verging kein Tag, an dem nicht Sportler der sozialistischen Staaten verunglimpft wurden, an dem man nicht mit allerlei Winkelzügen daranging, deren sportliche Leistungen zu schmälern. Doch der olympische Geist hat gesiegt. Die Sportler der sozialistischen Länder und all jene, denen die Völkerverständigung und Frieden fordernde olympische Idee am Herzen liegt, brachten durch ihr bewußtes sportliches Auftreten all diese Störversuche zum Scheitern.⁹⁷

Deutlich wurden der Anschlag, seine Täter und die Opfer nach einer Woche in den Hintergrund gerückt, während der sportliche Kampf der sozialistischen Länder gegen die stetige Verunglimpfung in den Vordergrund rückte. Dabei ist das zuletzt zitierte Beispiel aus dem Artikel von Erbstößer ein vergleichsweise Positives. Dem erwähnten ND-Korrespondenten Klaus Ullrich war in seinem abschließenden Olympia-Artikel der Anschlag keine Erwähnung mehr wert.⁹⁸ Auch die anderen Zentralorgane erwähnten das Attentat nicht mehr. Viel berichtenswerter, so schien es, waren Hetze und Anfeindungen, mit welchen die DDR-Sportler konfrontiert gewesen seien. Längst war auch ein neues Thema aufgekommen, das geeignet war, den Staat Israel möglichst schnell in die ihm durch die SED vorgesehenen Rolle zurückzudrängen, nämlich als alleiniger Aggressor im Nahen Osten. Dazu weiter unten mehr.

Nicht nur absurd, sondern regelrecht perfide war letztlich die Darstellung der Täter als eigentliche Opfer. Zahlreiche Zitate aus internationalen Medien wurden in den DDR-Zeitungen hierfür angeführt. Bereits am 7. September zitiert das *Neue Deutschland* eine dpa-Meldungen über den Rundfunk und Zeitungen aus Syrien, die von einem an den Terroristen „durch die deutschen Behörden begangenen Verrat“⁹⁹ gesprochen hätten. Radio Damaskus habe kritisiert, so das SED-Organ weiter, dass den Tätern in Fürstfeldbruck „eine Falle gestellt“ wurde.¹⁰⁰ Laut der peruanischen Zeitung *Expresso* seien die „palästinensischen Guerillos [...] Opfer einer Intrige, die von der westdeutschen Polizei vorbereitet war“¹⁰¹, geworden. *Der Morgen* zitierte aus derselben Zeitung und schrieb von einer „vorsätzlichen Täuschung“¹⁰². Laut dem LDPD-Blatt habe die italienische Nachrichtenagentur *ANSA* zudem den Befreiungsversuch als „makabere Falle“ bezeichnet.

Das plötzliche Verschweigen der wirklichen Opfer des Attentats mit der zunehmenden ‚Umschichtung‘ der Opferidentität auf die Sportler der DDR, die sozialistischen Staaten allgemein, bis hin zu den palästinensischen Terroristen selbst scheint ein Versuch gewesen zu sein, davon abzulenken, dass Israel auch Opfer, und nicht nur Täter, sein konnte. Denn nur so konnte die generelle Darstellung Israels als alleiniger Aggressor aufrechterhalten werden. Gleichzeitig konnte so auch der wenige Jahre zuvor begonnene Annäherungsprozess an die PLO gegen Kritik immunisiert werden. Schwer vorstellbar, welche innenpolitischen Rechtfertigungsprobleme der SED bevorgestanden hätte, wenn man hätte anerkennen müssen, dass der internationale Terrorismus eine zentrale Rolle für die Palästinensische Befreiungsbewegung spielte. Um dem Erklärungsdruck zu entkommen, bediente man sich eines propagandistischen Ausfallschritts und schrieb der Bundesrepublik und ihrer durch die Polizei gestellten Falle die Hauptschuld an der ‚Tragödie von Fürstfeldbruck‘ zu.

4.6. Wiedergabe der internationalen Empörung

Das Attentat in München hatte ohne Zweifel internationale Empörung hervorgerufen. Die DDR-Zeitungen waren in einen regelrechten Wahn geraten, diese Empörung anhand internationaler Medienberichte

⁹⁷ Klaus Erbstößer: Eine erste Bilanz. In: *Neue Zeit*, 12.09.1972, S. 1.

⁹⁸ Klaus Ullrich: Bunte Bilder und die Gründe der Beliebtheit. In: *Neues Deutschland*, 12.09.1972, S. 8.

⁹⁹ Weltöffentlichkeit fragt: Wo war die Sicherheit. In: *Neues Deutschland*, 07.09.1972, S. 8.

¹⁰⁰ Ebd.

¹⁰¹ Ebd.

¹⁰² Schwere Schatten liegen über München. In: *Der Morgen*, 07.09.1972, S. 1.

darzustellen. Wie schon beim Eichmann-Prozess galt die Devise, vor allem Westdeutschland zu treffen. So wurde eine Positionierung vorgenommen, die die Bundesrepublik für die Anschläge unmittelbar verantwortlich machte und die eigentlichen Täter, die ohnehin kaum erwähnt wurden, entlastete. Die drei Hauptkritikpunkte waren: die Informationspolitik der westdeutschen Verantwortlichen bei dem gescheiterten Befreiungsversuch der Geiseln, die von vornherein mangelnden Sicherheitsvorkehrungen für die Teilnehmer der Olympiade und der Ablauf der Befreiungsaktion.

Die schlechte Informationspolitik der westdeutschen Behörden, die darin gipfelte, dass in der Nacht vom 5. auf den 6. September fälschlicherweise die Befreiung aller Geiseln bekanntgegeben worden war, war besonders am 7. und 8. September Thema in den DDR-Zeitungen. Der italienische Rundfunk habe gemeldet, „daß sich die verantwortlichen Stellen nach dem letzten Akt des Dramas so lange um die volle Wahrheit gedrückt hätten. Man könne nicht umhin, anfängliche Verlautbarungen als ‚Lüge‘ zu bezeichnen.“¹⁰³ Laut „amerikanischen Fernsehen“, habe „totale Verwirrung“ bei der Weitergabe von Informationen geherrscht, die, so die *Junge Welt*, „charakteristisch“ gewesen sei für den Bonner Regierungssprecher, Conrad Ahlers.¹⁰⁴ Auch das FDJ-Blatt verwies auf den italienischen Rundfunk und seine Haltung, dass es sich bei der Informationspolitik um eine „stundenlange Täuschung der Öffentlichkeit“¹⁰⁵ gehandelt habe. Ebenso habe ein Extrablatt des *Kölner Stadt-Anzeigers* Innenminister Genscher vorgeworfen, „Falschmeldungen in die Presse lanciert [zu haben], als längst feststand, daß keine der Geiseln überlebt hatte.“¹⁰⁶ *Der Morgen* zitiert aus einer dpa-Meldung, nach der „die Beobachter im Münchner Pressezentrum auch ‚Beklemmungen vor der Wahrheit‘ registriert“¹⁰⁷ hätten.

Am 8. September stellte das *Neue Deutschland* mit den Worten der schwedischen Zeitung *Svenska Dagbladet* fest: „Je mehr Informationen vorliegen, desto geneigter ist man, die Handlungsweise der Behörden in diesem Fall in Frage zu stellen.“¹⁰⁸ Laut SED-Zeitung stellte die schwedische Presse die Fragen: „Warum hielten die Verantwortlichen das Ergebnis des Polizeiangriffes auf dem Flugplatz zurück? Warum wurden falsche Angaben darüber gemacht, daß die Geiseln frei sind?“¹⁰⁹ Auf der ganzen Seite zu den Olympischen Spielen informierte die Zeitung auch, dass „eine vierstündige Pressekonferenz der bayrischen Staatsregierung“ endete, „ohne auch nur im geringsten Aufschluß über die wahren Hintergründe des Massakers von Fürstenfeldbruck gegeben zu haben.“¹¹⁰ Genscher habe versucht, „sich bei der Beantwortung der Fragen sehr zurückzuhalten.“¹¹¹ Und überhaupt wären alle Verantwortlichen „einer präzisen Beantwortung von Fragen nach Einzelheiten des Zusammenwirkens zwischen den Regierungen der BRD und Israels“¹¹² ausgewichen.

Neben der Kritik an der Informationspolitik der westdeutschen Behörden wurden auch die Sicherheitsmaßnahmen während der Olympischen Spiele anhand ausländischer Medienberichte bemängelt. Laut der in Sofia erschienenen Zeitung *Rabotnitschesko Delo* hätten sich die „Versprechungen des Vorsitzenden des Organisationskomitees [...], daß alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, um eine ruhige und sichere Lage aller Teilnehmer an der Olympiade zu schaffen, [...] in der Praxis als bloße Seifenblase erwiesen.“¹¹³

¹⁰³ Weltöffentlichkeit fragt: Wo war die Sicherheit. In: *Neues Deutschland*, 07.09.1972, S. 8.

¹⁰⁴ Die Welt ist empört. In: *Junge Welt*, 07.09.1972, S. 8.

¹⁰⁵ Ebd.

¹⁰⁶ Ebd.

¹⁰⁷ Das Blutbad von Fürstenfeldbruck. In: *Der Morgen*, 07.09.1972, S. 3.

¹⁰⁸ Warum wurden Warnungen stur beiseite geschoben? In: *Neues Deutschland*, 08.09.1972, S. 2.

¹⁰⁹ Ebd.

¹¹⁰ Pressekonferenz ohne Aufschluß. In: *Neues Deutschland*, 08.09.1972, S. 8.

¹¹¹ Ebd.

¹¹² Ebd.

¹¹³ Weltöffentlichkeit fragt: Wo war die Sicherheit. In: *Neues Deutschland*, 07.09.1972, S. 8.

Ebenso habe die *Süddeutsche Zeitung* bestätigt, „daß die Behörden der BRD nicht alles für Sicherheit und Schutz der Sportler Erforderliche getan haben.“¹¹⁴

Die bulgarische Zeitung *Naroden Sport* habe angeführt, „daß die Organisatoren die Sicherheit der Teilnehmer und Gäste nicht gewährleistet haben.“¹¹⁵ Die britische *Times* habe bemängelt, dass die „Sicherheitsvorkehrungen [...] nachlässig“¹¹⁶ gewesen seien. Die *Neue Zeit* stütze sich in ihrem Vorwurf auf eine AFP-Meldung, der entsprechend die „BRD-Behörden bereits am Montagabend Hinweise auf ein mögliches Attentat erhalten“¹¹⁷ hätten. Dem CDU-Organ zufolge berichteten andere westliche Agenturen, „daß es den Terroristen leicht gefallen sei, in das olympischen Dorf einzudringen.“¹¹⁸ Die *Junge Welt* informierte über eine Einschätzung der ungarischen *Nepszabadsag*, die deutschen Polizeibehörden hätten „tatsächlich sorgfältiger und umsichtiger zum Schutz der Sportler [hätten] vorgehen müssen“.¹¹⁹ Weiter sei in der *France Soir* gefragt worden, warum die „Sicherheit der Sportler im olympischen Dorf und besonders der israelischen Sportler nicht besser gesichert“ worden war, und „[w]arum war es den Fedayin so leicht möglich, in das olympische Dorf zu kommen?“¹²⁰ Scharfe Kritik wurde auch an den Sicherheitsmaßnahmen für die Olympioniken wiedergegeben. So übersetzte das *Neue Deutschland* am 7. September aus den israelischen Tageszeitungen *Haaretz* und *Jedioth Achronoth*:

Unsere Mannschaft ging nach München unter der Voraussetzung, daß das Gastgeberland für ihre Sicherheit sorgen wird wie es auch für die Sicherheit aller anderen Teilnehmer [...] eintreten würde. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt. Die Verantwortung dafür liegt bei den westdeutschen Behörden. Dies ist eine schwere Verantwortung, und das umso mehr, als man hätte glauben müssen, daß die Bonner Regierung sich besonders bemühen werde, daß der israelischen Abordnung nichts geschieht.¹²¹

Jedioth Achronoth habe die Organisatoren beschuldigt, sich „um alles gekümmert und alles gesorgt“ zu haben, „außer um die Sicherheit ihrer Gäste.“¹²²

Ebenso erwähnte das SED-Organ den Israel-Bericht des westdeutschen Fernsehkorrespondenten Edmund Gruber, demnach die „Verantwortungslosen Sicherheitsmaßnahmen“¹²³ in Israel scharf kritisiert worden waren. Noch drastischer sei Gruber zufolge der Fernsehkommentar eines israelischen Korrespondenten gewesen, der aus München die israelischen Zuschauer mit den Worten begrüßt hätte: „36 Jahre nach Hitler, 36 Jahre nach dem Beginn der Tragödie, bei der sechs Millionen Juden ihre Leben einbüßten...“¹²⁴.

Auch die internationale Empörung in Bezug auf den gewaltsamen Befreiungsversuch wurde durch die Skizzierung des internationalen Medienechos vermittelt. *Le Monde* habe hinterfragt, „[w]arum die Münchner Polizei, die sich ein Jahr zuvor im Verlauf einer Aktion gegen eine Gangstergruppe durch die Tötung einer Geisel hervorgetan hatte, es gewagt [hat], das Risiko dieses Manövers auf sich zu nehmen, das ihre Unfähigkeit so drastisch unter Beweis stellte.“¹²⁵ Laut *Junger Welt* und dem *Morgen* seien Stimmen aus aller Welt zu

¹¹⁴ Ebd.

¹¹⁵ Warum wurden Warnungen stur beiseite geschoben? In: *Neues Deutschland*, 08.09.1972, S. 2; Französische Zeitung: Es waren Spiele der Fahrlässigkeit. In: *Junge Welt*, 08.09.1972, S. 5.

¹¹⁶ Warum wurden Warnungen stur beiseite geschoben? In: *Neues Deutschland*, 08.09.1972, S. 2.

¹¹⁷ Überfall auf das olympische Dorf. In: *Neue Zeit*, 06.09.1972, S. 1.

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ Französische Zeitung: Es waren Spiele der Fahrlässigkeit. In: *Junge Welt*, 08.09.1972, S. 5.

¹²⁰ Ebd.

¹²¹ Weltöffentlichkeit fragt: Wo war die Sicherheit. In: *Neues Deutschland*, 07.09.1972, S. 8.

¹²² Ebd. Dasselbe Zitat bringt das *Neue Deutschland* bereits auf Seite eins derselben Ausgabe: Schatten über München. In: *Neues Deutschland*, 07.09.1972, S. 1.

¹²³ Schwere Schatten liegen über München. In: *Der Morgen*, 07.09.1972, S. 1.

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ Weltöffentlichkeit fragt: Wo war die Sicherheit. In: *Neues Deutschland*, 07.09.1972, S. 8; Die Welt ist empört. In: *Junge Welt*, 07.09.1972, S. 8.

vernehmen, die sich „gegen das abenteuerliche Vorgehen der BRD-Behörden, die das Blutbad auf dem Bundeswehrflugplatz Fürstenfeldbruck unter der israelischen Mannschaft und den Freischärlern zugelassen haben“¹²⁶ richteten. Laut einem Kommentar aus der schwedischen *Espressen* habe die Aktion auf dem Flugplatz in einer „totalen Katastrophe“ geendete, weil beschlossen worden sei „sich aus der Situation herauszuschießen. Es ist schwer, an diesem sinnlosen Blutbad vorbeizusehen.“¹²⁷

Die Kritik an dem Befreiungsversuch kam vor allem in der Ausgabe des *Neuen Deutschlands* vom 8. September zum Ausdruck. Auf Seite 2 wurden neben tschechoslowakischen Medien auch japanische und finnische Publikationen genannt, die laut SED-Organ von einem „Gipfel der Unverantwortlichkeit“, von „Leichtsinnigkeit“, einem „tragischen Fehlschlag“, von der „Ursache für das Blutbad“ und „noch mehr Gewalt erzeugende Sinnlosigkeit“ geschrieben hätten.¹²⁸ In der britischen *Times* sei darüber hinaus die Rede von „blinder Schießwütigkeit“ gewesen. In den amerikanischen Zeitungen *Evening Star* und *Daily News* sei den westdeutschen Behörden unterstellt worden, „bei dem Münchner Massaker mit dem Leben der Geiseln gespielt“ zu haben. Die algerische *El Moudjahid* habe „die Offiziellen von Bonn“ beschuldigt, gewusst zu haben, „daß eine Intervention der westdeutschen Polizei ganz einfach den Tod der Geiseln bedeutete.“ Und *Le Soir* aus dem Libanon habe kritisiert, dass, anstatt die Terroristen „mitsamt ihren Geiseln in eine arabischen Hauptstadt fliegen zu lassen [...], wild drauf losgeknallt [wurde], und noch dazu im Dunklen“.

4.7. Als hätte es keinen Anschlag gegeben

Tatsächlich trat der jüdische Staat im Zusammenhang mit dem Attentat in München als Akteur kaum in Erscheinung. Es gab allerdings Ausnahmen: Die *Neue Zeit* meldete am 6. September, dass die israelische Regierung verlangt habe, die Olympischen Spiele abubrechen,¹²⁹ und *Der Morgen* stützte sich auf eine dpa-Meldung mit dem Hinweis, dass die israelische Mannschaft nun nicht mehr an den Spielen teilnehmen werde.¹³⁰ Die *Junge Welt* erwähnte namentlich Shmuel Lalkin, Chef de Mission Israels bei den Olympischen Spielen, sowie den israelischen Botschafter in Bonn, Eliashiv Ben Horin, die bei der Trauerfeier für die Opfer Ansprachen hielten.¹³¹ Weder der Inhalt ihrer Reden noch der der anderen Redner wurde wiedergegeben.¹³² Einen Tag später gab das FDJ-Organ einen Artikel aus der westdeutschen *Die Welt* wieder. Demnach seien auch zwei israelische Geheimdienstoffiziere in dem Hubschrauber, der den Krisenstab nach Fürstenfeldbruck brachte, anwesend gewesen. Beide hätten schon während des Flugs angezweifelt, dass eine gewaltsame Befreiungsaktion erfolgreich verlaufen könne.¹³³ In Widerspruch dazu berichtete *Der Morgen*, gestützt auf die *Frankfurter Rundschau*, dass die israelische Regierung den gewaltsamen Befreiungsversuch westdeutscher Polizeikräfte gebilligt hätte: „Die fehlgeschlagene Befreiungsaktion [...] scheint in Absprache mit israelischen Stellen erfolgt zu sein.“¹³⁴

Es ist offensichtlich, dass sich aus diesen wenigen Erwähnungen kein Israelbild rekonstruieren lässt. Vielmehr handelte es sich hierbei um zusammenhangslose Informationssplitter, die keinerlei Kohärenz aufweisen. Jede tiefere Auseinandersetzung mit dem Überfall auf die israelischen Olympioniken hätte unweigerlich zum

¹²⁶ Schatten über München, der Olympiastadt. In: *Junge Welt*, 07.09.1972, S. 1; Schwere Schatten liegen über München. In: *Der Morgen*, 07.09.1972, S. 1.

¹²⁷ Mangelhafte Schutzmaßnahmen. In: *Neue Zeit*, 08.09.1972, S. 8.

¹²⁸ Dieses und die folgenden Zitate: Warum wurden Warnungen stur beiseite geschoben? In: *Neues Deutschland*, 08.09.1972, S. 2.

¹²⁹ Vgl. Überfall auf das olympische Dorf. In: *Neue Zeit*, 06.09.1972, S. 1.

¹³⁰ Vgl. Olympische Spiele wurden unterbrochen! In: *Junge Welt*, 06.09.1972, S. 1.

¹³¹ Die Delegation der DDR nahm an der Trauerfeier nicht statt. Vgl. *Der elfte Tag – Die Überlebenden von München 1972*. (Deutschland 2012, R: Emanuel Rotstein).

¹³² Vgl. Schatten über München, der Olympiastadt. In: *Junge Welt*, 07.09.1972, S. 1.

¹³³ Vgl. Geheimdienst Israels war im Hubschrauber. In: *Junge Welt*, 08.09.1972, S. 5.

¹³⁴ Fragen an die BRD-Behörden. In: *Der Morgen*, 08.09.1972, S. 2.

Widerspruch der DDR-Position bezüglich des israelisch-arabischen Konflikts geführt. Anstatt Israel aber zu ignorieren wurde bereits zwei Tage nach dem Anschlag an das bereits bestehende Israelbild angeknüpft..

Wenn nach dem 8. September die Opfer des Attentats nur noch ohne Angaben ihrer Identität als Israelis erwähnt wurden (wenn überhaupt noch über die Opfer des Anschlags gesprochen wurde), so gab es eine parallele Entwicklung bei der Betrachtung Israels als Täter. Am 7. September fasst die *Junge Welt* einen Artikel Tawfik Toubis zusammen, der einen Tag zuvor in der *Pravda* erschienen war.¹³⁵ Nur die Devise „nicht mit dem Imperialismus gegen die arabischen Völker, sondern mit den arabischen Völkern gegen den Imperialismus“¹³⁶ könne einen Weg zum Frieden im Nahen Osten eröffnen, so Toubi. Keines der Kriegsziele des Sechstagekrieges sei erreicht worden, stattdessen erstarke die antiimperialistische Bewegung im arabischen Raum. Das FDJ-Organ wiederholte dementsprechend einen Tag später eine Frage des Organs der KP Frankreichs, *Le Humanité*: „Muß auf absurde und unheilvolle Verzweiflungsakte mit neuen Terrorangriffen geantwortet werden, wie es Tel Aviv plant und wie es anscheinend das Weiße Haus nahelegt?“¹³⁷ Bei den Anschlägen hatte es sich also, im Verständnis der französischen Bruderpartei, um „unheilvolle Verzweiflungsakte“ gehandelt, während drohende israelische Reaktionen gleich von vornherein als Terror gebrandmarkt wurden.

Angriffe gegen palästinensische Stellungen und Dörfer im Libanon und in Syrien, teilweise auch in Jordanien, gehörten zu den unmittelbaren Reaktionen der israelischen Regierung auf das Attentat. Diese Attacken nutzten die DDR-Zeitungen, um Israel wieder im imperialistischen Lager zu verorten und als Aggressor im Nahen Osten darzustellen. Wie im Zuge der Berichterstattung über den Sechstagekrieg wurde das Bild vom „Aggressorstaat Israel“ wenige Tage nach dem Anschlag auf die israelische Olympiamannschaft erneut bedient. Darüber hinaus kristallisierten sich aber auch neuere Aspekte heraus, die in direktem Zusammenhang mit dem Attentat von München standen.

Wie vor allem im *Neuen Deutschland* zu lesen war, konnten die „barbarischen Überfälle der israelischen Luftwaffe“ in keiner Weise eine Antwort auf die „Tragödie von München“ darstellen.¹³⁸ Sich hierbei auf einen Kommentar in der *Pravda* berufend meinte das SED-Organ, „es findet sich kaum jemand, den solche Manöver täuschen können, mit denen die Herrscher in Tel Aviv kaltblütig versuchen, politisches Kapital aus dem Geschehenen zu schlagen und die neuerlichen Terroraktionen zu bemänteln.“ Vielmehr handele es sich um eine bewusste Strategie, „um eine politische Regelung der Nahostkrise zu sabotieren.“ Demnach habe sich die Lage im Nahen Osten ausschließlich „durch Verschulden der herrschenden Kreise Israels und ihrer imperialistischen Gönner erneut ernsthaft zugespitzt.“

Das *Neue Deutschland* räumte der entsprechenden Haltung des sowjetischen UN-Delegierten Jakow Malik ebenfalls Platz ein. Malik habe sich dahingehend geäußert, dass es sich bei den Angriffen um eine

vorsätzliche und geplante Politik Israels [handele], deren Ziel keinesfalls die Sicherung des Friedens im Nahen Osten, sondern die Fortsetzung der Aggression gegen die benachbarten arabischen Staaten sei. Die Versuche Israels und seiner Verbündeten, den Mord an unschuldigen, friedlichen arabischen Bevölkerung zu rechtfertigen, seien eine grobe Mißachtung aller Normen des Völkerrechts und der UN-Charta sowie Ausdruck für die Nichteinhaltung der Beschlüsse der Vereinten Nationen.¹³⁹

¹³⁵ Vgl. KP Israel: Mit Arabern gegen den Imperialismus. In: *Junge Welt*, 07.09.1972, S. 2.

¹³⁶ Ebd.

¹³⁷ Französische Zeitung: Es waren Spiele der Fahrlässigkeit. In: *Junge Welt*, 08.09.1972, S. 5.

¹³⁸ Dieses und die folgenden Zitate: Ein im Voraus geplantes Verbrechen. In: *Neues Deutschland*, 12.9.1972, S. 4; Teile desselben vom ADN stammende Absatz wurde auch übernommen in Verbrechenische Aktionen. In: *Neue Zeit*, 12.9.1972, S. 2.

¹³⁹ USA stellen sich vor Aggression Israels. In: *Neues Deutschland*, 12.09.1972, S. 4. Fast wortgenau berichtete das *Neue Deutschland* schon einen Tag zuvor über Maliks Rede vor dem UN-Sicherheitsrat, siehe 200 Todesopfer allein in Syrien. In: *Neues Deutschland*, 11.09.1972, S. 1.

Malik habe es strikt abgelehnt, „die Terrorakte einzelner Organisationen mit den von Staaten systematisch geplanten, vorbereiteten und durchgeführten Aggressionsakten auf eine Stufe zu stellen.“¹⁴⁰ Man musste den Eindruck gewinnen, als sei der Anschlag im Olympiadorf nicht systematisch geplant, vorbereitet und durchgeführt gewesen.

Die einseitige Schuldzuweisung für die weitere Eskalation der Gewalt – was natürlich die Ausblendung des Attentats von München erforderte – erinnert an die Berichterstattung zum Sechstagekrieg, bei der alle provozierenden Schritte der arabischen Seite entweder ausgelassen oder in Verteidigungsmaßnahmen uminterpretiert wurden. Auch jetzt wurde Israel als von Natur aus kriegslüsternd, grausam und brutal dargestellt. So wurde der syrische UN-Botschafter im SED-Organ zustimmend zitiert: „Israel habe ständig eine gegen die Sicherheit und den Frieden im Nahen Osten gerichtete Politik betrieben und damit den internationalen Frieden und die Sicherheit auf das grösste gefährdet.“¹⁴¹ Erneut Eingang fanden die Bezeichnungen ‚Massaker‘, ‚Verbrechen‘, ‚Aggression‘ und ‚Überfall‘ für die israelischen Angriffe, was sich schon an den Überschriften der Artikel erkennen ließ und in starkem Kontrast zu den eher passiven Bezeichnungen für das Attentat stand. Besonders stark wurden die Angriffe der israelischen Luftwaffe kritisiert, die in den Zeitungen mit Piraterie gleichgesetzt wurden. „Israelische Luftpiraten morden“¹⁴², „Dayans Luftgangster ermordeten wehrlose Frauen und Kinder“¹⁴³ oder auch „61 Todesopfer durch israelische Luftpiraten“¹⁴⁴ sind Beispiele für Überschriften, die im Zusammenhang mit den Aktionen der israelischen Luftwaffe gebraucht wurden. Die DDR konnte sich auch hier wieder auf die KP Israel stützen, die, so eine Meldung im *Neuen Deutschland*, ebenso „die kaltblütige Ermordung von unschuldigen Menschen [...], die von der israelischen Luftwaffe angegriffen wurden“¹⁴⁵, entschieden verurteilte.

Es wurde also im direkten Anschluss an die Anschläge auf die israelische Olympiamannschaft sehr wohl ein Israelbild in den DDR-Tageszeitungen vermittelt. Allerdings hatte dieses Israelbild nichts mit dem Terror von München zu tun, sondern war eine Fortsetzung dessen, was spätestens seit dem Sechstagekrieg der gängigen Darstellung des jüdischen Staates in den DDR-Zeitungen entsprach. Die israelischen Sportler, die dem Terror zum Opfer fielen, wurden in keinem einzigen Artikel in den DDR-Zeitungen namentlich erwähnt. 72 Stunden nach dem Anschlag wurde auch ihre Herkunft nicht mehr benannt. Dafür habe der Staat Israel erneut die Rolle des Aggressors eingenommen: Israel wurde als Alleinschuldiger an der weiteren Eskalation im Nahen Osten identifiziert, während die Anschläge von München lediglich ein Verzweiflungsakt gewesen seien.

In ihrem Abschlussbericht zur Olympiade stellt die ADN-Chefredaktion fest, dass es sich bei den Anschlägen um einen „eklatanten Einschnitt“ gehandelt habe, mit dem die „politische Berichterstattung über Vorgänge und das Weltecho in den Vordergrund“ traten.¹⁴⁶ Das Weltecho wurde in der Tat in den zahlreichen Auszügen fremdsprachiger Medien in den DDR-Zeitungen deutlich. Bei der politischen Berichterstattung hat es sich eindeutig um die Auseinandersetzung mit Westdeutschland und dem Vorwurf des Versagens seiner Behörden bei der Informationsweitergabe, den Sicherheitsvorkehrungen sowie dem Befreiungsversuch gehandelt. Eine politische Auseinandersetzung mit den Hintergründen des Anschlags oder eine Diskussion zu den radikalen Kräften unter den Palästinensern fand dagegen nicht statt. Zu den politischen Vorgängen, die in die Berichterstattung einfließen, gehörten in den DDR-Zeitungen ausschließlich das Verhalten der deutschen

¹⁴⁰ Ebd.

¹⁴¹ UNO-Sicherheitsrat berät Aggressionsakte Israels. In: *Neues Deutschland*, 11.09.1972, S. 5.

¹⁴² Israelische Luftpiraten morden. In: *Neues Deutschland*, 10.09.1972, S. 1.

¹⁴³ Dayans Luftgangster ermordeten wehrlose Frauen und Kinder. In: *Neues Deutschland*, 10.09.1972, S. 6.

¹⁴⁴ 61 Todesopfer durch israelische Luftpiraten. In: *Der Morgen*, 10.09.1972, S. 1.

¹⁴⁵ Ohne Überschrift. In: *Neues Deutschland*, 12.09.1972, S. 4.

¹⁴⁶ ADN, Chefredaktion. Abschlußbericht Olympische Sommerspiele 1972 in München. SAPMO-BArch, DC/900/654.

Behörden sowie die unmittelbaren Reaktionen Israels auf das Attentat, nicht aber die Organisation der Attentäter, deren Motive oder ihr brutales Vorgehen. Das Attentat selber hatte in der abschließenden Bewertung der Olympischen Spiele durch den ADN keine große Bedeutung mehr gehabt. Der 26-seitige Abschlussbericht erwähnte den Anschlag nur zweimal am Rande.¹⁴⁷

¹⁴⁷ Ebd.

5. Frieden mit Ägypten

5.1. Die sozialistische Friedensformel für den Nahen Osten

Das Abkommen von Camp David zwischen Israel und Ägypten aus dem Jahre 1979 war der erste Friedensvertrag, den ein arabisches Land mit dem jüdischen Staat schloss. Der Unterzeichnung war die historische Reise des ägyptischen Präsidenten Anwar al-Sadat nach Jerusalem, seine Rede vor der Knesseth im November 1977 sowie monatelange Verhandlungen zwischen den beiden Staaten unter der Schirmherrschaft des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter vorausgegangen. Ein Meilenstein auf dem Weg zum Friedensschluss war das Rahmenabkommen von Camp David im September 1978, in dem sich Israel und Ägypten bereits auf wichtige Eckpunkte einigen konnten. Natürlich begleiteten die internationalen Medien jeden Schritt auf dem Weg zum bilateralen Frieden, so auch die DDR-Zeitungen. Präsident Sadat und sein israelischer Verhandlungspartner, der rechte Likud-Politiker und Premierminister Israels, Menachem Begin, erhielten nach der Unterzeichnung des Rahmenabkommens gemeinsam den Friedensnobelpreis.

Bevor es zum Friedensschluss im Jahre 1979 zwischen Israel und Ägypten kam, hatte die DDR-Führung ihre Position zum Nahen Osten in zwei zentralen Dokumenten weiter präzisiert und den Entwicklungen in der Region angepasst.¹ Diese beiden Schriftstücke bildeten den politisch-agitatorischen Hintergrund der Berichterstattung der DDR-Zeitungen über den israelisch-ägyptischen Friedensprozess. Auch allgemein müssen sie als die wichtigsten offiziellen Dokumente angesehen werden, die die Position der DDR Mitte und Ende der 1970er Jahre zum Nahostkonflikt veranschaulichen.

Zentrales Element der Haltung der DDR war eine Art Friedensformel, die im Einklang mit der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten propagiert und als einzig probates Mittel zu einer politischen Lösung des Nahostkonflikts verstanden wurde. Die Friedensformel sah eine genaue Abfolge von Maßnahmen vor, die im Nahostraum nötig seien, damit sich der Konflikt friedlich regeln lassen würde. Im Zentrum der Friedensformel stand das ‚Palästina-Problem‘, womit vor allem das Ausbleiben der Gründung eines palästinensischen Staates 1948 verstanden wurde, als „wichtige Schlüsselfrage des Nahost-Konfliktes“². Die Friedensformel bestand aus drei Grundforderungen:

Abzug der israelischen Truppen von allen 1967 besetzten arabischen Territorien, [...] Durchsetzung der unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich seines Rechts auf einen eigenen Staat, [...] Gewährleistung des Rechts auf unabhängige Existenz und Entwicklung für alle Staaten und Völker dieses Raums und Schaffung der Möglichkeiten und Garantien, in Frieden und Sicherheit leben zu können.

Ausgangspunkt des Palästina-Problems sei die Gründung Israels „unter Verletzung des Teilungsbeschlusses“ gewesen. Weitere Gründe für die damals entstandene missliche Lage seien die

vom Imperialismus geschürten Gegensätze, [die] Nichtanerkennung des Teilungsbeschlusses durch die damaligen überwiegend feudal-monarchistischen arabischen Regime und die feudal-großbürgerliche Führung der palästinensischen Befreiungsbewegung

Letztlich hätten auch die israelische Okkupation von Gebieten in Folge des ersten arabisch-israelischen Krieges von 1948/49 sowie die „Annexion des Westufers des Jordan durch Jordanien und [die] Unterstellung Gazas

¹ Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Zum Palästina-Problem und Schlußfolgerungen für die Politik der DDR. 9.2.1976. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.033/94; Informationen des ZK der SED. Aktuelle Probleme und Entwicklungstendenzen des Kampfes um die Lösung des Nahostkonfliktes. 10.5.1978. SAPMO-BArch, DC/9/1119.

² Dieses und die folgenden Zitate: Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Zum Palästina-Problem und Schlußfolgerungen für die Politik der DDR. 9.2.1976. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.033/94, Bl. 9.

unter ägyptische Verwaltung eine palästinensische Staatsgründung“ verhindert. Es handelte sich bei den streng geheimen Informationen aus dem MfAA durchaus um eine realistische, multikausale Gesamteinschätzung der Hintergründe, die der Gründung eines palästinensischen Staates im Wege gestanden hatten. Man kann den Verantwortlichen in der DDR also schwerlich vorwerfen, die komplizierte Lage in Palästina um 1948 völlig missverstanden zu haben.³

Innerhalb der grundlegenden Forderung nach der „Durchsetzung der unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes“⁴ mussten die Flüchtlingsfrage, der Status von Jerusalem, Reparationen durch Israel und die Nutzung des Jordan-Wassers geregelt werden. Es handele sich im Gesamten um einen „komplizierten und langwierigen Prozeß“, der von dem „internationalen, regionalen und inneren Kräfteverhältnis in der PLO“ beeinflusst werde.⁵ Aus Sicht der DDR werde die Schaffung eines palästinensischen Staates zweifelsohne einen „positiven Beitrag“ zum Frieden und zur gesellschaftlichen Umwandlung im Nahen Osten leisten.⁶

Die Bemühungen der sozialistischen Staaten hätten dazu geführt, dass der Konflikt um Palästina mittlerweile als „Frage nationaler Selbstbestimmung einen internationalen anerkannten Platz“ eingenommen habe. Auch westliche Staaten hätten dementsprechend „ihre Haltung zum Palästina-Problem“ überdacht.⁷ Als Beleg verwies der Bericht aus der außenpolitischen Kommission auf die Beschlüsse der 20. UN-Vollversammlung von 1975, bei der beschlossen wurde, dass „zionism is a form of racism and racial discrimination.“⁸

Im Mai 1978 wurden dem ZK „[a]ktuelle Probleme und Entwicklungstendenzen des Kampfes um die Lösung des Nahostkonfliktes“⁹ zur Information vorgelegt. In der Broschüre wurde der Dreiklang der sozialistischen Friedensformel erneut beschworen. Sie machten die Stützpfeiler der DDR-Politik gegenüber dem Nahen Osten aus. Es war demnach abzusehen, dass sich die DDR, und mit ihr die Gemeinschaft der sozialistischen Staaten, mit dem israelischen Rückzug aus dem Sinai und der vorgesehenen Autonomie für die Palästinenser, die so im Vertrag zwischen Israel und Ägypten festgehalten wurde, nicht zufrieden geben werde.

5.2. Der Reifeprozess der PLO, die ägyptischen Separatpläne und ,die Front der Standhaftigkeit‘

Zu Beginn des Jahrzehnts sah die DDR die PLO in einer Umwälzung. So sei eine Entwicklung von „einem Werkzeug der arabischen Bourgeoisie zum Kampf gegen Israel zu einer nationalen Befreiungsbewegung und zur führenden Kraft im Kampf um die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen

³ Ebd., Anlage 1. Zur Entwicklung des Palästina-Problems. Bl. 26.

⁴ Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Zum Palästina-Problem und Schlußfolgerungen für die Politik der DDR. 9.2.1976. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.033/94. Anlage 3. Zum Jerusalem-Problem. Bl. 30.

⁵ Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Zum Palästina-Problem und Schlußfolgerungen für die Politik der DDR. 9.2.1976. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.033/94, Bl. 9–10.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd. Bl. 11.

⁸ <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/000/92/IMG/NR000092.pdf?OpenElement> (Zugriff am 14. Dezember 2011). Explizit wurde das Existenzrecht Israels in den Grenzen vom 4. Juni 1967 bestätigt. General Assembly Resolution 3379. Nachdem die Resolution 1991 zurückgenommen wurde, bezeichnete der damalige UN-Generalsekretär, Kofi Annan, bei seinem ersten Besuch in Israel im Jahre 1998 die Resolution als „the low-point in our relations; ist negative resonance even today is difficult to overestimate.“ Kofi Annan, UN-Generalsekretär, Pressemitteilung SG/SM 6504. 25.3.1998. Online einsehbar unter: <http://unispal.un.org/unispal.nsf/2ee9468747556b2d85256cf60060d2a6/b0f4c3f48dba5aa3052565d40050a9a7?OpenDocument> (Zugriff am 5. Januar 2014).

⁹ Informationen des ZK der SED. Aktuelle Probleme und Entwicklungstendenzen des Kampfes um die Lösung des Nahostkonfliktes. 10.5.1978. SAPMO-BArch, DC/9/1119.

Volkes“¹⁰ zu beobachten. Damit verband die DDR auch die Hoffnung, dass sich ein realistisches Herangehen gegenüber dem Staat Israel abzeichnen würde. Trotz interner Rivalitäten hätten „die progressiven Kräfte ein Übergewicht erreicht.“ Zu Ihnen zähle auch Arafat, der als ein „zu Kompromissen neigender Politiker“ für alle arabischen Staaten akzeptabel sei. Aus Sicht der DDR hatte die PLO einen „politischen Reifeprozess“ durchlaufen und sich bis Mitte der 1970er Jahre endgültig zu einem legitimen Gesprächspartner und ernst zu nehmenden Akteur im Nahen Osten entwickelt. Belege für den ‚Reifeprozess‘ der PLO waren aus Sicht der DDR: die Einsicht in die „entscheidende Bedeutung“ einer engeren Zusammenarbeit mit der UdSSR und den progressiven Kräften; die zunehmend positive Haltung gegenüber einer „politischen Lösung“; die „Ablehnung von Separatvereinbarungen“; das wachsende Verständnis dafür, „daß die Frage der Anerkennung der Existenz Israels [...] eine immer größere Bedeutung“ für den eigenen Erfolg einnehme. Die offiziellen Kontakte zur PLO und zu den verschiedenen, unter ihrem Dach organisierten Gruppen nahmen stetig zu. Die PLO war in den Augen Ost-Berlins nicht nur salonfähig geworden, sie musste in jede Beratung über ein Lösung des Nahostkonflikts aktiv miteinbezogen werden, ungeachtet einer ‚Ablehnungsfront‘ innerhalb der PLO, die aus „reaktionären und linksextremistischen Kräfte“ und solchen, die eine engere Zusammenarbeit mit den USA weiterhin befürworten würden bestehe oder aber an der „gewaltsamen Beseitigung des Staates Israel“ festhielten.¹¹

Das MfAA sah die Unterstützung der arabischen Staaten für die PLO dadurch motiviert, dass „von eigenen sozialen Fragen“¹² abgelenkt werden sollte. Darüber hinaus versuchten einige arabische Staaten die PLO gemäß ihren eigenen Interessen zu beeinflussen, wodurch einer „Festigung der einheitlichen Haltung“ innerhalb der PLO entgegengewirkt werde und das Misstrauen der PLO „unter die Vorherrschaft dieses oder jenes arabischen Staates zu geraten“ wachse. Genau in diesem Misstrauen, so das MfAA, lägen „zusätzliche Ansatzpunkte für gute Beziehungen der SSG [sozialistische Staatengemeinschaft] zur PLO.“¹³

Getragen von der neuen Einschätzung der PLO durch die DDR, bezeichnete Erich Honecker gegenüber dem Leiter der politischen Abteilung der PLO, Faruk Kaddoumi, den Auftritt Arafats vor der UN-Vollversammlung im Jahre 1974 als „faktische Anerkennung des souveränen Rechtes des palästinensischen Volkes.“¹⁴ Die Politik der DDR gegenüber einer Integration der PLO sei „keine Illusion“ gewesen, dementsprechend werde Ost-Berlin in Koordination mit den anderen sozialistischen Staaten auch „weiterhin alles für die Unterstützung der PLO tun“ und bei „zivilen und nichtzivilen Materialien“ helfen. Denn immerhin sei die Solidarität in Ost-Berlin „Sache des Herzens“. Kaddoumi betonte die „sehr, sehr positive Rolle“ der DDR. Auf Nachfrage Hermann Axens, der bei dem Gespräch ebenfalls anwesend war, habe Kaddoumi geantwortet, dass Sadat sich durch seine Politik des Alleingangs selbst isoliere. Schon hier klang der Vorwurf gegenüber Ägypten an, einer eigenen

¹⁰ Dieses und die folgenden Zitate: Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Zum Palästina-Problem und Schlußfolgerungen für die Politik der DDR. 9.2.1976. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.033/94, Bl. 11ff.

¹¹ Ebd., Bl. 13-14. Die sogenannte Ablehnungsfront innerhalb der PLO habe laut MfAA vor allem aus drei Gruppen bestanden, die Wichtigste unter ihnen sei die PFLP gewesen. Die Ablehnungsfront habe für die Beibehaltung einer „extremistisch-abenteuerlichen Linie [die] objektiv eine Unterstützung für die imperialistische Politik“ bedeutet eingestanden. Ihre Mitarbeit im Exekutivkomitee und im Zentralrat hatten die Gruppen der Ablehnungsfront aus Protest abgebrochen. Vgl. ebd., Anlage 4. Zusammensetzung der PLO, ihre Organe sowie die wichtigsten Massenorganisationen. Bl. 33.

¹² Dieses und die folgenden Zitate: Ebd., Bl. 14-15.

¹³ Das Dokument konkretisierte: Syrien sei der „wichtigste arabische Verbündete“, Algerien und Jemen überbetonten den „militärischen Kampf“, Saudi-Arabien bestärke „antisowjetische und antikommunistische“ Elemente innerhalb der PLO und Jordanien führe eine rein symbolische Politik. Ägypten sei lediglich an der „politischen und militärischen Schwächung der PLO interessiert und bestrebt, sie unter Kontrolle zu bekommen.“

¹⁴ Dieses und die folgenden Zitate: Hermann Axen. Vermerk über ein Gespräch zwischen Honecker und Kaddoumi am 28. Februar 1976. Februar/März 1978. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.033/94, Bl. 41ff.

politischen Konzeption auf Kosten der Palästinenser zu folgen. Im Mai 1978 wertete das ZK der SED die Reise Sadats nach Israel Mitte November 1977 als „eine neue Stufe der Vorbereitung separater Lösungen des Nahostkonfliktes“¹⁵. Es habe sich bei der Reise um die konsequente Fortführung des „Kurs[es] der Separatabmachungen [...] seit den Truppenentflechtungsabkommen von 1974 und 1975“¹⁶ gehandelt.¹⁷ Weiter sei Sadats Reise in Wahrheit eine „Flucht nach vorn“ gewesen und nur unter Druck von „proimperialistischen Kreise der ägyptischen Bourgeoisie“ entstanden, um die „ernsten wirtschaftlichen und innenpolitischen Schwierigkeiten“ mit „spektakulären, außenpolitischen Erfolgen“ zu überdecken. Dafür seien diese Kräfte sogar zu einem „Separatfrieden mit Israel bereit.“ Die Aktivitäten im Anschluss an den Staatsbesuch seien darauf gerichtet gewesen,

durch Geheimverhandlungen mit Israel, unter Einbeziehung der USA und der arabischen Reaktion, die UdSSR weitgehend aus dem Verhandlungsprozeß auszuschließen, die arabischen Völker über das Ausmaß der Verrats zu täuschen und ihre Friedenssehnsucht zu mißbrauchen, den Einfluß der progressiven arabischen Staaten [...] weitgehend auszuschalten [und] mit einseitigen Vorleistungen Bindungen herbeizuführen, die die anderen arabischen Partner zu einer Nahostlösung zwingen, wie sie von den USA und Israel gewollt ist.¹⁸

Kurzum: das ZK warf Ägypten vor, sich zum Instrument des Imperialismus zu machen, ohne Rücksicht auf die wahren nationalen Interessen der arabischen Völker, geschweige denn der Palästinenser. Der ADN begleitet Sadats Aufenthalt in Jerusalem.

Gegen die vermeintliche Separatpolitik Ägyptens habe sich eine ‚Front der Standhaftigkeit‘ gebildet, zusammengesetzt aus den Ländern Irak, Syrien, Algerien, Libyen und dem Jemen sowie der PLO.¹⁹ Die Treffen der ‚Front der Standhaftigkeit‘ in Tripolis Anfang Dezember 1977 und Anfang Februar 1978 in Algier hätten sich entschieden gegen die „von den USA, Israel und Ägypten inszenierte Verschwörung“ gegen einen „ehrenhaften und gerechten Frieden im Nahen Osten“, gegen die „Kapitulationspolitik Sadats“ und das „Komplott Sadats mit Beginn“ gewandt. Die fünf Staaten hätten gemeinsam mit der PLO eine Bewegung gegründet, „die als bisher stärkste Mobilisierung und Vereinigung der demokratischen Volkskräfte in der Mehrzahl der arabischen Länder seit Nasser bewertet werden kann.“ Im Ergebnis handele es sich um den „Kern einer politischen Alternative [...] zum Verratskurs des ägyptischen Präsidenten“. Ihre Strahlungskraft zeige sich auch darin, dass selbst die reaktionären arabischen Staaten sich den Separatverhandlungen nicht angeschlossen hätten.

5.3. Die Ziele des Imperialismus und Schlussfolgerungen für die DDR

Die Bemühung Sadats um ‚Separatvereinbarungen‘ und die angeblichen geheimen Absprachen mit Israel und den USA wurden in der DDR in direktem Kontrast zu internationalen Bemühungen wahrgenommen, die Genfer Nahostkonferenz von 1973 wieder aufleben zu lassen.²⁰ Die von den USA und der UdSSR unterzeichnete Nahost-Erklärung vom 1. Oktober 1977, in der sich beide Seiten bemühen würden, die Genfer Initiative wieder zu verfolgen, sei aus Sicht des ZK der SED von den USA nur als „Tarnung“ genutzt worden,

¹⁵ Informationen des ZK der SED. Aktuelle Probleme und Entwicklungstendenzen des Kampfes um die Lösung des Nahostkonfliktes. 10.5.1978. SAPMO-BArch, DC/9/1119, S. 2.

¹⁶ Gemeint waren die Abkommen nach dem Oktoberkrieg von 1973.

¹⁷ Informationen des ZK der SED. Aktuelle Probleme und Entwicklungstendenzen des Kampfes um die Lösung des Nahostkonfliktes. 10.5.1978. SAPMO-BArch, DC/9/1119, S. 2.

¹⁸ Vgl. Eberhard Amme. Information des Kairoer ADN-Korrespondenten. 5.5.1979. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.037/45, Bl. 97.

¹⁹ Informationen des ZK der SED. Aktuelle Probleme und Entwicklungstendenzen des Kampfes um die Lösung des Nahostkonfliktes. 10.5.1978. SAPMO-BArch, DC/9/1119, S. 3–5. Die folgenden Zitate entstammen diesem Dokument.

²⁰ Bei der Genfer Nahostkonferenz wurden die Truppenentflechtungsabkommen zwischen Israel, Syrien und Ägypten beschlossen, die 1974 und 1975 umgesetzt wurden. Damit waren die Grenzverläufe von vor dem Oktober-Krieg von 1973 wieder hergestellt.

„um die Wiedergewinnung und erneute Festigung seiner verlorengegangenen Positionen im nahöstlichen Raum“²¹ zu sichern. Da es Israel und den USA zuvor nicht gelungen sei, die arabischen Staaten voneinander zu isolieren und an Einzelabkommen zu binden, konzentrierte sich der Imperialismus nun auf „das schwächste Glied der antiisraelischen arabischen Front, auf Ägypten.“ Damit würden sich die USA in Wahrheit der Genfer Initiative, die eine Gesamtlösung unter Beteiligung aller Betroffenen, auch der PLO, anstrebe, widersetzen. Bereits 1976 wurde im MfAA beobachtet, dass die USA eine Politik betreibe, die darauf abziele, die PLO „von innen heraus aufzuweichen“, ihr Bündnis mit der sozialistischen Welt „zu erschüttern“, Streitigkeiten innerhalb der PLO „zu schüren“, progressive Positionen unter der palästinensischen Führung „auszuschalten“ und so den USA wohlgesonnene Personen „an die Macht zu bringen.“²² Gleichzeitig werde eine „Aussöhnung zwischen Israel und den reaktionären arabischen Staaten“ angestrebt, um den „reibungslosen Ölfluß“ sicherzustellen.²³

Dagegen wachse selbst in Israel die Erkenntnis, dass die ablehnende Haltung zur PLO nicht mehr lange aufrecht zu erhalten sei. Dort suche man deshalb nach Wegen „[z]ur Umgehung einer Lösung, die auf dem Selbstbestimmungsrecht des arabischen Volkes von Palästina beruht.“²⁴ Israel bekämpfe die PLO militärisch und gehe politisch gegen sie vor, indem es Einzellösungen anstrebe. Letztlich betreibe Israel eine intensivierte „Politik der vollendeten Tatsachen“, um das besetzte Westjordanland in das Staatsgebiet Israels zu integrieren. Dafür sei Israel auf der Suche nach einer „politischen Alternative“ zur PLO in den besetzten Gebieten und erwäge sogar die Aufteilung der Westbank mit Jordanien.

Die obigen Überlegungen führten Mitte der 1970er Jahre zur Überzeugung der SED, dass die PLO konsequent unterstützt werden müsste. Die noch zu Beginn des Jahrzehnts geübte Zurückhaltung gegenüber der PLO wurde angesichts des angeblichen Reifeprozesses der PLO fallengelassen. Nachdem bereits im Juli 1973 Arafat persönlich das erste europäische PLO-Büro in Ost-Berlin eröffnet hatte, galt es knapp drei Jahre später, dessen Status „schrittweise zu erhöhen“.²⁵ Dies bedeutete vor allem die Umbenennung in „Ständiges Büro der Palästinensischen Befreiungsorganisation in der DDR“ und der Einräumung von „Privilegien und Immunität [...], wie sie dem diplomatischen Personal der Vertretungen anderer Staaten gewährt werden“. Ebenso sollten die Beziehungen zur PLO „allseitig“ weiterentwickelt werden, wobei „die realistisch denkenden Kräfte um Y. Arafat“ im Zentrum der Bemühungen zu stehen hätten, „die von der Realität der Existenz des Staates Israel ausgehen.“

Neben der Aufwertung der PLO-Vertretung in Ost-Berlin ermöglichte die DDR den Palästinensern auch auf anderen Gebieten engere Zusammenarbeit. Im Juli 1978 unterzeichneten die Generaldirektoren vom ADN und der palästinensischen Nachrichtenagentur WAFA einen Kooperationsvertrag, um „ihre engen freundschaftlichen Beziehungen im Geiste der antiimperialistischen Solidarität und der brüderlichen Verbundenheit [...] zu vertiefen“²⁶. Unter anderem wurde die Kooperation in den Bereichen Nachrichten- und Textgebung, Bilder, Verbreitung und technische Hilfestellung beschlossen.

²¹ Dieses und die folgenden Zitate: Informationen des ZK der SED. Aktuelle Probleme und Entwicklungstendenzen des Kampfes um die Lösung des Nahostkonfliktes. 10.5.1978. SAPMO-BArch, DC/9/1119, S. 1–2.

²² Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Zum Palästina-Problem und Schlußfolgerungen für die Politik der DDR. 9.2.1976. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.033/94, Bl. 17.

²³ Ebd.

²⁴ Dieses und die folgenden Zitate: Ebd., Bl. 18–21.

²⁵ Dieses und die folgenden Zitate: Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Zum Palästina-Problem und Schlußfolgerungen für die Politik der DDR. 9.2.1976. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.033/94, Bl. 22–24. 1982 wurde die PLO-Vertretung in Ost-Berlin endgültig in den Rang einer Botschaft aufgewertet. Siehe Empfehlungen für das Gespräch Honeckers mit Arafat. Allgemeine Angaben zur PLO. 21. Juni 1988. SAPMO-BArch, DY/30/13793, Bl. 61.

²⁶ Vertrag zwischen dem ADN und WAFA. 5.7.1978. SAPMO-BArch, DC/900/938.

Im Mai 1979 beauftragte der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, Außenminister Fischer mit der Übergabe eines Entwurfs für ein Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit an das Exekutivkomitee der PLO.²⁷ Zuvor hatte das Präsidium des Ministerrates dem Entwurf zugestimmt, der „die Besonderheiten der Palästinensischen Befreiungsorganisation“²⁸ berücksichtigt habe. Ebenso stand der Entwurf in Einklang mit einem Beschluss des Ministerrates vom 16. Februar 1979, dem zufolge „die Beziehungen zu den nationalen Befreiungsorganisationen, vor allem der PLO, auszubauen“ sind.²⁹

5.4. Ostdeutsch-israelische Kontakte in den 1970er Jahren

Die Kontakte der SED zur KP Israel wurden auch in den 1970er Jahren weiter aufrechterhalten. Im November 1974 reiste eine Delegation der KP Israel unter der Leitung von Wolf Ehrlich in die DDR.³⁰ Neben dem Ziel, die „bestehenden guten Beziehungen weiter zu festigen und zugleich die brüderliche Verbundenheit beider Parteien erneut nachhaltig zu demonstrieren“, bestand eine zentrale Aufgabe der israelischen Delegation darin, eine „Einschätzung des Nahostkonflikts, besonders des Palästinaproblems“ zu liefern. Ebenso seien die israelischen Genossen besonders an der Haltung der SED zum Existenzrecht Israels und zur palästinensischen Forderung nach einem eigenen Staat interessiert gewesen. Im Ergebnis der Besprechungen wurde die „völlige Übereinstimmung [...] bei der prinzipiellen Einschätzung des Nahostproblems“ festgestellt, eine Formulierung, die darauf schließen lässt, dass man sich in einzelnen Punkten wohl doch nicht einig war. Besonders Ehrlich sei darüber besorgt gewesen, dass die SED Ansichten der PLO übernommen habe, „die die Auffassungen der israelischen Genossen ungenügend berücksichtigen.“ Aus dem Bericht lässt sich vor allem auf eine Kontroverse schließen: Offensichtlich weigerte sich die ostdeutsche Seite, die Existenz Israels eindeutig anzuerkennen, sie entzog sich auch einer genauen „Definierung des Gebietes, auf dem ein zukünftiger palästinensischer Staat errichtet werden soll.“

In seinen ausführlichen Erklärungen ging Wolf Ehrlich vor allem auf die politische Situation und die Lage der KP Israel ein.³¹ Der Oktoberkrieg von 1973 habe eine „Vertrauenskrise gegenüber der Regierung“ ausgelöst, die zur „Stärkung des rechten Blockes des Likud“ führte. „Die jetzige Regierung unter Premierminister Rabin müsse im Gegensatz zur Vorgängerregierung als „noch proimperialistischer eingeschätzt werden“. Im Gegensatz zur DDR, für die die Truppenentflechtungsabkommen mit Ägypten und Syrien als Separatabmachungen zu verurteilen seien, sehe die KP Israel darin „einen ersten Schritt in Richtung auf einen dauerhaften Frieden.“ Ganz offenbar sprach Ehrlich hier unverhohlen eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Bruderparteien an.

In Bezug auf die PLO gab Ehrlich im Namen seiner Partei bekannt, dass diese die Befreiungsorganisation bereits vor dem Sechstagekrieg „als den legitimen Vertreter“ der Palästinenser anerkannt hätte. Aufgrund der zunehmenden Absprache zwischen der PLO und progressiven arabischen Staaten stelle die KP Israel die „Entwicklung zu einer realistischeren Politik“ der palästinensischen Befreiungsorganisation „mit Freude“ fest. Vollstes Verständnis habe die KP Israel für die palästinensische Führung, der es „aufgrund der Terrorpolitik der israelischen Führung schwer ist, sich zur Anerkennung der Koexistenz mit Israel durchzuringen.“ Dagegen

²⁷ Verfügung Nr. 95/79. 31.5.1979. SAPMO-BArch, DC/20/5365.

²⁸ Ebd.

²⁹ Ebd.

³⁰ Abteilung Internationale Verbindungen. Bericht über den Aufenthalt einer Delegation der Kommunistischen Partei Israels unter Leitung des Vorsitzenden der ZPKK, Wolf Ehrlich, vom 17. Bis 26. November 1974 in der DDR. 29.11.1974. SAPMO-BArch, DY/30/J IV 2/3J/1922. Die folgenden Zitate entstammen diesem Bericht.

³¹ Ausführungen des Leiters der Delegation der Kommunistischen Partei Israels, Wolf Ehrlich, im Verlaufe der Verhandlungen im Hause des ZK der SED. 29.11.1974. SAPMO-BArch, DY/30/J IV 2/3J/1922, Bl. 6–10, hier besonders Bl. 6–7. Die folgenden Zitate entstammen diesem Dokument.

habe man mit „Genugtuung [...] vermerkt, daß die PLO sich von individuellem Terror distanziert.“ Da solche Aktionen ohnehin „nur der israelischen Reaktion in die Hände gearbeitet“ hätten, lege es nah zu vermuten, dass „hier reaktionäre Kräfte Israel mit[spielten].“ Für seine schwere Anschuldigung, israelische Kreise selbst hätten palästinensischen Terror gefördert, konnte Ehrlich allerdings keinerlei Beweise vorbringen.

Im November und Dezember 1975 besuchte eine weitere Delegation der KP Israel die DDR.³² Diesmal handelte es sich um eine Studiendelegation, deren Ziel es war, „das einheitliche sozialistische Bildungssystem zu studieren“. Mit den Erfahrungen aus ihren Besuchen in etlichen ostdeutschen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen seien die „positiven Vorstellungen über das sozialistische Bildungswesen [...] weitaus übertroffen“ worden. Der Besuch helfe den israelischen Genossen, wie sie selbst betont hätten, „in ihrem politischen Kampf“ und trage dazu bei, „die Wahrheit über den Sozialismus unter den Pädagogen, Eltern und Schülern zu verbreiten.“ Auch diese Delegation habe „die aggressive Politik der herrschenden Klasse Israels [...] und den militaristisch-rassistischen Inhalt der Erziehung der Jugend“ verurteilt.

Vorläufiger Höhepunkt der Beziehungen zur KP Israel war der Aufenthalt einer SED-Delegation Ende des Jahres 1980 in Israel, mit dem Ziel, die Situation der israelischen Bruderpartei besser zu verstehen.³³ Genosse Vilner, Generalsekretär der KP Israel, klärte die Gäste aus der DDR über „wesentliche Erfolge“ der Partei besonders unter der arabischen Bevölkerung auf. Auch habe es im jüdischen Bevölkerungsanteil Fortschritte gegeben, allerdings müsse unter den Juden „jeder weitere Schritt nach vorne [...] mit großen Anstrengungen erkämpft werden.“ Denn unter diesen sei der zionistische und antikommunistische Einfluss deutlich zu spüren. Letzterer sei, so Vilner, „in Israel stark angewachsen.“ Die marginale Rolle der KP Israel im politischen System mag den SED-Vertretern bewusst gewesen sein, Meir Vilner versuchte offensichtlich, sie von dem Gegenteil zu überzeugen und künftig eine bedeutendere Position der KP heraufzubeschwören.

Hauptaugenmerk des Berichtes über den Besuch in Israel war der Eindruck von „der gegenwärtigen Lage in Israel.“ Die Gesamtsituation sei „durch eine tiefgehende politische, ökonomische, soziale und ideologische Krise gekennzeichnet“, so dass sich die „Polarisierung der Klassen“ stetig vertiefe, die „Klassenauseinandersetzung“ wachse und die „Opposition gegen die offizielle Regierungspolitik“ zunehme. Entscheidend jedoch für den Erhalt des „imperialistischen, staatsmonopolistischen, bürgerlich-demokratisch getarnten Herrschaftssystem[s] mit seinen expansionistischen, aggressiven und repressiven Zügen“ seien drei Faktoren: die „feste Verklammerung“ Israels im System des Weltimperialismus, die „massive“ Unterstützung auf politischer, ökonomischer und militärischer Ebene vor allem durch die USA und die „geschickte ideologische Manipulation“ der Bevölkerung mit Hilfe der zionistischen Ideologie. Der Erhalt des israelischen Herrschaftssystems werde auch durch die „Zersplitterung der progressiven Kräfte in den arabischen Ländern“ und die „Lüge von der drohenden ‚Vernichtung Israels‘“ unterstützt. Als einzige Kraft biete die KP eine „echte Alternative“ zur derzeitigen Regierungspolitik an.

Die Delegation habe die ökonomische Krise in Israel unmittelbar erlebt, wie eine Auflistung der Preiserhöhungen zum 1. Januar 1981 beweisen sollte. Während Reallöhne gesunken wären, habe die Arbeitslosenquote 1980 den höchsten Stand seit 1969 erreicht. Mit 160% werde die Inflationsrate 1980 ebenfalls

³² Abteilung Volksbildung. Abschlußbericht über den Aufenthalt einer Studiendelegation der Kommunistischen Partei Israels in der DDR. 16.12.1975. SAPMO-BArch, DY/30/IV B 2/9.05/79 S. 2–12, hier besonders S. 2, 6–7. Die folgenden Zitate entstammen diesem Bericht.

³³ Egon Winkelmann, Otto Funk. Information für das Politbüro des Zentralkomitees der SED. Bericht über den Aufenthalt einer Delegation des Zentralkomitees der SED unter Leitung von Otto Funke, Mitglied des ZK der SED und Vorsitzender des Komitees Antifaschistischer Widerstandskämpfer, in Israel vom 05.–15. November 1980. 21.11.1980. SAPMO-BArch, DY/30/11538, Bl. 52–71. Die folgenden Zitate entstammen diesem Bericht.

eine Rekordhöhe erreichen. Selbst die größte Gewerkschaft, Histadruth, gewähre der Regierung offene Unterstützung, da sie in Wahrheit an einer Ablenkung vom Klassenkampf interessiert sei. Außerdem würden Milliardenzuwendungen an Israels Wirtschaft aus zionistischen Kreisen und den USA eine Verschlechterung der Lage verhindern und die Gesellschaft blenden, denn eine spürbare Verschlechterung der Lebensverhältnisse hätte so bisher aufgehalten werden können: „[N]och immer liegt der Lebensstandard der breiten Werktätigen Massen in Israel [...] noch weit über dem vergleichbaren Niveau der arabischen Nachbarländer.“

Der Bericht behandelte auch die angebliche soziale Krise, deren Kern die zunehmende „Differenzierung“ zwischen europäischen, asiatischen und arabischen Juden, ebenso wie die „Diskriminierung“ der in Israel lebenden Araber sei. Anteil an der sozialen Krise habe auch die Regierungspolitik, die darauf abziele, das gesamte Staatsgebiet, inklusive der besetzten Territorien, „verstärkt mit Juden zu besiedeln“. Um dies zu erreichen, werde ehemals arabischer Besitz beschlagnahmt und für den Aufbau neuer jüdischer Dörfer genutzt. In Jerusalem führe dies zu einer regelrechten Einkreisung des arabischen Stadtteils. Auch wenn die Siedler in den besetzten Gebieten nur eine geringe Zahl darstellten, sei ihre „soziale Rolle“ umso größer, „da die gesamte politische, ökonomische und militärische Unterdrückungsmaschinerie des israelischen Staates und der israelischen Armee hinter ihnen steht.“ Die gesamte Diskriminierung, die sich auch auf andere Bereiche, zum Beispiel Bildung und Arbeit, ausdehne, führe zu einem Erstarken nationaler Gefühle unter der arabischen Bevölkerung. Dazu habe Vilners Stellvertreter, Tawfik Toubi, gegenüber der SED-Delegation erklärt, dass

die Politik der Unterdrückung, des Terrors und der Okkupation einem arabischen Nationalismus Auftrieb gibt und ein starkes Gefühl der Einheit der arabischen Bevölkerung in Israel mit der palästinensischen Bevölkerung außerhalb Israels und vor allem in den besetzten Gebieten hervorgerufen hat. Dieser verstärkende Nationalismus schafft der KP Israel zusätzliche Probleme.

Letztlich existiere in Israel eine ideologische Krise, die sich in einer „zunehmenden Tendenz zur Faschisierung, besonders unter der Jugend“ zeige. Auf Basis des Zionismus und des daran gekoppelten Prinzips der „Auserwähltheit und Ausschließlichkeit“, würden sich „Tendenzen des offenen Rassismus, des Herrenmenschentums gegenüber den Arabern, der Verabsolutierung des Militarismus und des Gedankens des jüdischen Großreiches“ entfalten. In diesem Zusammenhang hegte der Bericht deutliche Zweifel, „ob bei der Auseinandersetzung mit der zionistischen Ideologie der Kampf von den Genossen der KP Israel offensiv genug geführt wird.“ Dennoch wurde ihre Arbeit, „angesichts der expansionistischen, chauvinistischen und Unterdrückungspolitik“ der Regierung Israels, als „tapfer“ empfunden. Haupthindernis für weiteren und schnelleren Erfolg sei der Zionismus. Seine Manipulationskraft entfalte sich innerhalb der israelischen Bevölkerung, gleichzeitig erstarke eine Opposition vor dem Hintergrund der sich ständig verschlechternden Situation im Lande. Der Bericht der Delegation über die politische, ökonomische und soziale Situation in Israel kann als eine der ausführlichsten und detailreichsten Darstellungen gelten, die von offiziellen Vertretern der DDR über Israel angefertigt wurden. Sehr deutlich entsprach der Bericht den ideologischen Prämissen der SED-Linie, auch wenn er in einigen Punkten der israelischen Wirklichkeit sehr nahe gekommen sein mag. Vorwürfe wie ‚Auserwähltheit und Ausschließlichkeit‘, ‚Faschisierung‘, ‚Herrenmenschentum‘ sind dagegen angespielte Vergleiche zur NS-Herrschaft, deren Wortwahl ganz sicher nicht aus Unwissenheit gewählt wurden.

5.5. Camp David: dem Frieden keinen Schritt näher

Angesichts der Tatsache, dass der Besuch Sadats in Israel der Auftakt für eine bilaterale Lösung zwischen Israel und Ägypten war und dies mit den Grundforderungen der sozialistischen Staaten zur Lösung des Nahostkonflikts sowie mit deren Ablehnung separater Verhandlungen nicht im Einklang stand, verwundert es nicht, dass die DDR-Zeitungen den gesamten Friedensprozess von Camp David heftig kritisierten und als Hindernis für einen ‚echten Frieden‘ im Nahen Osten darstellten. Als Begründung wurde das angebliche

amerikanische Interesse aufgeführt, eine Allianz zwischen Israel und Ägypten zu schmieden, deren Aufgabe die Wahrung des amerikanischen Einflusses sein sollte, da dieser durch die islamische Revolution im Iran zurückgedrängt worden sei. Während durch die bilateralen Abmachungen die arabische Einheit aufbräche und der Verrat Ägyptens vor allem die Palästinenser treffe, werde die Okkupation arabischer Gebiete durch Israel de-facto verewigt.

In nahezu jedem Artikel wurde die Forderung nach Frieden anhand der sozialistischen Friedensformel aufgestellt. Ebenso auffällig ist, dass mit Voranschreiten des Prozesses von Camp David die Kritik zwar keine neuen Argumente aufgriff, sich aber der Fokus zwischen einzelnen Kritikpunkten verschob und an Schärfe zunahm. Auch die Akteure, über deren ablehnende Haltung berichtet wurde, blieben dieselben. Allerdings nahm mit voranschreitender Entwicklung auch deren Auftreten in den Zeitungen zu, beziehungsweise ab. So war Sadats Besuch in Israel offenbar noch kein Anlass, die kritische Haltung der DDR und der Sowjetunion aufzuführen. Hier wurde sich vornehmlich auf Stimmen aus den arabischen Ländern gestützt und, allerdings in geringerem Umfang, auf Stellungnahmen der KP Israel. Bei Abschluss des Friedensvertrages 16 Monate später stand dann die Haltung der DDR und der UdSSR im Mittelpunkt. Ergebnis dessen war, dass die Zeitungen vermehrt eigene Artikel und Kommentare zum Thema veröffentlichten.

Das Leitmotiv über den gesamten Zeitraum, von Sadats Besuch bis zum Friedensschluss zwischen Israel und Ägypten, war die Ansicht, diese Entwicklung stehe einem echten Frieden im Nahen Osten im Wege. So habe Syriens Präsident Assad erklärt, dass der Besuch Sadats in Israel „mit der Arbeit für den Frieden“³⁴ unvereinbar sei und bilaterale Gespräche mit Israel „weder den Interessen der Araber noch dem Frieden“³⁵ dienen würden. Berichtet wurde auch über eine gemeinsame Pressekonferenz mit dem französischen Premierminister Barre, bei der Assad gesagt haben soll, ein solcher Kurs „kann nur zur Verlängerung des Konflikts führen“³⁶.

Neben der ablehnenden Haltung der syrischen KP³⁷ wurde auch über eine Erklärung von 20 syrischen Massenorganisationen, darunter Berufsverbände und Gewerkschaften, berichtet. Die Reise sei ein „Schlag gegen die Bemühungen um einen wirklichen Frieden“³⁸. Das Zentralorgan der syrischen Baath-Partei, *Al Baath*, habe angesichts der vermeintlichen internationalen Isolierung Israels die Frage gestellt, was Israel sich mehr wünschen könnte, „als daß ein arabischer Führer, noch dazu der Präsident des größten arabischen Landes, ihm einen Besuch abstattet.“³⁹ Am deutlichsten aber sei die syrische Regierungszeitung *Al Thaura* geworden: Sadat besuche einen „Feind, ,der seine Politik des Krieges, der Expansion und der Aggression fortsetzt und nahezu täglich bekräftigt, daß er den Rückzug von den okkupierten arabischen Gebieten und die Anerkennung der Rechte des arabisch-palästinensischen Volkes ablehnt.“⁴⁰

Besondere Glaubwürdigkeit sollte der Kritik mit Hilfe von Stimmen aus Ägypten selbst vermittelt werden, die anhand der Person des Außenministers Fahmy dargestellt wurde. Seinen Worten nach werde der Besuch „dem Nahen Osten keinen Frieden bringen. [...] Jedes Abkommen, das nicht von allen Betroffenen akzeptiert werde,

³⁴ Rücktritte in ägyptischer Regierung. Syriens Präsident über Gespräche in Damaskus. In: *Junge Welt*, 18.11.1977, S. 15; Schädlicher Israel-Besuch. Stellungnahmen zu Sadats Entscheidung. In: *Der Morgen*, 18.11.1977, S. 2.

³⁵ Assad: Kein Frieden in Nahost durch bilaterale Vereinbarungen. In: *Neues Deutschland*, 29.11.1977, S. 7; Haltung Sadats nicht gebilligt. In: *Junge Welt*, 29.11.1977, S. 7; UNO: Palästina-Debatte begann. PLO für Selbstbestimmung und eigenem Staat / Kritik an Sadat / Irak lädt zum Gipfel. In: *Der Morgen*, 29.11.1977, S. 2.

³⁶ Assad: Kein Frieden in Nahost durch bilaterale Vereinbarungen. In: *Neues Deutschland*, 29.11.1977, S. 7; UNO: Palästina-Debatte begann. PLO für Selbstbestimmung und eigenem Staat. In: *Der Morgen*, 29.11.1977, S. 2.

³⁷ Sadat wieder in Kairo. Nach Israel-Besuch begeistert begrüßt. In: *Der Morgen*, 23.11.1977, S. 2.

³⁸ Nachdrücklicher Protest der meisten arabischen Länder. Reise als Konzession an Zionismus und Imperialismus angeprangert. In: *Neues Deutschland*, 21.11.1977, S. 5.

³⁹ Ohne Überschrift. In: *Neues Deutschland*, 22.11.1977, S. 7.

⁴⁰ Ebd; Scharfe Kritik gegen Israel-Reise Sadats. In: *Junge Welt*, 19./20.11.1977, S. 7.

trage den Keim für eine neue bewaffnete Auseinandersetzung in sich.“⁴¹ Laut dem *Neuen Deutschland* sei sein Rücktritt „ausschließlich auf die Entscheidung Sadats zurückzuführen, nach Israel zu fahren.“⁴² Es sei ihm nicht gelungen, „Sadat zu überzeugen, auf diesen Besuch zu verzichten“⁴³, der international für „ernsthafte Folgen“⁴⁴ sorgen werde.

In Einklang mit dem Rücktritt des Außenministers wurde auch die Kritik der parlamentarischen Opposition in Ägypten zur Reise thematisiert. Sie habe vor der Schwächung der arabischen Position und der militärischen Wachsamkeit gegenüber Israel sowie der ökonomischen Vorherrschaft Tel Avivs gewarnt.⁴⁵ Vor allem aber vermisse man eine „entsprechende Gegenleistung von israelischer Seite.“⁴⁶

Neben den arabischen Stimmen stützten sich die DDR-Zeitungen auch auf die ablehnende Haltung der KP Israel. Auf dem achten Plenum des ZKs habe Generalsekretär Vilner von einem „Manöver, das dem Frieden im Nahen Osten nicht förderlich sei“⁴⁷ gesprochen. Auch er halte einen Frieden nur dann für möglich, wenn die volle „Anerkennung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes“⁴⁸ gesichert sei. Sein Stellvertreter, Tawfik Toubi, habe den Besuch auffällig nah an der Formulierung der 20 syrischen Massenorganisationen als „ein Schlag gegen die friedliche Lösung des Nahostkonflikts“⁴⁹ bezeichnet und Ende November 1977 diesen Vorwurf in der Knesseth wiederholt: „dieses Treffen [...] ziele vielmehr darauf ab, „einen Ersatzrahmen zu schaffen, um die Genfer Friedenskonferenz zu umgehen“⁵⁰. Für den stellvertretenden Generalsekretär sei vor allem „beschämend, daß dieser Besuch ungeachtet der jüngsten israelischen Aggressionen gegen Südlibanon, der Polizeipogrome gegen die arabischen Bevölkerung in Israel und der Annexionspolitik“⁵¹ stattfand.

Die KP Israel veröffentlichte im Anschluss an die Reden Begin und Sadats vor der Knesseth eine Erklärung, deren Inhalt auszugsweise im *Neuen Deutschland* und im *Morgen* wiedergegeben wurde.⁵² Die KP Israel habe sich beschwert, dass Begin „kaum etwas Konkretes zur Lösung der Nahostfrage“⁵³ gesagt hätte. Sie habe laut dem Artikel im *Neuen Deutschland* auch erklärt, dass Begin die Bereitschaft zu einem Kompromiss in Aussicht gestellt hätte und sich teilweise „aus den seit 1967 unberechtigt besetzten arabischen Gebieten zurückzuziehen“ gedenke.⁵⁴ Begin soll aber an der „These des Gesamtanspruchs Israels auf ganz Palästina“⁵⁵ festgehalten haben. Im Umfeld der Verhandlungen und der Unterzeichnung des Rahmenabkommens von Camp David im September 1978 stand nach wie vor die Argumentation im Vordergrund, dass ein Separatfrieden einer

⁴¹ Fahmy: Teilabkommen beinhaltet Keim neuer Konflikte. In: *Neues Deutschland*, 30.11.1977, S. 7.

⁴² Ohne Überschrift. In: *Neues Deutschland*, 19./20.11.1977, S. 7; *Junge Welt*, 19./20.11.1977 Scharfe Kritik gegen Israel-Reise Sadats. In: *Junge Welt*, 19./20.11.1977, S. 7.

⁴³ Ohne Überschrift. In: *Neues Deutschland*, 19./20.11.1977, S. 7.

⁴⁴ Scharfe Kritik gegen Israel-Reise Sadats. In: *Junge Welt*, 19./20.11.1977, S. 7.

⁴⁵ Besuch mit politischer Brisanz. Syrien: „Eine gefährliche Initiative“ von Sadat. In: *Neue Zeit*, 19.11.1977, S. 2; Abgeordnete des ägyptischen Parlaments äußern Bedenken. In: *Neues Deutschland*, 30.11.1977, S. 7; Treffen gefährdet arabische Einheit. KP Israels: Versuch der Spaltung der Palästinenser. In: *Neue Zeit*, 30.11.1977, S. 2.

⁴⁶ Abgeordnete äußern ihre Vorbehalte gegen Schritt Sadats. *Neues Deutschland*, 29.11.1977, S. 7; UNO: Palästina-Debatte begann. PLO für Selbstbestimmung und eigenem Staat. In: *Der Morgen*, 29.11.1977, S. 2.

⁴⁷ Gefährlicher Alleingang: Besuch Sadats in Israel stark kritisiert. In: *Neue Zeit*, 21.11.1977, S. 1.

⁴⁸ Ägyptischer Präsident beendete Israel-Besuch. Anwar el Sadat traf mit weiteren Parteiführern zusammen. In: *Neues Deutschland*, 22.11.1977, S. 7.

⁴⁹ KP Israel: Schlag gegen eine friedliche Lösung im Nahen Osten. In: *Neues Deutschland*, 21.11.1977, S. 5.

⁵⁰ KP Israel lehnt nachdrücklich geplantes Treffen in Kairo ab. Vorschlag Sadats zielt auf Umgehung der Genfer Friedenskonferenz. In: *Neues Deutschland*, 30.11.1977, S. 7.

⁵¹ KP Israel: Schlag gegen eine friedliche Lösung im Nahen Osten. In: *Neues Deutschland*, 21.11.1977, S. 5.

⁵² Erklärung der KP Israel. In: *Neues Deutschland*, 22.11.1977, S. 7; Ablehnungen und Proteste. In: *Der Morgen*, 22.11.1977, S. 2.

⁵³ Ebd.

⁵⁴ Erklärung der KP Israel. In: *Neues Deutschland*, 22.11.1977, S. 7.

⁵⁵ Ebd.

Gesamtlösung im Wege stehe, auch wenn andere Kritikpunkte nun verstärkt betont wurde. In seiner weltpolitischen Umschau äußerte sich *Der Morgen* zu den „Illusionen in Camp David“⁵⁶. Nicht mal „Küsse und Umarmungen der Herren können [...] darüber hinwegtäuschen, daß die sogenannten ‚Rahmenvereinbarungen‘ [...] nicht zu dem [...] herbeigesehten Frieden führen können, sondern geradewegs von ihm wegführen.“⁵⁷ Auch das *Solidaritätskomitee* der DDR habe in einer Erklärung bekanntgegeben, dass „[w]as in Camp David hinter dem Rücken der arabischen Völker ausgehandelt wurde, [...] zu keinem wirklichen Frieden im Nahen Osten“⁵⁸ führe.

In einem Kommentar in der *Jungen Welt* wurde behauptete, die Abmachungen hätten „der Menschheit den Frieden im Nahen Osten um keinen Schritt näher gebracht“⁵⁹, denn die Vereinbarungen seien „zum Schaden des arabischen Volkes von Palästina, dem damit das Selbstbestimmungsrecht bestritten wird“.⁶⁰ Überhaupt müsse die Frage erlaubt sein, „wer die Verhandlungsrunde in Camp David dazu ermächtigt hat, dieses Komplott über die Köpfe der Palästinenser hinweg zu schmieden.“⁶¹ Schließlich habe auch der ostdeutsche Außenminister und UN-Botschafter, Oskar Fischer, die Meinung vertreten, die Abmachungen seien „ein Spiel mit dem Feuer.“⁶² Fischer habe die „Beseitigung von Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus und Apartheid“ angemahnt, ohne die „Sicherheit und friedliche Koexistenz [...] nicht denkbar“ seien.⁶³ Erstaunlicherweise berichteten das *Neue Deutschland* und die *Neue Zeit* nicht über diese offizielle Stellungnahme der DDR vor der 33. UNO-Vollversammlung.

Neben der offiziellen Haltung der DDR wurde nun auch über die Positionierung der Sowjetunion berichtet. In der *Neuen Zeit* fand sich ein Beitrag über die Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko bei der UNO-Vollversammlung.⁶⁴ Unter realistischer Betrachtung der Abmachungen gebe es, so Gromyko, „keinerlei Grund zu der Annahme, daß sie [die Separatabmachung] die Nahostlösung näher bringen [werde]. Im Gegenteil, es handelt sich um einen weiteren antiarabischen Schritt, der eine gerechte Lösung [...] erschwert.“ An Israel gerichtet habe Gromyko gesagt, wenn das Land denn wirklich um seine Sicherheit besorgt sei, es auch „eine politische Lösung suchen“ würde. Schließlich, ohne Sadats Namen zu erwähnen, habe Gromyko bedauert, dass es auch arabische Politiker gebe, „denen die arabischen Gebiete nicht teuer sind, die geneigt sind, die legitimen Rechte der Araber, insbesondere der Palästinenser, zu mißachten, ihren Rücken zu beugen und vor den Forderungen des Aggressors und seiner Beschützer zu kapitulieren.“ Während die Völker des Nahen Ostens sich nach „einem normalen Leben“ sehnten, „drängen die Teilnehmer der Separatabmachung von Camp David sie auf einen Weg, der sie zu keinem gerechten Frieden führen kann.“⁶⁵ *Der Morgen* nutzte eine Festrede Leonid

⁵⁶ Illusionen in Camp David. Weltpolitische Umschau. In: *Der Morgen*, 23./24.09.1978, S. 2.

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Imperialistisches Komplott gegen die arabischen Völker. Erklärung des Solidaritätskomitees der DDR. In: *Neues Deutschland*, 29.9.1978, S. 6.

⁵⁹ Lutz Ebner: Im Nahen Osten dem Frieden nicht näher. In: *Junge Welt*, 21.09.1978, S. 2.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Ebd.

⁶² Dem Weltfrieden stets verpflichtet. Aus der Grundsatzerklärung des DDR-Außenministers der DDR, Oskar Fischer, vor der XXXIII. UNO-Vollversammlung. In: *Junge Welt*, 30.09./01.10.1978, S. 4; DDR – Partner im Friedenskampf. Außenminister Oskar Fischer vor der XXXIII. UNO-Vollversammlung zu Schlüsselproblemen in der Welt von heute. In: *Der Morgen*, 30.09./01. 10.1978, S. 2.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ Die UdSSR tritt konsequent für die Festigung der internationalen Sicherheit und für die Zusammenarbeit ein. Aus der Rede des Mitglieds des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU und Außenministers der UdSSR, Andrei Gromyko, vor der XXXIII. Vollversammlung der Vereinten Nationen. In: *Neue Zeit*, 28.09.1977, S. 5. Die folgenden Zitate entstammen diesem Artikel.

⁶⁵ „Prawda“: Komplott gegen die Völker im Nahen Osten. Vereinbarung Israel-Ägypten-USA dient Interessen der Reaktion. In: *Neues Deutschland*, 22.09.1978, S. 7.

Breshnews, Generalsekretär der KPdSU, um festzuhalten, dass die zwischen Israel und Ägypten vereinbarten Rahmenbedingungen „nur dazu geeignet [sind], die Lage im Nahen Osten noch explosiver zu machen.“⁶⁶

Mehr noch als die DDR und die UdSSR wurden aber nach wie vor die Vorbehalte der arabischen Länder gegen die Friedfertigkeit von Camp David vorgebracht. Diese äußerten sich mehrheitlich in Aussagen, die die Position der ‚Front der Standhaftigkeit‘ beschrieben. Reichlich Gelegenheit dazu bot die parallel zum Abschluss der Rahmenvereinbarungen von Camp David in Damaskus tagende Konferenz der ‚Front der Standhaftigkeit‘. Der syrische Außenminister und Sprecher der Konferenz, Abdul Halim Khaddam, habe laut *Neues Deutschland* gesagt, „Camp David war keine Konferenz für den Frieden, es hat nichts für eine gerechte und dauerhafte Friedensregelung im Nahen Osten gebracht.“⁶⁷ Bis auf den *Morgen* berichteten alle Zeitungen, dass in Damaskus Beschlüsse gefasst worden seien, um die sich „ergebende Bedrohung des Friedens im Nahen Osten und in der Welt abzuwenden.“⁶⁸

Das Argument, der Prozess von Camp David könne keinen Frieden für den Nahen Osten bringen, zog sich auch durch die Berichterstattung zum endgültigen Friedensschluss im März 1979, der den Abschluss und Höhepunkt der bilateralen Abmachungen zwischen Israel und Ägypten setzte. Als Hauptargument gegen den Frieden diene die Tatsache, dass nicht alle am Nahostkonflikt beteiligten Akteure eingebunden worden seien und, dass die sozialistische Friedensformel nur bedingt umgesetzt werde. Vielmehr habe es sich bei dem Friedensschluss um „[i]mperialistische ‚Friedens‘diktate, [die] keine tragfähige Grundlage für einen dauerhaften Frieden“⁶⁹ bilden könnten, gehandelt. In Wahrheit widerspreche das Abkommen „kraß einer gerechten, umfassenden und dauerhaften Lösung des Nahostkonflikts.“⁷⁰

Alle vier Zentralorgane verdeutlichten die Haltung der DDR zum Friedensabkommen anhand eines Briefwechsels zwischen Honecker und Assad.⁷¹ Honecker habe Assad wissen lassen, „daß die DDR die Besorgnis über die Entwicklung im Nahen Osten nach der Unterzeichnung [...] teilt.“⁷² Ebenso wurden zwischen Honecker und Arafat ausgetauschte Briefe behandelt.⁷³ Arafat soll darin zunächst an Honecker geschrieben haben, „daß die Unterzeichnung der israelisch-ägyptischen Separatvereinbarung [...] zu neuen gefährlichen Komplikationen [...] führt.“ Er habe bei der Gelegenheit den Generalsekretär der SED darauf hingewiesen, dass die Palästinenser „dieses Komplott [...] entschieden“ ablehnten. Bis auf die *Junge Welt* berichteten alle Zeitungen ausführlicher über Honeckers Antwort, in der er Arafat wissen ließ, dass die DDR

⁶⁶ Der einzige Weg für Nahost. Aus der Rede von Leonid Breshnew auf dem Festakt in Baku. In: *Der Morgen*, 25.09.1978, S. 2.

⁶⁷ Standhaftigkeitsfront setzte Beratungen fort. Ergebnisse des Treffens Carter-Begin-Sadat einmütig verurteilt. In: *Neues Deutschland*, 23./24.09.1978, S. 7.

⁶⁸ Front der Standhaftigkeit gegen Camp-David-Komplott. Damaskus-Gipfel: Engere Beziehungen zu sozialistischen Staaten. In: *Neues Deutschland*, 25.09.1978, S. 1; Komplott von Camp David scharf verurteilt. 3. Gipfelkonferenz der arabischen Front der Standhaftigkeit beendet. In: *Neue Zeit*, 25.09.1978, S. 1; Verurteilung des Separatkomplotts. Gipfelkonferenz in Damaskus erfolgreich beendet. In: *Junge Welt*, 25.09.1978, S. 2.

⁶⁹ Erb.: Kein Vertrag, der Frieden bringt. Neue Zeit kommentiert. In: *Neue Zeit*, 30.03.1979, S. 2.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ Austausch von Botschaften zwischen Hafez el Assad und Erich Honecker. In: *Neues Deutschland*, 30.03.1979, S. 1; Gefährliche Zuspitzung der Situation im Nahen Osten. Austausch von Botschaften zwischen Hafez el Assad und Erich Honecker. In: *Neue Zeit*, 30.03.1979, S. 1; Für gerechten Nahostfrieden. Austausch von persönlichen Botschaften zwischen Hafez el Assad und Erich Honecker. In: *Junge Welt*, 30.03.1979, S. 1; Austausch von Botschaften zwischen Hafez el Assad und Erich Honecker. Gefährliche Lage in Nahost durch Separatabmachungen. In: *Der Morgen*, 30.03.1979, S. 1.

⁷² Ebd.

⁷³ Austausch von Botschaften zwischen Yasser Arafat und Erich Honecker. Legitime nationale Rechte des palästinensischen Volkes bekräftigt. In: *Neues Deutschland*, 31.03./01.04.1979, S. 1; Das Nahost-Komplott führt zu gefährlichen Komplikationen. Austausch von Botschaften zwischen Yasser Arafat und Erich Honecker. In: *Neue Zeit*, 31.03.1979, S. 1; Gegen Separatabkommen. Botschaften von Yasser Arafat und Erich Honecker. In: *Der Morgen*, 31.03./01.04.1979, S. 1. Die folgenden Zitate entstammen diesen Artikeln.

die Haltung der PLO teile „und unverändert davon ausgeht, daß Frieden und Sicherheit im Nahen Osten nur unter der Voraussetzung der Durchsetzung der unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes [...] zu verwirklichen sind.“ Darüber hinaus habe Honecker der PLO die „Solidarität von Partei- und Staatsführung sowie des Volkes der DDR“ zugesichert. Beide Briefwechsel waren durchgängig Aufmacher der Ausgaben vom 30. beziehungsweise 31. März, womit die enge Verbundenheit der DDR-Führung mit den Arabern und den Palästinensern sowie die Übereinstimmung in der Ablehnung des Friedensvertrages verdeutlicht wurden.

Aus der *Prawda* wurden Artikel übersetzt, um die sowjetische Position zum Friedensvertrag darzustellen. Das Zentralorgan der KPdSU habe nur drei Tage nach der Unterzeichnung des Abkommens bereits als Misserfolg entlarvt: „Entgegen der propagandistischen Tarnung ist der Frieden im Nahen Osten keine Realität geworden.“⁷⁴ Nicht weniger deutlich sei die sowjetische Zeitung bereits wenige Tage vor der Unterzeichnung gewesen:

Keinerlei Tricks werden die Komplizen der Separatabmachung [...] um die Anerkennung der unbestreitbaren Wahrheit bringen, daß ein wirklicher und dauerhafter Frieden in diesem Gebiet nur dann möglich ist, wenn die legitimen Interessen und Rechte aller Völker dieses Raums berücksichtigt werden, nicht aber, wenn man hinter ihrem Rücken und gegen ihren Willen handelt.⁷⁵

Der sowjetische Außenminister Gromyko habe während eines Besuches in Damaskus verlauten lassen, dass der Friedensvertrag „den Prinzipien eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten“⁷⁶ widerspräche. Gemeinsam mit dem syrischen Präsidenten Assad habe er den Friedensvertrag verurteilt, da dieser „zu einer weiteren Zuspitzung der Spannungen in diesem Raum [führt] und [...] ein ernstes Hindernis auf dem Wege zu einem gerechten Nahostfrieden“⁷⁷ darstelle. Auch in einem Schreiben an die Staatsechefs Frankreich und Jugoslawiens, Giscard d'Estaing und Josip Broz Tito, habe Assad nahezu dieselben Worte gewählt.⁷⁸ In den Augen des syrischen Staatsechfs bedeute der Friedensschluss „nichts weiter als das Fortbestehen von Instabilität im Nahen Osten.“⁷⁹

Äußerungen aus Israel gegen den Friedensvertrag wurden erneut zur Unterstützung der eigenen Haltung angeführt. Meir Vilner von der KP Israel habe der israelischen Regierung in der Knesseth vorgeworfen, in Wahrheit „einen neuen Krieg gegen Syrien und die Palästinensische Befreiungsorganisation“⁸⁰ im Schatten des Abkommens zu planen. Auf ihrer einzigen Frage-und-Antwort-Seite zur Einschätzung der „Separatabmachungen zwischen Israel und Ägypten“, besprach die *Junge Welt* Begins „Nahost-Regelung“.⁸¹ So habe er den Rückzug auf die Grenzen von 1967, die Teilung Jerusalems und die Errichtung eines

⁷⁴ „Prawda“: Frieden für Nahost in weiter Ferne. In: *Neue Zeit*, 29.03.1979, S. 2; „Prawda“: Frieden in größere Ferne gerückt. In: *Der Morgen*, 29.03.1979, S. 2.

⁷⁵ „Prawda“: Separatabmachungen erfüllen keine der berechtigten und dringenden Forderungen. In: *Junge Welt*, 20.03.1979, S. 4; „Historischer Kompromiß“ gegen Rechte der Völker in Nahost. Moskauer „Prawda“ zu den Separatabmachungen. In: *Neue Zeit*, 20.03.1979, S. 2.

⁷⁶ Sowjetunion verurteilt Separatvereinbarungen. Andrej Gromyko betont Unterstützung für die arabischen Völker. In: *Neues Deutschland*, 26.03.1979, S. 5.

⁷⁷ Separatabkommen bringt keinen Frieden für Nahost. Entschiedene arabische Proteste / Massenkundgebungen und Streiks / Sowjetunion und Syrien verurteilen Abmachungen Kairo - Tel Aviv. In: *Neues Deutschland*, 27.03.1979, S. 1.

⁷⁸ Machtvolle Protestaktionen in den arabischen Ländern. Baath-Partei: Abkommen Israel-Ägypten dient nur Imperialismus. In: *Neues Deutschland*, 26.03.1979, S. 5.

⁷⁹ Ohne Überschrift. In: *Neues Deutschland*, 29.03.1979, S. 1.

⁸⁰ USA liefern an Ägypten und Israel Militärtechnik. Verteidigungsminister sicherte massive Rüstungslieferungen zu. In: *Neues Deutschland*, 21.03.1979, S. 6.

⁸¹ Wem dienen die Nahost-Separatabmachungen? *Junge Welt* Antwortseite. In: *Junge Welt*, 29.03.1979, S. 5.

palästinensischen Staates in den besetzten Gebieten ausgeschlossen. Die Äußerungen des israelischen Premiers „sollten selbst einem Unbedarften jede Hoffnung nehmen, die Separatabmachungen seien einen Schritt zum Frieden in Nahost.“⁸² Bereits vor der Ratifizierung des Abkommens hätte Begin in der Knesseth betont, dass „Tel Aviv an seiner Expansionspolitik“⁸³ festhalten werde.

Die Ansicht, wonach der Friedensprozess dem Frieden im Nahen Osten nicht dienlich sei, war das zentrale Motiv der Berichterstattung. Diese Haltung zog sich über den gesamten Zeitraum hinaus, wurde aber zunehmend von anderen Kritikpunkten an dem bilateralen Friedensprozess flankiert. Dazu gehörte vor allem der Vorwurf gegen den Imperialismus und den Zionismus, mit Hilfe der Entwicklungen von Camp David, den arabischen Staaten und Völker ihren Willen aufzwingen und unter Kontrolle bringen zu wollen.

5.6. Behauptetes Komplott des Imperialismus und Zionismus gegen die arabischen Völker

Die Anzahl und die Schärfe der Vorwürfe bezüglich eines imperialistischen Machtspiels in Zusammenarbeit mit dem Zionismus nahmen mit Fortschreiten der israelisch-ägyptischen Verständigung zu. Der Imperialismus zielle auf die Zerschlagung der arabischen Solidarität und der progressiven Kräfte im arabischen Raum und strebe dafür eine neoimperialistische Allianz zwischen Israel und Ägypten an, die die Positionsverluste der USA in Anbetracht der iranischen Revolution wettmachen solle. Diese Argumentationslinie wurde anlässlich der Sadat-Reise vorrangig durch das *Neue Deutschland* verbreitet, wo man sich hauptsächlich auf Aussagen mehrerer Bruderparteien im Nahen Osten stützte.

Toubi von der KP Israel habe dementsprechend das Ziel des Sadat Besuches darin gesehen,

die Spaltung in der arabischen Welt zu vertiefen, die arabischen Völker vom Hauptfriedensfaktor, dem sozialistischen Lager und besonders der Sowjetunion, zu trennen und die progressiven Kräfte, vor allem die palästinensische Befreiungsbewegung, auf die imperialistische Linie zu pressen oder zu zerschlagen.⁸⁴

Die irakische KP habe den Besuch als „beschämende[s] Beharren auf der Politik der Konzessionen an den Zionismus und Imperialismus“⁸⁵ wahrgenommen, die jordanische Bruderpartei habe den Staatsbesuch als „eine demütigende Unterordnung unter den Willen des USA-Imperialismus und der israelischen Führer“⁸⁶ kritisiert. Mit seiner „Politik des Krieges und der Expansion“ sei Israel ein „wesentliches Element der imperialistischen Strategie“ geworden, habe der algerische Ministerrat verlauten lassen.⁸⁷

Schließlich habe die KP Syrien erklärt, dass der Imperialismus das Ziel verfolge, „dem gesamten arabischen Befreiungskampf gegen die Okkupation und Aggression [...] einen Schlag zu versetzen. Der Besuch Sadats ist ein Beitrag zu diesem imperialistischen Plan“⁸⁸. Er bringe „dem zionistischen Feind einen Nutzen, den er trotz mehrerer Aggressionskriege [...] nicht erreichen konnte.“⁸⁹ Welcher genau dies gewesen sein soll, erläuterte das

⁸² Ebd.

⁸³ Ohne Überschrift. In: *Neues Deutschland*, 23.03.1979, S. 1; Knesseth bestätigte Separatfrieden mit ARÄ. In: *Neue Zeit*, 23.03.1979, S. 2; Durch Knesseth bestätigt. Separatvereinbarung soll am Montag unterzeichnet werden. In: *Der Morgen*, 23.03.1979, S. 2. ARÄ ist die Abkürzung für Arabische Republik Ägypten, der offizielle Name des Landes

⁸⁴ KP Israel: Schlag gegen eine friedliche Lösung im Nahen Osten. In: *Neues Deutschland*, 21.11.1977, S. 5.

⁸⁵ Nachdrücklicher Protest der meisten arabischen Länder. Reise als Konzession an Zionismus und Imperialismus angeprangert. In: *Neues Deutschland*, 21.11.1977, S. 5.

⁸⁶ Jordanische KP prangert Sadats Israel-Besuch an. In: *Neues Deutschland*, 26./27.11.1977, S. 7.

⁸⁷ Algerische Regierung: Reise ist ein Faktor der Teilung. In: *Neues Deutschland*, 22.11.1977, S. 7.

⁸⁸ Syrische KP fordert Einheit aller progressiven Kräfte. Erklärung des ZK zur gegenwärtigen Situation im Nahen Osten. In: *Neues Deutschland*, 30.11.1977, S. 7.

⁸⁹ Syrien bedauert Schritt des ägyptischen Staatschefs. Erklärung zur Reise nach Israel / Fahmy begründet Rücktritt. In: *Neues Deutschland*, 19./20.11.1977, S. 7.

Neue Deutschland nicht. Arafat selbst habe laut der *Neuen Zeit* die arabische Nation vor einer „gefährliche[n] Wendung im Kampf“ gewarnt und eine „sichere Gefahr“ erkannt, „denn der Besuch bringt nur dem Zionismus und Imperialismus Nutzen.“⁹⁰ Laut dem PLO-Vorsitzenden sei Sadats Israel-Reise eine „erneute Kapitulation vor den USA und Israel.“⁹¹

Deutlich verstärkt wurde der Imperialismus-Vorwurf im Zuge der Rahmenvereinbarung von 1978. Die ‚Front der Standhaftigkeit‘ sei laut ihrem Sprecher Khaddam zusammengekommen, um eine „Strategie [...] gegen die imperialistisch-zionistischen Pläne im Nahen Osten“⁹² zu erörtern. In Damaskus habe man sich deshalb verständigt, „praktische Schritte zur Abwehr der Machenschaften von Imperialismus, Zionismus und Reaktion zu ergreifen“⁹³, wozu auch „die rückhaltlose Unterstützung der PLO“⁹⁴ gehöre. Aus Sicht der Front widerspreche das Rahmenabkommen „den Interessen der arabischen Völker. Deshalb seien die Vereinbarungen von Camp David für die Araber null und nichtig.“⁹⁵ Auch Jordanien, das kein Mitglied der Front war, fühle sich an Camp David „weder moralisch noch legal gebunden.“⁹⁶

Besonders anhand der Analyse der in den DDR-Zeitungen dargestellten arabischen Reaktionen zeigt sich erneut, dass der Nahostkonflikt, und damit auch der Friedensprozess, vorrangig als Frage des Kampfes gegen den Imperialismus dargestellt wurde. Die Internationale Konföderation Arabischer Gewerkschaften habe laut dem *Neuen Deutschland* und der *Neuen Zeit* gewarnt, Camp David werde den „imperialistisch-zionistischen Einfluß im Nahen Osten aufrechterhalten und die Herrschaft der imperialistischen Monopole über die Naturreichtümer der arabischen Staaten sichern.“⁹⁷ Der jordanische Gewerkschaftsverband habe die Rahmenvereinbarung als „neues Glied in der Kette imperialistisch-zionistischer Verschwörungen“⁹⁸ bezeichnet. Ebenso habe der jemenitische Premierminister Ali Nasser Mohammed die Abmachungen eine „neue Variante der imperialistischen und zionistischen Angriffe auf die Interessen der arabischen Völker“⁹⁹ genannt.

Vor einer Stärkung des „Zionismus als eine[r] Bastion der Interessen des Imperialismus“¹⁰⁰ durch das Rahmenabkommen habe auch die Föderation Arabischer Journalisten gewarnt. Die israelische Weigerung gegen einen vollständigen Rückzug aus den besetzten Gebieten und der Ausschluss der PLO von den Verhandlungen liege, so Radio Damaskus, „allein im Interesse der amerikanisch-israelischen Pläne“¹⁰¹. Die KP Syrien sah in Camp David einen „Schlag gegen die Zusammenarbeit und Freundschaft vieler Länder sowie progressiver und

⁹⁰Gefährlicher Alleingang: Besuch Sadats in Israel stark kritisiert. In: *Neue Zeit*, 21.11.1977, S. 1.

⁹¹ Nachdrücklicher Protest der meisten arabischen Länder. Reise als Konzession an Zionismus und Imperialismus angeprangert. In: *Neues Deutschland*, 21.11.1977, S. 5.

⁹² Assad verurteilt die separate Abmachung von Camp David. Syriens Präsident sprach auch Gipfeltreffen der Standhaftigkeitsfront. In: *Neues Deutschland*, 22.09.1978, S. 7; Front gegen zionistische Pläne. 3. Gipfelkonferenz der Staaten der Standhaftigkeit. In: *Neue Zeit*, 22.09.1977, S. 5.

⁹³ Assad verurteilt die separate Abmachung von Camp David. Syriens Präsident sprach auch Gipfeltreffen der Standhaftigkeitsfront. In: *Neues Deutschland*, 22.9.1978, S. 7.

⁹⁴ Verurteilung des Separatkomplotts. Gipfelkonferenz in Damaskus erfolgreich beendet. In: *Junge Welt*, 25.09.1978, S. 2; Komplott von Camp David scharf verurteilt. 3. Gipfelkonferenz der arabischen Front der Standhaftigkeit beendet. In: *Neue Zeit*, 25.09.1978, S. 1.

⁹⁵ USA für gefährliche Folgen verantwortlich. Gipfelkonferenz von Damaskus beschloß einheitliche Strategie. In: *Neues Deutschland*, 25.9.1978, S. 6.

⁹⁶ Jordanien durch „Ergebnisse der Dreiergespräche nicht gebunden“. In: *Neues Deutschland*, 21.09.1978, S. 7; Rechte arabischer Völker verletzt. Scharfe Ablehnung des Komplotts von Camp David. In: *Neue Zeit*, 21.09.1978, S. 2.

⁹⁷ ICATU: Imperialismus will seinen Einfluß aufrechterhalten. In: *Neues Deutschland*, 20.09.1978, S. 7; Verrat am Volk Palästinas. Nahost-„Regelung“ von Camp David – zum Scheitern verurteilt. In: *Der Morgen*, 20.09.1978, S. 2.

⁹⁸ ICATU: Imperialismus will seinen Einfluß aufrechterhalten. In: *Neues Deutschland*, 20.09.1978, S. 7.

⁹⁹ VDR Jemen: Einheit aller Patrioten erforderlich. In: *Neues Deutschland*, 21.09.1978, S. 7.

¹⁰⁰ Massenproteste in Irak gegen Komplott Israel-Ägypten-USA. In: *Neues Deutschland*, 26.09.1978, S. 7.

¹⁰¹ Verrat am Volk Palästinas. Nahost-„Regelung“ von Camp David – zum Scheitern verurteilt. In: *Der Morgen*, 20.09.1978, S. 2.

nationaler Bewegungen [...] mit der Sowjetunion.“¹⁰² Auch die KP Israel habe diese Kritik geteilt: Camp David hätte ihrer Meinung nach zur „Festigung der Positionen des amerikanischen Imperialismus und des Zionismus und der arabischen Reaktion“¹⁰³ beigetragen.

Im Falle der DDR nahm zu diesem Zeitpunkt vorrangig das Solidaritätskomitee den Vorwurf eines imperialistischen Komplotts auf. Demnach gehöre die Solidarität der DDR insbesondere der PLO, „gegen dessen gerechte nationale Bestrebungen sich das imperialistisch-zionistische Komplott in erste Linie richtet.“¹⁰⁴ Ebenso sei in der Erklärung des Solidaritätskomitees die Rede von einer „imperialistischen Verschwörung“ gewesen. *Der Morgen* erwähnte als konkreten Beweis dafür das Einverständnis Ägyptens und Israels für die Installierung von zwei amerikanischen Luftstützpunkten in der Wüste Negev im Süden Israels. „Von diesen Stützpunkten aus gedenken die USA den gesamten Nahost-Raum militärisch beherrschen zu können“¹⁰⁵, urteilte die LDPD-Zeitung. Die offizielle Haltung der Sowjetunion wurde anhand von Auszügen aus zwei *Pravda*-Artikeln im *Neuen Deutschland* und in der *Jungen Welt* dargestellt. So hätte das Zentralorgan der KPdSU Camp David als ein „Komplott hinter dem Rücken der arabischen Völker, das in erster Linie den Interessen Israels, des amerikanischen Imperialismus und der arabischen Reaktion entspricht“¹⁰⁶ und das „imperialistische[s] Herangehen an die Lösung des Nahost-Konflikts“¹⁰⁷ kritisiert. Breshnew habe angemerkt, dass mit Hilfe Camp Davids „jedem arabischen Land einzeln dem Aggressor genehme Bedingungen für eine Regelung aufzuzwingen“¹⁰⁸ versucht würden.

Im Zuge der Rahmenvereinbarung wurde auch die angebliche amerikanische Motivation hinter dem Abkommen thematisiert. Es habe sich, so die Haltung Syriens, um das Schmieden eines pro-imperialistischen Bundes im Nahen Osten zwischen Israel und Ägypten gehandelt. Zwar könne noch niemand sagen, „welches Ausmaß seine [Sadats] Zusammenarbeit mit seinem ‚Freund‘ Begin annehmen wird“¹⁰⁹, fest stehe aber, nach Ansicht der dortigen KP, dass der Imperialismus mit den „Separatvereinbarungen“ beabsichtige, „im Nahen Osten eine unheilige Allianz zu schmieden.“¹¹⁰ Diese Allianz sollte in den Mittelpunkt der Berichterstattung rücken, als der endgültige Friedensvertrag unterzeichnet wurde. Die *Pravda* habe entsprechend die Meinung vertreten, dass die Hauptmotivation hinter dem Friedensschluss darin bestehe, eine „allumfassende Nahost-Regelung durch die Schaffung einer militärpolitischen Allianz Israels und der ARÄ“¹¹¹ zu ersetzen. Die Aufgabe der „mit amerikanischen Waffen ausgerüstete“ Allianz sei die „Wahrung der amerikanischen Interessen und die Erfüllung der Funktionen eines Gendarms“. In einem Punkt hätten Israel und Ägypten „beneidenswerte Standhaftigkeit“ bewiesen, nämlich darin, „sich ihre ‚Zugeständnisse‘ bezahlen zu lassen.“ Grundsätzlich

¹⁰² Syrische KP: Imperialismus will Befreiungskräfte isolieren. In: *Neues Deutschland*, 26.09.1978, S. 7.

¹⁰³ KP Israels: Kein Rahmen für den Frieden in der Region. In: *Neues Deutschland*, 26.09.1978, S. 7.

¹⁰⁴ Imperialistisches Komplott gegen die arabischen Völker. Erklärung des Solidaritätskomitees der DDR. In: *Neues Deutschland*, 29.09.1978, S. 6.

¹⁰⁵ Illusionen in Camp David. Weltpolitische Umschau. In: *Der Morgen*, 23./24.09.1978, S. 2.

¹⁰⁶ „Pravda“: Komplott gegen die Völker im Nahen Osten. Vereinbarung Israel-Ägypten-USA dient Interessen der Reaktion. In: *Neues Deutschland*, 22.09.1978, S. 7; Okkupation soll verewigt werden. Proteste gegen Komplott von Camp David halten an. In: *Junge Welt*, 22.09.1978, S. 15.

¹⁰⁷ „Pravda“: Lösung in Nahost erfordert den Rückzug Israels. In: *Neues Deutschland*, 25.09.1978, S. 6.

¹⁰⁸ Der einzige Weg für Nahost. Aus der Rede von Leonid Breshnew auf dem Festakt in Baku. In: *Der Morgen*, 25.09.1978, S. 2.

¹⁰⁹ Assad verurteilt die separate Abmachung von Camp David. Syriens Präsident sprach auch Gipfeltreffen der Standhaftigkeitsfront. In: *Neues Deutschland*, 22.09.1978, S. 7.

¹¹⁰ Syrische KP: Imperialismus will Befreiungskräfte isolieren. In: *Neues Deutschland*, 26.09.1978, S. 7.

¹¹¹ Dieses und die folgenden Zitate: „Historischer Kompromiß“ gegen Rechte der Völker in Nahost. Moskauer „Pravda“ zu den Separatabmachungen. In: *Neue Zeit*, 20.3.1979, S. 2; „Pravda“: Separatabmachungen erfüllen keine der berechtigten und dringenden Forderungen. In: *Junge Welt*, 20.3.1979, S. 4.

basiere der Vertrag „auf der vollen Kapitulation Sadats und auf der Annahme der von Israel und den USA diktierten Bedingungen“.

Die *Junge Welt*, *Der Morgen* und die *Neue Zeit* übersetzten einen weiteren *Pravda*-Artikel, in dem es angeblich geheißen hatte, dass es dem Pentagon in Wirklichkeit darum gehe, „ein ägyptisch-israelisches Bündnis zu zimmern, um in diesem strategisch wichtigen und an Erdöl reichem Gebiet Gendarmenfunktion auszuüben.“¹¹² Als einzige Zeitung übersetzte *Der Morgen* auch einen Abschnitt des Artikels, der eine Begründung für das amerikanische Streben nach einer neuen Allianz im Nahen Osten geliefert hatte. So sei die „Festigung der Positionen des USA-Imperialismus, die durch die iranische Revolution geschwächt wurden“¹¹³, das Ziel. In der *Jungen Welt* konnte man zusätzlich den Teil des *Pravda*-Artikels lesen, in dem vom „verräterische[n] Kurs Präsident Sadats“ und der „Unterwerfung unter das amerikanisch-israelische Diktat“ die Rede gewesen war.¹¹⁴ Den arabischen Stimmen wurde erneut breiter Raum eingeräumt. Die KP Marokkos habe erklärt, dass der

Pakt Kairo-Tel Aviv lediglich den Interessen des Imperialismus diene, der seine uneingeschränkte Herrschaft über die Naturreichtümer der arabischen Region herstellen und seine militärstrategischen Positionen im Nahen Osten festigen wolle.¹¹⁵

Die Bruderpartei aus dem Libanon rief auf zu verstärken „Aktionen gegen die Interessen des USA-Imperialismus“ und gegen die „offene Allianz zwischen Israel, Ägypten und den USA“¹¹⁶. Als weitere arabische Stimmen wurde noch aus Algerien berichtet. Die Zeitung *El Mondjabid* hätte Ägypten als einen „Verbündeten des Zionismus gegen den übrigen Teil der arabischen Welt“¹¹⁷ identifiziert und Außenminister Benyahia hätte die Unterzeichnung als „schwarze Seite der arabischen Welt“¹¹⁸ bezeichnet. Auch Arafat habe seine Forderungen nach wirtschaftlichen Sanktionen gegen die USA „als den Architekten des Abkommens“ damit begründet, dass das Abkommen einen „schwarzen Tag für die Araber“¹¹⁹ darstelle.

Assad und König Hussein von Jordanien seien sich bei Beratungen darüber einig geworden,

daß der Separathandel zur Schaffung eines neuen aggressiven Blocks führe, dessen Ziel der Schutz der Interessen der USA und die Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegungen im Nahen Osten und in Afrika sei.¹²⁰

Die syrische Regierungszeitung *Al Thaura* habe den Friedensschluss ebenfalls als ersten „Schritt zur Schaffung eines neuen militärischen Bündnisses“¹²¹ analysiert. Dieses Bündnis habe die Aufgabe, „alle zu erwartenden revolutionären Veränderungen in diesem Gebiet aufzuhalten und die USA-Interessen zu schützen.“¹²²

¹¹² Aktionen gegen Separathandel. Konferenz arabischer Minister in Bagdad fortgesetzt / Weitere Proteste gegen Abkommen Ägypten-Israel. In: *Junge Welt*, 29.03.1979, S. 2; „Pravda“: Frieden für Nahost in weiter Ferne. In: *Neue Zeit*, 29.03.1979, S. 2; „Pravda“: Frieden in größere Ferne gerückt. In: *Der Morgen*, 29.03.1979, S. 2.

¹¹³ „Pravda“: Frieden in größere Ferne gerückt. In: *Der Morgen*, 29.03.1979, S. 2.

¹¹⁴ Aktionen gegen Separathandel. Konferenz arabischer Minister in Bagdad fortgesetzt / Weitere Proteste gegen Abkommen Ägypten-Israel. In: *Junge Welt*, 29.3.1979, S. 2.

¹¹⁵ Kommunisten Marokkos: USA wollen ihre Positionen festigen. In: *Neues Deutschland*, 29.03.1979, S. 7.

¹¹⁶ Ohne Überschrift. In: *Neues Deutschland*, 29.03.1979, S. 1.

¹¹⁷ Arabische Welt protestiert. Öffentlichkeit weist ägyptisch-israelischen Separathandel zurück. In: *Der Morgen*, 27.03.1979, S. 2.

¹¹⁸ Algeriens Außenminister kritisiert Abmachungen. S. 7; *Der Morgen*, 28.3.1979: Araber erörtern Schritte. Konferenz der Außenminister in Bagdad eröffnet. In: *Neues Deutschland*, 28.03.1979, S. 1.

¹¹⁹ Beratungen über Abwehr der Folgen des Separathandels. Außenminister erörtern Verwirklichung der Beschlüsse von Bagdad. In: *Neues Deutschland*, 28.3.1979, S. 7; Stimmen zum Separatvertrag. Botschaften an Dr. Weilheim / Stellungnahmen in Bagdad. In: *Der Morgen*, 29.03.1979, S. 2.

¹²⁰ Abkommen widerspricht den Interessen der Araber. Vereinbarungen zwischen Israel und Ägypten werden scharf verurteilt. In: *Neues Deutschland*, 28.03.1979, S. 7.

¹²¹ Achse Tel Aviv-Kairo ist ein Schritt zu neuem Kriegspakt. In: *Neues Deutschland*, 21.3.1979, S. 6.

¹²² Ebd.

Mit Abschluss des Staatsbesuches des sowjetischen Außenministers Gromyko in Syrien Ende März 1979 hätten beide Länder eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der darauf verwiesen wurde, „daß unter dem Deckmantel des israelisch-ägyptischen Vertrages die imperialistischen Kräfte versuchen, ihre militärische Präsenz im Nahen Osten zu verstärken.“¹²³ Ebenso sah es die *Junge Welt*, die auf ihrer Seite „Frage und Antwort“ feststellte, dass es bei diesen Abmachungen um „handfeste militärische und ökonomische Interessen ging“ und sich die USA „günstige Möglichkeiten [schaffen], ihre militärische Präsenz in diesem Teil der Welt auszubauen.“¹²⁴

In einem noch vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages erschienenen Kommentar in der *Neuen Zeit* wurde anhand von Aussagen der amerikanischen Energie- und Verteidigungsminister verdeutlicht, dass es nicht nur um Öl, sondern auch „um militärstrategische Interessen der USA“¹²⁵ gehe. Der Umsturz in Teheran habe in Washington die Absicht geweckt, „zu retten, was zu retten ist“. Dafür würden die USA nun „verstärkte militärische Hilfe an jene Regimes, die ihnen als Verfechter ihrer Politik [...] gelten“, fließen lassen. Israel und Ägypten würden so „Rund vier bis fünf Milliarden Dollar [...] an zusätzlichen Waffenlieferungen“ erhalten, „eine Summe, die bis 1980 auf 60 Prozent der USA-Militärhilfe ansteigen soll“. Ebenfalls stellte die *Neue Zeit* wenige Tage nach der Unterzeichnung fest, das Ziel des Friedensschlusses sei die „Verwirklichung der Pläne des Imperialismus [...], den Völkern des Nahen Ostens ein imperialistisches Diktat aufzuzwingen.“¹²⁶ Genau dieselbe Formulierung nutzte der stellvertretende Cheferdakteur vom *Neuen Deutschland*, Werner Micke¹²⁷, in einem Kommentar bereits einen Tag zuvor.¹²⁸ Darüber hinaus nahmen beide Artikel eine auffällig ähnliche Argumentationslinie an. In beiden Artikeln war die geplante Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Ägypten noch vor Rückzug Israels aus dem Sinai ein Beweis für „ein Diktat mit eindeutig imperialistischen Zielen“¹²⁹. Und beide Autoren nannten den Sturz des Schah im Iran die Hauptmotivation der USA, ihre „geschwächte militärische Präsenz auf[zup]olieren“.¹³⁰

Am Tag der Ratifizierung durch die Knesseth habe die KP Israel, wie das *Neue Deutschland* und *Der Morgen* berichteten, in einer weiteren Erklärung betont, die „Vereinbarungen dienen einzig und allein der Verwirklichung der strategischen Interessen des USA-Imperialismus in der Region und der Realisierung der expansionistischen Pläne der israelischen Machthaber.“¹³¹ Mit der Anspielung auf expansionistische Pläne Israels war ein letztes Hauptargument der Kritik gegen den gesamten Prozess der Annäherung angesprochen worden: die vermeintliche Verstetigung der israelischen Okkupation arabischer Gebiete.

¹²³ UdSSR und SAR wiesen Separathandel zurück. Gemeinsame Mitteilung zum Abschluß des Besuchs Andrej Gromykos. In: *Neues Deutschland*, 27.03.1979, S. 7.

¹²⁴ Wem dienen die Nahost-Separatabmachungen? *Junge Welt* Antwortseite. In: *Junge Welt*, 29.03.1979, S. 5.

¹²⁵ Dieses und die folgenden Zitate: hw. Verhängnisvolle Vormundschaftspolitik. *Neue Zeit* kommentiert. In: *Neue Zeit*, 21.03.1979, S. 2.

¹²⁶ Erb.: Kein Vertrag, der Frieden bringt. *Neue Zeit* kommentiert. In: *Neue Zeit*, 30.3.1979, S. 2.

¹²⁷ Zur Karriere und Haltung Mickes in Bezug auf seine journalistische Tätigkeit siehe Werner Micke: Ich hatte ein ungeheures Privileg. In: Michael Meyen / Anke Fiedler (Hrsg.): *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR*. Berlin: Panama 2010, S. 127–138.

¹²⁸ W.M.: Komplott gegen die arabischen Völker und den Frieden der Welt. In: *Neues Deutschland*, 29.03.1979, S. 2.

¹²⁹ Erb.: Kein Vertrag, der Frieden bringt. *Neue Zeit* kommentiert. In: *Neue Zeit*, 30.3.1979, S. 2; W.M.: Komplott gegen die arabischen Völker und den Frieden der Welt. In: *Neues Deutschland*, 29.03.1979, S. 2.

¹³⁰ Erb.: Kein Vertrag, der Frieden bringt. *Neue Zeit* kommentiert. In: *Neue Zeit*, 30.03.1979, S. 2.

¹³¹ Ohne Überschrift. In: *Neues Deutschland*, 23.03.1979, S. 1; *Der Morgen*, 23.03.1979: Durch Knesseth bestätigt. Separatvereinbarung soll am Montag unterzeichnet werden. In: *Der Morgen*, 23.03.1979, S. 2.

5.7. Der Vorwurf der ‚Verewigung‘ der Okkupation

Der direkt an Israel gerichtete Hauptvorwurf war der angebliche Plan einer Verewigung der Okkupation. Dass der Prozess von Camp David kein Schritt Richtung Frieden sein konnte, ließe sich nämlich vorrangig daran erkennen, dass mit den Vereinbarungen zwischen Israel und Ägypten die arabischen Gebiete unter israelischer Kontrolle genau diesen Status behalten würden, mit Ausnahme des Sinai, den Israel in Folge des Friedensvertrag an Ägypten wieder abtreten musste.

Dieser Kritikpunkt fand anlässlich Sadats Aufenthalts in Israel zunächst nur wenig Erwähnung in den DDR-Zeitungen. Wie die *Junge Welt* berichtete, habe die Vereinigte Nationale Progressive Partei Ägyptens erklärt, dass Sadats Besuch „im von Israel besetzten Jerusalem dem Aggressor Legalität geben“¹³² werde und „faktisch die Okkupation“¹³³ sanktioniere. Wie die *Neue Zeit* und *Der Morgen* berichteten, habe Syrien durch seinen UN-Vertreter, Mowatfak Allaf, bei der 32. Vollversammlung verlauten lassen, dass der Staatsbesuch die „de-facto-Anerkennung der Okkupation Jerusalems und eine Kapitulation vor den israelischen Forderungen nach direkten Verhandlungen unter den Bedingungen der Fortdauer der Okkupation“¹³⁴ sei.

Nur zwei Tage nach Unterzeichnung der Rahmenvereinbarungen vom September 1978 brachte *Der Morgen* eine umfangreiche Reportage des ADN-Korrespondenten Wilfried Hoffman mit dem Titel „Golan – elf Jahre unter dem Stiefel“¹³⁵. Darin wurde die angebliche Grausamkeit der israelischen Besatzungspolitik aufgezeigt. Israels „Maxime“ sei, dass „[n]ie mehr [...] ein Syrer die Golan-Höhen betreten“ solle. Viele Dörfer im Golan seien seit der

Aggression von 1967 [...] in Schutt und Asche gelegt. Ihre Einwohner, gewaltsam vertrieben, sind jetzt Flüchtlinge in syrischen Städten. Jene Araber, die ihre Heimat nicht verlassen haben, leben unter den ständigen Repressalien der Besatzungsbehörden. Der Golan ist nahezu völlig von seiner bodenständigen Bevölkerung entblößt.

Durch die Nennung der angeblichen genauen Anzahl von bereits errichteten und geplanten israelischen Siedlungen, der Nennung von Flächen, die angeblich bisher von Israels enteignet worden seien und der Entwicklung von Rinderzucht, der Ausbeutung von Kalkstein-Lagerstätten und der Errichtung eines „Wintersportkurort“ auf dem Hermon-Gebirge, schließt die Reportage mit dem Fazit, dass Israel „rücksichtslos [...] bei der Einverleibung des Golan nach einem 20-Jahres-Plan“ vorgehe. Hoffmanns Beitrag wird von zwei Bildern umrahmt. Auf einem sind Flüchtlinge zu sehen, dessen Unterschrift die palästinensischen Flüchtlingslager als „Quartiere des Massenelends“ bezeichnet. Auf dem zweiten Bild ist israelisches Sicherheitspersonal mit Schlagstöcken zu sehen. Die Unterschrift hier suggeriert, dass diese Personen sich gerade darauf vorbereiten, „gegen arabische Bürger vorzugehen.“

Hoffmanns Artikel läutete gleichzeitig die Phase ein, in der das Argument der Verstetigung der Okkupation sein Höhepunkt finden sollte. Mehr als an jedem anderen Punkt auf dem Weg zum Friedensschluss von Camp David wurde nun auch ein Argument mit den Worten führender israelischer Politiker untermauert, vornehmlich mit Aussagen des israelischen Premiers. So habe Begin wenige Tage nach der Unterzeichnung vor Abgeordneten des US-Repräsentantenhauses davor gewarnt, Camp David „dahingehend auszulegen, daß Israel sich zur Wiederherstellung der arabischen Souveränität über die im Blitzkrieg des Jahres 1967 eroberten Gebiete

¹³² Rücktritte in ägyptischer Regierung. Syriens Präsident über Gespräche in Damaskus. In: *Junge Welt*, 18.11.1977, S. 15.

¹³³ Nachdrücklicher Protest der meisten arabischen Länder. Reise als Konzession an Zionismus und Imperialismus angeprangert. In: *Neues Deutschland*, 21.11.1977, S. 5; Gefährlicher Alleingang: Besuch Sadats in Israel stark kritisiert. In: *Neue Zeit*, 21.11.1977, S. 1.

¹³⁴ UNO fordert Abzug Israels. Erste Voraussetzung für den Frieden in Nahost. In: *Neue Zeit*, 24.11.1977, S. 2; Syrien fordert Rückzug Israels. In: *Der Morgen*, 24.11.1977, S. 2.

¹³⁵ Wilfried Hoffmann: Golan – elf Jahre unter dem Stiefel. Tel Aviv einverleibt sich die besetzten Gebiete nach Plan. In: *Der Morgen*, 19.09.1978, S. 5. Die folgenden Zitate entstammen diesem Artikel.

verpflichtet habe.¹³⁶ Die Unterzeichnung „bedeute nicht die Aufgabe des israelischen Anspruchs auf die besetzten Gebiete.“¹³⁷

Einen Tag später berichteten das *Neue Deutschland* und die *Neue Zeit* ebenfalls über eine Ansprache Begin vor Mitgliedern zionistischer Organisationen in den USA. Dabei habe der israelische Premierminister „die unveränderte Okkupationspolitik“¹³⁸ bekräftigt: Es werde „niemals eine arabische Flagge“¹³⁹ über Jerusalem wehen. Vor der Abstimmung über die Vereinbarungen mit Ägypten in der Knesseth habe Begin nochmals klargestellt, dass Israel „keineswegs auf sein Siedlungsprogramm [...] verzichtet.“¹⁴⁰ Israels Innenminister Josef Burg habe schließlich gemeint, dass Israel mit dem vereinbarten Rückzug aus dem Sinai „an der Grenze seiner Konzessionsmöglichkeiten angelangt“¹⁴¹ sei. Vor der Abstimmung in der Knesseth habe auch Vilner im Namen der KP betont, dass Camp David ausdrücklich die „Billigung einer israelischen militärischen Präsenz“¹⁴² in der Westbank erbracht habe.

Besonders die PLO und Syrien hätten den Punkt der Verewigung der Besatzung aufgegriffen, da beide ja direkt davon betroffen waren. Die PLO meinte, mit dem Abkommen solle „die zionistische Okkupation des palästinensischen Heimatlandes und der Golan-Höhen verewigt und Jerusalem verkauft werden.“¹⁴³ Aus Assads Sicht wolle „[d]er Feind [...] daß wir mit unserer Unterschrift anerkennen, daß das Westufer des Jordan, daß Gaza und der Golan Teile Israels sind und Jerusalem seine Hauptstadt. Aber das wird nicht geschehen.“¹⁴⁴ Das Solidaritätskomitee der DDR habe kritisiert, dass die vom „Imperialismus initiierte politische Entwicklung auf die Verewigung der Ergebnisse der israelischen Aggression von 1967 abzielt“¹⁴⁵.

Nach dem Abschluss des Friedensvertrages im März 1979 habe sich der israelische Außenminister Moshe Dayan im US-Fernsehen zum Inhalt der Abmachung geäußert und erklärt, dass in dem Vertrag ein palästinensischer Staat „indirekt“¹⁴⁶ ausgeschlossen werde. Ebenfalls im US-Fernsehen habe Begin gesagt, Israel besitze ein „klares Recht“, den Siedlungsbau in den okkupierten Gebieten fortzusetzen.¹⁴⁷ Schon die von Begin gestellten Bedingungen hätten deutlich gezeigt, „[w]ie wenig dieser Vertrag mit Frieden zu tun hat“¹⁴⁸. Immerhin habe er sich nur auf eine Einigung mit Ägypten eingelassen, da Israel dafür „mit Milliardensummen und neuen Waffenlieferungen aus den USA honoriert“¹⁴⁹ worden sei.

¹³⁶ Anspruch auf besetzte Gebiete wird nicht aufgegeben. In: *Neue Zeit*, 21.09.1978, S. 7; Begin: Weiter Anspruch auf besetzte Gebiete. In: *Neues Deutschland*, 21.09.1978, S. 2.

¹³⁷ Ebd.

¹³⁸ Begin bekräftigt die Politik der Okkupation. In: *Neues Deutschland*, 22.9.1978, S. 7; Begin: Niemals arabische Flagge über Jerusalem. In: *Neue Zeit*, 22.09.1978, S. 5.

¹³⁹ Ebd.

¹⁴⁰ Begin vor der Knesseth. Camp David ohne wirkliche Zugeständnisse Israels. In: *Der Morgen*, 27.09.1978, S. 2; Parlament Israels billigte Separatthandel. In: *Neues Deutschland*, 29.09.1978, S. 7.

¹⁴¹ Parlament Israels billigte Separatthandel. In: *Neues Deutschland*, 29.09.1978, S. 7.

¹⁴² Ebd.

¹⁴³ PLO-Appell zum Generalstreik. Protest gegen Separatvereinbarungen. In: *Neues Deutschland*, 20.09.1978, S. 1; Okkupation soll verewigt werden. Scharfe Kritik an den Ergebnissen von Camp David / Palästinensisches Volk zum Generalstreik aufgerufen. In: *Junge Welt*, 20.09.1978, S. 2; PLO ruft zum Generalstreik auf. Ergebnisse von Camp David zurückgewiesen. In: *Neue Zeit*, 20.09.1978, S. 2.

¹⁴⁴ Assad wies das Komplott von Camp David erneut zurück. Syrischer Präsident: Grundsätzliche Forderungen nicht erfüllt. In: *Neues Deutschland*, 29.09.1978, S. 7.

¹⁴⁵ Imperialistisches Komplott gegen die arabischen Völker. Erklärung des Solidaritätskomitees der DDR. In: *Neues Deutschland*, 29.09.1978, S. 6; Gegen die Verschwörung. DDR-Solidaritätserklärung für arabische Staaten. In: *Der Morgen*, 30.09./01.10.1978, S. 3.

¹⁴⁶ Ebd.

¹⁴⁷ Palästinensische Jugend protestierte in Jerusalem. Weitere Demonstrationen gegen Separatvereinbarung Ägypten-Israel / Vertreter Tel Avivs im USA-Fernsehen: Keine Bildung eines Palästina-Staates, keine Gespräche mit der PLO. In: *Der Morgen*, 27.03.1979, S. 6.

¹⁴⁸ Erb.: Kein Vertrag, der Frieden bringt. *Neue Zeit* kommentiert. In: *Neue Zeit*, 30.03.1979, S. 2.

¹⁴⁹ Ebd.

Israel werde mit „Milliardensummen und neuen Waffenlieferungen“ dafür belohnt, dass es sich „weigert [...], den fortgesetzten Landraub [...] einzustellen und seine völkerrechtswidrige Besiedlungspolitik auf dem geraubten Boden aufzugeben.“¹⁵⁰ Die Verewigung der israelischen Okkupation der arabischen Gebiete, einschließlich der Golan-Höhen und Ost-Jerusalems, läge völlig „im Interesse des amerikanischen Imperialismus, dessen Positionen im Nahen Osten durch den Sturz des Schah-Regimes in Iran [...] und den wachsenden Widerstand der arabischen Völker erschüttert worden sind.“¹⁵¹

In der *Jungen Welt* erschien Ende März 1979 ein umfangreicher Artikel von Martina Doering, der in keinerlei Weise die israelisch-ägyptische Vereinbarungen selbst, sondern ausschließlich die „Landraub- und Vertreibungspolitik“ Israels behandelte.¹⁵² Größenangaben über das von Israel besetzte Territorium würden nichts aussagen „über diejenigen, denen das Land gehört, die Palästinenser. Nichts darüber, wie viele Dörfer von Israel in Schutt und Asche gelegt wurden. Sie vermitteln kaum eine Vorstellung davon, was es heißt, in einem Flüchtlingslager oder unter israelischer Besatzung zu leben.“ Israel hätte sich schon des Öfteren wegen seinen „angewendeten Folterpraktiken, den Terror gegen die arabische Bevölkerung verantworten“ müssen. Israel sei ein Staat „der das Produkt einer Aggression war und Aggression zur Maxime seiner Politik macht.“ Das *Neue Deutschland* und *Der Morgen* berichteten über Proteste „progressiver israelischer Studenten“, die angeblich den Universitäten Jerusalem, Tel Aviv und Haifa angehörten. Ihre dringendste Forderung sei neben der Ablehnung des Abkommens mit Ägypten die Aufhebung der Ausgangssperre, die Israel über mehrere Orte der Westbank verhängt haben soll.¹⁵³ Es handelte sich hierbei um die einzige Darstellung zivilen Protests gegen den Friedensprozess innerhalb Israels.

Die Besatzungspraktiken Israels wurden Ende März 1979 vermehrt thematisiert, wobei Doerings Artikel den Höhepunkt darstellte. Zunächst berichteten das *Neue Deutschland* und die *Junge Welt* über eine angeblich durch Israel verhängte „Nachrichtensperre über alle okkupierten arabischen Gebiete, um zu verhindern, daß die Weltöffentlichkeit über die unvermindert andauernden Protestdemonstrationen der palästinensischen Bevölkerung erfährt.“¹⁵⁴

Das *Neue Deutschland* ging auf grundsätzliche strukturelle Charakteristika der Besatzung ein. So seien im Gaza-Streifen „Vorbereitungen für die Schaffung eines ‚Verwaltungsrates‘, in den israelische Einwohner der ‚Wehrdörfer‘ gewählt werden sollen“¹⁵⁵ begonnen worden. Mit Hilfe von vier solcher Verwaltungsräte wolle die „Begin-Regierung ihr Okkupationsregime weiter festigen.“¹⁵⁶ In der Westbank würden „paramilitärische Verbände“ aufgebaut, deren Mitglieder zumeist „zionistischen Extremistenorganisationen“ entstammen würden und die „in erster Linie zur Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung eingesetzt werden.“¹⁵⁷

¹⁵⁰ Ebd.; W.M.: Komplott gegen die arabischen Völker und den Frieden der Welt. In: *Neues Deutschland*, 29.03.1979, S. 2.

¹⁵¹ W.M.: Komplott gegen die arabischen Völker und den Frieden der Welt. In: *Neues Deutschland*, 29.03.1979, S. 2.

¹⁵² Dieses und die folgenden Zitate: Doering, Martina: Vertriebene im eigenen Land. „Der Tag des Bodens“ – Kampf- und Trauertag der arabischen Bevölkerung Israels und der besetzten arabischen Gebiete. In: *Junge Welt*, 30.03.1979, S. 4.

¹⁵³ Ohne Überschrift. In: *Neues Deutschland*, 26.03.1979, S. 5; Palästinensische Jugend protestiert in Jerusalem. Weitere Demonstrationen gegen Separatvereinbarung Ägypten-Israel / Vertreter Tel Avivs im USA-Fernsehen: Keine Bildung eines Palästina-Staates, keine Gespräche mit der PLO. In: *Der Morgen*, 27.03.1979, S. 6.

¹⁵⁴ Okkupanten mordeten eine Palästinenserin. In: *Neues Deutschland*, 29.03.1979, S. 7; Aktionen gegen Separathandel. Konferenz arabischer Minister in Bagdad fortgesetzt / Weitere Proteste gegen Abkommen Ägypten-Israel. In: *Junge Welt*, 29.03.1979, S. 2.

¹⁵⁵ Protest gegen Besatzer im Westjordangebiet. In: *Neues Deutschland*, 29.03.1979, S. 7.

¹⁵⁶ Ebd.

¹⁵⁷ Israel baut in Südlibanon Aufmarschpositionen aus. Haddad-Milizen nahmen mehrfach UNO-Einheiten unter Beschuss. In: *Neues Deutschland*, 31.03./01.04.1979, S. 7.

Mit Billigung der israelischen Regierung würden diese Verbände mit „modernen automatischen Handfeuerwaffen ausgerüstet.“¹⁵⁸

Bis auf das *Neue Deutschland* analysierten alle anderen Zeitungen den Friedensvertrag dahingehend, dass, anstatt dem Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser gerecht zu werden, „die israelische Herrschaft über palästinensische Gebiete unter dem Deckmantel einer sogenannten Selbstverwaltung“¹⁵⁹ verewigt werde. Die PLO würde dies genauso sehen. In einer Erklärung hätten palästinensische Massenorganisationen verlauten lassen, dass der Frieden einen „Ausverkauf der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes, eine Bekräftigung der israelischen Okkupation“¹⁶⁰ bedeute. Arafat habe einen „Verrat an den Idealen des nationalen Befreiungskampfes der arabischen Völker“¹⁶¹ angeprangert. Dem palästinensischen Volk sei „endgültig seine legitimen Rechte abgesprochen“¹⁶² worden.

5.8. Das Israelbild im Angesicht von Camp David

In Anbetracht der Friedensformel der sozialistischen Staaten konnte selbst die Annäherung Israels mit Ägypten nur negative Berichterstattung nach sich ziehen. Über alle Phasen des Friedensprozesses war das Hauptargument in den DDR-Zeitungen, dass eine Separatvereinbarung einem wahren Frieden im Nahen Osten im Wege stehe. Aus Sicht der DDR, die der PLO bescheinigte, sich zu einem gleichberechtigten Partner in allen Belangen des Nahen Ostens entwickelt zu haben, konnte eine Lösung ohne Berücksichtigung der Palästinensischen Befreiungsbewegung keine positive Entwicklung sein. Während der Vorwurf zunächst vornehmlich mit Hilfe arabischer Stimmen geäußert wurde, und hier besonders in Form der Front der Standhaftigkeit, nahm die Haltung der DDR und der UdSSR mit Unterzeichnung des Rahmenabkommens im September 1978 mehr Raum ein. Weitere kritische Stimmen zur Annäherung zwischen Israel und Ägypten lieferten das Solidaritätskomitee und das Zentralorgan der KPdSU, *Pravda*, aus dem vermehrt bei Abschluss des Friedensabkommens auszugsweise übersetzt wurde.

Die ägyptisch-israelische Verständigung wurde zunehmend aus Sicht des Antiimperialismus gedeutet. Demnach sei die Separatvereinbarung von Anbeginn vor allem durch die USA forciert worden, die sich davon eine den Erhalt der US-amerikanischen Position im Nahen Osten sicherstellende israelisch-ägyptische Allianz erhoffte. Ein weiteres Ziel sei, der arabischen Solidarität und der Freundschaft arabischer Staaten mit der Sowjetunion und der sozialistischen Welt einen Schlag zu versetzen sowie die progressiven Kräfte innerhalb der arabischen Nationalbewegungen zu zerschlagen und reaktionäre Kräfte im arabischen Raum, besonders auch innerhalb der PLO, zu stärken. Die neue Taktik der USA, einen Separatfrieden zwischen Israel und Ägypten unter hohem Druck zu erzwingen, sei vor allem umgesetzt worden, um den Verlust des amerikanischen Einflusses im Zuge der islamischen Revolution im Iran auszugleichen.

Mindestens so deutlich wie Israels Rolle in diesem Zusammenhang thematisiert wurde, kam es zu heftigen Vorwürfen gegenüber Ägyptens Präsident Sadat. Er habe die Interessen aller arabischen Völker an die USA

¹⁵⁸ Ebd.

¹⁵⁹ Separatvertrag bringt Gefahr. Israelisch-ägyptische Vereinbarung unterzeichnet / UdSSR und Syrien verurteilen Separatabkommen / Breiter Protest. In: *Junge Welt*, 27.03.1979, S. 2; Separatvereinbarungen bringen keinen Frieden in Nahost. Scharfe Proteste gegen Abkommen Kairo – Tel Aviv. In: *Neue Zeit*, 28.03.1979, S. 1; Washingtoner Separatabkommen. Sadat, Begin und Carter unterzeichneten / PLO: Verrat am Befreiungskampf. In: *Der Morgen*, 28.03.1979, S. 2.

¹⁶⁰ Separathandel – Verrat am Kampf der Araber. Unverminderte Protestflut gegen ägyptisch-israelische Abmachungen. In: *Neues Deutschland*, 30.3.1979, S. 7;

¹⁶¹ Ohne Überschrift. In: *Neues Deutschland*, 27.3.1979, S. 1; Internationale Juristenvereinigung verurteilt Separatabkommen. Bürotagung in Bagdad – Delegation der DDR unter der Leitung von Dr. Heinrich Toeplitz. In: *Neue Zeit*, 27.03.1979, S. 1; Washingtoner Separatabkommen. Sadat, Begin und Carter unterzeichneten / PLO: Verrat am Befreiungskampf. In: *Der Morgen*, 28.03.1979, S. 2.

¹⁶² Ohne Überschrift. In: *Neues Deutschland*, 27.03.1979, S. 1.

verkauft, um im Gegenzug Waffen und wirtschaftliche Hilfe zu erhalten. Ohne jegliche Legitimation habe Sadat sich das Recht rausgenommen, über das Schicksal der Palästinenser zu entscheiden. Gemeinsam mit reaktionären Kräften in seinem Land habe er auf Kosten der Palästinenser von den Problemen im eigenen Land ablenken wollen. Im Tenor waren sich die Zeitungen darüber einig, dass Ägypten sich durch das Separatabkommen dem Diktat des Imperialismus und israelischen Vorstellungen unterworfen habe. Der imperialistischen Verschwörung im Nahen Osten habe sich nun mit Ägypten ein neuer zentraler Verbündeter angeschlossen.

Der Hauptkritikpunkt gegen Israel war letztlich der Vorwurf, im Schatten eines vermeintlichen Friedensvertrages weitere Aggressionen gegen Syrien und die PLO vorzubereiten und die Okkupation der arabischen Gebiete, vor allem des Golan und Ost-Jerusalems, aber auch der Westbank sowie des Gaza-Streifens zu verewigen. Während bei Sadats Besuch in Jerusalem dieser Vorwurf nur implizit geäußert worden war, nämlich dahingehend, dass Sadat den israelischen Ansprüchen auf die gesamte Stadt Legitimität verleihe, wurde der Vorwurf der Verewigung der Okkupation spätestens mit der Unterzeichnung des Rahmenabkommen vom September 1978 immer expliziter. Eingeläutet hatte dies Hoffmanns Reportage „Golan – elf Jahre unter dem Stiefel“¹⁶³. Zunehmend wurde in diesem Zusammenhang die vermeintliche Brutalität israelischer Besatzung thematisiert. Den Höhepunkt der Anklagen gegen Israels Okkupation markierte Martina Doering in der *Jungen Welt* Ende März 1979: Der Staat Israel sei das Ergebnis einer Aggression – Gewalt und Expansion seien von Anbeginn an seine Maxime gewesen. So sei es im Verlauf des Friedensprozesses von Camp David stets israelisches Kalkül gewesen, neben dem Erhalt von den durch die USA zugesagten Zuwendungen, die Einverleibung der besetzten arabischen Gebiete ungehindert durchführen zu können.

Die Tatsache, dass die friedliche Aussöhnung zweier Feinde in den DDR-Zeitungen kein einziges Mal auch nur im Ansatz positiv bewertet wurde, verdeutlicht erneut, dass die veröffentlichte Meinung in der DDR kategorisch die politischen Vorstellungen und die Prämissen des Antiimperialismus wiederzugeben hatte. Der Friedensprozess führte nicht etwa zu einer Differenzierung des Israelbildes, geschweige denn zu einer grundlegenden positiven Wende, sondern zu einer Verschlechterung des Ägyptenbildes und einer weiteren Konkretisierung des Antizionismus.

¹⁶³ Wilfried Hoffmann: Golan – elf Jahre unter dem Stiefel. Tel Aviv einverleibt sich die besetzten Gebiete nach Plan. In: *Der Morgen*, 19.09.1978, S. 5.

6. Die Phase der ersten Intifada

Die Vorläufer des palästinensischen Aufstandes Ende der 1980er Jahre, im arabischen als „Intifada“ bezeichnet, das wörtlich „abschütteln“ bedeutet,¹ reichen bis Anfang der 1970er Jahre zurück. Neben der „Doppelstrategie“ der PLO, die vorsah, sowohl diplomatisch, als auch „mit allen [anderen] Mitteln“ die „Befreiung“ Palästinas voranzutreiben, was es radikalen palästinensischen Gruppen innerhalb der PLO ermöglichte, auf Terror zurückzugreifen, bildete sich in den von Israel seit dem Sechstagekrieg besetzten Gebieten eine breite Protestbewegung, die durch Demonstrationen, Streiks und Boykotte den Widerstand gegen die Besatzung und das Streben nach unabhängiger staatlicher Souveränität ausdrückte.² Im Dezember Von 1987 bis 1993 dauerte offiziell die Intifada. Die beteiligten Gruppen gingen mitunter gewaltsam vor. Laut Berichten von israelischen Menschenrechtsgruppen sind mehr als 1.100 Palästinenser und 90 Israelis der Intifada zum Opfer gefallen. Ein nicht unerheblicher Teil der Palästinenser wurde von den eigenen Leuten umgebracht unter dem Verdacht, es handele sich bei ihnen um Informanten der israelischen Armee. Die Intifada, in deren Sog sich radikal-islamische Gruppen, allen voran die Hamas, eine gesellschaftlichen Basis schaffen konnten, endete mit dem Beginn des sogenannten Osloer Friedensprozesses.³

Die bedeutende Rolle, die Yasser Arafat beim Friedensprozess Mitte des letzten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts spielen würde, wurde ihm erst durch die Intifada ermöglicht. Der damalige Korrespondent der New York Times, Thomas L. Friedman, beschreibt in *Von Beirut nach Jerusalem*, wie er wenige Tage vor Ausbruch der Intifada den PLO-Chef in Amman interviewte, der zu dieser Zeit lediglich eine politische Randfigur war.

Wie immer waren es keine großen Entscheidungen oder Aktionen von Arafat selbst, die zu seiner Wiederauferstehung führten. Es waren vielmehr seine Funktion als Symbol und eine unerwartete emotionale Konstellation in der Seele der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten, die ihn ins politische Leben zurückbrachten.⁴

Die Intifada wurde in erster Linie von Leuten getragen, die in den 1960er Jahren in den besetzten palästinensischen Gebieten geboren wurden und praktisch nur das Leben unter israelischer Besatzung kannten. Sie betrachteten die PLO als ihre legitime Vertreterin, waren aber davon überzeugt, dass sich die Besatzung nur durch Geschehnisse auf dem beanspruchten Gebiet selber beseitigen lasse. Sie schufen sogenannte Volkskomitees im Westjordanland und im Gaza-Streifen, die eine weitestgehende autonome politische und gesellschaftliche Struktur bereithielten, damit das Leben der Palästinenser in den besetzten Gebieten trotz Intifada und israelischen Restriktionen relativ normal weiterverlaufen konnte. Diese Generation beanspruchte für sich, in einem künftigen palästinensischen Staat eine politische Führungsrolle einzunehmen, ein Anspruch, der durch die Machtübernahme von PLO-Vertreter, die im Jahrzehnte im Exil gelebt hatten, im Zuge des Osloer Friedensprozesses weitestgehend unerfüllt blieb. Viele von Ihnen wurden verhaftet und zu jahrelangen Haftstrafen in israelischen Gefängnissen verurteilt, manche ins Exil nach Jordanien abgeschoben. Die meisten der Exilanten hielten den Kontakt zur PLO und waren auch entscheidend an der zweiten (Al-Aqsa)-Intifada ab dem Jahre 2000 beteiligt.⁵

¹ Margret Johannsen: *Der Nabost-Konflikt*. Wiesbaden: Springer 2009, S. 35–36.

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Thomas L. Friedman: *Von Beirut nach Jerusalem. Der Nabostkonflikt – Geschichte und Gegenwart*. München: Heyne 1994, S. 367.

⁵ Einen eindrucksvollen Bericht über drei Biographien und den Einfluss der ersten auf die zweite Intifada gibt Laetitia Bucaille / Ils Utz: *Generation Intifada*. Hamburg: Hamburger Ed. 2004. Ebenfalls Aufschluss über die palästinensische Sicht auf die Intifada geben die Memoiren Sari Nusseibehs, langjähriger Präsident der arabischen Al-Quds Universität in Jerusalem und zeitweilig politischer Berater Arafats: Sari Nusseibeh / Anthony David: *Once Upon a Country: A Palestinian Life*. New York: Farrar, Straus and Giroux 2007, hier besonders S. 248ff.

Am 6. Dezember 1987 wurde der Israeli Shlomo Sakle, während er in der Stadt Gaza Einkäufe erledigte, von einem Palästinenser erstochen. Zwei Tage später kamen vier Palästinenser bei einem tragischen Autounfall im Gaza-Streifen ums Leben. In dem Lager Dschabalija, aus dem die vier verstorbenen stammten, machte das Gerücht die Runde, der israelische Unfallverursacher habe seinen Lastwagen absichtlich in den Gegenverkehr gelenkt. Am Tag darauf wurde eine Patrouille der israelischen Armee in Dschabalija mit Steinen und Molotowcocktails angegriffen. Die israelischen Soldaten reagierten mit dem Einsatz scharfer Munition, die einen siebzehnjährigen Palästinenser tödlich traf, wodurch die Situation endgültig eskalierte. Der Aufstand der Palästinenser breitete sich innerhalb weniger Tage auf alle palästinensischen Gebiete unter israelischer Kontrolle aus. Große Teile der dort lebenden Bevölkerung beteiligten sich an ihm.

Wie die Weltgemeinschaft so wurde auch die PLO von den sich rasch verbreitenden Protesten überrascht. Es dauerte einige Wochen, bis es der Jugendorganisation der Fatah, der Partei, der Yassir Arafat vorstand, gelang, sich an die Spitze der Intifada zu setzen. Sie forderten einen ‚Volkskrieg‘, der vorrangig durch zivilen Ungehorsam, aber auch durch den Einsatz von Steinen, Molotowcocktails und Eisenstangen, geführt werden sollte und wurde. Darüber hinaus wurden von Aktivisten der Intifada israelische Waldgebiete in Brand gesetzt.⁶ Der Einsatz von Schusswaffen, von Schlagstöcken und Tränengas führte zum Rücktritt des Repräsentanten der Rechtsabteilung der Israelischen Armee in der Westbank. Am Ende des Jahres 1988 hatte es die israelische Armee weitestgehend geschafft, den Aufstand unter Kontrolle zu bringen.⁷

Im Lichte der Intifada fanden im November 1988 Parlamentswahlen in Israel statt, die den Likud als stärkste Partei bestätigten. Allerdings hatte sich die gesellschaftliche Spaltung bezüglich der Frage nach dem weiteren Umgang mit der Besatzung arabischer Gebiete noch nie so deutlich offenbart. Keine zwei Wochen nach den Wahlen versammelte sich der Palästinensische Nationalrat (PNC) in Algier auf einer Sondertagung. Dort beschloss man, trotz der anhaltenden Besatzung, im Westjordanland und im Gaza-Streifen einen souveränen palästinensischen Staat auszurufen.

6.1. Das Verhältnis der SED zu Israel vor Beginn der Intifada

Auch in den Jahren vor dem Ausbruch der Intifada stand die SED mit der Kommunistischen Partei Israel in regem Kontakt. Im Januar 1981 nahm eine ostdeutsche Delegation am Parteitag der Bruderpartei in Israel teil.⁸ Ende desselben Jahres fand ein Gespräch mit dem führenden (arabisch-)israelischen Kommunisten Georg Toubi in der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED statt.⁹ Toubi meinte, die USA versuchten „schwankende Staaten“, wie Irak und Syrien, für den Imperialismus einzuspannen und progressiven Staaten und Bewegungen mit „subversive[n] Aktionen von innen oder direkte[n] Angriffen von außen“ zu begegnen – ersteres treffe auf die PLO zu. Israels Führung sei über die teilweise Neuausrichtung der USA-Politik im Nahen Osten nicht erfreut, der im Sommer des Jahres beschlossenen „strategische Allianz“ mit den USA werde deshalb besonders große Bedeutung beigemessen. Kernpunkt der „strategischen Allianz“ sei die Umwandlung Israels in eine direkte „Militärbasis für die USA.“ Die israelische Bevölkerung begegne der zunehmenden „Kontrolle

⁶ Der Jüdische Nationalfonds, KKL, gab an, 1988 seien viermal mehr Dunam israelischen Waldes absichtlich verbrannt worden als noch im Jahr zuvor. Vgl. Colin Shindler: *A History of Modern Israel*. New York: Cambridge University Press 2011, S. 205.

⁷ Ebd. S. 206–207.

⁸ Information für das Sekretariat des ZK der SED. 20.1.1981. SAPMO-BArch, DY/30/11538, Bl. 72–86.

⁹ Sieber an das Politbüro des ZK der SED. Einschätzung der Israelischen KP zur Lage im Nahen Osten. 10.12.1981. SAPMO-BArch, DY/30/11538, Bl. 95–100. Die folgenden Zitate entstammen diesem Dokument.

bzw. Befehlsgewalt der USA über die israelische Armee [und der] Gefährdung der Sicherheit Israels“¹⁰ mit verstärktem Widerstand.

Im April und Mai 1984 weilte eine dreiköpfige Delegation des ZK der SED auf Einladung der des ZK der KP Israel unter der Leitung von Kurt Seibt, Vorsitzender der Zentralen Revisionskommission der SED, in Israel.¹¹ Der Aufenthalt bot Vertretern der DDR die Gelegenheit, zum ersten Mal mit Vertretern der israelischen Mapam (Vereinigte Arbeiterpartei) und der Bewegung ‚Frieden Jetzt‘ zusammen zu treffen. Ebenso war das Gespräch mit dem Generalsekretär der 1982 gegründeten Palästinensischen Kommunistischen Partei (PKP), Bashir Barghuti, eine Premiere. Während ihres Aufenthaltes haben sich die Vertreter Ost-Berlins nach eigener Einschätzung davon überzeugen können, dass die „israelischen Kommunisten dem Bündnis mit der KPdSU und der SED außerordentliche Bedeutung beimessen.“

Die ökonomische Situation Israels sei geprägt von der „Wirtschaftskrise des staatsmonopolistischen Gesellschaftssystems“, wofür „die Auswirkungen der Aggressions- und Expansionspolitik“ als verantwortlich erklärt wurden. Da zwei Drittel des Staatshaushaltes für das Militär und der Tilgung von Schulden ausgegeben werden müssten, habe die Regierung gar keine Möglichkeit, der Krise entgegenzuwirken. Zusätzlich sei eine politische Krise durch den zwei Jahre zuvor begonnene Krieg gegen den Libanon entstanden, deren Ergebnisse der Rücktritt Begin im September 1983 und das im März 1984 gegen seinen Nachfolger Itzhak Shamir ausgesprochene Misstrauensvotum gewesen seien.

Der Libanon-Krieg habe „erstmal in der Geschichte des Landes zur Spaltung der öffentlichen Meinung in Israel“ geführt – während früher nur die Kommunisten gegen die Kriegspolitik opponiert hätten, bestehe mittlerweile „eine breite Bewegung gegen den Krieg.“ Die Hochrüstung Israels unter anderem mit Nuklearwaffen, gepaart mit der Abenteuerlichkeit des „aggressivsten Flügels der ‚Freiheitspartei‘ um den ehemaligen Verteidigungsminister Sharon“, berge die Gefahr eines vom Nahen Osten ausgehenden „nuklearen Weltkonflikt[s]“ in sich. Dennoch zeige die Forderung eines Teils der Armeeführung nach Rückzug aus dem Libanon, dass auch „innerhalb der einflussreichen politischen Kräfte [...] Differenzierungsprozesse zu verzeichnen“ seien. Ebenso weigerten sich Teile der „Monopolbourgeoisie“ aus Angst vor einem Krieg gegen das durch Moskau aufgerüstete Syrien, weiterhin im Interesse der USA Krieg gegen die arabischen Nachbarn zu führen. Darüber hinaus belege die Zunahme friedenswilliger Kräfte in Israel, dass auch antikommunistische und zionistische Strömungen vermehrt an der „militärischen Expansionspolitik“ ihres Landes zweifelten. Die wachsende Antikriegsbewegung innerhalb jüdischen Bevölkerung eröffne der KP Israel zwar „neue Einflußmöglichkeiten“, angesichts der geringen Anzahl jüdischer Mitglieder, könne sich die Partei allerdings nicht mit anderen jüdischen demokratischen Friedenskräften messen. Deshalb sei man darauf angewiesen, Absprachen mit dem Block der Arbeiterpartei zu treffen, wie dies bereits erfolgreich bei der Wahl Chaim Herzogs zum Staatspräsidenten und bei der Auflösung des Parlaments und dem Beschluss über Neuwahlen im März 1984 geschehen sei.

Im Mai 1985 wurde ein Artikel des Generalsekretärs des ZK der KP Israel, Meir Vilner, der ursprünglich in der *Pravda* veröffentlicht wurde, für den internen Gebrauch durch die SED übersetzt.¹² Vilner wiederholte die seit dem Friedensschluss mit Ägypten gegenüber Israel erhobenen Vorwürfe des kommunistischen Lagers. Die KP

¹⁰ Die Kommunistische Partei Israel argumentierte, dass die Israelis befürchteten, ein Einsatz der in ihrem Land stationierten US-Truppen könnte sie mit in einem gewaltsamen Konflikt ziehen.

¹¹ Sieber an das Politbüro der SED. Bericht über den Besuch einer Delegation des ZK der SED beim ZK der KP Israel vom 29. April bis 8. Mai 1984. 28.5.1984. SAPMO-BArch, DY/30/11538, Bl. 111–116. Der Bericht verdeutlicht weniger objektive Beobachtungen der Delegation als vielmehr die Sicht der KP Israel auf die aktuelle Lage. Die folgenden Zitate entstammen diesem Bericht.

¹² Abteilung Internationale Verbindungen, Sektor Dolmetscher/Übersetzer. Übersetzung des Artikels von Meir Vilner in der *Pravda* vom 18. Mai 1985. 18.5.1985. SAPMO-BArch, DY/30/13945, Bl. 44–51. Die folgenden Zitate entstammen dieser Übersetzung.

bekämpfe stetig den mit den USA abgestimmten antisowjetischen Kurs der israelischen Regierung, weil die UdSSR „die entscheidende Kraft“ im Bezwingen der Nazis gewesen sei, die Teilung des britischen Mandatsgebietes unterstützt habe und sich nach wie vor für das Existenzrecht Israels einsetze. Dass Moskau die aggressive israelische Politik ablehne und für die Schaffung eines souveränen palästinensischen Staates einstehe, zeige, dass der Kreml die „wahren Interessen des israelischen Volkes“ verfolge.

Die aus den vorgezogenen Parlamentswahlen 1984 hervorgegangene Regierungskoalition zwischen Likud und Arbeiterpartei bezeichnete Vilner als ein Bündnis zwischen zwei politischen Lagern, die sich in Wahrheit in Fragen der Außenpolitik, der Wirtschaft und in sozialen Angelegenheiten nicht voneinander unterscheiden würden.¹³ So habe das israelische ‚Nein‘ zum Abzug aus den besetzten Gebieten, zur Schaffung eines palästinensischen Staates, zur Anerkennung der PLO, zu einer internationalen Friedenskonferenz und zur Einbeziehung der Sowjetunion in einer Lösungsfindung weiterhin Bestand. Die hohen Militärausgaben würden den Bildungssektor und das Gesundheitswesen enorm belasten, die Wirtschaft befände sich auf einem Rekordtief, während die Arbeitslosenquote in die Höhe schälte. Die „unentgeltliche militärische Hilfe“¹⁴ der USA in Höhe von 1,8 Mrd. Dollar decke nicht einmal die Hälfte der Militärausgaben und führe dementsprechend zu keiner wirklichen Entlastung. Da die Politik der USA im Nahen Osten auf die Verschärfung der allgemeinen globalen Spannungen ausgerichtet sei, handele es sich beim Kampf um Frieden im Nahen Osten um einen Teil des Kampfes um weltweiten Frieden.

In den zwei Monaten nach der Veröffentlichung des *Pravda*-Artikels traf Vilner, der wegen einer Krankheit von der SED zu einem medizinischen Aufenthalt in die DDR eingeladen worden war, gleich zwei Mal für ein Gespräch mit Hermann Axen zusammen.¹⁵ Vilner erklärte Axen, dass im Lichte des 40. Jahrestages des Sieges über den Faschismus, des 20jährigen Bestehens der KP Israel und des durch sie organisierten Widerstands gegen das israelische Vorgehen im Libanon Anzeichen „für eine Überwindung der Isolierung der KP Israel unter der jüdischen Bevölkerung“ bestünden. Einem weiteren Wachsen der Partei ständen vor allem „ideologische“ Probleme im Weg, so beispielsweise die Tatsache, dass der Marxismus-Leninismus und die Politik der Sowjetunion bei anderen Friedenskräften auf „Ablehnung“ stießen, und dass für die „meisten jüdischen Bürger“ der Begriff Zionismus „identische mit der Existenz Israels“ sei.

Zur Situation in Israel informierte Vilner über die aktuellsten sozialpolitischen Entscheidungen der Regierung, die belegen würden, dass auch in diesem Bereich „Israel voll unter der Kontrolle der USA“ stünde. Vilner warnte vor der „zunehmende[n] Gefahr der Verbreitung des Faschismus und Rassismus“ in Israel, wogegen seine Partei

¹³ Der durch den Koalitionsvertrag zwischen Likud und Arbeiterpartei vollzogene Wechsel des israelischen Premierministerpostens von Shimon Peres zu Itzhak Shamir im Oktober 1986 wurde durch das MfAA der DDR ebenfalls dahingehend kommentiert, dass „keine prinzipielle Änderung der Innen- und Außenpolitik Israels zu erwarten“ sei. Dennoch würden sich in der Frage der israelischen Siedlungen und der Frage einer internationalen Friedenskonferenz erste Unterschiede zwischen Peres und Shamir andeuten. Vgl. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Hauptabteilung Information. Aussenpolitische Information 86/6. 30.10.1986. SAPMO-BArch, DC/20/21392, Bl. 10–11.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Abteilung Internationale Verbindungen. Vermerk über ein Gespräch zwischen Axen und Vilner am 9.7.1985. 10.7.1985. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.035/146, Bl. 74–80. Die folgenden Zitate entstammen diesem Vermerk. Das Protokoll des ersten Gesprächs vom 12. Juni 1985, auf das im Vermerk hingewiesen wird, war nicht auffindbar. Am 8. Juli 1985, einen Tag vor dem zweiten Treffen zwischen Axen und Vilner, empfing Axen eine Delegation der Palästinensischen Kommunistischen Partei (PKP). Suleiman Najab von der PKP warnte dabei vor der „Herstellung eines strategischen Konsensus zwischen Israel und den reaktionären arabischen Staaten“, um den Nahen Osten in eine amerikanische „Aufmarschbasis gegen die sozialistische Staatengemeinschaft“ zu verwandeln. Für die Palästinenser lägen die Hauptgefahren laut Najab in einer inneren „Kapitulationsrichtung“ gegenüber dem Imperialismus und dem „Abenteuertum“ extremistischer palästinensischer Kreise. Vgl. Abteilung Internationale Verbindungen. Vermerk über ein Gespräch Axen und einer Delegation der PKP am 8.7.1985 im Hause des ZK der SED. 9.7.1985. SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.035/146, Bl. 68–73.

vordringlich ankämpfe. In der Palästinafrage sei die KP Israel besorgt um die innerhalb der PLO sich ausbreitende antisyrische Stimmung, da man Syrien „nach wie vor als einen wichtigen antiimperialistischen Faktor in der Region“ betrachte. Deshalb bedauere Vilner, dass Syrien offenbar „gegen einen unabhängigen palästinensischen Staat und gegen eine unabhängige einheitliche PLO wirke“. Letztlich diene die antisyrische Stimmung Israel und den USA, was sich darin zeige, dass das mit dem Westen verbündete Jordanien einen „beträchtlichen Vertrauenszuwachs“ unter den Palästinensern erlebe. Vereinbarungen, die Arafat persönlich mit dem jordanischen König Hussein getroffen habe, würden sich „gegen die Interessen der Nationalen Befreiungsbewegung [der Palästinenser]“ richten und im Ergebnis die „Zersplitterung der PLO und eine Schwächung“ ihrer Positionen bedeuten.¹⁶

Die SED suchte auch Orientierung an der Positionierung der Sowjetunion. Mitte November 1985 erhielten die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros der SED eine Information, worin betont wurde, dass Michael Gorbatschow in Paris das „prinzipielle Herangehen“¹⁷ der Sowjetunion gegenüber Israel bekräftigt habe: „[J]e schneller sich die Lage im Nahen Osten normalisiert, desto eher wird es auch möglich sein, die Frage der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Israel zu untersuchen.“¹⁸

Unabhängig von den Einschätzungen der KP Israel und der Haltung der Sowjetunion wurden unter der Leitung der Abteilung Internationale Verbindungen im ZK der SED Grundsätze für das Vorgehen bei künftigen Kontakten mit Israel beraten, deren Ziel eine „einheitliche Orientierung für Dienststellen und die ihnen nachgeordneten Institutionen und Organisationen“ sein sollten.¹⁹ Neun Punkte wurden von DDR-Außenminister Oskar Fischer „für verbindlich erklärt.“ Man stütze sich auf die „prinzipielle Verurteilung der völkerrechtswidrigen Aggressions- und Okkupationspolitik Israels [und] die Ablehnung israelischer Vorbedingungen im Zusammenhang mit ‚Wiedergutmachungsforderungen‘“. Explizit erkannte die DDR jedoch die „Völkerrechtssubjektivität“ Israels an.²⁰ Während Israelis bei privaten Aufenthalten in der DDR „wie alle anderen Touristen behandelt“ werden sollten, galt für den Kontakt zu „israelischen Institutionen, Einzelpersonlichkeiten und offiziellen Vertretern“ die Devise, „keinen Zweifel“ an den „prinzipiellen Positionen der DDR“ aufkommen zu lassen. Vermutlich zur Rückversicherung dessen, was mit „prinzipiellen Positionen der DDR“ gemeint war, bedürften jegliche „Kontakte mit Israel [...] der rechtzeitigen Abstimmung mit dem MfAA.“ Auch staatliche Institutionen und Körperschaften dürften nur in Ausnahmefällen und nach „ausführliche[r] Begründung“ sowie Abstimmung mit dem Außenministerium Kontakte zu Israel unterhalten. Wissenschaftlern wurde die Teilnahme an Tagungen in Israel erst nach der Überprüfung der wissenschaftlichen „Zweckmäßigkeit“ ermöglicht, solange diese nicht auf besetztem Gebiet, einschließlich Jerusalem, stattfänden,

¹⁶ Axen bestätigte die „weitgehende Übereinstimmung in der Einschätzung der Lage“ im Nahen Osten. Die Gefahr der Zersplitterung der PLO wurde von Seiten der SED mit der 18. Tagung des Palästinensischen Nationalrates Ende April 1987 als gebannt betrachtet. Vgl. Sieber an das Politbüro des ZK der SED. Information zur 18. Tagung des Palästinensischen Nationalrates. 30.4.1987. SAPMO-BArch, DY/30/13784, Bl. 67–69.

¹⁷ Abteilung Internationale Verbindungen, Sektor Dolmetscher/Übersetzer. Information für die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros über die Versuche Israels zur Kontaktaufnahme mit den sozialistischen Ländern. SAPMO-BArch, DY/30/13945, Bl. 52.

¹⁸ Ebd. Alle Ostblockstaaten, mit Ausnahme Rumäniens, hatten im Zuge des Sechstagekrieges die Beziehungen zu Israel abgebrochen.

¹⁹ Sieber an Hager. Information über Beratung zu Grundsätzen für weiteres Vorgehen bei Kontakten mit Israel. 21.7.1986. SAPMO-BArch, DY/30/7403. Die folgenden Zitate entstammen diesem Dokument.

²⁰ Bereits in Reaktion auf die Kritik an der gemeinsamen Erklärung Ulbrichts und Nassers im Jahr 1965 wurde die Formel der „Anerkennung der Völkerrechtssubjektivität Israels“ in der Nahost-Abteilung des MfAA für die Behandlung Israels festgelegt. Allerdings setzte sich so früh noch nicht durch, Israel nicht mehr als Gründungswerk von Imperialisten zu bezeichnen, was die Analyse zum Sechstagekrieg verdeutlicht. Jutta Illichmann spricht deshalb von der „stillschweigenden Anerkennung“ Israels. Vgl. Jutta Illichmann: *Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990*. Frankfurt am Main: Peter Lang 1997, S. 210.

wobei „[o]ffizielle Kontakte mit staatlichen Stellen Israels“ zu vermeiden seien. Kulturelle Angebote israelischer Künstler in der DDR oder umgekehrt seien langfristig mit den zuständigen Stellen abzustimmen, „da sie durch ihre Öffentlichkeitswirksamkeit in besonderer Weise geeignet sind, für politische Zwecke genutzt oder auch mißbraucht zu werden.“ Grundsätzlich müsse stets der Standpunkt der KP Israel und anderer als progressiv wahrgenommene Kräfte in Israel berücksichtigt werden und die KP rechtzeitig über DDR-Aktivitäten in Israel informiert werden, damit von dort „Unterstützung und Beratung“ erfolgen kann.

Nachdem bereits im Zuge der Rotation in der großen Koalition in Israel im Oktober 1986 im MfAA die Unterschiede zwischen den beiden Koalitionspartnern und deren Führungspersonen gegenüber einer internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten theerörtert wurden, rückte diese differenzierte Wahrnehmung Israels von Mitte 1987 bis zum Beginn der Intifada am Ende des Jahres in den Mittelpunkt. Vor allem die *Aussenpolitischen Informationen* der Hauptabteilung Information im MfAA befassten sich immer mit inhaltlichen Unterschieden zwischen der israelischen Arbeiterpartei und dem Likud. So hieß es dort Mitte April, Israels Präsident Herzog habe bei dem ersten offiziellen Besuch eines israelischen Staatsoberhauptes in Westdeutschland gegenüber Bundeskanzler Kohl deutlich gemacht, „daß Israel direkte bilaterale Verhandlungen einer internationalen Konferenz vorziehe“ und die PLO, „als stärksten Pfeiler des internationalen Terrorismus“ nicht anerkenne.²¹ Mitte Mai war in den *Aussenpolitischen Informationen* dann zu lesen, dass „der Gedanke einer internationalen Konferenz von einer großen Mehrheit der Staaten befürwortet“²² werde. In Israel orientiere sich das Lager um Außenminister Peres an den US-amerikanischen Plänen, eine Konferenz „als Schirm für direkte Verhandlungen und separate Abmachungen unter ihrer Vorherrschaft zu nutzen [und] dabei die UdSSR sowie die PLO vom Lösungsprozeß fernzuhalten.“²³

Im Gegensatz dazu seien die extremeren Kräfte um Premierminister Shamir nach wie vor strikt gegen eine Konferenz. Zwei Wochen später wurde erneut betont, dass die Abstimmung der Positionen der Außenminister der USA und Israels darauf abzielten,

eine solche Konferenz als Instrument für die Fortsetzung der Camp-David-Politik zu nutzen [...] eine gerechte und umfassende Lösung des Nahostkonflikts durch koordinierte Anstrengungen weiterhin zu verhindern [...] der konstruktiven Politik der Sowjetunion entgegenzuwirken [und] die PLO auch weiterhin von einer gleichberechtigten Teilnahme an einer internationalen Friedenskonferenz auszuschließen.²⁴

Ende Juli wurde betont, Bedingung Shimon Peres für die Beteiligung der UdSSR an einer Konferenz sei, dass zunächst die diplomatischen Beziehungen mit Israel wiederaufgenommen werden und sowjetische Juden in den Genuss „erweiterte[r] Ausreisemöglichkeiten“ kommen müssten. Eine Beteiligung der PLO könne sich auch Peres nur in Form einer „gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation“ vorstellen. Israels Premier Shamir müsse mittlerweile berücksichtigen, „daß Peres’ Position unter großen Teilen der israelischen Bevölkerung zunehmend Unterstützung findet.“ So gäbe es bereits Äußerungen Shamirs, die „darauf schließen [lassen], daß auch er einer Konferenz keineswegs so ausschließlich ablehnend gegenübersteht, wie es oft den Anschein hat.“ Die unterschiedlichen Haltungen zwischen Likud und Arbeiterpartei würden „in zunehmendem Maße im Mittelpunkt innenpolitischer Auseinandersetzungen“ stehen. Sie seien „Ausdruck des Machtkampfes“

²¹ Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Hauptabteilung Information. Aussenpolitische Information 32/87. 21.4.1987. SAPMO-BArch, DC/20/23114, Bl. 4.

²² Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Hauptabteilung Information. Aussenpolitische Information 39/87. 14.5.1987. SAPMO-BArch, DC/20/23114, Bl. 7–8.

²³ Ebd.

²⁴ Dieses und die folgenden Zitate: Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Hauptabteilung Information. Aussenpolitische Information 43/87. 28.5.1987. SAPMO-BArch, DC/20/23114, Bl. 9–10.

zwischen den beiden Parteien und dürften nur „im Hinblick auf die im Oktober 1988 fälligen Neuwahlen gesehen werden“.

Wenige Tage vor Ausbruch der Intifada unterstrich die Hauptabteilung Information erneut die angeblichen Unterschiede in den taktischen Konzeptionen innerhalb der israelischen Regierung, betonte aber nach wie vor, dass in Bezug auf die Nahostpolitik beide israelischen Regierungsparteien jedoch „übereinstimmende strategische Interessen“ vertreten: gegen einen Rückzug auf die Grenzen von 1967, gegen Verhandlungen mit der PLO als eigenständiger Akteur (Peres akzeptiere jedoch die Teilnahme von Palästinensern innerhalb einer „gemeinsamen Delegation mit Jordanien“) sowie gegen die Gründung eines palästinensischen Staates.²⁵

6.2. Das Israelbild nach Beginn der Intifada

Mit dem Ausbruch der Intifada rückte das Aufbegehren der Palästinenser in den Mittelpunkt der Berichterstattung. In einem Brief²⁶ an Honecker von Ende Dezember 1987 erklärte Arafat die Bedingungen und Ziele der Intifada: Die Palästinenser träten „tapfer und heldenhaft der Unterdrückung und dem Staatsterrorismus“ der bewaffneten israelischen Armee entgegen. Durch die „gewaltige Erhebung“ bekräftige das palästinensische Volk seine Ablehnung der fortgesetzten „israelische[n] Okkupation [und] Leugnung seiner unveräußerlichen nationalen Rechte“. Dagegen beharre Israel auf „der Fortsetzung der Politik des organisierten Staatsterrorismus, des Massenmordes, der Einkerkierung, der Vertreibung und Ausweisung sowie des Einsatzes international geächteter Waffen“. Israel begehe damit eine „flagrante Verletzung der internationalen Konventionen“ und stelle eine „eklatante Herausforderung der internationalen Gepflogenheiten und moralischen Grundsätze“ dar.

Ungeachtet der Tatsache, dass Arafat in seiner Botschaft versucht hatte, die Intifada als „überwältigenden Zusammenschluß um die Palästinensische Befreiungsbewegung“ darzustellen, wertete das DDR-Außenministerium die Situation grundlegend anders. So sei die PLO von „Beginn und Ausmaß des ursprünglich vorwiegend spontanen Protestaktionen [...] offensichtlich überrascht“²⁷ worden. Zwar bemühe sie sich, ihren Einfluss auf die Intifada „zu erhöhen“, allerdings seien in „spürbarem Maße [...] islamisch-fundamentalistische Kräfte wirksam“, die durch „proiranische Kräfte in Libanon“ finanziell, politisch und militärisch unterstützt würden. Namentlich wurde die Hisbollah genannt.²⁸

In Bezug auf Israels Vorgehen gegen die Intifada war die Rede von der Verschärfung der „Repressionsmaßnahmen“, der Errichtung einer „militärischen Sperrzone“ im Westjordangebiet, dem Ausrufen von „Belagerungszustand und Kriegsrecht“ sowie von der Ankündigung „erste[r] Deportationen inhaftierter

²⁵ Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Hauptabteilung Information. Aussenpolitische Information 96/87. 1.12.1987. SAPMO-BArch, DC/20/23104, Bl. 10–11. Auch bei einem Treffen zwischen Honecker und Vilner Mitte August 1987 betonte der Generalsekretär der KP Israel die „Kontroverse innerhalb der israelischen Regierungskoalition“. Peres setze sich für eine jordanisch-palästinensischen Lösung ein, bei der „Teile des von Israel besetzten Westjordanlandes unter jordanische Herrschaft gestellt werden würden.“ Honecker bezeichnete die „gleichberechtigte Teilnahm[e] der PLO“ an einer internationalen Friedenskonferenz als die „Hauptfrage“. Vgl. Vermerk über ein Gespräch zwischen Honecker und Vilner am 14.8.1987. Ohne Datum. SAPMO-BArch, DY/30/13728, Bl. 97–116.

²⁶ Arafat an Honecker. 25.12.1987. SAPMO-BArch, DY/30/13797, Bl. 145–148. Die folgenden Zitate entstammen dieser Übersetzung des Briefes.

²⁷ Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Hauptabteilung Information. Aussenpolitische Information 3/88. 12.1.1988. SAPMO-BArch, DC/20/11052. Mitte Februar wurde sogar die Enttäuschung der Palästinenser sowohl von den arabischen Staaten als auch der PLO erwähnt, weshalb sie nach „neuen Wegen zur Beendigung der israelischen Besatzung suchen.“ Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Hauptabteilung Information. Aussenpolitische Information 13/88. 16.2.1988. SAPMO-BArch, DC/20/11052.

²⁸ Ebd.

Palästinenser.“²⁹ Angesichts dieser Maßnahmen nähme die internationale Kritik an der „Okkupations- und Unterdrückungspolitik Israels“ zu, selbst unter kapitalistischen Ländern und der EG. Im Hinblick auf die im November des Jahres anstehenden israelischen Parlamentswahlen wurde im MfAA geurteilt, dass „grundlegende Änderungen [in der israelischen] Politik nicht zu erwarten sind.“ Im Gegensatz zur „harten Linie zur Unterdrückung der Widerstandsaktionen“ des Premiers Shamir nützen allerdings

[r]ealistischere Kräfte in der sozialreformistischen Arbeiterpartei von Außenminister Peres [...] die entstandene Situation, um die Basis zur Durchsetzung ihrer Politik zu verbreitern. Sie deuten eine gewisse Bereitschaft zu einem territorialen Kompromiß an, der Teile des Westjordangebietes und des Gaza-Streifens einschließt.

Die Haltung der SED zur Intifada und zur Reaktion Israels auf diese entsprach weitestgehend den Beobachtungen aus dem MfAA, wie der Bericht einer Partei-Delegation in Israel verrät.³⁰ Die Situation in Israel sei durch fortschreitende „Militarisierung der Politik und Wirtschaft“ und durch „Rechtstendenzen im Inneren sowie das Festhalten der Regierung an einem konfrontativen Kurs gegenüber den Palästinensern“ gekennzeichnet. Besonders die Jugend sei durch die „Eskalation der Gewalt und des Hasses“ betroffen, wodurch eine künftige Lösung erschwert werde. Während große Teile der Regierungskoalition eine „reaktionäre ‚Lösung‘“ anstrebten, deuteten gemäßigte Kräfte um den Außenminister Peres „Bereitschaft zu Kompromissen“ an. So führe die „Beschleunigung der politischen Differenzierung [...] zu einer Aktivierung“ von Friedenskräften auch außerhalb der durch die KP dominierten ‚Chadasch-Front‘, einem Bündnis von linken Parteien im israelischen Parlament. Die Einschätzungen der SED-Delegation wurden im Juni durch das MfAA nochmals bestätigt.³¹

In einem Gespräch mit Hermann Axen am 30. August 1988 gab Vilner zu bedenken, dass die innenpolitische Lage Israels keinen Anlass zur Hoffnung für „positive Veränderungen“ biete.³² Während bei der Arbeiterpartei die „Zahl realistisch denkender Kräfte“ zunähme, sei ein „Anwachsen faschistischer Tendenzen und der Forderung nach Vertreibung aller Palästinenser aus Israel nicht zu übersehen.“³³

Anlässlich der im November 1988 stattfindenden israelischen Parlamentswahlen informierte das MfAA über die „schwierigen und widerspruchsvollen [Koalitions-]Verhandlung.“³⁴ In Verhandlungen zwischen Shamir, dessen Likud die meisten Stimmen auf sich vereinen konnte, und religiösen und rechtsextremen Parteien, die einen deutlichen Zuwachs erzielten, kämen „weitgehende Übereinstimmungen“ zu tragen, so vor allem im Bereich der „Intensivierung der Siedlungstätigkeit, [der] Annexion von Teilen des proklamierten Staates Palästina [und der] Niederschlagung der palästinensischen Erhebung.“³⁵ Streitigkeiten um Ministerposten und die religiöse Ausrichtung des Staates hätten eine Einigung jedoch bisher verhindert, so dass Shamir auch mit der Arbeiterpartei Verhandlungen führen müsse. Dabei würden erneut die Unterschiede zwischen Peres und Shamir in Bezug auf eine internationale Friedenskonferenz deutlich.

²⁹ Dieses und die folgenden Zitate: Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Hauptabteilung Information. Aussenpolitische Information 3/88. 12.1.1988. SAPMO-BArch, DC/20/11052.

³⁰ Dieses und die folgenden Zitate: Becker. Bericht über den Besuch einer Delegation des ZK der SED beim ZK der KP Israel in der Zeit vom 26.4 bis 6.5.1988. SAPMO-BArch, DY/30/13729, Bl. 15–22.

³¹ Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Hauptabteilung Information. Aussenpolitische Information 50/88. 23.6.1988. SAPMO-BArch, DC/20/21372.

³² Abteilung Internationale Verbindungen. Vermerk über ein Gespräch zwischen Axen und Vilner am 30.8.1988. 31.8.1988. SAPMO-BArch, DY/30/13729, Bl. 36–40.

³³ Ebd.

³⁴ Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Hauptabteilung Information. Aussenpolitische Information 87/88. November 1988. SAPMO-BArch, DC/20/27607.

³⁵ Ebd.

Im September 1988 kamen Honecker und Arafat zusammen,³⁶ um über die derzeitige Lage der Palästinenser zu beraten.³⁷ Nach zehn Monaten des Aufstandes zeige sich, so Arafat, dass der „am Beginn des Aufstandes gefaßte Beschluß der PLO-Führung, keine Waffen einzusetzen und sich nur mit Steinen und Brandflaschen zu verteidigen“ von großer Bedeutung war.³⁸ Damit wäre den Israelis jede Rechtfertigung für den Einsatz schwerer Waffen vorenthalten worden. Die wirtschaftlichen Verluste für Israel angesichts der Intifada seien enorm: die israelische Fluggesellschaft El-Al habe 40% Gewinneinbußen hinnehmen müssen, der Abzug palästinensischer Arbeiter aus Israel habe dem jüdischen Staat zusätzlich 1,3 Mrd. Dollar gekostet. Daraus entstünden psychologische Effekte, die zu einer „wachsenden Polarisierung in der israelischen Gesellschaft“, aber auch zur Stärkung „faschistische[r] und rechtskonservative[r] Kräfte“ führten. Diese Kräfte hätten sich terroristischer Aktionen bedient, „die teilweise schlimmer waren, als in Südafrika.“

Für die Palästinenser hätten sich wegen der Tatsache, dass Jordanien alle Ansprüche auf das Westjordanland aufgegeben habe, zwei Optionen eröffnet, die Arafat nun auch mit Honecker beraten wolle: Entweder würden die palästinensischen Gebiete unter UN-Mandat für einen gewissen Zeitraum gestellt, oder ein palästinensischer Staat würde unter den Bedingungen der Okkupation ausgerufen.³⁹ Honecker betonte, dass es für den Erfolg der PLO nötig sei, sich „eines neuen Programms, einer neuen politischen Plattform“ zu bedienen, deren Basis „die Schaffung zweier unabhängiger Staaten“ sein müssen. Welche Alternative die derzeit Bessere für die PLO sei, so Honecker, müsse die PLO selbst entscheiden. Fakt sei, dass die DDR gemeinsam mit der sozialistischen Staatengemeinschaft „alle Anstrengungen zur Gründung eines palästinensischen Staates“ unterstütze. Honecker betonte, dass jüdische Vertreter ihn darauf hingewiesen hätten, dass es auch bedeutende Friedenskräfte in Israel gäbe. Bei den kommenden Wahlen, davon seien seine jüdischen Gesprächspartner überzeugt gewesen, werde sich deren Einfluss steigern.

6.3. Israels ‚Eiserne Faust‘

Als die Intifada Anfang Dezember 1987 begann, dauerte es einige Tage, bis die DDR-Zeitungen vermehrt über die Konfrontation zwischen palästinensischen Demonstranten und dem israelischen Militär berichteten. Der Tenor in den Zeitungen vermittelte das Bild von einer „kaum vorstellbaren Brutalität“⁴⁰ der israelischen Armee gegen wehrlos demonstrierende Palästinenser, was weltweit zu „Empörung und Abscheu“⁴¹ geführt habe. Die internationalen Reaktionen waren eine Konstante in der Berichterstattung. Dabei wurden häufig dem Tenor der DDR-Zeitung entsprechende Aussagen von politischen Persönlichkeiten rezipiert, so zum Beispiel die angebliche Aussage von Zimbabwes Präsidenten, Robert Mugabe, der Israels Reaktion auf die Intifada als

³⁶ Ein Gespräch fand bereits am 21. Juni des Jahres statt. Vgl. Winter. Vermerk über ein Gespräch zwischen Honecker und Arafat am 21.6.1988. 21.6.1988. SAPMO-BArch, DY/30/13793, Bl. 63–67. Arafat kam im Dezember des Jahres erneut in die DDR. Vgl. Ablauf des Arbeitsbesuches Arafats in der DDR im Dezember 1988. SAPMO-BArch, DY/30/13793, Bl. 188–191.

³⁷ Vermerk über ein Gespräch zwischen Honecker und Arafat am 15.9.1988. 15.9.1988. SAPMO-BArch, DY/30/13973, Bl. 126–138. Die folgenden Zitate entstammen diesem Dokument.

³⁸ Dem widersprachen vor allem Vertreter der PFLP. Sie befürworteten die Verstärkung und Ausbreitung der Intifada auf die palästinensischen Gebiete von 1948 und für die Eskalation der Gewalt. Vgl. Abteilung Internationale Verbindungen. Vermerk über ein Gespräch mit Nayef Hawatmeh am 23.3.1989. 29.3.1989. SAPMO-BArch, DY/30/13794, Bl. 40–44; Abteilung Internationale Verbindungen. Vermerk über ein Gespräch mit Georg Habbash am 26.4.1989. 27.4.1989. SAPMO-BArch, DY/30/13794, Bl. 59–62; Ausführung von George Habbash am 24.9.1989. 25.9.1989. SAPMO-BArch, DY/30/13794, Bl. 97–98.

³⁹ Auf der Sondertagung des Palästinensischen Nationalrates im November 1988 wurde ein palästinensischer Staat auf dem Gebiet des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens unter den Bedingungen der Okkupation ausgerufen.

⁴⁰ Pz: Es brodeln im besetzten Land In: *Neues Deutschland*, 16.12.1987, S. 2. Der Autor erhob explizit den Vorwurf, Israel hätte ein Massaker im Flüchtlingslager Balata angerichtet. Vermutlich steckt hinter dem Kürzel ‚Pz‘ Lothar Pilz, Journalist beim *Neuen Deutschland*.

⁴¹ Proteste gegen israelisches Okkupationsregime dauern an. In: *Neue Zeit*, 15.12.1987, S. 1.

„Mord und Akt des Terrorismus“⁴² verurteilte, oder auch die angebliche Bewertung des britischen Außenminister Geoffrey Howe, dass die „Okkupationspolitik [...] zwangsläufig einen brutalisierenden Einfluß“⁴³ habe. Laut der *Neuen Zeit* habe selbst der Exekutivdirektor des Amerikanischen Jüdischen Kongresses, Henry Siegmann, Israels Vorgehen als „entsetzlich und abstoßend“⁴⁴ bezeichnet. Die *Neue Zeit* und *Der Morgen* berichteten wortgleich über die Sorgen des italienischen Außenministers Giulio Andreotti, dass die israelische „Anwendung harter Gewalt“⁴⁵ eine Lösungsfindung erschwere.

Die israelische Armee sei durch die israelische Regierung angehalten worden, mit aller Härte den Widerstand der Palästinenser zu brechen. In vielen Artikeln wurde der explizite Vorwurf des Staatsterrorismus gegenüber die Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten vorgebracht. In einer Erklärung habe das Solidaritätskomitee verlauten lassen, dass dem „Wüten der Soldateska [...] unschuldige Kinder, Frauen und Männer zum Opfer gefallen“ seien.⁴⁶ Das Solidaritätskomitee habe den sofortige Abzug der Israelis aus den besetzten Gebieten gefordert und die „unverbrüchliche Solidarität“ mit den Palästinensern und der PLO betont.⁴⁷ Die *Neue Zeit* fügte am Folgetag hinzu, dass auch der Vorstand des FDGB „den feigen Mord an aufrechten palästinensischen Patrioten“ verurteile.⁴⁸ Das *Neue Deutschland*, die *Neue Zeit* und *Der Morgen* verkündeten, dass der Sprecher des DDR-Außenministeriums, Wolfgang Meyer, die „schweren Terrorakte Tel Avivs in den von Israel okkupierten arabischen Gebieten“ verurteilt habe und dafür plädiere, „die Ursachen des lang anhaltenden Konfliktes“ zu beseitigen und „eine politische Regelung herbeizuführen.“⁴⁹ Die *Junge Welt* sprach zur selben Zeit von neuen „Greueln der Besatzer“, bei denen unter anderem ein zwei Tage alter Säugling jüngstes Opfer des „Wütens der israelischen Besatzungstruppen“ geworden sei.⁵⁰

Wie das *Neue Deutschland* zu wissen glaubte, lautete der Befehl für die Soldaten, „den Widerstand [...] mit allen Mitteln zu brechen.“⁵¹ Sie seien angewiesen worden, „auf jeden Palästinenser zu feuern, der Steine auch nur anrührt oder in der Hand hält.“⁵² Dies entspreche dem Wunsch, die Ordnung wieder herzustellen, „koste es, was es wolle.“⁵³ Von Beginn an wählte das SED-Organ das Motiv der ‚Eisernen Faust‘ für das Vorgehen des israelischen Militärs. Die Intifada zeige, dass es der israelischen Führung nicht gelungen sei, „das palästinensische Volk zu korrumpieren, es mit ‚eiserner Faust‘ niederzuhalten, es seiner nationalen Identität zu berauben oder es völlig aus der Heimat zu ‚transferieren‘.“⁵⁴ Das „mit eiserner Faust vorgehende Militär ermordete weitere drei Palästinenser“⁵⁵, berichtete das *Neue Deutschland* am 19. Dezember. Dem folgte wenige Tage später die Information über eine „großangelegte Verhaftungswelle“ sowie die dem Militär überlassene

⁴² Weltweite Proteste gegen brutales Vorgehen Israels. In: *Neues Deutschland*, 7.01.1988, S. 5.

⁴³ Libanon beantragt Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrates. In: *Neues Deutschland*, 09./10.1.1988, S. 7.

⁴⁴ Trotz Drohungen: Proteste gegen Besatzer halten an. In: *Junge Welt*, 28.01.1988, S. 7.

⁴⁵ Verhalten Israels erschwert Lösung. In: *Neue Zeit*, 16.01.1988, S. 2; Israel Politik am Pranger. *Der Morgen*, 16./17.01.1988, S. 2.

⁴⁶ DDR-Solidaritätskomitee protestiert gegen Besatzerterror Israels. In: *Neues Deutschland*, 16.12.1987, S. 2; DDR-Protest gegen Terror. In: *Der Morgen*, 16.12.1987, S. 1.

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Unvermindert starke Proteste im Westjordanland und Gaza-Streifen. In: *Neue Zeit*, 17.12.1987, S. 2.

⁴⁹ DDR verurteilt Terrorakte Tel Avivs. In: *Neues Deutschland*, 17.12.1987, S. 1; DDR verurteilt Terrorakte Tal Avivs. In: *Neue Zeit*, 17.12.1987, 1 S. 1; DDR verurteilt Terrorakte. In: *Der Morgen*, 18.12.1987, S. 2.

⁵⁰ Neue Greueln der Besatzer in Gaza. In: *Junge Welt*, 18.12.1987, S. 15.

⁵¹ Pz: Es brodelt im besetzten Land In: *Neues Deutschland*, 16.12.1987, S. 2.

⁵² Ebd.

⁵³ Truppen Tel Avivs feuern auf jeden, der des Widerstands verdächtig ist. In: *Neues Deutschland*, 23.12.1987, S. 5.

⁵⁴ Klaus Timm: Der Imperialismus und der Friede. In: *Neues Deutschland*, 16./17.1. 1988, S. 6.

⁵⁵ Tel Aviv ließ in Gaza Krankenhaus überfallen. In: *Neues Deutschland*, 19./20.12.1987, S. 15.

„freie Hand [...] das Aufbegehren der Palästinenser [...] mit ‚eiserner Faust‘ niederzuschlagen.“⁵⁶ Dazu gehöre auch der „in der israelischen Öffentlichkeit heftig umstrittene[n] schnelle[n] Einsatz von Schußwaffen.“⁵⁷

Nur vereinzelt konkretisierten die DDR-Zeitungen ihre Vorwürfe gegenüber dem Vorgehen des israelischen Militärs, indem sie angebliche Methoden der Armee im Umgang mit den palästinensischen Demonstranten anprangerten. Im LDPD-Organ wurde über Missbrauch von Kindern durch israelische Soldaten berichtet, die „Kinder vor die Kühler ihrer Fahrzeuge gebunden“⁵⁸ hätten, um den Widerstand der arabischen Bewohner in Ost-Jerusalem zu brechen. Die FDJ-Zeitung berief sich auf nicht näher identifizierte Ärzte, die Israel bezichtigt hätten, „völkerrechtlich geächtete Dum-Dum-Geschosse gegen arabische Demonstranten“⁵⁹ eingesetzt zu haben. Das *Neue Deutschland* stützte sich auf „Rundfunkmeldungen“, denen zufolge die israelische Armee „offenbar chemischen Kampfstoff“ gegen Demonstranten einsetze.⁶⁰ In dem Bericht war von „Behältern“ die Rede, deren Inhalt „heftige Erstickungsanfälle, Erbrechen und Hautverbrennungen“ verursache.⁶¹ Das Zentralorgan der CDU informierte über die Beschwerden palästinensischer Rechtsanwälte, Israel misshandele Gefangene: „Die Zustände in den völlig überfüllten Gefängnissen seien eine zusätzliche Form der Bestrafung. Die Gefangenen würden geschlagen und bei Verhören mit Elektroschocks gefoltert.“⁶² Neben der ‚Eisernen Faust‘ war die Behauptung eines regelrechten „Mordfeldzug[s]“ ein gängiger Vorwurf gegenüber dem israelischen Militär.⁶³ Zu Weihnachten 1987, zwei Wochen nach Beginn der Intifada, zählte Olaf Opitz „mehr als 50 Menschen [die] von schwerbewaffneten israelischen Besatzern ermordet, Hunderte verwundet und Tausende eingekerkert“⁶⁴ wurden.

Diese schwerwiegenden Darstellungen des Vorgehens des israelischen Militärs und der dahinter behaupteten israelischen Regierungspolitik nahmen zu Beginn des Jahres 1988 zu. Zunächst berichteten alle Zeitungen übereinstimmend über Agenturmeldungen, denen zufolge das Westjordanland zur militärischen Sperrzone erklärt worden sei, wodurch für die 800.000 dort lebenden Araber nun „Belagerungszustand und Kriegsrecht“⁶⁵ gelte. Im *Neuen Deutschland* und im *Morgen* wurde noch angemerkt, dass das Leben in den besetzten Gebieten durch eine „beispiellose Militärpräsenz Israels überschattet“⁶⁶ sei. Die *Junge Welt* und die *Neue Zeit* informierten

⁵⁶ Verhaftungswelle rollt durch besetzte arabische Gebiete. In: *Neues Deutschland*, 24.12.1987, S. 5.

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Terror im Gaza-Streifen. In: *Der Morgen*, 17.12.1987, S. 2.

⁵⁹ Verhaftungswelle der Israelis rollt weiter. In: *Junge Welt*, 29.12.1987, S. 2.

⁶⁰ Proteste im Gaza-Streifen gegen Mordfeldzug Israels. In: *Neues Deutschland*, 09.01.1988, S. 7. Wenige Tage später gab das *Neue Deutschland* Yasser Arafat mit den Worten wieder, Israel setze „ein potentiell tödlich wirkendes Gas gegen demonstrierende Palästinenser“ ein, welches in Form von Gasbomben von Hubschraubern abgeworfen worden sei. Vgl. Terror gegen Palästinenser forderte weitere drei Opfer. In: *Neues Deutschland*, 12.01.1988, S. 5. Und zwei Tage später meldete das *Neue Deutschland*, dass „ein vier Monate altes Baby und ein zwölfjähriges Mädchen [...] nach einem massiven Tränengaseinsatz [...] an akuter Atemnot verstorben“ seien. Vgl. Palästinenser wurden von Okkupanten ausgewiesen. In: *Neues Deutschland*, 14.01.1988, S. 1.

⁶¹ Ebd.

⁶² Palästinenser protestieren gegen ihre willkürliche Ausweisung. In: *Neue Zeit*, 08.01.1988, S. 2.

⁶³ Proteste im Gaza-Streifen gegen Mordfeldzug Israels. In: *Neues Deutschland*, 09.01.1988, S. 7; Mordfeldzug der Israelis forderte weitere Todesopfer. In: *Neues Deutschland*, 11.01.1988, S. 5; Schwangere jüngstes Opfer israelischer Besatzer. In: *Junge Welt*, 11.01. 1988, S. 7. (in diesem Artikel ist die Rede von einem „barbarischen Mordfeldzug“, bei dem eine 35jährige Schwangere „und das in ihr keimende Leben [...] im Tränengas“ erstickten.).

⁶⁴ Olaf Opitz: Internationale Solidarität noch nie so stark wie heute. In: *Der Morgen*, 24.12.1987, S. 2.

⁶⁵ Mit brutalen Aktionen terrorisiert Israel Militär das Westjordanland. In: *Neues Deutschland*, 04.01.1988, S. 5; Junge Palästinenserin in Jerusalem ermordet. In: *Junge Welt*, 04.01.1987, S. 7; Junge Frau ermordet. In: *Neue Zeit*, 04.01.1988, S. 1; Kriegsrecht im Jordanland. In: *Der Morgen*, 04.01.198, S. 2.

⁶⁶ Mit brutalen Aktionen terrorisiert Israel Militär das Westjordanland. In: *Neues Deutschland*, 04.01.1988, S. 5; Kriegsrecht im Jordanland. In: *Der Morgen*, 04.01.198, S. 2.

über die Worte des israelischen Premierministers Shamir, der „eine weitere Verschärfung des Vorgehens“⁶⁷ gegen Demonstranten angekündigt hätte. Die am selben Tag durch ADN übermittelten Angaben von UNO-Mitarbeitern, nach deren Aussagen israelische Soldaten „blindwütig in eine Menge protestierender Araber“ geschossen hätten, wodurch zwei „junge Menschen“ ihr Leben verloren hätten und fünfzehn weitere schwer verletzt worden seien, blieben nur in der *Jungen Welt* unerwähnt.⁶⁸

Bereits Ende Dezember 1987 hatte das *Neue Deutschland* unter Berufung auf den israelischen Stabschef Dan Shomron angemerkt, dass im Gaza-Streifen „mehr Soldaten als im Juni 1967“ bereit stünden, um „jegliche Demonstrationen von Palästinensern im Keim zu ersticken“⁶⁹. Im Januar rechneten dann das *Neue Deutschland* und die *Junge Welt* vor, dass die Anzahl der im Gaza-Streifen stationierten Soldaten drei Mal so hoch sei wie die Anzahl der dortigen Demonstranten. Das Ungleichgewicht sei in Wahrheit noch dramatischer, da die israelischen Sicherheitskräfte zusätzlich „von Hubschraubern, Panzern und gepanzerten Fahrzeugen unterstützt werden.“⁷⁰ Ganz offensichtlich hatte sich Martina Doering, die Autorin des Artikels in der *Jungen Welt*, der erst am Tag nach der Verbreitung der ADN-Meldung erschien, wörtlich aus der Vorlage des ADN bedient.⁷¹

Mitte Januar berichteten das *Neue Deutschland* und die *Neue Zeit* über „Gaza und mehrere Camps [, die] hermetisch von der Außenwelt abgeriegelt“ seien, und über die „schießwütigen Truppen, die auf ausdrücklichen Befehl aus Tel Aviv auf jeden Araber feuern sollen“.⁷² Bis auf *Den Morgen* brachten alle Zeitungen die auf den israelischen Verteidigungsminister Rabin zurückgeführten Verlautbarungen, dass Israels Regierung die Absicht bekräftigt hätte, das „Aufbegehren der Palästinenser mit militärischer Gewalt zu ersticken“, um die Situation unter Kontrolle zu bringen.⁷³ Auch Ministerpräsident Shamir habe erklärt, dass sich das israelische Kabinett auf „noch härtere Kollektivstrafen [und] noch längere Ausgangssperren“⁷⁴ geeinigt hätte. Bis hierhin zählte die *Junge Welt* „mehr als 60 Opfer [...] getroffen von Kugeln, erstickt an Tränengas, erschlagen mit Knüppeln.“⁷⁵ Die *Neue Zeit* zählte drei Tag später „fast 70 Araber“, die bisher dem „regelrechten Feldzug“ Israels zum Opfer gefallen sein.⁷⁶ Das israelische Kabinett habe eine „noch härtere Gangart“ angekündigt und Premier Shamir „ließ keinen Zweifel daran, daß für ihn nur eine militärische ‚Lösung‘ in Frage kommt.“⁷⁷

Das *Neue Deutschland* berichtete als einzige Zeitung über die Forderung des israelischen Polizeiministers, Chaim Bar-Lev, für Ost-Jerusalem und die darum liegenden Ortschaften den Ausnahmezustand auszurufen.⁷⁸ Die *Neue*

⁶⁷ Terror Tel Avivs forderte zwei weitere Opfer. In: *Junge Welt*, 06.01.1988, S. 2; Anhaltende Protestaktionen in Bethlechem und Nablus. In: *Neue Zeit*, 06.01.1988, S. 2.

⁶⁸ Palästinenser starben im Kugelhagel. In: *Neues Deutschland*, 06.01.1988, S. 1; Anhaltende Protestaktionen in Bethlechem und Nablus. In: *Neue Zeit*, 06.01.1988, S. 1; Weitere Opfer durch Terror. In: *Der Morgen*, 06.01.1988, S. 1.

⁶⁹ Israel verdreifachte die Besatzertruppen. In: *Neues Deutschland*, 30.12.1987, S. 1.

⁷⁰ Mordfeldzug der Israelis forderte weitere Todesopfer. In: *Neues Deutschland*, 11.01.1988, S. 5.

⁷¹ Doering, Martina: Unbelehrbare Besatzer. In: *Junge Welt*, 12.01.1988, S. 7.

⁷² Mordfeldzug der Israelis forderte weitere Todesopfer. In: *Neues Deutschland*, 11.01.1988, S. 5; Neue Opfer israelischen Terrors im Gaza-Streifen. In: *Neue Zeit*, 11.01.1988, S. 5.

⁷³ Terror gegen Palästinenser forderte weitere drei Opfer. In: *Neues Deutschland*, 12.01.1988, S. 5; Mord und Terror durch israelische Besatzer. In: *Junge Welt*, 12.1.1988, S. 1; Zu Generalstreik in den von Israel besetzten Gebieten aufgerufen. In: *Neue Zeit*, 12.01.1988, S. 2.

⁷⁴ Mörder von Palästinensern sind wieder auf freiem Fuß. In: *Neues Deutschland*, 13.01.1988, S. 1; Die Mörder werden geschützt. In: *Junge Welt*, 13.01.1988, S. 1; Mörder von Beitin freigelassen. In: *Neue Zeit*, 13.01.1988, S. 2; Besatzer mit härterer Gangart. In: *Der Morgen*, 13.01.1988, S. 2.

⁷⁵ Doering, Martina: Unbelehrbare Besatzer. In: *Junge Welt*, 12.01.1988, S. 7.

⁷⁶ Sehnsucht nach Freiheit wird mit brutalem Terror erstickt. In: *Neue Zeit*, 15.01.1988, S. 22.

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ Tel Aviv verstärkt brutalen Terror gegen Palästinenser. In: *Neues Deutschland*, 21.01.1988, S. 1.

Zeit schloss sich zwei Tage danach den damit zusammenhängen Meldungen an, dass nun im „besetzten Ost-Jerusalem [...] erstmals seit Beginn der Okkupation [...] der Ausnahmezustand verkündet worden“ sei und Bar-Lev „direkte Order zum energischen Vorgehen gegen jegliche Demonstranten gegeben“ habe.⁷⁹ In dem Artikel im *Neuen Deutschland* wurde darüber hinaus berichtet, dass Israel über den Rundfunksender *Radio Israel* „harte Vergeltung angedroht“ habe gegen diejenigen, die „sich weiterhin an Demonstrationen, Protesten, Streiks und anderen Widerstandsaktionen beteiligen.“⁸⁰

Ende Januar habe die Regierung Shamir nochmals „demonstrativ klargestellt“, dass sie an ihrer „Schlagstock-Politik“ festhalten werde.⁸¹ Shamir habe gesagt, es sei nötig, dass die Palästinenser „wieder Angst vor dem Tod haben, damit sie uns nicht weiter angreifen.“⁸² Wenige Tage später betonte die SED-Zeitung, dass Premierminister Shamir die „Anwendung eines vernünftigen Maßes an Gewalt“ für angebracht hielt.⁸³ „Unnötig“ seien nach Shamirs Ansicht die Untersuchungen von Misshandlungen, gleichzeitig habe er eingeräumt, „daß in den besetzten Gebieten Hunderttausende Menschen ‚ein elendes Leben führen‘“⁸⁴. Im selben Artikel wurde auch Rabins Haltung klargestellt, „daß Israel derzeit zu politischen Konzessionen in der Frage der okkupierten Gebiete nicht bereit sei. Allerdings mache er sich keine Illusion darüber, daß der ‚Status Quo‘ den Arabern nicht unbegrenzt aufgezwungen werden könne.“⁸⁵

Angesichts der deutlichen Verurteilung des israelischen Vorgehens gegen die Intifada mag es nicht verwundern, dass die DDR-Zeitungen den Bankrott der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern betonten. Olaf Opitz gab im *Morgen* bekannt, dass für die Ursachen des Konflikts „allein Israel die Verantwortung trägt.“⁸⁶ Zurzeit erinnere die Situation im Gaza-Streifen und in der Westbank „an den Befreiungskampf des algerischen und vietnamesischen Volkes.“⁸⁷ Die *Junge Welt* betonte, dass Israels „Rechnung“ nicht aufgegangen sei, der zufolge sich „vor allem die junge Generation der Palästinenser mit der Okkupation abfinden“ werde.⁸⁸ Mit den Worten Yasser Arafats zeuge der „Terror Tel Avivs [...] von einer tiefen Krise der israelischen Regierung“⁸⁹, deren „brutales Verhalten“ letztlich „in einer politischen Sackgasse“ ende.⁹⁰ Martina Doering schrieb, dass „die israelischen Politiker und Militärs [...] sich unbelehrbar“ zeigten: So habe die israelische Führung in den 20 Jahren seit der Besatzung nicht gelernt, dass die gewünschte Ruhe „nicht durch fortwährende Verletzung der Menschenrechte, [...], nicht durch Negierung des Rechts der Palästinenser auf einen eigenen Staat erzwungen werden könne“.⁹¹

Mitte Januar erhoben alle vier Zeitungen den Vorwurf, Israel versuche, 200.000 Palästinenser im Gaza-Streifen „regelrecht auszuhungern und auf diese Weise ihren Widerstand zu brechen.“⁹² Als erstes brachte *Der Morgen*

⁷⁹ Der Opfer des blutigen Terrors gedacht. In: *Neue Zeit*, 23.01.1988, S. 1.

⁸⁰ ‚Tag der Märtyrer‘ in den besetzten arabischen Gebieten. In: *Neues Deutschland*, 23./24.01.1988, S. 1.

⁸¹ Spezialkommandos Tel Aviv schossen auf Palästinenser. In: *Neues Deutschland*, 27.01.1988, S. 1; Israel setzt seine Schlagstock-Politik fort. In: *Junge Welt*, 02.01.1988, S. 7.

⁸² Ebd.

⁸³ Israels Besatzerarmee schoß in Lager der Palästinenser. In: *Neues Deutschland*, 30./31.01.1988, S. 5.

⁸⁴ Ebd.

⁸⁵ Ebd.

⁸⁶ Olaf Opitz: Internationale Solidarität noch nie so stark wie heute. In: *Der Morgen*, 24.12.1987, S. 2.

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ ‚Eiserne Faust‘ ist fehlgeschlagen. In: *Junge Welt*, 30.12.1987, S. 1.

⁸⁹ PLO-Vorsitzender ruft zu Fortsetzung des Kampfes auf. In: *Neues Deutschland*, 02./03.01.1988, S. 5.

⁹⁰ Ausweisungen verletzen wichtige Menschenrechte. In: *Neues Deutschland*, 06.01.1988, S. 5.

⁹¹ Doering, Martina: Unbelehrbare Besatzer. In: *Junge Welt*, 12.01.1988, S. 7.

⁹² Israels Armee will im Gaza-Streifen 200 000 Palästinenser aushungern. In: *Neues Deutschland*, 19.01.1988, S. 5; 200 000 Palästinenser ringen mit dem Hunger. In: *Junge Welt*, 19.01.1988, S. 2; Palästinenserin aus Balata erlag ihren schweren Verletzungen. In: *Neue Zeit*, 20.01.1988, S. 1.

eine Meldung über Lebensmittelknappheit in den palästinensischen Flüchtlingslagern im Gaza-Streifen, ausgelöst durch eine von Israel verhängte Ausgangssperre. Betroffen seien alle Lager im Gaza-Streifen und sieben der 18 Lager im Westjordanland.⁹³ Besonders vehement vertrat die *Junge Welt* den Vorwurf des absichtlichen Aushungerns der palästinensischen Bevölkerung in den Flüchtlingslagern. Hier wurde bereits Ende Dezember auf „akute Lebensmittelknappheit“ aufgrund des „von den israelischen Okkupanten verhängten Ausnahmezustandes“ hingewiesen.⁹⁴ Israels Verteidigungsminister Rabin habe deutlich gesagt, dass wenn militärisch nichts zu erreichen sei, „wir den Widerstandswillen durch den Hunger brechen“⁹⁵ müssten. Ebenfalls habe Israels Verteidigungsminister erklärt, dass eine „von der Kommunistischen Partei Israels und arabischen Bürgern organisierte Versorgung [...] mit Lebensmitteln“ ebenso wie „ausländische Hilfskonvois“ nicht bis in die Lager durchgelassen würden.⁹⁶

Auf dem Höhepunkt der unterstellten bewussten Aushungerungsstrategie hätten die Lebensmittel „wahrscheinlich nur noch für ein, zwei Tage“⁹⁷ gereicht. Wie die für die palästinensischen Flüchtlinge zuständige UN-Organisation UNRWA mitgeteilt habe, gäbe es „für die meisten Familien höchstens noch eine Mahlzeit am Tag.“⁹⁸ In Nuseirat würden 27.000 Flüchtlinge „seit fünf Tagen ohne Wasser“ auskommen müssen.⁹⁹ Dort hätten israelische Soldaten Lebensmittel die Frauen in das Lager bringen wollten, willentlich „zertrampelt.“¹⁰⁰ Auf ebenso scharfe Kritik stießen erste Meldungen darüber, dass Rabin „die Deportation von Palästinensern“¹⁰¹, denen eine tragende Rolle in der Intifada nachgesagt wurde, angekündigt und die israelische Regierung diese „ungeachtet weltweiter Proteste“¹⁰² beschlossen habe. An Fahrt gewann das Thema der Deportationen ab der zweiten Januarwoche des Jahres 1988. Häufig wurde in diesem Zusammenhang die Kritik der internationalen Gemeinschaft wiedergegeben. Dabei war zunächst von Bedeutung, dass der UN-Sicherheitsrat einstimmig eine Resolution annahm, die ausdrücklich Israel aufforderte, „auf die Deportation von Palästinensern [...] zu verzichten.“¹⁰³ Als Israel sich davon nicht beirren ließ, verurteilte das DDR-Solidaritätskomitee dieses „brutale und menschenverachtende Vorgehen“¹⁰⁴ in einer Erklärung. UN-Generalsekretär Perez de Cuellar habe „die umgehende Rückkehr“ der bereits ausgewiesenen Palästinenser verlangt,¹⁰⁵ und sein Stellvertreter Mark Gouling habe in einem Gespräch mit Israels Außenminister Peres

⁹³ Besitzer in der al-Agşa-Moschee. In: *Der Morgen*, 18.01.1988, S. 2.

⁹⁴ Israel setzt den Terrorfeldzug unvermindert fort. In: *Junge Welt*, 28.12.1987, S. 1.

⁹⁵ Israel setzt auf Hunger, um Widerstand zu brechen. In: *Junge Welt*, 21.01.1988, S. 1.

⁹⁶ Der Widerstand hält an. In: *Junge Welt*, 20.01.1988, S. 1.

⁹⁷ Israel setzt auf Hunger, um Widerstand zu brechen. In: *Junge Welt*, 21.01.1988, S. 1.

⁹⁸ 200 000 Palästinenser ringen mit dem Hunger. In: *Junge Welt*, 19.01.1988, S. 2.

⁹⁹ Internationale Protestwelle gegen Ausweisung von Palästinensern. In: *Neue Zeit*, 16.01.1988, S. 2.

¹⁰⁰ Israels Armee will im Gaza-Streifen 200 000 Palästinenser aushungern. In: *Neues Deutschland*, 19.01.1988, S. 5; 200 000 Palästinenser ringen mit dem Hunger. In: *Junge Welt*, 19.01.1988, S. 2.

¹⁰¹ Tel Avivs Kommandos setzen die Verhaftungswelle fort. In: *Neues Deutschland*, 29.12.1987, S. 1; Verhaftungswelle der Israelis rollt weiter. In: *Junge Welt*, 29.12.1987, S. 2; Verhaftungswelle rollt weiter. In: *Junge Welt*, 29.12.1988, S. 2.

¹⁰² Israel zerrt 2000 Araber vor Gericht. In: *Neues Deutschland*, 31.12.1987, S. 7.

¹⁰³ UNO-Sicherheitsrat verurteilt israelischen Terrorfeldzug. In: *Neues Deutschland*, 07.01.1988, S. 1; Resolution gegen Israels Deportationsbeschluss. In: *Junge Welt*, 07.01.1988, S. 7; UN-Sicherheitsrat besorgt über Politik Israels. In: *Neue Zeit*, 07.01.1988, S. 2.

¹⁰⁴ DDR-Komitee verurteilt Israels Terrorpolitik. In: *Neues Deutschland*, 16.01.1988, S. 2; DDR-Solidaritätskomitee protestiert. In: *Neue Zeit*, 16.01.1988, S. 2.

¹⁰⁵ UNO-Generalsekretär bedauert Deportationen. In: *Neue Zeit*, 15.01.1988, S. 2.

„energisch gegen den Willkürakt“¹⁰⁶ protestiert und „mit Nachdruck ein Ende der Deportationspolitik“¹⁰⁷ verlangt.

Auch die Staaten der EG und die UdSSR hätten laut DDR-Zeitungen mit besonderer Kritik auf die Deportationen reagiert. Die *Neue Zeit* meldete, dass die Sowjetunion Israel aufgefordert habe, „die Deportationen [...] unverzüglich einzustellen und [...] die Rückkehr in die Heimat zu ermöglichen.“¹⁰⁸ 48 Stunden zuvor war bereits die Meldung gebracht worden, dass die EG-Staaten an Israel appelliert hätten, „von den Deportationen Abstand zu nehmen“, da diese „einen klaren Bruch [...] des Genfer Abkommens“¹⁰⁹ darstellten. Die *Neue Zeit* meldete in der Woche drauf, dass auch das Parlament der EG die Deportationen scharf verurteilt habe.¹¹⁰

Der Vorwurf einer gezielten Aushungerungsstrategie sowie die Kritik an den Deportationen waren die beiden Themen, die in der Berichterstattung besonders hervorstachen. Auch wenn der Vorwurf der Aushungerung nur in einer relativ kurzen Zeitspanne von wenigen Tagen wirklich im Fokus der Berichterstattung stand, so wiegt er doch schwer.

Die Kritik an den Deportationen wog deshalb so schwer, weil sie mit der Wiedergabe internationaler Kritik untermauert wurde. Dies war natürlich vor allem durch die UN-Sicherheitsratsresolution von Anfang Januar 1988 möglich geworden. Denn damit hätten sich ja immerhin auch die USA gegen die Ausweisungen gestellt. Es reichte nun aus, die Verurteilung der UdSSR und die Kritik von Akteuren der Europäischen Gemeinschaft zu erwähnen, um den nötigen internationalen Rückhalt hinter dem Vorwurf zu belegen.

6.4. Die israelische Opposition

In der Bewertung der Berichterstattung, besonders in der Analyse vom *Neuen Deutschland*, zeigt sich, welchen hohen Stellenwert die Darstellung der (außer)parlamentarischen Opposition innerhalb Israels für die DDR-Zeitung annahm. In der Tat wurde in den ersten beiden Monaten der Intifada der Opposition innerhalb Israels deutlich mehr Raum zur Verfügung gestellt als palästinensischen und arabischen Stimmen.

Am 4. Dezember 1987, eigentlich noch bevor die Intifada wirklich begonnen hatte, war im *Neuen Deutschland* ein Artikel des aus Deutschland stammenden jüdischen Kommunisten, Hans Lebrecht¹¹¹, zu lesen.¹¹² Lebrecht schrieb über eine „wachsende Zahl junger Menschen, die sich weigern, einen Teil ihrer Wehrpflicht in den besetzten arabischen Territorien ‚als Okkupations- und Unterdrückungsgehilfen‘ abzuleisten.“ 50 Abiturienten hätten einen Brief an Verteidigungsminister Rabin geschrieben, in dem sie ihre Wehrpflichtverweigerung damit begründeten, dass „das israelische Besatzungsregime eine drohende Gefahr für die demokratische Zukunft der israelischen Gesellschaft und ein Hindernis für den Frieden“ darstelle. Solche Bewegungen habe es bereits 1978 gegeben, und aus ihnen sei die erste innerisraelische Friedensinitiative entstanden, die sich 1982 bei der Libanon-Invasion unter dem Motto ‚Jesch Gwul‘ – „bis hierher und nicht weiter“ – formiert hätte. Über 200 Reserveoffiziere der israelischen Armee hätten laut dem *Neuen Deutschland* Mitte Januar am Grenzübergang zum Gaza-Streifen gegen „den Besatzerterror“ demonstriert und mit „Plakaten und in Sprechchören [...] ‚Stoppt

¹⁰⁶ Protest gegen Vorgehen Israels. In: *Junge Welt*, 15.01.1988, S. 15.

¹⁰⁷ Israels Armee will im Gaza-Streifen 200 000 Palästinenser aushungern. In: *Neues Deutschland*, 19.01.1988, S. 5; 200 000 Palästinenser ringen mit dem Hunger. In: *Junge Welt*, 19.01.1988, S. 2.

¹⁰⁸ DDR-Solidaritätskomitee protestiert. In: *Neue Zeit*, 16.01.1988, S. 2.

¹⁰⁹ Menschenrechte brutal mißachtet. In: *Neue Zeit*, 14.01.1988, S. 1; UN-Besuch wurde mißachtet. In: *Der Morgen*, 14.01.1988, S. 1.

¹¹⁰ EG-Parlament verurteilt Besatzerterror Israels. In: *Neue Zeit*, 22.01.1988, S. 1.

¹¹¹ Lebrecht veröffentlichte 2007 seine Memoiren. Hans Lebrecht: *Gekrümmte Wege, doch ein Ziel*. Münster: Klemm & Oelschläger 2007.

¹¹² Hans Lebrecht: Nein zum Dienst als Okkupanten. In: *Neues Deutschland*, 04.12.1987, S. 6. Die folgenden Zitate entstammen diesem Artikel.

den Mord in den besetzten Gebieten“ gefordert.¹¹³ Auch die *Neue Zeit* berichtete von der unter israelischen Soldaten anwachsenden „Ablehnung, gegen Frauen und Kinder vorzugehen.“¹¹⁴

An Heiligabend 1987 folgte ein weiterer, noch ausführlicherer Artikel Lebrechts. Jetzt, nachdem die Intifada stetig an Dynamik zunehme, beschäftigte er sich mit den innerisraelischen „Manifestationen für Abzug aus den besetzten Gebieten“, wie der Untertitel verriet.¹¹⁵ Weil die Intifada gezeigt habe, dass die 110.000 Bewohner des arabischen Teils Jerusalems sich „niemals mit der Annexion Ost-Jerusalems abfinden werden“, seien „progressive Kreise hierzulande“ der Ansicht, dass die Regierung Israels sich in einer „Sackgasse“ befände. Während die Regierung „mit wachsender Nervosität“ auf die internationale Kritik reagiere, „erschallen der Protest gegen die Okkupationspolitik und der Ruf nach Frieden mit den Palästinensern auch in Israel selbst immer lauter.“ Dabei handele es sich mitnichten nur um arabische Israelis, „immer breitere Kreise der jüdischen Bevölkerung“ drückten ihre Opposition zum Regierungskurs öffentlich aus. So hätten „mehrere tausend Demonstranten von dem aus Kommunisten und anderen Linken gebildeten Initiativkomitee ‚Genug der Okkupation‘“ in Tel Aviv demonstriert. Man habe sich zum Abschluss mit der Bewegung ‚Frieden Jetzt‘ zu einer Massenkundgebung auf dem Museumsplatz versammelt. Auch in Nazareth seien 10.000 Anhänger der ‚Chadasch-Front‘, gegen die Besatzung auf die Straße gegangen. Man dürfe allerdings, so Lebrecht weiter, nicht übersehen, dass „sich zur gleichen Zeit bei den Rechtsexponenten [...] eine weitere Verhärtung“ abzeichne. Diese Kreise würden sich „starrsinnig“ einem Abzug aus den besetzten Gebieten, der Anerkennung der PLO als einzige legitime Vertreterin der Palästinenser sowie einer friedlichen Lösung widersetzen. Wenige Tage später berichtete das SED-Blatt von einer Demonstration an der Hebräischen Universität in Jerusalem, an der „rund 300 Studenten, Professoren und Parlamentsabgeordnete“ teilgenommen haben sollen.¹¹⁶

Demonstrationen von Israelis gegen das Vorgehen des eigenen Militärs wurden auch in den anderen Zeitungen thematisiert. Mitte Januar veröffentlichte die *Neue Zeit* ein Telefoninterview Martina Doerings mit dem Sekretär des ZK der KP Israel, Aviv Yoram Gozanski.¹¹⁷ Darin gab Gozanski zu bedenken, dass in Israel „kein Tag [...] ohne Demonstration“ vergehe. Die Proteste würden von vielen Organisationen unterstützt, „von denen zwar einige nicht gegen die Besatzung sind, aber das brutale Vorgehen gegen die Palästinenser verurteilten.“ Ebenso erwähnenswert sei die ‚Initiative 66‘, eine Gruppe von 66 Hochschülern, die Verteidigungsminister Rabin gegenüber bereits angekündigt hätten, dass sie sich im Falle ihrer Mobilisierung weigern würden, in den besetzten Gebieten zu dienen. *Der Morgen* berichtete Ende Januar wortgleich mit dem *Neuen Deutschland* von einer „der größten Protestaktionen in Israel seit der Libanon-Invasion“, bei der „Zehntausende Araber und israelische Friedenskräfte [...] in Tel Aviv und Nazareth ihre Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung [...] bekundet“ hätten.¹¹⁸ „In der Hauptstadt [gemeint war Tel Aviv] protestierten rund 50 000 Anhänger der israelischen Bewegung ‚Frieden Jetzt‘ gegen den blutigen Terrorfeldzug der Besatzer.“¹¹⁹

Ziemlich deutlich zeigte sich, dass die Zeitungen die Opposition zwar nach wie vor im Kern bei der KP Israel und anderen linken Vereinigungen verorteten. Jedoch wurde zunehmend thematisiert, dass auch „bis hinein in bürgerliche Kreise“ und selbst bei „Persönlichkeiten, die sich ideologisch zum Zionismus bekennen“, die Politik

¹¹³ Ohne Titel. In: *Neues Deutschland*, 18.01.1988, S. 1.

¹¹⁴ Überfall israelischer Soldaten auf Gläubige in Jerusalem verurteilt. In: *Neue Zeit*, 19.01.1988, S. 1.

¹¹⁵ Hans Lebrecht: In Israel wächst der Protest gegen Kurs der Machthaber. In: *Neues Deutschland*, 24.12.1987, S. 6. Die folgenden Zitate entstammen diesem Artikel.

¹¹⁶ Protestaktion an Jerusalemer Universität. In: *Neues Deutschland*, 30.12.1988, S. 7.

¹¹⁷ Israel setzt auf Hunger, um Widerstand zu brechen. In: *Junge Welt*, 21.01.1988, S. 1. Die folgenden Zitate entstammen diesem Artikel.

¹¹⁸ Massenkundgebung in Städten Israels gegen die Besatzung. In: *Neues Deutschland*, 25.01.1988, S. 5; Größte Protestaktionen seit 1982. In: *Der Morgen*, 25.01.1988, S. 2.

¹¹⁹ Ebd.

der „Eisernen Faust“ als überlebt“ betrachtet würden.¹²⁰ Shlomo Lahat, Tel Avivs Bürgermeister und führender Vertreter des Likud-Blocks, habe „die Besatzung als ‚Bürde für Israel‘“ bezeichnet.¹²¹ Die *Neue Zeit* war in der Lage, weitere Informationen über Lahat zu liefern. Er sei ehemaliger Panzergeneral gewesen und anstelle „der Besatzung befürworte er ‚feste Friedensverträge‘.“¹²² Seine Bemerkungen hätten für „helle Aufregung“ innerhalb des Likud-Blocks gesorgt, und „zahlreiche“ seiner Parteikollegen hätten bereits seinen Ausschluss aus der Partei gefordert.¹²³

Den längsten Beitrag zur Darstellung der innerisraelischen Opposition in den DDR-Zeitungen leistete aber zweifelsohne der Generalsekretär der KP Israel, Meir Vilner. Allerdings muss einschränkend erwähnt werden, dass Vilner nur im *Neuen Deutschland* zu Wort kam.

Am 5. Januar 1988 zitierte das *Neue Deutschland* Vilners Verurteilung der neuen „Unterdrückungswelle in den besetzten arabischen Gebieten“.¹²⁴ Laut Vilner stünden die „Schnellverfahren gegen willkürlich festgenommen Palästinenser“¹²⁵ im Widerspruch zu israelischen Gesetzen. Drei Tage später wurde eine Erklärung Vilners vor der Knesseth ausführlich behandelt.¹²⁶ Im Namen der KP Israel und der ‚Chadasch-Front‘ für Frieden und Gleichheit habe er den durch Israel verübten „Massenmord“ an den Bewohnern der besetzten Gebiete verurteilt. Angesichts dieser schlimmen Lage werde die „Einberufung einer international Nahost-Friedenskonferenz, und die Schaffung eines unabhängigen Palästinenserstaates“ immer dringlicher. Vor dem Hintergrund, dass selbst die USA sich kurz zuvor bei einer Abstimmung im Sicherheitsrat der UN über eine Israel verurteilende Resolution enthalten hatten, habe Vilner vor der Knesseth angemerkt, dass „die Unterdrückung der legitimen Volkserhebung mit todbringenden Schüssen [...] und die Deportation von Palästinensern [...] diesmal sogar Israels Strategiepartner dazu gezwungen [haben], das Urteil der Völker zu unterschreiben.“ Gemeinsam mit drei weiter nicht benannten Fraktionen habe Vilner die Knesseth aufgefordert, die Regierung über ein Misstrauensvotum zum Sturz zu bringen.

Ende Januar 1988 setzte das *Neue Deutschland* den Höhepunkt bei der Darstellung der israelischen Opposition durch die Person Vilner. Einem Interview mit dem Generalsekretär der KP Israel wurde fast eine ganze Seite gewidmet.¹²⁷ Wie schon vor ihm Hans Lebrecht sprach Vilner über die sich formierende Opposition unter der Bevölkerung Israels. So gebe es „eine verstärkte, sich auf immer weitere jüdische Kreise ausdehnende Erkenntnis, daß man so nicht weitermachen könne, daß die Okkupation und überhaupt die Regierungspolitik unabänderlich zu einer Katastrophe“ führten, was schon immer die Linie der Kommunisten gewesen sei. Besonders hob Vilner die jungen Israelis hervor, die „aus Gewissensgründen“ den Dienst in den besetzten Gebieten verweigern würden. Federführend unter den Oppositionskräften seien „die KP Israel und ihre Partner in der demokratischen ‚Chadasch-Front‘ [die] seit dem ersten Tage des Volksaufstandes [...]“

Israel verdreifachte die Besatzertruppen. In: *Neues Deutschland*, 30.12.1987, S. 1; Sehnsucht nach Freiheit wird mit brutalem Terror erstickt. In: *Neue Zeit*, 15.01.1988, S. 22; ‚Eiserne Faust‘ ist fehlgeschlagen. In: *Junge Welt*, 30.12.1987, S. 1.

¹²¹ Soldaten Israels schossen in Balata auf UNO-Vertreter. In: *Neues Deutschland*, 18.01.1988, S. 1; Palästinenser müssen hungern. In: *Junge Welt*, 18.01.1988, S. 7.

¹²² Überfall israelischer Soldaten auf Gläubige in Jerusalem verurteilt. In: *Neue Zeit*, 19.01.1988, S. 1.

¹²³ Ebd.

¹²⁴ Okkupationspolitik Israels international verurteilt. In: *Neues Deutschland*, 05.01.1988, S. 5.

¹²⁵ Ebd.

¹²⁶ Konflikte im Nahen Osten mit Friedenskonferenz lösen. In: *Neues Deutschland*, 08.01.1988, S. 5. In der *Jungen Welt* vom 16./17.01.1988 wurde erneut erwähnt, dass die KP Israel gemeinsam mit der ‚Chadasch-Front‘ versucht habe, die Knesseth zu einem Misstrauensvotum gegenüber der Regierung zu bewegen. Vgl. Israelisches Militär erschoss Palästinenser. In: *Junge Welt*, 16./27.01.1988, S. 7. Die folgenden Zitate entstammen diesen Artikeln.

¹²⁷ Kampf des Volkes Palästina in einer qualitativ neuen Phase. In: *Neues Deutschland*, 28.01.1988, S. 6. Die folgenden Zitate entstammen diesem Artikel.

Massendemonstrationen [...], Mahnwachen [...] sowie Unterschriftensammlungen“ organisiert hätten. Allgemein sei feststellbar, dass die öffentliche Meinung spürbar skeptischer die Okkupation betrachtet.

Der allgemeinen positiven Entwicklung der Opposition stehe allerdings auch eine negative Entwicklung entgegen, da sich im Zuge der Intifada innerhalb Israels „eine Entwicklung in zwei Richtungen in Gang gesetzt“ habe. Ebenso gäbe es nämlich „eine Radikalisierung der Rechtskräfte. Die Ereignisse werden von den rechtsextremistischen und faschistischen Kräften ausgenutzt, um die barbarischen Unterdrückungsmaßnahmen noch zu verschärfen.“ Es sei zu beobachten, wie sich „faschistische Erscheinungen“ in Israel mehrten.

Die Ursache der „allgemeinen Volkserhebung“, die eine „qualitativ neue Entwicklung“ zeige und auf die Israels Regierung mit „Hysterie“ antworte, sei, so Vilner, die andauernde Okkupation „unter menschenunwürdigen Verhältnissen“, und bestünde darin, dass Israel in den besetzten Gebieten „die Menschenrechte brutal mit Füßen“ trete. Es zeige sich nun, dass israelische Regierungskreise einer „Illusion“ verfallen gewesen seien, dass sich „das Palästinavolk mit seinem Schicksal abfinden werde.“ Der Charakter der Intifada werfe „das ganze Konzept der sich am Kolonialismus des 19. Jahrhunderts orientierenden Politik [...] über den Haufen.“

Wie Vilner zu bedenken gab, belege die Weigerung, an einer internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten teilzunehmen, die Tatsache, dass nach wie vor der „hauptsächliche Störfaktor [...] die israelische Regierung“ ist. Dahingehend erwähnte zwar auch Vilner Diskrepanzen innerhalb der Regierungskoalition. Allerdings sei dies nur eine Tarnung, so Vilner. In Wahrheit gehe es Peres darum, einen „internationalen Schirm [...] für Direktverhandlungen mit Jordanien, ohne Beteiligung der PLO“ zu schaffen. Alles in allem seien die Vorbedingungen Peres gleichbedeutend mit einer Absage an eine effektive Friedenskonferenz. Es müsse jedem klar sei, dass Israel ohne „die allseitige Unterstützung der USA-Regierung“ nicht in der Lage wäre, die „starrsinnige Politik fortzusetzen.“

Angesichts der über weite Teile dieser Arbeit herausgestellten Funktion des antimperialistischen Weltbildes, das in Bezug auf Israel auch in den DDR-Zeitungen Anwendung fand, erstaunt es doch, dass während der ersten beiden Monate der Intifada der Imperialismus kein prominentes Motiv der Deutung des israelischen Vorgehens gegen die Palästinenser war. In der Tat befasst sich im Dezember 1987 und im Januar 1988 nur ein Artikel ausgiebig mit Israel als Teil der imperialistischen Weltbewegung, wobei es hier gar nicht nur um die Intifada, sondern viel allgemeiner um den gesamten Nahen Osten und Angriffe Israels auf Teile des Libanons ging.

In der Ausgabe des *Neuen Deutschland* vom 16./17. Januar 1988 veröffentlichte Klaus Timm von der Sektion Asienwissenschaften der Humboldt-Universität einen Artikel mit dem Titel „Der Imperialismus und der Frieden im Nahen Osten“¹²⁸, in dem er im Grund die bestehenden antiimperialistischen Argumentationen gegen Israel als Handlanger der USA wiederholt. Nur eine internationale Friedenskonferenz für den Nahen Osten sei „die wichtigste Alternative sowohl zur Verfestigung des territorialen Status quo, als auch zur imperialistischen Strategie der Separatvereinbarungen sowie zur Politik der militärischen Gewaltlösungen.“ Der explizite Vorwurf des Imperialismus rückte bis auf den Artikel von Klaus Timm gar so weit in den Hintergrund der DDR-Zeitungen, dass selbst historische Rückblicke, die durchaus die vermeintliche israelisch-zionistische Expansionspolitik kritisierten, ohne das Wort Imperialismus auskamen. Während *Der Morgen* die „Chronik einer Okkupation“ mit dem Sechstagekrieg von 1967 begann, und auf den „Bodenraub“, „Annexion“ und Ausdehnung israelischer Gesetzgebung auf besetzte Gebiete fokussierte,¹²⁹ habe die „Besatzterpolitik des Staates Israel“ in der *Jungen Welt* bereits 1948 mit dem ersten israelisch-arabischen Krieg und der Erweiterung des

¹²⁸ Klaus Timm: Der Imperialismus und der Frieden im Nahen Osten. In: *Neues Deutschland*, 16./17.01.1988, S. 6.

¹²⁹ Chronik einer Okkupation. In: *Der Morgen*, 30.12.1987, S. 2.

israelischen „Territorium um fast ein Drittel“ begonnen.¹³⁰ Beide Chroniken verdeutlichen die DDR-Sicht auf Israel, dabei implizieren sie nur den Imperialismus-Vorwurf, explizit wurde er nicht erwähnt, was angesichts der sonst deutlichen Sprache in den DDR-Zeitungen doch verwundert.

6.5. Wahlen in Israel: Ausdruck politischer Heterogenität?

Am 1. November 1988, ein knappes Jahr nach Beginn der Intifada, fanden in Israel Parlamentswahlen statt. Das *Neue Deutschland* sah darin einen der Gründe für die „Ballung der politischen und diplomatischen Aktivitäten“¹³¹ bezüglich einer Lösungsfindung des israelisch-palästinensischen Konfliktes. Angesichts der „opferreichen Intifada“ sei damit zu rechnen, dass der Ausgang der Wahlen durch die „Haltung zu Verhandlungen mit der PLO und einem gerechten Nahostfrieden“ bestimmt würden¹³². Wie die *Neue Zeit* berichtete, hätten über 25% der 100.000 christlichen Araber, denen das Wahlrecht in Israel zustand, „den kommenden Urnengang boykottieren“¹³³ wollen. Ferner hätte die Umfrage unter diesem Bevölkerungsanteil ergeben, dass Premierminister Shamir in der arabischen Bevölkerung Israels auf „eindeutige Ablehnung“ stoße, „während man von Peres eher Schritte in Richtung auf eine Lösung“ erwarte.¹³⁴ Bereits auf der Titelseite derselben Ausgabe hatte das CDU-Organ in einer Kurzmeldung mitgeteilt, Peres habe erklärt, er werde sich für „die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz einsetzen, wenn die [...] Arbeiterpartei die Wahlen [...] gewinnt.“¹³⁵

Zwei Tage nach den Wahlen brachten alle vier Zeitungen eine ADN-Meldung, in der bekanntgegeben wurde, dass bisher keine Partei die absolute Mehrheit erringen konnte.¹³⁶ Stärkste Partei sei der Likud-Block um Ministerpräsident Shamir geworden, dicht gefolgt von Peres' Arbeiterpartei. In der ADN-Meldung wurde auch vom Erfolg der ‚Chadasch-Front‘ berichtet, die Meir Vilner als Spitzenkandidat aufgestellt habe und sich ein Mandat auf fünf Abgeordnete verbessern konnte. Das endgültige Ergebnis könne aber erst in wenigen Tagen bekannt gegeben werden, da noch die Stimmen der Soldaten ausgezählt werden müssten. Shamir habe dennoch bereits erste Gespräche geführt und „die Möglichkeit einer Erneuerung der großen Koalition mit der Arbeiterpartei“¹³⁷ in Betracht gezogen. Allerdings nur unter der Bedingung, „daß die Arbeiterpartei von ihrer Forderung nach einer internationalen Nahost-Konferenz abgeht.“¹³⁸ Lediglich *Der Morgen* brachte die Information, dass mit 80% die Wahlbeteiligung höher gewesen sei als vier Jahre zuvor.¹³⁹

Das *Neue Deutschland* veröffentlichte noch einen weiteren Artikel, der angeblich auf einem Gespräch Vilners mit dem ADN beruhte.¹⁴⁰ Darin wurden das Abschneiden und die politischen Vorstellungen der ‚Chadasch-Front‘ behandelt. Die Wahlen hätten laut Vilner ergeben, dass „eine weitere Wendung nach rechts“ vollzogen sei, sich „aber auch die Position der Chadash gefestigt und gestärkt“ habe. Die Gründe dafür seien nach wie vor in der

¹³⁰ Besatzerpolitik des Staates Israel: Panzer, Bomben und Schlagstöcke. In: *Junge Welt*, 05.01.1988, S. 2.

¹³¹ Pz: Optionen im Nahen Osten. In: *Neues Deutschland*, 01.11.1988, S. 2.

¹³² Ebd.

¹³³ Für politische Lösung des Nahostkonflikts. In: *Neue Zeit*, 01.11.1988, S. 2

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ Peres will Friedenskonferenz. In: *Neue Zeit*, 01.11.1988, S. 1,

¹³⁶ Keine absolute Mehrheit bei Parlamentswahlen in Israel. In: *Neues Deutschland*, 03.11.1988, S. 5; Zu den Ergebnissen der Wahl in Israel. In: *Junge Welt*, 03.11.1988, S.7; Keine Partei mit absoluter Mehrheit. In: *Neue Zeit*, 03.11.1988, S. 2; Likud-Block liegt vorn. In: *Der Morgen*, 3.11.1988, S. 2.

¹³⁷ Ebd.

¹³⁸ Ebd.

¹³⁹ Likud-Block liegt vorn. In: *Der Morgen*, 3.11.1988, S. 2.

¹⁴⁰ KP Israel: Front für Frieden und Gleichheit gestärkt. In: *Neues Deutschland*, 3, November 1998, S. 5. Stark gekürzt wurde dieser Artikel in der *Jungen Welt* desselben Tages. Die folgenden Zitate entstammen diesem Artikel.

Besatzung und „den damit verbundenen schlimmen Begleiterscheinungen“ zu finden. Ungeachtet der Rechtswende, habe die ‚Chadasch-Front‘ „unter den jüdischen Wählern als auch unter der arabischen Bevölkerung [...] ihre Position halten und ausbauen können.“ Abschließend wurde Vilners Versicherung betont, jede Regierung zu unterstützen, „die den Weg des Friedens, der Respektierung der Rechte des palästinensischen Volkes“ beschreitet, und die „für Verhandlungen mit der PLO [...] eintreten wird.“

Das amtliche Endergebnis und die dadurch veränderte Sitzverteilung in der Knesseth wurden von der *Neuen Zeit* gar nicht mehr erwähnt. Zwei Tage nachdem das *Neue Deutschland* und die *Junge Welt* über das Wahlergebnis berichteten, veröffentlichte auch *Der Morgen* die offiziellen Zahlen.¹⁴¹ Auch hier hielten sich die drei Zeitungen wieder an die gleiche ADN-Meldung, die allerdings von der *Jungen Welt* und *Dem Morgen* nur in stark gekürzter Form veröffentlicht wurde. Nachdem nun auch die Stimmen der Armee ausgezählt worden seien, hätten Likud und Arbeiterpartei jeweils einen Sitz mehr in der Knesseth errungen. Dagegen werde die ‚Chadasch-Front‘ „trotz eines erheblichen Stimmenzuwachses weiterhin nur mit vier Abgeordneten in der Knesseth vertreten sein.“¹⁴² Das *Neue Deutschland* informierte in diesem Zusammenhang noch darüber, dass die ‚Chadasch-Front‘ alle Friedenskräfte „innerhalb und außerhalb des Parlaments“ aufgerufen habe, enger zu kooperieren.¹⁴³ Laut dem Appell vermöge nur „ein derartiges Zusammengehen [...], den Weg für einen dauerhaften Frieden in der Region zu ebnen, ohne den die Zukunft Israels in Sicherheit nicht gewährleistet ist.“¹⁴⁴

Eine letzte – und eigentlich die einzige tiefergehende Analyse des Wahlergebnisses – lieferte Frank Mangelsdorf in der Rubrik ‚zeitgeschehen kommentiert‘ im *Morgen*.¹⁴⁵ Mangelsdorf identifiziert die „rechts stehenden religiösen Parteien“ als die wahren Gewinner der Wahlen, da nur sie einen Stimmenzuwachs verzeichnet hätten. Wie schon der Autor mit dem Kürzel ‚Pz‘ am 1. November im *Neuen Deutschland*, nahm auch Mangelsdorf an, dass noch „niemals in der 40jährigen Geschichte des Landes der israelisch-arabische Konflikt einen Wahlkampf so bestimmt“ hätte. Die Intifada habe nämlich dafür gesorgt, dass das „Nein“ zu einer Änderung der Politik gegenüber den Palästinensern [...] ins Wanken geraten“ sei. Als Reaktion darauf müsse „das propagandistische Trommelfeuer der Rechtskräfte, deren Ruf nach einem eisernen Vorgehen immer lauter wurde...“ verstanden werden.

Vor dem Hintergrund der künftigen Regierungsbildung, sei zu bedenken, dass das „Spektrum in Israels Parteienlandschaft [...] sehr vielgestaltig“ sei, es reiche von extremistischen Parteien, die eine Vertreibung der Palästinenser anstreben würden, über religiöse Parteien bis hin zu Parteien, die für Verständigung und eine Friedenskonferenz eintreten. Es sei noch keine ausgemachte Sache, in welcher Form sich das „Buhlen“ der beiden großen Blöcke, Likud und Arbeiterpartei, um die „Kleinen“ auswirke. Deren Einfluss könne sich „sowohl nach links wie nach rechts bemerkbar machen.“

Auch das Zentralorgan der SED widmete sich noch einmal den möglichen Koalitionsbildungen Israels.¹⁴⁶ Anstoß war eine Erklärung der ‚Chadasch-Front‘, die dem Staatspräsidenten, Chaim Herzog, übergeben worden sei. Darin habe die ‚Chadasch-Front‘ erklärt, Israel brauche „jetzt dringender denn je eine Regierung, die das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Eigenstaatlichkeit akzeptiert und Verhandlungen mit der PLO im Rahmen einer internationalen Nahostkonferenz aufnimmt.“¹⁴⁷ Da Israels Sicherheit und die

¹⁴¹ Endergebnis der Wahlen in Israel bekanntgegeben. In: *Neues Deutschland*, 05./06.11.1988, S. 5; Armeestimmen verändern Wahlergebnis in Israel. In: *Junge Welt*, 05./06.11.1988, S. 2; Endergebnis der Wahlen. In: *Der Morgen*, 07.11.1988, S. 2.

¹⁴² Ebd.

¹⁴³ Endergebnis der Wahlen in Israel bekanntgegeben. In: *Neues Deutschland*, 05./06.11.1988, S. 5.

¹⁴⁴ Ebd.

¹⁴⁵ Mangelsdorf, Frank: Regierungsprobleme. In: *Der Morgen*, 08.11.1988, S. 2. Die folgenden Zitate entstammen diesem Artikel.

¹⁴⁶ Chadasch-Front: Regierung sollte mit PLO verhandeln. In: *Neues Deutschland*, 11.11.1988, S. 5.

¹⁴⁷ Ebd.

Überwindung einer gesellschaftlichen Krise in Israel „nur unter den Bedingungen eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten“ gewährleistet werden könnten, habe sich die ‚Chadasch-Front‘ deutlich „für eine von der Arbeiterpartei gestellte[n] Regierung“ ausgesprochen.¹⁴⁸ Dass zunächst der Likud-Block das Recht auf die Bildung einer Regierung hatte, da er als stärkste Partei aus den Wahlen hervorging, blieb in dem auf einer ADN-Meldung basierenden Artikel unerwähnt. Wenige Tage später informierten das *Neue Deutschland* und die *Neue Zeit* über den durch Präsident Herzog an Shamir übertragenen Auftrag, eine Regierung zu bilden.¹⁴⁹ Angeblich konnte Shamir schon zu diesem Zeitpunkt eine kleine Mehrheit von 63 der 120 Sitze in der Knesseth organisieren.

Zwar orientierte sich die Darstellung Israels im Rahmen der Parlamentswahlen in den DDR-Zeitungen monolithisch am israelisch-palästinensischen Konflikt und eine Erwähnung anderer möglicher Problemfelder, die die israelische Gesellschaft gekennzeichnet haben mögen, fand nicht statt. Dennoch zeichneten die verschiedenen Berichte ein heterogenes Bild der Gesellschaft, vor allem aber der Parteienlandschaft Israels durch. Deutlich wurde, dass die Haltung zum weiteren Vorgehen gegenüber den Palästinensern zu unterschiedlichen Ansichten auch unter den etablierten Parteien geführt hatte. Personalisiert wurden die Unterschiede in den beiden führenden politischen Persönlichkeiten, dem amtierenden Premierminister Shamir und Außenminister Peres. Deutlichster Ausdruck dessen war Mangelsdorf Beschreibung einer „vielgestaltigen Parteienlandschaft“¹⁵⁰ im *Morgen*. Die differenzierte Sicht auf Israels politische Landschaft führte aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht dazu, dass etwa mehrere Parteien und deren Haltungen in den DDR-Zeitungen vorgestellt wurden. Im Großen und Ganzen wurde weiterhin die Lage aus Sicht der KP Israel, und hier in der Gestalt der ‚Chadasch-Front‘ und Meir Vilners, dargestellt. Die Darstellung der Position der ‚Chadasch-Front‘ fand vor allem im *Neuen Deutschland* statt.

6.6. Die Ausrufung des Staates Palästina

Im Anschluss an die Berichterstattung über die Wahlen in Israel wurde intensiv über die außerordentliche Tagung des PNC berichtet, die am 12. November in Algier begann. Lothar Pilz hatte für das *Neue Deutschland* bereits wenige Tage zuvor umrissen, um welche „Grundsatzfragen von großer Tragweite“ es gehen werde, „wenn dieses höchste Gremium der Palästinensischen Befreiungsorganisation – faktisch das Parlament des palästinensisch-arabischen Volkes – zusammentritt“.¹⁵¹ Angesichts der Ankündigung Jordaniens, jegliche „rechtlichen und administrativen Bindungen [...] zum israelisch okkupierten Westjordanland abubrechen“ und der Tatsache, dass die Tagung kurz nach den israelischen Parlamentswahlen und ein knappes Jahr nach Beginn der Intifada stattfand, stünden mehrere Optionen für den „weiteren Weg des Kampfes der Palästinenser für ihre nationalen Rechte“ zur Verfügung.¹⁵² PLO-Abgeordnete hätten allerdings bereits im Vorfeld bekräftigt, dass man sich für die Ausrufung eines Palästinenserstaates in Algier entscheiden werde. Über die zu erwartende Ausrufung des palästinensischen Staates zum Abschluss der PNC-Tagung am 15. November war nur im *Neuen Deutschland* zu lesen.¹⁵³

Die Palästinenser würden sich bei der Ausrufung ihres Staates auf die UN-Resolution 181 vom November 1947 stützen als auch auf die Resolutionen 242 und 338, die im Nachklang zum Sechstagekrieg von 1967

¹⁴⁸ Ebd.

¹⁴⁹ Shamir mit Regierungsbildung beauftragt. In: *Neues Deutschland*, 15.11.1988, S. 5; Regierungsbildung in Israel. In: *Neue Zeit*, 15.11.1988, S. 1.

¹⁵⁰ Mangelsdorf, Frank.; Regierungsprobleme. In: *Der Morgen*, 08.11.1988, S. 2.

¹⁵¹ Lothar Pilz: Kursbestimmung für die Palästinenser. In: *Neues Deutschland*, 10.11.1988, S. 6.

¹⁵² Ebd.

¹⁵³ Nationalrat der PLO tagt in Algeriens Hauptstadt. In: *Neues Deutschland*, 14.11.1988, S.1.

beziehungsweise nach dem Oktober-Krieg von 1973 „die Souveränität, die territoriale Unversehrtheit und die politische Unabhängigkeit eines jeden Staates in der Region“¹⁵⁴ forderte. Die PLO sei „willens“, die „Existenzberechtigung“ Israels anzuerkennen. Sie verlange aber „zu Recht, als einzig legitimer Vertreter des palästinensischen Volkes von Israel ebenfalls anerkannt zu werden.“ Pilz sah zwar in der KP Israel und anderen „progressiven Kräften in Israel“ Verfechter einer Anerkennung der PLO. Allerdings würden die „herrschenden Kreise“ Israels dies samt dem palästinensischen Recht auf einen eigenen Staat ablehnen. Vor „übersteigerten Erwartungen“ in Bezug auf die PNC-Tagung müsse zu Recht gewarnt werden: „Neue Zuspitzungen und weitere Unwägbarkeiten seien nicht auszuschließen.“

Lothar Pilz waren offenbar die Unklarheiten und Widersprüchlichkeiten der von ihm selbst dargestellten palästinensischen Position nicht bewusst, oder aber er hatte sie absichtlich nicht erwähnt. Denn die Berufung sowohl auf die UN-Resolutionen von 1947, als auch von 1967 ließ mitunter offen, welches Israel die PLO „willens“ war anzuerkennen – das Israel in den Grenzen wie durch die Resolution 181 festgelegt, oder aber das Israel, wie es am Ende des ersten arabisch-israelischen Krieges bis zum Vorabend des Sechstagekrieges von 1967 existierte. Es ist natürlich sehr wahrscheinlich, dass die PLO selbst keine Klarheit über die Grenzfragen schuf. Eine angemessene politische Analyse hätte aber die Erwähnung dieser Unklarheiten einschließen müssen. Zwei Tage später veröffentlichte das *Neue Deutschland* eine ADN-Meldung, bei der die UN-Resolutionen von 1967 keine Erwähnung mehr fanden, nun war nur noch von der „Grundlage der UN-Resolution 181 von 1947“ die Rede.¹⁵⁵

Am ersten Tag der Zusammenkunft sei im Zusammenhang mit Arafats Würdigung für „die dem palästinensischen Volk aus aller Welt“ erwiesene Solidarität die Grußadresse Erich Honeckers verlesen worden,¹⁵⁶ die bereits zuvor im *Neuen Deutschland* vollständig abgedruckt worden.¹⁵⁷ Im Namen des ZK der SED, des Staatsrates und dem Volke der DDR übermittelte Honecker „solidarische Kampfesgrüße“, er sah günstige Zeiten für „die Gesundung der internationalen Lage“, wodurch es auch für den Nahen Osten möglich sei, „einer friedlichen Regelung, die die Interessen aller Seiten berücksichtigt, näherzukommen.“ Die Einheit der arabischen Staaten und die Zusammenarbeit „aller Friedenskräfte“ seien „Unterpfand für Fortschritte“ auf dem Wege zu einem Frieden, zu dem sich die PLO durch ihr Eintreten für eine internationale Friedenskonferenz bereits bekannt hätte. Die Palästinenser könnten sich bei ihrem „gerechten Kampf“ auch weiterhin der Solidarität der DDR sicher sein.

Israelische Reaktionen auf den Beginn der Tagung des PNC blieben in den DDR-Zeitungen zunächst weitgehend im Hintergrund. Nur kurz berichteten das *Neue Deutschland* und die *Neue Zeit* von einer Grußadresse der ‚Chadasch-Front‘, in der sie ihre „solidarische Verbundenheit“ und ihre „Gewißheit ausgedrückt [hat], daß die Tagung einen gewichtigen Beitrag zu einem gerechten und dauerhaften israelisch-palästinensischen Frieden leisten“ werde.¹⁵⁸ Mit der gleichen Meldung gaben beide Zeitungen bekannt, dass die besetzten Gebiete „für die Dauer der Tagung [...] von israelischen Truppen völlig von der Außenwelt abgeriegelt worden“¹⁵⁹ seien.

¹⁵⁴ Dieses und die nachfolgenden Zitate: Lothar Pilz: Kursbestimmung für die Palästinenser. In: *Neues Deutschland*, 10.11.1988, S. 6.

¹⁵⁵ Höchstes Organ der PLO tritt zu Sondertagung zusammen. In: *Neues Deutschland*, 12./13.11.1988, S. 5.

¹⁵⁶ Ebd.; Arafat würdigt Solidarität mit palästinensischem Volk. In: *Neues Deutschland*, 14.11.1988, S. 5; Bereitschaft zu einem friedlichen Ausgleich in Nahost. In: *Junge Welt*, 14.11.1988, S. 2; Tagung des Palästinensischen Nationalrat in Alger. In: *Neue Zeit*, 14.11.1988, S. 1.

¹⁵⁷ DDR solidarisch mit Kampf des palästinensischen Volkes. In: *Neues Deutschland*, 12./13.11.1988, S. 5 Die folgenden Zitate entstammen dieser Veröffentlichung des Solidaritätsschreiben Honeckers.

¹⁵⁸ Arafat würdigt Solidarität mit palästinensischem Volk. In: *Neues Deutschland*, 14.11.1988, S. 5; Grüße von „Chadash“ aus Israel. In: *Neue Zeit*, 14.11.1988, S. 1.

¹⁵⁹ Ebd.

Über die Proklamation eines Staates Palästina am 15. November berichteten alle vier Zeitungen gleich am nächsten Tag auf ihren Titelseiten.¹⁶⁰ In der einstimmigen Entscheidung des PNC sei Jerusalem zur Hauptstadt des neuen palästinensischen Staates erklärt worden. Unter „stürmischem Beifall“ habe ein „feierliche Zeremonie“ stattgefunden, bei der Nationalhymne erklingen und die Nationalflagge gehisst worden sei.¹⁶¹ In allen Zeitungen war ebenfalls davon zu lesen, dass die DDR den palästinensischen Staat willkommen heiße, dessen Proklamation in „genereller Übereinstimmung mit der Resolution 181 der UNO-Vollversammlung stehe“ und „zweifelsohne den angestrebten Prozeß einer dauerhaften und gerechten Regelung des Nahostkonflikts“ stimulare, wie Wolfgang Meyer, Sprecher des MfAA, betont hätte.¹⁶²

Martina Doering schrieb in der *Jungen Welt*, dass die „historische Entscheidung [...] die scheinbar festgefahrene Konfliktsituation im Nahen Osten in Bewegung“¹⁶³ bringe. Die Intifada habe den Israelis und der Welt gezeigt, dass die Palästinenser ihr „Los der Heimatlosigkeit“ nicht länger hinnähmen. Nur in diesem Lichte sei die „Grundsatzentscheidung über die Proklamierung eines unabhängigen Palästinenserstaates“ zu verstehen. Im Vorfeld, so Doering, habe es aber innerhalb der PLO durchaus Streitigkeiten über die formelle Annahme der UN-Resolutionen 242 und 338 gegeben, da „die radikalen Kräfte in der PLO [...] befürchten, daß ein friedliches Zusammenleben mit dem stets aggressiven Nachbarn auch in Zukunft nicht möglich sein wird.“ Es hätten sich aber die „realistischen Kräfte“ durchgesetzt, denen bewusst gewesen sei, dass „man das eine – die längst überfällige Gründung eines Staates der Palästinenser – nicht ohne das andere – die Anerkennung des Existenzrechts Israels in den Grenzen vor 1967 – erreichen kann.“ Die Entscheidung für die „realistische“ Linie sei angesichts der Ergebnisse der Parlamentswahlen in Israel besonders schwer gefallen, da der „Sieg der rechtsradikalen Kräfte in Israel [...] vorerst die Hoffnung zerstört, daß von dieser Seite ein Entgegenkommen signalisiert wird.“ Schon der nächste Schritt, die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten, sei „angesichts der politischen Rechtsentwicklung in Israel“, höchst problematisch.

Das *Neue Deutschland* wertete die Proklamation eines Palästinenserstaates als Zäsur im Kampf der Palästinenser ein.¹⁶⁴ Es handele sich bei den Beschlüssen der PNC-Tagung nicht nur um einen „historischen Höhepunkt“, vielmehr drücke sich darin auch die „tiefe Friedenssehnsucht“ der Palästinenser aus. Angesichts der israelischen Besatzung in den zum palästinensischen Staat ausgerufenen Gebieten, sei zu bedenken, dass es sich bei der Proklamation um mehr als einen „symbolischen Akt“ handele. In Kombination mit dem expliziten Verzicht auf Gewalt sei den Gegnern einer Friedenskonferenz und von Verhandlungen mit der PLO „der Wind aus den Segeln genommen.“ Auch im *Morgen* wurde der Palästinenserstaat, trotz der „Tatsache, daß sein Territorium noch militärisch von Israel besetzt ist“, als „Realität“ bezeichnet.¹⁶⁵ Schließlich berichteten alle Zeitungen in ihren Ausgaben vom 19. November von der völkerrechtlichen Anerkennung des Staates Palästina durch die DDR. Eine entsprechende Note habe der stellvertretende Außenminister der DDR, Heinz-Dieter Winter, dem

¹⁶⁰ Unabhängiger Staat der Palästinenser proklamiert. In: *Neues Deutschland*, 16.11.1988, S. 1; Unabhängiger Staat der Palästinenser proklamiert. In: *Der Morgen*, 16.11.1988, S. 1; Palästinensischer Staat in von Israel besetzten Gebieten proklamiert. In: *Junge Welt*, 16.11.1988, S. 1; Unabhängiger palästinensischer Staat proklamiert. In: *Neue Zeit*, 16.11.1988, S. 1.

¹⁶¹ Ebd.

¹⁶² DDR begrüßt die Ergebnisse der PLO-Nationalratstagung. In: *Neues Deutschland*, 16.11.1988, S. 1; DDR begrüßt Proklamation. In: *Junge Welt*, 16.11.1988, S. 2; In genereller Übereinstimmung mit UNO-Resolution. In: *Neue Zeit*, 16.11.1988, S. 1; Ausdruck legitimer Rechte. In: *Der Morgen*, 16.11.1988, S. 2.

¹⁶³ Dieses und die folgenden Zitate: Martin Doering: Eine historische Entscheidung. In: *Junge Welt*, 16.11.1988, S. 4.

¹⁶⁴ Pz: Zäsur im gerechten Kampf des palästinensischen Volkes. In: *Neues Deutschland*, 17. November 1977, S. 2. Die folgenden Zitate entstammen diesem Artikel.

¹⁶⁵ Politischer Rahmen des nationalen Willens. In: *Der Morgen*, 18.11.1988, S. 5.

Botschafter der PLO in Ost-Berlin, ein gewisser Dr. Salem, bei einem persönlichen Treffen übergeben.¹⁶⁶ In den Folgetagen erschienen weitere Kurzmeldungen über die Anerkennung Palästinas durch Drittstaaten. Im Gegensatz zum Auftakt der PNC-Tagung nahm die Darstellung israelischer Reaktionen auf die im Laufe der Tagung vollzogene Ausrufung eines palästinensischen Staates deutlich zu. Nur *Der Morgen* wich von den ADN-Meldungen über die israelischen Reaktionen insofern ab, als dass hier die verschiedenen ADN-Meldungen in einer längeren Meldung zusammengefasst wurden.¹⁶⁷ Die anderen Zeitungen brachten dagegen am Tag nach der Proklamation des Palästinenserstaates die Meldung, dass das israelische Außenministerium die Proklamation zurückgewiesen habe. In einer Stellungnahme sei behauptet worden, dass die PLO die „Realitäten“ nicht erkannt habe und damit den Friedensprozess im Nahen Osten nur hemme.¹⁶⁸ Ebenso wurde darüber berichtet, dass Israel als Reaktion auf die Ausrufung des Staates Palästina die besetzten Gebiete „von der Außenwelt“ abgeriegelt habe, wozu auch die Unterbrechung der Telefonverbindungen gehört habe.¹⁶⁹ Über die „meisten Ortschaften sowie alle Flüchtlingslager [wurde] der Ausnahmezustand“¹⁷⁰ verhängt, wie es weiter hieß. Ausländischen Journalisten sei untersagt worden, in die besetzten Gebiete zu reisen.¹⁷¹ Das *Neue Deutschland* und die *Junge Welt* brachten darüber hinaus noch die Meldung, dass die KP Israel die Proklamation Palästinas als Staat begrüßt habe. Die Partei habe verlauten lassen, dass Israel nun „keinen Grund mehr zur Ablehnung von Verhandlungen mit der PLO“¹⁷² habe. Die gesamte ‚Chadasch-Front‘ habe ebenfalls die Ergebnisse der Tagung des PNC begrüßt. Es sei eine „reale Grundlage für die Einberufung einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz“¹⁷³ geschaffen worden.

In den letzten zehn Novembertagen wurden die Bedenken auf israelischer Seite aus verschiedenen Perspektiven in den Zeitungen thematisiert. Dabei stand die Kritik an der anhaltenden Ablehnung der israelischen Regierung gegenüber einer Friedenskonferenz unter Teilnahme der PLO im Fokus. Bis auf die *Neue Zeit* wurde überall eine ADN-Meldung veröffentlicht, nach der Frankreichs Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevenement gesagt haben soll, dass die „Proklamation des unabhängigen Staates Palästina [...] die Sicherheit Israels nicht in Frage“¹⁷⁴ stelle. Im Gegenteil, so die Meldung weiter, sei Chevenement der Meinung, dass die „Annahme der UNO-Resolution 242“ durch die PLO und den PNC „ein begrüßenswerter Fortschritt“ sei.¹⁷⁵ Dabei erwähnte nur *Der Morgen*, dass Chevenement ausdrücklich betont habe, dass auch die „Sicherheit Israels garantiert“ werden müsse, was besonders bei der endgültigen Grenzziehung zu beachten sei.¹⁷⁶ Vermutlich war diese

¹⁶⁶ Die DDR erkennt den Staat Palästina an. In: *Neues Deutschland*, 19./20.11.1988, S. 1; Anerkennung des Staates Palästina durch die DDR. In: *Junge Welt*, 19./20.11.1988, S. 2; DDR erkennt Palästina an. In: *Neue Zeit*, 19.11.1988, S. 1; Staat Palästina anerkannt. In: *Der Morgen*, 19.11.1988, S. 1.

¹⁶⁷ Chance für Nahostlösung. In: *Der Morgen*, 17.11.1988, S. 2.

¹⁶⁸ Israel weist Beschlüsse zurück. In: *Neues Deutschland*, 16.11.1988, S. 6; Anerkennung durch Israel verweigert. In: *Junge Welt*, 16.11.1988 S. 5; Israelisches Außenministerium weist Beschlüsse des PNC zurück. In: *Neue Zeit*, 16.11.1988, S. 2.

¹⁶⁹ Ebd.

¹⁷⁰ Ebd.

¹⁷¹ Okkupierte Gebiete abgeriegelt. In: *Neues Deutschland*, 16.11.1988, S. 6; Besatzer riegeln okkupierte Gebiete von Außenwelt ab. In: *Junge Welt*, 16.11.1988, S. 4; Ohne Titel. In: *Neue Zeit*, 16.11.1988, S. 2.

¹⁷² KP Israel begrüßt Ausrufung des palästinensischen Staates. In: *Neues Deutschland*, 16.11.1988, S. 6; KP Israel begrüßt Ausrufung des Staates Palästina. In: *Junge Welt*, 16.11.1988, S. 4.

¹⁷³ Ebd.

¹⁷⁴ Sicherheit Israels durch Palästina ungefährdet. In: *Neues Deutschland*, 22.11.1988, S. 5; PLO-Beschlüsse bedeutsam. In: *Junge Welt*, 22.11.1988, S. 1; Proklamation im Interesse Israel. In: *Der Morgen*, 22.11.1988, S. 1. In der *Jungen Welt* wurde auch berichtet, dass die EG-Staaten in der Proklamation Palästinas als Staat ebenfalls einen Fortschritt auf dem Weg zu einem Frieden im Nahen Osten gesehen hätten.

¹⁷⁵ Ebd.

¹⁷⁶ Proklamation im Interesse Israel. In: *Der Morgen*, 22.11.1988, S. 1.

Zusatzinformation der ursprünglichen ADN-Meldung nicht zu entnehmen, da sich *Der Morgen* hierbei auch auf eigene Quellen berief.

Über einen Vorfall bei der Eröffnungssitzung der neugewählten Knesseth berichtete ausschließlich die *Neue Zeit*. „Mehrere Abgeordnete [...], unter ihnen auch Staatspräsident Chaim Herzog“ hätten aus Protest den Saal verlassen, nachdem Alterspräsident Jair Sprinzak erklärt habe, „daß das jüdische Volk Anspruch auf ganz Palästina einschließlich des Westjordanlandes und des Gazastreifens habe.“¹⁷⁷ Gegen diese „Annexionsansprüche“¹⁷⁸ hätten Abgeordnete auch mit Zwischenrufen reagiert. Im SED-Organ wurde einen Tag später verkündet, dass die israelische Bewegung ‚Frieden Jetzt‘ die Regierung aufgefordert habe, mit der PLO Verhandlungen zu beginnen. Die von der Nationalratsstagung der PLO unternommenen Schritte „in Richtung Frieden“¹⁷⁹ müssten durch Israel genutzt werden. ‚Frieden Jetzt‘ sei „aus Protest gegen die Aggression“ entstanden und umfasse „friedliebende Kräfte breiter Bevölkerungsschichten, vor allem Reservisten, Studenten, Künstler und Wissenschaftler.“¹⁸⁰

6.7. Das Ende der antiimperialistischen Sicht auf Israel

Auch im Zuge der israelischen Parlamentswahlen und der Tagung des PNC in Algier im November 1988 wurde Israel den Lesern der DDR-Zeitungen nicht mehr in direktem Zusammenhang mit dem Imperialismus präsentiert. Über die Ablehnung einer internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten und der Ausrufung des Staates Palästina durch die israelische Regierung wurde in der Berichterstattung sachlich, wenn auch ohne große analytische Schärfe, berichtet. Definitiv wurden diese israelischen Positionen nicht in einen direkten Zusammenhang mit der angeblichen US-Globalstrategie gestellt, anders als bei den zuvor untersuchten Ereignissen.

Interessanterweise fand eine zeitlich begrenzte Wiederkehr des Imperialismusvorwurfs statt, als die USA Ende November 1988 Yasser Arafat, der vor der UN-Vollversammlung sprechen sollte, die Einreise in die USA untersagten. Die Entscheidung für das Einreiseverbot fiel zusammen mit der Berichterstattung zum Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk. Die überwiegende Mehrheit der Artikel und Meldungen zu dem Thema waren völlig frei von irgendwelchen Bezügen zu Israel. *Der Morgen* brachte Israel überhaupt nicht in irgendeinen Zusammenhang mit dem Einreiseverbot. Am 29. November jedoch urteilte Hans-Jürgen Moder in der *Jungen Welt*, dieser „Willkürakt“ zeige, dass Washington „die PLO von einer Friedensregelung im Nahen Osten ausschließen“ wolle.¹⁸¹ Stattdessen strebe man dort einen Separatfrieden an, „um mit Israel im Bunde die Region zu beherrschen.“¹⁸² Am selben Tag sah ein Autor mit dem Kürzel „M.G.“ dies in der *Neuen Zeit* ähnlich.¹⁸³ Zu Recht vermute die Weltöffentlichkeit, „daß es sich bei dieser Entscheidung erneut um eine Parteinahme zugunsten Israels und seiner Politik der Repression und Nichtanerkennung des legitimen Rechts des palästinensischen Volkes handelt.“¹⁸⁴

In der letzten November-Ausgabe des *Neuen Deutschlands* im Jahre 1988 wurde der Leiter einer sich in der DDR aufhaltenden PLO-Delegation, Abu Ali Mustafa, zitiert. Aus Anlass des Solidaritätstages meinte Mustafa, „die Versuche Israels und der mit ihm verbündeten USA, die palästinensische Realität zunichte zu machen, seien

¹⁷⁷ Protest in Israels Parlament. In: *Neue Zeit*, 24.11.1988, S. 1.

¹⁷⁸ Ebd.

¹⁷⁹ Israelische Bewegung fordert Aufnahme von Verhandlungen mit PLO. In: *Neues Deutschland*, 25.11.1988, S. 5.

¹⁸⁰ Ebd.

¹⁸¹ Hans-Jürgen Moder: Ein Akt offener Feindseligkeit. In: *Junge Welt*, 29.11.1988, S. 1.

¹⁸² Ebd.

¹⁸³ M.G.: Solidarität mit dem Volk Palästina. In: *Neue Zeit*, 29.11.1988, S. 2.

¹⁸⁴ Ebd.

zum Scheitern verurteilt.“¹⁸⁵ Schließlich wiederholte Lothar Pilz in derselben Ausgabe die klassische Sichtweise der DDR, die Palästinenser und Araber selbst seien weitestgehend unschuldig daran, dass der UN-Teilungsplan von 1947 nicht wie geplant umgesetzt worden war:

Während jedoch im Mai 1948 der jüdische Staat Israel tatsächlich ausgerufen wurde, verhinderten gezielte reaktionäre Machenschaften und zionistischer Bandenterror die Gründung des palästinensischen Staates. Darüber hinaus besetzte im Verlauf des ersten arabisch-israelischen Krieges 1948/49 Israels Armee [...] Land, das eigentlich dem Palästinenserstaat zugeordnet war.¹⁸⁶

Auch wenn sich Ende 1988 erneut vereinzelte Artikel fanden, die die angebliche Rolle Israels und seine Verbindung mit dem Weltimperialismus unter der Ägide der USA betonten, so muss doch festgestellt werden, dass die Deutung der Ereignisse zu Beginn der Intifada im Dezember 1987, die Berichterstattung über die israelische Parlamentswahlen Anfang November 1988 sowie über die Ausrufung eines Palästinenserstaates durch den PNC wenige Tage danach, weitestgehend ohne die antiimperialistische Perspektive vorgenommen wurde. Dies bedeutet allerdings nicht, dass Israel positiver dargestellt worden war. Nach wie vor wurde der jüdische Staat als Besatzer und Unterdrücker, als das Ergebnis von Aggression und Expansion präsentiert. Inbegriff dessen war die Politik der ‚Eisernen Faust‘, die sich vor allem in der Aushungerungstaktik und den Deportationen von Palästinensern, sowie dem Gebrauch inhumaner Waffen ausgedrückt habe.

Das Ausbleiben des direkten Imperialismus-Vorwurfs gegenüber Israel in Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt mag vornehmlich mit den geopolitischen Veränderungen, die Ende der 1980er Jahre bereits im fortgeschrittenem Stadium waren, erklärt werden. Es ist fraglich, ob ohne Perestroika und Glasnost der Ton in den DDR-Zeitungen gegenüber Israel dieselben Veränderungen durchlaufen hätte. Die Differenziertheit, mit der Israel in den Zeitungen präsentiert wurde, erstreckt sich zwar von dem Beginn der Intifada bis hin zu den israelischen Reaktionen auf die Ausrufung eines Palästinenserstaates. Allerdings blieb diese Differenziertheit nur auf die Parteienlandschaft und auf die Spitzenkandidaten Peres und Shamir begrenzt. Nach wie vor wurde Israel vor dem Hintergrund der Intifada als brutaler Besatzer beschrieben, dessen gnadenlose Politik (Aushungerung, Deportationen, Misshandlungen) jeglicher friedlichen Lösungsfindung im Wege stehe.

¹⁸⁵ Wir stehen fest an der Seite des palästinensischen Volkes. In: *Neues Deutschland*, 30.11.1988, S. 1.

¹⁸⁶ Lothar Pilz: Solidaritätstag mit dem Volk von Palästina. In: *Neues Deutschland*, 30.11.1988, S. 6.

IV. Abschlussbetrachtungen

Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung. Wir bitten das Volk in Israel um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Land.¹

Die gemeinsam von allen Fraktionen der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR im April 1990 beschlossene Erklärung spricht eine deutliche Sprache. Sie ist ein Eingeständnis der Verfehlungen der DDR gegenüber Juden und spricht von „Heuchelei und Feindseligkeit“ in Bezug auf den Staat Israel. Damit wurde die Politik der SED gegenüber dem jüdischen Staat zutreffend beschrieben. Ob sich Heuchelei und Feindseligkeit beim Israelbild in den DDR-Zeitungen auch in Form von antisemitischem Antizionismus äußerten, war eine der Leitfragen der vorliegenden Arbeit. Als Bezugspunkt wird das Verständnis von Antisemitismus als ein Dreiklang aus Inhalt, Funktion und Grundstruktur herangezogen.

Grundlegend für das Israelbild in Tageszeitungen der DDR war die durch die SED aus wirtschaftlichen, politischen und Gründen des Selbstverständnisses als antifaschistischer Staat eingenommene, antizionistische Haltung und die dadurch erfolgte antizionistische Politik. Erste deutliche Anzeichen dafür waren die kategorische Ablehnung von Wiedergutmachungszahlungen an Israel und die spätstalinistischen Säuberungen, die im Fall Paul Merker, auch für die DDR einen deutlich antisemitischen Anstrich offenbarten. Die antizionistische Linie der SED deckte sich nicht nur mit den ab Anfang der 1950er Jahre veränderten politischen Interessen Moskaus im Nahen Osten. Vielmehr fühlte sich die DDR in ihren ganz eigenen Beweggründen für den Antizionismus bestärkt. Erster Höhepunkt der antizionistischen Politik der UdSSR war der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Staat Israel im Februar 1953 und die kurz darauf folgende verstärkte politische und militärische Unterstützung der Feinde Israels.

Die (Außen)-Darstellung der eigenen Haltung gegenüber Israel durch die SED erfolgte zu einem maßgeblichen Anteil über die eigene Presse. Die inhaltliche Bindung der DDR-Zeitungen war über die Agitationsbürokratie der SED gesichert. Am deutlichsten zeigten sich die Eingriffe der SED in die Berichterstattung zu Israel daran, dass über 90% aller untersuchten Veröffentlichungen ADN-Meldungen waren. Die herausragende Stellung des ADN bei der außenpolitischen Berichterstattung der DDR-Zeitungen lässt sich auch im Falle Israels und des Nahen Ostens zweifelsfrei bestätigen.

¹ Gemeinsame Erklärung aller Fraktionen der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR vom 12.04.1990. In: *Deutschland Archiv* 5 (1990), S. 794–795.

1. Das Israelbild in Tageszeitungen der DDR

Die deutlichsten Unterschiede im Israelbild der untersuchten Zeitungen lassen sich in der Phase der israelischen Staatsgründung finden. Als Begründung muss angeführt werden, dass die SED-Agitation zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausgereift und der ADN noch nicht in staatlichem Besitz war. Mit Ausnahme der *Jungen Welt* berichteten alle Zeitungen regelmäßig, wenn auch nachgeordnet, über die blutigen Zusammenstöße zwischen Juden und Arabern in Palästina. Jedoch vermochte es keine Zeitung, Hintergründe oder Folgen der kriegerischen Konfrontation zu vermitteln. Die überwiegende Mehrheit der Meldungen musste für Leser, die mit dem Nahen Osten im Allgemeinen und mit Palästina im Besonderen unvertraut waren, völlig unverständlich bleiben.

Das FDJ-Organ widmete der Lage in Palästina zwischen November 1947 und der Ausrufung des Staates Israel im Mai 1948 nur vier Kurzmeldungen, wohingegen die anderen Zeitungen weitaus mehr Aufmerksamkeit dem jüdisch-arabischen Konflikt zukommen ließen. Diese weitgehende Ausblendung des Themas lässt sich nicht alleine durch die Tatsache erklären, dass die *Junge Welt* zu dieser Zeit nur wöchentlich erschien. Vielmehr handelt es sich hierbei um einen Hinweis darauf, dass Zeitungen in der SBZ in dieser Phase weitgehend unabhängig von Vorgaben der Agitationsbürokratie eine eigene Themengewichtung vornehmen konnten. Das scheinbar undurchsichtige Geflecht der Konfliktlage in Palästina konnte erst ab Mai 1948 in den DDR-Zeitungen aufgelöst werden, als der Konflikt in Palästina durch die Invasion der arabischen Staaten in einen konventionellen Krieg überging.

Ebenso oberflächlich blieben die Betrachtungen des sich formierenden jüdischen Staatswesens. Während die militärischen Kräfte des Jischuws sowie die gegründete Haganah, einige politische Persönlichkeiten sowie diplomatische Vorstöße der Zionisten in den DDR-Zeitungen erwähnt wurden, blieb eine Darstellung der israelischen Gesellschaft, der wirtschaftlichen oder kulturellen Situation des Jischuws gänzlich aus. Die Berichterstattung beschränkte sich auf die kriegerischen Aspekte und orientierte sich vornehmlich am militärischen Tagesgeschehen. So war das Israelbild in den DDR-Zeitungen während der Staatsgründung Israels von Anfang an weitestgehend konflikthaltige Motive begrenzt.

Die immer wieder in der einschlägigen Literatur behauptete Euphorie gegenüber dem aufkommenden Staat Israel von Seiten der DDR muss in Anbetracht der Inhaltsanalyse relativiert werden. Ein übergreifender und einheitlicher Tenor konnte nicht durchgesetzt werden. Nur das *Neue Deutschland* postulierte schon vor der israelischen Staatsgründung die scheinbare Gewissheit, dass ein jüdischer Staat Gerechtigkeit für die Juden weltweit bringe, und verband damit die Hoffnung, dass dem Kampf gegen den Imperialismus im Nahen Osten gedient sei. Die anderen Zeitungen verhielten sich gegenüber einem künftigen jüdischen Nationalstaat ausgesprochen neutral, eine explizite Verbindung mit dem Kampf gegen den Imperialismus löste erst die Ausrufung des Staates Israel und der Beginn des ersten arabisch-israelischen Krieges aus.

Dagegen wurde übereinstimmend argumentiert, dass der Imperialismus unter der Führung der USA ein Interesse am Krieg im Nahen Osten habe, um seine dortige Machtposition beizubehalten. So rückten die DDR-Zeitungen den Staat Israel nach seiner Gründung verstärkt, wenn auch nur implizit, auf die Seite der „Guten“, während die arabischen Staaten als Platzhalter des US-Imperialismus und Komplizen britischer Machterhaltungspläne im Nahen Osten dargestellt wurden.

Im Gegensatz zur Berichterstattung über die Staatengründung Israel entwarfen die DDR-Zeitungen im Zusammenhang mit dem Eichmann-Prozess ein Israelbild, das eine recht klare Vorstellung der israelischen Gesellschaft nachzeichnete. Demnach hätten sich die Israelis deutlich von der Zusammenarbeit ihrer Regierung mit der Bundesrepublik distanziert und sich gleichzeitig verstärkt an der DDR orientieren wollen. Diese

angebliche Haltung wurde anhand von Stimmen aus dem linken und kommunistischen Lager Israels verdeutlicht. Als zentrales Element in der Beschreibung der israelischen Gesellschaft galt ihre vermeintlich tiefe Empörung angesichts der Bonner Einmischungsversuche in das Gerichtsverfahren gegen Eichmann, der öffentlichen Auftritte des Verteidigers Servatius und des vermeintlichen Entgegenkommens Jerusalems gegenüber Bonn: Israel habe auf die Nennung weiterer NS-Größen, die noch hohe Positionen im westdeutschen Staat inne hatten, allen voran Kanzleramtschef Globke, verzichtet – im Gegenzug habe die Bundesrepublik die Aufrechterhaltung wirtschaftlicher Hilfen und gemeinsamer Waffengeschäfte zugesichert. Laut DDR-Zeitungen habe sich damit ein tiefer Graben zwischen den Regierenden und den Regierten in Israel aufgetan, der belege, dass die israelische Regierung unter Ben-Gurion die wahren Interessen der Israelis verrate.

Die DDR-Zeitungen verlangten von Israel, im Namen der gesamten Menschheit auch die Hintermänner Eichmanns zur Rechenschaft ziehen. Dies erklärt sich wohl weniger aus einem allgemeinen Sinn für Gerechtigkeit als vielmehr aus der nachweislichen Zielsetzung der SED, den Eichmann-Prozess vorrangig dazu zu nutzen, dem Ansehen Westdeutschland nachhaltig zu schaden. Aus der Systemkonkurrenz entstand eine agitatorische Routine, die Westdeutschland als neo-faschistischen Staat darstellte und im Zuge des Eichmann-Prozesses verschärft wurde. In Verbindung mit der dargestellten Diskrepanz zwischen Bevölkerung und Regierung in Israel wurde so die Existenz einer westdeutsch-israelischen Koalition präsentiert, die auf Kosten ‚wahrer Gerechtigkeit‘ ehemalige NS-Verbrecher schütze und ihre Zusammenarbeit im Dienste des Imperialismus fortgesetzt habe. Allerdings ging nur das *Neue Deutschland* so weit, diesen Vorwurf gegenüber der israelischen Regierung explizit zu äußern, womit die agitatorische Führungsrolle des SED-Zentralorgans deutlich wird. Unabhängig von der Frage, ob es tatsächlich eine geheime bilaterale Abmachung gab, mit dem Ziel, die Verstrickungen Globkes mit dem NS-Regime aus dem Verfahren gegen Eichmann herauszuhalten, waren die anderen Zeitungen aus unerklärlichen Gründen nicht so weit gegangen, Israel die absichtsvolle Deckung ehemaliger NS-Verbrecher vorzuwerfen. Das spricht dafür, dass diese Behauptung nicht Kern des von der Agitationsbürokratie vorgeschriebenen Tenors war. Letztlich muss festgehalten werden, dass selbst das *Neue Deutschland* nicht so weit ging, den in Berichten des für den Eichmann-Prozess nach Israel entsandten ADN-Sonderkorrespondenten, Gerhardt Leo, geäußerte Vorwurf, Teile der Zionisten hätten bereits mit dem NS-Regime kooperiert, zu veröffentlichen.

Bei der Analyse der Berichterstattung zum Sechstagekrieg fiel auf, dass sich die Zeitungen inhaltlich kaum voneinander unterschieden. Das Israelbild war Anfang Juni 1967 in allen Zeitungen ausgesprochen homogen: Ein aggressives, imperialistisch handelndes und auf Gewalt, Zerstörung und Expansion getrimmtes Israel, das ebenso bekämpft werden müsse, wie Nazi-Deutschland einst bekämpft worden war. Die Entstehung Israels wurde nun, anders noch als zur Gründungszeit beider Staaten, im Sinne des antiimperialistischen Paradigmas als durch den Imperialismus geschaffener Vorposten im Nahen Osten gedeutet. Von der Gerechtigkeit, die jüdische Überlebende des Holocaustes mit der Gründung des Staates Israel erfahren hätten, war nichts mehr zu lesen. Vielmehr sei dieser Staat selber ein historischer Sündenfall gewesen, der seit Anbeginn seiner Existenz auf Raub, Mord und Intrige basiert habe.

Zentrales Element des Israelbildes war, die politischen Ereignisse im Vorfeld des Ausbruchs des Sechstagekrieges einseitig zu Lasten Israels zu präsentieren. Während das israelische Vorgehen aufgebauscht und durchweg skandalisiert wurde, fanden arabische Provokationen keine Erwähnung. Und wenn dies doch der Fall war, dann wurden sie grundsätzlich als legitime Selbstverteidigung dargestellt. Die nach diesem Muster angefertigten Chronologien und Analysen in den Zeitungen zum Konflikt im Nahen Osten, die sich teilweise die Darstellung der Entwicklungen während der Wochen vor dem Kriegsausbruch beschränkten, teilweise bis

zur Staatsgründung Israels und davor zurückreichten, waren zentrale Instrumente der antizionistischen Agitation.

Wie schon beim Eichmann-Prozess war die Rolle und Haltung Westdeutschland zentrales Thema der Berichterstattung. Zwar hielt sich *Der Morgen* in der Intensität seiner Kritik an Westdeutschland im Gegensatz zu den anderen Zeitungen zurück. Ein wirklicher Unterschied auf der argumentativen Ebene kann aber nicht festgestellt werden. Bonn wurde als Motivator und Hauptunterstützer der israelischen ‚Aggression‘ dargestellt, neben den USA und Großbritannien. Nur die Waffengeschäfte mit der Bundesrepublik hätten Israel überhaupt in die Lage versetzt, seine araberfeindliche und kriegerrische Politik durchzuführen. Ebenso wurde auf die Wiedergutmachung Bezug genommen, die lediglich dazu gedient habe, kleine Anteile der Profite aus der Vernichtungspolitik der Nazis für eine Reintegration Westdeutschlands in die Weltpolitik einzusetzen. Neben der industriellen und militärischen Unterstützung, habe sich die westdeutsche Presse der propagandistischen Unterstützung Israels – im wahrsten Sinne des Wortes – verschrieben. Die Vorwürfe in Bezug auf die Zusammenarbeit beider Staaten wurden im *Neuen Deutschland* und in der *Neuen Zeit* in einer Dokumentation über das „militärische Komplott Westdeutschland-Israel“¹ zusammengefasst.

Die Berichterstattung über das Attentat auf die israelische Olympiamannschaft lief im Grunde unter Ausblendung Israels ab. Das lag vor allem daran, dass weder die Identitäten der israelischen Opfer oder der palästinensischen Täter noch der Staat Israel nach nur zwei Berichtstagen weiter erwähnt wurden. Ausnahmen davon waren wenige Informationssplitter, die kein zusammenhängendes Israelbild ergaben. Zwar wurde der Anschlag in den DDR-Zeitungen verurteilt und die internationale Empörung über diese betont, eine tiefgründige Auseinandersetzung mit den Motiven der Täter fand jedoch nicht statt. Man kommt nicht umhin, den Eindruck zu gewinnen, dass dies mit Absicht ausblieb, denn jede Beschäftigung mit der Gewalt arabischer Terroristen gegen unschuldige Israelis hätte die offizielle Position der DDR zum Nahostkonflikt konterkariert, der zufolge Israel der alleinige Aggressor im Nahen Osten gewesen sei und die arabische Seite sich legitimerweise selbstverteidigt hätte.

Angesichts der Tatsache, dass mit voranschreitender Berichterstattung die Sportler der DDR-Delegation als Opfer von Drohungen dargestellt wurden, und letztlich sogar die Attentäter Opfer einer durch die westdeutschen Behörden auf dem Flugplatz von Fürstenfeldbruck gestellten Falle gewesen seien, muss davon ausgegangen werden, dass die Darstellung von Israelis als Opfer von der SED-Agitation unerwünscht war und aktiv ausgeblendet wurde. Ein Beleg dafür mag sein, dass Brigitte Zimmermann, Chefredakteurin der *Jungen Welt*, innerhalb der Führungsriege des FDJ unter Druck gesetzt wurde, als sie in ihrer ersten Formulierung von „Fassungslosigkeit“ der Sympathisanten der arabischen Sache sprach und den Angriff auf wehrlose israelische Sportler verurteilte.²

Innerhalb weniger Tage kamen die alten Motive des Israelbildes wieder auf. Israelische Luftangriffe auf palästinensische Lager wurden in den DDR-Zeitungen als ‚barbarische Überfälle‘ bezeichnet, während der Auslöser, das Attentat selbst, lediglich als ‚Tragödie‘ verharmlost wurde. Ungeachtet des Attentats wurde Israel erneut als Alleinschuldiger für die gewaltsame Eskalation im Nahen Osten ausgemacht. Die Wortwahl gegenüber Israel glich der aus dem Sechstagekrieg, während der Anschlag selbst verharmlost wurde. Wie bereits beim Eichmann-Prozess nutzte die SED-Agitation die Berichterstattung über den Anschlag primär als Instrument gegen die Bundesrepublik. Die Sicherheitsvorkehrungen und das Vorgehen bei der Befreiungsaktion seien in keiner Weise zufriedenstellend gewesen. Die Berichterstattung erweckte den Eindruck, als habe auch

¹ Zur israelischen Aggression und ihren Hintergründen. In: *Neues Deutschland*, 09.06.1967, S. 5; Zur israelischen Aggression und ihren Hintergründen. In: *Neue Zeit*, 11.06.1967, S. 4.

² Brigitte Zimmermann: Abscheuliches Verbrechen. In: *Junge Welt*, 06.09.1972, S. 1.

die internationale Gemeinschaft die Missstände bei den Sicherheitsvorkehrungen rund um das olympische Dorf und das Vorgehen in Fürstentfeldbruck bemängelt. Auf die Kritik, die Betroffenheit und die Empörung der Weltgemeinschaft über das Attentat wurde nach Abfluten der ersten Aufregung kein Bezug mehr genommen. Die Vorwürfe gegenüber Westdeutschland fanden ihren Höhepunkt in der Behauptung, die palästinensischen Attentäter seien selbst Opfer eines westdeutschen Hinterhalts in Fürstentfeldbruck geworden. Nun mag dies zwar der Wirklichkeit entsprochen haben, entscheidend dabei ist aber die Ausblendung des Attentates selbst. Sehr aufschlussreich für die Gesamtbetrachtung ist die Tatsache, dass selbst der Friedensschluss zwischen Israel und seinem Erzfeind Ägypten keine positive Veränderung des Israelbildes in den DDR-Zeitungen nach sich zog. Im Gegenteil, der gesamte Annäherungsprozess wurde, angefangen bei Präsident Sadats Reise nach Jerusalem 1977, bis hin zur Unterzeichnung des Friedensabkommens zwei Jahre später, als von den USA unter enormen Aufwand eingefädelter pro-imperialistischer Coup dargestellt. Neben der Erweiterung der imperialistischen Front und der Stärkung der reaktionären Kräfte im Nahen Osten sei es bei der imperialistischen „Separatabmachung“ um die Schwächung der progressiven Kräfte in der Region, dem Aufbrechen der innerarabischen Solidarität und um Störfeuer in den freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem sozialistischen Lager und den arabischen Staaten gegangen. Auslöser der amerikanischen Vermittlungsbemühungen zwischen Israel und Ägypten sei die islamische Revolution im Iran gewesen. Diese habe einen ehemaligen Verbündeten der USA in einen erbitterten Feind verwandelt und das Bedürfnis der USA nach einer neuen proamerikanischen Allianz im Nahen Osten begründet.

Da die SED seit Mitte der 1970er Jahre die PLO als vollwertigen Akteur in allen Belangen des Nahen Ostens anerkannt hatte, konnten Ägypten und Israel alleine unmöglich eine Teillösung für die Probleme im Nahen Osten erreichen. Die „Front der Standhaftigkeit“, ein Zusammenschluss einiger arabischer Staaten mit der PLO, der sich gegen die israelisch-ägyptischen Vereinbarungen richtete, war im Zuge der Unterzeichnung des Rahmenabkommens von Camp David im September 1978 zur Hauptquelle der in den DDR-Zeitungen geäußerten Kritik an der israelisch-ägyptischen Verständigung geworden.

Israel wurde vorgeworfen, die Annäherung an Ägypten als Deckung dafür genutzt zu haben, die Okkupation der besetzten arabischen Gebiete zu verewigen. Die Regierung Begin habe mit Hilfe des Empfangs von Sadat in Jerusalem die israelischen Ansprüche auf die gesamte Stadt zementieren wollen. Dies sei im politischen Kalkül der israelischen Regierung mindestens so wichtig gewesen, wie sich im Gegenzug zur Aussöhnung mit Ägypten möglichst umfangreiche Rüstungsgüter und hohe finanzielle Zuwendungen der USA zu sichern. In diesem Zusammenhang wurde nicht nur Ägyptens Präsident Sadat als Komplize bei den Machenschaften gegen die arabischen Völker dargestellt. Ebenso rückte die Darstellung Israels als ein Produkt von Aggression, Gewalt und Expansion wieder in den Mittelpunkt.

Im Zentrum des Israelbildes während der Intifada stand das vermeintlich brutale Vorgehen der israelischen Armee, die, angehalten durch die israelische Regierung, auch gegen unschuldige Zivilisten vorgegangen sei, um den palästinensischen Aufstand mit aller Macht in die Knie zu zwingen. Dabei stützten sich die DDR-Zeitungen nicht nur auf die Aussagen internationaler Akteure, sondern erhoben auch selbst den Vorwurf, Israel bediene sich terroristischer Methoden in der Konfrontation mit der Bevölkerung in der Westbank und im Gaza-Streifen sowie im Versuch, deren Widerstand zu brechen. Als Symbol für die vermeintliche Brutalität des israelischen Militärs und das terroristische Vorgehen der israelischen Regierung stand von Beginn an der Begriff der Politik der ‚eisernen Faust‘. Diese sei vor allem sichtbar geworden an der Aushungerungstaktik des israelischen Militärs, den Deportationen von Palästinensern aus den besetzten Gebieten und am angeblichen Einsatz chemischer Kampfstoffe sowie dem Einsatz anderer besonders verächtlicher Waffen. All dies ergab den Vorwurf, Israel trete die Würde der Palästinenser mit Füßen und missachte auf krasse Weise die Menschenrechte.

Zur Untermauerung der eigenen Haltung stand die Darstellung der inner- und außerparlamentarischen Opposition in Israel ebenfalls im Fokus der DDR-Zeitungen. Schlüsselrollen nahmen hierbei die beiden israelischen Kommunisten Hans Lebrecht und der Generalsekretär der KP Israel, Meir Vilner, ein. Beide verurteilten die israelische Politik und hoben die Ausbreitung der Oppositionsbewegung innerhalb der israelischen Gesellschaft hervor. Allgemein ist auffällig, dass israelischen Oppositionsstimmen in den ersten beiden Monaten der Intifada weitaus mehr Platz in den DDR-Zeitungen eingeräumt wurde als palästinensischen Stimmen.

Die Tatsache, dass die israelische Gesellschaft zunehmend heterogen dargestellt wurde, wirkte sich auf die Darstellung der Parteienlandschaft im Zuge der israelischen Parlamentswahlen aus. Explizit sprach Frank Mangelsdorf im *Morgen* von der Vielgestaltigkeit des politischen Spektrums Israels. Allerdings wurde die Heterogenität Israels nur im Blick auf den Nahostkonflikt dargestellt, eine Betrachtung anderer gesellschaftlicher Bereiche fand nicht statt.

Im Zuge der Staatsausrufung Palästinas im November 1988 in Algier berichteten die DDR-Zeitungen erneut über die verschiedenen Ansichten in der politischen Landschaft Israels. Während progressive Kräfte unter der Führung der KP Israel die letzten Barrieren zu Verhandlungen mit der PLO im Rahmen einer internationalen Friedenskonferenz nun für überwunden angesehen hätten, hielten die regierenden Kreise an ihrer Weigerung fest, einen palästinensischen Staat und die PLO als legitime Vertreterin der Palästinenser anzuerkennen.

Zuletzt muss erwähnt werden, dass bei Beginn der Intifada, im Zusammenhang mit den israelischen Parlamentswahlen im November 1988 und angesichts der Ausrufung des palästinensischen Staates durch den PNC wenige Tage später die vermeintliche Kooperation von Imperialismus und Zionismus nicht mehr behauptet wurde. Selbst die Ablehnung einer internationalen Friedenskonferenz und die Weigerung der Anerkennung des in Algier ausgerufenen Staates Palästina durch Israel fanden in den DDR-Zeitungen keine Deutung im Sinne eines imperialistischen Vorgehens. Es scheint, als habe die über Jahrzehnte herrschende Betrachtung Israels unter der Prämisse des Antiimperialismus in beachtlichem Maße an Bedeutung in den DDR-Zeitungen verloren, was sicherlich auch der zunehmend differenzierten Wahrnehmung der politischen Landschaft im jüdischen Staat geschuldet war.

2. Antisemitischer Antizionismus?

Da die offizielle politische Linie des Staates eine antiisraelische, proarabische ist, betonen die Massenmedien besonders diese antiisraelische Komponente. Sie heben sie sogar besonders hervor, so daß auch wir nicht mehr umher können, die hautnahe Verwandtschaft dieser antiisraelischen Einstellung zum traditionellen Antijudaismus festzustellen. Wenn ein heranwachsender Jugendlicher fast täglich – aus politischen Gründen – mit negativen Daten über die israelischen Juden gefüttert wird, kann er kaum umhin, diese negativen Zeichnungen auch auf die Juden in seiner Umgebung zu übertragen.³

Mit diesen Worten kommentierte Peter Kirchner, Vorsitzender der Ost-Berliner jüdischen Gemeinde, im November 1982 die sich seit Beginn des Jahrzehnts häufenden antisemitischen Vorfälle in der DDR. Seltene

³ Peter Kirchner, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Ost-Berlins im November 1982. Zitiert nach Friedo Sachser: German Democratic Republic. In: *American Jewish Yearbook* 84 (1984), S. 210–211, hier S. 211. Leider lässt sich nicht mehr rekonstruieren, in welcher Form Kirchner diese Worte ausgedrückt hat. Sowohl Sachser als auch Lothar Merten, der sich 1988 in einem Aufsatz auf das Zitat bezieht, sind schon verstorben. Vgl. Lothar Mertens: Schwindende Minorität. Das Judentum in der DDR. In: Siegfried Theodor Arndt / Helmut Eschwege / Peter Honigmann (Hrsg.): *Juden in der DDR. Geschichte – Probleme – Perspektiven*. Köln: Bleicher 1988, S. 125–159, hier S. 133.

offene Worte, die so zuvor im SED-Staat nicht zu vernehmen waren. Zumindest ist eine solch offene Kritik an Umgang der DDR-Massenmedien mit dem Staat Israel nicht überliefert. Sie verdeutlichen die Sorge, dass die antizionistische Haltung der DDR, wenn nicht durch antisemitische Motive ausgelöst, so doch zumindest für das Anwachsen von Juden Hass verantwortlich sein könnte. Träfe dies zu, wäre der Antifaschismus als staatstragende Ideologie der DDR ad absurdum geführt.

Die Bewertung möglichen antisemitischen Gehalts bei der Entstehung des Israelbildes in den Tageszeitungen der DDR erfolgt hier anhand des von Thomas Haury aufgestellten Begriffsverständnisses von Antisemitismus als Dreiklang von antisemitischem Inhalt, selbstdefinitorischer Funktion und antisemitischer Grundstruktur.⁴ Nach Haury müssten sich reflexartig antisemitische Motive im Israelbild finden lassen, da der Marxismus-Leninismus zum einen eine starke strukturelle Affinität zum Antisemitismus aufwies, zum anderen weil seine Weltsicht, ausgedrückt im Antiimperialismus, angesichts der Konstellation im Nahen Osten, den mit dem Westen und der Bundesrepublik eng verbundenen jüdischen Staat auf der Seite des Imperialismus angesiedelt habe. Dabei muss beachtet werden, dass es sich nicht um klassischen Antisemitismus, sondern um sekundären Antisemitismus gehandelt haben muss, der im Falle der DDR dazu gedient habe, die Juden als einheitliche Opfergruppe zu leugnen und gleichzeitig den angeblich mit dem Imperialismus eng verbundenen Zionisten selbst eine Teilschuld am Holocaust zu geben.

Die Analyse der Berichterstattung über die Phase der Staatsgründung Israels zeigte keinerlei Anhaltspunkte für Antisemitismus. Tendenziell muss von einer leicht positiven Wahrnehmung Israels die Rede sein. Allerdings war das Israelbild größtenteils auf den sich zuspitzenden Konflikt und daher auf militärische Aspekte begrenzt. Anhand der Inhaltsanalyse der Berichterstattung zum Eichmann-Prozess zeigte sich deutlich, wie die DDR ihre staatliche Existenz mit Hilfe der Diffamierung Westdeutschlands als neo-faschistischer Staat zu rechtfertigen versuchte und als logische und richtige Konsequenz aus der NS-Herrschaft inszenierte. In diesem Fall war die funktionale Ebene der Selbstdefinition besonders ausgeprägt, da ohnehin die Systemkonkurrenz einen Eckpfeiler ostdeutschen Selbstverständnisses ausmachte. Deshalb stand bei der Berichterstattung zum Eichmann-Prozess die Verurteilung der Bundesrepublik als faschistischer Staat im Vordergrund. Dies sollte letztlich dem Zweck dienen, die DDR als das bessere und verantwortungsvolle Deutschland hervorzuheben. Diesem Ziel wurde die gesamte Berichterstattung untergeordnet.

Personifiziert wurde der Faschismusvorwurf gegenüber Bonn in der Person des Kanzleramtschefs Globke, der, so die stete Forderung in den DDR-Zeitungen, aufgrund seiner Verstrickungen mit dem NS-Regime, neben Eichmann auf die Anklagebank gehöre. Aber Globke stand in der Berichterstattung sinnbildlich für viele einflussreiche Personen in Westdeutschland, deren Vergangenheit nicht unbelastet von der NS-Herrschaft war. Auch die Darstellung der israelischen Gesellschaft spielte in der Inszenierung der DDR als das bessere Deutschland eine tragende Rolle. Laut den DDR-Zeitungen sei die Bevölkerung Israels zunehmend von der Ost-Berliner Rollenverteilung zwischen den beiden deutschen Staaten überzeugt gewesen. Die Israelis, die in den Zeitungen zu Wort kamen, dienten so als Kronzeugen für die Legitimierung des SED-Staates und als Chefankläger gegen die vermeintliche neofaschistische Bundesrepublik. Dem entgegengesetzt wurde die israelische Regierung, die sich aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit Westdeutschland weigere, sich der DDR anzunähern. Die Regierung Ben-Gurion habe sich nämlich um die wirtschaftlichen Verbindungen mit Westdeutschland und die Zusammenarbeit im Rüstungssektor gesorgt und diese höher bewertet als die Gerechtigkeit vor der eigenen Geschichte. Auch im Interesse des Imperialismus habe sie keinen Bruch mit Westdeutschland riskieren wollen. Damit aber habe sich die Regierung Israels von den wahren Interessen der eigenen Bevölkerung distanziert.

⁴ Siehe hierzu Kapitel I.3.1.

Ungeachtet der Frage, ob es tatsächlich geheime Absprachen zwischen Bonn und Jerusalem geben hat, Globke aus dem Verfahren heraus zu halten (was, wie in der Analyse angemerkt, durchaus wahrscheinlich ist), schließt der Vorwurf, Israel decke grundsätzlich ehemalige NS-Größen aus Gründen des imperialistischen Zusammenhalts, unmittelbar an inhaltliche Komponenten des sekundären Antisemitismus an. Denn wenn die israelische Regierung tatsächlich Komplize bei der Deckung von NS-Größen war, könnte der jüdische Staat nicht mehr als Staat der Opfer des Holocausts gelten, sondern müsste als Staat der Komplizen des (westdeutschen) Faschismus betrachtet werden.

In Bezug auf die Struktur der Argumentation muss festgehalten werden, dass sich ein manichäisches Weltbild deutlich aufzeigen läßt. Die böse Seite wurde mit Eichmann, Globke, Bundeskanzler Adenauer, aber auch Ben-Gurion deutlich personifiziert. Damit gehörten nunmehr auch Israelis, und damit Juden, der ‚bösen Seite‘ an. Juden waren keine einheitliche Opfergruppe mehr, sondern unter ihnen hätten sich auch die Komplizen derjenigen befunden, die im Interesse wirtschaftlicher Vorzüge und des Imperialismus die Hintermänner Eichmanns und andere NS-Größen zu schützen versuchten. Dagegen wurde die ‚gute Seite‘ in der DDR, aber auch in den regierungskritischen Teilen der israelischen Gesellschaft verortet. Es wird deutlich, dass die Grenzen des manichäischen Weltbildes nicht aufgrund von ethnischen oder rassischen Kriterien gezogen wurden, so dass von einem modernen Antisemitismus als Motiv hinter dem Israelbild nicht gesprochen werden kann. Aber da die israelische Regierung als Komplize in der Deckung ehemaliger Nazis dargestellt wurde, wurde der offizielle politische Charakter des jüdischen Staates in einer Art präsentiert, die es ermöglichte, die eigene politische Existenz als Allheilmittel gegen wahren Antisemitismus und Faschismus zu stilisieren. Die angebliche Deckung alter Antisemiten in der vermeintlich faschistischen Bundesrepublik durch den Staat Israel belege, dass die Zionisten selbst über den Antisemitismus hinweg schauten, wenn ihre Kooperation mit dem Faschismus und dem Imperialismus dies erfordere. In der DDR dagegen begegne man dem Faschismus, dem Antisemitismus und dem Imperialismus rigoros. Folglich müsse ebenso mit ihrem Komplizen, dem Zionismus, umgegangen werden. Damit fand die Aufwertung der eigenen Identität mit Hilfe der Beschuldigung des jüdischen Staates, Komplize des (westdeutschen) Faschismus und des weltweiten Imperialismus zu sein, statt.

Da sich Struktur und Funktion des Antisemitismus hier wiederfinden und eines der Hauptcharakteristiken des Israelbildes auf Aktualisierung antisemitischer Argumentation beruhte, muss man im Zusammenhang mit dem Israelbild während des Eichmann-Prozesses von einer begrenzten antisemitischen Motivationslage sprechen, die sich vornehmlich in der Form des sekundären Antisemitismus äußerte und damit der Unterstützung der Selbstdefinition als antifaschistischer Staat, in dem der Antisemitismus völlig ‚ausgemerzt‘ worden sei, diene. Begrenzt deshalb, weil die Hintergrundberichte der durch die SED zum Prozess entsandten Sonderkorrespondenten durchaus eine weitere Aktualisierung antisemitischen Inhalts vorschlugen, nämlich den Vorwurf gegen den Zionismus, bereits zurzeit des NS-Regimes mit selbigem kooperiert zu haben. Soweit allerdings ging keine der DDR-Zeitungen, der Vorwurf fand an keiner Stelle Eingang in die Zeitungen. Zweitens fand sich der Vorwurf der Deckung ehemaliger NS-Größen explizit nur beim *Neuen Deutschland*, wodurch der Gesamttenor nicht als übermäßig antisemitisch gewertet werden kann. Und drittens muss zur funktionalen Ebene einschränkend ergänzt werden, dass die Systemkonkurrenz mit Bonn eine andauernde Komponente des ostdeutschen Selbstverständnisses war. Dadurch ist es letztlich nicht möglich, die Bestärkung der eigenen Identität zweifelsohne und ausschließlich auf antisemitische Motive zurückzuführen.

Beim Sechstagekrieg von 1967 ließen sich die offensichtlichsten antisemitischen Inhalte in der Berichterstattung nachweisen. Dies belegen mehrere Formulierungen („Pfahl im Fleische der Araber“, „Brunnenvergifter“), die teilweise nicht einmal versuchen, ihren antisemitischen Gehalt zu verdecken. Sie erinnern nicht nur an den klassischen Antisemitismus, sie sind eindeutige Figuren desselben. Darüber hinaus wurde nicht nur die

Situation, die zum Krieg führte, einseitig zu Lasten Israels dargestellt und der jüdische Staat als alleiniger Aggressor dargestellt. Vor allem gab der Chef der ostdeutschen Agitationsbürokratie, Albert Norden, die explizite Anweisung, Vergleiche mit der Vorgehensweise der Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg in den Zeitungen anzustrengen. Der Vergleich mit dem NS-Regime führte zur Forderung, die israelische Führung nach Vorbild des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses zu belangen. Auch hier lässt sich eine deutliche Nähe zum sekundären Antisemitismus attestieren. Auch wenn das *Neue Deutschland* und die *Junge Welt* im Ton die extremsten Anschuldigungen gegenüber Israel äußerten, so standen auch *Der Morgen* und die *Neue Zeit* dem kaum nach. Die *Neue Zeit* sprach zum Beispiel von „Goebbels Spuren“⁵, denen Israel (und Westdeutschland) folgten.

Das erklärt, warum die Zeitungen sich genötigt sahen, im Zuge ihrer Kriegsberichterstattung dem Vorwurf des Antisemitismus zu begegnen. Sie taten dies mit dem Argument, der Staat Israel repräsentiere nicht die Juden der Welt, und mit der Beteuerung, in der DDR sei der Antisemitismus völlig ausgemerzt worden. Als zentrales Element in der Abwehr des Antisemitismusvorwurfs wurde die „Erklärung jüdischer Bürger der DDR“ in allen vier Zeitungen veröffentlicht.⁶ Darin wurde das militärische Vorgehen des Staates Israel gemäß der SED-Parteilinie an den Pranger gestellt. Wenn schon Juden selbst den Staat Israel so deutlich kritisierten, dann könne doch die Berichterstattung gar nicht antisemitisch sein.

Ebenso deutlich offenbarte sich die strukturelle Ebene des Antisemitismus in der Kriegsberichterstattung der DDR-Zeitungen im Juni 1967. Präsentiert wurde ein aggressives und sich dem Imperialismus unterordnendes Israel, das alle Möglichkeiten ausgeschöpft habe, die unschuldigen und sich lediglich legitimer Selbstverteidigung bedienenden arabischen Staaten zu provozieren, um letztlich unter Angabe fadenscheiniger Gründe den Überfall auf die arabischen Nachbarn zu rechtfertigen. Deutlich wird dabei auch, wie einheitliche Kollektive definiert wurden, die sich anhand der Markierung zwischen ‚Guten‘ und ‚Bösen‘ aufteilten. Erneut diente die Berichterstattung dazu, die DDR auf der Seite der Guten zu verorten, wozu die Solidarität Ost-Berlins im Kampf der arabischen Staaten zur Abwehr der ‚israelischen Aggression‘ stetig betont wurde. Gleichzeitig habe Bonn durch die Zusammenarbeit mit und Unterstützung von Israel erneut belegt, dass Westdeutschland zum bösen imperialistischen Lager gehöre. Noch deutlicher als in der Berichterstattung zum Sechstagekrieg ließen sich Struktur und Funktion des Antisemitismus in keiner anderen Berichterstattung vorfinden.

Auf Grundlage dieser ausgeprägten strukturellen Parallele des Israelbildes während des Sechstagekriegs zur Struktur des Antisemitismus verwundert es nicht, dass sich neben den klassischen auch aktualisierte antisemitische Inhalte wiederfinden ließen. Als prägnantestes Beispiel muss die Anweisung Albert Nordens gelten, Israels Vorgehen mit dem Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion gleichzusetzen. Die Vergleiche Israels mit dem NS-Regime nahmen danach in allen Zeitungen deutlich zu. Besonders offensichtlich wurde die Aktualisierung antisemitischen Inhalts im *Neuen Deutschland*, das Israel beschuldigte, „blutige Pogrome“⁷ zu verüben und einen „Blitzkrieg“⁸ zu führen. Beides zeuge von Israels „Verwandtschaft mit den braunen Verderbern“⁹. Es handelt sich hier um eine klare Form des sekundären Antisemitismus, dessen ultimatives Argument die Täter-Opfer-Umkehr darstellt. Israel müsse nun als Täter gleich den Nationalsozialisten gesehen werden.

⁵ Auf Goebbels' Spuren. In: *Neue Zeit*, 09.06.1967, S. 3.

⁶ Erklärung jüdischer Bürger der DDR. In: *Neues Deutschland*, 09.06.1967, S. 2; *Neue Zeit*, 11.06.1967, S. 2. Auszugsweise auch in *Junge Welt*, 09.06.1967, S. 4. Gekürzt und unter dem Titel „Israel verhängnisvoller Weg“ in *Der Morgen*, 10.06.1967, S. 2.

⁷ Zur israelischen Aggression und ihren Hintergründen. In: *Neues Deutschland*, 09.06.1967, S. 5; *Neue Zeit*, 11.06.1967, S. 4.

⁸ Auf Goebbels' Spuren. In: *Neue Zeit*, 09.06.1967, S. 3.

⁹ Ebd.

Die Berichterstattung zum Sechstagekrieg ist ein gutes Beispiel dafür, dass es der SED-Agitation und folglich den DDR-Zeitungen nicht gelang, ihren Antizionismus gänzlich frei von sekundärem Antisemitismus auszudrücken. Dabei scheint die Auseinandersetzung in erster Linie mit dem Imperialismus, als dessen Handlanger Israel im Nahen Osten wahrgenommen wurde, stattgefunden zu haben. Es scheint, als sei im Falle des Sechstagekrieges, der Antisemitismus in erster Linie als Form der politisch-situativen Agitation angewendet worden, deren Absicht in der Verdammung des Imperialismus lag, die aber nicht davor zurückschreckte, selbst auf Motive des klassischen Antisemitismus zurückzugreifen.

Während sich die Berichterstattung zum Eichmann-Prozess sowie zum Sechstagekrieg auch an Struktur und Funktion des Antisemitismus, allerdings in deutlich unterschiedlichen Graden, orientierte, fällt die Bewertung des Israelbildes aus Anlass des Olympia-Attentats schwerer. Genau genommen wurde hier gar kein Israelbild vermittelt. Eine Erkenntnis aus der Analyse gibt dennoch Grund zu genauerer Betrachtung: Nach zwei Berichtstagen wurden die Identitäten der Opfer wie auch der Täter verschwiegen. Durften Israelis nicht als Opfer dargestellt werden? Und konnten Araber gar keine Täter im eigentlichen Sinn sein? War deshalb vermehrt die Rede von einer „Tragödie“ und einer „Verzweiflungstat“? Diese Fragen können hier nicht endgültig geklärt werden. Die absurde Darstellung der olympischen DDR-Delegation als gleichwertiges Opfer reaktionärer Hetze und verbaler Drohungen verdrehte die Tatsachen so weit, dass der Eindruck hätte entstehen können, die Attentäter seien Feinde vor allem des Antifaschismus und des Friedens gewesen, was sie unter Umständen auch waren, aber nicht im Sinne der DDR. Da dadurch die Sportler der DDR als Opfer dargestellt wurden, während die Identität der ‚wahren‘ Opfer rasch verschwiegen wurde, liegt die Vermutung nahe, dass Israelis in den DDR-Zeitungen nicht als Opfer dargestellt werden sollten.

Wenn dem tatsächlich so war, dann steht dies eindeutig im Einklang mit einer Entlastungsstrategie der eigenen Identität, die immerzu die Rechtmäßigkeit arabischer Selbstverteidigung und die Solidarität Ost-Berlins betonte und die stets aggressiven Machenschaften Israels anprangerte. Im Falle des Anschlags waren die Rollen eigentlich eindeutig vergeben, doch durfte sich dies aller Wahrscheinlichkeit nach so nicht in der Berichterstattung niederschlagen. Der Anschlag wurde in den DDR-Zeitungen zwar verurteilt, seine Hintergründe aber nicht beleuchtet. Stattdessen zogen die Zeitungen es vor, das Versagen der westdeutschen Sicherheitskräfte darzustellen. Daraus folgte der letzte Schritt der Verdrehung von Opfern und Tätern: letztlich seien es nämlich die palästinensischen Attentäter gewesen, die von westdeutschen Behörden in eine Falle gelockt und an denen ein Verrat begangen worden sei.

In der Berichterstattung zum Olympia-Attentat erfolgte zwar keine Umkehr der Identitäten von Opfern und Tätern im Sinne des Vorwurfs, Israel mache es den Nazis gleich. Eine Verwässerung der Identitäten von Opfern und Tätern bis hin zur Unkenntlichkeit sowie die Stilisierung der DDR-Sportler und der Attentäter als eigentliche Opfer der „Tragödie“ stellen jedoch eine Entlastungsstrategie des eigenen politischen Lagers dar. Denn anstatt sich die Frage zu stellen, ob die uneingeschränkte Unterstützung der arabisch-palästinensischen Sache vielleicht auch solche Anschläge wie das Olympia-Attentat begünstige, wurden die eigenen Sportler und selbst die Attentäter als Opfer westdeutschen Versagens präsentiert. Als Schlussfolgerung muss auch hier gelten, dass sich antisemitische Beweggründe im Sinne des sekundären Antisemitismus nicht gänzlich ausschließen lassen, besonders angesichts der Tatsache, dass die Identität der israelischen Opfer des Anschlags nach nur wenigen Berichten verschwiegen wurde.

Die strukturelle Affinität der Berichterstattung zum Antisemitismus blieb auch im Rahmen des Friedensprozesses zwischen Israel und Ägypten bestehen. Das imperialistische Lager habe mit Hilfe des Staates Israel Ägypten auf die eigene Seite gezogen und damit einen Bruch in der arabischen Einheit erzeugt und die arabisch-sowjetische Freundschaft entscheidend gestört. So wünschenswert eine Aussöhnung zweier

vermeintlicher Erzfeinde erscheinen mag, die DDR-Zeitungen brachten keine einzige positive Zeile über die Annäherung und den Friedensschluss. Eine solche Einseitigkeit lässt sich nur mit der tiefen Überzeugung von der Einteilung der Welt in Gut und Böse erklären.

Im Zusammenhang mit dem Friedensprozess lässt sich keine Aktualisierung antisemitischer Inhalte feststellen. Auch die Behauptung, Israel plane im Schatten des Friedensprozesses einen weiteren Krieg gegen Syrien und die PLO kann nicht einfach als antisemitische Behauptung aufgefasst werden, auch wenn man argumentieren könnte, dass der Vorwurf der Hinterhältigkeit und des Schmiedens geheimer Pläne ein klassisches antisemitisches Motiv sei. Die Berichterstattung griff meist auf die bereits etablierten antizionistischen Motive zurück, nahm aber nun vermehrt Ägypten und Präsident Sadat ins Visier.

Letztlich lässt sich für die Phase der Intifada sagen, dass das manichäische Weltbild des Marxismus-Leninismus keine zentrale Bedeutung mehr im Aufbau eines Israelbildes in den DDR-Zeitungen hatte. Damit unterscheidet sich das letzte untersuchte Ereignis, so wie auch schon die Staatsgründung Israels, von den restlichen. Für die Phase der Intifada können antisemitische Motive, in Form einer Einbettung in die übergeordnete marxistisch-leninistische Herrschaftsstruktur, bei der Entstehung des Israelbildes ausgeschlossen werden, auch wenn die Berichterstattung nach wie vor von Antizionismus geprägt war und monokausal den Nahostkonflikt zu erklären versucht. Dies befreit die Berichterstattung aber nicht gänzlich vom Vorwurf des Antisemitismus, denn dieser kann selbstverständlich auch ohne Einbettung in den Marxismus-Leninismus auftauchen. Die Darstellung des israelischen Vorgehens in Anbetracht der Intifada spricht sogar sehr dafür, dass antisemitische Motivationen mit eine Rolle spielten. Nur lassen sich diese an dieser Stelle nicht mehr dem Haury'schen Dreiklang zuordnen. Selbst die andauernde Besetzung des im November 1988 ausgerufenen palästinensischen Staates wurde nicht mehr unter der Prämisse des Antiimperialismus bewertet. Mit der Differenzierung des Israelbildes wurde auch der israelisch-palästinensische Konflikt verstärkt als ein regionaler und territorialer Konflikt zwischen zwei Völkern und zwischen verschiedenen Interessengruppen in den DDR-Zeitungen dargestellt. Damit war zwar noch kein positives Israelbild verbunden, die Berichterstattung aber erhielt einen deutlichen entideologisierten Tenor.

In Anbetracht der Erkenntnisse aus der Inhaltsanalyse der Berichterstattung zu den verschiedenen Ereignissen muss gefolgert werden, dass der antisemitische Antizionismus kein konstantes Motiv bei der Konstruktion des Israelbildes in Tageszeitungen der DDR war. Erstens kann Antisemitismus, wie von Haury als Dreiklang von Inhalt, Funktion und Grundstruktur definiert, nicht für alle sechs Ereignisse nachgewiesen werden. Zweitens nahm der Antisemitismus da, wo er als Motiv der Berichterstattung auftrat, unterschiedliche Intensitäten an. Am deutlichsten ließ er sich während des Sechstagekriegs nachweisen, bei der Staatsgründung Israels dagegen gar nicht. Während des Friedensprozesses mit Ägypten und der ersten Intifada schienen zwar die Grundvoraussetzungen des strukturellen Antisemitismus gegeben, allerdings führte dies nicht zu einer Aktualisierung antisemitischer Inhalte. Es muss also geschlussfolgert werden, dass die DDR-Zeitungen und die Agitation der SED nicht grundsätzlich von einer antisemitischen Motivation bei der Entwicklung des Israelbildes beeinflusst wurden.

Vielmehr hat selbst die Analyse der Kriegsberichterstattung im Juni 1967, bei der die offensichtlichsten antisemitischen Motive auftraten, gezeigt, dass der Antisemitismus wohl eher ein taktisches Instrument der Berichterstattung der DDR-Zeitungen war. Das Israelbild konnte mitunter antisemitische Motive selbst produzieren, da sich wohl, wie Thomas Haury richtigerweise behauptet, starke strukturelle Affinitäten zwischen dem Weltbild des Antisemitismus und dem Weltbild des Marxismus-Leninismus beziehungsweise des Antiimperialismus nachweisen lassen. Entgegen Haurys Behauptung aber kann das Israelbild nicht

„zwangsläufig“ auf antisemitische Motive zurückgeführt werden. Demnach kann der DDR und der SED nicht unterstellt werden, ein antisemitisches Weltbild vertreten zu haben.

Realistischer erscheint, dass Antisemitismus vor allem der Systemkonkurrenz (Eichmann-Prozess, Olympia-Attentat) und dem vermeintlichen globalen Kampf gegen den Imperialismus (Sechstagekrieg) untergeordnet war und dann zum Vorschein kam, wenn es dem übergeordneten Interesse dienlich erschien. So israelfeindlich und antizionistisch die DDR und die Berichterstattung in ihren Tageszeitungen auch war, die Behauptung, die DDR sei grundsätzlich ein antisemitischer Staat gewesen, erfährt auf Grundlage der vorliegenden Untersuchung keine Unterstützung. Gleichzeitig muss festgehalten werden, dass die SED-Agitation, und folglich auch die DDR-Zeitungen, nicht immun gegen Antisemitismus waren.

Es lässt sich demnach schlussfolgern, dass der Antisemitismus als Motiv des Israelbildes in den Händen der SED-Agitationsbürokratie ein argumentatives Stilmittel unter vielen, aber keineswegs dominierend war. Antisemitismus wurde immer dann eingesetzt, wenn es den politisch-agitatorischen Zielen dienlich erschien. Angesichts des Libanon-Krieges von 1981/1982 kann angenommen werden, dass Peter Kirchners Sorge um die Verbreitung antisemitischen Gedankengutes, die zu Beginn dieses Kapitels zitiert wurde, wohl ihre Berechtigung gehabt haben mag.¹⁰ Seine Feststellung, dass die antisemitischen Motive nicht aus einer überzeugten antisemitischen Grundeinstellung stammten, sondern „aus politischen Gründen“ aufkämen, deckt sich mit den Befunden dieser Studie. Das Israelbild in Tageszeitungen der DDR war immer dann antisemitisch aufgeladen, wenn sich außen- und innenpolitische Ziele direkt damit verbanden.

Die Behauptung, die DDR sei ein antisemitischer Staat gewesen, wie Wolffsohn sie beispielsweise vertritt,¹¹ aber auch die kategorische Verneinung der Existenz von Antisemitismus im Staatsgefüge der DDR, wie von Detlef Joseph¹² vorgenommen, greifen beide zu kurz, wie die Analyse des Israelbildes in Tageszeitungen der DDR gezeigt hat. Entgegen ihren dogmatischen Ansätzen muss vielmehr ein flexibler Ansatz zum Tragen kommen, der von Fall zu Fall individuell entscheidet, ob die DDR-Politik und ihre Agitation gegenüber Israel in verschiedenen Phasen und zu verschiedenen Ereignissen antisemitische Motive erkennen ließ. Einem solchen Ansatz scheint besonders das von Anke Fiedler in die Debatte um die DDR-Presse eingeführte Kriterium der „politischen Großwetterlage“ zu entsprechen.¹³ Nur mit Hilfe eines Blickes auf die innen- wie außenpolitische Interessenlage der DDR kann das Israelbild in DDR-Zeitungen und damit ein Anhaltspunkt für möglichen antisemitischen Antizionismus zuverlässig bewertet werden. Es liegt nahe zu vermuten, dass die ‚politische Großwetterlage‘ auch bei der Bewertung anderer Bereiche des SED-Staates entscheidend ist.

Letztlich können die Ergebnisse dieser Studie wichtige Hinweise in Bezug auf den Antizionismus der DDR liefern. Allgemeine Gültigkeit darf angesichts einer auch in der DDR herrschenden komplexen staatlichen Wirklichkeit nicht so einfach beansprucht werden. Dazu bedarf es weiterer Untersuchungen, die andere von der SED dominierte offizielle Bereiche der DDR analysieren. Neben der zu Anfang erwähnten laufenden Forschung von Raiko Hannemann zum Antizionismus in Geistes- und Gesellschaftswissenschaften der DDR wäre es wünschenswert, wenn beispielsweise der durch die SED bestimmte Kultursektor der DDR auf antisemitischen Antizionismus untersucht würde. Fest steht, dass die Analyse des Israelbildes in Tageszeitungen

¹⁰ Vgl. Thomas Haury: „Das ist Völkermord!“. Das „antifaschistische Deutschland“ im Kampf gegen den „imperialistischen Brückenkopf Israel“ und gegen die deutsche Vergangenheit. In: Matthias Brosch / Michael Elm (Hrsg.): *Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbeziehung*. Berlin: Metropolis 2007, S. 285–300.

¹¹ Michael Wolffsohn: *Die Deutschland Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden*. München: Ed. Ferenczy bei Bruckmann 1995.

¹² Detlef Joseph / Renate Kirchner: *Die DDR und die Juden. Eine kritische Untersuchung*. Berlin: Das Neue Berlin 2010.

¹³ Anke Fiedler: Wenn aus Freunden plötzlich Feinde werden. DDR-Presse im Spiegel der politischen Großwetterlage. In: Michael Meyen / Anke Fiedler (Hrsg.): *Fiktionen für das Volk. DDR-Zeitungen als PR-Instrument*. Berlin: Lit 2011, S. 135–163.

der DDR weder die These vom antisemitischen Teilstaat in Ostdeutschland noch die Behauptung von der Immunität der DDR gegen antisemitische Agitation stützt.

Abkürzungsverzeichnis

AASK – Afro-Asiatisches Solidaritätskomitee der DDR
ADN – Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
ARA – Arabische Republik Ägypten
ASU – Arabisch-Sozialistische Union
BArch – Bundesarchiv der Bundesrepublik Deutschland
DAG – Deutsch-Arabische Gesellschaft in der DDR
DTSB – Deutscher Turn und Sportbund
FDGB – Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ – Freie Deutsche Jugend
IOC – Internationale Olympische Komitee
JA – Jewish Agency
JAE – Exekutive der Jewish Agency
KPD – Kommunistische Partei Deutschland
KPdSU – Kommunistische Partei der Sowjetunion
MfAA – Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR
NKFD – Nationalkomitee Freies Deutschland
PFLP – Volksfront zur Befreiung Palästinas
PKP – Palästinensische Kommunistische Partei
PNC – Palästinensischer Nationalrat
SAPMO – Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR
SBZ – Sowjetische Besatzungszone
SMAD – Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SSG – Sozialistische Staatengemeinschaft
UNSCOP – United Nations Special Committee on Palestine
UNRWA – United Nations Relief and Works Agency
VAR – Vereinigte Arabische Republik
VDJ – Verband deutscher Journalisten in der DDR
VDP – Verband der deutschen Presse in der DDR
VVN – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der DDR
WAFA – Nachrichtenagentur der Palästinensischen Befreiungsbewegung
Zentrag – Zentrale Druckerei-, Einkaufs und Revisionsgesellschaft der DDR
ZK – Zentralkomitee der SED
ZS – Zentralsekretariat der SED
ZBS – Zentrum für Berlin-Studien in der Zentral- und Landesbibliothek Berlin

Archive & Quellen

Untersuchte Tageszeitungen im Zentrum für Berlin-Studien in der Zentral- und Landesbibliothek Berlin:

Der Morgen – Tageszeitung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands

Junge Welt – Organ des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend

Neue Zeit – Tageszeitung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Neues Deutschland – Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Untersuchungszeiträume:

20. November 1947 – 31. Dezember 1947

10. April – 31. Mai 1948

24. Mai – 4. Juni 1960

1. April – 31. April 1961

1. Juni – 31. Juli 1961

1. Dezember – 20. Dezember 1961

25. Mai – 7. Juni 1962

6. Juni – 30. Juni 1967

26. August – 19. September 1972

18. November – 30. November 1977

1. September – 30. September 1978

9. Dezember – 13. Dezember 1978

20. März – 31. März 1979

1. Dezember 1987 – 31. Januar 1988

2. November – 30. November 1988

1. Juni – 31. Juli 1989

Bestände bei der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der Deutschen Demokratischen Republik (SAPMO)

DC/9 – Presseamt beim Vorsitzenden der Ministerrates der DDR

DC/20/ – Ministerrat der DDR.- Anordnungen, Verordnungen, Verfügungen, Weisungen (1949 - 1990)

DC/20/ - Ministerrat der DDR. - Regierungen bis November 1989

DC/900 – Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst

DY/6 – Nationalrat der Nationalen Front

DY/30 – Abteilung Internationale Verbindungen im ZK der SED

DY/30 – Büro Albert Norden im ZK der SED

DY/30 – Zentralkomitee der SED, Büro Walter Ulbricht

DY/30 – Abteilung Wissenschaften im ZK der SED

DY/30/IV 2 – Abteilung Internationale Verbindungen im ZK der SED

DY/30/IV 2/2.033 – Büro Werner Lamberz im ZK des SED

DY/30/IV 2/2.036 – Büro Paul Verner im ZK der SED

DY/30/IV 2/2.106 – Kommissionen beim Politbüro des ZK der SED

DY/30/IV 2/9.02 – Abteilung Agitation im ZK der SED

DY/30/IV 2/2.035 – Büro Hermann Axen im ZK der SED

DY/30/IV B 2/9.05 – Abteilung Volksbildung im ZK der SED

DY/30/J IV 2/3J – Zentralkomitee der SED, Informationen für das Sekretariat

Literaturverzeichnis

- Arendt, Hannah: *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht über die Banalität des Bösen*. München: Piper 2007.
- Aharoni, Zvi / Wilhelm Dietl: *Der Jäger. Operation Eichmann. Was wirklich geschah*. Stuttgart: DVA 1996.
- Bauer, Elmar: *Die völkerrechtswidrige Entführung*. Berlin: Duncker & Humblot 1968.
- Bentsur, Eytan (Hrsg.): *Documents on Israeli-Soviet Relations. 1941–1953*, Part II: May 1949–1953. London: Frank Cass 2000.
- Benz, Wolfgang: *Was ist Antisemitismus?* München: C.H. Beck 2004.
- : (Hrsg.): *Handbuch des Antisemitismus*, Bd. 4: Ereignisse, Dekrete, Kontroversen. Berlin: De Gruyter/Saur 2011.
- Bergmann, Werner: Auschwitz zum Trotz. Formen und Funktionen des Antisemitismus in Europa nach 1945. In: Christina Braun / Eva-Maria Ziege (Hrsg.): „Das ‚bewegliche‘ Vorurteil“. *Aspekte des internationalen Antisemitismus*. Würzburg: Königshausen & Neumann 2004. S. 117–141.
- : Antisemitismus. Erscheinungen und Motive der Judenfeindschaft. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): *Der Hass gegen die Juden. Dimensionen und Formen des Antisemitismus*. Berlin: Metropol 2008, S. 9–22.
- : Deutschland. In: *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 1: Länder und Regionen, hrsg. von Wolfgang Benz. München: Saur 2008, S. 84–103.
- Bergmann, Werner / Rainer Erb: Wie antisemitisch sind die Deutschen? Meinungsumfragen 1945–1994. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): *Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils*. München: DTV 1995, S. 47–63.
- Bialer, Uri: The Czech-Israeli Arms Deal Revisited. In: *The Journal of Strategic Studies* 8,3 (1985), S. 307–315.
- : *Between East and West: Israel's Foreign Policy Orientation 1948–1956*. Cambridge: Cambridge University Press 1990.
- Blumenthal, Helaine: *Communism on Trial: The Slansky Affair and Anti-Semitism in Post-WWII Europe*. <http://iseees.berkeley.edu/bps/publications/2009-08-Blumenthal.pdf> (Zugriff am 12.10.2011).
- Bos, Ellen: Das Prinzip „Massenverbundenheit“ der Presse in der DDR. Rekonstruktionsversuch der Entwicklungen von 1949 bis 1985. In: Elisabeth Löckenhoff / Rolf Gesrick / Arnolf Kutsch (Hrsg.): *Publizistik und Journalismus in der DDR. Acht Beiträge zum Gedenken an Elisabeth Löckenhoff*. München: Saur 1988, S. 151–172.
- Braun, Christina von: Einleitung. In: Dies. / Eva-Maria Ziege (Hrsg.): *Das bewegliche Vorurteil. Aspekte des internationalen Antisemitismus*. Würzburg: Königshausen & Neumann 2004, S. 11–42.
- Braun, Christina von / Wolfgang Gerlach (Hrsg.): *Der ewige Judenbass: christlicher Antijudaismus, deutschnationale Judenfeindschaft, rassistischer Antisemitismus*. Berlin: Philo 2000.
- Brenner Michael: *Geschichte des Zionismus*. 3. durchgesehene und aktualisierte Auflage. München: C.H. Beck 2008.
- Brent, Jonathan / Vladimir Pavlovich Naumov: *Stalin's last Crime. The Plot against the Jewish Doctors, 1948–1953*. New York: Harper Collins 2003.

- Brod, Peter: *Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR. Voraussetzungen und Entwicklungen bis 1956*. Baden-Baden: Nomos 1980.
- Broke, Edna: Antizionismus und Antisemitismus. In: Ekkehard W. Stegemann/ Jacob Allerhand (Hrsg.): *100 Jahre Zionismus. Von der Verwirklichung einer Vision*. Stuttgart: Kohlhammer 2000, S. 190–194.
- Bucaille, Laetitia / Ils Utz: *Generation Intifada*. Hamburg: Hamburger Ed. 2004.
- Bürger, Ulrich: *Das sagen wir natürlich so nicht! Donnerstags-Argus bei Herrn Geggel*. Berlin: Dietz 1990.
- Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): *Dokumente zur Deutschlandpolitik. 1. Januar bis 31. Dezember 1950. Veröffentlichte Dokumente. Unveröffentlichte Dokumente*. München: Oldenbourg 1997, II. Reihe / Band 3.
- Burkhardt, Nina: *Rückblende. NS-Prozesse und die mediale Repräsentation der Vergangenheit in Belgien und den Niederlanden*. Münster: Waxmann 2009.
- Butler, Judith: Der Antisemitismus-Vorwurf. Juden, Israel und die Risiken öffentlicher Kritik. In: Doron Rabinovici / Ulrich Speck / Natan Sznaider (Hrsg.): *Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 60–92.
- Ciesla, Burghard / Dirk Külow: *Zwischen den Zeilen. Geschichte der Zeitung „Neues Deutschland“*. Berlin: Das Neue Berlin 2009.
- Cohen, Michael J.: *Palestine and the Great Powers. 1945–1948*. Princeton: Princeton University Press 1982.
- Dahlke, Matthias: *Der Anschlag auf Olympia '72. Die politischen Reaktionen auf den internationalen Terrorismus in Deutschland*. München: Martin Meidenbauer 2006.
- Danyel, Jürgen: Spätfolgen? Der ostdeutsche Rechtsextremismus als Hypothek der DDR-Vergangenheitspolitik. In: Jan C. Behrends / Thomas Lindenberger / Patrick G. Poutrus (Hrsg.): *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*. Berlin: Metropolis 2003, S. 23–40.
- Erlinghagen, Beda: *Von „wildgewordenem Kleinbürgertum“ und „Weltberrschaftsplänen“. Die Volksrepublik China im Spiegel der DDR-Presse (1966–1976). Eine kritische Studie*. Köln: Papyrossa 2009.
- Eschwege, Helmut: *Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden*. Berlin: Ch. Links 1991.
- Fiedler, Anke: Wenn aus Freunden plötzlich Feinde werden. DDR-Presse im Spiegel der politischen Großwetterlage. In: Michael Meyen / Anke Fiedler (Hrsg.): *Fiktionen für das Volk. DDR-Zeitungen als PR-Instrument*. Berlin: Lit 2011, S. 135–163.
- Fisch, Jörg: *Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg*. München: C.H. Beck 1992.
- Friedman, Thomas L.: *Von Beirut nach Jerusalem. Der Nahostkonflikt – Geschichte und Gegenwart*. München: Heyne 1994.
- Frindte, Wolfgang: *Inszenierter Antisemitismus. Eine Streitschrift*. Wiesbaden: VS 2006.
- Geißler, Rainer: Die Massenmedien der DDR im Überblick. Vom Kampf der Agitatoren mit einem widerspenstigen Publikum. In: Hannes Haas (Hrsg.): *Mediensysteme. Struktur und Organisation der Massenmedien in den deutschsprachigen Demokratien*. Wien: Braumüller 1987, S. 96–105.
- Goni, Uki: *Die wahre Geschichte. Fluchthilfe für NS-Kriegsverbrecher*. Berlin: Assoziation A 2006.

Goschler, Constantin: Paternalismus und Verweigerung. Die DDR und die Wiedergutmachung für jüdische Verfolgte des Nationalsozialismus. In: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 2 (1993), S. 93–117.

—: Nicht bezahlt? Die Wiedergutmachung für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung in der SBZ/DDR. In: Christoph Buchheim (Hrsg.): *Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR*. Baden-Baden: Nomos 1995, S. 169–191.

—: Zwei Wege der Wiedergutmachung? Der Umgang mit NS-Verfolgten in West- und Ostdeutschland im Vergleich. In: Hans Günter Hockerts / Christiane Kuller (Hrsg.): *Nach der Verfolgung. Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in Deutschland?* Göttingen: Wallstein 2003, S. 115–137.

—: Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte. In: Harald Schmid / Justyna Krzymianowska / Peter Reichel (Hrsg.): *Politische Erinnerung. Geschichte und kollektive Identität*. Würzburg: Königshausen & Neumann 2007, S. 108–122.

—: Schuld und Schulden. *Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945*. Göttingen: Wallstein 2008.

Graml, Hermann: Zur politisch-kulturellen Tradition des Antisemitismus in Deutschland. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): *Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils*. München: DTV 1995, S. 15–24.

Grobe, Daniela: *Journalismus und Journalistik unter Parteidiktat. Die Nachricht in der journalistischen Methodik der DDR. Ein informationspolitisches Beispiel*. Egelsbach: Hänsel-Hohenhausen 1995.

Hannemann, Raiko: Antisemitischer Antizionismus von links? Nahost-Berichterstattung im „Neuen Deutschland“ in den 1980er Jahren. <http://edoc.hu-berlin.de/master/hannemann-raiko-2008-03-27/PDF/hannemann.pdf> (Zugriff 19.10.2013).

Hartewig, Karin: *Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR*. Köln: Böhlau 2000.

Hartewig, Karin: Die Loyalitätsfalle. Jüdische Kommunisten in der DDR. In: Moshe Zuckermann (Hrsg.): *Zwischen Politik und Kultur – Juden in der DDR*. Göttingen: Wallstein 2002, S. 48–62.

Haury, Thomas: *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR*. Hamburg: HIS 2002.

—: „Das ist Völkermord!“ Das „antifaschistische Deutschland“ im Kampf gegen den „imperialistischen Brückenkopf Israel“ und gegen die deutsche Vergangenheit. In: Matthias Brosch / Michael Elm (Hrsg.): *Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung*. Berlin: Metropolis 2007, S. 285–300.

Haury, Thomas / Léon Poliakov: *Vom Antizionismus zum Antisemitismus*. Freiburg: ça ira 2006.

Herf, Jeffrey: Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MfS-Archiven. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 42,4 (1994), S. 635–667.

—: East German Communists and the Jewish Question: The Case of Paul Merker. In: *Journal of Contemporary History* 29,4 (1994), S. 627–661.

—: *Divided Memory. The Nazi Past in the Two Germany*. Cambridge: Harvard University Press 1997.

Hoffmann, Christhard: Das Judentum als Antithese. Zur Tradition eines kulturellen Wertungsmusters. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): *Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils*. München: DTV 1995, S. 25–46.

Hölscher, Christoph: *NS-Verfolgte im „antifaschistischen Staat“. Vereinnahmung und Ausgrenzung in der ostdeutschen Wiedergutmachung (1945–1989)*. Berlin: Metropol 2002.

Holz, Klaus: *Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung*. Hamburg: HIS 2001.

—: Die antisemitische Konstruktion des „Dritten“ und die nationale Ordnung der Welt. In: Christina von Braun / Eva-Maria Ziegen (Hrsg.): *Das bewegliche Vorurteil. Aspekte des internationalen Antisemitismus*. Würzburg: Königshausen & Neumann 2004, S. 43–61.

Holzweißig, Gunter: <http://www.dasjahrbuch.de/g.holzweissig.htm> (Zugriff am 1.10.2012).

—: *DDR-Presse unter Parteikontrolle. Kommentierte Dokumentation*. Bonn: Gesamtdeutsches Institut 1991.

—: Das Presseamt des DDR-Ministerrats. Agitationsinstrument der SED. In: *Deutschland Archiv* 25,5 (1992), S. 503–512.

—: Medienlenkung in der SBZ/DDR. Zur Tätigkeit der ZK-Abteilung Agitation und der Agitationskommission beim Politbüro der SED. In: *Publizistik* 39,1 (1994), S. 58–72.

—: Die Presse als Herrschaftsinstrument der SED. In: *Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen. SED–Staat und die Frage der Verantwortung. Materialien der Enquete–Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED–Diktatur in Deutschland“*, hrsg. vom Deutschen Bundestag. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1995, Bd. II/3, S. 1689–1722.

—: *Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur*. Bonn: Bouvier 1997.

—: Massenmedien in der DDR. In: Jürgen Wilke (Hrsg.): *Mediengeschichte der Bundesrepublik*. Bonn: Böhlau 1999, S. 573–601.

—: *Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR*. Köln: Böhlau 2002.

Hong, Young-Sun: Kalter Krieg in der Ferne. Dekolonisierung, Hygienediskurs und der Kampf der DDR und der USA um die Dritte Welt. In: Uta A. Balbier / Christiane Rösch (Hrsg.): *Umworbener Klassenfeind. Das Verhältnis der DDR zur USA*. Berlin: Ch. Links 2006, S. 77–95.

Illichmann, Jutta: *Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990*. Frankfurt am Main: Peter Lang 1997.

Impekoven, Holger: „Gewinnt alle christlichen Mitbürger zur Mitarbeit!“ Die CDU-Presse in der SBZ und DDR. In: Ders. / Victoria Plank (Hrsg.): *Feigenblätter. Studien zur Presselenkung im Dritten Reich und der DDR*. Münster: Scriptorium 2004, S. 119–240.

Jelinek, Yeshayahu A.: Adenauer – Ben Gurion – Sharett – Goldmann und die Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen. In: Hanns Jürgen Küsters (Hrsg.): *Adenauer, Israel und das Judentum*. Bonn: Bouvier 2004, S. 15–26.

Johannsen, Margret: *Der Nahost-Konflikt*. Wiesbaden: Springer 2009.

Jonas, George: *Schwarzer September. Der Mossad im Einsatz*. München: Knaur 2006.

Joseph, Detlef: *Hammer, Zirkel, Hakenkreuz. Wie antifaschistisch war die DDR?* Berlin: Edition Ost 2006.

Joseph, Detlef / Renate Kirchner: *Die DDR und die Juden. Eine kritische Untersuchung*. Berlin: Das Neue Berlin 2010.

Judt, Tony: Zur Unterscheidung zwischen Antisemitismus und Antizionismus. In: Doron Rabinovici / Ulrich Speck / Natan Sznaider (Hrsg.): *Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2004, S. 44 – 51.

Käppner, Joachim: *Erstarrte Geschichte: Judenverfolgung und Judenvernichtung im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspropaganda der DDR*. Hamburg: Ergebnisse 1999.

Karsh, Efraim: *Fabricating Israeli History: The „New Historians“*. London: Frank Cass 2002.

—: *Palestine Betrayed*. New Haven: Yale University Press 2010.

Keßler, Mario: Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Zur Problematik des Themas. In: Ders. (Hrsg.): *Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert*. Bonn: Pahl-Rugenstein 1994, S. 9–17.

—: Stalinismus und Antisemitismus. Die ungelöste jüdische Frage in der Sowjetunion (1917–1953). In: Ders. (Hrsg.): *Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert*. Bonn: Pahl-Rugenstein 1994, S. 47–55.

—: *Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967*. Berlin: Akademie 1995.

Kessler, Ralf: Interne Wiedergutmachungsdebatten im Osten Deutschlands – die Geschichte eines Mißerfolgs. In: Constantin Goshler / Jürgen Lillteicher (Hrsg.): *„Arisierung“ und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989*. Göttingen: Wallstein 2002, S. 197–213.

Kfir, Motti / Ram Oren: *Sylvia Rafael. Mossad-Agentin*. Hamburg: Arche 2012.

Khalidi, Rashid: The Palestinians and 1948: the Underlying Causes of Failure. In: Eugene L. Rogan / Avi Shlaim (Hrsg.): *The War for Palestine. Rewriting the History of 1948*. New York: Cambridge University Press 2007, S. 12–36.

Kießling, Wolfgang: Paul Merker und der „Sozialismus der dummen Kerls“. In: Mario Keßler (Hrsg.): *Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert*. Bonn: Pahl-Rugenstein 1994, S. 87–93.

Kleffner, Heike: Das Engagement eines Geretteten. <http://www.berlin-judentum.de/news/2003/03/abschiebung.htm> (Zugriff am 14.11.2011).

Klein, Aaron J.: *Die Rächer. Wie der israelische Geheimdienst die Olympia-Mörder von München jagte*. München: Spiegel 2007.

Klein, Michael B.: *Das Institut für internationale Politik und Wirtschaft der DDR in seiner Gründungsphase 1971 bis 1974*. Berlin: Duncker & Humblot 1997.

Klug, Brian: The Collective Jew: Israel and the New Antisemitism. In: Christina von Braun / Eva-Maria Ziege (Hrsg.): *Das bewegliche Vorurteil. Aspekte des internationalen Antisemitismus*. Würzburg: Königshausen & Neumann 2004, S. 22 –240.

Koetzsch, Ines: Slánský-Prozess. In: *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 4: Ereignisse, Dekrete, Kontroversen, hrsg. von Benz, Wolfgang. Berlin: De Gruyter/Saur 2011, S. 386–387.

Koszyk, Kurt: Presse unter alliierter Besatzung. In: Jürgen Wilke (Hrsg.): *Mediengeschichte der Bundesrepublik*. Bonn: Böhlau 1999, S. 31–57.

- Krammer, Arnold: Soviet Motives in the Partition of Palestine, 1947–48. In: *Journal of Palestine Studies* 2,2 (1973), S. 102–119.
- Krammer, Arnold: *The Forgotten Friendship. Israel and the Soviet Bloc, 1947–53*. Urbana University of Illinois Press 1974.
- Kramer, Stephan J.: *Wagnis Zukunft. 60 Jahre Zentralrat der Juden in Deutschland*. Berlin: Hentrich & Hentrich 2011.
- Krause, Peter: *Der Eichmann-Prozess in der deutschen Presse*. Frankfurt am Main: Campus 2002.
- : ‚Eichmann und wir‘. Die bundesdeutsche Öffentlichkeit und der Jerusalemer Eichmann-Prozess 1962. In: Jörg Osterloh / Clemens Vollnhals (Hrsg.): *NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011, S. 283–306.
- Kreis, Georg: Israelkritik und Antisemitismus. Versuche einer Reflexion jenseits von Religion und Nationalismus. In: Moshe Zuckermann (Hrsg.): *Antisemitismus. Antizionismus. Israelkritik*. Göttingen: Wallstein 2005, S. 17–32.
- Lamprecht, Gerald: Antisemitismus als kultureller Code – Antisemitismus im medialen Diskurs. In: Ders. (Hrsg.): *Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik*. Graz: Clio 2007, S. 97–117.
- : Antisemitismus und Israelkritik – Einleitung In: Ders. (Hrsg.): *Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik*. Graz: Clio 2007, S. 9–12.
- Landes, Cornelia: Noch nie hat man’s gesehen: 5 Freunde untern besten Zehn! In: Michael Meyen / Anke Fiedler (Hrsg.): *Fiktionen für das Volk. DDR-Zeitungen als PR-Instrument*. Berlin: Lit 2011, S. 215–244.
- Laqueur, Walter / Klaus-Dieter Schmidt: *Gesichter des Antisemitismus. Von den Anfängen bis heute*. Berlin: Propyläen 2008.
- Lebrecht, Hans: *Gekrümmte Wege, doch ein Ziel*. Münster: Klemm & Oelschläger 2007.
- Lederer, Ivo John: Historical Introduction. In: Ders. / Wayne S. Vucinich (Hrsg.): *The Soviet Union and the Middle East. The Post-World War II Era. Papers from a Conference Held at Stanford University, 1969*. Stanford: Hoover Institute Press 1974, S. 1–10.
- Lenczowski, George: Evolution of Soviet Policy toward the Middle East. In: *The Journal of Politics* 20,1 (1958), S. 162–186.
- Leo, Gerhard: *Frühzug nach Toulouse. Ein Deutscher in der französischen Résistance 1942–1944*. Berlin: Nation 1988.
- Less, Awner W.: *Schuldig. Das Urteil gegen Adolf Eichmann*. Frankfurt am Main: Athenäum 1987.
- Löckenhoff, Elisabeth: Zur Anleitung und Kontrolle der SED-Presse. In: *Publizistik* 11 (1966), S. 299–309.
- Meining, Stefan: *Kommunistische Judenpolitik. Die DDR, die Juden und Israel*. Münster: Lit 2002.
- : Geheimoperation Aleppo.
http://www.poolalarm.de/kindersuchdienst/raf/Beteiligung_der_DDR%20am_Yom-Kippur-Krieg_1973_Israels_mit_den_arabischen_Staaten.pdf (Zugriff am 23.11.2011).
- Mejchler, Helmut: *Sinai, 5. Juni 1967. Krisenherd Naher und Mittlerer Osten*. München: DTV 1998.

Mertens, Lothar: Schwindende Minorität- Das Judentum in der DDR. In: Siegfried Theodor Arndt / Helmut Eschwege / Peter Honigman (Hrsg.): *Juden in der DDR. Geschichte - Probleme - Perspektiven*. Köln: Bleicher 1988, S. 125–159.

—: Staatlich propagierter Antizionismus. Das Israelbild der DDR. In: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 1 (1992), S. 139–153.

—: Antizionismus. Feindschaft gegen Israel als neue Form des Antisemitismus. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): *Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils*. München: DTV 1995, S. 89–100.

—: *Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die Jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat*. Hildesheim: Olms 1997.

Meyen, Michael: „Nanu, schon wieder kein Papier da?“ SED-Presse in der frühen DDR. In: *Deutschland Archiv. Zeitschrift für das Vereinigte Deutschland* 34,1 (2001), S. 93–101.

—: *Denver Clan und Neues Deutschland. Mediennutzung in der DDR*. Berlin: Ch. Links 2003.

—: Alltägliche Mediennutzung in der DDR. Rezeption und Wertschätzung der Ost- und Westmedien in unterschiedlichen Kohorten. In: Annegret Schüle / Thomas Ahbe / Rainer Gries (Hrsg.): *Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2006, S. 247–270.

—: Vorn im Gleichschritt, hinten ausgeschwärmt. Bausteine für eine Geschichte der Tagespresse in der DDR. In: Astrid Blome / Holger Büning (Hrsg.): *Presse und Geschichte. Leistungen und Perspektiven der historischen Presseforschung*. Bremen: Edition Lumière 2008, S. 393–412.

—: Zeitungsleseland DDR? In: Schneider-Kempf, Barbara (Hrsg.): „Über den Tag hinaus“. 1. Berliner Zeitungskonferenz, 10. und 11. November 2005. 400 Jahre Zeitung. Berlin: Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz 2008, S. 109–131.

Meyen, Michael / Anke Fiedler: Totalitäre Vernichtung der politischen Öffentlichkeit? Tageszeitungen und Kommunikationsstrukturen in der DDR. In: Stefan Zahlmann (Hrsg.): *Wie im Westen, nur anders. Medien in der DDR*. Berlin: Panama 2010, S. 35–59.

Meyen, Michael / Wolfgang Schweiger: „Sattsam bekannte Uniformität?“ Eine Inhaltsanalyse der DDR-Tageszeitungen *Neues Deutschland* und *Junge Welt* (1960 bis 1989). In: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 56,1 (2008), S. 82–100.

Meyer, Dennis: Rechtsfindung und Wahrheitssuche. Eichmann-Prozess. In: *Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten und Diskursgeschichte nach 1945*, hrsg. v. Torben Fischer / Matthias N. Lorenz. Bielefeld: Transcript 2009, S. 124–126.

Meyer, Hajo G.: *Die Wiederkehr des Bösen? Texte zu Antisemitismus und Antizionismus*. Berlin: Frank & Timme 2012.

Micke, Werner: Ich hatte ein ungeheures Privileg. In: Michael Meyen / Anke Fiedler (Hrsg.): *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR*. Berlin: Panama 2010, S. 127–138.

Minholz, Michael / Uwe Stirnberg: *Der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst (ADN). Gute Nachrichten für die SED*. München: Saur 1995.

Mintz, Matityahu: Ben-Gurion and the Soviet Union's Involvement in the Effort to Establish a Jewish State in Palestine. In: *Journal of Israeli History* 26,1 (2007), S. 67–78.

- Morris, Benny: *The Birth of the Palestinian Refugee Problem*. Cambridge: Cambridge University Press 1987.
- : *Righteous Victims: a History of the Zionist-Arab-Conflict, 1981–2001*. New York: Vintage 1999.
- : The Historiography of Deir Yassin. In: *Journal of Israeli History* 24,1 (2005), S. 79–107.
- : *The Birth of the Palestinian Refugee Problem Revisited*. Cambridge: Cambridge University Press 2006.
- : Revisiting the Palestinian Exodus of 1948. In: Eugene L. Rogan / Avi Shlaim (Hrsg.): *The War for Palestine. Rewriting the History of 1948*. New York: Cambridge University Press 2007, S. 37–56.
- : *1948: a History of the First Arab-Israeli War*. New Haven: Yale University Press 2008.
- : Refabricating 1948. In: *Journal of Palestine Studies* 37,2 (1997), S. 81–95.
- Muth, Ingrid: *Die DDR–Außenpolitik 1949–1972. Inhalte, Strukturen, Mechanismen*. Berlin: Ch. Links 2000.
- Müller, Rüdiger: Von der Anweisung zum Artikel. Fallstudien zum Umgang mit den Argumentationshinweisen der Abteilung Agitation. In: Michael Meyen / Anke Fiedler (Hrsg.): *Fiktionen für das Volk. DDR-Zeitungen als PR-Instrument*. Berlin: Lit 2011, S. 59–84.
- Myers, David N.: Can there be a Principled Anti-Zionism? On the Nexus between Anti-Historicism and Anti-Zionism in Modern Jewish Thought. In: Jeffrey Herf (Hrsg.): *Anti-Semitism and Anti-Zionism in Historical Perspective. Convergence and Divergence*. London: Routledge 2006, S. 20–37.
- Nusseibeh, Sari / Anthony David: *Once Upon a Country: A Palestinian Life*. New York: Farrar, Straus and Giroux 2007.
- Oren, Michael B.: *Six Days of War. June 1967 and the Making of the Modern Middle East*. London: Penguin 2003.
- Osterer, Oren: Speerspitze vom Imperialismus und Weltreaktion. Das Israel-Bild während des Sechstagekrieges. In: Michael Meyen / Anke Fiedler (Hrsg.): *Fiktionen für das Volk. DDR-Zeitungen als PR-Instrument*. Berlin: Lit 2011, S. 195–214.
- Otto, Wilfride: Antizionismus – überstülptes Feindbild und antisemitische Haltung. In: Mario Keßler (Hrsg.): *Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert*. Bonn: Pahl-Rugenstein 1993, S. 95–119.
- Palestine Royal Commission: *Report of the Palestine Royal Commission*. London 1937.
<http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/History/peel1.html>
- Pannen, Stefan: *Die Weiterleiter. Funktion und Selbstverständnis ostdeutscher Journalisten*. Köln: Wissenschaft und Politik 1992.
- Pappé, Ilan: *The Making of the Arab-Israeli Conflict. 1947–1951*. London: Tauris 2008.
- Primor, Avi: *Europa, Israel und der Nabe Osten*. Düsseldorf: Suhrkamp 2000.
- Reeve, Simon: *Ein Tag im September. Die Geschichte des Geiseldramas bei den Olympischen Spielen in München 1972*. München: Heyne 2006.
- Rubinstein, Amnon: *Geschichte des Zionismus. Von Theodor Herzl bis heute*. München: DTV 2001.
- Rürup, Reinhard: Antisemitismus und moderne Gesellschaft. Antijüdisches Denken und antijüdische Agitation im 19. und frühen 20. Jahrhundert. In: Christina von Braun / Eva-Maria Ziege (Hrsg.): *Das bewegliche Vorurteil. Aspekte des internationalen Antisemitismus*. Würzburg: Königshausen & Neumann 2004, S. 81–100.

- Sachser, Friedo: German Democratic Republic. In: *American Jewish Yearbook* 84 (1984), S. 210–211.
- Safran, Nadav: The Soviet Union and Israel: 1947–1969. In: Ivo John Lederer / Wayne S. Vucinich (Hrsg.): *The Soviet Union and the Middle East. The Post-World war II Era. Papers from a Conference Held at Stanford University, 1969*. Stanford: Hoover Institute Press 1974, S. 157–176.
- Sand, Shlomo: *Die Erfindung des jüdischen Volkes. Israels Gründungsmythos auf dem Prüfstand*. Berlin: Propyläen 2011.
- Schatzker, Chaim: *Juden, Judentum und Staat Israel in Geschichtsbüchern der DDR*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung 1994.
- Schmid, Harald: „Wir Antifaschisten“. Zum Spannungsfeld generationeller Erfahrung und politischer Ideologie in der DDR. In: Ders. / Justyna Krzymianowska / Peter Reichel (Hrsg.): *Politische Erinnerung. Geschichte und kollektive Identität*. Würzburg: Königshausen & Neumann 2007, S. 150–167.
- Schmidt, Holger: *Antizionismus, Israelkritik und „Judenknax“: Antisemitismus in der deutschen Linken nach 1945*. Bonn: Bouvier 2010.
- Schoenberger, Erica / Stephan Reich: Soviet Policy in the Middle East. In: *MERIP Reports* (1975), S. 3–28.
- Schwanitz, Wolfgang: Israel ja, Zionismus nein. In: Mario Keßler (Hrsg.): *Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert*. Bonn: Pahl-Rugenstein 1994, S. 129–164.
- Schwarz, Chaim Joachim: *Die sechste Kolonne oder Der Henker will nicht hängen*. Halle/Saale: Mitteldeutscher Verlag 1963.
- Segev, Tom: *1967. Israels zweite Geburt*. München: Siedler 2005.
- Shapira, Anita: Israeli Perceptions of Anti-Semitism and Anti-Zionism. In: Jeffrey Herf (Hrsg.): *Anti-Semitism and Anti-Zionism in Historical Perspective. Convergence and Divergence*. London: Routledge 2006, S. 228–249.
- Sharif, Walid: Soviet Marxism and Zionism. In: *Journal of Palestine Studies* 6,3 (1977), S. 77–97.
- Shindler, Colin: *A History of Modern Israel*. New York: Cambridge University Press 2011.
- Shlaim, Avi (1998): *The politics of partition. King Abdullah, the Zionists and Palestine 1921-1951*. Oxford: Oxford University Press 1998.
- : *The Iron Wall. Israel and the Arab World*. London: W. W. Norton 2001.
- : Israel between East and West. 1948–56. In: *International Journal of Middle East Studies* 36,4 (2004), S. 657–673.
- : Israel and the Arab Coalition in 1948. In: Ders. / Eugene L. Rogan (Hrsg.): *The War for Palestine. Rewriting the History of 1948*. New York: Cambridge University Press 2007, S. 79–103.
- : *Israel and Palestine. Reappraisals, Revisions, Refutations*. London: Verso 2009.
- Siebs, Benno-Eide: Die Außenpolitik der DDR 1976–1989; Strategien und Grenzen. Paderborn: Schöningh 1999.
- Sinn, Andrea: *Die Anfänge des Zentralrats der Juden und der Jüdischen Allgemeinen. Hendrik G. van Dam und Karl Marx als Repräsentanten jüdischen Lebens in Deutschland nach 1945*. München: Unveröffentlichte Univ.-Diss., Ludwig-Maximilians-Universität 2012.

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.): „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky“. In: *Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats*, Bd. 4. Berlin: Dietz 1954, S. 199–219.

Spannuth, Jan Philipp: *Rückerstattung Ost. Der Umgang der DDR mit dem „arisierten“ Eigentum der Juden und die Rückerstattung im wiedervereinigten Deutschland*. Freiburg: Klartext 2007.

Stein, Leslie: *The Making of Modern Israel. 1948–1967*. Cambridge: Polity Press 2009.

Stein, Timo: *Zwischen Antisemitismus und Israelkritik. Antizionismus in der deutschen Linken*. Wiesbaden: VS 2011.

Summer, Lawrence: Address at morning prayers.

<http://www.hks.harvard.edu/fs/lsummer/speeches/2002/morningprayers.html> (Zugriff am 28.7.2012).

Timm, Angelika: Der Streit um Restitution und Wiedergutmachung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. In: *Babylon* 10–11 (1992), S. 125–138.

—: Israel in den Medien der DDR. In: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 1 (1992), S. 154–173.

—: Die DDR, die Shoah und der offizielle Antizionismus In: Mario Keßler (Hrsg.): *Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert*. Bonn: Pahl-Rugenstein 1993, S. 65–76.

—: *Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel*. Bonn: Bouvier 1997.

—: *Jewish Claims Against East Germany. Moral Obligations and Pragmatic Policy*. Budapest: Central European University Press 1997.

—: Das dritte Drittel. Die DDR und die Wiedergutmachungsanforderungen Israels und der Claims Conference. In: Constantin Goschler / Jürgen Lillteicher (Hrsg.): *„Arisierung“ und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989*. Göttingen: Wallstein 2002, S. 215–239.

—: Ein ambivalentes Verhältnis. Juden in der DDR und der Staat Israel. In: Zuckermann, Moshe (Hrsg.): *Zwischen Politik und Kultur - Juden in der DDR*. Göttingen: Wallstein 2003, S. 17–33.

—: Ideology and Realpolitik: East German attitudes towards Zionism and Israel. In: Jeffrey Herf (Hrsg.): *Anti-Semitism and Anti-Zionism in Historical Perspective. Convergence and Divergence*. London: Routledge 2006, S. 186–205.

Ullrich, Peter: *Die Linke, Israel und Palästina*. Berlin: Dietz 2008.

Vetter, Matthias: Paul Merker-Fall. In: *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 4: Ereignisse, Dekrete, Kontroversen, hrsg. von Benz, Wolfgang. Berlin: De Gruyter/Saur 2011, S. 265–267.

Vogel, Rolf (Hrsg.): *Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik*. München: Saur 1987.

Volkov, Shulamit: *Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays*. München: C.H. Beck 2000.

—: Readjusting Cultural Codes: Reflections on Anti-Semitism and Anti-Zionism. In: Jeffrey Herf (Hrsg.): *Anti-Semitism and Anti-Zionism in Historical Perspective. Convergence and Divergence*. London: Routledge 2006, S. 38–49.

Wagenlehner, Günther: *Eskalation im Nahen Osten. Die politische und psychologische Problematik eines Konflikts*. Stuttgart: Seewald 1968.

- Weber, Hermann: *Die DDR 1945-1990*. München: Oldenbourg 2012.
- Weiß, Hermann: Eichmann-Prozess. In: *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 4: Ereignisse, Dekrete, Kontroversen, hrsg. von Benz, Wolfgang. Berlin: De Gruyter/Saur 2011, S. 93–95.
- Wheeler, Geoffrey: Russia and the Middle East. In: *Political Quarterly* 28,2 (1957), S. 127–136.
- Wistrich, Robert: Anti-Zionism and Anti-Semitism. <http://www.icpa.org/phas/phas-wistrich-f04.htm> (Zugriff am 08.09.2013).
- Wojak, Irmtrud: *Fritz Bauer 1903–1968 – eine Biographie*. München: C.H. Beck 2011.
- Wolffsohn, Michael: *Die Deutschland Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden*. München: Ed. Ferenczy bei Bruckmann 1995.
- Yakira, Elhanan: *Post-Holocaust. Three Essays on Denial, Forgetting and the Delegitimation of Israel*. Cambridge: Cambridge University Press 2010.
- Zimmermann, Brigitte: Zum Journalismus gehört ein Weltverbesserungswille. In: Michael Meyen / Anke Fiedler (Hrsg.): *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR*. Berlin: Panama 2010, S. 176–182.
- Zuckermann, Moshe: Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik. Kritische Überlegungen zu geladenen Begriffen. In: Gerald Lamprecht (Hrsg.): *Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik*. Graz: Clio 2007, S. 13–30.

Filme

Der elfte Tag – Die Überlebenden von München 1972 (Deutschland, 2012, R: Emanuel Rotstein).

